

**KfK 4186  
März 1988**

**Im Widerstreit der Meinungen:  
Zur Kontroverse um die  
Standortfindung für eine  
deutsche Reaktorstation  
(1950 - 1955)**

**Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte  
des Kernforschungszentrums Karlsruhe  
und zu einem Kapitel  
deutscher Kernenergiegeschichte**

**R.-J. Gleitsmann  
Universität Stuttgart**

**Kernforschungszentrum Karlsruhe**

---

ISSN 0303-4003

2. erweiterte und veränderte Auflage,  
Karlsruhe 1987

Alle Rechte beim Autor

Für die so hilfreiche Unterstützung bei der  
Umsetzung des Manuskriptes in eine gedruckte  
Form dankt der Verfasser insbesondere:

Frau Christine Burkhart, Frau Vera Dahm,  
Frau Lydia Gosar-Liebl, Frau Karin Schneider,  
Frau Monika Wesche, Frl. Nicole Zeibig  
sowie Herrn Siegmund Roth.

---

**KfK 4186  
März 1988**

**Im Widerstreit der Meinungen:  
Zur Kontroverse um die  
Standortfindung für eine  
deutsche Reaktorstation  
(1950 - 1955)**

**Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte  
des Kernforschungszentrums Karlsruhe  
und zu einem Kapitel  
deutscher Kernenergiegeschichte**

**R.-J. Gleitsmann  
Universität Stuttgart**

**Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH**





---

# Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung .....	3
1. Einleitung .....	5
2. Zur Ausgangslage .....	6
3. Ansätze eines institutionellen Rahmens für die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland .....	13
3.1 Die Kommission für Atomphysik der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) .....	13
3.2 Das „die deutsche Kernenergie vorbereitende Gremium“ .....	14
3.3 Die Studien-Kommission für Kernenergie .....	15
4. Stationen der Entscheidungsfindung .....	17
4.1 Ansprüche werden formuliert: Die Stadt Karlsruhe macht ihr Interesse an der Reaktorstation offiziell geltend .....	17
4.2 Die Bewerbung Karlsruhes um den Atommeiler nimmt Gestalt an .....	20
4.2.1 Eine gelungene Standortpräsentation: Vom Fragebogen der Planungskommission zur Denkschrift der Stadt Karlsruhe .....	21
4.2.2 Die Sitzung des Planungsausschusses vom 7. Dezember 1953 .....	24
4.2.3 Die Standortbesichtigung vom Dezember 1953 und ihre Auswirkungen .....	26
4.3 Die Konkurrenzsituation spitzt sich zu .....	31
4.3.1 Die Planungskommission tagt erneut .....	34
4.3.2 Die Ettlinger Tagung vom Mai 1954 .....	35
4.4 Werner Heisenberg präzisiert die Vorgaben zur Gestaltung und Organisation der deutschen Reaktorstation .....	36
4.5 Der Bundeskanzler wird unterrichtet .....	41
4.6 Resignation in Karlsruhe? .....	42
4.7 Der EVG-Vertrag scheitert, doch die Planungsarbeiten für die deutsche Reaktorstation bleiben hiervon unberührt .....	43
4.8 Der Gesamtbebauungsplan wird entworfen und zur Diskussion gestellt .....	44
4.9 Die Eskalation .....	63
5. Eine dramatische Schlußrunde zeichnet sich ab .....	65
5.1 Zum Wandel der politischen Rahmenbedingungen .....	65
5.2 Baden-Württembergische Initiativen .....	66
5.3 Eine herbe Enttäuschung: Die Physikalische Studiengesellschaft votiert doch für den Standort München .....	71
5.3.1 Die Physikalische Studiengesellschaft und ihre gutachterliche Stellungnahme zur Standortfrage .....	71
5.3.2 Die Reaktion Baden-Württembergs auf die neue Sachlage .....	79
6. Die Entscheidung fällt .....	83
7. Ausblick .....	99
8. Anmerkungen .....	104
9. Dokumente und Materialien .....	131
10. Auswahlbibliographie .....	295
10.1 Ungedruckte Quellen .....	295
10.2 Pressearchive und Dokumentationen .....	295
10.3 Interviews und mündliche Mitteilungen .....	295
10.4 Gedruckte Quellen (Auswahlbibliographie) .....	296

---

---

11.	Verzeichnis der Abbildungen .....	303
12.	Verzeichnis der Tabellen .....	307
13.	Personenverzeichnis .....	308
14.	Schlagwortregister .....	313
	Angaben zum Autor .....	318

---

---

## Vorbemerkung

In dem vorliegenden KfK-Bericht wird ein Stück der Gründungsgeschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe aufgearbeitet; dieser Bericht ist Teil einer Studie, die vom Historischen Institut der Universität Stuttgart, Abteilung für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik (Leiter: Professor Dr. Armin Hermann) erstellt wird. Der Verfasser hat Teile dieser Publikation in einem gut besuchten Vortrag am 21. Mai 1986 im Kernforschungszentrum Karlsruhe vorgetragen und stieß dort, insbesondere bei Zeitzeugen, auf lebhafte Resonanz. Auch diese Tatsache ermunterte zu einer Veröffentlichung einer erweiterten Fassung des Vortrages.

Man könnte sich sicherlich fragen, ob denn die Bearbeitung der Gründungsgeschichte einer so jungen Institution wie der Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH — das Zentrum ist in diesem Jahre 30 Jahre alt geworden — überhaupt schon Sinn macht. Ist es nicht so, als ob ein eben volljährig Gewordener bereits seine Memoiren zu schreiben beginnt? Beschäftigt sich hier eine Institution nicht zu früh mit ihrer Vergangenheit, statt sich allein auf Gegenwart und Zukunft zu konzentrieren? Ist nicht eine noch längere zeitliche Distanz als 30 - 35 Jahre erforderlich, damit der für eine sachgerechte Beurteilung nötige Abstand zum einstigen Geschehen gewahrt ist?

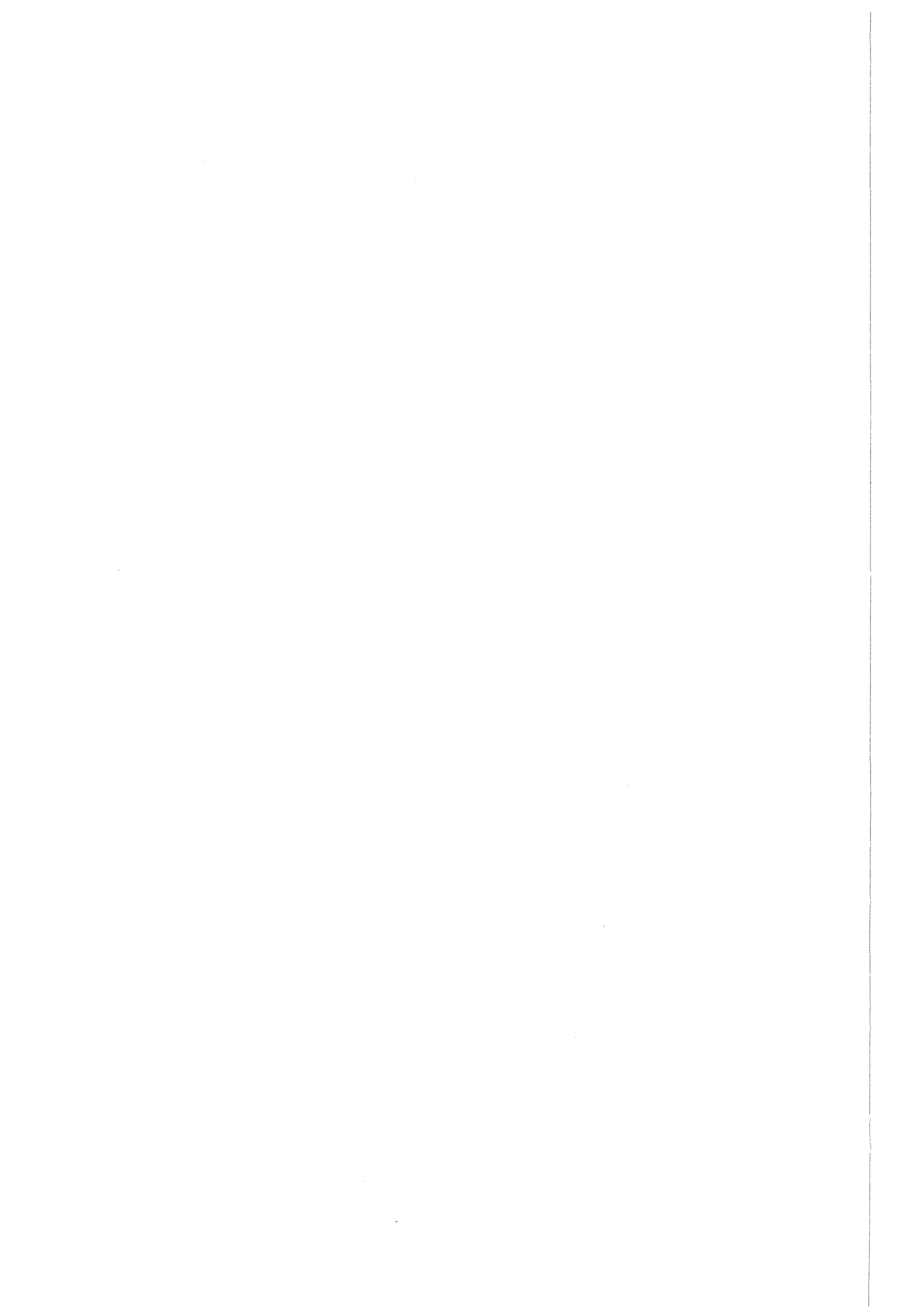
Für die Beschäftigung mit der Gründungsgeschichte einer verhältnismäßig jungen Institution wie des KfK sprechen eine Reihe gewichtiger Gründe:

- Auch eine Institution wie ein Forschungszentrum muß seine Ursprünge kennen, um die Gegenwart wie auch die Zukunft besser einschätzen und auch gelassener betrachten zu können. Aufgaben- und Personalstruktur sind besser zu verstehen, wenn man die Entwicklung des Unternehmens von Anfang an besser kennt. „Historia magistra vitae“ sagte schon Cicero.
- Die (Gründungs-) Geschichte des KfK ist gleichzeitig ein Stück Kernenergiegeschichte und damit auch ein Stück deutscher Technikgeschichte, die gerade auch in ihrer Bedeutung für aktuelle Bezüge (z. B. für die Akzeptanz fortgeschrittener Technologien) häufig leider immer noch eher unterschätzt wird. Es muß zudem erstaunen, daß im Bereich der Technik- und Wissenschaftsgeschichtsschreibung vielfach die „deutschen Themen“ mehr von ausländischen, und hierbei insbesondere von amerikanischen Wissenschaftlern behandelt werden, als von deutschen. Bezeichnend ist, daß vor allem die Veröffentlichungen amerikanischer Wissenschaftshistoriker die Beurteilung der Entwicklung von Wissenschaft und Technik in Deutschland prägen.
- Die Behandlung der Geschichte eines Unternehmens wie der KfK offenbart Bindungen in der Region, an die Stadt und den Landkreis, an Umlandgemeinden und Wirtschaftsunternehmen, die andernfalls leicht verschüttet werden. Das KfK ist Teil der Technologieregion Karlsruhe, was auch aus der nachfolgenden Geschichte der Gründung und Entwicklung noch deutlicher erkennbar wird. Von daher ist eine Beschäftigung mit diesen historischen Fragen immer auch ein Stück Landes-, Regional- und Stadtgeschichte.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich leichter mit dem Unternehmen identifizieren, wenn sie seine Geschichte und damit seine Erfolge (oder auch Mißerfolge) noch besser kennen und verstehen. Die Betrachtung der eigenen Geschichte ist ein Stück praktizierter Unternehmenskultur.
- Und nicht zuletzt sollten auch eher pragmatische Gründe keineswegs übersehen werden, die gerade zum jetzigen Zeitpunkt dafür sprechen, die Aufarbeitung der Geschichte einer Institution wie der KfK in Angriff zu nehmen. Zum einen öffnen nach 30 Jahren die staatlichen Archive und Einrichtungen leichter ihre Tore; der Historiker kann dadurch einfacher auf alle relevanten Quellen zurückgreifen und so ein abgerundeteres Bild der Gesamtentwicklung zeichnen. Zum anderen besteht jetzt noch die Möglichkeit, auch Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen und ihre Sicht der Dinge zu erfahren; diese sind als lebendige Akzente einer Entwicklung unverzichtbar.

Im übrigen:

Der griechische Geschichtsschreiber Polybios schrieb einst: „Ein Mensch ohne Geschichte ist wie ein Gesicht ohne Augen“. Dies gilt auch für eine Institution wie das Kernforschungszentrum Karlsruhe.

H. Wagner



---

# **Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950 - 1955)**

**Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe  
und zu einem Kapitel deutscher Kernenergiegeschichte**

## **1. Einleitung**

Um die grundsätzliche Entscheidung darüber, wo die erste Kernreaktorstation der Bundesrepublik Deutschland errichtet werden sollte, ist in den Jahren zwischen 1952 und 1955 mit Vehemenz gerungen worden. Als erbitterte Konkurrenten standen sich dabei die Städte München und Karlsruhe und mit diesen der Freistaat Bayern sowie der noch junge Südweststaat Baden-Württemberg gegenüber. In dem Bestreben, die Standortfindung für sich zu entscheiden, kam es zwischen den Konkurrenten geradezu zu einem Wettlauf darum, die in jeglicher Hinsicht attraktivste Offerte vorzulegen. Daß es dabei um die Übernahme von Verpflichtungen in Millionenhöhe ging, war den Beteiligten voll und ganz bewußt. Es lag auf der Hand, daß man einiges bieten mußte, um auch nur die Chance zu wahren, diejenige Region der Bundesrepublik zu werden, in der die mit so vielfältigen Hoffnungen verknüpfte „Atomenergie-Industrie“ ihren Sitz finden sollte. Und sowohl in Karlsruhe, als auch in München war man hierzu bereit.

In dem durchaus nicht immer auf rationaler Ebene geführten Widerstreit der Meinungen schien dabei lange Zeit das von dem führenden Kopf der deutschen Kernphysik, Nobelpreisträger Werner Heisenberg, favorisierte München eindeutig die Oberhand zu besitzen. Noch am 28. Juni 1955, also nur einen Tag vor der allesentscheidenden Sitzung im Bundeskanzleramt [1], ließ der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft (PGS), Generaldirektor Dr. Wilhelm Bötzel, die Mitglieder seines technisch-wissenschaftlichen Beirates offiziell wissen, daß der 9-köpfige Aufsichtsrat der PSG „... aufgrund der eingeholten Gutachten den Standort München für den künftigen Reaktor vorziehe“ [2]. Damit schien sich einmal mehr zu bestätigen, daß der Standort München infolge der Heisenbergschen Prioritätensetzung geradezu — wie Generaldirektor Hermann Reusch von der Gutehoffnungshütte es in Anspielung auf Konrad Adenauer und dessen Präferenz für Bonn als provisorischer „Bundeshauptstadt“ einmal formuliert hat — „Nach großem Vorbild ... Gott-gegeben“ [3] sei.

Doch es kam anders, als von vielen erwartet worden war. In offensichtlich letzter Minute wendete sich das Blatt zugunsten von Karlsruhe, das so seinen übermächtig scheinenden Konkurrenten doch noch aus dem Rennen zu werfen vermochte. Dieser überraschende Ausgang der Standortfindung nach jahrelangem Hin und Her hat bis heute zu einer ganzen Reihe von Mutmaßungen über die tatsächlichen Ursachen und Hintergründe der Entscheidung Anlaß gegeben. Selbst von ansonsten guten Sachkennern wird das Geschehen in einem falschen Lichte dargestellt und eher beiläufig abgehandelt [4]. Ein typisches Beispiel hierfür gibt Hans-Joachim Bieber ab, der folgendes Gemisch von Erklärungsansätzen anbietet: „Trotzdem entschied sich Adenauer für Karlsruhe, angeblich aus militärischen Gründen, möglicherweise aber auch mit Rücksicht darauf, daß Bayern damals von einer SPD-geführten Koalition, Baden-Württemberg aber von einer CDU-geführten Koalition regiert wurde. Vielleicht wollte er mit seiner Entscheidung zugunsten der ehemaligen badischen Landeshauptstadt auch zur Befriedung föderalistischer Strömungen in Baden beitragen, das seine frühere Selbständigkeit im neuen Bundesland Baden-Württemberg verloren hatte und dessen Bewohner sich zum Teil noch nicht damit abfinden mochten, daß sie nun vom schwäbischen Stuttgart aus regiert wurden“ (S. 40).

Andere Autoren machen noch weitere Motive für die sogenannte „einsame Entscheidung des Bundeskanzlers“ namhaft. Werner Heisenberg etwa sieht für die Entscheidung Einflußnahme der Industrie als maßgeblich an. Karl Winnacker und Karl Wirtz zufolge kam es Adenauer „wohl mehr auf irgendein innenpolitisches Kunststück des Ausgleichs zwischen verschiedenen Bundesländern an“, wobei sie einem militärischen Hintergrund des Standortvotums keinen rechten Glauben schenken wollen. Dem widerspricht hingegen Joachim Radkau, der als Begründung anführt, daß

---

es schließlich nicht unwahrscheinlich sei, „daß für Adenauer die Kerntechnik eine in erster Linie militärische Angelegenheit war und blieb“. Als vorrangiges Motiv scheinen für Radkau allerdings ebenfalls föderalistische Beweggründe zu gelten: „Bayern bekam bereits sein 'Atomei' und sollte nach Adenauers Willen auch den ersten Atomminister stellen; so lag es nahe, das Atomzentrum an Baden-Württemberg zu geben, das im Bereich der Uranprospektion schon früh etwas für die Kerntechnik getan hatte“ (S. 44). Auch diese Auffassung ist von ihrem historischen Sachverhalt her als eher vage einzustufen und zudem in ihrer Argumentation nicht recht schlüssig. Insbesondere der zwischen „Atomei“ und „Atomzentrum“ hergestellte Zusammenhang trifft so nicht zu.

Insgesamt gesehen, und um dies zu unterstreichen, mögen die exemplarisch herangezogenen Beispiele genügen, ergibt sich zu unserer Fragestellung aus der Literatur ein recht heterogenes und unbefriedigendes Bild. Hierzu mag beigetragen haben, daß selbst den an der Standortfindung für die Reaktorstation beteiligten Personen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung nicht immer deutlich war, wie sich die Gewichte zwischen Karlsruhe und München gerade verteilten, und durch wen und wie diese bewegt wurden. Von daher scheint es angebracht, diesem sicherlich nicht unbedeutenden Kapitel bundesdeutscher und auch Karlsruher bzw. Münchner Nachkriegsgeschichte eine größere Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Als Beitrag hierzu sind die nachfolgenden Ausführungen gedacht.

## 2. Zur Ausgangslage

Der Gesamtbereich „Atomenergienutzung“, d. h. der friedlichen Verwendung von spaltbarer Materie und ihrer Energie, war in der jungen und noch unter alliierten Vorbehaltsrechten stehenden Bundesrepublik eine Thematik von erheblicher Brisanz.

Zum einen bestand bei maßgeblichen Kräften der deutschen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft Einvernehmen darüber, daß das mit der friedlichen Nutzung der Kernkraft eingeläutete neue Zeitalter auch der Bundesrepublik nicht verschlossen bleiben dürfe. Die gebändigte Kraft des Atoms würde die Triebfeder zukünftiger Entwicklungen sein, und zwar mit unabsehbaren Auswirkungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art. Es schien sich unter anderem der uralte Menschheitstraum von einer grenzenlos verfügbaren, kostengünstigen energetischen Ressource zu realisieren.

Dies konnte nur bedeuten, daß die Verwertung der Atomenergie schlechterdings alle Produktionszweige erfassen und das Leben in den Industrienationen revolutionieren würde. Neue Produktionszentren würden sich in Konkurrenz zu den alten herausbilden. Ludwig Erhard zum Beispiel, der „Vater“ der sozialen Marktwirtschaft und kühle ökonomische Denker, ging davon aus, daß im Laufe der Zeit um die zu schaffende Reaktorstation herum ein dem Ruhrgebiet (!) ähnlicher Industrieschwerpunkt mit 100.000 Arbeitskräften entstünde [5]. Beschäftigungs-, Einkommens- und Wachstumseffekte zeichneten sich ab. Die erwartete Revolutionierung des gesamten Produktionsprozesses weckte gerade bei Gewerkschaften und Sozialdemokratie große Hoffnungen im Hinblick auch auf gesellschaftspolitische Umwälzungen.

Auch war das Erreichen eines Sättigungsgrades für den Bedarf an preisgünstiger Energie weder anhand internationaler Vergleichsstatistiken zu erkennen [6], noch vor dem Hintergrund des sogenannten „Deutschen Wirtschaftswunders“ überhaupt wahrscheinlich. Ganz im Gegenteil. Die im Wiederaufbau befindliche, rapide wachsende deutsche Industrie war bis Mitte der 50er Jahre von einer zunehmenden Verknappung ihres Hauptenergieträgers, der Steinkohle, betroffen. Mögen hier auch kriegsfolgebedingte Exportverpflichtungen mit eine Rolle gespielt haben, daß der Mangel an Energie immer spürbarer wurde, so stellte sich das Problem für die exportorientierten Wachstumssektoren der Wirtschaft doch als konkretes Hemmnis für die weitere Expansion dar. In dieser Hinsicht sah sich der Vorstandsvorsitzende der Farbwerke Hoechst AG, Karl Winnacker, anläßlich der Hauptversammlung seines Unternehmens im Juni 1956 zu der düsteren Stellungnahme veranlaßt: „Noch besorgniserregender ist aber für uns die immer stärker werdende Gewißheit, daß wir den steigenden Bedarf ganz unabhängig vom Preis mengenmäßig nicht mehr befriedigen können. Es scheint zur Zeit so, daß Kohle und Strom als

---

Rohstoff für die chemische Industrie nicht mehr zu vertretbaren Preisen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder zum mindesten dem Wachstum der chemischen Industrie nicht mehr folgen können“ [7].

Offenkundig hatte sich das Problem einer unzureichenden Kohleversorgung der deutschen Wirtschaft weiter zugespitzt. Lösungsvorschläge, zu deren Formulierung Konrad Adenauer schon im September 1951 auch führende Industriemagnaten des Ruhrgebietes aufgerufen hatte [8], waren nicht von durchschlagendem Erfolg gekrönt. Auch in mittelfristiger Perspektive konnte kaum mit einer Entspannung der Situation gerechnet werden, wies doch die einschlägige Prognostik auf eine absehbare und nachhaltige Energielücke bei der Bedarfsdeckung aus den traditionellen natürlichen Energieträgern hin [9]. Dies bedeutete selbstverständlich auch, daß die Güterproduktion in der Bundesrepublik unter den zunehmenden Druck ansteigender Faktorkosten geraten mußte und damit in Gefahr stand, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen. Eine derartige Perspektive mußte eine Nation, die wie die Bundesrepublik „die Hälfte (ihrer) Jahresnahrung gegen Export einführ(te)“ [10], stark beunruhigen.

Die potentielle Bedeutung, die dem Erdöl als Substitut für Steinkohle zukommen konnte, wurde überraschenderweise nicht erkannt. Bei einem Gesamtverbrauch an Primärenergie von 135,5 Mio t Steinkohleneinheiten (SKE) im Jahre 1950 betrug der Anteil des Erdöls gerade 6,3 Mio.t SKE oder 4,7 Prozent. Er lag damit in etwa gleicher Höhe, wie die Primärenergieerzeugung aus Wasserkraft [11]. Allerdings bestanden ohnehin Bedenken grundsätzlicher Art, sich von Energieimporten aus dem Ausland abhängig zu machen. Der Anteil der Einfuhren am gesamten Primärenergieverbrauch machte so im Jahre 1950 gerade verschwindend geringe 5,9 Prozent aus [12]. Auf dem Energiesektor begünstigte das politische Klima des Kalten Krieges die Autarkiebestrebungen. Hierzu dürften vor allem die Geschehnisse während der Berlinblockade von 1948 - 1949 oder auch der Suezkrise von 1955 - 1956 ihren Teil beigetragen haben. „Wir müssen“, so die Schlußfolgerung des Bundesatomministers Siegfried Balke 1957 in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag, „mit der einfachen Tatsache rechnen, daß es aus politischen Gründen unmöglich sein wird, die Primär-Energievorräte der Welt oder auch die Sekundärenergie so sinnvoll zu verteilen . . . , daß Mängel in einem Land durch Überschüsse aus einem anderen Land ausgeglichen werden können“ [13]. Im Rahmen einer vorausschauenden Energiepolitik konnte es mithin nur darum gehen, sich in erster Linie auf die eigenen Kräfte und die Entwicklung der eigenen Möglichkeiten zu verlassen. Folgerichtig stellt sich der Aufbau einer zivilen Atomwirtschaft für die Bundesrepublik Deutschland aus der Perspektive der 1950er Jahre als vordringliche Notwendigkeit dar. Für eine längerfristige kostengünstige Energieversorgung war, wie bereits Karsten Prüß treffend hervorhob, „. . . keine Alternative zur Kernenergie . . . absehbar“ [14]. Würde man nicht auf die Kernenergie setzen, so wie dies offenkundig die führenden Industrienationen in Ost und West bereits taten, dann mußte die deutsche Wirtschaft in absehbarer Zeit dem ausländischen Konkurrenzdruck unterliegen. Hinzu käme, so der allgemeine Tenor, zudem noch ein fataler Einbruch auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet, mit dem man dann endgültig alle Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zu Grabe tragen könnte [15].

Vor dem Hintergrund der atemberaubenden Perspektive eines bisher nicht gekannten Maßes an ökonomischer Prosperität, welches den Volkswirtschaften nach allgemeiner Auffassung durch die Verwendung der Kernenergie eröffnet würde [16], und den Gefahren, die eine Nichtbeteiligung an dieser Technologie in sich barg, mußte es für eine Industrienation wie die Bundesrepublik darauf ankommen, hier den Anschluß an die internationale Entwicklung zu gewinnen.

Dieser „Drang“ nach der Atomkraft war der eine Aspekt, der den Themenkomplex Kernenergie-nutzung in der Bundesrepublik früh beherrschte. Der andere, der Gegenpol, wurde von dem in der Kontrollratsgesetzgebung der Alliierten Hohen Kommission zum Ausdruck gebrachten Willen der Siegermächte gebildet, in Deutschland jegliche Art der Beschäftigung mit Fragen der theoretischen wie angewandten Kernphysik zu unterbinden.

Die erklärte Absicht dieser Bestrebungen war es, von vornherein Forschungen auf solchen Wissensgebieten zu verhindern, die auch militärische Bedeutung besaßen oder besitzen konnten. Daß dies natürlich und in besonderem Maße den Bereich der „Atomtechnik“ betreffen

---

mußte, lag offen zu Tage. Die mit einer Hinwendung zur Kernenergienutzung verbundene grundsätzliche Problematik war dabei früh öffentlich artikuliert worden. So hatte beispielsweise Otto Haxel, einer der führenden deutschen Kernphysiker, bereits 1953 anlässlich seines Vortrages zum Thema „Energiegewinnung aus Kernprozessen“ vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen folgendes hervorgehoben:

„Die militärische Bedeutung der Kernenergie in Form der Atombombe ist allgemein bekannt. Aus militärischen Erwägungen heraus wurde die Entwicklung der Energiegewinnung durch Uran-Spaltung ins Leben gerufen . . . Die Nutzbarmachung der Kernenergie für die Friedenswirtschaft wird durch militärische und machtpolitische Faktoren gehemmt. Der Grund ist folgender: Jeder Uran-Reaktor produziert bei der Energieerzeugung Plutonium. Dieses Plutonium muß zusammen mit den Spaltprodukten von Zeit zu Zeit chemisch abgetrennt werden. Reines Plutonium ist aber der Kernsprengstoff der Atombombe. Jedes Uran-Kraftwerk ist daher zwangsläufig eine Kernsprengstofffabrik. Bei rein friedensmäßiger Verwendung der Kernenergie würde das Plutonium dem Reaktor als Ersatz für das verbrauchte Uran 235 zur Weiterverbrennung wieder zugeführt werden.“ (Zit.: O. Haxel, Energiegewinnung aus Kernprozessen, in: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, H. 25, Köln/Opladen 1953, S. 18)

Der prohibitiven Zielsetzung alliierter Wissenschaftspolitik gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner diente zunächst das am 30. April 1946 erlassene und am 7. Mai desselben Jahres in Kraft getretene Kontrollratsgesetz Nr. 25 „Zur Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung“ [17]. Dieses machte jegliche Forschungstätigkeiten, welche „die industrielle Nutzbarmachung alter oder neuer naturwissenschaftlicher Kenntnisse oder Grundsätze anstreben“ [18] nicht nur von einer vorhergehenden Genehmigung abhängig, sondern verbot den Deutschen grundsätzlich die Beschäftigung mit bestimmten Arbeitsgebieten. Völlig untersagt, und in dem entsprechenden Verzeichnis A des Kontrollratgesetzes an erster Stelle genannt, war dabei selbstverständlich die „angewandte Kernphysik“. Strenggenommen wurden damit sämtliche Möglichkeiten der Betätigung auf kerntechnischem Gebiet blockiert, was insbesondere auch die deutschen Kernphysiker schwer treffen mußte. Eine im September 1949 durch das Gesetz Nr. 23 der Militärregierung für die drei Westzonen vorgenommene Neuformulierung des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 blieb dem Geist der älteren Regelung völlig verhaftet und brachte im Bereich der Kernphysik nicht die von den Deutschen erhofften Lockerungen. Kaum anders sah es mit den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 22 zur „Überwachung von Stoffen, Einrichtungen und Ausrüstungen auf dem Gebiete der Atomenergie“ aus, das nach Verabschiedung durch die Alliierte Hohe Kommission am 15. März 1950 in Kraft getreten war [19]. Zwar wurden der rein wissenschaftlichen Forschung einige Erleichterungen zuteil, doch verboten blieben all jene Aktivitäten, die Voraussetzung für den Aufbau einer Atomindustrie gewesen wären. Insbesondere war es nicht gestattet, Kernreaktoren oder Teilchenbeschleuniger zu errichten, über kernphysikalische Meßinstrumente zu verfügen, oder aber die für die Nuklearindustrie notwendigen Grundstoffe zu besitzen [20].

Der alliierten Gesetzgebung nach hatte es den Anschein, als ob der Bundesrepublik der Schritt ins Atomzeitalter versperrt bleiben sollte.

Was dies letztendlich bedeuten würde, lag dem Verständnis der Zeitgenossen nach offen zutage. Ohne die Kraft der Energie aus dem Atom würde die Industrie zukünftig nicht mehr wettbewerbsfähig sein, konnte man am technischen Fortschritt und an der zweiten Industriellen Revolution [21] nicht teilhaben, würde man seine Exportmärkte verlieren oder gar in Gefahr stehen, auf das Niveau eines Entwicklungslandes zurückzufallen [22]. Wer demgegenüber Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichen Wohlstand auf seiner Seite haben wollte, der hatte auf die Kernenergie zu setzen. Man sah durch atomgetriebene Flugzeuge, Eisenbahnen und Schiffe die Welt enger zusammenrücken; durch Strahlenbehandlung im Erbgut mutierte und gezielt selektierte Nutztiere und Pflanzen unvorstellbar reiche Ernten hervorbringen; der Medizin ein Mittel an die Hand gegeben, bis dahin unheilbare Krankheiten zu behandeln; und auch dem Elend in der Dritten Welt glaubte man mit der Kernenergie nunmehr wirksam entgegenzutreten zu können (vgl. Abb. 1). Mit der preisgünstigen und dezentral verfügbaren Energie kleiner Atomkraftwerke würde sich



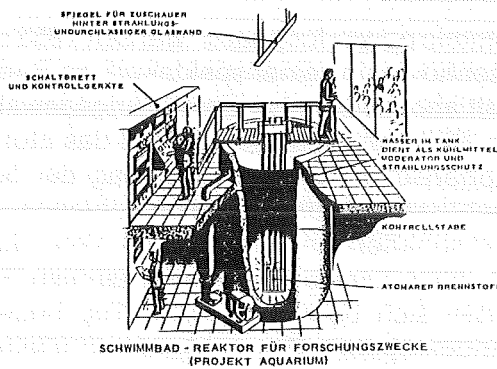
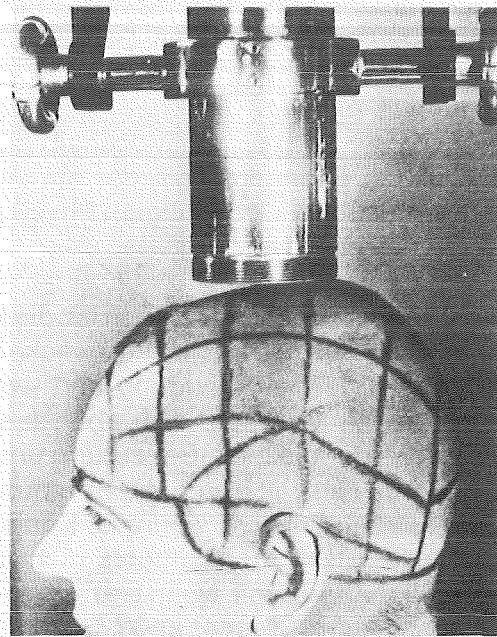
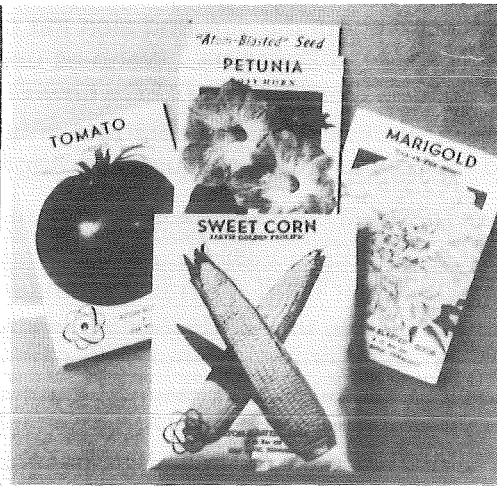
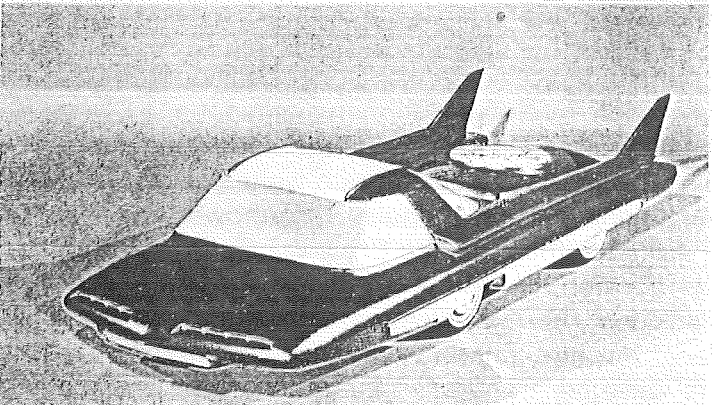
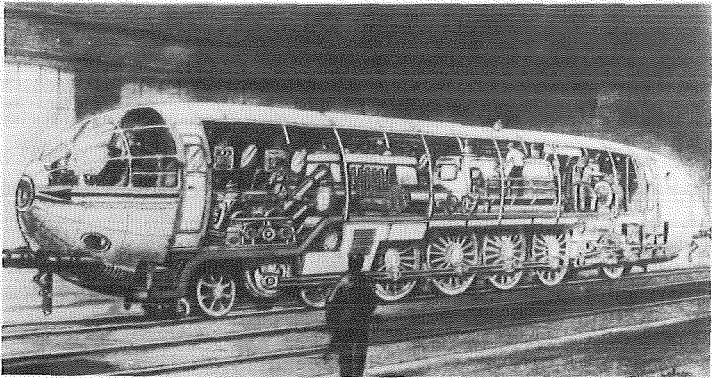
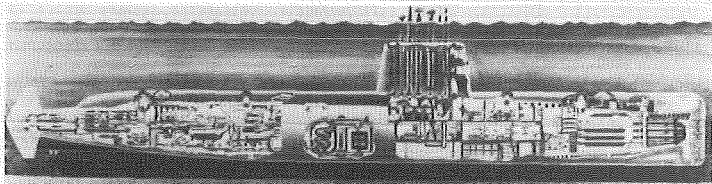
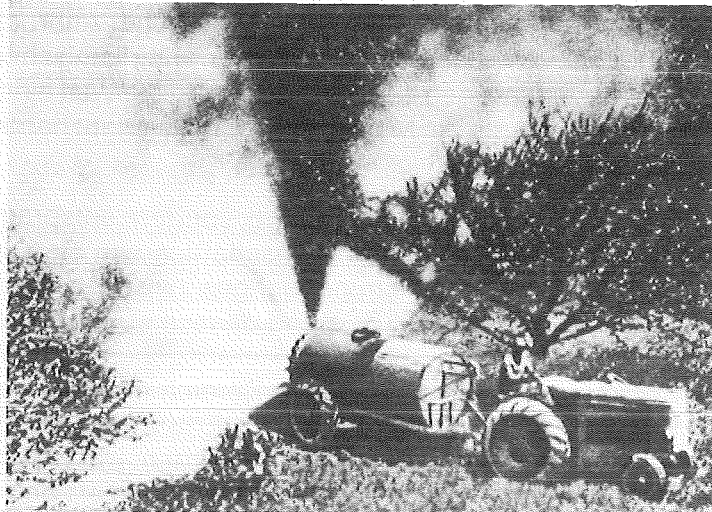


Abb. 1:  
 Zu den zahlreichen Hoffnungen, die man in den 1950er Jahren in geradezu euphorischer Weise auf all das setzte, was mit der friedlichen Nutzung des Atoms zusammenhing, rechnete keineswegs nur die Kernenergie allein. Ebenso wurde an den Einsatz von Radioisotopen bzw. Strahlung in der Medizin (links oben und rechts mitte), der Veränderung des Erbgutes von Nutzpflanzen (rechts oben) oder an den Bau atomgetriebener Schiffe gedacht (links mitte). Selbst Eisenbahnen, Flugzeuge und Autos — so die heute geradezu abenteuerlich anmutenden Projekte — sollten Energie aus bordeigenen Atomreaktoren beziehen.

---

Hunger und Elend beseitigen und die Industrialisierung voranbringen lassen [23]. Mehr oder weniger offenkundig verband sich mit der kontrollierten Kernspaltung die Vision vom Anbruch eines goldenen Zeitalters. „Wenn es uns gelingt“, so etwa der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergiekommission (AEC), Lewis L. Strauss, „einen Krieg zu vermeiden, wird die Welt einer Zeit der Blüte und des Wohlstandes entgegengehen, wie sie die Menschen noch nie erlebt haben und sich bisher kaum vorzustellen wagten“ [24].

Diese Einschätzung deckte sich nicht nur mit der allgemeinen Zeitstimmung, sondern entsprach ebenso den Ergebnissen, zu denen amerikanische Wirtschaftswissenschaftler wie Schurr, Marschak oder Isard nach eingehender Untersuchung des Zusammenhanges zwischen Kernenergienutzung und Wirtschaftsentwicklung gelangt waren [25]. Es stand danach außer Frage, daß von der Kernenergienutzung eine Fülle wohlstandsfördernder Effekte ausgehen würden. Man hatte es mit einer Basisinnovation im Energiesektor zu tun, in einem Bereich also, der das Fundament der materiellen Produktion bildete. Dies konnte allen bisherigen Erfahrungen nach nur bedeuten, daß sich gewaltige gesellschaftliche Umwälzungen vollziehen würden. Hatte nicht bereits der Übergang vom fossilen Energieträger Steinkohle und der Dampfmaschine als neuer Kraftmaschine die Welt von Grund auf verändert? Nicht von ungefähr sprach man von der Industriellen Revolution, die damit verbunden war; und in den 50iger Jahren des 20. Jahrhunderts schien sich mit der Kernkraft die „zweite Industrielle Revolution“ abzuzeichnen [26]. Als in diesem Sinne zeittypisch ist deshalb eine Situationsbeschreibung zu werten, die die Einschätzung keines geringeren als der am Aufbau einer eigenen deutschen Kernenergiewirtschaft zunächst maßgeblich beteiligten Physikalischen Studiengesellschaft widerspiegelt. Dort heißt es unter anderem:

„Nachdem es möglich geworden ist, die aus Atomkernreaktoren freiwerdende Energie zu steuern und so für friedliche technische Zwecke nutzbar zu machen, bahnt sich eine Umwälzung auf dem Gebiet der Energie-Erzeugung und -wirtschaft an, die in ihrem vollen Umfang noch nicht zu übersehen ist. Man muß sich aber darüber klar sein, daß diese beginnende Umwälzung von mindestens der gleichen Bedeutung und Tragweite sein wird, wie vor 150 Jahren der Beginn der technischen Neuzeit durch die Erfindung der Dampfmaschine eingeleitet worden ist . . . Es wäre verhängnisvoll, wenn die Bundesrepublik sich noch längere Zeit infolge der Beschränkungen des Besatzungsstatutes nicht an dieser Entwicklung beteiligen könnte, und es wäre ebenso verhängnisvoll, wenn sie freiwillig darauf verzichten würde.“ (IKB, Bestand 16 I, Handakte Dr. Kaps, Brief K. Weimer an W. Bötzes vom 17. 2. 1955).

„Atomic power for peace“ war seit 1953 nunmehr die vom amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower in seiner spektakulären Rede vor den Vereinten Nationen ausgegebene Devise [27]. Statt apokalyptischer Zerstörungsgewalt sollte fortan die nutzbringende Seite der Kernspaltung das Bild beherrschen. Obwohl das atomare Wettrüsten letztlich doch weiterging, so zeigte die euphorische Aufbruchstimmung der 50er Jahre, daß die Impulse Eisenhowers dennoch auf fruchtbaren Boden zu fallen schienen. Eine neue energetische Basis würde ein neue, bessere Welt schaffen; und nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Sowjetunion, sondern u. a. auch Länder wie Großbritannien, Frankreich, Kanada, Belgien, Schweden oder Norwegen hatten sich bereits auf den Weg begeben, um ihre Zukunftschancen zu wahren. Sollte die Bundesrepublik Deutschland von alledem tatsächlich endgültig ausgeschlossen bleiben? Sich gegebenenfalls sogar widerspruchslos in ein Schicksal fügen, von dem zu erwarten stand, daß es bestenfalls in ökonomischer Bedeutungslosigkeit und technischer Rückständigkeit münden würde? Oder sollte man alles daransetzen, den Alliierten im Rahmen der Verhandlungen um die Westintegration der Bundesrepublik doch Zugeständnisse im Hinblick auf den Aufbau einer eigenen Kernenergie-Industrie abzutrotzen?

Die Antwort auf derartige Fragen ließ nicht lange auf sich warten. Daß die Bundesrepublik unter Kanzler Konrad Adenauer nicht gewillt war, sich auf Dauer mit dem alliierten Verbot bzw. der starken Einschränkung einer Betätigung auf dem Gebiet der Atomforschung und Atomtechnik abzufinden, zeichnete sich bereits seit den frühen 1950er Jahren ab.

---

In Erwartung einer zügigen Ratifizierung sowohl des am 26. Mai 1952 unterzeichneten „Deutschlandvertrages“ (= Vertrag über die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten) als auch des Vertrages zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 27. Mai 1952 hatten sich die Vorbereitungen zu einem neuerlichen Einstieg Deutschlands in die angewandte Atomkernenergieforschung deutlich konkretisiert. Von zentraler Bedeutung war hierbei, daß Konrad Adenauer es in den Vertragsverhandlungen mit den Alliierten erreicht hatte, daß der Bundesrepublik die Errichtung eines Uranbrenners von 1500 kW Wärmeleistung in Aussicht gestellt worden war [28]. Hinzu kam, daß ebenfalls im Rahmen der Verhandlungen um den EVG-Vertrag bereits 1951 das restriktive Gesetz Nr. 22 der Alliierten Hohen Kommission vom 15. März 1950, welches eine Betätigung auf den Gebieten Kernforschung und Kerntechnik verbot, eine erhebliche Lockerung erfuhr [29].

Augenfällig ist, daß noch im Herbst 1952 nicht nur von seiten der deutschen Atomphysik, hier insbesondere in Person des Direktors des Göttinger Max-Planck-Instituts für Physik und Leiters der Senatskommission für Atomphysik der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Werner Heisenberg, sondern auch von maßgeblichen Vertretern des Bundeskabinetts auf eine zügige Errichtung des Atommeilers gedrungen wurde. Man war sich offensichtlich dahingehend einig, den Bau eines Kernreaktors sofort nach Inkrafttreten des Deutschlandvertrages energisch in Angriff zu nehmen. Daß man sich diesem Tage im Oktober 1952 nicht mehr all zu fern wähnte, zeigt sich auch in der durch Adenauer und Heisenberg ohne jegliche diplomatische Zurückhaltung vorgenommenen öffentlichen Ankündigung des Reaktorprojekts auf einer Jubiläumstagung des Verbandes der Chemischen Industrie in Frankfurt [30]. Die Weichen für die zukünftige Entwicklung schienen mithin gestellt zu sein.

In dieses Bild paßt auch, daß sich seit Mitte 1950 nicht nur Heisenbergs Max-Planck-Institut in Göttingen wieder intensiver mit Fragen der Kernphysik und Vorarbeiten zur friedlichen Nutzung der Atomenergie beschäftigt hatte [31], sondern zur gleichen Zeit auch die Uranprospektion im Schwarzwald angelaufen war [32]. Der Studiengesellschaft Wittichen, die in dieser Angelegenheit tätig wurde, gehörten die Professoren Schneiderhöhn vom Mineralogischen Institut der Universität Freiburg, Kirchheimer von der Badischen Geologischen Landesanstalt sowie Ministerialdirektor Dr. Leibbrand vom Badischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit [33] und ein Vertreter des Fürsten v. Fürstenberg als Bergherrn an. Sie vermochte der Badischen Landesregierung bereits im Juni 1951 ein vielversprechendes Zwischengutachten über Uranlagerstätten im mittleren Schwarzwald vorzulegen [34] und stellte weitere zukunftssträchtige Untersuchungen in Aussicht. Damit schien die für ein Reaktorprojekt so wesentliche Möglichkeit einer Beschaffung von Uran aus heimischen Lagerstätten gegeben zu sein [35]. Dies um so mehr, als dem Badischen Ministerium der Wirtschaft und Arbeit vom zuständigen Kommissariat der Alliierten Hohen Kommission mit Datum vom 30. Januar 1952 sogar die Genehmigung erteilt worden war, im Gebiet des oberen Heubachtals und Wittichen Uranerz zu fördern, zu lagern und aufzuarbeiten [36]. Da nach Auffassung des führenden deutschen Kernenergieetheoretikers „der größte Ausgabeposten bei der Errichtung eines Atommeilers . . . ohne Zweifel das Uran selbst (sei), dessen Wert er mit 20 - 40 Millionen DM veranschlagt(e)“ [37], und zudem eine Belieferung aus dem Ausland infolge der amerikanischen Aufkäufe weitgehend ausschied [38], kam dem Wissen um eine Eigenversorgung mit Uran aus Schwarzwaldurzen eine erhebliche Bedeutung zu. Das frühzeitige Engagement, das in dieser Angelegenheit die Badische Geologische Landesanstalt unter der Direktion von Franz Kirchheimer gezeigt hatte, verlieh der Stimme des Landes Baden-Württemberg in „Atomkernenergieangelegenheiten“ ein nicht zu unterschätzendes Gewicht.

Aus dem Dargelegten wird ersichtlich, in welchem Rahmen sich die frühe deutsche „Atomenergiepolitik“ bzw. Atomenergieentwicklung bewegen mußte. Auf der einen Seite war es die alliierte Gesetzgebung, die die Betätigung auf kernphysikalischem Gebiet reglementierte und weitestgehend verbot. Auf der anderen Seite stand der Wunsch der Bundesrepublik, nicht etwa von jenem Bereich des technischen Wandels ausgeschlossen zu bleiben, dem man für die Zukunft größte Bedeutung zumaß und an den man möglichst bald anknüpfen mußte, um nicht völlig den

---

Anschluß an die internationale Entwicklung zu verlieren. Das Dilemma bestand darin, daß vor der bereits für das Jahr 1952 erwarteten Ratifizierung des Deutschland- und EVG-Vertrages aus außenpolitischer Rücksichtnahme keineswegs mit offen erkennbaren, ernsthaften Vorbereitungen zu einer deutschen Kernenergie-Industrie begonnen werden konnte. Mit dem Hinwegsetzen über geltende alliierte Kontrollratsgesetzgebung würde die Gefahr heraufbeschworen werden, insbesondere Frankreich einen Vorwand zu liefern, die zur Unterzeichnung anstehenden Vertragswerke scheitern zu lassen. Wiederholt hatte deshalb Bundeskanzler Adenauer zur Zurückhaltung gemahnt. „Ich darf“, so der Kanzler in einem Brief vom Dezember 1953 an den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Hans Seidel, „Ihnen mitteilen, daß das alliierte Verbot einer angewandten Atomforschung bis zum Inkrafttreten des Deutschland- und EVG-Vertrages nach wie vor fortbesteht. Erst mit dem Inkrafttreten der Verträge wird somit an den Bau einer Atomreaktorstation herangegangen werden können, die ausschließlich friedlichen Zwecken dienen wird. ... Es kann ... vor allem nicht im außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik liegen, wenn diese Dinge bereits jetzt in die Öffentlichkeit getragen werden. Ich darf Sie daher bitten, die Frage vertraulich zu behandeln, solange das vorerwähnte Verbot fortbesteht“ [39].

Alle Vorplanungen für eine deutsche Reaktorstation, insbesondere diejenigen organisatorischer Art, mußten deshalb mit Fingerspitzengefühl gehandhabt werden. Auch sollte vermieden werden, daß die Bundesregierung bei der Förderung des Gesamtvorhabens nach außen hin zu deutlich in Erscheinung trat. Ohne Frage sollte es jedoch gleichermaßen Anliegen der Bemühungen sein, die Planungen zügig voranzubringen und eine Basis für den Zeitpunkt zu schaffen, an dem die Arbeiten an der Kernenergienutzung ganz offiziell würden aufgenommen werden können. Im Laufe der Zeit, d. h. bis zum Herbst 1954, nahmen die Planungen immer konkretere Formen an. Sie vollzogen sich jedoch nach wie vor vor dem Hintergrund, daß das Französische Parlament dem Deutschland- und EVG-Vertrag auch bis Mitte des Jahres 1954 nicht zugestimmt hatte. Erst am 30. August 1954, also mehr als zwei Jahre nach Vertragsabschluß, kam es in der Pariser Nationalversammlung nun endlich zu einer Entscheidung. Diese fiel jedoch keineswegs im von deutscher Seite gewünschten Sinne aus. Vielmehr versagte man dem Vertragswerk die Ratifizierung und brachte damit auch die bundesrepublikanischen Hoffnungen auf Erlangung der Souveränität zu Fall. Gleichermaßen waren so die deutschen Reaktorpläne nach außen hin weiter blockiert.

Diesem Rahmengeschehen wurde ein Schlußpunkt gesetzt, als nach neuerlichen Verhandlungen die Westintegration und der Wehrbeitrag der Bundesrepublik abgeklärt waren und diese mit Inkrafttreten der sogenannten Pariser Verträge am 5. Mai 1955 ihre Souveränität erlangte. Der Kernenergienutzung standen nunmehr Hindernisse formalrechtlicher Art alliierter Prägung nicht mehr in Wege. Man besaß jetzt die Möglichkeit, die bisher in aller Stille und unter dem Siegel der Vertraulichkeit durchgeführten, erheblich weit vorangeschrittenen Planungsarbeiten zur Errichtung einer Reaktorstation zu intensivieren und an das Licht der Öffentlichkeit treten zu lassen. Daß man hier zügig zu Werke ging, zeigt sich unter anderem daran, daß noch im Juni 1955 die Standortfrage für die Reaktorstation grundsätzlich abgeklärt, im Oktober 1955 das Bundesministerium für Atomfragen gegründet, zu Beginn des Jahres 1956 die Deutsche Atomkommission institutionalisiert und im Juli 1956 mit der Kernreaktor Finanzierungsgesellschaft mbH sowie der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH der weitere organisatorische Rahmen für den Aufbau der „Kernenergie-Industrie“ abgesteckt wurde.

Nun soll dem, was noch zu schildern sein wird, nicht zu weit vorgegriffen werden. Es konnte allenfalls darum gehen, vorab einige Aspekte derjenigen Zeitumstände deutlich zu machen, die zwischen 1950 und 1955 die Entwicklung der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik wesentlich mit bestimmt haben. Hierauf wird nachfolgend im Zusammenhang mit der Thematik „Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation“ zurückzukommen sein.

---

### 3. Ansätze eines institutionellen Rahmens für die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland

#### 3.1 Die Kommission für Atomphysik der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Auf institutioneller, bundesweiter Ebene zeichneten sich für ein Reaktorprojekt bereits im Jahre 1952 erste, wenn auch noch zaghafte, Fortschritte ab. Vom Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft war am 29. Februar 1952 die „Kommission für Atomphysik“ ins Leben gerufen worden [40]. Dieser war die Aufgabe zugeordnet, nicht nur als hochkarätiges Beratungsgremium für die Bundesregierung zu fungieren, sondern auch in den eigenen Reihen der führenden Atomphysiker zu einer Abstimmung der gemeinsam zu vertretenden Positionen zu gelangen. Der Senatskommission, wie sie häufig genannt wurde, gehörten zunächst die Professoren Bopp (München), Bothe (Heidelberg), Gentner (Freiburg), Haxel (Heidelberg), Heisenberg (Göttingen), Kopfermann (Göttingen), Mattauch (Mainz), Regener (Stuttgart) und Riezler (Bonn), sowie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft der zuständige Senats- und Senatskommissionsreferent Dr. Alexander Hocker an [41]. Den Vorsitz der Kommission führte selbstverständlich Werner Heisenberg in eigener Person. Allerdings war Heisenberg, der das besondere Vertrauen und damit das Ohr von Kanzler Adenauer besaß [42], bereits zuvor wiederholt von der Bundesregierung in Fragen der Atomphysik zu Rate gezogen worden. Auch hatte er über das Ergebnis dieser Missionen noch im Juli 1952 eine Reihe seiner Kollegen, zu denen interessanterweise ebenfalls der Präsident des Badischen Geologischen Landesamtes, Prof. Franz Kirchheimer, nicht jedoch der Direktor des Physikalischen Instituts der Justus-Liebig-Hochschule Gießen, Prof. W. Hanle, zählte, vertraulich unterrichtet [43]. Es ist offenkundig, daß Heisenberg eine Mittlerfunktion zwischen der Kommission für Atomphysik und der Bundesregierung zukam.

Die Mitglieder der Senatskommission waren sich hierüber im klaren, zumal Heisenberg anlässlich der 2. Sitzung dieses Gremiums am 19. November 1952 offiziell darüber berichtet hatte, daß seine Kollegen Gentner (Freiburg), Wirtz (Göttingen) und er bereits beratend für die Bundesregierung tätig geworden waren [44]. Es schien auch kein Zweifel darüber zu bestehen, daß die Ergebnisse der als Tagesordnungspunkt eins der Kommissionssitzung angesetzten „Besprechung der mit Errichtung eines deutschen Kernreaktor-Laboratoriums zusammenhängenden Fragen“ [45] anschließend der Unterrichtung der Bundesregierung dienen sollten. Zur Debatte stand:

1. „Welche wissenschaftlichen Probleme bei der Errichtung eines Kernreaktors noch zu lösen seien“,
2. „wie man den Meiler für wissenschaftliche Zwecke ausnutzen könne“ und
3. „an welcher Stelle der Meiler mit den notwendigen Instituten, also die ‚Atomfabrik‘, errichtet werden solle“ [46].

Während zu den beiden erstgenannten Tagesordnungspunkten weitgehend übereinstimmende Positionen bestanden, vermochte Heisenberg mit seinem Standortvorschlag ‚München‘ nicht völlig durchzudringen. Vom Grundsätzlichen her hatte er hervorgehoben, daß „als Ort für den Atombrenner . . . nur ein Raum in der Nähe einer großen Stadt in Betracht (komme)“ [47], daß jedoch „die Errichtung in der Stadt selbst . . . nicht opportun (sei)“ [48]. Daraufhin waren als mögliche geeignete Standorte die Räume Köln-Aachen, Mainz-Heidelberg-Karlsruhe sowie München benannt worden. Der Feststellung Heisenbergs, daß er „München für einen besonders guten Vorschlag (halte)“ [49], stellte sein Bonner Kollege Riezler Bedenken dahingehend entgegen, daß der Bauuntergrund in der Umgebung von München für das Vorhaben nicht sonderlich günstig sei. Riezler hatte damit, wie spätere genauere Untersuchungen tatsächlich bestätigen sollten, bereits einen der wesentlichen Einwände gegen München namhaft gemacht [50]. Dessen ungeachtet rückte Heisenberg von seinem Vorschlag nicht ab. Ganz im Gegenteil. Er unterstrich, daß der Bau des Atombrenners sinnvollerweise „. . . nur in ständiger enger Zusammenarbeit mit einem Forschungsinstitut versucht werden“ [51] könne und verband dies mit dem Angebot, „den Gedanken an eine Verlegung des Max-Planck-Instituts für Physik von Göttingen weg zu erwägen . . .“, um „mit dem Institut die unmittelbaren Vorarbeiten für den Bau des Brenners zu übernehmen“ [52]. Dann allerdings, so Heisenberg weiter, käme „für ihn aus



---

verschiedenen Gründen (z. B. die auf der Zugspitze laufenden Forschungsarbeiten des Instituts!) ... nur der Raum München in Betracht" [53].

Deutlicher ließ sich die Position und der Anspruch, den Heisenberg erhob, nicht mehr formulieren. Da damit jedoch Rietzlers sachlicher Einwand nicht aus der Welt zu schaffen war, bot es sich an, hierzu eine gesonderte Kommission einzusetzen. Es erging eine Empfehlung, nicht nur im Hinblick auf die „Standortfindung/Planung“, sondern auch für die Bereiche „Urangewinnung“ und „Schweres Wasser“ je eine gesonderte Kommission zu berufen [54].

Dieser Vorschlag der Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde von dem durch das Bundesministerium für Wirtschaft eingesetzte „Gremium zur Vorbereitung der deutschen Kernenergie“, dem Vorläufer der „Studienkommission für Kernenergie“, schließlich im Mai 1953 in die Tat umgesetzt [55]. Wohlweislich hatte man es aber vermieden, die von der Senatskommission ungeschickterweise gemeinsam für den Uranausschuß nominierten Professoren Kirchheimer, Präsident des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg (Freiburg) und Drescher-Kaden, Direktor des Mineralogisch-Petrographischen Instituts der Universität Hamburg (Hamburg), die in einer „unversöhnlichen Freundschaft“ [56] zueinander standen, auch tatsächlich in dieses Gremium zu berufen. Ausschußmitglied und sogar Vorsitzender dieser Institution wurde, wie an anderer Stelle noch ausführlicher auszuführen sein wird, Franz Kirchheimer, während sein Kontrahent Drescher-Kaden nicht vertreten war.

### **3.2 Das „die deutsche Kernenergie vorbereitende Gremium“**

Neben der Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft, als Vertretung der Wissenschaft, konkretisierte auch die Bundesregierung noch im Jahre 1952 ihr Bestreben, ein eigenes Beratungsgremium in Sachen Kernenergie zu institutionalisieren. Kanzler Adenauer hatte hierzu das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard veranlaßt, die Federführung zu übernehmen, ohne jedoch in der Öffentlichkeit selbst zu deutlich in Erscheinung zu treten. Auf Behördenebene sollte vorerst ein entsprechendes offizielles Organ auf keinen Fall entstehen. Eine erste Sitzung „des die deutsche Kernenergie vorbereitenden Gremiums“ fand am 20. November 1952 im Bundesministerium für Wirtschaft statt [57]. Neben den Vertretern verschiedener Ministerien [58] verzeichnete die Teilnehmerliste Dr. Telschow von der Max-Planck-Gesellschaft, Dr. Hocker von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die Professoren Heisenberg, Joos, Kirchheimer und Vieweg sowie die Generaldirektoren Dr. Bötzkkes von der Industriekreditbank Düsseldorf und Prof. Bayer von der Farbwerken Bayer/Leverkusen. Auch wenn zu berücksichtigen bleibt, daß Bötzkkes als Senator, Schatzmeister und Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft und Prof. Bayer als Senator und Kuratoriumsmitglied der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchaus den Selbstverwaltungsgremien der Wissenschaft zugerechnet werden können, verkörpern sie in diesem Falle doch eher die Beteiligung der deutschen Wirtschaft an den Vorbereitungen zum Aufbau der Kernenergie. In der personellen Zusammensetzung des von Ludwig Erhard geladenen Gremiums zeichnet sich bereits die zukünftige Leitlinie einer engen Zusammenarbeit von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich der angewandten Kernforschung ab. Zunächst jedoch konzentrierten sich die Beratungen des die deutsch Kernenergie-Industrie vorbereitenden Gremiums im wesentlichen auf organisatorische Fragen. Man kam überein, eine Hauptkommission einzusetzen, um die Bildung einer deutschen Kernenergie-Kommission zu planen [59]. Daneben schlug man die Einrichtung von fünf Unterausschüssen vor, und zwar für Uranbergbau, Moderatoren, Atommeiler, Gesetzgebung und Finanzierung. Zur personellen Besetzung der Unterausschüsse sollten von den Professoren Heisenberg, Kirchheimer, Joos und Bayer Vorschläge erarbeitet werden [60]. Nur im Falle eines einzigen dieser Ausschüsse, nämlich desjenigen, in dem der Bau des Meilers und der Standort zu behandeln waren, wurde die Kommissionsleitung bereits direkt vergeben, und zwar an den „designierten Vorsitzenden der Deutschen Atom-Energie-Kommission“ [61], Werner Heisenberg [62].

---

### 3.3 Die Studien-Kommission für Kernenergie

Als sich um die Jahreswende 1952/53 immer deutlicher abzeichnete, daß die erwartete Ratifizierung des „Generalvertrages“ [63] doch nicht erfolgen und sich stattdessen auf unabsehbare Zeit verschieben würde, drohte den angelaufenen Vorarbeiten zur angewandten Kernforschung ein abruptes Ende. Zumindest hielt die Bundesregierung aus außenpolitischen Gründen eine deutliche Zurückhaltung in dieser Frage für angebracht. Dies hatte zur Folge, daß in der am 23. Februar 1953 im Bundesministerium für Wirtschaft stattfindenden Besprechung des „die deutsche Kernenergie vorbereitenden Gremiums“ auf ausdrücklichen Wunsch des Kanzlers zunächst die Behandlung des wohl wichtigsten Tagesordnungspunktes, nämlich die Bildung einer Atomkommission, abgesetzt werden mußte [64]. Der den Vorsitz der Besprechung führende Ministerialrat Hinsch begründete dies den Kommissionsmitgliedern gegenüber explizit damit, daß „zur Zeit . . . noch das Gesetz Nr. 33 der Militärregierung (gelten würde), nach dem die angewandte Forschung auf dem Gebiet der Atomenergie im Bundesgebiet verboten . . .“ [65] sei. Bei identischer Rechtslage war allerdings hiervon auf der vorangegangenen Sitzung im Bundeswirtschaftsministerium vom 20. November 1952 nicht die Rede gewesen. Nach den Ausführungen von Ministerialdirigent Grau, der die Stellungnahme des Bundeskanzlers übermittelte, konnte an der Ernsthaftigkeit des Adenauerschen Zurückhaltungsgebotes in Sachen Atomenergiekommission kein Zweifel bestehen. Zudem hob Grau hervor, daß der Bundeskanzler die Bildung der Kommission ohnehin als „. . . Angelegenheit der gesamten Bundesregierung“ [66] reklamiere.

Mochte damit vorerst auch der Weg zu einer deutschen Atomenergiekommission blockiert sein, so war es durchaus nicht Absicht der Bundesregierung, etwa die gesamten Vorarbeiten zur Atomforschung zu stoppen. Diese sollten nur nach außen hin weniger deutlich in Erscheinung treten, aber unter der Hand sogar forciert werden.

Man suchte hier einen Mittelweg zwischen außenpolitischen Rücksichtnahmen und planerischen Notwendigkeiten zu beschreiten. Zudem hatte der fortwährend auf eine zügigere Inangriffnahme der bundesdeutschen Vorarbeiten zur friedlichen Nutzung der Kernenergie drängende Werner Heisenberg auch darauf verweisen können, daß ihm gegenüber von alliierter Seite mehrfach Interesse daran bekundet worden sei, „daß die deutschen Vorbereitungen für die Entwicklung der Atomtechnik schnell, möglichst noch vor Abschluß des Generalvertrages, vorangetrieben würden“ [67]. Die Begründung für dieses Ansinnen sei, so Heisenberg, darin zu suchen, daß „es für die Alliierten wichtig zu wissen (wäre), in welchen organisatorischen Formen sich diese Entwicklung bei uns vollzöge“ [68]. Zudem vertrat er die Auffassung, daß das Planungsstadium für den Bau des Uranbrenners ohnehin eine Reihe von Monaten in Anspruch nehmen würde und von daher seines Wissens „keine Schwierigkeiten hinsichtlich der alliierten Verbote“ [69] bestünden. Dieser Einschätzung der Sachlage vermochte sich die Bundesregierung allerdings nicht anzuschließen und ließ, wie gesagt, vorerst keine weitere Behandlung des Themenkomplexes Atomenergie-Kommission zu.

Demgegenüber lag es völlig auf der Linie des gesuchten Kompromisses, daß im Hinblick auf die Ausgestaltung notwendiger Arbeitsausschüsse auf der Sitzung im Bundeswirtschaftsministerium vom 23. Februar 1953 nicht etwa der status quo aufrechterhalten, sondern ein erheblicher Schritt voran getan wurde. Es kam zur Konstituierung der an anderer Stelle bereits von der Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft vorgeschlagenen drei Fachkommissionen [70], und zwar für Uranerzbergbau, Erzaufbereitung und Uranherstellung (I), für Moderatoren (II) und für Planung (III) [71].

Der Fachkommission I gehörten unter Leitung von Franz Kirchheimer von der Badischen Geologischen Landesanstalt die Herren Allendörfer (Degussa), Ficke (Stolberger Zink AG), Frank (Stolberger Zink AG), Gentner (Universität Freiburg), Moschel (Farbenfabriken Bayer/Leverkusen), Schneiderhöhn (Universität Freiburg) und Teuscher (Bayerisches Geologisches Landesamt) an. Die Fachkommission II/Moderatoren war besetzt mit den Professoren Bonhoeffer (Göttingen), Groth (Bonn), Joos (München) und Wirtz (Göttingen) sowie zwei Vertretern der

---

Industrie[72]. Der Vorsitz oblag Karl Wirtz. In der Planungskommission waren vertreten: Dr. Bötzkes (Industriekreditbank; MPG), Prof. Gerlach (München), Prof. Heisenberg (Göttingen), Prof. Joos (München), Dr. Pretsch (Bundeswirtschaftsministerium), Dr. Reusch (Gutehoffnungshütte, MPG) sowie Dr. Telschow von der Max-Planck-Gesellschaft. Den Vorsitz führte Wilhelm Bötzkes.

Die Gesamtgeschäftsführung aller drei Kommissionen wurde der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft übertragen und durch deren geschäftsführenden Vorstand, Dr. Ernst Telschow, von Düsseldorf aus wahrgenommen.

Damit war ein erstes institutionelles Gerüst für die weiteren Planungsarbeiten geschaffen worden. Die personelle Besetzung der Kommissionen mit hochkarätigen Fachleuten aus Wissenschaft und Wirtschaft läßt erkennen, daß die Planungsvorhaben tatsächlich mit aller Energie vorangebracht und nicht etwa verschleppt werden sollten. Insbesondere im Planungsausschuß waren mit den Generaldirektoren Bötzkes und Reusch führende Köpfe der westdeutschen Wirtschaft vertreten, die zudem das Vertrauen von Kanzler Adenauer [73], Minister Erhard und weiteren Kabinettsmitgliedern besaßen [74].

Trotzdem muß als überraschend gewertet werden, daß nicht etwa Heisenberg, der ja frühzeitig seine Ansprüche in dieser Beziehung geltend gemacht hatte [75], sondern Bötzkes den Vorsitz des Planungsausschusses wahrnahm. Ihm stand als Stellvertreter Telschow zur Seite. Offenkundig setzte man im Hinblick auf die Bewältigung der organisatorischen Fragen mehr Vertrauen in die planerische Kompetenz der Wirtschaft denn der Wissenschaft. Da außer Frage steht, daß Hermann Reusch, der im übrigen auf Anregung von Heisenberg zur Teilnahme an der Besprechung im Bundeswirtschaftsministerium nominiert worden war [76], aufgrund vielfältiger Gemeinsamkeiten der Stimme Bötzkes zusätzliches Gewicht verlieh [77], hatten sich die Verhältnisse im Planungsausschuß für die Hochschulvertreter nicht gerade günstig entwickelt. Anders sah es hingegen in der Moderatorenkommission aus, in der vorerst die Vertreter der Wissenschaft das Bild prägten, während man sich in der Urankommission in etwa die Waage hielt. Der von Franz Kirchheimer in weitblickender Voraussicht mit einer Reihe guter Vertrauter besetzten Urankommission [78] ist zu attestieren, daß sie für nicht badische bzw. württembergische Interessen nur wenig Raum ließ. Dies sollte sich später in aller Deutlichkeit zeigen.

Die ersten eigenständigen Sitzungen der Fachkommissionen wurden zwischen dem 23. Februar 1953 und dem 30. Mai 1953 durchgeführt [79]. Einschneidende organisatorische Umgestaltungen nahm die Planungskommission jedoch bereits anläßlich ihrer Sitzung vom 30. Mai 1953 vor [80]. Zum einen wandelte sie die etwas sperrig klingende Bezeichnung der vom Bundesministerium für Wirtschaft initiierten Gesamtarbeitsgruppe von „das die deutsche Kernenergie-Industrie vorbereitende Gremium“ [81] in „Studienkommission für Kernenergie“ um. Eine Maßnahme von im übrigen keineswegs nur semantischer Bedeutung. Vielmehr wurde sie von dem Gedanken getragen, die tatsächlichen Absichten, die mit diesem Gremium verfolgt werden sollten, nicht schon durch die Namensgebung aller Welt lauthals kundzutun. Über eine „Studienkommission“ würden die Westmächte wesentlich leichter hinwegsehen können, als über ein Gremium, das bereits dem Namen nach die Vorbereitung einer — nach wie vor verbotenen — deutschen Kernenergie-Industrie auf seine Fahnen geschrieben hatte.

Zum anderen legte die Planungskommission die Fachkommissionseinteilung ihrer tatsächlichen Bedeutung nach neu fest. Danach rückte die bisherige Fachkommission III (Planung) nunmehr an erste Stelle und wurde als Fachkommission I weitergeführt, während die „Urankommission“ die Ziffer II und die Moderatorenkommission die Ziffer III erhielten [82]. Von der personellen Besetzung und Aufgabenstellung der Einzelausschüsse her blieb, wenn man von der ergänzenden Heranziehung der jeweiligen Leiter der beiden übrigen Kommissionen zu den Sitzungen der Planungskommission absieht, alles beim alten.



---

## 4. Stationen der Entscheidungsfindung

### 4.1 Ansprüche werden formuliert: Die Stadt Karlsruhe macht ihr Interesse an der Reaktorstation offiziell geltend

Bereits auf seiner ersten Sitzung vom 30. Mai 1953 wandte sich der Planungsausschuß der Studienkommission für Kernenergie unter Tagesordnungspunkt drei auch einer Erörterung der Frage zu, wo die zukünftige „Bundes-Kernenergie-Station“ ihren Standort finden sollte [83]. Die eingehende Aussprache, die zu dieser Thematik stattfand, nahm insofern zunächst einen erwarteten Verlauf, als wiederum das Interesse für die Stadt München hervorgehoben und insbesondere durch Heisenberg nachdrücklich unterstrichen wurde [84]. Auch konnte kein Zweifel daran bestehen, daß durch den Hinweis auf die bereits mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium und dem Münchner Bürgermeister von Miller geführten Verhandlungen [85] der Eindruck erweckt werden sollte, daß die Standortwahl weitgehend vorentschieden sei.

Das vom Geschäftsführer der Studienkommission für Kernenergie, Ernst Telschow, und nicht vom Baden-Württembergischen Kommissionsmitglied Kirchheimer, eingebrachte Angebot der Stadtverwaltung Karlsruhe, sich um den Sitz der Reaktorstation zu bewerben, kam daher recht überraschend [86]. Auch wenn der Karlsruher Vorschlag bei einer Reihe von Kommissionsmitgliedern möglicherweise eher den Eindruck von Spontaneität denn von Ausgereiftheit hervorrufen haben dürfte, so kam er sicherlich nicht so unvorbereitet, wie es vielleicht den Anschein hatte. Der Karlsruher Oberbürgermeister Günther Klotz (SPD) hatte sich bereits seit Mitte Dezember 1952, wenn auch noch beiläufig, für Fragen der Standortwahl einer Reaktorstation zu interessieren begonnen. Anlaß hierzu gab der Bericht des Oberbau Rates Füger von den Städtischen Werken Karlsruhe, der in Stuttgart einen Vortrag Werner Heisenbergs zur friedlichen Nutzung der Kernenergie gehört hatte [87]. Die Ausführungen des Referenten zu den Standortvoraussetzungen für einen Reaktor hatten Füger und dann auch OB Klotz bewußt werden lassen, daß Karlsruhe all die Bedingungen zu erfüllen in der Lage wäre [88], die Heisenberg gefordert hatte. Die Uranlagerstätten waren nicht weit entfernt, dem Rhein konnte hinreichend Kühlwasser entnommen werden, und auch als Großstadt mit entsprechendem wissenschaftlichen Potential (TH-Karlsruhe) glaubte man sich empfehlen zu können [89].

Oberbürgermeister Klotz, für den sich mit der Ansiedlung eines so zukunftssträchtigen Industrie-sektors wie der Kernenergiegewinnung die Erwartung erheblicher ökonomischer Wachstumseffekte verband, nahm daraufhin noch am 15. Dezember 1952 zum Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe, Otto Haupt, Kontakt auf [90]. Diesen bat er, die Entwicklung im Bereich der Kernenergie zu verfolgen und mit der Stadt in Verbindung zu bleiben, „damit im geeigneten Zeitpunkt ernsthafte Bemühungen in dieser Sache unternommen werden könnten“ [91].

Doch nicht nur in Karlsruhe selbst, sondern auch für das Stuttgarter Wirtschaftsministerium läßt sich das Ergreifen erster Initiativen vermelden. Im Geschäftsteil VII des Wirtschaftsministeriums, der unter anderem für die Bereiche Energiewirtschaft, Bergbau/Hüttenwesen, Landesgeologie, Verkehr und Auftragswesen zuständig war, regte Oberregierungsrat Dr. Greifeld am 23. Januar 1953 an, einen Vertreter des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg „in die zu bildende Atom-Energie-Erzeugungsgesellschaft“ [92] zu entsenden. Zur Begründung wies er darauf hin, daß die Frage des Standortes des Atommeilers noch nicht geklärt sei und man „die Gegend von Karlsruhe für geeignet“ [93] halte. In Konkurrenz zu den eigenen würden Norddeutsche Interessen stehen, die „den Atommeiler in der Nähe der chemischen Industrie im Ruhrgebiet oder in der Gegend von Göttingen zu errichten (wünschten)“ [94]. Gemessen an der zu diesem Zeitpunkt in den Planungsgremien so gut wie durchweg dominierenden Standortpräferenz „München“ [95], — Göttingen oder das Ruhrgebiet waren überhaupt noch nicht genannt worden — weist sich Greifeld in seiner Notiz als weitaus weniger informiert aus, als er glauben machen möchte [96]. Es gelang ihm auch nicht, mit seiner Auffassung im Ministerium durchzudringen. Sein Vorgesetzter, Ministerialrat Dr. Seifriz, beschied bündig, daß er eine derartige Vorgehensweise, also die Entsendung eines Vertreters des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg in die zu konstituierende Atomenergie-Erzeugungsgesellschaft, „noch nicht für erforderlich“ [97] hielt.

---

---

Trotzdem blieb die Thematik Kernenergie an sich jedoch auch im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg im Gespräch. Dafür sorgten nicht zuletzt die Berichte, die der Präsident des Geologischen Landesamtes, Prof. Franz Kirchheimer, als Mitglied des die deutsche Kernenergie vorbereitenden Gremiums und späterer Leiter des Uranausschusses der Studienkommission für Kernenergie dem Geschäftsteil VII des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg offiziell abstattete [98]. Außerdem fanden die Pläne und Überlegungen zur angewandten Atomforschung auch in den öffentlichen Medien der Bundesrepublik ein zunehmendes Echo. So griff zum Beispiel der in Baden-Württemberg vielgelesene „Schwarzwälder Bote“ die Thematik in einer mehrteiligen Serie auf und druckte vom 7. Mai 1953 an einen Beitrag Werner Heisenbergs mit dem Titel „Friedliche Atomtechnik in Westdeutschland. Politische, technische, organisatorische Probleme einer zu errichtenden Atom-Meiler-Station“ [99] ab. Der aufschlußreiche und mit erheblichem Engagement geschriebene Artikel dürfte zumindest in Baden-Württemberg seine Wirkung nicht verfehlt haben. Nach einem Telefonat zwischen Oberregierungsrat Greifeld und Oberbürgermeister Klotz vom 12. Mai 1953 [100], (vgl. Abb. 2) einem fernmündlichen Meinungsaustausch zwischen der Stadt Karlsruhe und Prof. Kirchheimer [101] sowie der Ankündigung des letztgenannten, in der Sitzung der Planungskommission am 30. Mai 1953 „dafür einzutreten, daß der künftige Atommeiler im Raume Karlsruhe-Heidelberg-Mannheim zu stehen kommt“ [102], begann das Projekt „Reaktorstation Karlsruhe“ in Baden-Württemberg konkretere Formen anzunehmen. Bereits am 26. Mai 1953 übermittelte Oberbürgermeister Klotz das Ansinnen der Stadt Karlsruhe, Sitz des Atommeilers zu werden, in einem offiziellen Schreiben [103] der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft. In seinem als Wunsch und dringende Bitte formulierten Angebot [104] kündigte Klotz die Bereitschaft der Stadtverwaltung Karlsruhe an, „die Angelegenheit in jeder möglichen Weise“ [105] zu unterstützen, und zwar „sowohl durch Bereitstellung von Gelände, als auch durch sonstiges Entgegenkommen, *auch finanzieller Art*“ [106]. Zudem lud der Oberbürgermeister die Kuratoriumsmitglieder des die deutsche Kernenergie-Industrie vorbereitenden Gremiums nach Karlsruhe ein und sah es als selbstverständlich an, hierfür die Kosten zu übernehmen. Mochte dies auch mehr oder weniger nur eine Geste der Höflichkeit sein, so brachte sie doch zum Ausdruck, daß in Karlsruhe offenkundig die Bereitschaft bestand, sich tatsächlich auch in finanzieller Hinsicht am Reaktorprojekt zu engagieren. Daß dies im Hinblick auf die Erlangung des Zuschlages eine unabdingbare Voraussetzung sein würde, darauf hatte Franz Kirchheimer in seinem vertraulichen Bericht über die Sitzung der Planungskommission vom 30. Mai 1953 in aller Deutlichkeit hingewiesen [107]: „Nur ein überaus großzügiges Angebot“, so Kirchheimer, „dürfte die auf etwa 1 Million qm mit einem Gesamtkostenaufwand von nicht weniger als 30 Millionen Mark zu erstellende „Bundes-Kernenergie-Station“ für die Stadt Karlsruhe sichern können“ [108]. Es ging mithin letztlich um weitaus mehr, als nur darum, für sich günstige natürliche bzw. infrastrukturelle Standortvorteile ins Felde zu führen. Trotzdem mußte natürlich auch in dieser Hinsicht alles stimmen, um nicht von vornherein gegenüber dem Mitwettbewerber München gänzlich chancenlos zu bleiben. Die Auflistung der Aktivposten des Standorts Karlsruhe, die OB Klotz in seinem Schreiben an die Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft vorgenommen hatte [109], war in dieser Phase der Bewerbung für die Stadt sicherlich von Nutzen. Es hieß dort:

„In Karlsruhe finden sich genügend große Flächen, die sofort zur Verfügung gestellt werden können und für die auch die Verkehrsvoraussetzungen und erforderlichen Versorgungsanschlüsse gegeben sind. Karlsruhe liegt, wie Ihnen bekannt ist, in sehr günstiger Lage am Rhein mit eigenen, sehr leistungsfähigen Rheinhäfen, an der Autobahn Köln und Hamburg-Frankfurt-Karlsruhe, deren Fortführung in Richtung Basel z. Z. in Bau ist, ferner an der Autobahn Karlsruhe-München-Salzburg. Die Verbindungen der Bundesbahn nach Norden und Süden sind durch internationale Ferntriebwagen und Fernschnellzüge äußerst günstig ... Die Nähe des Schwarzwaldes und der Pfalz bieten den Mitarbeitern sehr gute Erholungsmöglichkeiten ... Zu wissenschaftlicher Arbeit wird ausgezeichnete Verbindung mit der Technischen Hochschule in Karlsruhe selbst bestehen. Die Universität Heidelberg liegt in 50 km Entfernung, die Universität Freiburg und die Technische Hochschule Stuttgart sind durch

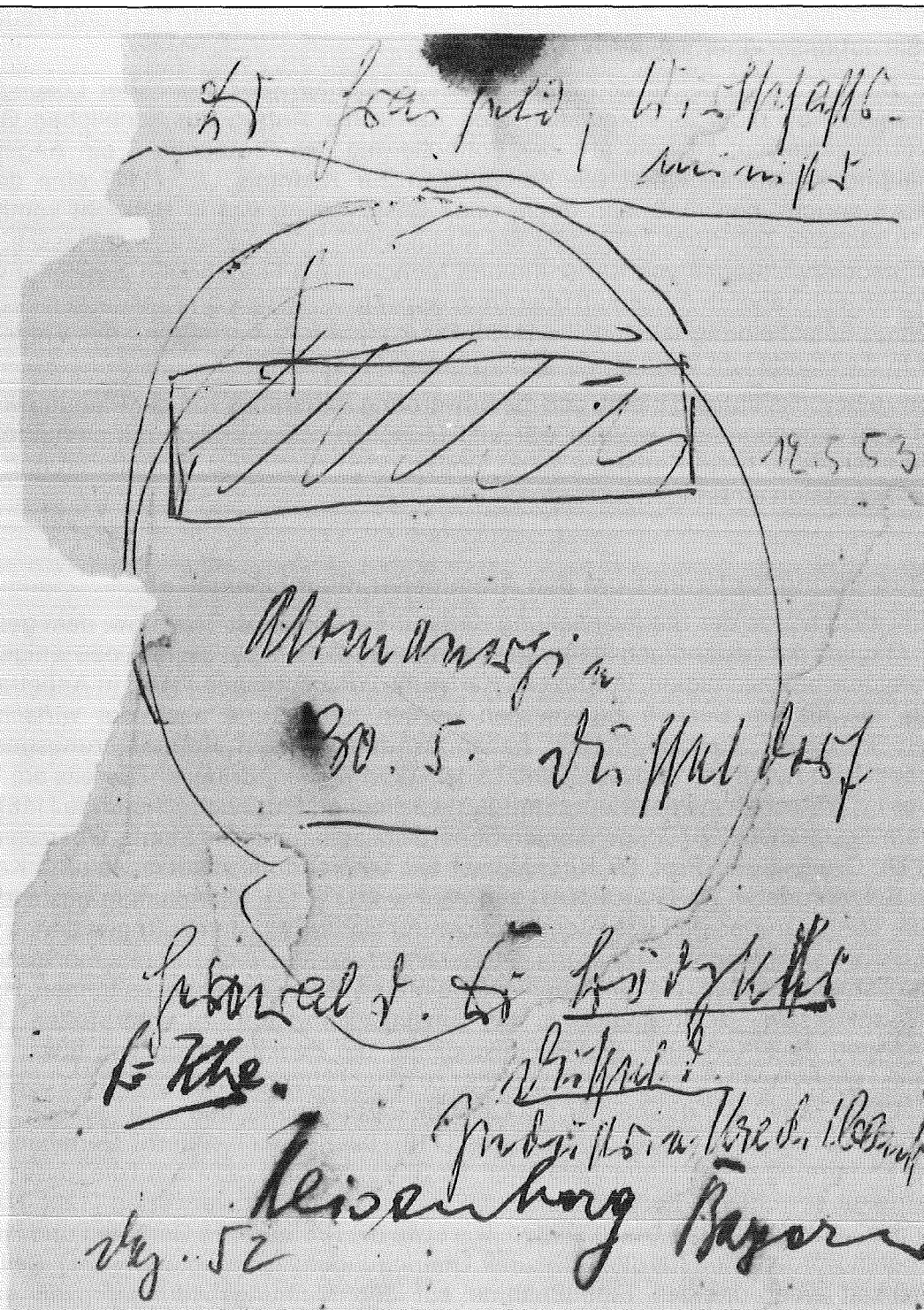


Abb. 2:

„Bötzkkes für Karlsruhe, Heisenberg Bayern“. Auf diese prägnante Formel brachte der Karlsruher Oberbürgermeister Günther Klotz in einer erfreulicherweise erhalten gebliebenen Telefonnotiz vom 12. Mai 1953 jene kontroversen Positionen, die in der Frage der Standortwahl für das erste bundesdeutsche Reaktorzentrum noch lange für Sprengstoff sorgen sollten. In dem Telefonat zwischen Klotz und Oberregierungsrat Dr. Greifeld vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg war es insbesondere um die Absicht der Stadt Karlsruhe gegangen, sich um die Ansiedlung der Reaktorstation zu bewerben. Greifeld unterrichtete Klotz bei dieser Gelegenheit darüber, daß der Planungsausschuß der Studienkommission für Kernenergie unter Vorsitz von Generaldirektor Wilhelm Bötzkkes in Düsseldorf am 30. Mai 1953 seine konstituierende Sitzung abhalten würde. Hier kam es dann auch zu einer ersten Präsentation des Karlsruher Angebotes (Vorlage und Aufnahme: Stadtarchiv Karlsruhe).

---

Fernverbindungen in kurzer Zeit erreichbar . . . Es wird uns eine große Ehre und Freude sein, wenn Sie auf unser Anerbieten eingehen“ [110].

Auf dieser Basis wäre es selbst den glühendsten Verfechtern der Münchner Lösung in der Planungskommission nicht leicht gefallen, den Karlsruher Antrag aus sachlichen Gründen generell zurückzuweisen. Obwohl aus der Formulierung des Protokolls: „ ein Angebot der Stadtverwaltung Karlsruhe nimmt die Kommission zur Kenntnis . . .“ [111] eine deutliche Reserviertheit spricht, beschloß man doch, „eine Besichtigung des in Betracht kommenden Geländes in nächster Zeit durch Mitglieder der Kommission [112] vornehmen zu lassen. Zudem sollte den Stadtverwaltungen von Karlsruhe und München ein Fragebogen zugeleitet werden, durch den man sich näheren Aufschluß über Detailspekte versprach und auf dessen Grundlage die endgültige Entscheidung fallen sollte [113]. Die konkrete Ausgestaltung des Fragebogens hatte man in die Hände von Werner Heisenberg gelegt [114].

Auch wenn zu berücksichtigen bleibt, daß die Bewerbung Karlsruhes von der Planungskommission recht kühl aufgenommen worden war und München offensichtlich die einflußreicheren Fürsprecher besaß, so hatte Karlsruhe seine Option doch zumindest formulieren und in eine zukünftige Diskussion einbringen können.

#### **4.2 Die Bewerbung Karlsruhes um den Atomeiler nimmt Gestalt an**

Anfang Juni 1953 wurde der Stadtverwaltung Karlsruhe durch Ernst Telschow, dem geschäftsführenden Mitglied der zuständigen Planungskommission, in Aussicht gestellt, daß einige Herren dieses Gremiums beabsichtigten, in Kürze in Karlsruhe vorzusprechen [115]. In Anbetracht der Bedeutung, die diesem Besuch zugemessen werden mußte und auch der wirtschaftlich-finanziellen Tragweite, die das Projekt haben würden, wurden Koordinierungsgespräche zwischen der Stadt Karlsruhe und dem Land Baden-Württemberg dringlich. Bereits am 12. Juni 1953 kam es im Wirtschaftsministerium (Stuttgart) zu einer ersten Gesprächsrunde [116]. Daran nahmen vom Geschäftsteil VII der genannten Behörde Ministerialrat Dr. Seifriz, Oberregierungsrat (ORR) Dr. Greifeld und Prof. Dr. Kirchheimer teil, während die Stadtverwaltung Karlsruhe durch den Beigeordneten Dr. Gurk (CDU) vertreten wurde [117]. Offenkundig bestand völlige Übereinstimmung darüber, daß das Atomvorhaben für Baden-Württemberg gewonnen werden sollte. Nach einer einleitenden Skizzierung des Gesamtprojektes durch Kirchheimer konnte man so unverzüglich darangehen, die für förderlich erachteten Maßnahmen abzustimmen. Hauptgesichtspunkt sollte sein, „der Kommission das günstigste Angebot“ zu unterbreiten [118]. Es wurde vereinbart, daß Karlsruhe das Baugelände für die Reaktorstation von etwa 1 Million Quadratmeter am besten kostenlos oder allenfalls zu einem äußerst niedrigen Preis bereitstellen solle. In Betracht käme, so Kirchheimer, ein Gelände in Rheinnähe, und zwar „zwischen Maxau und Daxland, nicht allzuweit vom gegenwärtigen“ [119] Hafengebiet entfernt. Daneben wäre auf die geringe Entfernung zu den Uranlagerstätten des Schwarzwaldes sowie auf die wissenschaftliche Infrastruktur sowohl von Karlsruhe als auch von Heidelberg zu verweisen [120]. Namhafte Mitglieder des Lehrkörpers der Universitäten, wie etwa die Professoren Gerthsen und Henglein, sollten gebeten werden, sich für die Karlsruher Überlegungen zu engagieren [121]. Selbst über die Möglichkeit einer direkten Einflußnahme auf den Meinungsbildungsprozeß einzelner Mitglieder der Planungskommission dachte man nach. Hier zog mit Prof. Karl Wirtz ein herausragender Göttinger Mitarbeiter und Vertrauter Werner Heisenbergs die Aufmerksamkeit der Runde auf sich. Um Wirtz möglicherweise umstimmen und für den Standort Karlsruhe gewinnen zu können, hoffte man sich der Hilfe eines seiner Verwandten, nämlich des Direktors der Badenwerke, Prof. Carl Theodor Kromer, zu versichern. Ein Vorhaben, das im übrigen später tatsächlich versuchsweise in die Tat umgesetzt worden ist [122].

Die Gesprächsrunde im Wirtschaftsministerium verständigte sich abschließend noch darauf, insbesondere im Hinblick auf die Beantwortung eines von der Planungskommission erwarteten Fragebogens aufs engste zu kooperieren und hierdurch die Chancen Karlsruhes zu verbessern. Für Wirtschaftsminister Veit war das Vorhaben, für das er sich persönlich sehr stark einsetzte, von



---

Anfang an eines von hoher Priorität. Mithin waren vorerst alle notwendigen Vorbereitungen für die ins Haus stehenden Gespräche mit den Vertretern der Planungskommission getroffen.

#### **4.2.1 Eine gelungene Standortpräsentation: Vom Fragebogen der Planungskommission zur Denkschrift der Stadt Karlsruhe**

Überraschenderweise blieb jedoch nicht nur der Besuch der Delegation des Planungsausschusses aus, sondern auch die Übersendung des Fragebogens verzögerte sich bis in den September [123]. Als der, wie Telschow es im Anschreiben ausgedrückt hatte, „von Heisenberg aufgestellte ‚Art Fragebogen‘“ [124] am 19. September 1953 schließlich bei der Stadtverwaltung Karlsruhe einging, war ihm zudem der Hinweis beigefügt, daß nunmehr mit einem Erscheinen der Planungskommissionsmitglieder vor Ort nicht eher zu rechnen sei, als bis die ausgefüllte Rückantwort des Fragebogens der Geschäftsstelle der Max-Planck-Gesellschaft wieder vorläge [125].

Obwohl Oberbürgermeister Klotz der Zielsetzung einer Errichtung der Reaktorstation auf Karlsruher Boden ein energisches Interesse entgegenbrachte, war er doch nicht bereit, hierfür ein unkalkulierbare Formen annehmendes politisches Wagnis einzugehen. Immerhin war zu bedenken, daß die spektakuläre Zündung einer Wasserstoffbombe durch die Sowjetunion noch im August 1953 [126] für weltweites Aufsehen gesorgt und in der Öffentlichkeit eine neuerliche Welle der Empörung gegen das atomare Wettrüsten ausgelöst hatte. Von daher stand zu befürchten, daß in der Bevölkerung möglicherweise eine generell ablehnende Haltung gegenüber allem, was auch nur im entferntesten mit „Atom“ zu tun hatte, Platz gegriffen haben könnte [127]. Daß es sich in diesem Falle politisch höchst unvorteilhaft auswirken konnte, für ein — wenn auch friedliches — Atomprojekt initiativ zu werden, lag für den Karlsruher Oberbürgermeister auf der Hand. Um hier erste Anhaltspunkte über die in der Öffentlichkeit vorherrschende Stimmungslage zu erhalten, hatte Klotz am 18. September 1953 einen Zeitungsartikel in den Stuttgarter Nachrichten plazierte, der unter der Überschrift „Atommeiler in Badens ehemaliger Residenz“ [128] die mögliche Errichtung einer Reaktorstation ankündigte. Eine, wie auch immer geartete, Resonanz auf diesen „Versuchsballon“ [129] blieb jedoch aus. „Es sei“, so der Oberbürgermeister in einer Stellungnahme vor Karlsruher Stadtratsvertretern, „aber garnichts geschehen“ [130]. Daraufhin konnte Klotz darangehen, in die Option für einen Atommeilerbau auf dem Gebiet des Stadtkreises Karlsruhe [131] auch die maßgeblichen politischen Kräfte der Stadt einzubinden.

Zu einer vertraulichen Besprechung der Thematik lud er Bürgermeister Dr. Gutenkunst, die Beigeordneten Dr. Ball und Dr. Gurk, den Stadtsyndikus Gut, den Stadtkämmerer Dr. Zimmermann, die Baudirektoren Pfästerer, Krieger und Merz, Vermessungsdirektor Lang, Generaldirektor Dr. Möhrle sowie die Vorsitzenden der Stadtratsfraktionen von SPD, DVP und CDU zum 6. Oktober 1953 ins Rathaus ein [132]. Von einer Einberufung des Gesamtstadtrates hatte man abgesehen, um nicht befürchten zu müssen, daß, wie Klotz zu Protokoll gab, „schon am nächsten Tage die tollsten Gerüchte durch die Stadt gingen“ [133]. Gemünzt war dieser Vorbehalt in erster Linie auf die der KPD angehörenden Mitglieder des Stadtrates, von denen man aufgrund der Position, die ihre Mutterpartei zum Atomproblematik einnahm, erwarten konnte, daß sie eine heftige Kampagne gegen jegliches Atomprojekt entfachen würden. Hierfür wollte man nicht noch selbst zusätzliche Munition liefern. Denn eins war offenkundig. Im Rahmen der anstehenden Beratung würde auch der Aspekt der Gefährdung der Karlsruher Bevölkerung durch radioaktive Abfälle zur Diskussion stehen, hatte doch Werner Heisenberg in seinen den Anwesenden überreichten „Allgemeinen Richtlinien bei der Wahl des Ortes für die Reaktorstation der Bundesrepublik“ [134] explizit von einer „gewissen (in den Zeitungen meist übertriebenen) Gefahr der Verseuchung der Luft mit radioaktiven und daher giftigen Abfallprodukten“ [135] gesprochen. In Verbindung mit seiner Empfehlung, die Reaktorstation daher in wenig besiedeltem Gebiet anzulegen, „und zwar so, daß bei der vorherrschenden Windrichtung alle Abgase von der Stadt weg in freies Gelände getrieben (würden)“ [136], bot sich für das Entfachen einer öffentlichen Kontroverse mithin ein hinreichender Spielraum [137].

---

Dem Oberbürgermeister ging es zunächst nicht darum, eine Entscheidung über die grundsätzliche Frage herbeizuführen, ob ein Atomkraftwerk in Karlsruhe überhaupt errichtet werden solle oder nicht. Dies wäre ohnehin Aufgabe des Gesamtstadtrates gewesen. Vielmehr war es sein Ziel, im Hinblick auf die weitere Verhandlungsführung mit den Ausschüssen der Studienkommission für Kernenergie vorerst einmal sicherzustellen, daß die Beantwortung des vorliegenden Fragebogens auf das Fundament einer möglichst breiten Übereinstimmung gestellt würde. Dies gelang ihm auch. Einstimmig billigten die Anwesenden die Stellungnahme des Bürgermeisteramtes zu den 20 Einzelaspekten der Frageerhebung und gaben Oberbürgermeister Klotz zudem ein ausdrückliches Mandat, „die Bemühungen um dieses Atomwerk fortzusetzen“ [138].

Nach dieser Vorklärung der einzunehmenden Position konnte nunmehr die konkrete Ausformulierung des Antworttextes in Kooperation mit dem Geschäftsteil VII des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg erfolgen. Die einschlägige Unterredung fand am 28. Oktober 1953 zwischen Dr. Gurk (Karlsruhe) und Ministerialrat Seifriz (Stuttgart) statt [139]. Daß sie mit schwäbischer Gründlichkeit geführt worden war, bestätigt die insgesamt 17 Einzelpositionen umfassende Liste von Anregungen und Veränderungsvorschlägen. Schon daran läßt sich erkennen, daß man die gestellte Aufgabe sehr ernst nahm. Man beließ es auch nicht dabei, die vorliegenden Fragen nur mehr oder weniger ausführlich zu beantworten, um sie dann maschinengeschrieben an die Planungskommission zu übermitteln [140]. Vielmehr wurde daran gearbeitet, eine ansprechende Druckschrift zu erstellen, die die Vorzüge Karlsruhes noch zusätzlich in das rechte Licht rücken sollte [141]. Neben Foto- und Kartenmaterial, dessen Beschaffung nicht in allen Fällen in gewünschter Weise gelang [142], rundete ein speziell für dieses Vorhaben durch Dr. Adolf von Grolmann verfaßter Kurzbeitrag kulturhistorischer Art das 28-seitige Gesamtwerk ab [143]. In 70 Exemplaren auf Hochglanzpapier gedruckt und in Leinen gebunden lag es unter dem Titel „Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler“ [144] schließlich am 14. November 1953 zum Versand bereit (vgl. Abb. 3). Damit verblieb bis zu dem vom Planungsausschuß ins Auge gefaßten Sitzungstermin vom 27. bzw. 28. November 1953 eine Zeitspanne von knapp 14 Tagen [145]. Diese war zwar hinreichend, um das engagiert gestaltete eigene Angebot den Kommissionsmitgliedern gegenüber zur Geltung zu bringen, jedoch zu kurz bemessen, als daß Mitwettbewerber noch mit einer ähnlichen Präsentation ihrer Vorschläge hätten aufwarten können.

Die Karlsruher Vorgehensweise trägt noch insofern Züge eines Überraschungscoups, als sowohl dem Geschäftsführer der Planungskommission, Ernst Telschow, als auch Werner Heisenberg bereits Anfang November 1953 einfache maschinenschriftliche Fassungen der Fragebogenbeantwortung zugestellt worden waren [146]. Beide Herren hatte der Stadtverwaltung zwischenzeitlich sogar schon ihren Dank für die Überlassung der „sehr sorgfältig vorbereiteten Unterlagen“ [147] übermitteln können.

Um der gedruckten Fassung der Bewerbungsschrift eine hinreichende Breitenwirkung zu verschaffen, hatte Karlsruhe sich auch nicht damit begnügt, sie nur den Mitgliedern der Planungskommission zu überlassen. Einbezogen wurden zunächst insbesondere die zuständigen Herren der Stuttgarter wie Bonner Ministerialbürokratie [148] sowie einzelne Persönlichkeiten aus Politik [149], Wissenschaft und Wirtschaft [150]. Selbst an Bundeskanzler Konrad Adenauer trat man bei dieser Gelegenheit mit der „herzlich wie dringenden Bitte“ [151] heran, „sich dieser Angelegenheit anzunehmen und die Wünsche der Stadtverwaltung gefl. unterstützen zu wollen“ [152].

Die Resonanz auf die Bewerbungsschrift Karlsruhes war durchweg von Anerkennung geprägt [153] und trug zum Teil recht offenherzige Züge. Professor Joos vom Physikalischen Institut der Technischen Hochschule München, eines der Mitglieder der Planungskommission, bekundete zum Beispiel, daß er zwar „nur zu einem kleinen Teil an den Entscheidungen mitwirken (könne)“, es „aber nicht versäumen (möchte), der Stadtverwaltung Karlsruhe (seine) Bewunderung für ihre Aufgeschlossenheit und Initiative ... zum Ausdruck zu bringen“ [154]. Auch Ernst Telschow bezog deutliche Stellung. In einem Telefonat mit dem Beigeordneten Dr. Gurk unterstrich er zunächst, „daß die Bewerbungsschrift der Stadtverwaltung Karlsruhe ausgezeichnet sei und die Fragen mit erfreulicher Präzision beantwortet“ worden wären [155]. Dann hob er hervor, daß „die

# KARLSRUHE

BEWIRBT SICH UM DEN

# ATOM-MEILER



HERAUSGEGEBEN VON DER STADT KARLSRUHE  
DEZERNAT FÜR WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

## Zur Einführung

Die Beschränkungen, die der deutschen Wirtschaft nach 1945 auferlegt wurden, kommen nur nach und nach in Wegfall. Für die Auswertung der Atomkraft für friedliche Zwecke wird Deutschland in absehbarer Zeit einen Beitrag leisten können.

Die Frage der Errichtung einer deutschen Reaktor-Station ist in das Stadium der Verwirklichung getreten. Unter den Städten, die sich um den Sitz dieses für die deutsche Zukunft so wichtigen Forschungszentrums bewerben, vermag Karlsruhe besonders gewichtige Gründe für eine Ansiedlung auf seinem Boden anzuführen. Diese Stadt, am Rhein und am Schwarzwald gelegen, ist jung und traditionsreich zugleich. Sie beherbergt die älteste Technische Hochschule auf reichsdeutschem Boden. Was die Stadt als Kulturzentrum bedeutet, darüber gibt nachstehend zunächst eine kurze Darstellung Aufschluß. Sodann wird zu den Fragen der Planungskommission für die Reaktor-Station Stellung genommen. Die Antworten geben einen umfassenden Überblick über alle Faktoren, die für die Ansiedlung dieses großen Forschungszentrums hier am Oberrhein sprechen. Die Stadt Karlsruhe darf auf Grund dieser Darlegungen hoffen, sich mit den besten Aussichten in die Reihe der bewerbenden Städte einzuordnen.

OBERBURGERMEISTER

Abb. 3:  
Titelblatt und Einführung zur Karlsruher Bewerbungsschrift vom November 1953. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler, o.O., o.J.).

---

Aufmachung der Denkschrift sowie die lückenlose Stellungnahme die maßgebenden Herren in Göttingen sehr beeindruckt (habe) und man auch davon überzeugt (sei), daß Karlsruhe das hielte, was es in Aussicht“ gestellt habe [156]. Schließlich ließ Telschow seinen Gesprächspartner nicht im Unklaren darüber, daß er „mit nicht unerheblichen Sympathien“ [157] einer Standortentscheidung Karlsruhe zuneige und in diesem Sinne an der nunmehr für den 8. Dezember 1953 geplanten Besprechung vor Ort teilnehmen wolle.

Mochte hier auch der Eindruck entstehen können, daß die Karlsruher Anstrengungen erste Früchte zu tragen begannen, so war doch nicht zu verhehlen, daß man immer noch höchstens eine Außenseiterposition einnahm. Zudem waren die Verfechter der Münchner Lösung nicht untätig geblieben. Dies mußte der Baden-Württembergische Ministerpräsident Gebhard Müller einem Gespräch entnehmen, das er mit Bundeskanzler Adenauer anlässlich dessen Besuch in Stuttgart hatte führen können [158]. Adenauer hatte dabei hervorgehoben, daß „Professor Heisenberg den Standort Karlsruhe für ungeeignet halte, da in diesem Gebiet die radioaktiven Abfälle des Kernreaktors nicht beseitigt werden könnten und auch das zur Verfügung stehende Wasser keine Eignung besitze“ [159]. Es war nicht zu erkennen gewesen, inwieweit Adenauer gedachte, sich diese Bedenken zu eigen zu machen. Obwohl sich die erhobenen Einwände nach gutachterlicher Rücksprache mit den Stadtwerken Karlsruhe [160], dem Wasserwirtschaftsamt [161] und dem Geologischen Landesamt [162] als gleichermaßen begründet oder unbegründet wie für jeden anderen Standort auch herausstellten, war die Karlsruher Bewerbung auf höchster politischer Ebene zunächst doch erst einmal ins Zwielficht gerückt worden.

Diese Defensivposition konnte nicht von Vorteil sein, und zwar auch dann nicht, wenn sie sich, wie im vorliegenden Falle, bereits nach knapp 14 Tagen ausräumen ließ [163]. Es mußte befürchtet werden, daß in entscheidenden Situationen zukünftig hinter dem Rücken des Betroffenen sachlich unhaltbare Meinungsbilder entstehen könnten, ohne daß die Möglichkeit einer Korrektur gegeben war. Zu dieser Auffassung schien auch Gebhard Müller gelangt zu sein, verband er doch sein Schreiben an Bundeskanzler Adenauer mit der Bitte, von weiteren Bedenken, die Werner Heisenberg möglicherweise „gegen die Errichtung der Station bei Karlsruhe“ [164] erheben würde, gegebenenfalls baldigst in Kenntnis gesetzt zu werden [165]. Man maß der Thematik in Stuttgart so große Bedeutung zu, daß auf der Sitzung des Ministerrates vom 9. November 1953 der Beschluß gefaßt wurde, an Adenauer die Bitte zu richten, „die Herren Minister Dr. Veit und Farny wegen Errichtung eines Atommeilers in Karlsruhe zu empfangen“ [166].

Mit der offiziellen Einbeziehung von Oskar Farny, des Baden-Württembergischen Ministers für Bundesangelegenheiten in Bonn, erlangten die Bemühungen des Landes, Standort der deutschen Reaktorstation zu werden, zum Ausgang des Jahres 1953 eine neuerliche Intensivierung [167] und zusätzliche Dimension. Nunmehr war auf Stadt-, Landes- und Bundesebene eine politische Zielsetzung formuliert und als gemeinsames Anliegen artikuliert worden. Die Relevanz der Baden-Württembergischen Vorstellungen gewann damit auch nach außen hin erheblich an Gewicht.

#### **4.2.2 Die Sitzung des Planungsausschusses vom 7. Dezember 1953**

Der Zeitpunkt, den Ansprüchen des Landes auf das Reaktorprojekt gegenüber dem Bund Nachdruck zu verleihen, schien vom Kabinett Müller recht glücklich gewählt worden zu sein. Zum einen stand nach der Bildung einer Allparteienregierung seit dem 7. Oktober 1953 in Baden-Württemberg nunmehr ein Parteifreund Adenauers als Ministerpräsident an der Spitze der Landesregierung. Ein Sachverhalt, dem der überwältigende Erfolg, den die CDU bei den Wahlen zum Zweiten Deutschen Bundestag für sich hatte verbuchen können, noch zusätzliches Gewicht verlieh. Zum anderen hatte sich auf der Sitzung des Planungsausschusses der Studienkommission für Kernenergie vom 7. Dezember 1953 die Karlsruher Position bei der Bewerbung um die Reaktorstation überraschend gut behaupten können [168]. Dies hieß, daß nach eingehender Würdigung der von den Städten Karlsruhe und München eingegangenen Antworten zur Standortfrage durch Werner Heisenberg selbst die Schlußfolgerung vorgetragen worden war,



---

daß „beide Projekte . . . im Ganzen etwa gleich günstig (seien)“ [169]. In der Begründung für seine Auffassung war Heisenberg auch auf Einzelheiten eingegangen. Danach sprach für Karlsruhe, daß dort im Hinblick auf die Errichtung sehr schwerer Baustrukturen „der Untergrund des Geländes für eine Belastung bis zu 50 Tonnen pro Quadratmeter wohl . . . sicherer“ [170] wäre und daß die Stadtverwaltung Karlsruhe eine kostenlose Überlassung des 100 Hektar großen Baugrundstücks verbindlich zugesichert habe. Demgegenüber müßte das Gelände in München „erst durch Verhandlungen mit dem Bayernwerk oder aus Privathand“ [171] käuflich erworben werden. Mochte damit die materielle Ausstattung der beiden Angebote auch keineswegs die von Heisenberg postulierte Gleichgewichtigkeit begründen, so half ihm in dieser Beziehung der Hinweis auf die größere wissenschaftliche Tradition der Bewerberstadt München sowie das Gesamtplanungsinteresse der Max-Planck-Gesellschaft weiter [172]. Besonders schmerzlich mußte den die Karlsruher Lösung favorisierenden Mitgliedern der Planungskommission der sicherlich genüßlich vorgebrachte Hinweis Heisenbergs in den Ohren klingen, daß auch Nobelpreisträger Adolf Butenandt mitsamt seines renomierten Tübinger Max-Planck-Instituts für Biochemie dem Land Baden-Württemberg den Rücken kehren und nach München übersiedeln würde [173]. Damit jedoch würde der Raum Karlsruhe-Heidelberg-Tübingen nach Auffassung Heisenbergs weiter an intellektueller Attraktivität verlieren und zunehmend inakzeptabler werden.

Obwohl Butenandts Schritt später in der Öffentlichkeit heftige Kritik auslöste und geradezu als Verrat an den Kernreaktorplänen Baden-Württembergs gewertet wurde [174], gelang es selbst durch Intervention des zuständigen Kultusministeriums nicht, ihn hiervon abzubringen [175]. Die baden-württembergische Landesregierung war über diesen Gang der Dinge geradezu empört und sprach offen von Undankbarkeit. Immerhin hatte man, wie Wirtschaftsminister Veit, Kultusminister Simpfendörfer und auch Ministerpräsident Müller im Rahmen eines Gesprächs mit Ernst Telschow noch 1955 zum Ausdruck brachten, selbst keine Lasten gescheut, und insbesondere für das Butenandtsche Institut „in der schweren Zeit nach dem Zusammenbruch außerordentliche Mittel . . . bereitgestellt“ [176].

Im Hinblick auf die Verlegung des Max-Planck-Instituts für Physik von Göttingen nach München schienen sich allerdings nicht so ohne weiteres vollendete Tatsachen schaffen zu lassen. Der Empfehlung Heisenbergs, „die Standortfrage beschleunigt zu behandeln“ und „insbesondere . . . mit dem Bau des Max-Planck-Instituts für Physik auf dem Gelände des zukünftigen Uranreaktors sobald wie möglich“ [177] zu beginnen, hatte der Geschäftsführer der Max-Planck-Gesellschaft, Ernst Telschow, als Mitglied der Planungskommission unverzüglich Einwände haushaltstechnischer Art entgegengehalten. Danach würde es erst für das Haushaltsjahr 1955 möglich sein, „Baumittel für das neue Max-Planck-Institut“ [178] zu beantragen. Um für Jedermann unmißverständlich deutlich zu machen, welche Befürchtungen er hegte, fügte Telschow noch hinzu, daß „die Entscheidung über den Standort des Meilers . . . der Kernenergie-Kommission überlassen werden (müsse)“ [179].

Mit seinen Feststellungen versuchte Telschow denjenigen Bestrebungen den Weg zu verstellen, die auf indirekte Weise, d. h. über Beschlüsse der Max-Planck-Gesellschaft, die Vorentscheidung für den Standort der Reaktorstation herbeizuführen gedachten. Als Ansatzpunkt für eine Einflußnahmemöglichkeit im Sinne der eigenen Vorstellungen hatte Telschow mit den Haushaltsmitteln das wohl wirkungsvollste Instrument namhaft gemacht. In die gleiche Richtung wies später auch eine Empfehlung, die der Bundesminister für Wirtschaft, Ludwig Erhard, dem Kultusminister des Landes Baden-Württemberg, Wilhelm Simpfendörfer, gab [180]. „Auf die Verlegung des Max-Planck-Instituts“, so Ludwig Erhard, „habe ich keinen Einfluß. Sie selbst aber können in der gemeinsamen Konferenz der Kultus- und Finanzminister der Länder bei der Beratung des Haushaltsvoranschlages der Max-Planck-Gesellschaft entsprechenden Einfluß ausüben“ [181]. Da es in diesem Zusammenhang um den nicht unerheblichen Betrag von 5 bis 7 Millionen DM gehen würde, schien zumindest die Herbeiführung einer beabsichtigten zeitlichen Verzögerung des Vorhabens keine sonderlichen Schwierigkeiten aufzuwerfen. Dies jedoch

---

würde bereits genügen, um präjudizierenden Charakter annehmenden Standortentscheidungen der Max-Planck-Gesellschaft vorzubeugen.

Selbstverständlich lag es keineswegs in Telschows Absicht, die Planungsarbeiten zur deutschen Reaktorstation generell zu verzögern. Diese sollten nach wie vor energisch vorangetrieben werden. Um diese Absicht zu unterstreichen, beschloß der Planungsausschuß auf seiner Sitzung am 7. Dezember 1953 unter anderem auch, eine weitere Fachkommission einzurichten, und zwar die Fachkommission IV für „Reaktortechnik“. Daneben brachte Wilhelm Bötzkles, unterstützt von Hermann Reusch, zum Ausdruck, daß dringlich auch daran gedacht werden müsse, einen Rechtsträger ins Leben zu rufen, „dem die Beschaffung und Verwaltung von Geldmitteln für die Planungsarbeiten“ [182] zum Uranreaktorprojekt übertragen werden könnten. In den Bundeshaushalt war zu diesem Zeitpunkt zum Zwecke der Entwicklung der deutschen Kernenergie-Industrie bereits eine Summe von 1,9 Millionen DM eingestellt worden [183]. Bötzkles und Reusch schlugen vor, die Gründung einer „Forschungsgesellschaft Kernenergie GmbH“ ins Auge zu fassen, an der sich sowohl staatliche als auch private Gesellschafter mit einer Stammeinlage von etwa 100.000,— DM je Mitglied beteiligen sollten [184]. Mit ihrem konzeptionellen Vorschlag zum weiteren Auf- und Ausbau der organisatorischen Strukturen des Kernenergieprojektes ging von den beiden Vertretern der deutschen Wirtschaft im Planungsausschuß ein entscheidender Impuls aus, der im Jahre 1954 schließlich in der Gründung der Physikalsichen Studiengesellschaft Düsseldorf mbH mündete [185].

Weitaus weniger spektakulär, aber für die zukünftige Weichenstellung der Standortentscheidung von nicht unerheblicher Bedeutung, war der Beschluß der Planungskommission, ihr Mitglied Hermann Reusch mit der Aufgabe zu betrauen, einen kalkulatorischen Kostenvergleich zwischen den beiden möglichen Reaktorstandorten München und Karlsruhe durchzuführen [186]. Der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen hatte sich gern dazu bereit erklärt. Er stellte in Aussicht, in dieser Angelegenheit etwa in drei Monaten zu einer Besprechung nach Düsseldorf einzuladen, um dort dann an einem Modell die Ergebnisse seiner Bemühungen vorzustellen [187]. Als der Baden-Württembergische Wirtschaftsminister Dr. Veit hierüber Bericht erhielt, notierte er sofort an den Rand seines Protokollexemplars: „Man muß sich hier wohl einschalten“ [188].

Der Wunsch des Ministers war hingegen vom Geschäftsteil VII seiner Behörde längst ins Kalkül gezogen worden [189]. So konnte Professor Franz Kirchheimer als Berichterstatter unverzüglich Stellung nehmen. Er hob nicht ohne Stolz hervor, daß Generaldirektor Reusch auf seinen Vorschlag hin mit der Projektplanung beauftragt worden sei [190]. Wichtig wäre vor allem, daß damit eine Persönlichkeit diese Aufgabe in Händen hielt, die „dem Standort Karlsruhe aus verschiedenen Gründen den Vorzug (gäbe)“ [191], nach außen hin jedoch als neutral gelte [192]. Diese Interpretation der Reuschen Position stellte keineswegs eine Übertreibung dar. Unter dem Siegel der Vertraulichkeit hatte Reusch in einem Schreiben an Kirchheimer offen zu seiner Standortauffassung Stellung bezogen und sich folgendermaßen geäußert: „Bezüglich der Standortfrage für den Reaktor haben Sie für Karlsruhe meine volle Unterstützung. Das von der Stadt München angebotene Gelände in Unterföhringen ist ein besseres Rieselfeld. Dazu kommt, daß die Stadt dem Projekt sehr wenig sympathisch gegenübersteht. Schließlich bin ich auch von gewissen landsmannschaftlichen Gebundenheiten nicht ganz frei. Württemberg und Baden haben meines Erachtens Anspruch darauf, bei der Errichtung neuer Institute bevorzugt berücksichtigt zu werden“ [193]. Eindeutiger konnte ein Votum für Karlsruhe nicht ausfallen. Von den übrigen Mitgliedern der Planungskommission unbemerkt schienen auch die baden-württembergischen Interessen damit einen wichtigen Verbündeten gefunden zu haben.

#### **4.2.3 Die Standortbesichtigung vom Dezember 1953 und ihre Auswirkungen**

Nachdem die Druckschrift „Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler“ ein recht positives Licht auf diesen Standort geworfen und selbst Heisenberg veranlaßt hatte, ihm seine Aufmerksamkeit zu widmen, kam es der Stadtverwaltung nunmehr darauf an, auch im Rahmen des für den 8.

Dezember 1953 angesetzten Ortstermins den besten Eindruck zu hinterlassen. Angekündigt hatte sich eine Delegation des Planungsausschusses, bestehend aus den Professoren Heisenberg und Wirtz, dem Ausschußvorsitzenden Dr. Bötzes sowie Geschäftsführer Dr. Telschow [194]. Von Seiten der gastgebenden Stadt Karlsruhe, die durch ihren Oberbürgermeister Klotz, Bürgermeister Gurk und die zuständigen Referenten [195] vertreten wurde und daneben noch Prof. Henglein von der Technischen Hochschule zugezogen hatte, war auch auf die demonstrative Beteiligung hochrangiger Beamter bzw. Minister des Landes Baden-Württemberg hingewirkt worden [196]. Zwar konnte Ministerpräsident Müller selbst nicht anwesend sein, doch waren mit dem Minister für Bundesangelegenheiten, Oskar Farny, dessen Ministerialrat May sowie Ministerialdirektor Dr. Stahlecker, Ministerialrat Dr. Seifriz und Prof. Kirchheimer vom Wirtschaftsministerium die kompetenten Ansprechpartner entsandt worden [197].

Der ganztägige Besuchstermin, der im übrigen genau auf jenen denkwürdigen 8. Dezember 1953 fiel, an dem der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower vor der Vollversammlung der Vereinten Nation seine aufsehenerregende „Atoms for Peace“ Rede hielt, war auf Anregung von Ernst Telschow hin so ausgelegt worden, daß neben der eigentlichen Standortbesichtigung hinreichend Zeit verblieb, um auch persönlich miteinander bekannt zu werden [198]. Nicht zuletzt sollte ein abschließendes gemeinsames Abendessen im repräsentativen Rahmen des Schloßhotels „Solms“ mit dazu beitragen, die Kommissionsmitglieder für Karlsruhe zu gewinnen [199]. Das erklärte Ziel mußte sein, insbesondere Werner Heisenberg vom Karlsruher Angebot so zu beeindrucken, daß er möglicherweise doch noch von seinem bisherigen Votum für München abrücken oder sich im Interesse der Sache einer andersartigen Lösung zumindest nicht völlig versperren würde. Immerhin war bekannt, daß Heisenberg bereits an dem dem Karlsruher Besichtigungstermin folgenden Tag bei Bundeskanzler Adenauer vortragen sollte [200].

Das für die Errichtung des Atommeilers nunmehr [201] ins Auge gefaßte Gelände zwischen Rhein und Alb, etwa 1,5 km nördlich der Zellstoffwerke Maxau (vgl. Abb. 4), wurde befahren und einer



Abb. 4:  
Als Baugelände für die Reaktorstation wurde von der Stadt Karlsruhe eine Fläche von 100 Hektar in unmittelbarer Nähe des Rheins angeboten. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler, o.O., o.J.).

---

eingehenden Besichtigung unterzogen. Teilnehmer der Veranstaltung vermerkten später nicht nur, daß sich „die Unterhaltung mit Prof. Dr. Heisenberg und seinen Herren . . . außerordentlich lebhaft (gestaltet)“ [202] hätte, sondern glaubten auch bemerkt zu haben, daß Werner Heisenberg von Art und Umfang des offerierten Geländes sowie der „Aufgeschlossenheit der Stadtverwaltung sehr beeindruckt“ gewesen sei [203]. Diese Einschätzung des Besuchsergebnisses ließ sich interessanterweise wenige Tage später in den Badischen Neuesten Nachrichten nachlesen [204], und dies, obwohl die Presse offiziell nicht unterrichtet und dem Presseamt der Stadt sogar jedwede Stellungnahme zu dieser Thematik untersagt worden war [205] (vgl. Abb. 5).

Zur Abrundung der Eindrücke, die man auf dem „Baugelände“ gewonnen hatte, suchte die Kommission anschließend auch die Technische Hochschule Karlsruhe auf, denn diese war im Rahmen der Gesamtkonzeption des Reaktorprojektes als mögliche neue Heimat des aus Göttingen zu verlegenden Heisenbergischen Max-Planck-Instituts für Physik gegebenenfalls in Betracht zu ziehen.

Der offensichtlich harmonische Verlauf der Besprechungen zwischen den Vertretern der Planungskommission, der Stadt Karlsruhe und der Landesregierung fand in einer gemeinsamen Abendrunde einen würdigen Ausklang.

Nochmals hatte hierbei Oberbürgermeister Klotz die Gelegenheit ergriffen, im Rahmen seiner kurzen Ansprache die Karlsruher Position zu umreißen: „Wir sind etwas“, so Klotz am Ende seiner Rede, „und hoffen, durch Sie noch mehr zu werden!“ [206]

Trotz der zum Teil launigen Reden, die anschließend gehalten wurden [207], und der wiederholten Vorstöße der „Karlsruher Seite“, die Mitglieder der Planungskommission doch in irgendeiner Weise zu einer Stellungnahme zu veranlassen, ging man erwartungsgemäß ohne eine abschließendes Ergebnis auseinander. Bezeichnend ist das Fazit, mit dem Generaldirektor Bötzkkes seine Tischrede auklingen ließ: „Ich trinke auf das Wohl von Karlsruhe und auf die Fülle von Hoffnungen ohne Gewähr“ [208].

Dessen ungeachtet, und mit Sicherheit zu voreilig, schätzte man das Besprechungsergebnis im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg recht positiv ein. Ministerialrat Dr. Seifriz glaubte in einer internen Aktennotiz festhalten zu können, „daß Dr. Telschow, Dr. Wirtz und wohl auch Dr. Bötzkkes jetzt schon sehr stark dazu neigen, sowohl das Max-Planck-Institut für Physik wie auch den künftigen Atommeiler nach Karlsruhe zu verlegen. Auch bei Prof. Heisenberg war eine starke Erwärmung für Karlsruhe deutlich zu erkennen“ [209].

Sicher war man sich allerdings keineswegs. Dies zeigen die erheblichen Irritationen, die noch im Dezember 1953 durch einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung ausgelöst werden konnten [210]. Dort war unter der Überschrift „Atom-Meiler soll nach München kommen“ [211] unter anderem zu lesen gewesen: „Die erste deutsche Atomforschungsstätte wird voraussichtlich in der Nähe Münchens errichtet werden. Wirtschaftsminister Seidel gab am Freitag bekannt, daß entsprechende Verhandlungen der bayerischen Staatsregierung mit dem Max-Planck-Institut für Physik zu einem ‚positiven Zwischenergebnis‘ geführt haben“ [212].

Obwohl Heisenberg, der Direktor des genannten Max-Planck-Instituts, auf ein Schreiben des baden-württembergischen Ministers für Bundesangelegenheiten hin energisch dementiert hatte, durch eigene Äußerungen dem bayerischen Wirtschaftsminister zu einer derartigen Stellungnahme Veranlassung gegeben zu haben und alles auf ein Mißverständnis zurückführen wollte [213], war man in Stuttgart doch hellhörig geworden. Insofern bestand auch nur eine geringe Bereitschaft, der Beteuerung Heisenbergs wirklich Glauben zu schenken, daß er bei seinem Besuch in Karlsruhe gelernt habe, daß sehr starke Argumente tatsächlich für diesen Standort sprächen [214]. In seiner zurückhaltenden Bewertung der Äußerungen Heisenbergs war das Staatsministerium noch durch einen Bericht von Ministerialdirektor Dr. Gögler (Landesvertretung Bonn) bestärkt worden [215]. Dieser hatte über eine vertrauliche Rücksprache mit Ministerialdirigent Dr. Grau vom Bundeskanzleramt berichtet, daß man es dort für sehr wohl möglich halte, „daß Professor Heisenberg gegenüber Minister Seidel tatsächlich die Äußerung gemacht habe, die in der Presse erschienen (sei)“ [216]. Auch könne keineswegs beruhigen, daß

Presseamt der Stadt Karlsruhe

Titel der Zeitung : ..... B.N.N. Nr. 289 .....  
Erscheinungstag : ..... 10.12.1953 .....  
An ..... Dez. I und Dez. I .....  
*Mil*

**Übersiedelt das Max-Planck-Institut  
nach Karlsruhe?**

**Prof. Heisenberg war stark beeindruckt**

Die Kommission von Wissenschaftlern und Technikern, der die Aufgabe gestellt war die Eignung der Städte München und Karlsruhe für die Errichtung des ersten deutschen Atommeßers zu überprüfen, besuchte, wie wir erst jetzt erfahren, am Dienstag die Stadt Karlsruhe. An der Spitze dieser Kommission befand sich der bekannte Atomforscher Prof. Heisenberg.

Prof. Heisenberg zeigte sich von den in Karlsruhe gebotenen Möglichkeiten stark beeindruckt, so daß begründete Aussicht besteht, daß in dem Wettstreit München-Karlsruhe unsere Stadt das Rennen machen wird. Wann der geplante Atommeßer gebaut werden kann, ist jedoch noch völlig ungewiß. Von großer Bedeutung für Karlsruhe würde jedoch für den Fall, daß dieser Atommeßer hierher kommt, die Tatsache sein, daß dann auch das in Göttingen untergebrachte Max-Planck-Institut für Physik (das frühere Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin) nach Karlsruhe übersiedeln würde.

Im übrigen kann darauf verwiesen werden, daß es sich bei der beabsichtigten deutschen Atomforschung ausschließlich um Forschungen für friedliche Zwecke handeln wird.

Hierzu darf bemerkt werden, dass dem Presseamt jede Veröffentlichung untersagt war. Trotzdem erschien vorstehender Artikel in der BNN. Grundsätzlich darf gesagt werden, dass sich bei all diesen Anlässen niemals ein völliges Stillsehweigen erreichen lassen wird. Es wäre daher zweckmässig, von vornherein sich die Formulierung eines "Bulletins" gemeinsam mit den zuständigen Abteilungen zu erarbeiten. Denn es ist immer peinlich, anderentags von der Vielzahl der Journalisten wegen Benachteiligung angerufen zu werden.

Pr.A.

*Jul.*

Nach Kenntnisnahme

Beckh. 28.12.53

Wdt.

Zu den Akten,

*Doz. H.*

Abb. 5:  
Presseecho auf die Standortbesichtigung durch eine Delegation des Planungsausschusses in den Badischen Neuesten Nachrichten und Kommentierung dieser Publikation durch die Karlsruher Stadtverwaltung. (Aus: Stadtarchiv Karlsruhe, B.N.N., Nr. 289 vom 10.12.1953).



---

die für die zu treffenden Entscheidungen an sich zuständigen Organe, nämlich „die Atom-Kommission im Einverständnis mit der Bundesregierung“ [217], noch nicht bestehen würden und zudem der Deutschland- sowie EVG-Vertrag noch nicht ratifiziert worden sei. Immerhin wären die vorbereitenden Arbeiten der Planungsausschüsse von präjudizierender Bedeutung und insofern müßten „die Äußerungen Professor Heisenbergs doch ernst genommen werden“ [218].

Im Rahmen seines Berichts wies Göglar die Landesregierung zudem auf ein seiner Auffassung nach wichtiges, in der bisherigen Debatte jedoch „viel zu wenig beachtetes“ [219] Argument hin, das für den Standort Karlsruhe genutzt werden sollte, nämlich die günstige geostrategische Lage. Danach würde „Münchens Lage im Osten . . . bei der endgültigen Entscheidung eine wesentliche Rolle spielen (und) hierbei hätten die Alliierten, vor allem die Amerikaner, ein entscheidendes Wort mitzureden“ [220]. Mochte dieser Hinweis der Landesvertretung an sich auch durchaus zutreffend sein, so übersah er doch, daß Karlsruhe das Argument der vorteilhaften geostrategischen Lage bereits längst zu seinen Gunsten in die Standortdebatte eingebracht hatte. Ministerialrat Seifriz vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg war hier der eigentliche Initiator gewesen. Er hatte im Rahmen der Gespräche, die zwischen seiner Dienststelle und der Stadtverwaltung Karlsruhe im Oktober 1953 geführt worden waren, um die Beantwortung des Fragebogens der Planungskommission abzustimmen, unter anderem darauf gedrungen, besonders hervorzuheben, daß Karlsruhe **westlich** des Schwarzwaldes läge [221]. Selbstverständlich war diese Anregung aufgegriffen und mit der Formulierung „Karlsruhe . . . liegt am Rhein und **westlich** des Schwarzwaldes [222]“, sowie der Kommentierung „was für das Vorhaben von Wichtigkeit sein dürfte“ [223], in die offizielle Bewerbungsschrift der Stadt aufgenommen worden. Um die Bedeutung dieses Sachverhaltes augenfällig zu machen, hatte man das Adjektiv „westlich“ im Text sogar noch durch Fettdruck optisch besonders hervorgehoben [224].

Daß die in gleiche Richtung zielenden Überlegungen Karlsruhes und Göglars zu Zeiten des Kalten Krieges durchaus Überzeugungskraft besaßen, mag auch daraus hervorgehen, daß wenig später der Publizist Erich Kuby in der Süddeutschen Zeitung (München) der These, ein deutscher Atommeiler könne militärischen Absichten dienen, mit dem Argument entgegentrat, daß es geradezu abwegig sei, „zu glauben, Amerika lasse es zu, daß ein paar Kilometer von einer Randlinie seines Herrschaftsgebietes überhaupt Atomwaffen hergestellt (würden)“ [225]. Kuby verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß aus dem Raum München „schon militärisch ungleich geringere Einrichtungen weiter nach Westen verlegt worden (seien)“ [226].

Auf einen Automatismus ähnlicher Art gedachte sich die baden-württembergische Landesregierung jedoch keineswegs zu verlassen, wenn es um den Standort des Kernreaktors ging. Vielmehr beschloß man auf der 42. Ministerratssitzung vom 21. Dezember 1953 erneut, den eigenen Absichten dadurch Nachdruck zu verleihen, daß Ministerpräsident Müller direkt eine Unterredung mit Bundeskanzler Adenauer führen und ein Gegengewicht zu Heisenbergs „Unterrichtungen“ bilden sollte [227]. Auch wenn von Adenauer nicht so ohne weiteres zu erwarten war, daß er sich, wie z. B. Ministerialdirigent Hinsch aus dem Bundeswirtschaftsministerium [228], für die Karlsruher Position würde vereinnahmen lassen, so bot ein persönliches Gespräch doch zumindest die Gelegenheit, möglicherweise bestehende Vorbehalte auf sachlicher Ebene zu diskutieren. Diesem Vorhaben kam entgegen, daß nach zuverlässigen, wenn auch vertraulich zu behandelnden Informationen aus dem Bundeskanzleramt [229] fest stand, daß von Konrad Adenauer selbst noch keine definitive Entscheidung über den Standort getroffen worden war. Zudem hatte der Kanzler ausgesprochen heftig darauf reagiert, daß durch den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Hans Seidel, in der Presse der Eindruck erweckt worden war, „daß die Gewinnung von Atomenergie für friedliche Zwecke in der Bundesrepublik Deutschland bereits in Angriff genommen (worden) sei und die Errichtung eines Atommeilers“ [230] in München unmittelbar bevorstehe [231]. In seinem Brief an Seidel wies Adenauer ausdrücklich darauf hin, daß das alliierte Verbot einer angewandten Atomforschung bis zum Inkrafttreten des Deutschland- und EVG-Vertrages nach wie vor fortbestünde und erst mit Inkrafttreten dieser Verträge an den Bau einer Atomreaktorstation herangegangen werden könne [232]. Dementsprechend könne vorher „selbstverständlich auch keine Entscheidung über den

---

Sitz eines solchen Werkes getroffen werden“ [233]. Da es nicht im außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik läge, wenn diese Dinge bereits jetzt in die Öffentlichkeit getragen würden, forderte der Bundeskanzler den Bayerischen Staatsminister nachdrücklich auf, die Frage zukünftig vertraulich zu behandeln [234]. Damit ließ Adenauer es jedoch nicht bewenden. Er kündigte an, dem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, der im übrigen auf den Münchner Verstoß mit einer eigenen Pressekampagne geantwortet hatte [235], über die sich wiederum Seidel im Antwortschreiben an Adenauer bitter beklagte [236], eine Abschrift seines Briefes an Seidel zugehen zu lassen [237] und bemühte in Sachen „Atomwerkpläne“ sogar das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesrepublik zu einem heftigen Dementi [238] (vgl. Abb. 6).

Damit war nochmals deutlich geworden, daß Adenauer nicht gewillt war, seine außenpolitische Zielsetzung durch einen voreiligen Griff der Länderregierungen nach der Atomkraft gefährden zu lassen.

Auch hatte sich im Laufe des Jahres 1953 herausgestellt, daß es bei weitem nicht so problemlos wie ursprünglich angenommen sein würde, eine Standortvoraussetzung für die geplante deutsche Reaktorstation herbeizuführen. Neben München hatte sich mit Karlsruhe ein nunmehr ebenfalls erst zu nehmender Mitwettbewerber gestellt. Von einer unmittelbar bevorstehenden Entscheidungsfällung, über die in den öffentlichen Medien noch 1953 wiederholt berichtet worden war, konnte bei realistischer Einschätzung nun keine Rede mehr sein [239].

### **4.3 Die Konkurrenzsituation spitzt sich zu**

Nach Lage der Dinge mußte es für die um die Reaktorstation wetteifernden Städte München und Karlsruhe zu Beginn des Jahres 1954 offenkundig sein, daß sie ihre eigene Position bis zur nächsten Sitzung der Planungskommission möglichst weiter verbessern sollten, um den Konkurrenten ins Hintertreffen geraten zu lassen. Die Ergebnisse der von diesem Gedanken getragenen Bemühungen begannen sich schon bald abzuzeichnen.

Die baden-württembergische Seite setzte dabei mit Bedacht auf die fördernde Wirkung, die von materiellen Vorleistungen ausgehen würde. Zunächst leitete die Stadtverwaltung Karlsruhe über die Landesbauabteilung der Oberfinanzdirektion und das Kultusministerium eine Instandsetzung des Chemisch-Technischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe ein [240]. Die notwendige Generalüberholung, ohne die man es als aussichtslos ansah, Heisenberg das Institut als vorläufig erste wissenschaftliche Arbeitsstätte in Karlsruhe anzubieten [241], war von Regierungs-Baudirektor K. Kölmel mit einem Betrag von einer Viertel Million DM veranschlagt worden [242]. Bis zum Februar 1955 hatten die Kosten der Bauarbeiten diese Summe bereits um 30.000 DM überschritten und schlossen schließlich mit insgesamt 375.000 DM ab [243]. Diesem nach außen hin deutlich erkennbaren finanziellen Engagement zur Verbesserung der Attraktivität des Karlsruher Standortangebotes trat die Technische Hochschule demonstrativ noch dadurch zur Seite, daß sie Heisenberg ihre volle Unterstützung für seine Reaktorpläne zusicherte [244]. In seinem Antwortschreiben dankte Heisenberg dem Rektor der TH-Karlsruhe, Otto Haupt, für diese Bereitschaft mit den Worten: „Auch die Herren Kollegen Gerthsen und Henglein haben sich ja schon früher in dem freundlichen Sinne Ihres Briefes ausgesprochen und Ihr Brief wird ein weiteres wichtiges Argument in den zukünftigen Entscheidungen sein . . .“ [245].

Mochte auch fraglich bleiben, ob sich gerade Heisenberg durch derartige Bekundungen zu einer Änderung seiner Auffassung würde bewegen lassen, so war inzwischen erkennbar geworden, daß Baden-Württemberg mit Bundeswirtschaftsminister Erhard eine der bedeutenden Persönlichkeiten im Kabinett Adenauer für die Karlsruher Pläne hatte gewinnen können [246]. Im Rahmen eines Gespräches zwischen Ministerpräsident Müller und Ludwig Erhard hatte dieser am 19. Januar 1954 explizit versichert, daß er „dafür eintreten (würde), daß der Atommeiler nach Karlsruhe (käme)“ [247]. Daß es sich hierbei nicht etwa nur um eine Höflichkeitsfloskel oder um eine fälschliche Interpretation der erhardschen Äußerung durch Gebhard Müller handelte, bestätigte ein weiteres Gespräch, das beide Politiker am Rande des Neujahrsempfangs des

Nr. 1295/53

Mitteilung an die Presse

Das Bundespresseamt gibt bekannt:

In der Presse sind in den letzten Tagen Meldungen erschienen, aus denen die Öffentlichkeit entnehmen könnte, daß die Gewinnung von Atomenergie für friedliche Zwecke in der Bundesrepublik bereits in Angriff genommen sei und die Errichtung eines Atommeilers unmittelbar bevorstehe. In den Veröffentlichungen wird bereits von einer getroffenen Zwischenentscheidung über den Sitz eines solchen Atomwerkes gesprochen.

Demgegenüber ist festzustellen, daß das alliierte Verbot einer angewandten Atomforschung bis zum Inkrafttreten des Deutschland- und EVG-Vertrages nach wie vor fortbesteht. Erst mit dem Inkrafttreten dieser Verträge wird somit an den Bau einer Atomreaktorstation herangegangen werden können, die ausschließlich für friedliche Zwecke bestimmt sein wird. Es ist daher bisher auch keine Entscheidung über den Sitz eines solchen Werkes getroffen worden, noch ist eine solche Entscheidung vorerst überhaupt möglich.

Bonn, den 23. Dezember 1953  
Veröffentlicht durch das  
Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung.

*29/12/53*

Ld. Baden-Würtfbg. Verfr. b. Bund							
A. Z.							
Eing. 29. DEZ. 1953 * 0152258							
Ant.				Nr.			
1	2	3	4	5	6	7	8

*Medienabteilung am St. Min.  
2. Handlungsbereich  
Herrn v. Götter*

Abb. 6:  
Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung dementiert Meldungen, nach denen die Gewinnung von Atomenergie für friedliche Zwecke in der Bundesrepublik bereits in Angriff genommen worden sei. (Aus: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, EA 1/4, Nr. 1055 vom 29.12.1953).



---

Bundespräsidenten führten [248]. Danach brachte der Bundeswirtschaftsminister „erneut zum Ausdruck, daß er mit aller Energie für Karlsruhe eintreten werde“ [249]. Zudem unterstrich er, daß die „Sache . . . nach seiner Überzeugung . . . weit bedeutsamer (sei), als man bisher angenommen habe. . . Er rechne damit, daß im Laufe der Jahre um den Atommeiler ein industrielles Zentrum mit 100 000 Arbeitern entstehen könnte, ähnlich der Schwerpunktbildung im Ruhrgebiet; von der Verwertung der Atomenergie würden schlechterdings alle Produktionszweige erfaßt“ [250]. Diese Einschätzung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Projektes spräche für sich und dürfte verständlich machen, welche Erwartungen die Kontrahenten München und Karlsruhe mit ihrer Option für die Kernenergie-Industrie verbanden.

Der Festlegung des Bundeswirtschaftsministers in der Standortfrage war Beachtung zu schenken, denn seiner Behörde oblag nach wie vor die Federführung bei der Vorbereitung der deutschen Kernenergie-Industrie. Die „Forschungsgesellschaft Kernenergie“, die nach Beschluß der Planungskommission vom 7. Dezember 1953 für diese Aufgabe zukünftig an sich vorgesehen war [251], hatte sich noch nicht konstituieren können [252], und es schien ausgeschlossen, daß sich daran vor Mitte 1954 etwas ändern würde [253].

Insofern war es auch nach wie vor das Bundeswirtschaftsministerium, das die Mitglieder der „Studienkommission für Kernenergie“ zum 24. Februar 1954 erneut zu einer Aussprache nach Bonn bat [254]. Auch auf dieser Sitzung ließ sich jedoch keine Annäherung der bekanntermaßen unterschiedlichen Positionen zur Standortfrage erreichen, geschweige denn eine Entscheidung, wie sie von Werner Heisenberg gewünscht worden war [255], herbeiführen.

Überraschend deutlich scheint allerdings vom Bundeswirtschaftsministerium und vom Bundeskanzleramt der Unmut darüber artikuliert worden zu sein, daß München seine Bemühungen um Verbesserungen der eigenen Standortattraktivität wiederum zu lauthals in die Öffentlichkeit getragen hatte [256]. Der zwar spektakuläre, aber von seiner Intention her weitsichtige Beschluß des Münchner Stadtrates, der Errichtung einer Atommeilerstation im Raume München bereits im Vorfelde zuzustimmen, hatte größtes Aufsehen erregt [257]. Nach kontroverser Debatte war der zustimmende Beschluß auf der Stadtratssitzung vom 16. Februar 1954 mit 30 gegen 11 Stimmen gefallen. Wiederaufbaureferent Helmut Fischer, dem der Münchner Oberbürgermeister Wimmer die Federführung in allen die Atommeilerthematik betreffenden Angelegenheiten übertragen hatte, schien die Stadt München auf ihrem Weg ins Atomzeitalter ein gutes Stück vorangebracht zu haben. Doch dem war nicht so.

Der vermeintliche Vorteil einer vorausplanenden Entscheidung, mit der man Karlsruhe erneut ins Hintertreffen zu bringen gehofft hatte, schien sich in zweierlei Hinsicht geradezu in sein Gegenteil zu verkehren. Zum einen löste der Stadtratsbeschluß in der Münchner Öffentlichkeit eine heftige Diskussion über die Gefahren der Kernenergienutzung aus, so daß der Eindruck entstand, daß die neue Technik in der bayerischen Landeshauptstadt nicht sonderlich willkommen sei [258]. Noch Mitte 1955 führte der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultur, Prof. Rucker, ein neuerliches Gutachten Werner Heisenbergs ins Felde, um unter anderem die Bedenken des Vereins der Münchner Brauereien zu zerstreuen, „daß die Errichtung eines Reaktors in der Nähe von München irgendeinen Einfluß . . . auf die Herstellung des Bieres haben (könnte) [259]“ (vgl. Dokumentenanhang).

Zum anderen nahm die Bundesregierung Anstoß an dem großen Presseecho, welches die Münchner Aktivitäten hervorrief und das aus außenpolitischen Rücksichtnahmen nicht erwünscht war.

Einem Bericht Professor Kirchheimers zufolge hatte Ministerialdirigent Hinsch vom gastgebenden Bundeswirtschaftsministerium im Rahmen der „Studienkommissions-Sitzung“ zudem un verhohlene Kritik an der jüngsten, „von bayerischer Seite betriebenen Pressepropaganda zu Gunsten des Standorts München“ [260] geäußert und diese mit dem Kommentar „unerfreulich“ sowie der „Vorbereitung der deutschen Kernenergie-Industrie abträglich“ [261] versehen. Ministerialdirigent Grau vom Bundeskanzleramt war offenkundig gleicher Auffassung gewesen [262]. Diese Entwicklung konnte aus Münchner Sicht nicht befriedigen, zumal die getroffene

---

Entscheidung von der Sache her durchaus der generellen Zielsetzung dienlich war, die Vorarbeiten zur deutschen Kernenergienutzung beschleunigt voranzubringen [263].

Ein richtiger und wichtiger Schritt gelang der Bayerischen Staatsregierung allerdings mit der Ankündigung ihres Kultusministers Dr. Schwalber, Professor Heisenberg gegebenenfalls eine Honorarprofessur am traditionsreichen Physikalischen Institut der Universität München anzubieten [264]. Auch hatte die Universität selbst bekundet, Heisenberg nicht nur größtes Entgegenkommen zu zeigen, sondern zusammen mit den Staatsbehörden auch dafür zu sorgen, daß eine entsprechend großzügige Ausstattung des Lehrstuhls erfolgen würde [265]. Dieses Angebot mußte auf Heisenberg eine außerordentlich starke Anziehungskraft ausüben. Denn von jeher hatte Heisenberg eine außerordentlich starke Affinität zu einer Professur an der Wirkungsstätte seines verehrten Lehrers Arnold Sommerfeld besessen, die ihm jedoch aus verschiedenen Gründen bereits zweimal versagt geblieben war [266]. Hinzu kam, daß Heisenberg offenbar mit ganzem Herzen nicht nur an der Stadt München, sondern auch an der wundervollen Voralpenlandschaft hing, die ihn mit unwiderstehlicher Macht anzuziehen schien. Vor diesem Hintergrund schien es von vornherein ausgeschlossen, daß ähnlich umfassende Zusagen, die das Baden-Württembergische Kultusministerium auf Anregung der Stadt Karlsruhe hin [267] kurze Zeit später für die Universität Heidelberg und die Technische Hochschule Karlsruhe abgab [268], für Heisenberg und seine Standortvotum einen auch nur annähernd gleichen Stellenwert besitzen konnten.

In ihrem Eifer, das Wohlwollen einflußreicher Persönlichkeiten zu erlangen, um so das Münchner Angebot auszustechen, schossen die Bemühungen des Landes Baden-Württemberg gelegentlich auch über das Ziel hinaus. So wurde das Vorhaben, die Ehegattinnen der Senatoren der Max-Planck-Gesellschaft nach Baden-Baden einzuladen, um diesen die Schönheiten der Schwarzwaldlandschaft näherzubringen, erst auf die Bedenken hin, die der von Minister Farny ins Vertrauen gezogene Staatssekretär Globke vom Bundeskanzleramt geäußert hatte, fallengelassen [269]. Globke hatte es im Hinblick auf die erkennbaren Absichten einer solchen Einladung weder für geeignet noch unbedenklich gehalten, einen derartigen Weg zu beschreiten. Stattdessen äußerte er die Auffassung, „daß für solche Zwecke eher eine wissenschaftliche Tagung in Baden-Baden die geeignete Gelegenheit schaffen könnte“ [270]. Wichtiger noch als diese Anmerkung des Staatssekretärs dürfte jedoch sein Hinweis gewesen sein, daß Adenauer in der Standortfrage „bis jetzt keineswegs für die Lösung München gewonnen wäre“ [271]. Diesen, wenn auch vorsichtig formulierten Hinweis des als bestinformierten Beamten der Bundeshauptstadt geltenden Globkes, sah Minister Farny als so wichtig an, daß er noch am gleichen Tag den stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Hermann Veit, hiervon in Kenntnis setzte.

Während man von dem Vorhaben, den Ehegattinnen der Senatoren der Max-Planck-Gesellschaft die Schönheiten des Schwarzwaldes näherzubringen, tatsächlich abrückte, richtete die Stadtverwaltung Karlsruhe demgegenüber trotz ebenfalls eindeutig erkennbarer Absicht, durchaus Besuchseinladungen an die Planungskommissionsmitglieder Heisenberg, Wirtz und Telschow, sowie deren Gattinnen [272]. Während Heisenberg das Ansinnen der Stadt mit dem Hinweis darauf ablehnte, daß er erst kürzlich zusammen mit seiner Frau in Karlsruhe gewesen sei, die Stadt also kenne, und Wirtz einen Besuch verschoben wissen wollte, bis die Standortentscheidung gefallen sei, nahm Telschow hingegen dankend an [273].

#### **4.3.1 Die Planungskommission tagt erneut**

Wer damit gerechnet hatte, daß die Standortfrage auf der dritten Sitzung der Planungskommission am 8. März 1954 einer Vorentscheidung nähergebracht werden würde, mußte sich enttäuscht sehen. Ein entsprechender Tagesordnungspunkt war nicht einmal vorgesehen [274]. Vielmehr sollten Fragen des Finanzbedarfs und der Haushaltsplanungen für die Jahre 1954/55 bzw. 1955/56 im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Daneben wollte man noch auf den gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten zum Reaktorprojekt zu sprechen kommen [275]. Während das Protokoll der Sitzung wieder einmal das Drängen Werner Heisenbergs verzeichnete, „daß die

---

Klärung der Standortfrage der Reaktorstation für die weitere Planung ... dringen sei“ [276], scheint zudem erstmals die grundsätzliche Frage eine Rolle gespielt zu haben, „ob und wie das Max-Planck-Institut für Physik mit der künftigen Reaktorstation zusammenarbeiten sollte“ [277]. Eine enge Kooperation beider Institutionen war bis dahin an sich unstrittig gewesen [278]. Insofern konnte die von Heisenberg initiierte Problematisierung dieser Thematik kaum anders, denn als Fingerzeig des Nobelpreisträgers verstanden werden, daß die Mitwirkungsbereitschaft seines Max-Planck-Instituts für Physik an den Reaktorplänen der Bundesrepublik immer im Zusammenhang mit seinen Wünschen zum Ausgang der Standortentscheidung gesehen werden müsse. Trotz dieser kaum verhohlenen Drohung und möglicherweise hierdurch geradezu provoziert, entschloß sich die Kommission offensichtlich, „die Planung der Reaktor-Station ... zunächst ohne Rücksicht auf die Verlegung des Max-Planck-Instituts für Physik in ihre Nachbarschaft durch(zu)führen“ [279].

Zwar fand diese Position in der von Karl Wirtz entworfenen offiziellen Niederschrift des Sitzungsergebnisses [280] keinen expliziten Widerhall [281], doch gibt ein dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg durch Franz Kirchheimer abgestatteter Bericht hierüber hinreichend Aufschluß [282]. Welche Brisanz der Thematik anhaftete, mag daraus hervorgehen, daß Kirchheimer es nicht für angeraten hielt, alle seine Erkenntnisse in Schriftform niederzulegen. Er hob hervor, daß sich „weitere Einzelheiten nicht für einen schriftlichen Bericht (eignen würden)“ [283], und er aus diesem Grunde dem zuständigen Ministerialrat Dr. Seifriz direkt vorzutragen gedenke.

War auf der Sitzung der Planungskommission auch keine Entscheidung gefallen, so hatte Heisenberg mit seiner Problematisierung der Kooperationsmöglichkeit zwischen Reaktorstation und Max-Planck-Institut doch für eine weitere Zuspitzung der Standortkontroverse gesorgt. Die Zeichen, die Heisenberg zuungunsten von Karlsruhe zu setzen beabsichtigt hatte, waren von der Stadt sehr wohl verstanden worden. Sollten überhaupt noch Chancen für die eigene Bewerbung bestehen bleiben, so mußten hierfür dringend weitere gewichtige Fürsprecher gewonnen werden. Insbesondere dachte man hierbei an die Senatoren der Max-Planck-Gesellschaft, in deren Händen letztendlich die Entscheidung lag, ob und wo neue Max-Planck-Institute errichtet werden sollten. Auch schien es vordringlich, auf den Meinungsbildungsprozeß, der sich bei den Senatoren in Sachen „Reaktorstandort“ vollzog, durch direkte Präsentation der Karlsruher Auffassung einzuwirken, wußte man doch, daß es bisher Werner Heisenberg gewesen war, der seinen Kollegen vom Senat der Max-Planck-Gesellschaft ein entsprechendes Bild vom Stand der Dinge vermittelt hatte [284].

#### **4.3.2 Die Ettlinger Tagung vom Mai 1954**

Offensichtlich währte man sich mit den eigenen Chancen dermaßen im Hintertreffen, daß sich das Land Baden-Württemberg trotz der vom Bundeskanzler schon früher mit Nachdruck gebotenen Zurückhaltung bei einer öffentlichen Erörterung der Kernenergiethematik dazu entschloß, zu einer Tagung nach Ettlingen einzuladen.

Erwartungsgemäß mußte eine derartige Vorgehensweise Kritik auslösen. Daß man sich im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg über die Fragwürdigkeit des beschrittenen Weges durchaus im klaren war, zeigen die spitzfindigen Entgegnungen, mit denen man den Einwänden begegnete, die einer der nach Ettlingen gebetenen, nämlich der Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik der Stratosphäre, Prof. E. Regener, erhoben hatte [285]. Minister Veit stellte sich nämlich auf den Standpunkt, daß die ins Auge gefaßte Veranstaltung

1. nicht öffentlich sei, da sie lediglich der Unterrichtung eines beschränkten Kreises geladener Gäste diene [286], und
2. daß Bundeskanzler Adenauer schließlich nur darum gebeten habe, die öffentliche Diskussion über die Frage des Standortes des Atommeilers zurückzustellen [287]. Von einer ausdrücklichen Weisung könne hingegen keine Rede sein [288].

---

Zu der am 5. Mai 1954 im Hotel Erbprinz zu Ettlingen durchgeführten Besprechung erschienen auf Einladung des Wirtschaftsministers mit den Professoren Bilfinger (Heidelberg), Hartmann (Tübingen), Kohn (Heidelberg) und Regener (Weissenau) schließlich vier derjenigen sechs Senatoren der Max-Planck-Gesellschaft, von denen man glaubte, sie für die Karlsruher Position einnehmen zu können [289]. Von seiten des Landes waren der Wirtschafts-, Kultus- und Minister für Bundesangelegenheiten sowie Prof. Kirchheimer anwesend. Hinzu kamen die Rektoren der TH-Karlsruhe, der Universität Heidelberg, der Bürgermeister der Stadt Karlsruhe und der Prinz von Fürstenberg. In diesem Kreise unterhielt man sich über den bisherigen Stand der Dinge und suchte die Senatoren der Max-Planck-Gesellschaft nach Möglichkeit für den Karlsruher Standpunkt zu gewinnen. Obwohl Prof. Regener, der die Position eines Vizepräsidenten der Max-Planck-Gesellschaft bekleidete, den Veranstaltern gegenüber schließlich die Zusage machte, „Herrn Prof. Dr. Heisenberg über das große Ausmaß des Entgegenkommens in Baden-Württemberg zu unterrichten“ [290], läßt sich doch nicht erkennen, in welchem Maße die Gastgeber ihre eigentliche Zielsetzung tatsächlich zu realisieren vermochten [291]. Die zurückhaltenden Formulierungen des Protokolls legen die Vermutung nahe, daß die greifbaren Erfolge nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zu dem bewußt eingegangenen Risiko standen, sich gegebenenfalls dem Tadel der Bundesregierung auszusetzen [292].

#### **4.4 Werner Heisenberg präzisiert die Vorgaben zur Gestaltung und Organisation der deutschen Reaktorstation**

In längere Reflexionen darüber einzutreten, ob man durch die Ettlinger Tagung möglicherweise die Bundesregierung verärgert habe, war allerdings ohnehin kaum möglich, zog doch ein noch im Mai 1954 durch Werner Heisenberg vorgelegtes Memorandum zur Planung der Reaktorstation und zu den technischen Gesichtspunkten für die Wahl des Standortes alle Aufmerksamkeit auf sich [293]. Das 23 Seiten umfassende Gutachten stellte eine Präzisierung derjenigen Überlegungen dar, die Heisenberg unter dem Titel „Allgemeine Richtlinien bei der Wahl des Ortes für die Reaktorstation der Bundesrepublik“ [294] im September 1953 erstellt hatte, und die als kurzzeitige Rahmeninformationen zusammen mit einem Fragebogen vom Planungsausschuß an die Städte München und Karlsruhe weitergeleitet worden waren [295]. Nunmehr jedoch wurden konkrete Standortanforderungen detailliert erhoben, technische und Kostenberechnungen angestellt, Konstruktionszeichnungen vorgelegt und der organisatorische Rahmen für die Reaktorstation abgesteckt [296].

Mit der Ausführung der bautechnischen Planungsarbeiten soll das Dortmunder Ingenieurbüro von Senator Dr. h. c. Friedrich Uhde betraut gewesen sein [297]. Es war jedoch Werner Heisenberg, der für das Gesamtgutachten verantwortlich zeichnete und es unter seinem Namen vorlegte.

Als besonders überraschend müssen dabei seine programmatischen Festlegungen in zwei bis dahin keineswegs entschiedenen Grundsatzfragen gelten. Zum einen ging er davon aus, „daß ein physikalisches Institut für Grundlagenforschung von der Art des Max-Planck-Instituts für Physik, oder dieses selbst (sic! der Verf.), räumlich und organisatorisch mit der Reaktorstation eng zusammenarbeite(n)“ [298] würde. Zum anderen „sollte für die Anlage und den Ort der Reaktorstation der Gesichtspunkt gelten, daß sie auf längere Zeit die Stelle sein muß, an der die Reaktorentwicklung in Deutschland stattfindet, d. h. im Laufe der Zeit noch andere Reaktoren und Reaktortypen errichtet und untersucht werden“ [299]. Bereits hier wird der Gedanke deutlich formuliert, letztlich die Errichtung eines größeren Forschungszentrums und nicht nur einer kleinen Reaktorstation ins Auge zu fassen. Offensichtlich erlangten die Entwicklungen, wie sie in dieser Angelegenheit im Ausland, d. h. unter anderem in den USA, in Kanada oder in Großbritannien zu beobachten waren, auch für die Bundesrepublik Vorbildcharakter.

Seinen Konzeptionen nach scheint es für Heisenberg völlig außer Frage gestanden zu haben, daß nur er ernsthaft in Betracht kommen könnte, um federführend mit der Entwicklung der friedlichen Kernenergienutzung in der Bundesrepublik betraut zu werden. Anders lassen sich seine wenig kompromißfähigen Festlegungen sowohl in seinem Mai-Gutachten, als auch an anderer Stelle

---

[300], kaum verstehen. Sein Entwurf eines Organisationsplans für die Reaktorstation unterstreicht diese Auffassung noch, sollte doch die Direktion dieser Institution unmittelbar der noch zu konstituierenden deutschen Atomenergiekommission unterstellt sein, als deren designierter Vorsitzender Heisenberg galt [301]. Zudem sollte innerhalb der Direktion der Reaktorstation die Physik die wissenschaftliche Verantwortung tragen [302] und daneben ein wissenschaftliches Kuratorium noch Beiratsfunktionen übernehmen. Damit war die Organisationskonzeption gänzlich auf die Persönlichkeit eines Werner Heisenberg hin zugeschnitten (vgl. Abb. 7).

Das vorgelegte Memorandum nannte zunächst jedoch eine Reihe von Eckdaten, die einen objektiveren Vergleich der verschiedenen Standortangebote ermöglichen sollten. Von weitreichender Bedeutung war hierbei vor allem die Festlegung, daß die „Bodenbelastung des Reaktors weit über das bei normalen Bauten gewohnte Maß hinausgeh(e), und daß somit die Beschaffenheit des Baugrundes von entscheidender Bedeutung für die endgültige Wahl des Standortes sein (würde)“ [303]. Im Gespräch war dabei eine Flächenbelastbarkeit von bis zu 50 t pro Quadratmeter [304]. Daß insbesondere die Stadt Karlsruhe später immer wieder gerade auf diesen Punkt insistierte und die einschlägige Stelle im eigenen Exemplar des heisenbergschen Gutachtens mit dicken Anmerkungszeichen versehen worden war [305], mag deutlich machen, von welcher Brisanz auch eine derartige Festlegung begleitet sein konnte. Demgegenüber boten die Kosten des Projektes, die, wie die nachfolgende Übersicht zeigt, allein für die Gebäudeerstellung mit fast acht Millionen DM beziffert wurden, offensichtlich keinerlei Zündstoff für öffentliche Diskussionen. (Vgl. Tabelle 1).

Die inhaltlichen Ausführungen des Heisenberg Memorandums zur Standortbewertung fanden auf der Sitzung des Planungsausschusses vom 13. Juni 1954 deutlichen Widerhall. Nachdem man sich auf Drängen von Hermann Reusch darauf hatte verständigen können, zunächst die Errichtung eines luftgekühlten graphitmoderierten Reaktors kleinerer Größenordnung (1500 kW) [308] ins Auge zu fassen, „ohne allerdings die spätere Errichtung eines Schwerwasser- oder angereicherten Reaktors zu vernachlässigen“ [309], war unverzüglich wiederum die geographische Standortfrage aufgeworfen worden. Hierzu waren im Laufe der Kommissionssitzung bereits recht aufschlußreiche Stellungnahmen und Positionsbeschreibungen zu hören gewesen. Heisenberg etwa, hatte seine Präferenz für den Bau eines luftgekühlten Graphit-Reaktors nicht nur damit begründet, daß dies „eine todsichere Angelegenheit (sei) und am schnellsten gehe“ [310], sondern auch sicherheitstechnische Aspekte, die unmittelbaren Einfluß auf die Standortwahl haben mußten, geltend gemacht.

Danach wäre dem Graphitreaktor deshalb der Vorzug vor einem Schwerwasser-Reaktor einzuräumen, da er ohne Bedenken in der Nähe dichtbesiedelter Regionen errichtet werden könnte. Hingegen dürfe ein Schwerwasser-Reaktor, so Heisenberg, „nur ... in größerer Entfernung von einer Stadt, praktisch in unbewohntem oder wenig besiedelten Gebiet (erprobt werden)“ [311]. Offenkundig schwingt in dieser Argumentation die heisenbergsche Konzeption einer räumlich nahen Verbindung zwischen Reaktorzentrum und Universität, also seine „Münchenlösung“, mit. Hierfür scheint Heisenberg demnach sogar bereit gewesen zu sein, jener Schwerwasser-Reaktortechnik den Rücken zu kehren, mit der man kurz vor Ende des 2. Weltkrieges in Haigerloch beinahe noch erfolgreich gewesen wäre und mit der man praktische Erfahrungen hatte sammeln können. Allerdings bleibt hierbei zu berücksichtigen, daß zu diesem Zeitpunkt ein dogmatisches Festhalten an der Schwerwasser-Reaktorlinie ohnehin fragwürdig hätte bleiben müssen: Eine hinreichende Versorgung mit Schwerem Wasser war zunächst weder aus heimischer Produktion noch über den Weltmarkt sicherzustellen.

Demgegenüber vertrat Hermann Reusch den Standpunkt, „daß Entwicklung und spätere praktische Durchführung (des Reaktors, R. G.) etwas völlig Verschiedenes seien“ [312], so daß man zwischen technischem Betrieb und wissenschaftlicher Forschung trennen müsse. Sein Vorschlag, das Reaktorprojekt möglichst an irgendeine Hochschule anzugliedern, die die Voraussetzungen mitbrächte und auf einem Gelände anzusiedeln, das für die technischen Voraussetzungen die günstigsten Bedingungen böte (Größe des Geländes, geologische Bedingungen, Wasserversorgung usw.) [313], mündeten in der Bekundung, „bei (einer) Wahl zwischen

Organisationsplan der Reaktorstation.  
=====

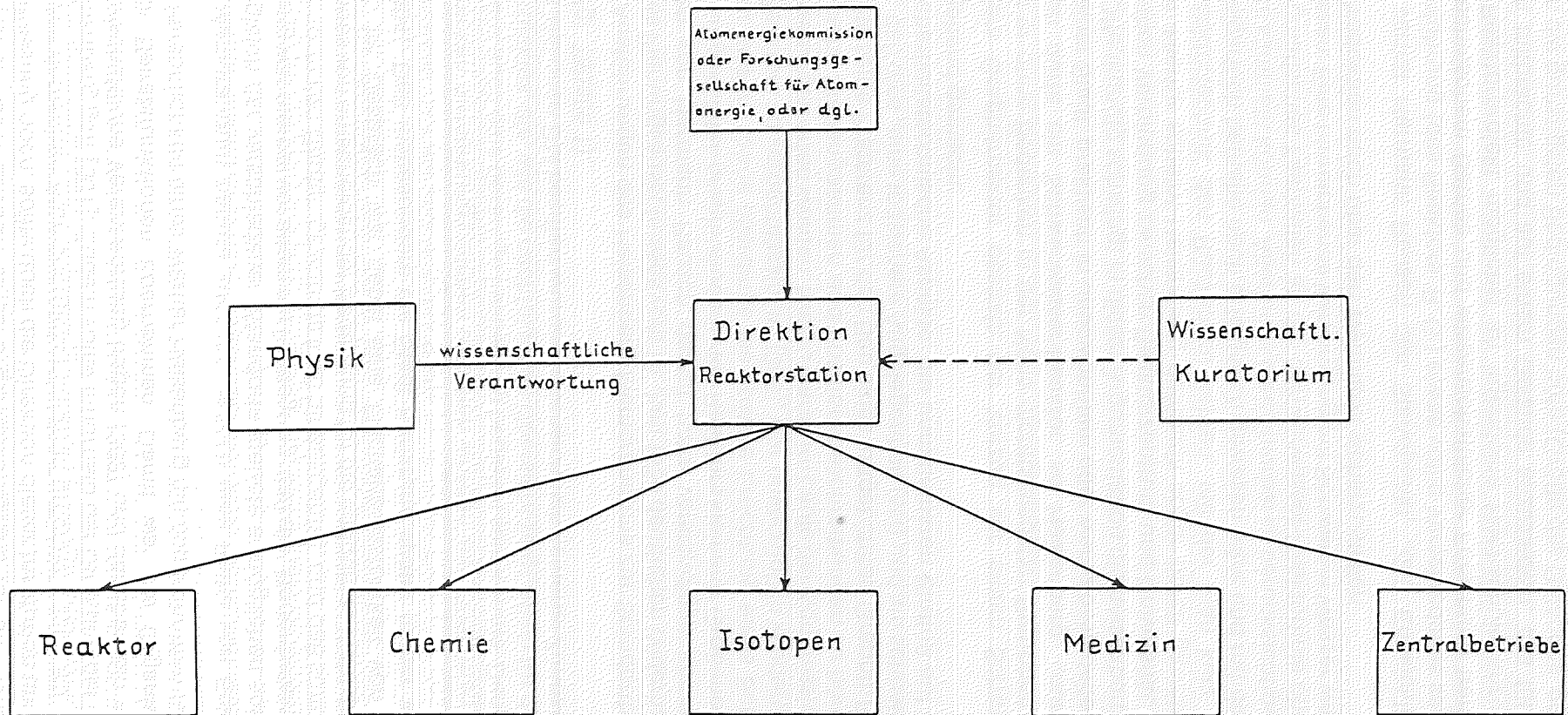


Abb. 7:  
Organisationsplan für die geplante Reaktorstation, vorgelegt von Werner Heisenberg im Mai 1954. (Aus: Kernforschungszentrum Karlsruhe, ZdV, F:1/1 vom Mai 1954).



Tabelle 1:

Kosten der Gebäude für die zu errichtende Reaktorstation nach dem Mai-Gutachten von Werner Heisenberg [306]

1. Physikalisches Forschungsinstitut				
3 Gebäudeteile	16.900 m <sup>3</sup>	umbauter Raum		
je DM 115,-				DM 1.950.000
2. Institut für Reaktor- und Neutronenphysik				
2 Gebäudeteile	10.800 m <sup>3</sup>			
je DM 115,-			DM 1.250.000	
1 Halle	2.900 m <sup>3</sup>			
je DM 80,-			DM 230.000	
				DM 1.480.000
3. Reaktor-Gebäude (sehr unsicher) [307]				
Reaktor-Halle	21.000 m <sup>3</sup>			
je DM 70,-			DM 1.500.000	
Lüfter-Haus	3.000 m <sup>3</sup>			
je DM 60,-			DM 180.000	
Laborteil	1.000 m <sup>3</sup>			
je DM 80,-			DM 80.000	
Werkstätten	1.000 m <sup>3</sup>			
je DM 80,-			DM 80.000	
Lager	800 m <sup>3</sup>			
je DM 50,-			DM 40.000	
				DM 1.880.000
4. Chemisches Institut „Kalte Chemie“				
1 Gebäude	6.000 m <sup>3</sup>			
je DM 150,-				DM 1.000.000
5. Chemisches Institut „Warme Chemie“ (unsicher)				
1 Gebäude	3.600 m <sup>3</sup>			
je DM 200,- (uns.)				DM 720.000
6. Isotopen-Gebäude				
1 Gebäude	5.900 m <sup>3</sup>			
je DM 110,-				DM 650.000
Gesamtkosten				DM 7.680.000

(Die Angaben umfassen nur die reinen Gebäudekosten ohne den Aufwand für Grunderwerb und Erschließung des Geländes. Pos. 1-2 und 4-6 verstehen sich bezugsfertig mit Installation, jedoch ausschließlich wissenschaftlichen Einrichtungsinventars. Pos. 3 umfaßt nur den Rohbau ohne Reaktor etc.)

München-Unterföhring usw. und Karlsruhe sofort für Karlsruhe“ [314] einzutreten. Damit war im Rahmen von Planungskommissionssitzungen erstmals eine offizielle Gegenposition zur Standortpräferenz Heisenbergs formuliert worden. Dessen ungeachtet gab es hierüber jedoch keine weitere Diskussion. Als Versuch, die Einwände von Reusch gegen Unterföhring zumindest in indirekter Weise zu entschärfen, kann allenfalls der Hinweis Heisenbergs gelten, daß aus München und dem Münchner Raum einige weitere Angebote eingegangen seien [315]. In diesem Zusammenhang warf Ministerialdirigent Grau vom Bundeskanzleramt dann jedoch wiederum die Frage der strategischen Gesichtspunkte bei der Standortwahl auf [316], und Franz Kirchheimer hielt eine Entscheidungsfindung ohnehin solange für undurchführbar, bis nicht die in Frage kommenden Baugrundstücke durch einen Statiker auf ihre Belastbarkeit mit schwersten Baustrukturen geprüft worden seien [317]. Dabei wäre mit mehrmonatigen Untersuchungen zu rechnen. Karl Wirtz hingegen wollte die Wahl des Geländes davon abhängig machen, daß auch

---

für eine zukünftige Ausweitung des Reaktorzentrums hinreichende Flächen zur Verfügung stünden [318]. Der Verlauf der Unterredung ließ einmal mehr deutlich werden, daß die Planungskommission zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage war, zu einer einvernehmlichen Lösung des Standortproblems zu kommen.

Damit war auch kaum ernsthaft gerechnet worden, wies doch die Tagesordnung als gesonderten Punkt von vornherein die Bildung einer Standortkommission aus [319]. Diese sollte bis zum Herbst 1954 die Prüfung der Eigenschaften der vorgeschlagenen Standorte sowie der Zweckmäßigkeit der verschiedenen Angebote vornehmen und den zuständigen Gremien gegenüber entsprechende Empfehlungen aussprechen [320]. Auf dieser Basis würde dann eine endgültige Entscheidung herbeizuführen sein.

In die Standortkommission berief man neben Ernst Telschow, als Vorsitzenden, den Heisenberg-vertrauten Karl Wirtz sowie den Statiker Professor Oberste-Brinck, dessen Hinzuziehung Hermann Reusch empfohlen hatte [321]. Der Kommission wurde das Recht eingeräumt, sich gegebenenfalls durch zwei weitere Sachverständige zu ergänzen. Telschow übernahm die zusätzlichen Aufgaben unter der Einschränkung, daß er nicht als Sachverständiger, sondern mehr als Berichterstatter zu fungieren beabsichtige, der den Planungsausschuß vom Resümee der Beratungen der neuen Kommission in Kenntnis setzen würde [322]. Dieser Bekundung nach gedachte Telschow zumindest nach außen hin bei der Standortfindung eine neutrale Position einzunehmen. Daß er dessen ungeachtet vom Sachwalter der baden-württembergischen Interessen, Franz Kirchheimer, nach wie vor als Verbündeter betrachtet wurde, läßt sich einem Bericht des Direktors des Geologischen Landesamtes entnehmen. Dort heißt es: „Nach wie vor bekunden die Mitglieder der Planungskommission, mit ihnen auch Dr. Telschow, die Auffassung, daß dem Projekt Karlsruhe gegenüber München unbedingt der Vorzug gebührt. Demnach können wir der Entschließung der neuen Kommission in Optimismus entgegensehen“ [323].

Zunächst jedoch trat mit der Stadt Köln noch ein weiterer Interessent für die Reaktorstation auf den Plan. Über den nordrhein-westfälischen Staatssekretär Prof. Leo Brandt, einem der engagiertesten Streiter für den breiten Aufbau einer deutschen Kernenergieindustrie [324], war man an den Planungsausschuß herangetreten und hatte um Zusendung der entsprechenden Fragebögen nachgesucht [325]. Diese wurden dem Nachzügler Köln auch zugestanden, wobei im Planungsausschuß Einigkeit darüber bestand, daß es nicht zweckmäßig sei, zur Zeit auch „noch weitere Städte in die Standortplanungen ein(zu)beziehen“ [326]. Der Bewerberkreis muß bereits zu diesem Zeitpunkt als geschlossen gelten, wobei selbst Köln keine tatsächliche Chance mehr besaß, den Zuschlag zu erhalten. Tatsächlich scheint beim Planungsausschuß auch keine Beantwortung des Fragebogens durch die Stadt Köln eingegangen zu sein.

Weichenstellungen grundsätzlicher Art hatte es auch in anderer Hinsicht gegeben. Einstimmig war der Planungsausschuß übereingekommen, die Physikalische Studiengesellschaft in der Rechtsform einer GmbH zu errichten [327], und zwar unter ausschließlicher Beteiligung der Industrie. Eine gemischte Unternehmensform, von der man allenfalls haushaltsrechtliche Probleme erwartete, kam nicht mehr in Betracht [328]. Ebenso wurde eine allzu enge Verbindung zwischen Physikalischer Studiengesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft, auf die insbesondere Karl Wirtz insistiert hatte [329], mit der Begründung verworfen, daß man hier dann mit einer zu großen Einflußnahme der Länderregierungen rechnen müsse, die ihrem kulturpolitischen Hoheitsanspruch durch das Königsteiner Abkommen [330] gerade Ausdruck gegeben hatten. Aus der Sicht der deutschen Industrie waren derartige Gedankenspiele auch längst überholt. Hermann Reusch hatte zwischenzeitlich verbindliche Zusagen namhafter Großunternehmen vorliegen, sich an der zu gründenden Gesellschaft mit Geschäftsanteilen in Höhe von 50.000 DM bis 100.000 DM zu beteiligen [331]. Danach konnte die Physikalische Studiengesellschaft, deren Aufgabe darin bestehen sollte, „die wissenschaftlichen Arbeiten für die friedliche Anwendung der Kernphysik zu fördern“ [332], ohne Schwierigkeiten mit einem Grundkapital von 2 Millionen ausgestattet werden. Dieser fortgeschrittene Stand der Dinge überraschte den Planungsausschuß, der letztlich „nicht damit gerechnet (hatte), daß sich die Industrie schon in diesem Stadium einer provisorischen Zwischenlösung“ [333] so ernsthaft engagieren würde. Durch ihr



---

finanzielles Engagement brachte die Industrie deutlich zum Ausdruck, daß der Aufbau der Atomwirtschaft in der Bundesrepublik nicht nur eine Angelegenheit des Staates allein sei, sondern im entscheidenden Maße von privater Seite mitgetragen und mitbestimmt sein würde. Hierüber hatte man sich selbstverständlich längst verständigt. Auch daß der Staat nicht selbst als Gesellschafter der Physikalischen Studiengesellschaft auftreten sollte, war beschlossene Sache. Vor allem ließ sich so vermeiden, daß im Bundeshaushalt offen größere Finanzmittel ausgewiesen werden mußten, die direkt dem Bereich der angewandten Atomforschung zufließen. Derselbe Zweck ließ sich weitaus weniger augenfällig dadurch erreichen, daß aus allgemeinen Forschungsmitteln über den Haushaltsansatz des Bundeswirtschaftsministeriums einer weithin unbekanntenen Institution wie der Physikalischen Studiengesellschaft entsprechende Beträge überwiesen wurden. Daß diese dann die Bundesmittel nur als „durchlaufende Posten“ an die vorbestimmten Empfänger weiterleiten sollte, stand auf einem anderen Blatt. Alle Beteiligten vermochten bei wohlwollender Betrachtungsweise unter diesen Umständen ihr Gesicht zu wahren.

Zur weiteren Forcierung der Planung einer Gesellschaftsgründung setzte man eine aus den Herren Bötckes, Pretsch und Telschow bestehende Kommission ein, die die erforderliche Satzung unter Hinzuziehung von Juristen des Bundeswirtschaftsministeriums erarbeiten sollte [334].

#### **4.5 Der Bundeskanzler wird unterrichtet**

Von den Ergebnissen der Planungsausschußsitzung wurde Bundeskanzler Adenauer durch Werner Heisenberg unterrichtet. Der Kanzler hatte sich mit der Bitte an Heisenberg gewandt, im Rahmen eines persönlichen Briefes über die Gesichtspunkte zu berichten, die bei der Wahl des Standortes für die zukünftige Atomstation beachtet werden müßten [335]. Heisenberg nutzte diese Gelegenheit, um nicht nur die im Planungsausschuß unstrittigen Sachverhalte darzulegen, sondern den Kanzler auch für die eigene, d. h. heisenbergsche Sicht der Dinge, einzunehmen. Die einschlägigen Textpassagen in dem von Karl Wirtz konzipierten Briefentwurf lassen in dieser Hinsicht an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es heißt dort: „Der Planungsausschuß ist bisher von der Voraussetzung ausgegangen, daß die wissenschaftliche Beratung der Reaktor-Versuchsstation in die Hand des Max-Planck-Instituts für Physik gelegt werden soll; ... Der künftige Standort für die Reaktorstation müßte in diesem Fall also auch Rücksicht auf die Belange des Max-Planck-Instituts für Physik nehmen, das zur Zeit in Göttingen liegt. Sollte die Reaktorstation nicht in der unmittelbaren Nähe von Göttingen errichtet werden können, so würde die Max-Planck-Gesellschaft für eine Verlegung des Instituts wahrscheinlich den Wunsch haben, eine Stelle zu suchen, an der es wie bisher in engerem Kontakt mit anderen Max-Planck-Instituten stehen kann ... Ich persönlich muß darüber hinaus gestehen, daß es für mich ein sehr schwerer Entschluß sein würde, einer Verlegung des MPI für Physik von Göttingen zuzustimmen, wenn als neuer Standort ... eine andere Stadt als München gewählt würde, das durch seine Hochschulen, seine große geistige und wissenschaftliche Tradition und als vielseitige Industriestadt eine Reihe von so großen Vorzügen in sich vereinigt, daß nur eine Verlegung des Max-Planck-Instituts für Physik aus Göttingen gerechtfertigt erschiene. Bei der Wahl eines anderen Standortes für die Reaktorstation möchte ich mich deshalb zumindest im Augenblick auf eine räumliche enge Zusammenarbeit zwischen meinem Institut und der Reaktorstation noch nicht festlegen“ [336].

Von der Sache her klang es an sich recht plausibel, daß Heisenberg im Gegenzug für das seinem Institut aufgebürdete „Opfer“ eines Standortwechsels doch wenigstens gewährleistet wissen wollte, daß auch seine Wünsche und Überlegungen nicht gänzlich unberücksichtigt blieben. Andererseits bot die alternativlose Festlegung auf den Standort München für einen wie auch immer gearteten Kompromiß keinen Spielraum. Die Ausführungen Heisenbergs konnten den Bundeskanzler nur in der Auffassung bestärken, daß eine Standortentscheidung immer auch eine Entscheidung für oder gegen Heisenberg und seine Mitwirkung am Reaktorprojekt sein würde.

---

## 4.6 Resignation in Karlsruhe?

Die eindeutige Haltung Heisenbergs, sein großes öffentliches Ansehen und vor allem das hohe Maß an Vertrauen, das ihm der Kanzler in Atomangelegenheiten entgegenbrachte, schien maßgebliche Bonner Kreise [337] seit etwa Mitte des Jahres 1954 zu der Auffassung veranlaßt zu haben, daß sich die Bundesregierung nach Unterzeichnung der EVG-Verträge durch Frankreich für die Errichtung der Reaktorstation in München aussprechen würde. Von dieser Stimmungslage hatte der in der Regel gutunterrichtete Bundesratsminister Farny die Landesregierung Baden-Württembergs in Kenntnis gesetzt [338], und diese Informationen waren auch der Stadtverwaltung Karlsruhe nicht verborgen geblieben [339]. Es machte sich daraufhin Resignation breit. Oberbürgermeister Klotz resümierte, daß er unter diesen Bedingungen „nicht gewillt (sei), die Stadtverwaltung in das Feuer einer aussichtslosen Schlacht zu hetzen“ [340].

Er ließ sich jedoch von Franz Kirchheimer davon überzeugen, daß die Würfel doch noch nicht endgültig zugunsten des Konkurrenten München gefallen seien [341]. Mit den umlaufenden Gerüchten würde möglicherweise nur das Ziel verfolgt, Karlsruhe zu voreiligen Schritten zu veranlassen. Dazu bestünde jedoch keinerlei Ursache. Das zuständige Entscheidungsgremium, nämlich die erst kürzlich konstituierte Standortkommission, habe sich noch keineswegs festgelegt und würde ohnehin eher der Karlsruher denn der Münchner Position zuneigen [342]. Zudem habe Heisenberg versichert, „sich auf jeden Fall dem Urteil der Standortkommission (zu) beugen“ [343], und man könne außerdem unterstellen, daß die Entscheidungen in erster Linie „von denjenigen Kreisen getroffen (würden), die das Geld für die Errichtung der Station gäben“ [344].

Zwar ließ sich Oberbürgermeister Klotz von den Darlegungen seines Gesprächspartners überzeugen, doch konnte diesem bei der Verbreitung seiner zweckoptimistischen Positionseinschätzung nicht wohl sein. Dies um so weniger, als noch im Laufe des Monats Juli neuerliche Hiobsbotschaften aus Bonn eintrafen. Zunächst machte eine Unterredung zwischen Ministerialrat May von der baden-württembergischen Landesvertretung und Ministerialrat Hinsch aus dem Bundeswirtschaftsministerium offenkundig, daß auch hier die Durchsetzbarkeit der Karlsruher Vorstellungen nunmehr kritischer beurteilt wurden [345]. Es schien danach unvermeidbar, der von Heisenberg vertretenen Position entgegenzukommen, um sich überhaupt noch eine Chance zu bewahren. Als Kompromiß brachte das Bundeswirtschaftsministerium die Überlegung ins Gespräch, die Reaktorstation „einem technischen Leiter des Max-Planck-Instituts zu unterstellen“ und „Heisenberg die Oberleitung zu übertragen, die (dieser) ja dann auch von München ausführen könnte“ [346]. Die Zielrichtung dieses Vorschlages lag auf der Hand. Zum einen machte Karlsruhe aus seiner Schwäche eine Tugend und signalisierte Kompromißbereitschaft. Zum anderen würde Heisenberg auf jeden Fall sein Gesicht wahren können [347] und nicht zuletzt war auch daran zu denken, daß die Aufgabenstellung der Reaktorleitung, -entwicklung etc. für maßgebliche Wissenschaftler aus dem direkten Umfeld Heisenbergs nicht unbedingt unattraktiv erscheinen würde [348]. Ministerialrat Hinsch sah den vom Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagenen Weg aber nur unter der Bedingung überhaupt als gangbar an, daß der Planungsausschuß in seiner Entscheidung mehr der Lösung Karlsruhe zuneigen und nicht durch eine Option für München ohnehin weitere Überlegungen zunichte machen würde.

Mit anderen Worten: Die Aussichten Karlsruhes, Standort der Bundes-Reaktorstation zu werden, standen selbst nach der an sich wohlmeinenden Einschätzung des hierfür federführenden Ministeriums nicht mehr zum besten. Wenig später berichtete Minister Farny zudem noch, daß neuesten Informationen zufolge der Planungsausschuß durch Heisenberg davon verständigt worden sei, daß er sich endgültig für München entschieden habe [349]. Nun solle der Meiler in der Nähe der Autobahn München-Nürnberg, nördlich der Stadt, errichtet werden. Dem Wunsch Heisenbergs entsprechend habe der Planungsausschuß ein Expertengremium „mit der Prüfung des zur Verfügung stehenden Geländes beauftragt“ [350], allerdings auch beschlossen, die gleiche Kommission nach Karlsruhe zu entsenden [351].

---

Für Farny stand fest, daß es nunmehr unumgänglich sein würde, im Interesse der von Baden-Württemberg angestrebten Lösung „in irgendeiner neuen Form aktiv“ [352] zu werden, um nicht den Kürzeren zu ziehen [353]. Er erbat sich hierzu von Kirchheimer geeignete Vorschläge.

Dieser versuchte daraufhin zunächst einmal, die Wogen der allgemeinen Verunsicherung zu glätten [354] und die Linien der eigenen Mitstreiter zu stabilisieren. Wertvolle Dienste leistete ihm hierbei ein Schreiben von Planungsausschußmitglied Hermann Reusch (GHH), welches eine durchaus positive Einschätzung gab [355] und von daher Anlaß genug bot, Minister Farny zu ermuntern, seinen Einfluß in Bonn nach wie vor für das Karlsruher Projekt geltend zu machen [356].

#### **4.7 Der EVG-Vertrag scheitert, doch die Planungsarbeiten für die deutsche Reaktorstation bleiben hiervon unberührt**

Für die Neukonzeption weiterreichender Strategien blieb hingegen vorerst wenig Zeit. Schon am 4. August 1954 traf bei der Stadtverwaltung Karlsruhe die Einladung des Planungsausschusses zu einer Besprechung nach Göttingen ein [357], in der es darum gehen sollte, „den Architekten und gleichzeitig damit auch den Vertretern der“ konkurrierenden Städte München und Karlsruhe „die Einzelheiten des Gesamtprojektes von . . . Heisenberg und seinen Mitarbeitern darlegen“ [358] zu lassen. Die Planungsarbeiten sollten nach dieser vorbereitenden Diskussionsrunde in eine konkretere Phase treten können. Der Besprechungstermin wurde auf den 2. September 1954 festgesetzt [359] und fand im Auftrage des Planungsausschusses, allerdings nicht unter Hinzuziehung aller seiner Mitglieder statt.

Überraschenderweise wurde die Göttinger Besprechung in der vorgesehenen Weise auch tatsächlich durchgeführt, und dies, obwohl die Kernenergiepläne der Bundesrepublik nur zwei Tage zuvor einen schweren Rückschlag erlitten hatten. Die französische Nationalversammlung hatte dem Vertragswerk zur Gründung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft am 30. August 1954 eine endgültige Absage erteilt [360] und damit unter anderem auch den deutschen Erwartungen auf einen baldigen legalen Zugriff auf die friedliche Kernenergienutzung den Boden entzogen. Dieser gravierende außenpolitische Rückschlag der Regierung Adenauer tangierte die Reaktorpläne unmittelbar, bewirkte allerdings keineswegs, daß die Vorarbeiten in erkennbarer Form abgebremst wurden oder ins Stocken gerieten. Ganz im Gegenteil. Man führte in den zuständigen Gremien die Arbeiten fort, als ob der Pariser Eklat nicht stattgefunden habe. Dies unterstreichen, wie gesagt, Durchführung und Ergebnisse der Göttinger Planungstagung vom 2. September 1954 in augenfälliger Weise. Unter Leitung von Werner Heisenberg nahmen an der Sitzung für die Stadt Karlsruhe Bürgermeister Dr. Gutenkunst, Stadtbaudirektor Merz und Industriearchitekt Professor Schelling teil, während München seinen Stadtrat Helmut Fischer, den Architekten Professor Ruf, einen Referenten des Wiederaufbauamtes [361] sowie Ministerialdirektor Dr. Heilmann vom Bayerischen Wirtschaftsministerium entsandt hatte. Das Max-Planck-Institut für Physik war durch die Professoren Biermann, Heisenberg, v. Weizsäcker und Wirtz sowie Dipl.-Ing. Weimer vertreten. Ferner hatte man noch den langjährigen Bausachverständigen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Architekt Schrank, in beratender Funktion hinzugezogen [362].

Im wesentlichen präzisierten Heisenberg und seine Mitarbeiter ihre konzeptionellen Vorstellungen zur Anlage einer mit dem zu verlegenden Max-Planck-Institut für Physik verbundenen Reaktorstation [363]. Als Orientierungsrahmen überreichte man den Städten Karlsruhe und München ein Memorandum, das den bisherigen Stand der Planungen und Vorüberlegungen widerspiegelte [364].

Mit Ausnahme des Reaktorgebäudes selbst war für die übrigen Baueinheiten der Standard einer an sich üblichen, vom Kriterium der Zweckrationalität bestimmten, Industriearchitektur gefordert. Die Reaktorstation sollte zunächst aus neun, in bestimmter Art und Weise zueinander angeordneten Gebäudekomplexen bestehen [365], und zwar:

- aus einem Institut für die Reaktor- und Neutronen-Physik, das für den Bau und Betrieb des Reaktors verantwortlich ist und die neutronenphysikalischen Experimente im Zusammenhang mit dem Reaktor vornimmt (Leitung Prof. Wirtz);

- 
- aus dem eigentlichen Reaktor, der in einem verhältnismäßig großen Gebäude unterzubringen ist, wobei die technischen Einzelheiten zur Zeit noch weitgehend ungeklärt sind (Leitung Prof. Wirtz);
  - einem Institut für Kalte Chemie für allgemeine chemische Arbeiten (Leitung Prof. Seelmann-Eggebert);
  - einem Institut für Warme Chemie für Arbeiten und Umgang mit radioaktiven Stoffen (Leitung Prof. Seelmann-Eggebert);
  - einem Isotopen-Gebäude, das im großen und ganzen die Aufgaben der jetzt in Göttingen befindlichen Isotopen-Verteilungsstelle der Max-Planck-Gesellschaft übernehmen wird;
  - den technischen Betrieben, d. h. Strom-, Wasser-, Gasversorgung, Fernheizung usw.;
  - einem Chemischen-Institut für Heiße Chemie, das allerdings noch nicht in der ersten Ausbaustufe benötigt würde, und dessen technische Gestaltung noch nicht abgeklärt ist;
  - einem Verwaltungsgebäude; sowie
  - einer Kantine mit Gästehaus, Kasino usw. [366].

Das Max-Planck-Institut für Physik, für das man nunmehr, insbesondere zur Überraschung der Karlsruher Sitzungsteilnehmer [367], einen gesonderten Standort wünschte, sollte in mittlerer Entfernung zwischen Hochschule und Reaktorstation errichtet werden [368]. Dieser Gesichtspunkt kam für die Stadt Karlsruhe völlig überraschend und war daher nicht in Vorüberlegungen eingeflossen. Die entsprechende Protokollpassage hält diesen Sachverhalt auch ausdrücklich fest [369]. Infolgedessen ergab sich die Notwendigkeit, in der Stadt Karlsruhe erst noch nach einem geeigneten Platz für das Institut zu suchen, während demgegenüber München wieder einmal offensichtlich alles vorab gewußt und in seine Vorbereitungen einbezogen zu haben schien [370].

Der zeitliche Ablauf der Baudurchführung wurde von Heisenberg ebenfalls skizziert und auf gut drei Jahre veranschlagt. Bis Ende 1957 sollten sich dieser höchst optimistischen Vorgabe nach die wesentlichen Arbeiten an den Gebäuden abschließen lassen [371].

Ebenso erwartete man von den Architekten der Städte München und Karlsruhe, daß sie zügig zu Werke gehen und die Vorlage eines detaillierten General-Bebauungsplanes bis spätestens zum Jahresende 1954 vornehmen würden [372]. Es war mithin keine Zeit zu verlieren.

#### **4.8 Der Gesamtbebauungsplan wird entworfen und zur Diskussion gestellt**

So überrascht es nicht, daß man sich in der Stadtverwaltung Karlsruhe bereits wenige Tage nach der Göttinger Besprechung unter Vorsitz von Oberbürgermeister Klotz zu einer ersten Beratungsrunde zusammenfand [373]. Es wurde vereinbart, Prof. Schelling bei der Ausarbeitung des Gesamtentwurfes sowohl durch die Technische Hochschule als auch die zuständigen städtischen Dienststellen jegliche gewünschte Unterstützung zuteil werden zu lassen [374]. Daß die Aufgabenstellung einen erheblichen Kräfteinsatz erfordern würde, darüber konnte allein schon aufgrund der Erfahrungen, die man im Zusammenhang mit der Denkschrift „Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler“ [375] hatte sammeln können, kein Zweifel herrschen. Als motivierendes Moment mögen jedoch Informationen gewirkt haben, die Prof. Kirchheimer, dem Vertrauten der Stadt Karlsruhe in Kernenergiefragen, zu Ohren gekommen waren [376]. Danach hatte Hermann Reusch folgendes verlautbaren lassen: „Die Standortfrage wird voraussichtlich noch einige Kämpfe bringen. Ich kann mir aber nicht denken, daß Herr Heisenberg sich durchsetzen wird. Es sprechen zuviele gute Gründe gegen seinen Standpunkt und notfalls sind wir auch in der Lage, gegen ihn zu entscheiden und ohne ihn zu arbeiten. Diese ketzerische Auffassung bitte ich aber, nicht in allzu weite Kreise hineinzutragen“ [377] (vgl. Abb. 8). Wie auch immer man diese Einschätzung würdigte; sicher war zumindest, daß Karlsruhe mit seinem Generalbebauungsplan für die Reaktorstation und das Max-Planck-Institut für Physik im Planungsausschuß Fürsprecher finden würde. Eine nachlässige Behandlung der gestellten Aufgabe kam, abgesehen von allen sonstigen Erwägungen, schon von daher nicht in Frage.

Abschrift.

H. Reusch

Oberhausen/Rhld., den 10.9.1954.  
Gutehoffnungshütte.

Herrn  
Präsident Prof.Dr.Kirchheimer  
Geologisches Landesamt in Baden-Württemberg  
F r e i b u r g /Br.  
Elsässerstr. 2.

...

Die Standortfrage wird voraussichtlich noch einige Kämpfe bringen. Ich kann mir aber nicht denken, daß Herr Heisenberg sich durchsetzen wird. Es sprechen zuviel gute Gründe gegen seinen Standpunkt und notfalls sind wir auch in der Lage, gegen ihn zu entscheiden und ohne ihn zu arbeiten. Diese ketzerische Auffassung bitte ich aber, nicht in allzu weite Kreise hineinzutragen.

...

gez. H. Reusch.

Abb. 8:

*Hermann Reusch nimmt zur Standortfrage Stellung und spielt mit dem Gedanken, auf Werner Heisenbergs Mitwirkung beim Aufbau einer deutschen Reaktorstation ggf. zu verzichten. (Aus: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, EA 1/4, Nr. 1055 vom 10.9.1954).*

Der Planungsausschuß der Studienkommission für Kernenergie beauftragte die Städte Karlsruhe und München in der zweiten Septemberhälfte 1954 nunmehr definitiv mit der Ausarbeitung eines vorläufigen Bebauungsplanes [378]. Da die Fragen der Rahmenrichtlinien und Kostenübernahme für die Entwürfe ebenfalls geklärt waren [379], konnten die Architekten damit beginnen, ihre Überlegungen zu konkretisieren.

Allerdings zeigte sich schon bald, daß die für die Durchführung der Planungsarbeiten veranschlagte Zeitspanne von etwa drei Monaten keinesfalls eine Phase werden würde, in der sich die konkurrierenden Städte vor gegenseitigen Störmanövern sicher glauben konnten. Über das Lancieren sachlich begründeter Einwände gegen das jeweils andere Projekt [380] sollte ein Klima der Unsicherheit erzeugt werden, durch das man auch die federführenden Architekten aus dem Tritt zu bringen hoffte.

Einem ersten Versuch in dieser Richtung war bereits wenige Wochen nach Übernahme des Architektenauftrages der Karlsruher „Chefplaner“ Prof. Schelling ausgesetzt. Ihm hatte der vom Planungsausschuß als Ansprechpartner für technische Fragen benannte Diplomingenieur Karl Weimer [381] — der im übrigen als Mitarbeiter Heisenbergs am Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen tätig war — in einem Schreiben mitgeteilt, daß „Karlsruhe... als Sitz des Instituts weniger geeignet (wäre), weil es von Erdbeben heimgesucht (würde)“ [382]. Dieser Einwand verursachte erhebliche Unruhe, denn es ließ sich kaum ernsthaft bezweifeln, daß der Graben-

---

bruch des Rheintals als eines jener Gebiete in der Bundesrepublik zu gelten hatte, das für seine tektonischen Störungen bekannt war. Unklar blieb, inwieweit dieser Sachverhalt in der architektonischen Auslegung der Reaktorstation Berücksichtigung finden mußte, und ob im Vergleich zu dem nur wenige hundert Kilometer entfernt liegenden München tatsächlich von einer grundlegend andersgearteten Situation gesprochen werden konnte.

Ratsuchend wandte sich Schelling daraufhin mit der Bitte an die Stadtverwaltung Karlsruhe, für die Erstellung eines einschlägigen Gutachtens Sorge zu tragen [383]. Dieses lag dann auch bereits vierzehn Tage später vor und war vom Leiter des Geodätischen Instituts der TH-Karlsruhe, Prof. H. Merkel, angefertigt worden [384]. Merkel kam dabei zu dem Ergebnis, daß wohl eher München denn Karlsruhe einer größeren Erdbebengefährdung ausgesetzt sei [384]. Seine eindeutig ausfallende Schlußfolgerung faßte er mit den Worten zusammen: „Die Auffassung, daß sich Karlsruhe als Sitz einer Reaktor-Station aus seismischen Gründen weniger eigne als München, ist daher nicht vertretbar“ [386].

Auf den ersten Blick schien es so, als ob die Auftraggeber mit diesem Ergebnis der gutachterlichen Stellungnahme voll und ganz zufrieden sein konnten. Doch dem war keineswegs so. Entweder sah man es als wenig glücklich an, daß die Auflistung der seit 1911 bis 1954 im süddeutschen Raum beobachteten größeren Erdbeben in gut der Hälfte aller Fälle die Region Rastatt — Karlsruhe — Mannheim, jedoch keineswegs München, als Epizentrum auswies [387]; oder aber es wurde als nachteilig empfunden, daß die Werte, die die Beben auf der seismischen Stärkeskala erreicht hatten, durch die eigenen Aktivitäten in die Unterlagen des Planungsausschusses geraten könnten [388]. Wie dem auch sei. Die Stadtverwaltung gelangte in Übereinstimmung mit Prof. Schelling zu der einhelligen Auffassung, daß „das Gutachten des Geodätischen Instituts . . . zur Weiterleitung an das Max-Planck-Institut bzw. an die Planungskommission ungeeignet (erscheine)“ [389]. Es solle daher zweckmäßigerweise nur zu den eigenen Akten genommen werden [390]. Man selbst hatte zur Frage der Erdbebengefährdung Klarheit gewonnen und konnte nach außen bzw. in der Öffentlichkeit argumentieren, im Besitz eines zur völligen Zufriedenheit gereichenden Gutachtens zu sein. Gegebenenfalls konnten Auszüge daraus auch in die zu erstellenden Planungsunterlagen eingehen.

Doch kaum war dieses Problem vom Tisch, wurden Gerüchte laut, daß radioaktive Rückstände aus dem Kühlwasser der Reaktorstation den Rhein verseuchen und damit alle Anlieger gefährden könnten [391]. Einwände gegen das Karlsruher Projekt seien deshalb sowohl von der Industrie an Rhein und Ruhr als auch von den unterhalb Karlsruhes gelegenen Städten erhoben worden, „die aus dem Grundwasser der rechtsrheinischen Kiesbänke ihr Trinkwasser,“ [392] gewannen. In modifizierter Form tauchte damit wiederum eine Argumentation auf, die bereits im November des Jahres 1953 eine wesentliche Rolle gespielt hatte, allerdings von Karlsruhe schon damals durch gutachterliche Stellungnahmen der Stadtwerke und des Geologischen Landesamtes energisch zurückgewiesen worden war [393]. Nach dem Schriftwechsel zwischen Ministerpräsident Müller und Bundeskanzler Adenauer [394] und auch dem Verzicht Heisenbergs, die Wasserproblematik weiterhin als handicap Karlsruhes hinzustellen [395], mußten derartige Einwände an sich als ausgeräumt gelten. Zu Recht betonte der 1954 zu einer neuerlichen gutachterlichen Stellungnahme aufgeforderte Franz Kichheimer daraufhin: „Selbst Prof. Heisenberg, der alles in das Feld führt, um München herauszuheben und Karlsruhe abzutun, hat keine Gefahr für das Rheinwasser konstruieren können“ [396]. Hinzu kam, daß man im Planungsausschuß zwischenzeitlich den Bau eines luft- und nicht wassergekühlten Reaktortyps favorisiert hatte [397], so daß letztlich kein konkreter Anlaß gegeben war, um den Standort Karlsruhe über den Hinweis auf eine Wasserverseuchungsgefahr ins Gerede zu bringen.

Es war offensichtlich, daß Karlsruhe immer stärker in eine Defensivposition gedrängt wurde und dies zu einem Zeitpunkt, als die planerischen Grundlagen für eine Entscheidungsfindung erst im Entstehen begriffen waren. Dieser aus baden-württembergischer Sicht ungerechtfertigten Entwicklung suchte man sich insofern entgegenzustellen, als nicht nur die eigenen Standortvorteile eindeutiger hervorgekehrt, sondern auch die Münchner Gegebenheiten in ein ungünstigeres Licht gerückt wurden. Eine sieben Einzelpunkte umfassende „Argumentationshilfe“, die auf



---

Franz Kirchheimer zurückging [398], und der Karlsruher Position im Vorfeld der Meinungsbildung mehr Gewicht verleihen sollte, weist dabei die Rheinnähe des angebotenen Bauplatzes mit sichtlicher Zufriedenheit als außerordentlich positiv zu wertenden Standortfaktor aus. Es heißt dort: „Das von der Stadt angebotene Gelände kann mit jeder beliebigen Wassermenge versorgt werden, da neben dem Grundwasser der Rheinaue auch der Stromlauf und die das Gelände berührende Alb zur Verfügung stehen. Bei München ist eine Wasserversorgung in vergleichbarem Umfang unmöglich“ [399]; und: „Die Lage des von der Stadt Karlsruhe für den Bau der Reaktorstation vorgesehenen Geländes gestattet die Abfuhr der radioaktiven Abfallstoffe des Atommeilers auf dem Schiffsweg, ohne daß irgendwelche Landstrecken in Anspruch genommen werden müssen. Von dem bei München befindlichen Gelände müßten diese für die Versenkung in das Meer vorgesehenen gefährlichen Substanzen zunächst über Land verfrachtet werden. . . . Die Gefährdung bestehender Wasserversorgungen oder der Unterlieger am Rhein durch den Betrieb des Atommeilers ist ausgeschlossen, da das strahlende Material nicht in das Kielwasser eintritt und auch dem Grundwasser ferngehalten werden kann“ [400]. Trotz dieser Klarstellungen, die im Januar 1955 noch eine zusätzliche Untermauerung durch ein Gutachten der Abteilung für Wasserbau im Regierungspräsidium Nordbaden erhalten hatten [401], konnte man es auf diese Weise offensichtlich nicht erreichen, die „in Bonn“ hartnäckig umlaufenden Gerüchte über die Nichteignung des Rheins zum Abtransport radioaktiver Abfälle zum Verstummen zu bringen [402].

Aus diesem Grunde wandte sich Wirtschaftsminister Veit über verschiedene Vertraute [403] an Robert Pferdenges, den Finanz- und Wirtschaftsberater Konrad Adenauers, der interessanterweise später sogar an der die Standortfrage entscheidenden Sitzung im Bundeskanzleramt (29. Juni 1955) teilnahm. Veit bat darum, dem Kanzler auf informellem Wege die Vorzüge des Karlsruher Standortes nochmals zu Gehör zu bringen, um so ein Gegengewicht zu den Interventionen Heisenbergs zu schaffen [404]. Pferdenges kam diesem, ihm über den Teilhaber des Bankhauses Oppenheim (Haus) und den Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherungs-A.G. (Dr. Möller) angetragenen Wunsche, gern nach und schrieb unter anderem folgendes an das Bundeskanzleramt: „Ich kann mir zwar über die technischen Einzelheiten in der Standortfrage des Atommeilers kein Urteil erlauben, könnte mir aber durchaus denken, daß, soweit die Bundesregierung Einfluß auf diese Frage nehmen wird, man Karlsruhe einen Gefallen tun sollte, um den Eskapaden, die jetzt in München geritten werden, einen gewissen Dämpfer entgegen zu setzen“ [405].

Mit gleicher Intention zog man auch wiederum Hermann Reusch ins Vertrauen [406], der von jeher der Position der Stadt Karlsruhe sehr nahe gestanden hatte. Als besonders günstiger Umstand konnte hierbei vermerkt werden, daß Reusch zusammen mit A. Petersen von der Metallgesellschaft auf der konstituierenden Sitzung der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf mbH vom 8. November 1954 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt worden war [407]. Den Vorsitz hatte Wilhelm Bötzes selbst übernommen. Infolge der Kompetenzverlagerung für die Federführung beim Aufbau der deutschen Kernenergieindustrie vom Bundesministerium für Wirtschaft auf die Physikalische Studiengesellschaft konnte davon ausgegangen werden, daß insbesondere auch der Stimme Hermann Reuschs ein noch größeres Gewicht zuwachsen würde. Er selbst vertrat in einem Brief an Wirtschaftsminister Veit die folgende Auffassung: „Der Planungsausschuß hat inzwischen die Projektarbeit für München und Karlsruhe in Auftrag gegeben . . . Wir werden dann eine entsprechende Empfehlung machen. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, welchem Standort die Mehrheit des Planungsausschusses zuneigt. Ich selbst bin stets energisch für Karlsruhe eingetreten und glaube, daß es gelingen wird, eine Entscheidung in diesem Sinne durchzusetzen. Wir werden dann allerdings unter Umständen auf die Mitarbeit von Herrn Professor Heisenberg verzichten müssen, für den München allmählich eine Kabinettsfrage geworden ist. Die letzte Entscheidung wird bei der Physikalischen Studiengesellschaft, Düsseldorf, liegen. Ich habe nach der Zusammensetzung des Aufsichtsrates die Überzeugung, daß hier Karlsruhe der Vorzug gegeben wird. Im Augenblick bleibt nichts anderes übrig, als die Herren, die hier zu bestimmen haben, persönlich zu bearbeiten, was ich bisher hoffentlich nicht ganz ohne Erfolg getan habe“ [408].

---

Während all dieses sich mehr im Hintergrund vollziehenden Geschehens hatte es die Stadtverwaltung Karlsruhe keineswegs versäumt, die planerische Gestaltung von Reaktorstation und Max-Planck-Institut für Physik zügig voranzubringen. Sie war hiervon auch in keiner Weise abgerückt, als zunächst unüberschaubar wurde, welche Konsequenzen sich für die Terminierung der Planungsarbeiten aus der Gründung der Physikalischen Studiengesellschaft und den daraus resultierenden organisatorischen Umstrukturierungen ergeben würden.

Wie weitsichtig man gehandelt hatte, zeigte eine Einladung, die Werner Heisenberg am 9. Dezember 1954 an die Städte Karlsruhe und München richtete, und in der er zu einer Besprechung der vorläufigen Bebauungspläne schon für den 18. Dezember nach Göttingen einlud [409]. Diese Einladung erfolgte weder im Namen der Standort- noch der Planungskommission, sondern wurde in folgendem Zusammenhang gestellt: „Da die Gründung der 'Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf' organisatorische Änderungen notwendig macht, die noch nicht abgeschlossen sind, kann der Planungsausschuß im Augenblick nicht zusammentreten. Da andererseits eine weitere Verzögerung den Beginn der Bauarbeiten an der Reaktorstation im Frühjahr 1955 unmöglich machen würde, bitte ich Sie ... zu einer Sitzung am 18. Dezember 1954 ... im Sitzungszimmer der Generalverwaltung der MPG in Göttingen. ... Ich werde die Pläne dann unmittelbar an das Bundeswirtschaftsministerium weiterleiten, das sich die Entscheidung über die Wahl des Standortes vorbehalten hat“ [410].

Heisenbergs Initiative mußte dabei als deutliche Brüskierung der neugegründeten Physikalischen Studiengesellschaft und ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Wilhelm Bötzkkes wirken. Zum einen hatte Heisenberg das umfassende Mandat, welches nunmehr für die Vorbereitungen zum Aufbau der deutschen Kernenergie-Industrie vom Bundeswirtschaftsministerium auf die Physikalische Studiengesellschaft übergegangen war, grundsätzlich in Frage gestellt. Und zum anderen ist zu berücksichtigen, daß Bötzkkes es ausdrücklich abgelehnt hatte, den seiner Auffassung nach mit Gründung der Physikalischen Studiengesellschaft de facto beendeten Auftrag der ehemals zuständigen Studienkommission für Kernenergie durch ein nochmaliges Zusammentreten von deren Planungsausschuß zu reaktivieren. „Die Weiterverfolgung aller Pläne und Absichten“, so Bötzkkes in einem Schreiben an Ministerialdirigent Hinsch, „spiele (nun, R. G.) in erster Linie in der Physikalischen Studiengesellschaft, unbeschadet des Kontaktes, der auch künftig zwischen dieser Gesellschaft und dem Bundeswirtschaftsministerium bestehen würde“ [411].

Auf diese Klarstellungen Bötzkkes sowie dessen Weigerung, den im Hinblick auf seine aktuelle Zuständigkeit ohnehin fragwürdig gewordenen Planungsausschuß zudem noch kurzfristig zu einer Sitzung einzuberufen, reagierte Heisenberg ausgesprochen heftig. Er warf Bötzkkes vor, den Fortgang der Vorbereitungsarbeiten unnötigerweise zu verzögern und scheute auch vor einschneidenden Konsequenzen nicht zurück: „Aus unserem heute geführten Telefongespräch“, so Heisenberg in seiner Rücktrittserklärung an Bötzkkes, „scheint mir hervorzugehen, daß Sie meinen Wunsch, den Planungsausschuß noch vor Weihnachten mit den wichtigen, seit längerer Zeit anstehenden Entscheidungen zu befassen, nicht erfüllen zu können glauben. Sie wissen, daß ich schon im ganzen vergangenen Jahr über den schleppenden Gang der vorbereitenden Arbeiten des Ausschusses unzufrieden war, und daß wir meines Erachtens die Folgen eines weiteren Aufschiebens nicht mehr verantworten können. Ich glaube also, aus Ihrer Entscheidung schließen zu müssen, daß unsere Vorstellungen von dem, was auf diesem Gebiet notwendig ist, so weit voneinander abweichen, daß keine Grundlage für eine gedeihliche Zusammenarbeit mehr besteht. Ich werde mich also an den Arbeiten des von Ihnen geleiteten Ausschusses nicht mehr beteiligen können“ [412].

Diese Auseinandersetzung mit Heisenberg, die sich zudem noch dadurch weiter zugespitzt hatte, daß Heisenberg ohne Beteiligung der Physikalischen Studiengesellschaft nunmehr selbst zu einer Besprechung der Standortplanungen für den 18. Dezember 1954 in die Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft nach Göttingen eingeladen hatte, nahm Bötzkkes bereits auf der Januarsitzung des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft zum Anlaß, um eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses seiner Gesellschaft zur Bundesregierung herbeizufüh-

---

ren. Im Vorfeld hierzu war es selbst innerhalb der Physikalischen Studiengesellschaft, und zwar zwischen Ernst Telschow und Werner Bötckes, zu deutlichen Meinungsdivergenzen über das Vorliegen eines ausdrücklichen Mandates in Sachen „Atomangelegenheiten“ für Werner Heisenberg gekommen. Bötckes sah dies keineswegs als gegeben an, während Telschow dies demgegenüber unterstellte und gleichzeitig damit begann, Heisenberg bereits federführend in die Durchführung der weiteren Planungsarbeiten einzubinden. (Vgl.: IKB, 18/III, Brief Telschow/PSG an Bötckes vom 21. 12. 1954). Dieses stillschweigende Schaffen vollendeter Tatsachen war Bötckes allerdings allein schon von seinem Verständnis der Aufgaben der Physikalischen Studiengesellschaft und ihrer Kommissionen her, nicht zu akzeptieren bereit. Er wandte sich deshalb mit einem entschiedenen Schreiben an Telschow, warf diesem Kompetenzüberschreitung vor und forderte ihn auf, zukünftig im Sinne der Auffassung des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft zu handeln. Insbesondere stellte Bötckes mit leicht ironischem Unterton klar:

„Zum Schluß Ihrer Aufzeichnungen teilen Sie noch mit, daß Sie Herrn Heisenberg gebeten haben, einen Zeit- und Finanzierungsplan aufzustellen. Wenn ich auch selbstverständlich nichts dagegen habe, Herrn Heisenberg auch schon jetzt weitgehend in alle Dinge einzuschalten, so glaube ich doch, für ein solches Mandat des Herrn Heisenberg auch eine Meinungsäußerung des Aufsichtsrates herbeiführen zu müssen. (sic!, d. Verf.) Insofern möchte ich Sie bitten, Ihren Brief an Herrn Heisenberg als eine rein private Sache zu bezeichnen und die Beauftragung nicht als eine solche, die von der Geschäftsführung der Physikalischen Studiengesellschaft ausgeht. Wenn zu meinen vorstehenden Ausführungen sicher auch da und dort Zweifel hinsichtlich der Zweckmäßigkeit des Vorgehens entstehen können, so möchte ich Sie doch bitten, entsprechend zu verfahren.“ (Zit.: IKB, 18/III, Bötckes an Telschow vom 22. 12. 1954).

Dieser recht direkten Zurecht- und Handlungsanweisung setzte Telschow allerdings offenen Widerstand entgegen. Er antwortete Bötckes in einem ausführlichen Schreiben unter anderem:

„Ihren Ausführungen auf Seite 3 oben kann ich zu meinem Bedauern nicht zustimmen. Die Beschränkungen, die für die Geschäftsführung der Physikalischen Studiengesellschaft bestehen, sind in den Satzungen festgelegt. Ich bin daher — und zwar nicht nur privat, sondern auch als Geschäftsführer der Studiengesellschaft — berechtigt, Herrn Heisenberg zu bitten, einen Zeit- und Finanzierungsplan für das ganze Projekt aufzustellen . . . Bei dem beabsichtigten Besuch bei den Herren Adenauer und Erhard müssen wir doch in der Lage sein, auf Fragen der Finanzierung und Zeit sofort zu antworten. Ich wüßte nicht, wie das geschehen sollte, wenn diese Dinge nicht vorher von Herrn Heisenberg mit seinen technischen Beratern erarbeitet sind. Sie schreiben, daß Sie „selbstverständlich nichts dagegen hätten, Herrn Heisenberg auch schon jetzt weitgehend in alle Dinge einzuschalten.“ Dazu darf ich sagen, daß Herr Heisenberg auf Grund der persönlichen mehrfachen Rücksprachen, die er mit Herrn Adenauer und Herrn Erhard hatte, der Auffassung ist (meines Erachtens mit Recht), daß er ein Mandat für die Errichtung bzw. Planung der Reaktorstation besitzt. Ich glaube nicht, daß ein solches Mandat bis jetzt für die Studiengesellschaft vorliegt. Es wird daher wohl eine der wichtigsten Aufgaben des Aufsichtsrats sein, im Einvernehmen mit Herrn Heisenberg eine Abgrenzung der Arbeit vorzunehmen und dann der Bundesregierung die entsprechenden Vorschläge zu machen.“ (Zit.: IKB, 18/III, Telschow an Bötckes vom 30. 12. 1954).

Doch auf eine solche Vorgehensweise gedachte Bötckes sich keineswegs einzulassen. Er erwartete stattdessen ein direkt klärendes Wort der Bundesregierung in seinem Sinne. Dieses strebte er folgerichtig bei nächstmöglicher Gelegenheit, d. h. bei der Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft im Januar 1955, an. Und in der Tat fand Bötckes hier volle Zustimmung. Das umfassende Mandat, das die Bundesregierung der Physikalischen Studiengesellschaft für das gesamte Reaktorprojekt übertragen hatte, wurde vollauf bestätigt. Ausdrücklich unterstrich das Bundesministerium für Wirtschaft auch, daß es „nunmehr die Arbeiten der . . . vorbereitenden Ausschüsse als beendet ansehe“ [413]. Dies bedeutete, daß Bötckes sich auf ganzer Linie gegenüber den heisenbergschen Auffassungen hatte durchsetzen können und auch Telschows Interpretation nunmehr gegenstandslos war.

---

Ungeachtet des weiteren Ganges der Dinge und der Problematik, die damit einherging, war das von Heisenberg initiierte Göttinger Treffen am 18. Dezember 1954 tatsächlich zustande gekommen.

Von der Terminierung her, so die Argumentation, sollte der Fortgang der Vorbereitungsarbeiten mithin gewährleistet bleiben. Diesen Anforderungen vermochte sowohl der Münchner Architekt Prof. Ruf als auch sein Karlsruher Kollege Schelling durch fristgerechten Abschluß ihrer Planungs- und Entwurfsarbeiten zu entsprechen [414]. Den Karlsruhern war es sogar möglich, die vollständigen Unterlagen vorab noch dem zuständigen Ministerium zur Kenntnis zu bringen [415]. Auch präsentierten sie ihre Gesamtplanungen anläßlich der Göttinger Sitzung wiederum in gedruckter und gebundener Form, so daß die Münchner Ausarbeitungen schon vom rein optischen her einen weit weniger ausgereiften Eindruck hinterlassen mußten [416]. Es war nicht zu verkennen, daß man auf Karlsruher Seite an eine Vorgehensweise anknüpfte, die sich bereits bei der Vorlage der ersten gedruckten Denkschrift hervorragend bewährt hatte [417]. Wiederum schienen die Münchner sich völlig überraschen zu lassen, zumal ihr in Form loser Blätter verfügbares einziges Exemplar der Entwurfsarbeiten auch erst noch vervielfältigt werden mußte, um dem Bundeswirtschaftsministerium übergeben werden zu können [418]. Auf dieser Basis war natürlich in keiner Weise daran zu denken, einflußreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens durch Übersendung einer werbewirksam konzipierten Druckschrift von den Vorzügen der eigenen Planungen und damit des offerierten Standortes der Reaktorstation zu überzeugen.

Mit erheblichem Fingerspitzengefühl für die Erfordernisse einer erfolgsträchtigen „Geschäftspolitik“ hatte Karlsruhe hingegen längst die Initiative ergriffen. Exemplare seiner vom Dezernat für Wirtschaftsförderung herausgegebenen Denkschrift: „Max-Planck-Institut für Physik, Reaktor-Verwaltung und Reaktor-Station in Karlsruhe“ [419] lagen noch vor Jahresende 1954 maßgeblichen Herren des Kanzleramtes, des Wirtschaftsministeriums und der Physikalischen Studiengesellschaft zur persönlichen Unterrichtung vor [420]. Auch Kanzler Adenauer wurde noch im Januar 1955 in diese Bemühungen einbezogen (Vgl. Abb. 9).

Für die bayerische Landeshauptstadt zeichnete sich ein erheblicher Prestigeverlust ab. Schon von daher schienen sich die knapp 6.500 DM, die Karlsruhe in die Druckfertigung seiner zweiten Denkschrift investiert hatte, bezahlt zu machen [421]. Doch noch war der auf den 31. Dezember 1954 festgesetzte Abgabetermin für die endgültigen Planungsarbeiten nicht verstrichen. Unter erheblichen Anstrengungen gelang es dem Münchner Wiederaufbaureferenten, Stadtrat Helmut Fischer, zwischen Weihnachten und Neujahr auch für seine Stadt eine illustrierte Druckschrift der projektierten Bauvorhaben in Buchform mit Lageplänen, Skizzen, Grund- und Aufrissen fertigstellen zu lassen und daher mit Karlsruhe gleich zu ziehen [422]. Die 100 gedruckten Exemplare hatten die Stadt München 5000 DM gekostet [423]. (Vgl. Abb. 8/I - 8/VI).

Die formalen Unterschiedlichkeiten bei der Präsentation der Planungsarbeiten waren von den an der Göttinger Besprechung Beteiligten sehr wohl registriert worden. Offenkundig hatte die von Karlsruhe vorgelegte Denkschrift einen guten Eindruck hinterlassen [424]. Einer der Sitzungsteilnehmer, Regierungsbaurat Hipp vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, äußerte sich hierüber mit großer Zufriedenheit. Er hatte den Eindruck gewonnen, daß „die Karlsruher Planungen... nicht nur rein äußerlich, sondern auch sachlich weitgehender und besser durchgearbeitet (seien), als die Münchner Planungen“ [425]. Ansonsten herrschte die Auffassung vor, daß die sachlichen Gegebenheiten den beiden Städten in etwa dieselben Chancen für die Errichtung der ersten deutschen Reaktorstation eröffnen würden [426]. Die Bauvorschläge für Reaktorstation und Institute galten als gleichwertig. „Beide Architekten hatten ähnliche Entwürfe in Stahlbeton-Skelettbauweise mit den Merkmalen eines modernen Institutsgebäudes eingereicht,“ [427]. Auch die Rahmenbedingungen geologischer, hydrologischer und meteorologischer Art schienen sich nicht wesentlich voneinander zu unterscheiden bzw. aufgrund der geringen Reaktorgröße von 1,5 MW Leistung keine Rolle zu spielen. Der Vorteil Karlsruhes, als einziger der beiden Standorte die „Versorgung mit großen Wassermengen für Kühlzwecke und dergleichen“ [428] gewährleisten zu können, besaß damit kein durchschlagendes Gewicht. Stattdessen bot der hohe Grundwasserstand des offerierten Geländes eher Anlaß

# MÜNCHEN

## Kultureller Mittelpunkt des deutschen Südens



München, im Jahre 1158 gegründet, ist so bekannt, daß man in wenigen Worten seine speziellen Vorzüge für die Ansiedlung des Max-Planck-Instituts für Physik und die Reaktorstation schildern kann. Die Bayerische Landeshauptstadt zählt heute 930 000 Einwohner und wird zufolge ihres jährlichen Zuwachses von 20-25 000 Personen in Bälde die Millionen-grenze erreichen, wogegen zum Beispiel Karlsruhe nur 220 000 und Göttingen nur 80 000 Einwohner hat. Die Anziehungskraft Münchens ist in 800 Jahren erprobt und nicht nur seine erstarkende Wirtschaft, die es zur größten bayerischen Industriestadt gemacht hat, wird auch in Zukunft anziehend wirken.

Die Stadt ist reich an historischen und kunstgeschichtlich wertvollen Bauwerken. Sie hat großzügig angelegte Straßen und Plätze und sie erhielt nicht umsonst vor Jahrzehnten den Beinamen „Isar-Athen“. Nach dem Urteil vieler Besucher ist der Wiederaufbau besonders weit gediehen und die meisten Lücken, die der Bombenkrieg gerissen hat, sind erfreulicherweise geschlossen. Neue und moderne Bauten in den von einem außerordentlich starken Verkehr durchpulsten Straßen der Kernstadt zeugen von dem kraftvollen Lebensrhythmus dieser Stadt, von der der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer bei der Einweihung des neuen Generaldirektionsgebäudes der Allianz jüngst meinte, daß sie sich immer mehr zu einem Zentrum der Kultur und der Wirtschaft in Deutschland entwickeln würde. Das Stadtgebiet ist reichlich durchsetzt mit ausgedehnten Grünflächen, wie beispielsweise dem Hofgarten und dem Englischen Garten, dem Nymphenburger Schloßpark, dem Botanischen Garten oder dem Tierpark; die beiden erstgenannten gehören zu den schönsten Anlagen ihrer Art in Deutschland. Das abwechslungsreiche Landschaftsbild der Isarauen setzt sich innerhalb des Stadtgebietes in den Isaranlagen fort.

Die Stadt liegt am Rande der reizvollen voralpinen See- und Berglandschaft. Vor ihren Toren dehnen sich große Waldungen, wie der Forstrieder Park, der Forst Kasten, der Perlacher und der Königswieser Forst. Starnberger See und Ammersee, Tegernsee und Schliersee, Staffelsee und Chiemsee locken in einem Umkreis von 25-90 km. Die Tölzer, Schliersee-

und Tegernseer Berge, die Gebirgsorte Garmisch und Mittenwald, Bad Reichenhall und Berchtesgaden sind in 1-2½ Stunden mit der Bahn oder dem Kraftwagen zu erreichen. Wer also nicht nur das Stadtleben liebt, findet reichlich Gelegenheit, seine Kräfte in einer schönen Umgebung zu stärken.

### DIE HOCHSCHULSTADT

Daß München kultureller Mittelpunkt des süddeutschen Raumes mit einer reichen Tradition ist, ist allbekannt. Es ist nicht umsonst die Ur- und Wahlheimat vieler berühmter Gelehrter — darunter mancher Chemiker und Physiker — und Künstler gewesen, die mit ihren Namen auch der Stadt, in der sie lebten und wirkten, Glanz und Ansehen verschafften. Der Zahl der Studierenden nach ist München heute die bedeutendste Hochschulstadt im westdeutschen Bundesgebiet. An der größten deutschen Universität, der Ludwig-Maximilians-Universität, mit eigener großer Bibliothek sind über 11 000 Studenten immatrikuliert. Die schweren Kriegsschäden an den Instituten werden Zug um Zug behoben. Für moderne Klinikbauten, in deren Rahmen später auch ein Isotopen-Krankenhaus errichtet werden kann, ist gegenwärtig ein großer Wettbewerb ausgeschrieben. Rektor, Senat und Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität würden sich freuen, den Professoren des Max-Planck-Instituts für Physik in ihrem Rahmen Lehrmöglichkeit zu geben. Die Technische Hochschule hat über 4 500 eingeschriebene Studenten. Sie ist damit die zweitgrößte im Bundesgebiet. Moderne Institutsgebäude sind für sie im Bau. Auch sie würde sich freuen, Professoren, die in Zukunft am Max-Planck-Institut oder der Reaktorstation wirken würden, Lehrmöglichkeit zu bieten. Denn sowohl an der Universität wie an der Technischen Hochschule werden seit vielen Jahren kernphysikalische Forschungen durchgeführt. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus würde gemeinsam mit dem Staatsministerium für Wirtschaft und mit den beiden Hochschulen bestrebt sein, den Forschungen des Max-Planck-Instituts und seinen leitenden Herren jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Abb. 8/1:

*Im Innenblatt seiner Bewerbungsschrift empfiehlt sich München als kultureller Mittelpunkt und damit als Stadt, die das angemessene Niveau zur Beherbergung der Zukunftstechnologie „Reaktorstation“ besitzt. Von der Gesamtkonzeption her lehnte sich die Münchner Bewerbungsschrift deutlich an das Karlsruher Vorbild an. (Quelle: Bewerbungsschrift München).*



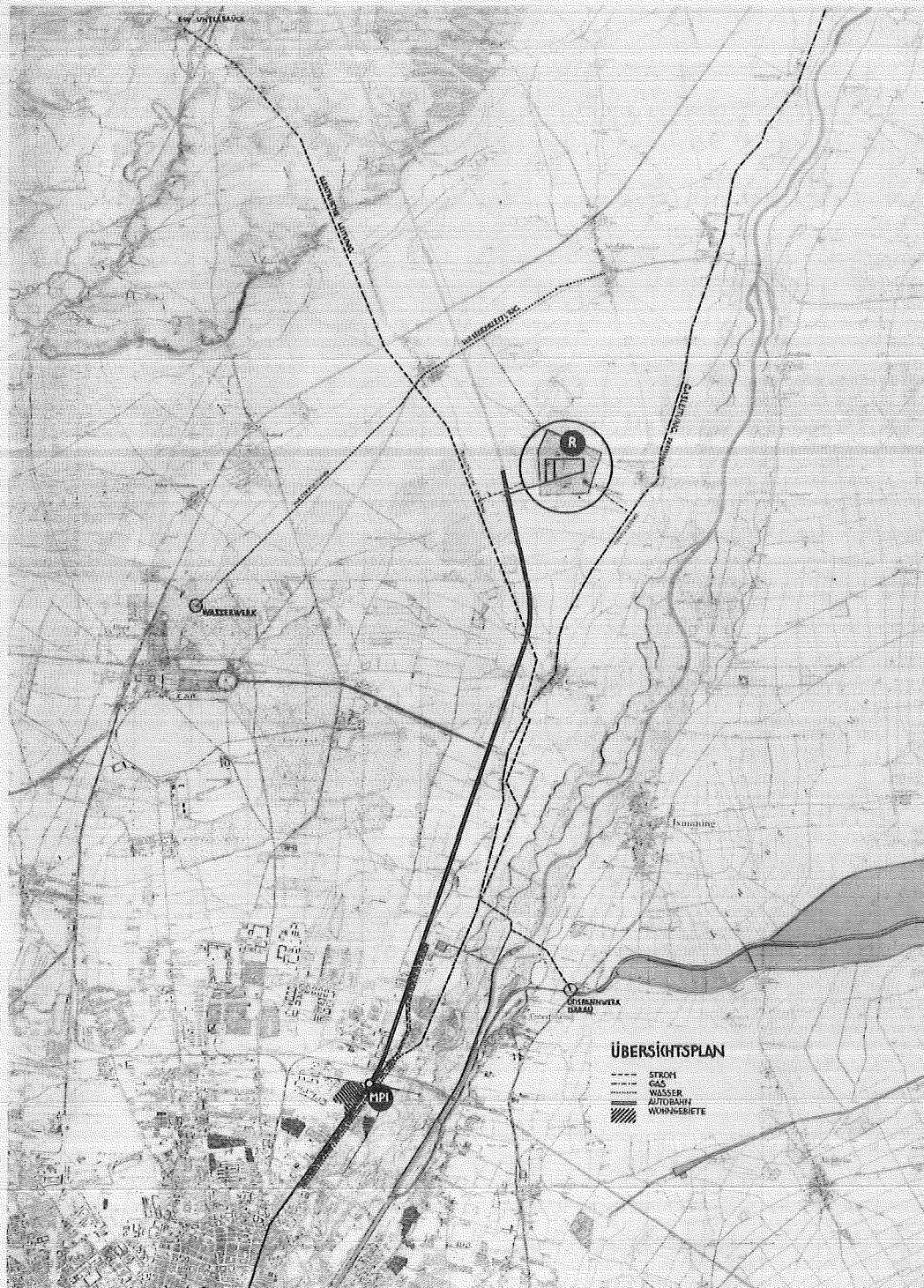


Abb. 8/II:  
 Der Übersichtsplan weist die vorgesehenen Bauplätze des Max-Planck-Instituts mit der Reaktorverwaltung sowie des Reaktors mit dem Institut für Neutronenphysik aus. Dabei sollte das Max-Planck-Institut/Reaktorverwaltung am Nordwest-Ende des Englischen Gartens errichtet werden, von wo aus die Universität mit der Straßenbahn in etwa 10 bis 15 Minuten zu erreichen war. Für den eigentlichen Reaktor und die zugehörigen Institute war an ein außerhalb des Stadtkreises München an der Grenze der Landkreise München und Freising gelegenes Baugelände gedacht worden. Dieser Platz, in unmittelbarer Nähe des Örtchens Dietersheim gelegen, war ca. 11 km vom Standort des Max-Planck-Instituts sowie der Reaktorverwaltung entfernt. Bei seiner Wahl kam auch zum tragen, daß es innerhalb Münchens zunächst eine heftige öffentliche Diskussion über die von einem Reaktor ausgehende Gefährdung der Bevölkerung eines Ballungsraumes gegeben hatte. (Quelle: Bewerbungsschrift München).



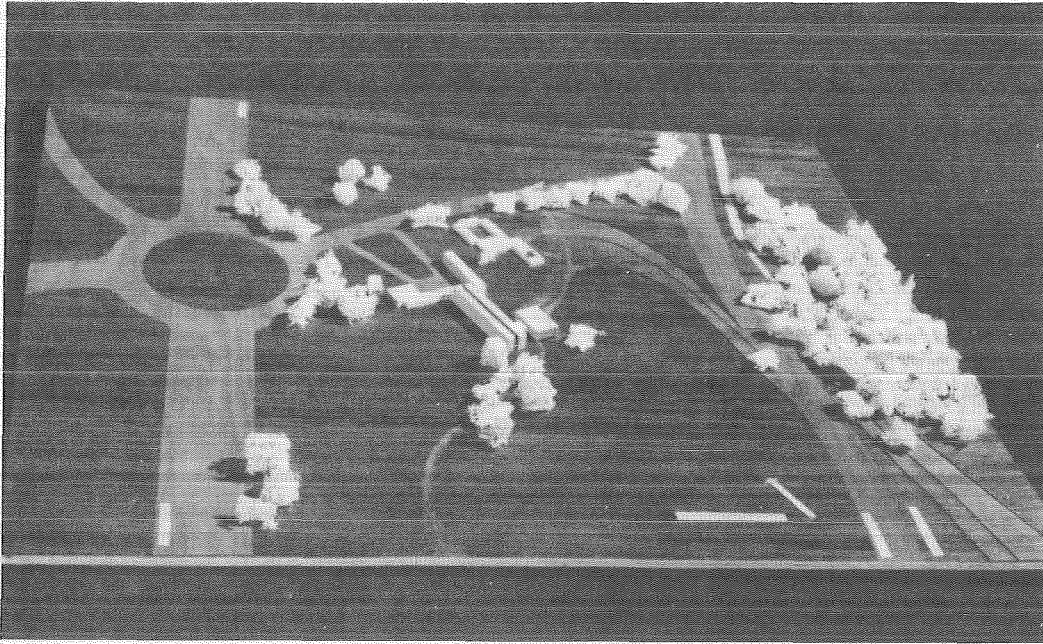


Abb. 8/III:  
 Modellaufnahme der Südwestansicht des Max-Planck-Instituts für Physik und der Hauptverwaltung des Reaktors. Im Zentrum ist der langgestreckte Bau des Max-Planck-Instituts postiert. Links davon liegen die zugehörigen Hörsäle. Rechts gegenüber die Reaktorverwaltung. Etwas abseits sind Gästehaus und Hausmeisterwohnung zu finden. (Quelle: ebenda).

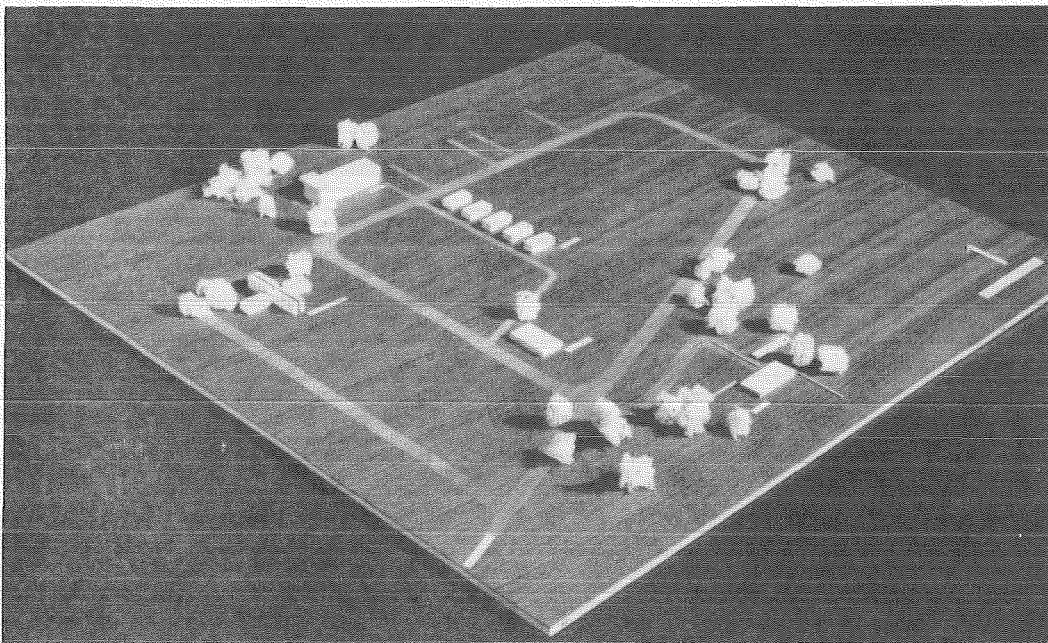


Abb. 8/V:  
 Südwestansicht von Reaktorstation und zugehörigen Instituten. Im oberen Bildteil vorn links befinden sich das Institut für Reaktor- und Neutronenphysik. Etwas abgesetzt davon, als Kopf des Ensembles, steht der Reaktor. Daran schließen sich nach unten hin fünf Institutsbauten an. Dem Reaktor in etwa gegenüber sind die Infrastrukturanlagen zu finden, und zwar der Werkstättenzentralbetrieb sowie Garagen, Feuerwache und Kantine. (Aus: ebenda).

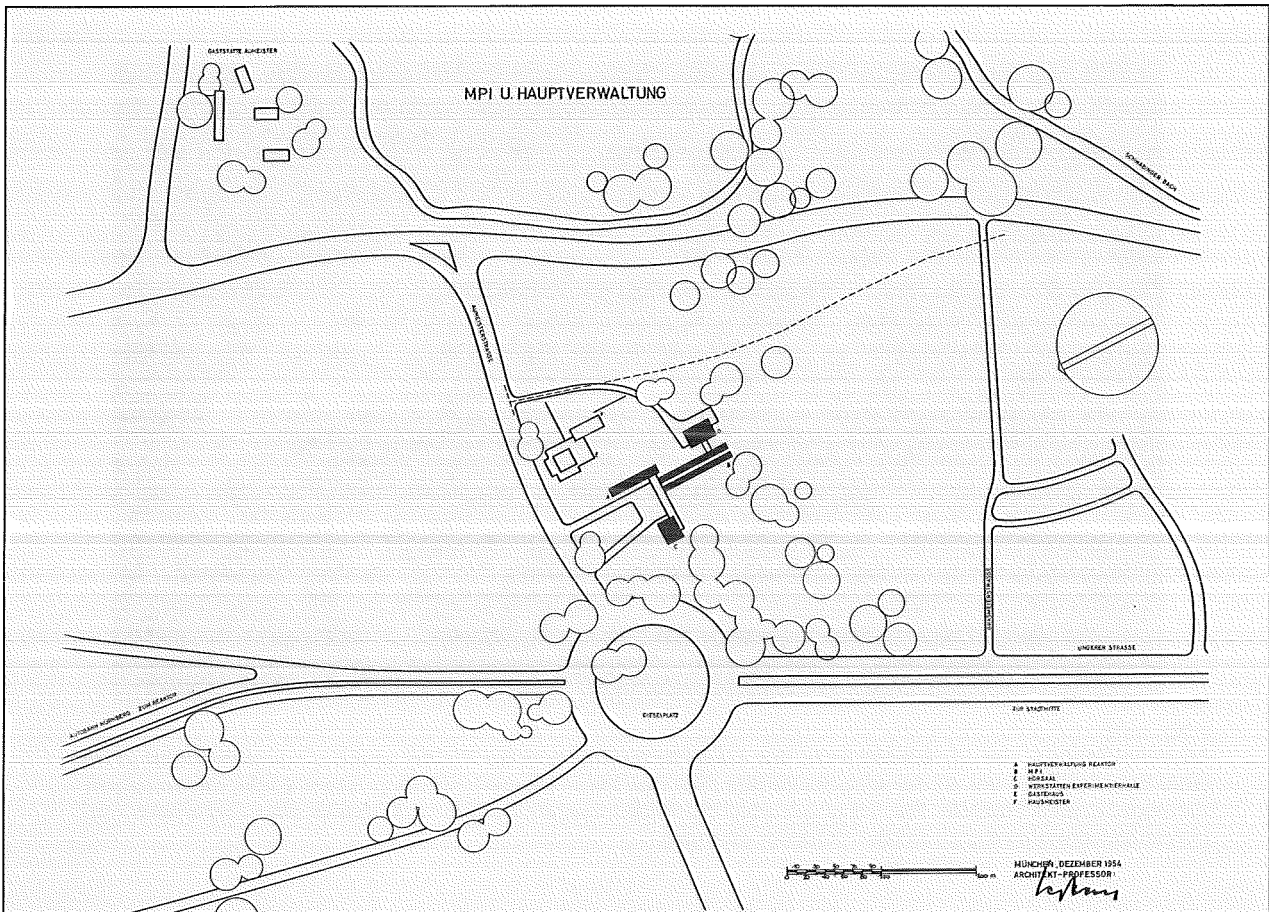


Abb. 8/IV:  
Grundriß des Max-Planck-Institutes für Physik und der Reaktorhauptverwaltung am Münchner Dieselplatz. (Aus: ebenda).

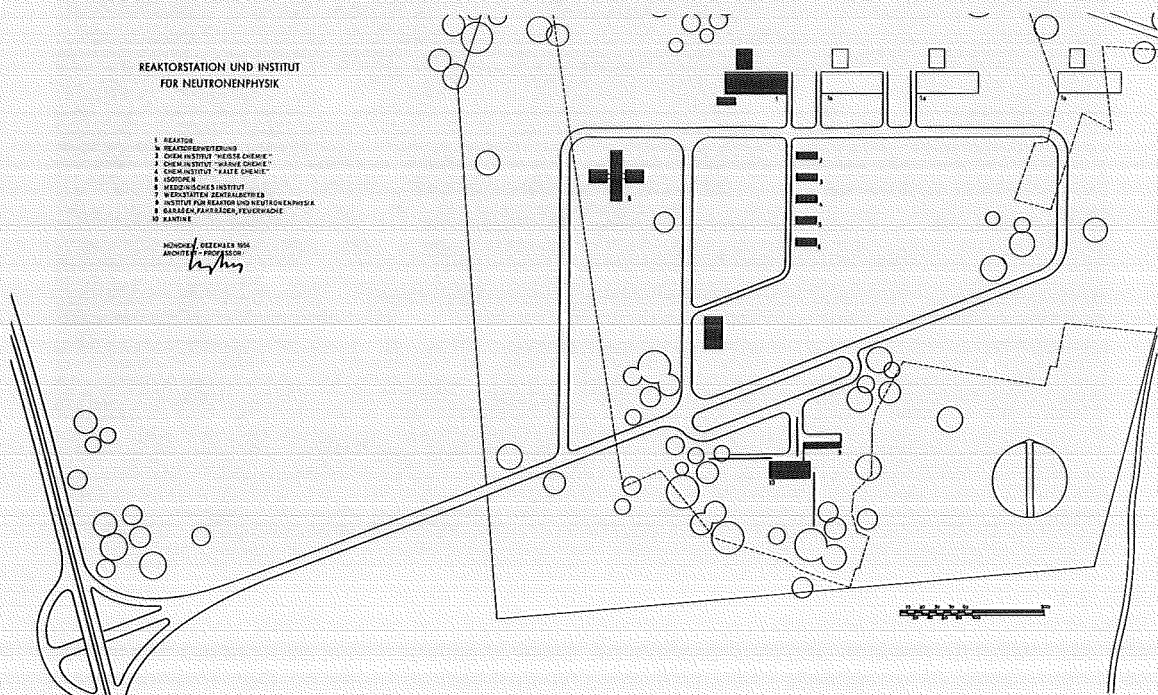


Abb. 8/VI:  
Grundriß der Reaktorstation und des Instituts für Neutronenphysik (Aus: ebenda).



STADT KARLSRUHE

KARLSRUHE, 12.1.1955.

Herrn  
Bundeskanzler  
Dr. Konrad Adenauer  
B o n n .

Bundeskanzleramt  
Eing. 17.1.1955 \*  
Anlagen: 1

Hochzuverehrender Herr Bundeskanzler!

*V. m. Kap. 9  
187*

Unter höflicher Bezugnahme auf mein Schreiben vom 20.11.1953 erlaube ich mir, Ihnen eine weitere Denkschrift der Stadtverwaltung Karlsruhe über die Frage der Errichtung eines Atommeilers und eines Max-Planck-Instituts in Karlsruhe zu überreichen. Die Stadtverwaltung Karlsruhe wäre Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, sehr zu Dank verbunden, wenn Sie ihr Streben, Standort der obengenannten Institute zu werden, unterstützen würden.

Für Ihre freundliche Mühewaltung danke ich, hochzuverehrender Herr Bundeskanzler, herzlichst

Ihr  
sehr ergebener

(Dr. Gurk)  
Bürgermeister.

*h*

Anl.

*58  
9-270/NA-194/55*

Abb. 9:  
Bürgermeister Dr. Gurk (Karlsruhe) übersendet Bundeskanzler Konrad Adenauer die zweite Denkschrift der Stadt und bittet um Unterstützung des Karlsruher Anliegens. (Aus: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 12.1.1955).

zur Kritik [429]. Demgegenüber schien ein Vergleich der meteorologischen Verhältnisse für München nicht sonderlich günstig auszufallen. Die Stadt wies im Jahresdurchschnitt etwa 80 Prozent mehr windstille Tage als Karlsruhe auf und hatte fast die doppelte Anzahl von Tagen mit Bodennebel zu verzeichnen [430]. Von der Kostenseite her fiel das Karlsruher Angebot um gut eine Million DM günstiger aus, als das Münchner. Man hatte für den ersten Bauabschnitt, d. h. die Erstellung der Gebäude des Max-Planck-Instituts für Physik, der Reaktorverwaltung sowie des Instituts für Reaktor- und Neutronenphysik, Ausgaben in Höhe von 5,151 Mio DM veranschlagt, während München demgegenüber einen Betrag von 6,384 Mio geltend machte.

Hinzu kamen Grunderwerbs- und Aufschließungskosten von 1,581 Mio DM auf Karlsruher und 1,285 Mio DM auf Münchner Seite. Einen Einblick in die einzelnen Kostenpositionen vermittelt die nachfolgende Tabelle.

Tabelle 2:  
Vergleichende Gegenüberstellung der von den Städten Karlsruhe und München veranschlagten Baukosten für das Max-Planck-Institut, die Reaktorverwaltung und die Reaktorstation<sup>\*</sup>

Bau- und Erschließungskosten	München DM	Karlsruhe DM
1. Grunderwerb, Aufschließung, Herrichtung des Geländes		
a. Für MPI und Reaktor-Verwaltung	532.000	250.000
b. Reaktorstation	753.000	1.331.000 (a)
2. Gebäudekosten		
a. Für MPI und Reaktor-Verwaltung	4.600.000	3.800.000
b. Reaktorstation (Pfortnerhaus, Reaktorinstitut, Werkstattengebäude Neutronenphysik und Halle, Verbindungsbau zum Reaktorinstitut)	1.784.000	1.351.000
Entstehende Gesamtkosten	7.669.000	6.632.000

(\* Die Baukosten für den Reaktor sind in der Aufstellung nicht enthalten [431]; a. Vgl. Anmerkung [432].)

Den Wünschen der Planungskommission entsprechend, hatte Karlsruhe seine Konzeption für das Gesamtvorhaben folgendermaßen präzisiert:

1. Die eigentliche Reaktorstation und das Max-Planck-Institut für Physik, einschließlich der Reaktorverwaltung, waren räumlich voneinander getrennt. Während das für die Reaktorstation vorgesehene Gelände nördlich von Maxau in unmittelbarer Rheinnähe lag, hatte man für die übrigen Institutionen ein Gelände in unmittelbarer Nähe der Technischen Hochschule gewählt.

Auf halbem Wege zwischen den beiden Einrichtungen, und damit unter verkehrstechnischen Gesichtspunkten äußerst günstig plaziert, sollte auf dem Gelände des früheren Flughafens ein größeres zusammenhängendes Wohngebiet neu erschlossen werden (Vgl. Abb. 10). Einschließlich der erforderlichen Infrastruktur sollten dadurch im Endzustand Wohnungen für ca. 20.000 bis 25.000 Menschen entstehen;

2. Das Verkehrswesen sowie die Strom-, Wasser- und Gasversorgung sollten, soweit sie für den vorgesehenen Zweck noch nicht genügten, entsprechend ausgebaut werden;
3. Das Max-Planck-Institut für Physik und die Reaktorverwaltung bildeten einen eigenständigen Baukomplex (Vgl. Abb. 11), bestehend aus:
  - Eingang und großem Hörsaal,
  - dem Gebäude für die Reaktorverwaltung,



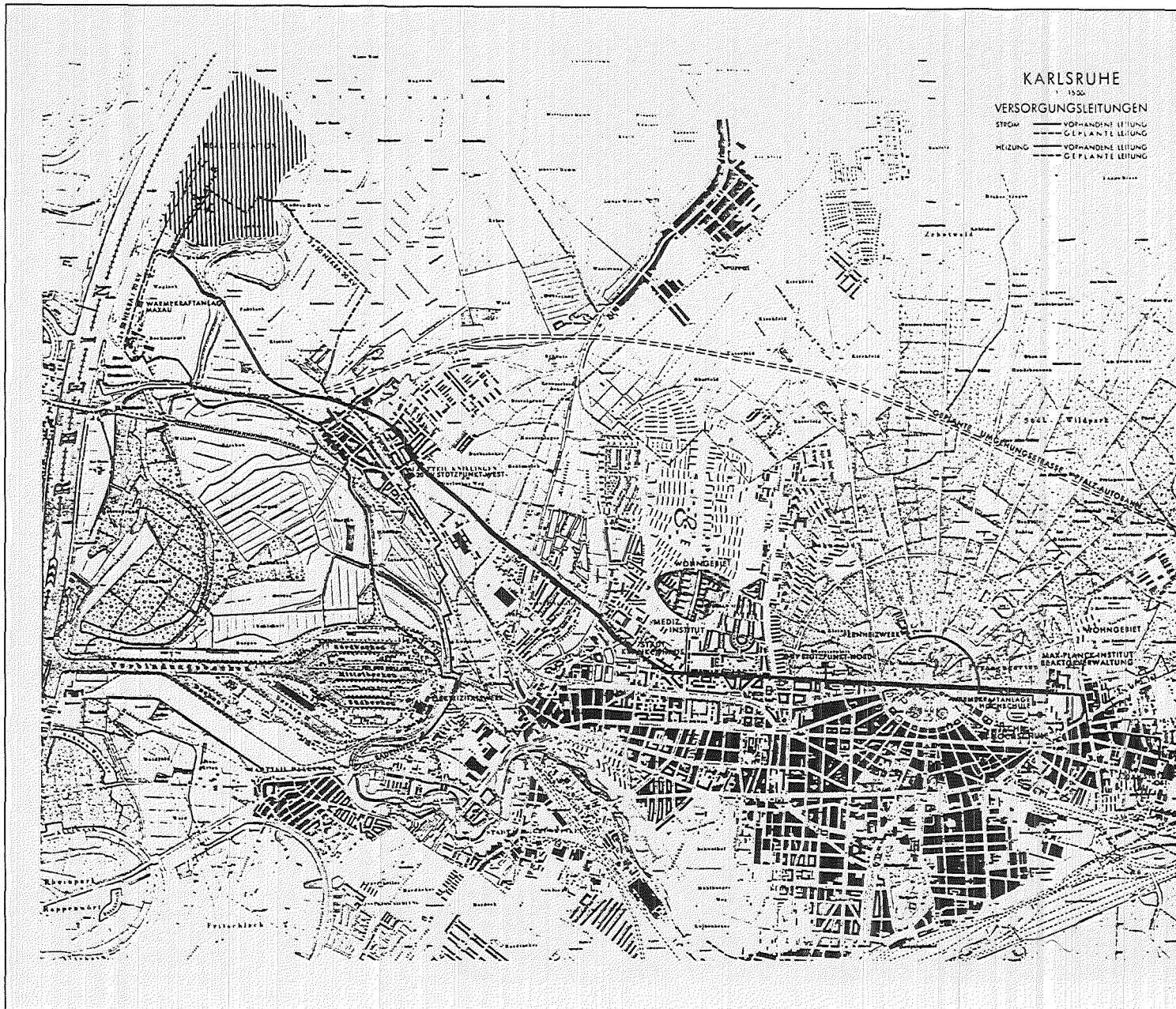


Abb. 10:  
 Übersicht über die  
 Standorte für die  
 Reaktorstation, das Max-  
 Planck-Institut für Physik,  
 die Reaktorverwaltung  
 sowie die Wohnregion in  
 Karlsruhe. Die Pläne hierzu  
 hatte Architekt Prof. Erich  
 Schelling erstellt. (Aus:  
 Stadt Karlsruhe, Dezernat  
 für Wirtschaftsförderung  
 (Hrsg.), Max-Planck-Institut  
 für Physik,  
 Reaktorverwaltung und  
 Reaktor-Station in  
 Karlsruhe, Karlsruhe, o.J.).

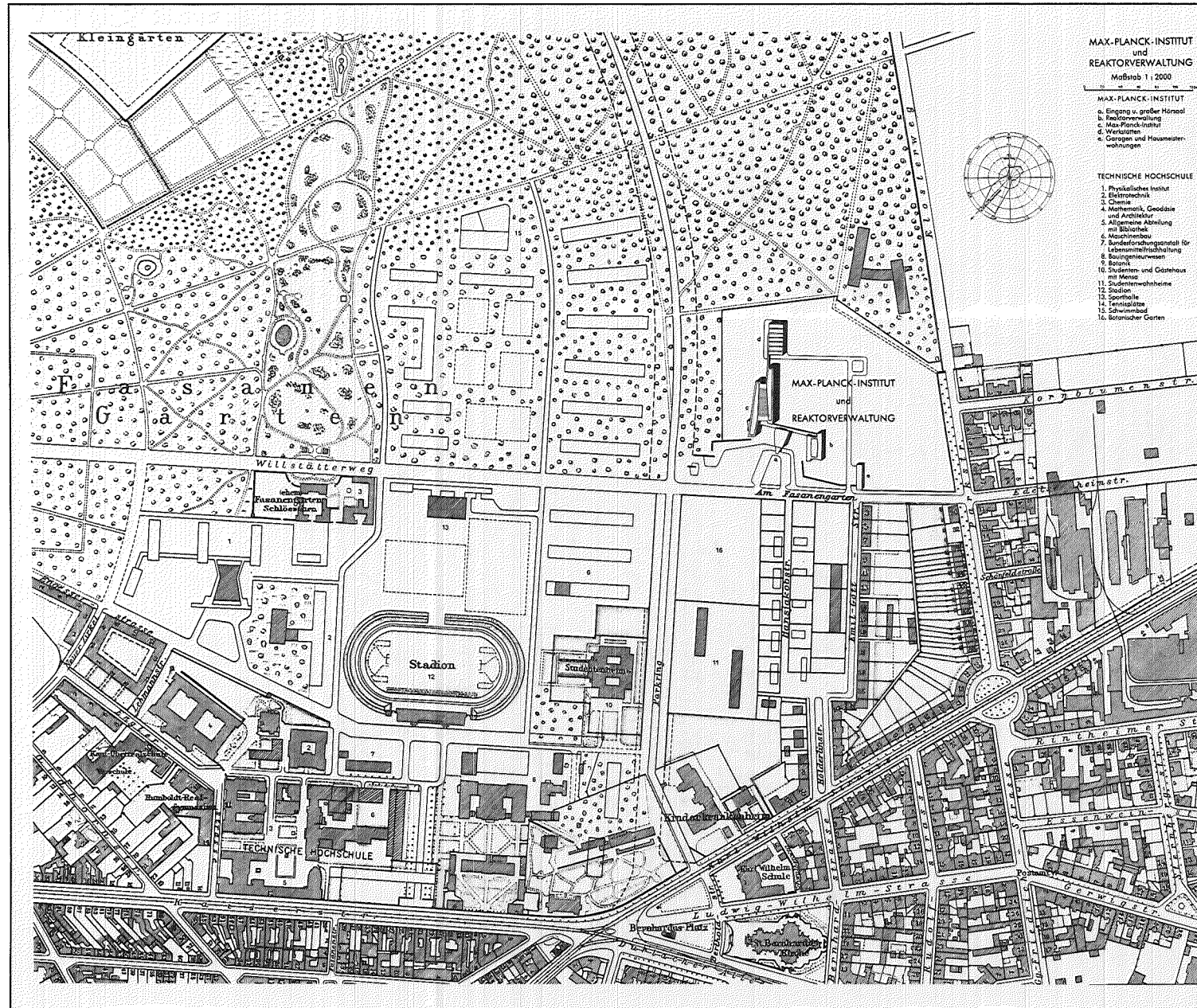


Abb. 11  
Das Max-Planck-Institut für Physik und die Reaktorverwaltung sollten in unmittelbarer Nähe der Technischen Hochschule errichtet werden. Auf der Abbildung bezeichnet: a. Eingang und großen Hörsaal; b. das Gebäude der Reaktorverwaltung; c. das Max-Planck-Institut; d. die dazugehörigen Werkstätten und e. Garagen bzw. Hausmeisterwohnungen. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).



- dem eigentlichen Max-Planck-Institut,
- der zugehörigen Werkstatt, sowie
- Garagen und Hausmeisterwohnungen.

Die vorgesehene Bauweise wies mehrgeschossige Gebäude großzügigen Zuschnitts aus (Vgl. Abb. 12). Das Gesamtvolumen an umbauten Raum sollte gut 35.000 m<sup>3</sup> ausmachen.

4. Von der Reaktorstation, deren grundsätzliche Konzeption ebenfalls vorlag (Vgl. Abb. 13), sollten zunächst zwei Gebäudekomplexe errichtet werden, nämlich das sogenannte Reaktorinstitut und das Betriebsgebäude (Vgl. Abb. 14).

Das Reaktorinstitut umfaßte im wesentlichen Räume und Laboratorien für die experimentelle Physik, die Gesundheitsüberwachung, Sammlungen, die Neutronenphysik, Räume für die theoretische Physik, Bibliothek, Archiv und Rechenbüros.

Das Betriebsgebäude wies Büros, Wartezimmer, Laboratorien, eine Kantine, Küchen, einen Fahrhof, Werkstätten, Feuerwehrgebäude, eine Wäscherei, Hausmeisterwohnungen und vieles mehr auf. Selbst an eine Kaminhalle im Obergeschoß des Hauses sowie an einen Kantinengarten mit See vor der „Haustür“ war gedacht (Vgl. Abb. 15).

Insgesamt gesehen waren anläßlich der Göttinger Besprechung mithin bereits sehr differenzierte Planungsunterlagen vorgelegt worden. Es bestand nunmehr durchaus eine Informationsgrundlage, auf der sich eine rationale Standortentscheidung fällen ließ.

Doch ging es eigentlich tatsächlich um dieses Problem? Oder sollten nicht vielmehr die bestehenden Präferenzen, die die verschiedenen Mitglieder des Planungsausschusses einem der beiden Standorte bereits längst entgegenbrachten, nur eine weitere Legitimation erhalten? Sicher war, daß das weitere Geschehen hierüber Auskunft geben würde.

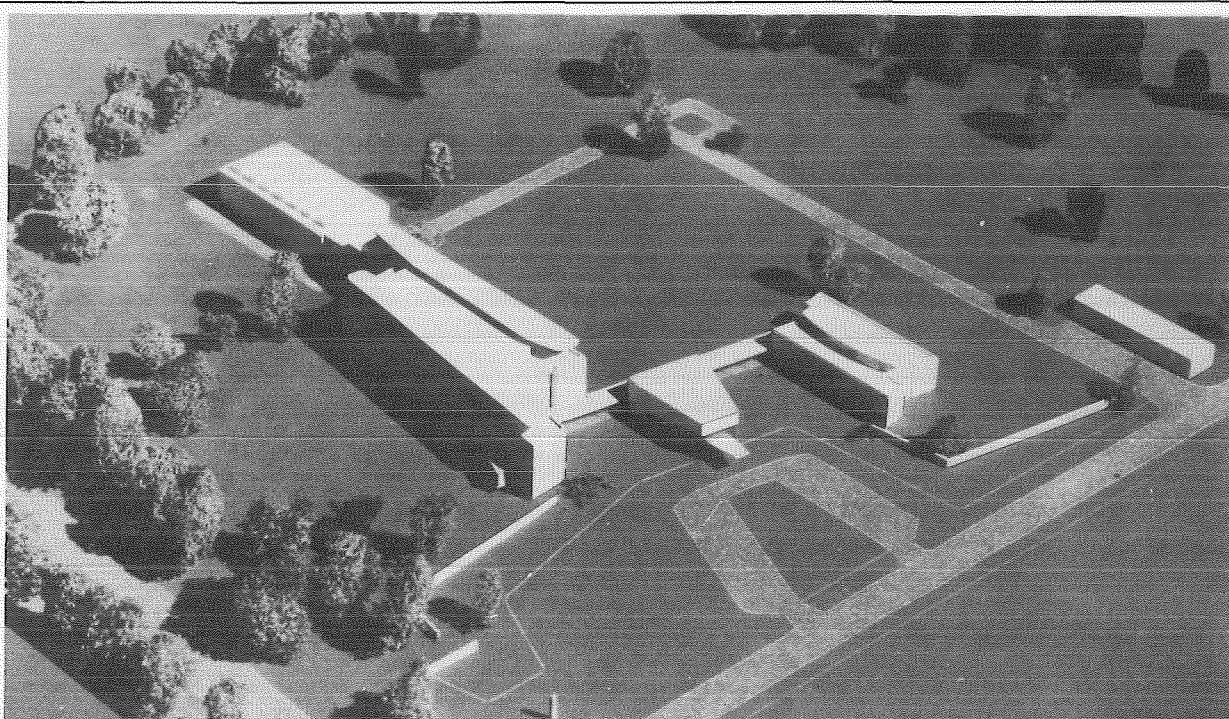


Abb. 12  
 Südansicht des geplanten Max-Planck-Instituts für Physik und der Reaktorverwaltung. Die zum Max-Planck-Institut gehörenden Gebäudekomplexe sind im linken Bildteil zu finden. Eingangshalle und Vorlesungssaal sind in der Mitte postiert, während sich die Reaktorverwaltung rechts davon anschließt. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).

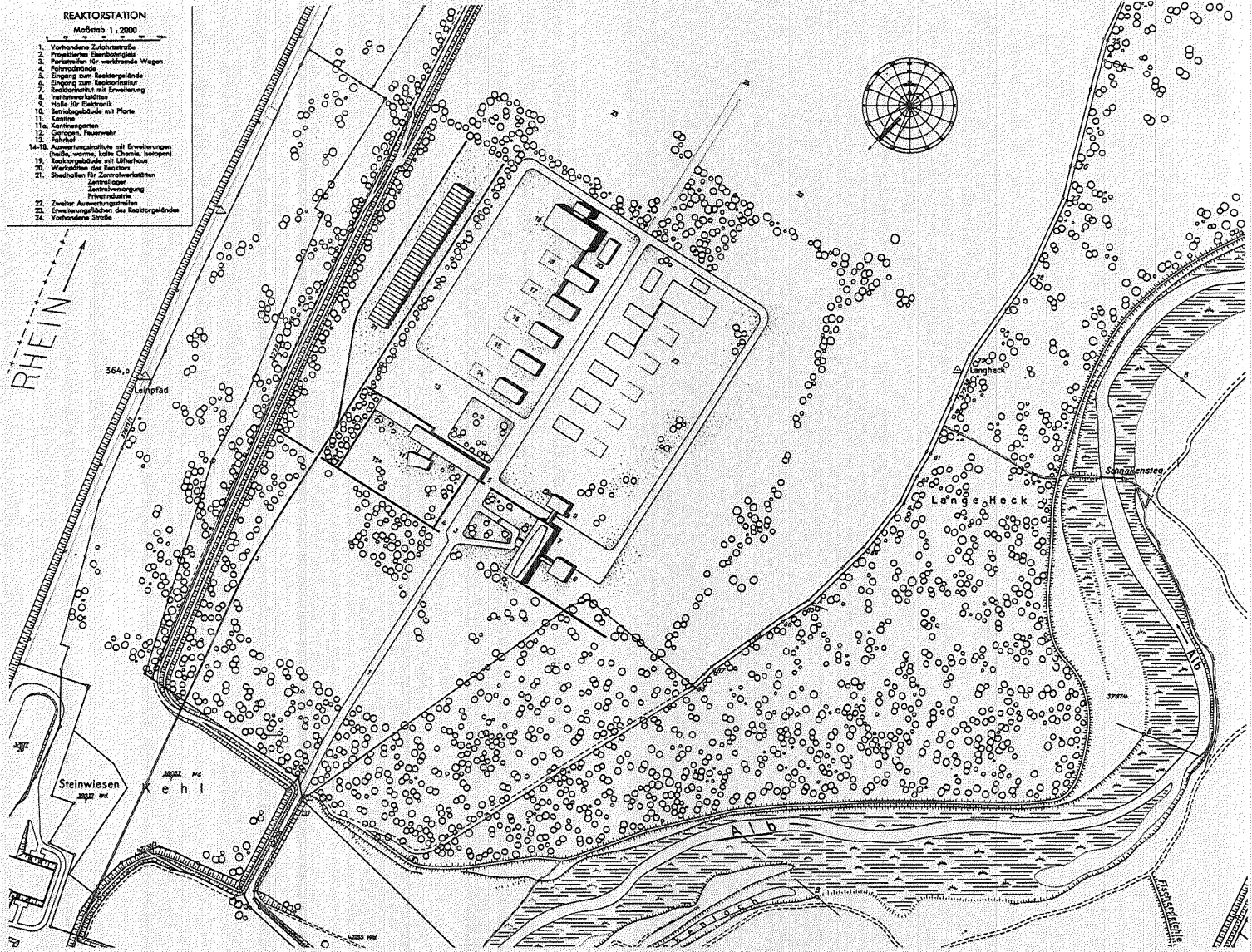


Abb. 13:  
Grundriß der Reaktorstation. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).

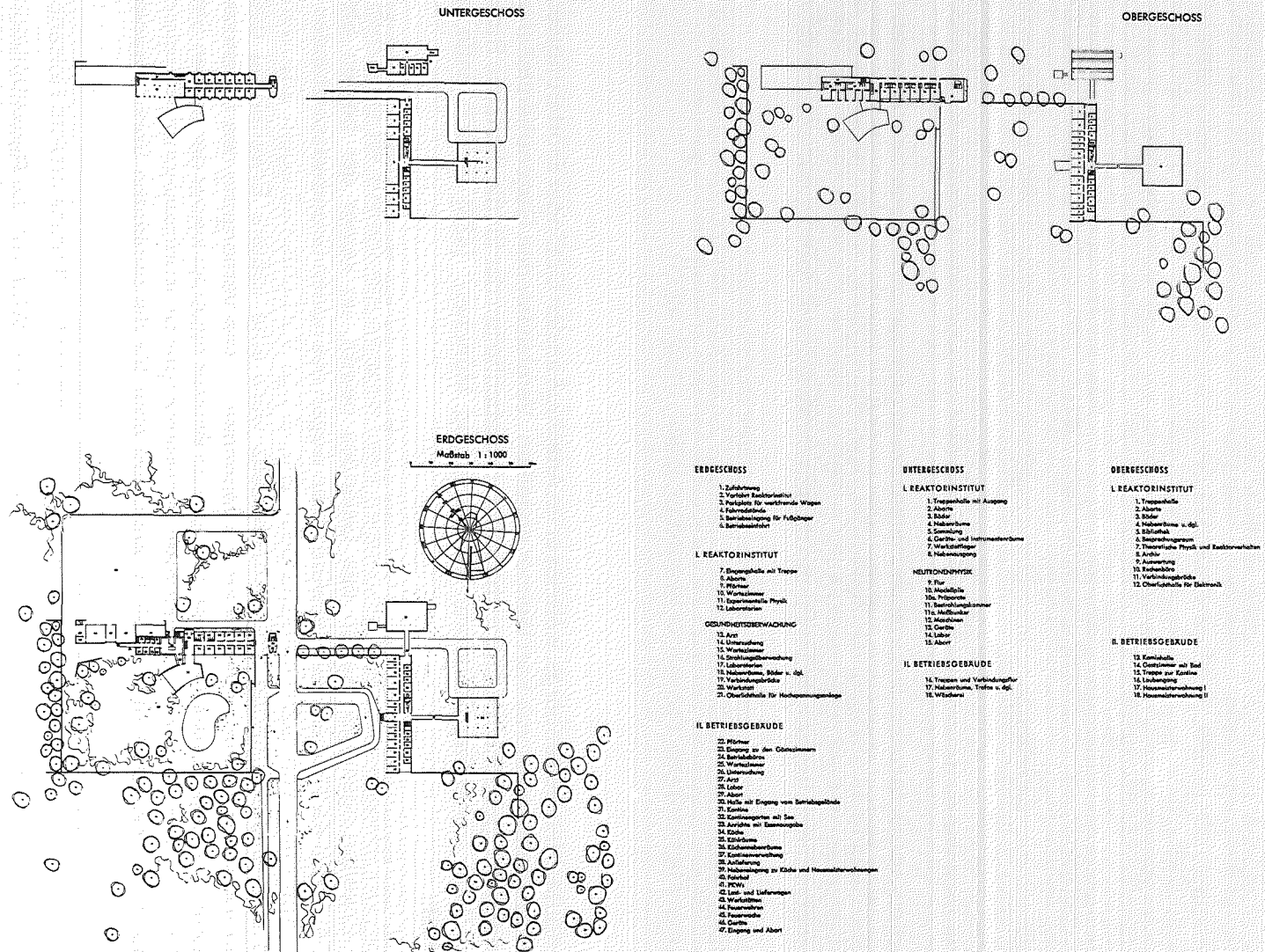


Abb. 14: Grundriß des Reaktorinstituts (I) und der Betriebsgebäude (II) in Höhe des Erd-, Unter- und Obergeschoßes. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).



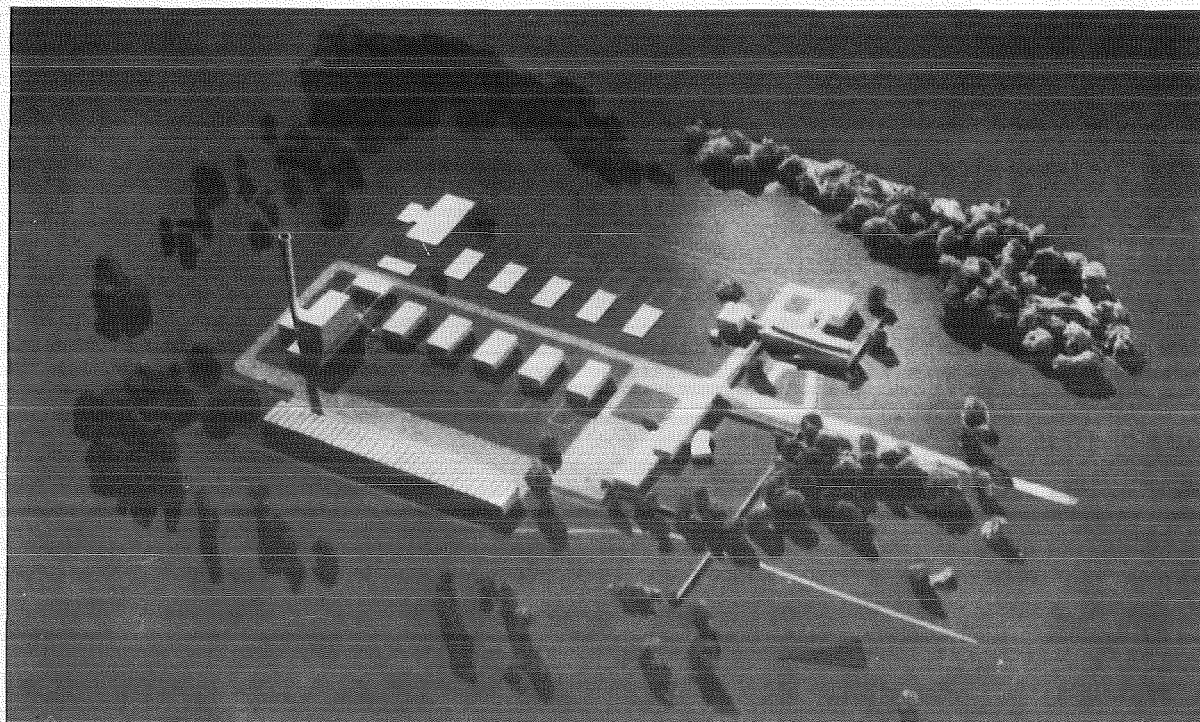


Abb. 15:  
 Westansicht der Reaktorstation vom Rhein her. Im rechten Bildteil sind die Betriebsgebäude vor dem dahinter angesiedelten Reaktorinstitut zu erkennen. Nach links hin schließen sich fünf Auswertungsinstitute an. Das Gelände wird im östlichen Teil durch das mit einem Schornstein versehene Reaktorgebäude begrenzt. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).

Ein Rahmengutachten Heisenbergs, welches er im Anschluß an den Göttinger Erörterungstermin und unter Hinzuziehung der von Karl Weimer erstellten „Vergleichenden Gegenüberstellung der naturgebundenen Eigenschaften und technischen Gegebenheiten der für die deutsche Reaktorstation zur Wahl stehenden Standorte Karlsruhe und München“ [433] verfaßt hatte, hielt folgendes fest:

„Hinsichtlich des Baugeländes bestehen, sowohl was Festigkeit des Bodens als auch Ausdehnung und Erweiterungsmöglichkeiten des Geländes betrifft, an keiner der beiden Stellen Bedenken. Auf dem Karlsruher Gelände würde man wegen des hohen Grundwasserstandes und wegen des Auftretens von Schwimmsand beim Bau einige Vorsichtsmaßregeln anzuwenden haben, die in München unnötig sind. Andererseits wäre eine spätere Erweiterung des ... Geländes in Karlsruhe leichter möglich als bei München ... Die Versorgung des Geländes mit Gas, Elektrizität und einer ausreichenden Menge von Wasser bietet an keiner der beiden Stellen Schwierigkeiten ... Eine Versorgung mit großen Wassermengen für Kühlzwecke und dergleichen wäre praktisch nur bei Karlsruhe möglich, erscheint aber für die geplanten Versuchsanlagen unnötig“ [434].

Im Hinblick auf die Gefährdung der Bevölkerung durch radioaktive Abgase urteilte Heisenberg: „In beiden Fällen ist der Standort ... so günstig gewählt, daß der Wind von der Reaktorstation auf die Stadt zu nur in etwa 5-10% der Zeit ... bläst ... Die für die Frage der Luftverunreinigung ungünstigen windstillen Wetterlagen scheinen in München etwas häufiger als in Karlsruhe; dafür ist die Entfernung von der Station zur Stadtmitte in München erheblich höher (17 km) als in dem Karlsruher Projekt (7,5 km) ... Die Beseitigung radioaktiver Abfallprodukte in der Station wird in beiden Fällen nach den im Ausland bewährten Methoden ohne Verunreinigung des Abwassers erfolgen“ [435].

---

Zu den Fragen der Rekrutierung von Arbeitskräften, der Bereitstellung von Wohnraum sowie der verkehrstechnischen Lage von Reaktorstation und Max-Planck-Institut kam er zu folgendem Ergebnis:

„In Karlsruhe ist ein Platz unmittelbar neben der Technischen Hochschule, in München eine verkehrstechnisch günstige Stelle am nördlichen Stadtrand . . . gewählt worden. Im ersteren Falle ist die Verbindung vom Physikalischen Institut zur Technischen Hochschule näher, im zweiten kann der Weg vom Institut zur Station schneller zurückgelegt werden. . . . In beiden Fällen wird es möglich sein, einen Teil der technischen Arbeitskräfte für die Station in der Stadt selbst zu rekrutieren. Wohnraum für die Arbeitskräfte der Station kann in beiden Fällen in den der Station nächstgelegenen Vorstädten beschafft werden“ [436].

Allerdings war Heisenberg nach wie vor vom größeren wissenschaftlichen Potential Münchens überzeugt, welches seiner Auffassung nach „das Heranziehen hochqualifizierter wissenschaftlicher Kräfte an die Station erheblich erleichtern . . . (würde)“ [437]. Sein vergleichendes Gesamturteil lautete:

„Für die Errichtung einer solchen Station bieten die beiden Stellen, Karlsruhe und München, günstige äußere Voraussetzungen. Vorzüge und Nachteile sind in den beiden Projekten etwas verschieden verteilt, halten sich aber im ganzen ungefähr die Waage“ [438].

Dessen ungeachtet votierte Heisenberg unter Hinweis auf das größere wissenschaftliche Potential der Stadt auch in diesem Gutachten wiederum ausschließlich für München [439]. Er ging sogar soweit, eine Verlagerung seines Max-Planck-Instituts für Physik nach Karlsruhe ausdrücklich auszuschließen:

„Das Max-Planck-Institut für Physik, das bisher in enger Verbindung mit der Universität Göttingen gearbeitet und von ihr wissenschaftliche Anregungen und tüchtige Mitarbeiter bezogen hat, könnte daher ohne Beeinträchtigung seiner Wirksamkeit von Göttingen nach München verlagert werden. Zu einer Verlagerung von Göttingen nach Karlsruhe würde sich der unterzeichnete Leiter dieses Instituts jedoch nicht entschließen können“ [440].

Mit dieser unverholenen Drohung, seine Position für die Standortwahl auf Biegen und Brechen durchsetzen zu wollen, stieß Heisenberg jedoch zunehmend auf weniger Verständnis. Man hielt ihm vor, daß seine Argumentation einer sachlichen Kritik kaum standhalten könne. Zum einen dürfte nicht unerwähnt bleiben, daß ein „mit der TH Karlsruhe unmittelbar verbundenes Max-Planck-Institut . . . zweifellos die erforderliche Anziehungskraft auf die in Betracht kommenden hochqualifizierten wissenschaftlichen Kräfte ausüben (würde)“ [441]. Und zum anderen sollte man nicht den Fehler begehen, die wissenschaftliche Ausbeute eines Forschungsinstitutes von der Größe des Universitäts- und Hochschulbetriebes abhängig zu machen [442].

Außerordentlich verärgert über die starre Haltung Heisenbergs zeigte sich wiederum Hermann Reusch, der Ernst Telschow in einem Brief wissen ließ: „Besonders unsympathisch ist mir sein (Heisenbergs, d. Verf.) Hinweis darauf, daß er es ablehnt, das Göttinger Institut nach Karlsruhe zu verlegen“ [443].

#### **4.9 Die Eskalation**

Da Reusch bereits die Ankündigung Heisenbergs, nicht nach Karlsruhe zu kommen, mit deutlichen Unmutsäußerungen quittiert hatte, konnte man nur von Glück sprechen, daß Reusch auf der Sitzung des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft vom 11. Januar 1955 nicht zugegen war [444]. Dort nämlich hatte Heisenberg auf die Anmerkungen der Ministerialdirigenten Hinsch (Bundewirtschaftsministerium) und Grau (Bundeskanzleramt) sowie des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Physikalischen Studiengesellschaft, Alfred Petersen, ausgesprochen heftig reagiert [445]. Sich wechselseitig bestätigend hatten die genannten Herren nämlich erklärt, daß allein die Max-Planck-Gesellschaft für die Finanzierung der Verlegung des Heisenberg Instituts zuständig sei und hierzu weder Finanzmittel des Bundes noch der Physikalischen Studiengesellschaft bereitgestellt würden. In dem statement, zu dem Heisenberg sich daraufhin hatte hinreißen lassen, war von ihm zunächst betont worden, „daß für eine

---

sinnvolle Arbeit der Reaktorstation des Max-Planck-Instituts für Physik räumlich mit dieser verbunden sein müsse“ [446]. Schon mit dieser Feststellung korrigierte Heisenberg die von ihm früher selbst ins Spiel gebrachten andersartigen Optionen [447] und wies diese für alle offen erkennbar als nichts anderes, denn als Druckmittel gegen die Planungskommission aus. Naturgemäß konnte dies weder als sonderlich geschickte noch als sachdienliche Verhandlungsführung gewertet werden. Ganz im Gegenteil. Heisenberg hatte sich und seine Verhandlungsposition selbst völlig desavouiert. Die daran anschließende Drohung Heisenbergs, sich im Falle einer seiner Forderung nicht entsprechenden Entscheidung aus dem Bereich der Kernenergieforschung gänzlich zurückzuziehen, [448] konnte, zumindest soweit sie unter den vorgenannten Umständen überhaupt noch ernst genommen wurde, nur für weiteres böses Blut sorgen. Ein Eskalieren der Kontroverse wurde geradezu vorprogrammiert. Es war nicht zu übersehen, daß zukünftig die Ebene der Sachentscheidung auch nach außen hin ganz offen durch diejenige der Personalentscheidung überdeckt werden würde. Zur Diskussion stand nunmehr eine Realisierung der deutschen Reaktor-Eigenbaupläne mit oder ohne Beteiligung von Werner Heisenberg, wobei vorerst offen bleiben mußte, wer gegebenenfalls an seine Stelle würde treten können und ob für den Bundeskanzler ein Verzicht auf Heisenberg überhaupt in Frage kam.

Als überholt mußten von etwa Mitte Januar 1955 an auch jene Überlegungen gelten, die darauf abgezielt hatten, Heisenberg notfalls durch eine ortsungebundene Mitwirkungsmöglichkeit in das Karlsruher Reaktorprojekt einzubinden, d. h. ihn die Gesamtleitung der Karlsruher Reaktorstation von München aus durchführen zu lassen [449]. Einer derartigen Lösung hatte Heisenberg selbst den Weg verstellt. Ebenfalls keinen Realitätsgehalt besaß der im Rahmengutachten Heisenbergs [450] konzipierte Vorschlag, gleich zwei Reaktoren zu errichten, nämlich zunächst eine deutsche Eigenbau-Versuchsstation in München und später einen Leistungsreaktor im Karlsruher Raum [451]. Hiergegen sprachen aus Karlsruher Sicht nicht nur die begrenzten Ressourcen finanzieller und personeller Art, unter denen sich der Aufbau einer deutschen Atomwirtschaft vollziehen würde, sondern auch der Umstand, daß keineswegs davon ausgegangen werden konnte, daß größere Leistungsreaktoren zukünftig in der Nähe dichtbesiedelter Regionen errichtet werden würden [452].

All dieses Hin und Her, zusammen mit den eskalierenden Äußerungen Heisenbergs, veranlaßte verschiedene Mitglieder der Planungsinstitutionen Konsequenzen zu ziehen, die möglicherweise gerade das Gegenteil dessen bedeuteten, was Heisenberg an sich hatte bewirken wollen. Insbesondere Hermann Reusch, dem selbstverständlich umgehend zu Ohren gekommen war, in welche Situation Heisenberg sich auf der Aufsichtsratsitzung der Physikalischen Studiengesellschaft hineinmanövriert hatte, drang darauf, diese Angelegenheit nunmehr grundlegend zu bereinigen. Was er darunter verstand, geht aus einem Schreiben hervor, welches er an Franz Kirchheimer gerichtet hatte [453]. Darin heißt es an entsprechender Stelle: „Herr Heisenberg hat eine sehr einseitige Stellungnahme für München ausarbeiten lassen. **Man hat die Absicht bemerkt und ist verstimmt.** Sehr unschön war auch die Drohung, daß er seinen Arbeitsstab nicht nach Karlsruhe, sondern nur nach München verlagern wolle. **Ich habe mich eigentlich schon mit dem Gedanken abgefunden, daß wir den Meiler ohne Herrn Heisenberg bauen**“ [454].

Daß dies keine leeren Worte bleiben würden, mußte für alle außer Frage stehen, die Hermann Reusch kannten.

Bereits am 25. Januar 1955 hielt er ein wohlfundiertes Gegengutachten (vgl. Anhang 15) zu der heisenbergschen Interpretation des Standortvergleichs in Händen, welches zu dem zusammenfassenden Ergebnis kam: „Der kritische Vergleich der beiden vorgenannten Projekte fällt bei aller Sachlichkeit in bezug auf die Standortfindung eindeutig zugunsten von Karlsruhe aus [455].“

Das mehrseitige Gesamtgutachten leitete Reusch unmittelbar an Wilhelm Bötzkens, den Aufsichtsratsvorsitzen der Physikalischen Studiengesellschaft, weiter [456]. Dieser wiederum signalisierte, daß er mit der Bewertung der Sachlage, wie sie sich in dem Reusch-Gutachten darstellte, übereinstimmen würde [457]. Besonders aufschlußreich war in dieser Hinsicht der Hinweis Bötzkens, daß sich die Ergebnisse, die Reusch vorgelegt hatte, weitgehend mit denjenigen decken würde, die zwischen den Zeilen aus dem Gutachten, das Dipl.-Ing. Weimer



---

vom Göttinger Max-Planck-Institut für Physik erstellt hatte [458], herauszulesen seien [459]. Diese Feststellung hatte es in sich. Sie war gleichbedeutend mit dem Vorwurf, daß Heisenberg in seinem auf dem Standortvergleich Weimers beruhenden Rahmengutachten nicht objektiv geurteilt haben konnte. Demnach mußte eine von subjektiven Überlegungen geprägte Interpretation der Fakten Heisenbergs Hand geführt haben, als er sein so wichtiges Gutachten niederschrieb. Damit jedoch war seine Integrität als Wissenschaftler in Frage gestellt, denn ließ sich ein schwerwiegenderer Vorwurf erheben als derjenige, Untersuchungsergebnisse nach eigenem Gutdünken umzugestalten?

Es ist unschwer zu erkennen, worauf Bötzkes und Reusch letztendlich abzielten. Sie wollten zumindest denkbar werden lassen, das Reaktorprojekt notfalls auch ohne Beteiligung Heisenbergs zu realisieren. Daß zur gleichen Zeit Ernst Telschow in Gesprächen mit Spitzenpolitikern Baden-Württembergs [460] ähnlichen Überlegungen Ausdruck verlieh und ganz offen davon sprach, daß „Prof. Dr. Heisenberg wohl nicht ganz der richtige Mann für einen industriellen Reaktor [461]“ sei, läßt deutlich werden, in welchem Maße man sich in den Planungsgremien der Physikalischen Studiengesellschaft bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, auf Heisenbergs Mitarbeit zu verzichten.

## **5. Eine dramatische Schlußrunde zeichnet sich ab**

### **5.1 Zum Wandel der politischen Rahmenbedingungen**

War bis zur Jahreswende 1954/55 das entscheidende Hemmnis für die friedliche Nutzung der Kernkraft in der Bundesrepublik die ausstehende Souveränität und damit zusammenhängend, das Fortbestehen alliierter Vorbehaltsrechte gewesen, so schien die internationale politische Entwicklung hier nunmehr doch für einen grundlegenden Wandel zu sorgen. Seit der Londoner Neun-Mächte-Konferenz über die Neuregelung der Westintegration und des Wehrbeitrages der Bundesrepublik vom Herbst 1954, sowie der Unterzeichnung des neuen Vertragswerkes auf den Pariser Konferenzen vom Oktober 1954 („Pariser Verträge“), hatten sich die Chancen der Bundesrepublik zur Wiedererlangung der Souveränität deutlich verbessert.

Allerdings galt, und das war das eigentliche Problem, die Zustimmung der Französischen Nationalversammlung als noch keineswegs gesichert. Es mußte demzufolge immer noch befürchtet werden, daß die „Pariser Verträge“ eine ähnlich unerfreuliche Entwicklung nehmen könnten, wie die vorausgegangenen und gescheiterten Verträge zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Doch dem war nicht so. Nach hektischen Tagen und turbulenten Debatten hatten die französischen Parlamentarier am 29. und 30. Dezember 1954 endgültig den Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU) und zur Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO) gebilligt. Einer möglichen Ratifizierung des Vertragswerkes standen damit von dieser Seite her keine Schwierigkeiten mehr im Wege. Ebenso waren die Pariser Verträge vom Deutschen Bundestag noch im Dezember 1954 erfolgreich in erster Lesung behandelt worden, und wurden schließlich Ende Februar 1955 ratifiziert.

Vor dem Hintergrund dieses Geschehens konnten kaum noch Zweifel darüber aufkommen, daß die Bundesrepublik in Kürze, d. h. allenfalls in wenigen Monaten, die Souveränität erlangen und die Bundesregierung damit auch die Entscheidungsbefugnis über die deutschen Reaktorpläne selbst in Händen haben würde. Offenkundig, und hierüber mußten sich die um die Reaktorstation konkurrierenden Städte München und Karlsruhe völlig im klaren sein, war nunmehr auch die so heftig umstrittene Standortfrage ins Stadium der Entscheidungsreife getreten. Nach vorbereitender gutachterlicher Empfehlung durch die Physikalische Studiengesellschaft würde es die Bundesregierung sein, die die letzte Entscheidung zu treffen hatte. In diesem Falle war es sogar Konrad Adenauer in eigener Person, der sich das endgültige Votum vorbehalten hatte, obwohl er dieses sicherlich in eine Kabinettsentscheidung einzubinden gedachte [462]. Unter dieser Konstellation konnte in den folgenden Monaten eine nochmals heftig aufflammende Schlußrunde im Wettbewerb um den Reaktorstandort kaum ausbleiben.

---

Dies um so weniger, als auch die neue bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner (SPD) keine Zweifel daran hatte aufkommen lassen, daß auch sie energisch für die Reaktorpläne einzutreten gedachte. Im Rahmen seiner Regierungserklärung vom 11. Januar 1955 war von Hoegner explizit betont worden:

„Hier darf hervorgehoben werden, daß die gesamte bayerische Staatsregierung geschlossen dafür eintritt, in Bayern die Voraussetzungen für die Errichtung eines besonders wichtigen Forschungsinstituts zu schaffen: Der erste deutsche Atommeiler soll in Verbindung mit dem neu zu errichtenden Max-Planck-Institut für Kernphysik in Bayern entstehen. . . . Da der bedeutendste deutsche Atomphysiker, der Nobelpreisträger Prof. Werner Heisenberg, als gebürtiger Münchner seine wissenschaftliche Laufbahn in Bayern begonnen hat und da Bayern als einziges deutsches Land in ausreichendem Umfang den wichtigen Rohstoff für die Atomforschung, das Uran, gewinnen könnte, erhöhen sich die Aussichten, daß die von der bayerischen Regierung gemeinsam mit der Landeshauptstadt geführten Bemühungen um die Errichtung dieser bedeutsamen Forschungsstätte, zu einem Erfolg führen [463].“

Es konnte demzufolge keineswegs damit gerechnet werden, daß die bayerische Koalitionsregierung aus SPD, Bayernpartei, FDP und BHE unter Hoegner das Reaktorprojekt etwa halbherziger betreiben würde, als ihre Vorgängerin unter Ministerpräsident Hans Erhard (CSU). Von dieser Seite her bestand für Baden-Württemberg keine Möglichkeit, unverhoffte Schützenhilfe für die Durchsetzung der eigenen Interessen zu erhalten. Allerdings war sicherlich nicht von Nachteil, daß in Baden-Württemberg mit Gebhard Müller ein „CDU-Ministerpräsident“ die Regierungsgeschäfte führte. Ein Kabinettsbeschuß, wie etwa der vom 7. Februar 1955, „sich nachdrücklich dafür einzusetzen, daß sich die Bundesregierung für Karlsruhe als Standort des künftigen deutschen Atommeilers entscheidet [464]“, konnte so zusätzliches Gewicht erlangen.

## 5.2 Baden-Württembergische Initiativen

Auf die Möglichkeit, zu den in Verantwortung stehenden Bonner Parteifreunden engsten Kontakt zu halten, und hierbei auch die Koalitionspartner Freie Demokraten/Demokratische Volkspartei (FDP/DVP) sowie Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) in die Pflicht zu nehmen, war unter anderem durch die baden-württembergische Landesvertretung in Bonn wiederholt hingewiesen worden [465]. In einer Aktennotiz für Minister Farny vom 14. Februar 1955 heißt es zum Beispiel: „. . . die Mitglieder unseres Kabinetts (werden) die Herren Bundesminister über das Problem ‚Standortfrage eines neu zu errichtenden Atommeilers‘ unterrichten, und zwar sei vorgesehen, daß der Herr Ministerpräsident die CDU- und CSU-Mitglieder, Herr Minister Haußmann die FDP-Mitglieder und Herr Minister Dr. Veit (?) die BHE-Mitglieder des Bundeskabinetts anschreiben (sollte) [466]“. Zudem, so der Inhalt eines weiteren Aktenvermerks, „solle man versuchen, die Frage zu klären, inwieweit die CSU-Mitglieder des Bundeskabinetts sich in Anbetracht des Regierungswechsels in München noch sehr stark für München als Standort einsetzen würden, oder ob vielleicht als Auswirkung des Regierungswechsels und den damit zusammenhängenden politischen Konsequenzen ein besonders starker Druck seitens der CSU-Mitglieder zugunsten von München nicht mehr ausgeübt würde [467].“

Offensichtlich sollte keine der sich bietenden Chancen unausgeschöpft bleiben, um in den entscheidenden politischen Gremien für eine den Karlsruher Vorstellungen gegenüber wohlwollende Grundeinstellung zu sorgen. Wie kaum anders zu erwarten war, begnügte man sich keineswegs damit, es in dieser Hinsicht bei Absichtserklärungen zu belassen.

Noch im Februar 1955 betraute Ministerpräsident Gebhard Müller seinen Minister für Bundesangelegenheiten, Oskar Farny, mit der Aufgabe, sämtlichen CDU-Mitgliedern des Bundeskabinetts (468) die entsprechende Karlsruher Bewerbungsschrift einschließlich einer zusätzlichen Kurzerläuterung der besonderen Vorzüge des Karlsruher Standortes persönlich zu überreichen [469]. In gleicher Weise verfuhr man mit den Vertretern der FDP/DVP, des GB/BHE sowie der Deutschen Partei (DP).

---

Die Resonanz auf den Stuttgarter Vorstoß fiel zwar unterschiedlich aus, war im ganzen gesehen jedoch recht positiv. In keinem Falle stieß man auf Ablehnung, wobei die Mehrzahl der Bundesminister sich allerdings eine endgültige Entscheidungsfällung weiterhin vorbehielten.

Heinrich Lübke zum Beispiel, der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, äußerte sich aus der Sicht seines Ressorts heraus folgendermaßen:

„Die Nutzbarmachung der Atomenergie ist für unser Ressort von größter Bedeutung, da Atomstrahlen (Gammastrahlen) für die Frischhaltung von Lebensmitteln verwendet werden können ... Zu der mir zugeleiteten Denkschrift ... bemerke ich, daß die zugunsten Karlsruhe's aufgeführten Gründe schlüssig erscheinen. Ich halte jedoch eine sorgfältige Prüfung der Angelegenheit für erforderlich und möchte davon absehen, mich vor deren Abschluß zu dieser Denkschrift abschließend zu äußern. Ich werde Ihnen sobald wie möglich meine Auffassung bekanntgeben“ [470].

Auch der Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, Hans Globke, gab eine zurückhaltende Stellungnahme ab. Auftragsgemäß teilte er mit, daß „die Frage der Erforschung und friedlichen Anwendung der Atomenergie Gegenstand eingehender Prüfung durch die Bundesregierung (wäre)“, und „der Herr Bundeskanzler die Frage des Standortes des Reaktors einer Besprechung in einem späteren Zeitpunkt“ [471] vorzubehalten gedächte. Doch dies war auch gar nicht anders zu erwarten gewesen.

Demgegenüber legte sich der Bundesminister für besondere Aufgaben, Dr. Robert Tillmanns (CDU), wesentlich deutlicher fest. Er ließ Oskar Farny wissen, daß er sich bei den Beratungen im Kabinett für Karlsruhe stark machen würde [472].

Noch weiter ging der kleinste Koalitionspartner der Regierung Adenauer, die mit nur fünfzehn Mandaten im Bundestag vertretene, aber für die Sicherstellung einer 2/3-Mehrheit unverzichtbare Deutsche Partei. Ihr Fraktionsvorsitzender, Dr. Hans-Joachim von Merkatz, hatte schriftlich bekundet, daß die Bundesminister Hellwege und Dr. Seebohm mit ihm darin übereinstimmten, „daß sich die Fraktion der Deutschen Partei im Bundestag dafür einsetzen (würde), den geplanten Atommeiler in Karlsruhe zu errichten“ [473].

Doch nicht nur die baden-württembergische Landesregierung konnte sich rühmen, auf höchster politischer Ebene einflußreiche Fürsprecher für die eigene Sache gewonnen zu haben. Auch die Stadt Karlsruhe war nicht untätig geblieben und vermochte Erfolge vorzuweisen. Ihr Bürgermeister und Wirtschaftsdezernent, der Landesvorsitzende der nordbadischen CDU, Dr. Franz Gurk, hatte von dem ihm landsmannschaftlich und politisch verbundenen Präsidenten des Deutschen Bundestages, Eugen Gerstenmaier, die Zusage erhalten, sich an geeigneter Stelle für die Karlsruher Wünsche zu verwenden. Gerstenmaier ging bei seinen Überlegungen davon aus, daß über die Wahl des Reaktorstandortes voraussichtlich diejenigen Kräfte zu entscheiden haben würden, die auch die Finanzierung trügen. Im Hinblick auf den „Industriemeiler“ stand es für ihn außer Frage, daß dies „entweder der Bundesverband der deutschen Industrie oder (aber) die beteiligten Industriegruppen“ [474] sein mußten. Insofern bot er Bürgermeister Gurk an, auf Wunsch beim Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zugunsten der Stadt Karlsruhe zu intervenieren [475]. Zudem wandte sich Gerstenmaier in einem offiziellen, 3seitigen Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Erhard und bat diesen, sich im Kabinett für die Wahl Karlsruhes als Reaktorstandort stark zu machen [476].

Wie hilfreich sich derart „informelle“ Unterstützung gegebenenfalls auszuwirken vermochte, war unter den beteiligten Politikern sicherlich kein Geheimnis. Der angesprochene Sachverhalt fand kurze Zeit später, wenn auch in anderem Zusammenhang, gleich eine neuerliche Bestätigung. Der Baden-Badener Oberbürgermeister Dr. Ernst Schlapper hatte Mitte März 1955 zugunsten von Karlsruhe ein persönliches Gespräch sowohl mit Bundeskanzler Adenauer, als auch seinem Staatssekretär Globke geführt, und diesen nochmals alle Argumente zu Gehör gebracht, die für die Wahl des baden-württembergischen Standortes sprachen [477]. Auch wenn sich dabei herausstellte, daß Adenauer nicht bereit war, zu diesem Zeitpunkt bereits eine endgültige Stellungnahme abzugeben, so hatte Schlapper doch Wichtiges in Erfahrung gebracht: Er konnte

---

die baden-württembergische Landesregierung davon unterrichten, daß der Bundeskanzler von „höchsten militärischen Stellen“ [478] ein Gutachten über den Standort des Atommeilers angefordert habe [479], von dessen Ergebnis er seine Entscheidung „in ersten Linie“ abhängig zu machen gedachte, „auch wenn andere Momente mit berücksichtigt werden müßten“ [480].

Dies war für Karlsruhe ein äußerst informativer Hinweis, hatte man doch von jeher die günstigere geostrategische Lage für sich reklamieren können. Es vergingen keine zwei Tage, bis der Karlsruher Bürgermeister Gurk durch Präsident Seifriz vom Wirtschaftsministerium von dieser, unter dem Siegel strenger Vertraulichkeit geäußerten Neuigkeit, unterrichtet war. In seinem Telefonat hatte Seifriz folgendes geäußert:

„Durch den Herrn Bundeskanzler wurde bekannt, daß ein strategisches Gutachten anhängig sei, von dem alles abhängen werde. Verhandlungen über dieses Gutachten seien im Gange“ [481].

Die Gesprächsergebnisse Schlappers begannen mithin weitere Kreise zu ziehen und sorgten dafür, die Standortproblematik in ein etwas anderes Licht zu rücken.

Hinzu kam, daß der Baden-Badener Oberbürgermeister noch weitere Informationen aus Bonn mitgebracht hatte. Danach war ihm von dem sich ansonsten sehr zurückhaltend äußernden Staatssekretär Globke zu erkennen gegeben worden, daß dessen Auffassung nach „die Chancen für Karlsruhe etwas günstiger zu werten seien“ [482], als diejenigen von München. Zudem hatte Globke zugesichert, sich selbst für die Wahl des Karlsruher Standortes einzusetzen. Dies bedeutete, daß die baden-württembergischen Bemühungen nunmehr sowohl vom Kanzleramt als auch vom Wirtschaftsministerium her ein gewisses Maß an Rückendeckung erhalten konnten, um ein Gegengewicht zu den Interventionen zu schaffen, die von „bayerischer Seite“ aus beim Bundeskanzler bzw. den verschiedenen Bundesministerien erfolgten.

Eine derartige Unterstützung schien nach wie vor dringend geboten zu sein, war doch schließlich keineswegs verborgen geblieben, daß durch Werner Heisenberg, die Stadt München und auch den Freistaat Bayern sowohl auf schriftlichem wie mündlichem Wege eine Reihe von Initiativen ergriffen worden waren, um die anstehende Entscheidung in die „richtigen“ Bahnen zu lenken.

Besondere Unruhe riefen bei den Baden-Württembergern dabei jene Aktivitäten hervor, die von Werner Heisenberg ausgingen. Aus Gesprächen mit Ministerialdirigent Hinsch vom Bundeswirtschaftsministerium wußte man seit Mitte Januar 1955, daß Heisenberg „seine Forderungen für die Domizilierung des Atommeilers und des Sitzes des Max-Planck-Institutes in München . . . in sehr massiver Form vertreten (hatte)“ [483] (Vgl. Abb. 16). Der Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums nach sprach nunmehr vieles dafür, daß Heisenberg sich mit seiner Auffassung beim Bundeskanzler würde durchsetzen können [484].

Auch hatte Heisenberg sich darum bemüht, Wirtschaftsminister Erhard auf die Münchner Linie umzustimmen [485]. Im Vorfelde dieser Besprechung war sogar ein bayerischer Minister-Kollege, nämlich der Bundesminister für besondere Aufgaben und stellvertretende Vorsitzende der CSU, Franz-Josef Strauß, an Ludwig Erhard herangetreten und hatte ihn gebeten, sich unter Einbeziehung landsmannschaftlicher Erwägungen doch für den Standort München einzusetzen. „Ich brauche Ihnen gegenüber nicht besonders zu betonen“, so Strauß in seinem Schreiben an Erhard, „daß die CSU größten Wert darauf legen würde, daß München dafür in Frage käme. Ich bin deshalb durch den Vorstand beauftragt worden, Sie um eine Aussprachemöglichkeit mit Vertretern der Landesgruppe über diese Frage in der kommenden Woche zu bitten“ [486]. Dies war sicherlich kein ganz leicht zu erfüllendes Ansinnen, hatte Erhard doch bereits seit langem den Karlsruhern seine wohlwollende Unterstützung zugesagt und sah sich dem Land Baden-Württemberg gegenüber zudem durch sein württembergisches Bundestagsmandat verpflichtet. Außerdem schien Strauß das Anliegen der Landesgruppe nicht ganz so wichtig zu nehmen, wie sich nach dem zitierten Schreiben vielleicht vermuten ließe. Von dem Anerbieten Erhards, Strauß möge ihn „doch im Plenum auf die Angelegenheit des ersten deutschen Atommeilers (Unterbringung in München) ansprechen“ [487], da bei der derzeitigen Terminlage vor der Besprechung beim Bundeskanzler „eine Aussprache mit Herren der Landesgruppe nicht stattfinden“ könne, machte Strauß keinen Gebrauch. Eine handschriftliche Aktennotiz aus dem Bundeswirtschafts-

*Min. Farny*

Betr.: Atommeiler

Aktennotiz

In Unterhaltungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium wurde bekannt, dass Prof. Heisenberg seine Forderungen für die Domizilierung des Atommeilers und des Sitzes des Max-Planck-Institutes in München neuerdings in sehr massiver Form vertreten habe. Prof. Heisenberg habe sogar erklärt, dass Karlsruhe für ihn ohne Interesse sei. Reusch steht nach wie vor klar und bestimmt für Karlsruhe ein. Im Bundeswirtschaftsministerium selbst neigt neuerdings Min.Dir. Hintsch zur Neutralität. Minister Erhard habe gegenüber Prof. Heisenberg erklärt, er sei zwar Bayer, er habe aber auf die Tatsache, dass er ein württembergisches Bundestagsmandat trage, Rücksicht zu nehmen und hätte sich nicht der These Heisenberg gefügt.

Der Bundeskanzler selbst habe bis jetzt den Forderungen Heisenbergs noch keine Entscheidung folgen lassen, sondern vorgeschlagen, erst nach Ratifizierung der Pariser Verträge in endgültige Besprechungen, also voraussichtlich Ende Februar, einzutreten.

Ich halte es für notwendig, dass die Abgeordneten des Bundestages, namentlich der CDU, für Bewilligungen beim Kanzler angeregt werden, um die badisch-württembergischen Wünsche zu unterstreichen.

17.1.55

gez. Farny

Abb. 16:

Der baden-württembergische Minister für Bundesangelegenheiten, Oskar Farny, resümiert den Stand der Dinge und rät zur Entfaltung neuer Aktivitäten. (Aus: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 17.1.1955).

---

ministerium vom 29. Juni 1955 hält dazu explizit fest: „Ist nicht geschehen, obwohl Gelegenheit dazu gewesen wäre“ [488].

Dessen ungeachtet gestand Erhard in dem Gespräch mit Heisenberg zu, zukünftig „eine neutrale Haltung einnehmen“ [489] zu wollen. Diese Äußerung löste in Baden-Württemberg zunächst erhebliche Beunruhigung aus und ließ den Vorwurf des „Frontenwechsels“ aufkeimen [490]. Klärende Rücksprachen mit dem Bundeswirtschaftsministerium machten jedoch bald deutlich, daß man nichts zu befürchten hatte und die Äußerung Erhards eher kosmetischen Charakter besaß [491].

Welche Wirkungen Heisenberg hingegen durch seinen Briefwechsel mit Konrad Adenauer hatte erzielen können, war weniger eindeutig ersichtlich [492]. Immer noch verschanzte sich Adenauer hinter der Auffassung, daß „vor Abschluß der Pariser Verträge eine endgültige Festlegung des Standortes des Atommeilers und überhaupt eine Klärung der damit zusammenhängenden Fragen, insbesondere in der Öffentlichkeit, nicht angängig sei“ [493]. Mit dieser Position vermochte er eine Entscheidung zunächst noch zu vertagen. Auch wenn Heisenberg diese Begründung offensichtlich akzeptierte, hatte er seine Auffassung bekräftigt, daß das Fällen der Grundsatzentscheidung, „die Übertragung gewisser Verantwortungen und die Bereitstellung gewisser Mittel für die Vorbereitungsarbeiten“ [494] ohne weiteres bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorgenommen werden könnte.

Einem am Göttinger Max-Planck-Institut für Physik angefertigten „Strategiepapier“ sind die Absichten zu entnehmen, die Heisenberg mit seiner Haltung verfolgte. Dort heißt es:

„Wenn die Verantwortung und gewisse Mittel an Herrn Heisenberg übertragen werden, wird er später stets diese Verantwortungen behalten, und für den Standort maßgebend sein. ... Seine Stellung in der Studiengesellschaft wird dann stark sein“ [495].

Adenauer gegenüber hatte Heisenberg seine „Wünsche“ nochmals mit Nachdruck vertreten und klargestellt, daß er sich nicht mehr für die Angelegenheit zu interessieren gedachte, wenn man seinen Vorgaben nicht entsprechen würde [496]. Unabdingbar war danach:

1. Eine Standortwahl in der näheren Umgebung von München sowie
2. Die Neuerrichtung eines kernphysikalischen und eines chemischen Instituts der Max-Planck-Gesellschaft am gleichen Ort.

Adenauer scheint von Heisenbergs Auftritt nicht unbeeindruckt geblieben zu sein. Zumindest stellte er noch für den Februar 1955 eine Besprechung der Gesamtproblematik in Aussicht und gedachte hierzu die Bundesminister Erhard und Schäffer sowie die zuständigen Vertreter der Länderregierungen von Bayern und Baden-Württemberg hinzuzuziehen [497]. Allerdings sollte es hierzu dann doch nicht kommen. Eine Erörterung der Thematik, allerdings unter ausdrücklicher Ausklammerung des wohl heikelsten Aspektes, nämlich der Standortfrage, wurde dann erst am 24. März 1955 durchgeführt [498], am selben Tage also, als auch Oberbürgermeister Schlapper bei Adenauer vorsprach.

Zur anberaumten Sitzung bat der Bundeskanzler eine Delegation des Vorstandes der Physikalischen Studiengesellschaft (Boetzkes und Telschow), die Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen sowie Werner Heisenberg und den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Otto Hahn, in den kleinen Sitzungssaal des Hauses Schaumburg. Im ausdrücklichen Widerspruch zu den Themenvorgaben Adenauers versuchte Werner Heisenberg wiederholt, doch „die Standortfrage anzuschneiden und den ... Bundeskanzler zu einer Erklärung hierüber zu veranlassen“ [499]. Daß der verhandlungserfahrene Adenauer dieses Verhalten nicht goutieren konnte, lag auf der Hand. Erwartungsgemäß wies er das Ansinnen Heisenbergs zurück und erklärte: „Ich stehe in der Verantwortung und kann im Augenblick aus außenpolitischen Erwägungen darüber keine Debatte zulassen“ [500]. Die Verärgerung Adenauers läßt sich daran erkennen, daß er Heisenberg explizit darauf hinwies, „daß Baden-Württemberg ein sehr großzügiges Angebot gemacht habe“ [501]. Damit war diese Thematik dann allerdings nicht mehr Gegenstand weiterer Erörterungen, sondern man wandte sich der beabsichtigten Besprechung von Finanzierungsfragen zu. Das Heisenberg vorliegende Positionspapier seines Max-Planck-Institutes empfahl ihm



---

hier, sich der Auffassung der Physikalischen Studiengesellschaft anzuschließen und gegebenenfalls dafür zu plädieren, daß ein Drittel der Kosten des Reaktors von der Industrie und zwei Drittel vom Bund getragen würden [502]. Es finden sich in diesem Zusammenhang erstmals Bedenken der Wissenschaft, daß die Industrie „auf Grund ihrer eigenen jetzigen Ausgaben für kernphysikalische Einrichtungen“ [503] einen zu großen Einfluß auf die Gesamtentwicklung des atomaren Bereichs in der Bundesrepublik erlangen könnte.

### **5.3 Eine herbe Enttäuschung: Die Physikalische Studiengesellschaft votiert doch für den Standort München**

Die Chancen der Stadt Karlsruhe, Sitz der deutschen Reaktorstation zu werden, stellten sich im Februar 1955 in einem recht positiven Lichte dar. Man hatte ein großzügiges und vielbeachtetes Angebot vorgelegt, besaß namhafte Fürsprecher auf Bonner Ministerebene, konnte unter anderem auf eine günstige geostrategische Lage verweisen und schien auch in den Gremien der Physikalischen Studiengesellschaft überzeugt zu haben, zumal man Hermann Reusch auf seiner Seite hatte. Dem weiteren Gang der Entscheidungsfindung konnte an sich mit hoffnungsvoller Erwartung entgegengesehen werden. Diese Einschätzung kam auch in einer persönlichen und als „höchst vertraulich“ eingestuften Mitteilung zum Ausdruck, die Prof. Franz Kirchheimer dem baden-württembergischen Wirtschaftsminister Dr. Veit zukommen ließ. „Der Aufsichtsrat der Physikalischen Studiengesellschaft“, so Kirchheimer, „dürfte nach den mir zugegangenen Informationen dem Projekt Karlsruhe den Vorzug geben, so daß lediglich eine Intervention des Herrn Heisenberg an höchster Stelle die Entscheidung des Kabinetts zu Gunsten von München beeinflussen könnte ...“ [504]. Man schien sich mithin eine sehr günstige Ausgangsposition verschafft zu haben.

Das weitere Prozedere sah vor, daß die formelle Beschlußfassung über die Standortfrage bei der Bundesregierung liegen würde, allerdings auf der Grundlage einer gutachterlichen Empfehlung der Physikalischen Studiengesellschaft erfolgen sollte [505]. Bei dieser liefen demnach die zunächst entscheidenden Fäden zusammen. Doch wie, so fragte man sich, würde das Voltum der Physikalischen Studiengesellschaft im konkreten Falle tatsächlich ausfallen? Mit Spannung wurde den bevorstehenden Sitzungen der Gremien der Physikalischen Studiengesellschaft entgegengesehen.

#### **5.3.1 Die Physikalische Studiengesellschaft und ihre gutachterliche Stellungnahme zur Standortfrage**

Noch auf ihren Aufsichtsratssitzungen vom 11. Januar und 2. Februar 1955 hatte sich die Physikalische Studiengesellschaft der Frage der Standortfindung für die Reaktorstation nicht vorrangig zugewandt. Heisenberg war gebeten worden, einen kurzen Bericht über die bis dahin in den verschiedenen Ausschüssen geleistete Arbeit, die technischen Einzelheiten des geplanten graphitmoderierten Reaktors [506], sowie die von München und Karlsruhe ausgearbeiteten vorläufigen Pläne zu geben [507]. Dies hatte er auch getan und schließlich dafür plädiert, nicht etwa einen Reaktor in den Vereinigten Staaten zu kaufen, sondern stattdessen eine Eigenentwicklung zu betreiben. Auch wenn es hierüber insbesondere mit Dr. Knott von den Siemens-Schuckertwerken (Erlangen) zu einer ausgiebigeren Diskussion kam, schloß sich der Aufsichtsrat der Physikalischen Studiengesellschaft der Auffassung Heisenbergs an [508]. Damit war in dieser Hinsicht eine Grundsatzentscheidung gefallen.

Um diese mit Leben zu erfüllen, stand konsequenterweise als nächstes die Abklärung der Finanzierungsfragen auf dem Programm. Prinzipiell hatte Ministerialdirigent Hinsch vom Bundeswirtschaftsministerium hierzu bereits deutlich gemacht, daß die Bundesregierung nicht bereit sein würde, die Gesamtfinanzierung des Reaktorprojekts zu übernehmen [509]. Es ging — mit anderen Worten — um eine Kostenbeteiligung der Industrie, die wesentlich über das hinausgehen mußte, was an Gesellschaftskapital in Höhe von 1,6 Mio. DM bisher aufgebracht worden war.

---

Die Forderungen der Bundesregierung riefen Widerspruch hervor. Ernst Telschow wies darauf hin, „daß nach der geschichtlichen Entwicklung die Gründung der Physikalischen Studiengesellschaft ursprünglich lediglich als Rechtsträger für die Verwaltung und Verwendung der vom Bundeswirtschaftsministerium zur Verfügung gestellten Gelder vorgenommen worden sei ... (und) lediglich die Zinsen des eingezahlten Stammkapitals ... für die Handlungsunkosten der Studiengesellschaft verwendet werden (sollten)“ [510]. Er erinnerte auch daran, daß die Studiengesellschaft „lediglich als eine Art Treuhandverwaltung gedacht“ [511] war, was ihm ein anderer Sitzungsteilnehmer, nämlich Ministerialdirigent Grau vom Bundeskanzleramt, auch bestätigte.

Im gleichen Tenor nahm der Aufsichtsratsvorsitzende der Physikalischen Studiengesellschaft, Wilhelm Bötzkies, Stellung. Er unterstrich, daß „die Finanzierung der allgemeinen Grundlagenforschung ... Sache des öffentlichen Haushalts bleiben (müsse), wie auch bisher die Finanzierung der Fachausschüsse ausschließlich aus Bundesmitteln erfolgt (war)“ [512]. Dies verband Bötzkies mit einer eindringlichen Mahnung: „Sollten seitens des Bundesfinanzministeriums in Zukunft Mittel für die vorbereitenden Forschungsarbeiten nur unter der Auflage bereitgestellt werden können, daß die Industrie sich an der Aufbringung der Mittel jeweils pari passu beteiligt, so könnten die Voraussetzungen für eine weitere Arbeit der Physikalischen Studiengesellschaft nicht mehr als gegeben angesehen werden“ [513].

Die Industrie drängte es offenkundig nicht in eine finanzielle Beteiligung an der Reaktorstation. Auch wenn man sich mit verbindlichen Zusagen zunächst deutlich zurückhielt, signalisierte man dennoch, sich am Bau des Reaktors mit 30 Prozent der erforderlichen Aufwendungen beteiligen zu wollen [514]. Doch auf welchen Betrag würde sich dieses Engagement in Mark und Pfennig beziffern lassen? Heisenberg hatte in einer Überschlagsrechnung die Summe von 30 Mio. DM genannt, wobei die Investitionskosten für den eigentlichen Reaktor, und nur an diesem gedachte die Industrie sich zu beteiligen, mit 16 Mio. DM zu Buche schlugen [515]. Es stand außer Frage, daß zunächst noch detailliertere Berechnungen angestellt werden mußten, um zu einer Entscheidungsgrundlage zu gelangen.

Auf Initiative von Karl Winnacker hin bildete man unter dieser Aufgabenstellung einen „kleinen Arbeitskreis“, die sogenannte Technische Kommission, die unter Leitung von Karl Wirtz beauftragt wurde, bis Anfang Februar 1955 einschlägige Ergebnisse vorzulegen [516]. Die von der Technischen Kommission unter Mitwirkung von Finkelnburg, Küchler, Pretsch, Rieß, Schimmelbusch, Wengler und Wirtz erarbeitete Kostenabschätzung wies eine erforderliche Gesamtsumme von gut 35 Mio. DM aus [517]. Davon entfielen auf die Reaktorstation selbst etwa 28 Mio. DM, während weitere 7 Mio. DM für den Neubau des Max-Planck-Instituts für Physik veranschlagt waren. Der Reaktor als solcher schlug mit gut 17 Mio. DM zu Buche, wobei die größten Ausgabeposten mit 9 Mio. DM auf die Beschaffung von 30 Tonnen Uran und mit 2,5 Mio. DM auf die Beschaffung von 500 Tonnen Graphit entfielen (Vgl. Tabelle 3).

Die Kalkulation wies noch erhebliche Unsicherheitsfaktoren auf, so daß die Technische Kommission empfahl, „bei ... künftigen Verhandlungen von einem Betrag von 35 - 40 Mio. (DM) auszugehen“ [519]. Auch ein Gutteil Politik war in die Stellungnahme der Technischen Kommission mit eingeflossen. Sie hatte nämlich ausdrücklich betont, sich nicht vorstellen zu können, daß das Max-Planck-Institut nicht zur Reaktorstation verlegt werden würde [520], und damit einer der Grundsatzforderungen Heisenbergs entsprochen. Gleichwohl sah man es nicht als Aufgabe der Physikalischen Studiengesellschaft an, hierfür die Kosten zu übernehmen. Vielmehr wurde kurzerhand folgendes zum Programmpunkt erhoben: „Wesentlich für die Beschlußfassung, welche der beiden ... Städte (München bzw. Karlsruhe; R. G.) für den Reaktorbau in Frage kommen soll, wird die Übernahme der Verlegungs- und Baukosten des Max-Planck-Instituts für Physik durch das betreffende Land sein. Darüber hinaus muß angestrebt werden, daß die Standort-Stadt ihrerseits von den Errichtungskosten zum mindesten die Aufschließungskosten übernimmt und das Baugelände kostenfrei zur Verfügung stellt“ [521].

Aus der Konkurrenzsituation der beiden Städte Karlsruhe und München sollte also weiter Kapital geschlagen werden. Unter den gegebenen Umständen konnten die Betroffenen sich diesen

Tabelle 3:

## Abschätzung der Kosten für die geplante deutsche Reaktorstation [518]

1.	Kosten für Grunderwerb, Aufschließen und Herrichten des Geländes, Anschluß an die öffentlichen Versorgungseinrichtungen Gem. Kostenaufstellung Karlsruhe bzw. München		DM	1.600.000,-
2.	Baukosten für den Reaktor selbst:			
	a) Reaktorbaustoffe			
	30 t Uran (Angebote liegen noch nicht vor)		DM	9.000.000,-
	500 t Graphit von der Dichte 2		DM	2.500.000,-
	b) Schutzkonstruktion			
	Stahlmantel 446 t je DM 1.000,-		DM	450.000,-
	Eisenkonstruktion 250 t je DM 2.000,-		DM	500.000,-
	Beton 1600 cbm je DM 300,-		DM	480.000,-
	c) Ausrüstung			
	Maschinen, nämlich Großgebläse, Filter (einschl. Ersatz), Hebezeuge, Lade- und Entladevorrichtungen		DM	1.500.000,-
	Kontroll- und Steuereinrichtung mit netzunabhängiger Stromversorgung		DM	100.000,-
	Transporteinrichtungen für radioaktives Material, Rohrpostanlage, Hängebahn		DM	100.000,-
	Wissenschaftliche Apparate, Laborgerät, Ausrüstung des Kontrollraumes, Strahlungsüberwachung am Reaktor		DM	250.000,-
	Technische Ausrüstung einer Graphit-Werkstatt (höchste Reinheit gefordert)		DM	200.000,-
	d) Gebäude			
	Reaktorhalle mit Lüfterhaus, Betriebsräume und Labor, Werkstätten und Lager für Uran, Graphit und Isotope ohne Montage zusammen		DM	2.000.000,-
			DM	17.080.000,-
3.	Sonstige zur Reaktorstation gehörende Gebäude Institut für Reaktor- und Neutronen-Physik, gemäß Kostenaufstellung München			
		Bau	DM	1.800.000,-
		Einrichtung	DM	2.200.000,-
	I. Chemisches Institut	Bau	DM	1.000.000,-
		Einrichtung	DM	1.000.000,-
	Verwaltungsgebäude mit Nebengebäuden, Garagen, Hausmeister, Gästehaus	Bau	DM	1.000.000,-
		Einrichtung	DM	500.000,-
	Zentralwerkstatt mit Hilfsbetrieben, Schreinerei, Glasbläse- rei	Bau	DM	300.000,-
		Einrichtung	DM	300.000,-
	Kasino und Werkstücke		DM	150.000
	Nebengebäude, Garagen für Fahrbereitschaft und Werksfeuerwehr, Wohnungen für Hausmeister, Kraftfahrer, Wächter insgesamt		DM	100.000,-
			DM	8.350.000,-
4.	Fahrzeugpark Löschfahrzeug und Gerätefahrzeug für Feuerwehr, 2 LKW, 1 Omnibus, 2 Transporter, 2 Elektrokarren, 2 PKW		DM	180.000,-

5.	Versorgungseinrichtungen		
	Transformatorstation 20 kV, ausbaufähig für 5000 kVA, 5 ausgebaute Hochspannungszellen, 3 Zellen Reserve, Doppelsammelschienensystem, 2 Trafo je 500 kVA	DM	50.000
	Niederspannungsschaltanlage, Meßeinrichtungen, ausbaufähig für 5000 kVA, Blindstromkompensation	DM	35.000
	Gebäudeanteil (gemeinsam mit Heizhaus)	DM	15.000
	Niederspannungskabelnetz auf dem Gelände, etwa 1000 m Erdkabel 4 x 150 O NEKRA, verlegt	DM	40.000,-
	Fernmeldeleitungen	DM	15.000
	Fernheizwerk für 3 Mio. WE/h mit 2 Kesseln, Kohlenbunker und Förderanlage, Wasseraufbereitung	DM	400.000,-
	Gebäudeanteil mit Trafostation, ausbaufähig für 2-fache Leistung	DM	150.000,-
	Heizleitungen auf dem Gelände	DM	100.000,-
	Pumpwerk und Anschluß an städt. Wasserleitungsnetz	DM	40.000,-
	Wasserleitungen auf dem Gelände	DM	65.000,-
	Gebäudeanteil zusammen mit Heizhaus	DM	10.000,-
	Anschluß-Station an Ferngasleitung, Druckregelanlage (im Gebäude der Pumpstation)	DM	10.000,-
	Gasleitungen auf dem Gelände	DM	25.000,-
	Wäscherei für Schutzkleidung des Reaktor- und Chemiepersonals (im Gebäude des Fernheizwerks)	DM	15.000,-
	zusammen	DM	970.000
6.	Physikalisches Institut (Max-Planck-Institut für Physik) gemäß Kostenaufstellung München		

Bau	DM	4.000.000,-
Einrichtung	DM	3.000.000,-
Insgesamt	DM	7.000.000,-

#### Zusammenstellung

1.	Gelände	DM	1.600.000,-	
2.	Reaktor	DM	17.000.000,-	(50%)
3.	Sonstige Gebäude	DM	8.400.000,-	(25%)
4.	Fahrzeugpark	DM	200.000,-	
5.	Versorgungsbetriebe	DM	1.000.000,-	
	Summe 1. - 5.	DM	28.200.000,-	
6.	Physikalisches Institut MPI	DM	7.000.000,-	
	Summe 1. - 6.	DM	35.200.000,-	

#### Bauzeit 3 - 4 Jahre:

Die in Klammern gesetzten Prozentsätze geben die Unsicherheit an, mit der gerechnet werden muß, da Typ und Größe des Reaktors noch nicht feststehen.

Der Betrag unter 2. setzt voraus, daß kein zusätzlicher deutscher Uranbergbau finanziert werden muß.

Nicht enthalten in den Kosten sind Institute und Gebäude, die erst nach Inbetriebnahme des Reaktors arbeiten können, z. B. Isotopenstelle, warme und heiße Chemie, Technologisches und Medizinisches Institut.

---

Forderungen nicht entziehen, so daß Ernst Telschow schon wenige Tage später an Hermann Reusch zu berichten vermochte: „Am 8. und 9.2. d.J. war ich in Stuttgart und habe dort den Wirtschaftsminister, den Kultusminister und den Ministerpräsidenten besucht und ihnen einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Reaktorstation, insbesondere auf die Frage der Finanzierung gegeben. Der Ministerpräsident erklärte mir in Anwesenheit des Kultusministers, daß das Land Baden-Württemberg bereit sei, die Kosten für die Errichtung des Max-Planck-Instituts für Physik zu übernehmen, sofern die Reaktorstation nach Karlsruhe käme. Ein entsprechender Beschluß der Finanzkommission des Landtages liege bereits vor“ [522]. Diese Zusage wurde später durch Kabinettsbeschluß sogar noch dahingehend erweitert, daß sich das Land Baden-Württemberg verbindlich bereit erklärte, „in jedes Angebot des Landes Bayern einzutreten und erforderlichenfalls darüberhinaus noch einen Mehrbetrag von 2 - 3 Millionen DM zu bewilligen, um damit die Kosten der Verlegung des physikalischen Instituts von Göttingen nach Karlsruhe zu übernehmen“ [523]. Ein größeres Entgegenkommen konnte man wahrlich kaum zeigen.

Um die Meinungsbildung zur Standortfrage innerhalb der Physikalischen Studiengesellschaft voranzubringen, hatte deren Aufsichtsratsvorsitzender Wilhelm Boetzkes ein einschlägiges Gutachten von Hermann Reusch [524] zum Anlaß genommen, auch die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates um eine Stellungnahme zu bitten [525]. Hinzu kam, daß zu diesem Zeitpunkt auch „... der Bundeskanzler bzw. die Bundesregierung eine eingehende Stellungnahme der Studiengesellschaft in der Standortfrage erwartet(e).“ (Zit.: IKB, 18/III, Brief Telschow an Bötzkkes v. 8.2. 1955) Ministerialdirigent Grau vom Bundeskanzleramt hatte hierbei keine Zweifel daran aufkommen lassen, daß dies nur in Form einer differenzierten schriftlichen Darlegung zum Für und Wider der Gegebenheiten an den konkurrierenden Standorten erfolgen könne. Augenscheinlich sollte diesem Gutachten im weiteren Gang der Entscheidungsfindung eine entscheidende Rolle zufallen.

Graus Gesprächspartner, der Geschäftsführer der Physikalischen Studiengesellschaft, schien diese Auffassung zu teilen. Er unterrichtete seinen Aufsichtsratsvorsitzenden Bötzkkes nämlich nicht nur über die inhaltlichen Aspekte der Unterredung mit Grau, sondern riet explizit dazu, „die Frage des Standorts bzw. die Stellungnahme der Studiengesellschaft in der Frage des Standortes nicht durch eine einfache Abstimmung im Aufsichtsrat“ zu entscheiden. (Zit.: ebenda). Bötzkkes reagierte umgehend und ließ Telschow folgendes wissen:

„Es scheint mir in der Tat richtig und zweckmäßig zu sein, daß sich zumindest der Aufsichtsrat näher mit der Frage München oder Karlsruhe befaßt, bevor eine Beschlußfassung erfolgt. Die bisherige Behandlung dieser Frage im Aufsichtsrat darf in der Tat wohl als etwas zu summarisch erscheinen, um die Physikalische Studiengesellschaft für Besprechungen mit dem Herrn Bundeskanzler festzulegen. Aus diesem Grunde schreibe ich an alle Mitglieder des Aufsichtsrats ... einen Brief, in dem ich sie bitte, in Vorbereitung der nächsten Aufsichtsratssitzung durch die Sachverständigen ihrer Firmen eine motivierte Stellungnahme für das eine oder das andere Projekt ausarbeiten zu lassen ... Auf der Grundlage dieser Stellungnahme ist eine Beschlußfassung im Aufsichtsrat eher möglich als ohne eine solche ... Es bleibt dem Aufsichtsrat ferner unbenommen ... die ganze Angelegenheit erneut insbesondere mit Herrn Professor Heisenberg zu besprechen.“ (Zit.: IKB, 18/III, Brief Bötzkkes an Telschow vom 9. 2. 1955).

Wie angekündigt, wandte sich Bötzkkes mit einer entsprechenden Aufforderung an seine Aufsichtsratskollegen, und zwar an:

- Dr. Alfred Petersen, Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft A.G./Frankfurt,
- Dr. Carl Knott, Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert Werke A.G./Erlangen,
- Hermann Schlosser, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gold und Silber-Scheideanstalt/Frankfurt,
- Dr. Otto Koehn, Direktor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft/Frankfurt,
- Prof. Dr. Ulrich Haberland, Vorsitzender des Vorstandes der Farbenfabriken Bayer A.G./Leverkusen,



- 
- Dr. Hans Reuter, Vorsitzender des Vorstandes der DEMAG A.G./Duisburg,
  - Prof. Dr. Karl Winnacker, Vorsitzender des Vorstandes der Farbwerke Hoechst A.G./Frankfurt,
  - Dr. Hermann Reusch, Vorsitzender des Vorstandes des Gutehoffnungshütte Aktienvereins für Bergbau und Hüttenbetrieb/Oberhausen, sowie
  - Dr. Wilhelm Bötzkes, Vorsitzender des Vorstandes der Industriekreditbank A.G./Düsseldorf in eigener Person.

Bis auf Karl Winnacker kamen alle der genannten Aufsichtsräte der Physikalischen Studiengesellschaft der Bitte Bötzkes um gutachterliche Äußerung zur Standortfrage nach [526]. Danach ergab sich, daß von Seiten der deutschen Industrie ausschließlich Hermann Reusch für Karlsruhe votiert hatte, während alle übrigen sich für München aussprachen (vgl. Abb. 17). Es zeigt sich somit, daß die später von Werner Heisenberg in die Öffentlichkeit getragene Auffassung, einflußreichste Vertreter der Industrie (hätten) kein rechtes Interesse für . . . Bayern bekundet, die Voraussetzungen in Baden-Württemberg als günstiger erachtet und damit die Wahl Karlsruhes herbeigeführt, nicht zutrifft. (Vgl.: W. Heisenberg, *der Teil und das Ganze*, München 1969, S. 299 sowie BNN v. 13.7.1956). Ganz im Gegenteil. Zum einen bildeten die Standortgutachten tatsächlich die Grundlage für die eindeutige Beschlußfassung der Aufsichtsrats- und Gesellschafterversammlung der Physikalischen Studiengesellschaft vom 28. Februar 1955 zu Gunsten von München. Zum anderen schließen sich die Gutachter in beinahe wörtlich gleichen Formulierungen der Argumentationslinie Heisenbergs an, wie sie dieser in seinem Rahmengutachten vom Dezember 1954 vorgegeben hatte.

Explizit formulierte dabei etwa die AEG: „Entsprechend unserer Auffassung von dem Reaktor-Projekt folgen wir weitgehend den Argumenten von Herrn Prof. Heisenberg“. (Zit.: Firmenarchiv IKB, Bestand 3, fol. 6). Vor diesem Hintergrund kam Ulrich Haberland von den Farbenfabriken Bayer AG zu folgendem Gesamturteil:

„Zur Standortfrage für den zu errichtenden Reaktor hat Herr Professor Dr. Heisenberg bereits eingehend Stellung genommen. Eine technische Kommission hat sich in etwa in ihrer Sitzung in Höchst gleichfalls dazu geäußert. Das Ergebnis dieser Stellungnahme ist, daß vom technischen Standpunkt aus weder gegen den Standort München, noch gegen den Standort Karlsruhe etwas einzuwenden ist. Gegen beide Standorte ist einzuwenden, daß sie zu nahe an stark besiedelten Wohn- und Industrie-Räumen liegen, was aber in Deutschland an allen anderen Plätzen ebenfalls der Fall sein wird, vor allen Dingen dann, wenn man eine Verbindung zu einer Universität oder Technischen Hochschule für unbedingt notwendig ansieht. Eine Entscheidung über den endgültigen Standort kann also nicht mehr von technischen Fragen abhängig gemacht werden, sondern ist bedingt von Gesichtspunkten, die ein technisches Gutachten nicht berücksichtigen kann.“ (Zit.: Firmenarchiv IKB, Bestand 3, fol. 15)

In gleicher Weise argumentierte Hermann Schlosser von der DEGUSSA, der zudem auf recht moderate Weise zum Ausdruck brachte, daß letztendlich Werner Heisenberg für die Auswahl des Standortes ausschlaggebend sei und man sich dessen Votum anschließen solle:

„Nachdem keine weiteren begründeten Vorschläge über anderweitige Standorte — einschließlich des Göttinger Raumes — vorgelegt worden sind, sollte die Entscheidung über die endgültige Wahl für die Reaktorstation, die zeitlich nunmehr drängt, in erster Linie unter Berücksichtigung von Überlegungen zu treffen sein, wie sie von den an der Mitwirkung beteiligten wissenschaftlichen Kreisen vertreten werden.“ (Zit.: Firmenarchiv IKB, Bestand 3, fol. 11)

Und last not least traten auch die Siemens-Schuckertwerke AG mit Carl Knott, F. Trendelenburg und W. Finkelburg in aller Deutlichkeit, wenn auch von den Motiven her nicht völlig uneigennützig, für die Option Heisenbergs ein. In ihrer Stellungnahme heißt es unter anderem:

„Bezüglich des zu erreichenden wissenschaftlichen Wirkungsgrades der geplanten Reaktorstation vertreten die Unterzeichneten die Auffassung, daß in dieser Hinsicht aus folgenden Gründen München unbedingt vorzuziehen ist. Die Reaktorstation muß . . . in engster Verbindung mit dem Max-Planck-Institut für Physik aufgebaut werden; für das Max-Planck-Institut selbst ist aber die

Gutachtliche Äusserung  
zur Standortfrage

<u>Aufsichtsratsmitglied</u>	<u>München</u>	<u>Karlsruhe</u>
Dr.Knott (Siemens)	+	
Dr.Koehn (AEG)	+	
Dr.Petersen (Metallgesellschaft)	+	
Schlosser (DEGUSSA)	+	
Dr.Reusch (Gutehoffnungshütte)		+
Dr.Reuter (DEMAG)	+	
Prof.Dr.Haberland (Bayerwerk)	Entscheidung ist bedingt von Gesichtspunkten, die ein technisches Gutachten nicht berücksichtigen kann.	
Prof.Dr.Winnacker (Farbwerke Hoechst)	Es liegt kein Gutachten vor.	

Abb. 17:  
Tabellarische Übersicht von Wilhelm Bötckes: Die Aufsichtsratsmitglieder der Physikalischen Studiengesellschaft geben ihr gutachterlich begründetes Votum zur Standortfrage ab. (Aus: Firmenarchiv der Industriekreditbank, Bestand 3, fol. 1).

---

räumliche Nachbarschaft nicht nur zu einer Technischen Hochschule, sondern gerade auch zu einer Universität ... von entscheidender Bedeutung. Diese Voraussetzungen sind in München gegeben. Die Auffassung von Herrn Professor Heisenberg, daß er mit dem Max-Planck-Institut von Göttingen ... nur nach München, nicht aber nach Karlsruhe, umzuziehen gewillt ist, halten wir für sachlich berechtigt. Die wissenschaftliche Oberleitung und Betreuung des gesamten Vorhabens durch Herrn Professor Heisenberg scheint uns nicht nur aus sachlichen Gründen, sondern auch im Hinblick auf das Ansehen der Station im In- und Ausland sehr wichtig. Über die erwähnten allgemein sachlichen Gesichtspunkte hinaus würden wir vom Standpunkt des FL (Forschungs-Laboratorium der Siemens-Schuckertwerke A.G.; d. Verf.) aus einen Aufbau der Reaktorstation im Münchner Raum bevorzugen, weil dann wegen der verkehrsgünstigen Lage zu Erlangen eine Zusammenarbeit zwischen dem FL und der Reaktorstation sehr erleichtert sein würde.“ (Zit.: Firmenarchiv IKB, Bestand 3, fol. 4).

Nun ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß es sich die Vorstandsmitglieder der Physikalischen Studiengesellschaft mit der Begründung ihrer Standortentscheidung durchweg eher leicht gemacht hatten. Ohne sich der Mühe zu unterziehen, eigene Erhebungen zu veranlassen, begnügte man sich damit, diejenigen Argumentationen zu repetieren, die in den Gutachten von Karl Weimer und Werner Heisenberg zu finden waren. Auf dieser Basis sprachen sich, wie gesagt, sechs der sieben Beteiligten für die „Münchenlösung“ aus. Einzig Hermann Reusch hatte eine tiefgreifende Analyse vornehmen lassen. Und ausgerechnet diese war es, die sich gegen München aussprach. (Vgl. Anhang 15). Über die politische Brisanz, ja sogar Peinlichkeit dieser Gegebenheit war sich die Geschäftsführung der Physikalischen Studiengesellschaft durchaus im klaren. In einer Art Memorandum, welches Karl Weimer Mitte März 1955 an Ernst Telschow sandte, wird die bestehende Situation trefflich charakterisiert. Weimer hält hierbei folgendes fest:

„Der Bundeskanzler erwartet offenbar, daß die PSG ihre Empfehlung zur Standortfrage eingehend begründet und nicht nur das Ergebnis einer Abstimmung im Aufsichtsrat mitteilt (s. Vermerk Dr. Telschow vom 5. 2. 55 über ein Gespräch mit Dr. Grau). Hierbei könnte aber eine für das Präsidium der PSG verhängliche und peinliche Situation entstehen, wenn nämlich **zugegeben werden müßte, daß der Aufsichtsrat die Standortfrage garnicht ernsthaft geprüft, sondern sich lediglich unter dem Druck des Heisenberg'schen Ultimatums für München entschieden hat.** Wer wird den Mut haben, dies zuzugeben? Die Heisenberg'schen Gründe ... lassen sich doch höchstens im Hinblick auf ein MPI vertreten, aber niemals für eine Reaktor-Station. Kann Dr. Bötzkies in der Sitzung mitteilen, daß von allen Aufsichtsratsmitgliedern nur ein einziges Gutachten vorliegt, das sich eindeutig für Karlsruhe ausspricht? Was geschieht, wenn sich Prof. Heisenberg bei seinem Vortrag zum Standort auf einen Beschluß des Aufsichtsrates bezieht? Um die PSG vor einer möglichen Panne zu retten, sehe ich nur eine Möglichkeit: Prof. Heisenberg muß zur Standortfrage als erster sprechen, er muß für seine Person die Wahl von München begründen, und er muß sein Ultimatum vor dem Bundeskanzler wiederholen. Die PSG kann daraufhin erklären, daß sie, um sich der Mitarbeit von Prof. Heisenberg zu versichern, gar keine andere Wahl habe, als den Standort München zu akzeptieren. Damit übernehme allerdings Prof. Heisenberg persönlich und ausschließlich die volle Verantwortung. Ich glaube, daß die PSG die Last der Verantwortung ganz klar festlegen muß. Sollte sich später die Wahl von München als verfehlt herausstellen, werden Aufsichtsrat und Gesellschaft dem Präsidium die Verantwortung kaum abnehmen. Verheerend wären die Folgen, wenn die Öffentlichkeit eines Tages erfahren würde, nach welchen Gesichtspunkten eine solch wichtige Frage entschieden wurde.“ (Zit.: Firmenarchiv IKB, Bestand 16, I, Brief vom 18. 3. 1955).

Dennoch; es blieb dabei: Die Aufsichtsratsmitglieder der Physikalischen Studiengesellschaft hatten die Präferenz Heisenbergs für München akzeptiert, sich auf eine Mehrheitsentscheidung verständigt und würden nun diese Position nach außen hin als ihre gutachterliche Stellungnahme vertreten.

Einen Tag nachdem sich durch Ratifizierung der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag der Weg in eine „atomare Zukunft“ für die Bundesrepublik weit geöffnet hatte, schien damit die

---

Physikalische Studiengesellschaft nicht etwa Karlsruhe, sondern München die Beschreitung dieses Weges ebnen zu wollen. Es stand fest, daß die Aufsichtsratsmitglieder mehrheitlich für München als Standort der deutschen Reaktorstation votiert und hierüber einen formellen Beschluß herbeigeführt hatten. Der Bundesregierung gegenüber würde dies also die gutachterliche Stellungnahme sein, die die Physikalische Studiengesellschaft abzugeben gedachte. Verbunden zudem mit dem Angebot, ein Viertel der erwarteten Baukosten in Höhe von 10 Millionen DM zu übernehmen. Ausschlaggebend für die formelle Begründung des Standortvotums — und in dieser Beziehung hatte man sich weitgehend der Argumentation Heisenbergs angeschlossen — war in erster Linie gewesen, daß München „gewisse Vorteile in wissenschaftlicher Hinsicht (Universität, Technische Hochschule)“ [527] zu bieten schien.

Der 28. Januar 1955 wurde damit zum schwarzen Tag für die Karlsruher Bewerbungsbemühungen um die Reaktorstation. Man konnte allenfalls noch darauf setzen, daß das Bundeskabinett sozusagen in letzter Instanz die Entscheidung der Physikalischen Studiengesellschaft verwerfen, und sich überraschend für Karlsruhe aussprechen würde. Doch konnte eine derartige Hoffnung überhaupt realistisch sein?

### **5.3.2 Die Reaktion Baden-Württembergs auf die neue Sachlage**

Unter den gegebenen Umständen sprach vieles dafür, daß neuerliche Anstrengungen um die Gewinnung der Reaktorstation von vornherein nurmehr geringe Erfolgsaussichten besitzen konnten. Dessen ungeachtet dachte Baden-Württemberg keineswegs daran, das Votum der Physikalischen Studiengesellschaft als verbindliche Vorentscheidung widerspruchlos hinzunehmen. Ganz im Gegenteil. Man begann erneut Aktivitäten zu entfalten und richtete alle weiteren Bemühungen vornehmlich daran aus, sowohl die Mitglieder des Bundeskabinetts für sich einzunehmen, als auch die Aufsichtsräte der Physikalischen Studiengesellschaft umzustimmen.

Im Rahmen dieser „Doppelstrategie“ kam es, wie bereits an anderer Stelle ausführlich dargestellt worden ist, in der ersten Märzhälfte 1955 zunächst zu einer umfassenden und persönlichen Unterrichtung der maßgeblichen Mitglieder des Bundeskabinetts durch die Stuttgarter Landesregierung.

Daneben suchte Bundesratsminister Farny in Begleitung von Franz Kirchheimer am 16. und 17. März 1955 die leitenden Persönlichkeiten der Physikalischen Studiengesellschaft auf [528]. Ziel dieser „good-will-tour“ war es nicht nur, „den gegenwärtigen Stand des Projektes und die ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten zu erkunden“ [529], sondern der Industrie die unveränderte Absicht des Landes Baden-Württemberg zu verdeutlichen, „den Bau eines Kernreaktors bei Karlsruhe weitgehend zu unterstützen“ [530]. Die bei der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt, der Metallgesellschaft, den Farbwerken Hoechst, der Industriekreditbank und den Farbfabriken Bayer geführten Gespräche bestätigten, daß die Errichtung eines mit dem Max-Planck-Institut für Physik verbundenen Versuchsreaktors von etwa 1500 kW Dauerleistung zunächst in München vorgesehen war. Allerdings verwies einer der Gesprächspartner, nämlich Wilhelm Bötzkens von der Industriekreditbank Düsseldorf darauf, daß er dennoch eine Chance für Karlsruhe sehe, und zwar dann, wenn das Land Baden-Württemberg das bayerische Angebot wesentlich überbieten würde. Nur auf diese Weise, so Bötzkens, sei dem „Widerstand des Prof. Heisenberg gegen den Standort Karlsruhe zu begegnen“ [531].

Von dem nach wie vor verbindlichen Beschluß, den der Aufsichtsrat der Physikalischen Studiengesellschaft unter Vorsitz von Wilhelm Bötzkens gerade zwei Wochen zuvor zugunsten von München gefaßt hatte, war dabei mit keiner Silbe die Rede. Sollte das diesbezügliche Votum mithin doch noch revidierbar sein und nichts anderes darstellen, als einen geschickten Schachzug im Pokerspiel um das größtmögliche finanzielle Engagement der Bewerberstädte? Oder hatte Bötzkens die Absicht, durch das Erheben gewichtiger neuer Forderungen den Karlsruhern ihr Interesse an der Reaktorstation zu verleiden?

---

Sicher ist, daß der Aufsichtsratsvorsitzende der Physikalischen Studiengesellschaft seine Vorstellungen den Gesprächspartnern Farny und Kirchheimer gegenüber dahingehend konkretisierte, daß:

- Baden-Württemberg einerseits einen Betrag von sieben Millionen DM für die Verlegung des Max-Planck-Instituts für Physik bereitzustellen habe;
- und andererseits der Physikalischen Studiengesellschaft weitere drei Millionen DM zur Planung und zum Bau des Atommeilers überlassen werden müßten [532].

Bedenkt man, daß die Industrie sich selbst mit nur etwa zehn Millionen DM am Versuchsreaktorprojekt zu beteiligen gedachte, so wird ersichtlich, welche Bürde hier dem Land Baden-Württemberg zugemutet werden sollte.

Doch dieses nahm die Überlegungen Bötzes ernst. Ohnehin hatte man bereits früher die Zusage gegeben, die Kosten für den Neubau des Max-Planck-Instituts für Physik zu übernehmen, und an einem Zusatzbetrag von 3 Millionen DM wollte man das Gesamtvorhaben keinesfalls scheitern lassen. Schon am 21. März 1955 lag ein Kabinettsbeschluß vor, der den erhobenen Forderungen verbindlich Rechnung trug und so die Karlsruher Absichten zusätzlich untermauerte [533].

Als weiteres Ergebnis ihrer Unterredungen konnten Minister Farny und Prof. Kirchheimer der baden-württembergischen Landesregierung mitteilen, daß die Industrie davon ausging, selbst einen eigenen größeren Reaktor von 10.000 bis 50.000 kW zu errichten. Dieser sollte dem Studium von Problemen der Energieerzeugung dienen und ohne Staatsbeteiligung aus eigenen Mitteln finanziert werden. Einhellig vertrat man die Auffassung, daß zur Errichtung dieser Anlage die Wahl des Karlsruher Standortes sehr wahrscheinlich sei [534]. Alfred Petersen von der Metallgesellschaft griff sogar auf die Formulierung „nahezu Gewißheit“ [535] zurück und fügte dem die Bemerkung hinzu, daß „... Herr Heisenberg namhaften Vertretern der Industrie nicht geeignet (erschiene), einem Unternehmen mit praktischer Zielsetzung vorzustehen“ [536].

Es empfahl sich mithin, die Vorzüge Karlsruhes auch weiterhin hervorzuheben und das Angebot möglichst attraktiv zu halten. Dies um so mehr, als sich Gerüchte zur Gewißheit verdichtet hatten, daß noch ein weiterer Wettbewerber auf den Plan zu treten gedachte. Das Land Rheinland-Pfalz war über seinen Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Steinlein, an Bundeskanzler Adenauer bzw. Wirtschaftsminister Erhard mit dem Vorschlag herantreten, einen Atomreaktor im Eifelgebiet, und zwar im Kreis Mayen (ca. 30 km westlich von Koblenz), zu errichten [537]. Zwar hatte es zunächst den Anschein, als ob diese Absichten von der Physikalischen Studiengesellschaft mit dem Hinweis auf den fortgeschrittenen Stand der Planungsarbeiten in München und Karlsruhe bereits endgültig durchkreuzt worden wären [538], doch sorgte ein Schreiben des Bundeswirtschaftsministers vom 8. März 1955 für neuerliche Unruhe. Er forderte darin die Physikalische Studiengesellschaft auf, zum „Projekt Eifel“ Stellung zu nehmen und machte so offenkundig, daß man in Bonn dieses Vorhaben noch keineswegs ad acta gelegt hatte [539]. Auch wenn Ernst Telschow im Rahmen seines Antwortschreibens wiederum keinen Zweifel daran ließ, daß der Standort Eifel aufgrund der geleisteten Vorarbeiten und insbesondere des „Fehlen(s) von Hochschulen ... zur Zeit nicht ernsthaft erwogen werden (könne)“ [540], blieb doch ein gewisses Gefühl des Unbehagens zurück. Immerhin hatte ein weiterer Interessent seine Option für die Reaktorstation angemeldet, und es war keineswegs abzusehen, welches konkrete Angebot sich dahinter verbergen mochte.

Hinzu kam, daß das Land Rheinland-Pfalz sein Angebot, Standort des Atommeilers zu werden, offenkundig mit erheblicher Hartnäckigkeit zu betreiben gedachte. Der sowohl von der Physikalischen Studiengesellschaft als auch dem Bundeswirtschaftsministerium sehr zurückhaltend aufgenommen und als aussichtslos beurteilten ersten Offerte ließ Staatssekretär Steinlein nämlich schon Ende April 1955 zwei weitere folgen [541]. Diese bezogen sich auf die Gemeinde Ulmen, knapp zwanzig Kilometer nordwestlich von Kochem (Mosel), litten allerdings gleichermaßen unter dem bereits gegen Mayen geltend gemachten Mangel der „Universitätsferne“ [542].

Nicht ohne Resonanz blieb daneben der Vorschlag der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) vom Januar 1955, „als Standort des neuen Atommeilers ... das Kraftwerk Höhn der



---

Elektrizitätswerk Westerwald AG in Erwägung zu ziehen“ [543]. Die RWE boten an, gegebenenfalls das Gelände [544] „und eine alte Grube für die Versenkung radioaktiver Abwässer kostenlos zur Verfügung zu stellen“ [545]. Das Bundeswirtschaftsministerium entschloß sich daraufhin allerdings doch nur zu einer bedingten Zusage. Man wolle, so daß Fazit, diesen Vorschlag „vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt, nicht aber schon bei der Errichtung des ersten Versuchsreaktors“ [546] berücksichtigen.

Unübersichtlich blieb demgegenüber die Entwicklung, die die durch die nordrhein-westfälische Landesregierung in Vorschlag gebrachte Beteiligung der Bundesrepublik am 20.000 kW Reaktorprojekt „JENER“ (= Joint Establishment for Nuclear Energy Research) der Stiftung „Fundamental Onderzoek van de Materie“ (FOM) der Niederlande und Norwegens nehmen würde. Von Prof. Leo Brandt, dem Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr initiiert und unter Mitwirkung des Bonner Ordinarius für Theoretische Physik, Prof. Weizel, sowie des niederländischen Unternehmensberaters Dr. E. S. Simon (Enschede) in die Wege geleitet [547], lag seit Februar 1954 ein konkreter niederländisch-norwegischer Vertragsentwurf zur deutschen Mitarbeit am FOM-Projekt vor [548]. Wiederholt hatte man sowohl auf Seiten der Industrie bzw. der Physikalischen Studiengesellschaft als auch im Rahmen von Besprechungen mit dem in Atomangelegenheiten federführenden Bundeswirtschaftsministerium dieses Vorhaben erörtert [549], da es unter anderem ja gegebenenfalls sehr direkten Einfluß auf die deutschen Versuchsreaktorpläne zu nehmen versprach. Denn, so die Überlegungen, sollte es möglich werden, die gewünschten Erfahrungen auf dem Gebiet der Reaktorphysik und des Reaktorbetriebes in Kooperation mit den Niederlanden und Norwegen zu erlangen, so konnte man den Bau eines eigenen Versuchsreaktors wenn nicht gar hinaufschoben werden lassen, so doch zumindest aufschieben [550]. Dies schien im Hinblick auf mögliche Kostenersparungen in Millionenhöhe, aber auch den in Aussicht gestellten Wissenstransfer in die Bundesrepublik, die zügige Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie den Anschluß an die norwegische Schwerwasserproduktion ein durchaus erstrebenswertes Ziel zu sein.

Wiederholt war dieser Weg von Leo Brandt favorisiert worden [551]. Demgegenüber hatte das Bundeswirtschaftsministerium zu Bedenken gegeben, sich nicht durch eine zu frühzeitige Bindung an das niederländisch-norwegische Projekt voreilig vom zukünftig möglicherweise wesentlich vielversprechenderen anglo-amerikanischen „Wissenspool“ abzuschneiden [552]. Auch auf das Drängen von Leo Brandt hin war es schließlich am 17. Januar 1955 zu einer direkten Gesprächsrunde zwischen deutschen Industrievertretern und der FOM-Leitung gekommen [553]. Mochte Brandt über das Ergebnis des Meinungsaustausches und über den weiteren Gang der Dinge auch enttäuscht sein, da die Physikalische Studiengesellschaft schließlich doch einen deutschen Alleingang favorisierte, so wurde die Tür zur trilateralen Zusammenarbeit doch nicht gänzlich zugeschlagen. Aus einer Aktennotiz, die Karl Winnacker über die Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft vom 2. Februar 1955 anfertigte, wird dies deutlich. Darin heißt es: „Zur Angelegenheit FOM wurde verabredet, daß Herr Telschow Herrn Staatssekretär Brandt bittet, die Brücken nicht abzureißen, aber langsam und vorsichtig zu verhandeln. Wir sehen gemeinsam die Gefahr, daß diese holländische Gesellschaft in unerfreulichen Zusammenhang oder Gegensatz mit der Studiengesellschaft kommt“ [554]. Als Ergebnis einer Besprechung im Bundeswirtschaftsministerium vom 15. April 1955 zur gleichen Thematik wird festgehalten, daß sich nunmehr das Bundesland Nordrhein-Westfalen gegebenenfalls selbst mit einem Jahresbetrag von bis zu 500.000 DM am niederländisch-norwegischen Vorhaben beteiligen werde, wobei mit der weiteren Verhandlungsführung die Professoren Weizel und Riezler betraut würden [555].

Kaum hatte der Vorstoß Nordrhein-Westfalens diesen vorläufigen Abschluß gefunden, bemühte sich die Stadt Aachen darum, sich bei der eigenen Landesregierung als Standort für die Bundes-Reaktorstation ins Gespräch zu bringen (Vgl. Anlage 19). In seinem Schreiben an Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) bat der Aachener Oberbürgermeister Heusch darum, derartige Überlegungen in Erwägung zu ziehen und „gegenüber der Bundesregierung ... auf die Vorteile, die Aachen als Standort bieten würde, ... hinzuweisen“ [556]. Über den von der Stadt

---

beschrittenen Weg unterrichtete Heusch noch am selben Tage, d.h. am 20. April 1955, Staatssekretär Globke vom Bundeskanzleramt [557]. Auch hatte die Stadtverwaltung ihr Vorhaben bereits mit der traditionsreichen Technischen Hochschule Aachen und mit Staatssekretär Leo Brandt vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr abgestimmt. Ein ebenfalls im Vorfeld der Interessensbekundung für eine Reaktoransiedlung mit Wilhelm Bötzkkes von der Physikalischen Studiengesellschaft geführtes Gespräch über die Chancen einer Aachener Bewerbung fiel allerdings weniger günstig aus. Bötzkkes hatte keine Zweifel daran gelassen, daß die Aachener Bemühungen zu spät kämen. Die Planungen in München und Karlsruhe seien, so seine Feststellung, „soweit vorgeschritten, daß es im jetzigen Stadium nicht mehr möglich (wäre), einen neuen Standort, bezüglich dessen Eignung die notwendigen Voruntersuchungen noch nicht getroffen seien, in die Gespräche einzubeziehen“ [558].

Ähnliche Befürchtungen mögen auch Ministerpräsident Arnold dazu bewogen haben, mit dem Anliegen der Stadt Aachen zunächst nicht bei der Bundesregierung oder der Physikalischen Studiengesellschaft vorstellig zu werden. Wie aus einer Aktennotiz aus dem Bundeskanzleramt hervorgeht, war die Physikalische Studiengesellschaft selbst im Juli 1955 „nicht mit dem Aachener Projekt befaßt worden“ [559] und es ließ sich nicht erkennen, „ob die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen die Anregung des Oberbürgermeisters der Stadt Aachen . . . weiter verfolgen will“ [560].

Auch in Anbetracht all dieser Entwicklungen bemühte sich deshalb der baden-württembergische Ministerpräsident Gebhard Müller selbst darum, zugunsten seines Landes direkten Einfluß auf den Gang des Geschehens um die Standortentscheidung zu nehmen.

Doch sein persönliches Gespräch mit Werner Heisenberg, in dem er zum wiederholten Male das weitgehende Entgegenkommen der Stadt Karlsruhe unterstrich [561] und zudem die Bereitschaft erklärte, „den persönlichen Wünschen des Herrn Heisenberg und seiner Mitarbeiter durch die Wohnungsbeschaffung und das Errichten von Lehrstühlen entgegenzukommen“ [562], verfehlte seine Wirkung. Heisenberg votierte weiterhin unbeirrt für München. Nichts und niemand schien ihn hiervon abbringen zu können. Baden-Württembergs Hoffnung konnte einzig darin bestehen, daß das Bundeskabinett unter Konrad Adenauer sich den Wünschen der Regierung Müller nicht ebenso hartnäckig verschließen würde.

Alles in allem stellte sich die Situation im März 1955 so dar, als ob es zu einer Aufsplitterung des deutschen Reaktorprojektes kommen würde. In München schien die Errichtung eines eher wissenschaftsorientierten Forschungsreaktors unter Leitung von Werner Heisenberg sehr wahrscheinlich geworden zu sein, während sich für einen größeren „industrienahen“ Reaktor Karlsruhe als Standort besonders empfahl. Da es sich in beiden Fällen um Reaktoren deutscher Eigenkonstruktion handeln sollte, mußte allerdings befürchtet werden, daß dieser Kompromiß die Kräfte der Beteiligten sowohl in finanzieller als auch vor allem in personeller Hinsicht überfordern würde. Eines der beiden Projekte konnte, wenn überhaupt, nur halbherzig oder mit zeitlicher Verzögerung betrieben werden. Dies war den konkurrierenden Städten durchaus bewußt und klang auch in einem Schreiben, das Werner Heisenberg an Ministerialdirigent Grau vom Bundeskanzleramt richtete, offen an. Dort hieß es im Zusammenhang mit einem Bericht über die deutschen Reaktorpläne an die NATO: „Es ist die Errichtung einer Versuchsstation für Reaktorentwicklung geplant. Die Leistung des ersten vorgesehenen Reaktors wird erheblich unter der vereinbarten Grenze von 10.000 kW liegen, **und es werden sich in den ersten zwei Jahren auch keine weiterreichenden Pläne durchführen lassen**“ [563].

Was mit dem „Zweitprojekt“ dann letztlich geschehen würde, mußte als weitgehend offen angesehen werden [564]. In einer Stellungnahme für die baden-württembergische Landesregierung empfahl deshalb der Präsident des Geologischen Landesamtes, Franz Kirchheimer, mit Weitblick, daß sich „gegenwärtig, bei den beschränkten Mitteln und dem zögernden Vorgehen der interessierten Kreise . . . alle Bestrebungen auf den Bau einer umfassend brauchbaren, also größeren Anlage konzentrieren (sollten)“ [565]. Von daher konnte es letztlich nur darum gehen, den Zuschlag zur Errichtung des zunächst geplanten Reaktors zu erlangen.

---

„In Sachen Atommeiler“, so die Einschätzung von Minister Farny in einem Schreiben an den Landesvorsitzenden der CDU Badens, den Karlsruher Bürgermeister Dr. Gurk, „scheint es zu einer recht dramatischen Schlußrunde zu kommen“ [566]. Und mit dieser Prognose sollte Farny völlig Recht behalten.

## 6. Die Entscheidung fällt

Das die eigentliche Dramatik auslösende Geschehen begann sich zunächst noch kaum merklich anzukündigen. Seit Ende März 1955 war wiederholt davon die Rede gewesen, daß Adenauer in die Erwägungen um die Standortentscheidung für die deutsche Reaktorstation auch eine gutachterliche Stellungnahme „höchster militärischer Stellen“ [567] einzubeziehen gedachte. Dieser wurde sogar maßgebliche Bedeutung zugesprochen [568], was sich unter anderem auch dadurch zu erhärten schien, daß der Bundeskanzler ohne das Vorliegen einer entsprechenden Stellungnahme des Amtes Blank (= Amt des Bevollmächtigten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen) bzw. der NATO noch auf der Besprechung mit Vertretern der Physikalischen Studiengesellschaft vom 24. März 1955 eine Erörterung der Standortthematik strikt abgelehnt hatte [569].

Wenig später, und zwar am 2. April 1955, war dann einer der militärische Berater Adenauers und zwar der vormalige militärische Chefdelegierte bei den EVG-Verhandlungen, Generalleutnant a. D. Dr. Hans Speidel [570], über Staatssekretär Globke und den Leiter der Militärischen-Abteilung der Dienststelle Blank, General Adolf Heusinger, damit beauftragt worden, in Sachen Standortfindung die Auffassung der NATO einzuholen [571] (Vgl. Abb. 18).

General Heusingers Dienststelle wurde vom Ansinnen der Bundesregierung keineswegs überrascht. Schon seit dem 5. März 1955 lag eine Notiz des Dipl.-Physikers Lützwor vor, in der die für eine Beurteilung der Standortwahl unter militärischen, d. h. Sicherheitsaspekten, maßgeblichen Faktoren zusammengetragen worden waren (Vgl. Anhang). Lützwor kam dabei zu folgendem Fazit: „Wenn bei der Ortswahl zwischen Göttingen, München und Karlsruhe zu entscheiden ist, so kann aus der Beurteilung obiger Werte heraus die Wahl nur auf Karlsruhe fallen. Dieser Ort bietet die größte Wahrscheinlichkeit, nicht in die Hand des Gegners zu fallen . . .“ [572]. Mit der NATO hatte man allerdings noch keinen Kontakt aufgenommen, so daß hiermit Hans Speidel beauftragt werden mußte.

Speidel hatte sich daraufhin an den Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), also den Oberbefehlshaber der NATO-Streikräfte in Europa, General Alfred Maximilian Gruenther gewandt [573], und um eine entsprechende Stellungnahme gebeten. Der Amerikaner Gruenther erklärte sich hierzu auch durchaus bereit, erbat sich jedoch seinerseits einige Tage Bedenkzeit, um die Problematik mit den Experten im Supreme Headquarter Allied Powers Europe (SHAPE) zu erörtern [574].

Über das Ergebnis dieser Bemühungen konnte Speidel schon am 23. April 1955 an Theodor Blank, den Beauftragten der Bundesregierung für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen und späteren Bundesverteidigungsminister, in militärischer Knappheit folgendes berichten:

„Der Oberbefehlshaber von SHAPE, General Alfred Gruenther, teilte mir heute . . . mit, daß seiner Ansicht nach für den **Reaktorbau nur Karlsruhe** und nicht München in Frage kommen könne“ [575] (Vgl. Abb. 19).

Diese Aussage ließ von ihrer Eindeutigkeit her keinen Raum für differierende Interpretationen und konnte bei realistischer Betrachtungsweise von der Bundesregierung wohl auch nur schwerlich ignoriert werden. Adenauer trug diesem Sachverhalt selbst in seiner Einladung zu einer Gesprächsrunde u. a. mit den Ministerpräsidenten der Länder Baden-Württemberg und Bayern, den Bundesministern Erhard, Schäffer, Blank, Balke und Strauß, sowie dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft, W. Bötzkens, Rechnung. Es sollte darum gehen, die zunehmend heikler gewordene Frage des Reaktorstandortes zu klären, wobei Adenauer bereits vorab folgendes besonders hervorgehoben hatte:

Der Staatssekretär  
des Bundeskanzleramtes

~~Streng Geheim~~

z. Bz. 2

Bonn, den 2. April 1955

9 - 27058 - 130 / 55 <sup>17.11.55</sup> ~~Beh.~~

*unverf. 17.11.55*

~~Streng Geheim~~

1. An den

Herrn Beauftragten des Bundeskanzlers  
für die mit der Vermehrung der alliierten  
Truppen zusammenhängenden Fragen

z.Hd. von Herrn General Heusinger

B o n n

*Abgehandelt  
1. Anlage  
2. April 1955  
Heusinger*

Betr.: Erforschung und friedliche Anwendung der Kernenergie;  
hier: Bau eines Kernreaktors.

Die Physikalische Studiengesellschaft Düsseldorf, die von 16 führenden westdeutschen Industriefirmen gegründet worden ist und die Aufgabe hat, auf gemeinnütziger Grundlage die wissenschaftlichen Arbeiten für die friedliche Anwendung der Kernphysik zu fördern, insbesondere den Bau des ersten Kernreaktors in der Bundesrepublik vorzubereiten, hat vorgeschlagen, zunächst eine Versuchsstation für Reaktorenentwicklung mit einer Kapazität von 6000 kW zu errichten. Die Station soll einerseits der Grundlagenforschung dienen und andererseits die Möglichkeit bieten, für alle Arbeiten auf dem Gebiet der friedlichen Atomtechnik Erfahrungen zu sammeln, die die Industrie in die Lage versetzen, an der Entwicklung auf diesem Gebiet teilzunehmen und später möglicherweise Leistungsreaktoren (Atomkraftwerke) zu bauen. Das Max-Planck-Institut für Physik hat hierzu das in Abschrift anliegende "Programm der Reaktorstation" vorgelegt, aus dem ich Näheres über die Aufgaben der geplanten Station zu ersehen bitte. Um den Bau der Station auf ihrem Gebiet haben sich bisher die Stadtverwaltungen Karlsruhe und München beworben, die bereits eingehende Baupläne ausarbeiten ließen und in ihren Absichten von ihren Landesregierungen unterstützt werden. Wie mir soeben zur Kenntnis gebracht wird, soll sich auch die Stadt Aachen in Verbindung mit der dortigen Technischen Hochschule und mit der Universität Köln um den Sitz des Atomreaktors bemühen.

In diesem Zusammenhang hat der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Erörterung gestellt, zwei Reaktoren ( einen reinen Forschungsreaktor und einen der angewandten Forschung

- 2 -

Abb. 18 (1):

dienenden Leistungsreaktor) an verschiedenen Orten - etwa den Forschungsreaktor in der Nähe von München und den Leistungsreaktor bei Karlsruhe - zu errichten.

Die Bundesregierung ist im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung, die der Erforschung und friedlichen Anwendung der Kernenergie zukommt, bereit, die Vorbereitungen für den Reaktorbau zu fördern, wobei sie sich der Beschränkungen bewußt ist, die zunächst noch nach dem Besatzungsrecht auf diesem Gebiet bestehen. Sie schenkt der Frage des Standortes besondere Aufmerksamkeit und hat sich die Entscheidung hierüber vorbehalten.

Der Herr Bundeskanzler hat mich beauftragt, Sie zu bitten, vom Verteidigungsstandpunkt aus zu den erwähnten Vorschlägen für den Reaktorbau, insbesondere zu der Frage des Standortes, Stellung zu nehmen. Der Herr Bundeskanzler legt hierbei Wert darauf, auch die Auffassung der NATO-Experten zu diesem Problem kennen zu lernen. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir die erbetene Stellungnahme in Bälde zuleiten könnten.

2) Nach Abgang

Herrn Ministerialdirigenten Gumbel  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

*J. 4/4.*

3) Wv. nach Abgang *ph.*

Bemerkung: Nach Vortrag beim Herrn  
Staatssekretär und nach Besprechung  
mit General Heusinger am 31.3.1955.

*Das Schreiben ist  
mit Anlage offen.  
Date 15/4.55*

*4) J.J.G.*

*R.P.G.*

*4/4. 1955*

( Dr. Globke )

*Gf.*

Abb. 18 (2):  
Der Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, Hans Globke, erbittet vom Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen, z. H. General Heusinger, eine Stellungnahme zur Frage des Standortes der Reaktorstation unter militärischen Gesichtspunkten. (Aus: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 2.4.1955).



---

„Da auch bei der Entscheidung über den Standort einer Reaktorstation, die nur friedlichen Zwecken dient, Gesichtspunkte der Landesverteidigung sowie der Sicherheit der Reaktoranlagen und ihres Personals zu berücksichtigen sind, habe ich militärische Stellen um eine Äußerung ersucht, die jetzt vorliegt“ [576].

Damit war erkennbar, daß Adenauer die Standortkontroverse gegebenenfalls unter Hinweis auf die höchste Nato-Autorität zu entscheiden gedachte und damit einen Weg gefunden zu haben glaubte, um auch Werner Heisenberg ein Ausscheren aus einem für ihn unliebsamen Beschluß unmöglich zu machen. Der Überraschungseffekt, auf den Adenauer für das Gelingen seines Vorhabens sicherlich mit gesetzt hatte, wurde allerdings durch ein vorzeitiges Bekanntwerden der Gruenters-Entscheidung konterkariert. Nicht nur, daß Generalleutnant a. D. Hans Speidel seinen „hochverehrten, lieben Herrn Ministerpräsidenten“ [577] Gebhard Müller vertraulich schon Anfang Mai 1955 davon in Kenntnis gesetzt hatte, daß sich die NATO eindeutig für Karlsruhe als Standort der zu errichtenden Reaktorstation ausgesprochen hatte [578]. Auch über die Aktivitäten Speidels vom 20. und 23. April, also seine Aufzeichnungen über das Gespräch mit Gruenther und sein Bericht an Blank, finden sich in den Akten des baden-württembergischen Staatsministeriums überraschenderweise Abschriften. Man war mithin über diese Vorgänge von Anfang an bestens unterrichtet. Auch hatten Müller und Speidel zumindest eine Gelegenheit wahrgenommen, um im persönlichen Gespräch den neuesten Stand der Dinge zu erörtern. Als günstiger Anlaß diente hierzu die Gedenkveranstaltung, die zum 150. Todestag von Friedrich v. Schiller am 8. Mai 1955 im Württembergischen Staatstheater zu Stuttgart durchgeführt worden war [579].

Auf der anderen Seite zeigte sich auch Werner Heisenberg über die neuesten Entwicklungen keineswegs schlechter unterrichtet, als seine baden-württembergischen Widersacher. Als Indiz hierfür dürfte unter anderem gelten, daß er nicht mehr bereit war, an der für den 28. Juni 1955 anberaumten konstituierenden Sitzung des Technisch-Wissenschaftlichen Beirates der Physikalischen Studiengesellschaft teilzunehmen, die damit am Vortage der entscheidenden Besprechung bei Bundeskanzler Adenauer stattfand. Diese Art des persönlichen Protestes scheint für Heisenberg auch keineswegs ungewöhnlich gewesen zu sein. So hatte er bereits früher, und zwar im Zusammenhang mit den Verhandlungen über das Abkommen zur Errichtung einer europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung, auf eine Ungeschicklichkeit des Ratspräsidenten Amaldi mit demonstrativem Fernbleiben von den Verhandlungen in Paris (28. Juni bis 3. Juli 1953) geantwortet (Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes).

Auch im neuerlichen Falle hatte es den Anschein, als ob Heisenberg über den zu erwartenden Ausgang der Unterredung beim Bundeskanzler bereits vorab Kenntnis erhalten hatte, so daß er seine Sache verloren gab und seiner Mißbilligung durch Fernbleiben von der Sitzung der Physikalischen Studiengesellschaft Ausdruck verlieh.

Allerdings spiegelte der Verlauf der Sitzung des Technisch-Wissenschaftlichen Beirates (TWB) die Befürchtungen Heisenbergs in keiner Weise wider. Zunächst hatte sich Alfred Petersen, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Physikalischen Studiengesellschaft, nur widerstrebend zur Übernahme des Vorsitzes im neuen Gremium bereiterklärt. Er betrachtete sich auch ausdrücklich als Leiter und nicht als Vorsitzender der Institution TWB [580]. Nach wie vor sollte diese Interimslösung durch Einbeziehung des demonstrativ abwesenden Werner Heisenberg bereinigt werden [581].

Im Anschluß an diesen Auftakt stellte Wilhelm Bötzkkes den Anwesenden die gutachterliche Stellungnahme der Physikalischen Studiengesellschaft zur Standortfrage dar und rückte hierbei keinen Deut von der am 28. Februar 1955 in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung beschlossenen Position ab [582]. Er unterstrich, daß die Physikalische Studiengesellschaft „... auf Grund der eingeholten Gutachten den Standort München für den künftigen Reaktor vorzöge“ [583] und begründete diese Entscheidung mit dem Hinweis darauf, daß „hierfür ... allerdings nicht technische, sondern wissenschaftliche Gesichtspunkte (Universität und Technische Hochschule) maßgebend (gewesen seien)“ [584]. Sibyllinisch fügte Bötzkkes wiederum hinzu, daß die Entscheidung über den Standort jedoch bei der Bundesregierung läge [585]. Ebenso hielt

Abschrift

Dr. Hans Speidel  
Generalleutnant a.D.

23. April 1955

Herrn  
Theodor Blank  
Mitglied des Bundestages  
B o n n

Der Oberbefehlshaber von SHAPE, General Alfred  
G r u e n t h e r , teilte mir heute nach Rück-  
sprache mit seinen Experten mit, dass seiner An-  
sicht nach für den R e a k t o r b a u n u r  
K a r l s r u h e und nicht München in Frage  
kommen könne.

Auf meine Aufzeichnung vom 20.4.55 darf ich Bezug  
nehmen.

gez. Dr. Hans Speidel

Durchschlag an  
Herrn General Heusingen

Abb. 19:  
Der Oberbefehlshaber der NATO in Europa, General Alfred Gruenther, äußert sich auf Anfrage der  
Bundesregierung zur Frage des Standortes für eine deutsche Reaktorstation. (Aus: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055  
vom 23.4.1955).

---

Bötzkes an der ins Auge gefaßten Finanzierungsregelung für den Bau der Reaktorstation fest und wies dem Bund drei Viertel und der Industrie ein Viertel der entstehenden Kosten zu [586]. Sicher war nunmehr auch, daß der Planungsausschuß an die Errichtung einer Forschungsstation ähnlich derjenigen von Harwell (Großbritannien) bzw. Oakridge (Kanada) dachte [587].

Unterstellt man, daß der Aufsichtsrat der Physikalischen Studiengesellschaft wohl kaum weniger gut über die Standortempfehlungen des Amtes Blank bzw. der NATO und ihre Bedeutung für die Bundesregierung informiert gewesen sein wird, wie alle übrigen Beteiligten, so bekommt das „München-Bekenntnis“ Bötzkkes eine durchaus eigene Bedeutung. Dies um so mehr, als die Physikalische Studiengesellschaft diese Entscheidung wenig später ohne viel Aufhebens kurzerhand zu revidieren vermochte [588]. Es scheint einiges dafür zu sprechen, daß Bötzkkes unter den gegebenen Verhältnissen mit dem ostentativen Votum für München einen Weg zu beschreiten suchte, um Heisenberg doch noch die Mitarbeit am Reaktorprojekt zu ermöglichen. Denn nach wie vor stand dessen Drohung im Raum, sich aus der angewandten Kernforschung gänzlich zurückzuziehen, falls nicht seiner Forderung nach Errichtung der Reaktorstation und des Max-Planck-Instituts für Physik in München entsprochen würde. Wohlwissend, daß nach der NATO-Stellungnahme hierfür kaum noch ernsthafte Realisierungschancen bestehen konnten, stelle das Votum der Physikalischen Studiengesellschaft eine Geste des guten Willens dar, durch die man sich Heisenberg zu verpflichten hoffte. Denn hatte sich die Physikalische Studiengesellschaft nicht bis zuletzt an seine Seite gestellt? Und auch die Bundesregierung würde gegebenenfalls doch nur den Notwendigkeiten entsprechen, die höchste militärische Stellen bei der Errichtung einer deutschen Reaktorstation für unabdingbar hielten. Diesen „Sachzwang“ mußte doch auch Heisenberg einsehen können. Sein möglicher Rückzug aus der angewandten Kernphysik würde mithin in jedem Falle letztlich die Falschen treffen und damit in deren Augen eine schreiende Ungerechtigkeit darstellen. Konnte Heisenberg sich zu derartigem tatsächlich guten Gewissens hergeben, wenn sich die Physikalische Studiengesellschaft bis zuletzt an seine Seite stellte? Man hatte zumindest versucht, dieser Entwicklung entgegenzutreten und würde nun abwarten müssen, welchen Verlauf am nächsten Tag die Sitzung beim Bundeskanzler nahm.

Allerseits hatte man sich hierauf nochmals gründlich vorbereitet [589], die Argumentationslinie festgelegt, Hintergrundgespräche geführt [590] und sich mit den eigenen Fürsprechern im Bundeskabinett abgestimmt [591]. Am Mittwoch Nachmittag des 29. Juni 1955 versammelte sich unter Leitung von Bundeskanzler Adenauer im kleinen Sitzungssaal des Hauses Schaumburg eine hochkarätige Gesprächsrunde. Erschienen waren fünf Bundesminister (Balke, Blank, Erhard, Schäffer und Strauß), der Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister und der Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, der Bayerische Kultusminister (Prof. Rucker) in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten, der Bayerische Staatssekretär Dr. Guthsmuths, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Prof. Raiser), der Deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten (Krekeler), der Aufsichtsratsvorsitzende der Physikalischen Studiengesellschaft (W. Bötzkkes) und sein Geschäftsführer (E. Telschow), Dr. Pferdenges, sowie mehrere Staatssekretäre [592]. Auffälligerweise, und auch in dieser Hinsicht ließen sich bereits Rückschlüsse auf den erwarteten Gesprächsverlauf ziehen, hatte Bayern weitaus weniger gewichtige Repräsentanten in die Gesprächsrunde entsandt, als Baden-Württemberg. Die zusätzliche Einbeziehung von Botschafter Krekeler durch die Bundesregierung signalisiert, daß die deutschen Reaktorplanungen immer noch eine Dimension aufwiesen, die den rein nationalen Rahmen sprengten. Wichtig ist, daß Krekeler unter diesem Aspekt anläßlich einer Besprechung mit Bötzkkes, Telschow und Holzmann Anfang Juli 1955 Bedenken gegen den Standort München vorgebracht hatte [593].

Nach ausführlicher Diskussion, bei der die kontroversen „Meinungen von Wissenschaft und Wirtschaft ... offenbar hart aufeinander geprallt (waren)“ [594], zeichnete sich dann als Entscheidung der Bundesregierung folgender Kompromiß ab:

1. Die große Versuchsreaktorstation, ausgestattet mit einem Reaktor von etwa 5.000 bis 6.000 kW Leistung, sollte in Karlsruhe errichtet werden;

- 
2. Das Max-Planck-Institut für Physik sollte, bei zustimmender Entschließung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft, nach München verlagert werden;
  3. Zur Ergänzung dieses Instituts sollte dort ein kleiner Reaktor für rein wissenschaftliche Zwecke gebaut werden, dessen Kosten sich auf drei bis fünf Millionen DM belaufen sollten; und
  4. Wurde vorgesehen, Werner Heisenberg mit der „Oberleitung“ für die Errichtung und die Versuchsarbeiten des Karlsruher Reaktors zu betrauen [595]. Für den Fall, daß Heisenberg, der von Bötzkies und Telschow zu einer nun endgültigen Entscheidung darüber aufgefordert werden sollte, ob er nach München oder Karlsruhe gehen wolle, sich für München entschied, wurde als Kandidat für die Leitung des Karlsruher Reaktors erneut Prof. Gentner (Freiburg) vorgeschlagen [596] (vgl. Dokumentenanhang).

Insgesamt gesehen schien sich damit die Karlsruher Position durchgesetzt zu haben, während der München-Teil des Beschlusses wohl eher als versöhnliche Geste an Werner Heisenberg gedacht war. Weniger wohlmeinende Zungen sprachen sogar von einem „Geschenk“, welches Werner Heisenberg dargebracht wurde [597]. Das Bundeswirtschaftsministerium sah in der Aufforderung an Heisenberg, sich zwischen den Projekten München und Karlsruhe zu entscheiden, ohnehin nichts anderes als eine Vorgehensweise von „offenbar nur taktische(r) Bedeutung, da niemand daran zweifel(n) (könne), daß die auch vom BWM vorgeschlagene Kompromißlösung durchgeführt werden (würde)“ [598]. Die angesprochene „Kompromißlösung“ sah, wie erwähnt, die Errichtung des großen Eigenbaureaktors in Karlsruhe vor, während München allenfalls einen kleineren Reaktor für reine Forschungszwecke erhalten sollte.

Von daher kann es kaum überraschen, wenn Minister Farny im Rahmen eines Telefonates mit dem Karlsruher Bürgermeister Dr. Gurk am 30. Juni 1955 zum Besprechungsergebnis resümierte, daß „Herr Ministerpräsident wie auch der Herr Stellvertretende Ministerpräsident und er selbst . . . mit dem Ergebnis zufrieden (seien)“ [599]. „Man werde“, so Farny weiter, „das wirtschaftlich viel wertvollere, nämlich den industriellen Atommeiler, bekommen“ [600]. Demgegenüber würde München nur einen Meiler in Laboratoriumsdimension erhalten. „Er glaube, daß das für München ein Danaer-Geschenk sein werde“ [601].

Ähnlich muß es wohl auch Werner Heisenberg gesehen haben, der sich über den Beschluß der Bundesregierung maßlos enttäuscht gab. Der Physikalischen Studiengesellschaft gegenüber äußerte er, daß die „vorgesehenen kleinen Reaktoren“ für ihn „nicht interessant (seien)“ [602] und er es deshalb ablehnen würde, „solche Gnadengeschenke anzunehmen“ [603]. Dies waren deutliche Worte, die zudem den Kern der Problematik trafen.

Auch in der Öffentlichkeit nahm Heisenberg nunmehr kein Blatt mehr vor den Mund und griff die Bundesregierung deutlich erkennbar an. In seiner mit Spannung erwarteten Rede anläßlich der fünften Tagung der Nobelpreisträger in Lindau vom 12. Juli 1955 bezeichnete er es als „schweren Fehler“, daß man die „geplante und unbedingt erforderliche Station in zwei Teile auseinanderreißen (wolle)“ [604] und „daß man die Entscheidung über den Standort . . . nicht schon vor zwei Jahren gefällt habe“ [605]. Doch damit nicht genug. Es würde geradezu dem Sinn der Station widersprechen, so Heisenberg, wenn in räumlicher Trennung voneinander der wissenschaftliche Teil der Arbeiten in München und der technische in Karlsruhe durchgeführt werden solle. „Höchstens könne man aus ‚politischen Gründen‘ die Plutonium-Gewinnung und die Anreicherung der seltenen Uran-Isotope von der Reaktorstation trennen“ [606]. Dieser Hinweis ließ aufmerken, waren doch im Bewußtsein der Öffentlichkeit die Begriffe Plutonium und angereichertes Uran ohnehin auf's engste mit der Vorstellung von einer militärischen Nutzung der Atomkraft verknüpft. Hinzu kam, daß es Heisenberg bei dieser Anmerkung nicht beließ, sondern sein Lindauer Referat mit der Aufforderung beschloß, „daß alles vermieden werden solle, was der deutschen Forschung den Anschein geben könne, sie bereite militärische Maßnahmen vor“ [607]. Zumindest unterschwellig stand damit die Befürchtung Heisenbergs im Raum, die Bundesregierung habe sich bei ihrem Votum für den Karlsruher Standort auch von militärischen Überlegungen leiten lassen [608] (Vgl. Abb. 21).

---

Durchweg wurden die Ausführungen Heisenbergs auch in diesem Sinne interpretiert und sorgten für entsprechende Unruhe. Auf einer Sitzung des Ministerrates vom 18. Juli 1955 wies etwa der Karlsruher Oberbürgermeister Klotz voller Sorge auf verschiedene Presseäußerungen Heisenbergs hin, „aus denen zu schließen sei, daß der Reaktor, der nach Karlsruhe komm(e), militärische Aufgaben tangie(re)“ [609]. Klotz befürchtete, daß „hierdurch Unruhe unter der Karlsruher Bevölkerung entsteh(en) könnte“ [610] und bat die Landesregierung, zunächst „die an sich sehr erfreuliche Gewinnung des Reaktors für Karlsruhe nicht weiter zu publizieren und zu unterstreichen“ [611]. Ein anderer Sitzungsteilnehmer, und zwar Landesgewerbeamts-Präsident Dr. Seifriz vom baden-württembergischen Wirtschaftsministerium, wußte aufgrund von vertraulichen Informationen aus dem Bundeskanzleramt über die Stimmungslage in Bonn zu berichten, daß man dort der Auffassung war, daß Heisenberg sich „durch eine Reihe unbedachter Presseäußerungen ‚danebengesetzt‘ (habe)“ [612]. Wenig später ist sogar von einer „starken Verstimmung“ [613] die Rede, die nach Ansicht von Ernst Telschow sogar dazu geführt habe, daß die Bundesregierung nicht mehr wünsche, durch Prof. Heisenberg auf der bevorstehenden internationalen Genfer Atomkonferenz vertreten zu werden [614]. Dennoch war es Heisenberg selbst, der Außenminister von Brentano auf schriftlichem Wege die Bereitschaft zur offiziellen Teilnahme an der Genfer Atomkonferenz aufkündigte und damit — wenn auch „mit den besten Empfehlungen“ — eine längst gegebene Zusage zurückzog. Als „Ersatzmann“ für sich brachte Heisenberg in kaum verblühter Weise seinen Mitarbeiter und Schüler Karl Wirtz ins Gespräch, während Otto Hahn demgegenüber eher auf Wolfgang Gentner setzte (Vgl. Abb. 20).

Nach diesen heftigen Wellen, die das Ergebnis der Besprechung mit dem Bundeskanzler vom 29. Juni 1955 ausgelöst hatte, mußte von besonderem Interesse sein, wie sich die Gremien der Physikalischen Studiengesellschaft letztlich zu den gefaßten Beschlüssen stellen würden. Die entscheidene Aufsichtsratssitzung war auf den 15. Juli 1955 anberaumt worden, und als Gast hatte man insbesondere Werner Heisenberg hinzugebeten [615], den man bereits vorab für die vorgeschlagene Lösung zu gewinnen versucht hatte [616]. Diesem wurde im Anschluß an eine Skizzierung der nunmehr bestehenden Ausgangslage durch Wilhelm Bötzkes auch unverzüglich das Wort zu einer ausführlichen Stellungnahme erteilt.

Heisenberg begann seine Ausführungen ebenso mit einem verbalen Paukenschlag, wie er sie mit einem solchen enden ließ. „Die Reaktorphysik“, so seine Eingangsfeststellung, „(sei) vom rein wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht mehr besonders interessant“ [617]. Und, so sein Fazit, „er werde seine Arbeit und die seines Institutes wieder auf reine Grundlagenforschung konzentrieren ..., falls die Reaktorentwicklung in Karlsruhe durchgeführt würde“ [618]. Mit absoluter Konsequenz blieb Heisenberg damit in der strittigen Standortfrage seiner bisher eingenommenen Position treu und erwies allen Kompromißvorschlägen eine unmißverständliche Absage. Gleichzeitig nutzte er sein statement zu einer „Generalabrechnung“ mit dem von der Bundesregierung in der Konzeption der Reaktorstation eingeschlagenen Weg. Er warf ihr unter anderem vor, Erfahrungen nicht berücksichtigt zu haben, die im Hinblick auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit „zwischen der rein wissenschaftlichen und der angewandten Forschung“ [619] bereits während des Krieges bei den Arbeiten am Reaktor in Haigerloch hatten gesammelt werden können. Es sei danach völlig falsch, im Anfangsstadium des Reaktorbaus eine örtliche Trennung von wissenschaftlicher und angewandt-technischer Entwicklung vorzunehmen [620]. Zudem dürfte auch das, was die Bundesregierung unter einem „kleinen Reaktor für München“ verstünde, auf „technischen Mißverständnissen“ beruhen [621]. Eine derartige Eigenkonstruktion erfordere eine Mindestmenge von 25 Tonnen Uran, „so daß die Kosten für einen solchen Reaktor fast ebenso hoch sein würden wie diejenigen des Reaktors in Karlsruhe“ [622]. Im übrigen galt zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal die Uranversorgung auch nur eines deutschen Reaktors als gesichert [623]. Mit einem aus den USA importierten Versuchsreaktor für ein bis zwei Millionen DM gedachte Heisenberg sich mithin nicht abspesen zu lassen.

Seine Darlegungen, und vor allem die Ankündigung, sich aus der deutschen Reaktorentwicklung zurückzuziehen, löste in der Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft eine „eingehende Aussprache“ aus. Obwohl insbesondere Winnancker, Haberland, Knott, Petersen und auch Reusch Heisenberg geradezu bedrängten, „seine Bedenken zurückzustellen und sich



Abschrift/Wm.

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR PHYSIK  
Prof. W. Heisenberg

Göttingen, 18. Juli 1955

An den  
Bundesminister des Auswärtigen  
Herrn Dr. von B r e n t a n o  
B o n n

Sehr verehrter Herr Bundesminister !

Sie hatten mich durch Ihr Schreiben vom 21. Juni 1955 gebeten als Mitglied der deutschen Delegation an der Tagung über Atomenergiefragen in Genf teilzunehmen. Ich hatte Ihnen am 25. Juni meine Zusage geschrieben, da ich annahm, dass ich an den Arbeiten für die friedliche Ausnützung der Atomenergie in Deutschland später an verantwortlicher Stelle teilnehmen würde. Diese Voraussetzungen haben sich inzwischen grundlegend dadurch geändert, dass nach einer Entscheidung der Bundesregierung die deutsche Atomreaktor-Station in Karlsruhe errichtet werden wird, und ich daher keine Möglichkeit habe, unmittelbar mit meinem Institut an der Errichtung der Station mitzuarbeiten. Die Frage der Atomenergieausnützung wird also für absehbare Zeit ausserhalb meines eigentlichen Interessengebietes liegen müssen, und ich bitte Sie daher, von meiner Beteiligung an der Delegation absehen zu wollen. Mit dem Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Herrn Prof. Raiser, habe ich auch schon in diesem Sinne gesprochen.

Hinsichtlich eines Ersatzmannes für mich möchte ich keine Vorschläge machen. Sachlich wäre es wohl das richtigste, wenn man den Wissenschaftler oder Techniker entsenden könnte, der später die wissenschaftliche Verantwortung für die Reaktorstation tragen wird. Ob sich aber die Physikalische Studiengesellschaft Düsseldorf schon in der nächsten Zeit über die Leitung der zukünftigen Reaktorstation wird entscheiden können, scheint mir zweifelhaft; jedenfalls möchte ich hier nicht durch Nennung von Namen vorgreifen.

Wenn Sie einen sachkundigen Berater in den Fragen des Reaktorbaus brauchen, so ist der geeignetste deutsche Vertreter sicher Herr Prof. WIRTZ (der als Mitglied der Expertengruppe auf jeden Fall nach Genf kommen wird), da Prof. Wirtz sich zusammen mit einer kleinen Gruppe von tüchtigen Mitarbeitern in meinem Institut während der letzten zwei Jahre sehr gründlich mit allen Fragen des Reaktorbaus beschäftigt hat und schon aus der Kriegszeit Erfahrungen auf diesem Gebiet besitzt.

Mit den besten Empfehlungen  
bin ich

Ihr sehreregebener

gez. W. Heisenberg

Abschrift

Herrn Dr. Hötzkes vertraulich zur Kenntnis und zum Verbleib bei den dortigen Akten. Wie mir mitgeteilt wird, beabsichtigt das Auswärtige Amt nunmehr, Prof. Gentner anstelle von Prof. Heisenberg nach Genf zu delegieren.

\* auf Vorschlag  
von Prof. Hahn

20.7.55.

W. H.

Abb. 20:

Nobelpreisträger Werner Heisenberg zieht dem Auswärtigen Amt gegenüber die Zusage zurück, die Bundesrepublik Deutschland als Delegierter auf der ersten Genfer Atomkonferenz zu vertreten (Aus: IKB, Bestand 15, Brief vom 18.7.1955).

# Heisenberg über deutsche Atommellerpläne

**Dr. Müller mit Atommellerkonferenz zufrieden**

Stuttgart. Ministerpräsident Dr. Gerhard Müller lehnte es am Dienstag vor der Landespressekonferenz ab, zur Frage des künftigen deutschen Atommellers Stellung zu nehmen, bevor sie in allen Einzelheiten geklärt sei. Eine grundsätzliche Entscheidung sei zwar gefallen, sagte Dr. Müller, doch müßten noch zahlreiche Einzelheiten geregelt werden. Verhandlungen darüber seien im Gange. Zunächst werde im Bundeswirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf über die mit der deutschen Atomforschung zusammenhängenden Fragen vorliegen. Auf eine Frage, ob er mit der grundsätzlichen Entscheidung zufrieden sei, sagte der Minister, er habe bereits

## Atommeiler kostet 30 Mill.

Heisenberg in Lindau / Nur eine Anlage zweckmäßig

Von unserem nach Lindau entsandten Wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Eduard Willhagen

Lindau, 13. Juli  
Was kann im Augenblick über die Frage eines Atommellerbaus in Deutschland gesagt werden? Über dieses Problem sprach gestern auf der fünften Tagung der Nobelpreissträger in Lindau Prof. Werner Heisenberg, Göttingen. Hier der Extrakt seines Vortrages.  
Zur Zeit streiten sich München und Karlsruhe darum, Sitz des ersten deutschen Atommellers zu werden. Beide Städte sind hervorragend gerüstet, um die Arbeit aufzunehmen. Trotzdem wäre es ein schwerer Fehler, wollte man wirklich die geplante und unbedingt erforderliche Station in zwei Teile auseinanderreißen.

Was nützt es überhaupt für einen Sinn, wenn wir in Deutschland eine Atomkraftstation bauen? Warum übernehmen wir nicht einfach das, was man im Ausland bereits entwickelt hat? Das ist ein engherziger Standpunkt, vor dem wir uns hüten müssen, denn die Ausnutzung der Atomkraft ist die Technik von morgen und die Wirtschaft von übermorgen, aus der Deutschland sich nicht ausschließen darf. Wenn Deutschland sich an dieser Entwicklung aktiv beteiligen will, nachdem es schon viele Jahre versäumt hat, so muß es zunächst in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Technik versuchen, den Vorsprung des Auslandes aufzuholen. Zu diesem Zweck ist eine große

Lindau (dpa). Das größte Interesse von allen Vorträgen der Nobelpreissträger-Tagung in Lindau fand gestern das Referat von Professor Werner Heisenberg (Göttingen), der über die Pläne für eine Reaktorstation im Gebiet der Bundesrepublik sprach. Heisenberg bezeichnete es als schweren Fehler, daß man die Entscheidung über den Standort (vorgeschlagen sind bekanntlich München und Karlsruhe) nicht schon vor zwei Jahren gefällt habe. Neuerdings wurden Teilungspläne diskutiert, und zwar habe man vorgeschlagen, den wissenschaftlichen Teil der Arbeit in München, den technischen Teil in Karlsruhe zu leisten. Der Vortragende betonte aber, daß für die Sache — zunächst ist es die Arbeit an einer einzigen Anlage — das Richtige sei, unabhängig davon

Versuchsstation nötig. Zu ihr gehört eine Reihe von Nebeninstituten. Die Kosten, einer vernünftigen Anlage betragen rd. 30 Millionen DM.

Diese Station — die erste Stufe — sollte eng mit der Industrie zusammenarbeiten und alle Zweige der Forschung berücksichtigen, unter anderem auch die Medizin, die ja an der Erforschung der Atomwirksamkeit hervorragend interessiert ist. Sie sollte gewissermaßen ein Umschlagplatz für Erfahrungen zwischen Wissenschaft und Technik sein. Deshalb sollten alle in Frage kommenden Firmen Arbeitsgruppen entsenden, damit man sich gegenseitig mit dem Stand der neuesten Forschung vertraut macht. Höchstens aus politischen Gründen wäre es möglich, die Gewinnung der

## Noch keine Atomkraftwerke

Von unserem Korrespondenten

Kl. Düsseldorf, 11. Juli

In der Bundesrepublik ist vorerst nicht an den Bau von Atomkraftwerken gedacht. Das teilte der frühere Leiter der Produktivitätszentrale der OEEC, Harten, anlässlich einer Vortragsversammlung des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft in Düsseldorf mit. England hat 16 dieser Werke errichtet. Dabei haben sich jedoch, wie Harten erklärte, erhebliche Schwierigkeiten durch das infizierte Wasser ergeben, für das man vorläufig noch keine Abfluß- oder Spelchermöglichkeit gefunden hat. In

welchen Standort die Entscheidung gefällt werde.

Professor Heisenberg bezifferte die Kosten einer deutschen Reaktorstation mit den Nebeninstituten auf rund 28 Millionen Mark. Davon würden allein auf den Reaktor 17 Millionen Mark entfallen. Die in der Presse laut gewordenen Befürchtungen, daß eine Atomforschungsstation ungünstige Auswirkungen auf die Bevölkerung nahegelegener Städte haben könne, seien unbegründet. Man habe heute genügend Wege gefunden, um Abfälle zu beseitigen und zu verhindern, daß die Luft übermäßig radioaktiv werde. Professor Heisenberg betonte zum Schluß, daß alles vermieden werden solle, was der deutschen Forschung den Anseh'n geben könne, sie bereits militärische Maßnahmen vor-

## Weitere Atommeller-Besprechungen

Stuttgart (Eig. Ber.) — In der Atommeller-Frage finden zur Zeit, wie Ministerpräsident Dr. Müller mitteilte, noch eingehende Besprechungen der interessierten Regierungsstellen mit Industriellen, Gelehrten und der Gesellschaft für physikalische Forschung statt. Die in Bonn gefaßten Beschlüsse sollen erst dann veröffentlicht werden, wenn diese Besprechungen abgeschlossen sind und wenn der Bundeswirtschaftsminister den Gesetzentwurf über Atomforschung und Atomnutzung vorgelegt hat. Dr. Müller erklärte die Zufriedenheit der Landesregierung mit den Bonner Entscheidungen.

## Heisenberg über die Atom-Meiler

Lindau (dpa)

Das größte Interesse von allen Vorträgen der Nobelpreissträger-Tagung in Lindau erweckte am Dienstag das Referat von Professor Werner Heisenberg (Göttingen), der über die Pläne für eine Reaktorstation im Gebiet der Bundesrepublik sprach. Die Entwicklung von Atomkraftwerken im Ausland zeige, daß hier ein wichtiges neues Gebiet der Wirtschaft entstehe. Wenn Deutschland sich aktiv an dieser Entwicklung beteiligen wolle, so müsse es zunächst in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Technik versuchen, den Vorsprung des Auslandes aufzuholen und eigene Atomreaktoren zu entwickeln.

Nach dem Vorbild des Auslandes sei hierzu der zweckmäßigste Weg der Bau einer Versuchsstation für Reaktoren-Entwicklung. Zu dieser Station gehörten ein oder mehrere Versuchsreaktoren, ein Institut für Neutronenphysik, ein weiteres für Chemie und eine Reihe von Werkstätten, vor allem für Elektronik. Eventuell könne später ein Institut für Isotopentrennung und für medizinische Forschung hinzukommen. Die Station solle eng mit der Industrie zusammenarbeiten. Die einzelnen Firmen könnten Arbeitsgruppen entsenden. Die Station bilde also gewissermaßen einen Umschlagplatz für Erfahrungen zwischen Wissenschaft und Technik.

Heisenberg bezeichnete es als schweren Fehler, daß man die Entscheidung über den Standort (vorgeschlagen sind München und Karlsruhe) nicht schon vor zwei Jahren gefällt habe. Neuerdings seien sogar Teilungspläne aufgetaucht, und man habe man vorgeschlagen, den wissenschaftlichen Teil der Arbeit in München, den technischen Teil in Karlsruhe zu leisten. Eine solche Teilung sei ein schwerer Fehler, sagte er.

## Erste Atomkommission

Von unserem Korrespondenten M. München, 12. Juli

Zur friedlichen Nutzung der Atomkräfte wird eine bayerische staatliche Kommission gebildet werden. Es handelt sich um das erste Gremium dieser Art in Deutschland. Die Atomkommission soll von der Landesregierung „in allen mit der Nutzung der Atomkräfte zusammenhängenden Fragen und beratend zur Verfügung stehen.“ Physiker, Chemiker, Biologen, Meteorologen und Mediziner, aber auch Juristen, Volkswirte und Sozialologen werden der Kommission angehören. Namhafte Forscher und Gelehrte haben sich zur ehrenamtlichen Mitarbeit bereit erklärt. Möglicherweise werde Prof. Heisenberg unter ihnen sein.

## Heisenberg gegen Aufteilung der deutschen Reaktorstation

Das größte Interesse von allen Vorträgen der Nobelpreissträger-Tagung in Lindau erweckte das Referat von Prof. Werner Heisenberg (Göttingen), der über die Pläne für eine Reaktorstation im Gebiet der Bundesrepublik sprach. Die Entwicklung von Atomkraftwerken im Ausland zeige, daß hier ein wichtiges neues Gebiet der Wirtschaft entstehe. Wenn Deutschland sich aktiv an dieser Entwicklung beteiligen wolle, so müsse es zunächst in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Technik versuchen, den Vorsprung des Auslandes aufzuholen und eigene Atomreaktoren zu entwickeln.

Heisenberg bezeichnete es als schweren Fehler, daß man die Entscheidung über den Standort (vorgeschlagen sind München und Karlsruhe) nicht schon vor zwei Jahren gefällt habe. Neuerdings seien sogar Teilungspläne aufgetaucht, und zwar habe man vorgeschlagen, den wissenschaftlichen Teil der Arbeit in München, den technischen Teil in Karlsruhe zu leisten. Eine solche Teilung widerspreche aber dem Sinn der Station. Höchstens aus politischen Gründen könne man die Plutonium-Gewinnung und die Anreicherung des seltenen Uran-Isotops von der Reaktorstation abtrennen und an einer anderen Stelle durchführen. Der Vortragende betonte aber, daß für die Sache zunächst wenigstens die Arbeit an einer Stelle das Richtige sei, unabhängig davon, für

welchen Standort die Entscheidung gefällt werde. Professor Heisenberg bezifferte die Kosten einer deutschen Reaktor-Station mit den Nebeninstituten auf rund achtundzwanzig Millionen Mark. Davon würden allein auf den Reaktor siebzehn Millionen Mark entfallen. Es habe wenig Sinn, eine kleine Reaktor-Station, wie sie von amerikanischen Firmen zu etwa 1,2 bis zwei Millionen Mark angeboten werde, zu erwerben. Solche Reaktoren seien nur für Hochschulen und wissenschaftliche Institute geeignet, genügten jedoch für die Grundlagenforschung nicht. Die Leitung einer deutschen Reaktor-Station solle Wissenschaftlern, Technikern und Wirtschaftlern übertragen werden. Die in der Presse laut gewordenen Befürchtungen, daß eine Atomforschungsstation ungünstige Auswirkungen auf die Bevölkerung nahegelegener Städte haben könne, seien unbegründet. Man habe heute genügend Wege gefunden, um Abfälle zu beseitigen und zu verhindern, daß die Luft übermäßig radioaktiv werde.

Prof. Heisenberg betonte zum Schluß, daß alles vermieden werden solle, was der deutschen Forschung den Anseh'n geben könne, sie bereits militärische Maßnahmen vor. Deshalb könne man auch erwägen, ob nicht die Plutoniumherstellung und die Anreicherung des Urans in Gemeinschaft mit anderen europäischen Staaten vorgenommen werden solle. (dpa)

Abb. 21: Aus dem Presseecho auf Heisenbergs Lindauer Referat vom 12. Juli 1955. (Aus: KfK, Pressearchiv).

---

(der) großen Aufgabe nicht zu entziehen“ [624], lehnte es dieser kategorisch ab, sich in irgendeiner Weise zur Übernahme von Verantwortung verbindlich bereitzuerklären. Die ausweichende Formulierung, „sich beratend, soweit dies seine anderen Pflichten erlaub(t)en, auch für das Projekt Karlsruhe zur Verfügung zu stellen“ [625], vermochte den Eklat selbst für das Protokoll nur mühsam zu bemänteln. Eine Annäherung der Standpunkte war nicht möglich gewesen, obwohl Wilhelm Bötzkkes es selbst an dem Hinweis nicht hatte fehlen lassen, daß die Bundesregierung definitiv „an ihrer Konzeption festzuhalten wünsche“ und davor gewarnt habe, „durch eine erneute Aufrollung der Standortfrage die Dinge auf unabsehbare Zeit zu verzögern“ [626]. Auch diese Anspielung auf das von Heisenberg früher selbst so häufig ins Felde geführte Argument der Verhinderung unnötiger Zeitverzögerungen beim Aufbau der deutschen „Kernenergie-Industrie“, vermochte ihn nun nicht anzufechten.

Bötzkkes drängte allerdings darauf, nunmehr durch die Physikalische Studiengesellschaft einen eindeutigen und klaren Beschluß herbeizuführen. Der daraufhin von Karl Winnacker formulierte Vorschlag, „das Projekt Karlsruhe zu akzeptieren“ [627], fand die ungeteilte Zustimmung des gesamten Aufsichtsrates. Man beschloß einstimmig, „die Entscheidung der Bundesregierung, daß Karlsruhe als Standort für den 6.000 kW Reaktor gewählt werden soll, (anzunehmen) . . . und . . . sofort mit den Vorarbeiten zur Errichtung der Station an diesem Ort zu beginnen“ [628] (Vgl. Abb. 22).

Nachdem offenkundig geworden war, daß Heisenberg unten diesen Bedingungen für die Durchführung der wissenschaftlichen Planung der Karlsruher Reaktorstation nicht zur Verfügung stehen würde, hatte sich noch am Rande der Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft vom 15. Juli 1955 die Frage gestellt, wer diese Aufgabe überhaupt würde wahrnehmen können. Genannt wurden umgehend die Professoren Maier-Leibnitz, Haxel, Gentner, Riezler und Wirtz [629]. Da der insbesondere von Seiten Baden-Württembergs zunächst stark favorisierte Freiburger Physik-Ordinarius Wolfgang Gentner eine Tätigkeit bei CERN in Genf vorzog [630], lag es an sich nahe, den Göttinger Mitarbeiter Heisenbergs und Leiter der Reaktor-Konstruktionsgruppe am dortigen Max-Planck-Institut für Physik, Karl Wirtz, für sich zu gewinnen. Dieser galt nicht nur als ausgezeichnete Sachkenner, sondern besaß zudem das Wohlwollen Heisenbergs, der sich bei Winnacker bereits für Wirtz verwandt hatte [631]. „Man könn(e)“, so die einhellige Auffassung von Heisenberg und Winnacker, „Wirtz den Aufbau (der Reaktorstation unmöglich) zumuten, wenn er hinterher nicht der Chef (würde) [632]. Außerdem, so die Andeutung Heisenbergs, sei „sein (eigener, d. Verf.) Zusammenhang mit dem Reaktor natürlich naheliegender . . ., wenn einer seiner Schüler dort“ [633] maßgeblich tätig sei.

Womit diese Option zu fördern wäre, lag für den baden-württembergischen Wirtschaftsminister Veit unmittelbar auf der Hand. Es mußte darum gehen, an einer der der Reaktorstation nahe gelegenen Hochschulen entsprechende Lehrstühle bereitzustellen und diese den ins Auge gefaßten Reaktor-Wissenschaftlern anzubieten. Veits Aktennotiz nach erging die Aufforderung, das Kultusministerium zu unterrichten, damit dieses dafür Sorge tragen könne, den Weg von Wirtz an eine der Universitäten des Landes in jeder Hinsicht zu ebnen [634]. Daß die Technische Hochschule Karlsruhe sich beim Ausbau des Lehr- und Forschungsgebietes der Reaktorwissenschaften mit einem Berufungsvorschlag zunächst „primo et unico loco“ [635] auf den Heidelberger Kernphysiker Prof. Dr. Otto Haxel verständigt hatte und demgegenüber der dringende Bitte von Wirtschaftsminister Veit um Bereitstellung einer Honorarprofessur für Karl Wirtz nur sehr zögerlich nachkam, sei hier nur am Rande vermerkt. Hierauf wird an anderer Stelle noch zurückzukommen sein.

Mit ihrem Votum für Karlsruhe hatte die Physikalische Studiengesellschaft einen weiteren Meilenstein in der Standortentscheidung gesetzt. Die übereinstimmenden Positionen von Bundesregierung und Physikalischer Studiengesellschaft mußten es als nunmehr geradezu unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß von dem beschlossenen Weg abgewichen würde. Zu einer gegenteiligen Auffassung schien keine Veranlassung zu bestehen. Die Kontrahenten konnten mithin davon ausgehen, daß die Würfel endgültig gefallen seien.



staatsmin stgt dfs nr. 153 am 18.7.55 12.45 uhr

an das  
staats

zel A  
L12

bad wuertt bonn fs nr. 153 am 18.7.55 12.45 uhr

herrn  
ministerpraesident  
dr. gebhard mueller  
s t u t t g a r t  
-----  
staatsministerium

ministerialdirigent grau vom bundeskanzleramt teilt mit, dass  
in der sitzung des aufsichtsrats der physikalischen studien-  
gesellschaft am sonnabend die atommeilerfrage eroertert wurde.  
nach dem ergebnis der besprechung kann das eintreten der in  
der studiengesellschaft vertretenen industrien fuer karlsruhe  
als gesichert angesehen werden.  
um vertrauliche behandlung dieser mitteilung wurde gebeten.

bad wuertt bonn  
gez. dr. g o e g l e r +

staatsmin stgt fs.nr.153 18.7.55 12.50uhr erhalten kr.  
dsk

Abb. 22:  
Die Entscheidung der Physikalischen Studiengesellschaft wird bekannt. (Aus: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom  
18.7.1955).



---

Dennoch zeigt das Verhalten der Betroffenen, daß sie sich ihrer Sache immer noch nicht gänzlich sicher sein zu können glaubten. Insbesondere auf Seiten Baden-Württembergs herrschte in dieser Hinsicht ein gerüttelt Maß an Mißtrauen. Man fragte sich, ob nicht doch mit der Möglichkeit zu rechnen sei, daß in letzter Minute wieder alles hintertrieben würde und suchte dementsprechend nach immer neuerlichen Bestätigungen für die getroffene Entscheidung. Diese erhielt man auch, und zwar sowohl von der Physikalischen Studiengesellschaft [636] als auch dem Kanzleramt bzw. dem Bundeswirtschaftsministerium [637].

Die Öffentlichkeit wurde dann Anfang August 1955 durch offizielle Erklärungen der Pressestellen des Staatsministeriums Baden-Württemberg [638] und auch des Bundeskanzleramtes [639] von der Standortwahl unterrichtet (Vgl. Abb. 23). In einem zusätzlichen Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten Hoegner hatte Adenauer die getroffene Entscheidung unter Bezugnahme auf die vorangegangene Presseerklärung sogar nochmals explizit erläutert. Aus seinem Schweizer Urlaubsdomizil Müren ließ Adenauer Hoegner folgendes wissen: „Bei der erwähnten Besprechung (vom 29.6.1955, d. Verf.) wurde vorgesehen, daß der große Reaktor bei Karlsruhe errichtet werden sollte, und zwar aus den vertraulich bekanntgegebenen Gründen von SHAPE. Es sollte weiter die Verlegung des Max-Planck-Instituts für Physik von Göttingen nach München betrieben und bei München ein kleinerer Reaktor errichtet werden, der Herrn Professor Heisenberg gestatten würde, in vollem Umfange die nötigen wissenschaftlichen Arbeiten auszuführen. Die anwesenden Vertreter der Industrie waren ebenfalls für diese Lösung“ [640].

Auch diesen Ausführungen nach konnte kaum Anlaß bestehen, die gefällte Grundsatzentscheidung mißzudeuten und den Standort Karlsruhe erneut infrage zu stellen.

Dessen ungeachtet sorgte ein Vorstoß Werner Heisenbergs erneut für Unruhe. Dieser hatte auf der Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft vom 9. September 1955 unter Bezugnahme auf ein Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, dem Bayerischen Ministerpräsidenten Hoegner sowie dessen Kultusminister Rucker [641] (Vgl. Anhang) nämlich die Frage aufgeworfen, „ob nicht neben Karlsruhe auch für München ein größerer Reaktor vorgesehen und zunächst die Errichtung dieses Reaktors in Angriff genommen werden sollte“ [642]. Heisenbergs neuerlicher Versuch, die Grundsatzentscheidung zur Standortfindung, die Bundesregierung und Physikalischer Studiengesellschaft getroffen hatten, doch noch umzuwerfen, führte zu einer äußerst lebhaften Aussprache. Unverzüglich widersprach Ministerialdirigent Hinsch aus dem Bundeswirtschaftsministerium, der sich hierzu vorab hatte ausdrücklich ermächtigen lassen [643]. Er hielt stattdessen fest, daß Minister Erhard „bei der von Herrn Professor Heisenberg erwähnten Besprechung davon ausgegangen sei, daß über den Karlsruher Meiler zugunsten der Errichtung bei Karlsruhe entschieden sei“ [644]. Man habe im Rahmen der Tegernseer Gesprächsrunde ausschließlich erörtert, wie für Heisenberg in München ein kleiner Reaktor für wissenschaftliche Zwecke bereitgestellt werden könne [645]. Es sei hingegen in keiner Weise darum gegangen, die Entscheidung der Bundesregierung auf den Kopf zu stellen.

Auch Ministerialdirigent Grau, der Vertreter des Bundeskanzleramtes, trat dieser Linie bei. Er verlaß einen Brief, den Bundeskanzler Adenauer an Ministerpräsident Hoegner gerichtet hatte und in dem betont wurde, „daß der größere Meiler nach Karlsruhe kommen soll(e), daß aber nichts dagegen einzuwenden sei, wenn ein kleinerer Meiler für Herrn Professor Heisenberg in München errichtet werde“ [646]. Sowohl Hinsch als auch Grau ließen keinen Zweifel daran, daß eine Änderung der Entscheidung des Bundeskanzlers in dieser Angelegenheit nicht zu erwarten sei [647]. Zur Bekräftigung dieser Position hielt Hinsch später in einer internen Aktennotiz fest, daß er sich eine solche Meinungsänderung schon deswegen nicht vorstellen könne, „weil die Entscheidung in einem größeren Kreise gefällt worden (sei): Anwesenheit von mehreren Bundesministern und der Ministerpräsidenten der beteiligten Länder bzw. deren Vertreter. Hinzu komm(e), daß die Entscheidung . . . auf einer Stellungnahme von General Grünther (basiere)“ [648] (Vgl. Anhang). Obwohl auch Wilhelm Bötzkes und Hermann Reusch vom Vorstand der Physikalischen Studiengesellschaft wiederholt auf die Eindeutigkeit der Entscheidung „des Herrn Bundeskanzlers“ [649] aufmerksam machten, kam man schließlich auf Drängen von Winnacker, Haberland und anderen doch überein, Alfred Petersen damit zu beauftragen, bei

Mitteilung an die Presse

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gibt bekannt:

Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge sind im wesentlichen die bisher der Bundesrepublik auferlegten Beschränkungen auf dem Gebiet der Kernenergie weggefallen. Die Bundesregierung prüft nunmehr alle Möglichkeiten, die sich für die Kernforschung und die technisch-wirtschaftliche Verwertung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken in der Bundesrepublik bieten. Aus diesem Anlaß fand kürzlich unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers eine Besprechung statt, in der insbesondere Vorschläge für die Errichtung der ersten Reaktorstation in der Bundesrepublik erörtert wurden. Diese Station soll auf gemeinnütziger Grundlage der Forschung und der Entwicklung der friedlichen Atomtechnik sowie der Heranbildung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses dienen. Bei der Besprechung wurde in Abwägung aller in Betracht kommender Gesichtspunkte vorgesehen, die Reaktorstation bei Karlsruhe zu errichten. Die weiteren Verhandlungen über den Bau und den Betrieb der Station werden nunmehr zwischen den beteiligten Kreisen der Wissenschaft und Wirtschaft, dem Bund, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe geführt werden. Im Zusammenhang mit den Plänen für die Reaktorstation wird auch die Frage geprüft, wie eine Mitarbeit des Max-Planck-Instituts für Physik in Göttingen, dessen Leiter, Professor Heisenberg, auf dem Gebiet der kernphysikalischen Forschung führend tätig ist, bei der Errichtung und an den Arbeiten der Station gesichert werden kann.

Unabhängig hiervon sind die Bayerische Regierung und die Stadt München an Professor Heisenberg mit dem Vorschlag herangetreten, sein Institut von Göttingen nach München zu verlegen. Hierüber werden noch Verhandlungen zwischen der Leitung der Max-Planck-Gesellschaft, der Bayerischen Regierung, der Stadt München und Professor Heisenberg geführt.

Bonn, den 2. August 1955

Veröffentlicht durch das  
Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung.

Abb. 23 (1):  
Presseerklärung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zur  
Entscheidungsfällung über den Reaktorbauplatz vom 2. August 1955 (Aus: BAK, B 136/6107 Nr.  
825/55).

Das Land Baden-Württemberg ist vom Kohlenrevier weit entfernt. Es muss daher danach streben, auch in der ferneren Zukunft bei abnehmenden Kohlenvorräten seine Energieversorgung sicherzustellen. Die hochentwickelte und spezialisierte Industrie des Landes erfordert es, mit den neuesten Erkenntnissen der Technik und mit den modernsten Fertigungsmethoden stets Schritt zu halten. Die Erzeugung von Atomenergie und die Atomtechnik sind in den Bereich der Verwirklichung gerückt. Der demnächst in Genf stattfindende Atomkongress wird der Öffentlichkeit zeigen, dass die Welt am Vorabend des Atomzeitalters steht und dass ein Zeitalter neuer Technik beginnt. Die Technik kann guten, aber auch verderblichen Zwecken dienen. Deutschland wird nach der Wiederherstellung seiner Souveränität, die ihm auch auf dem Gebiet der Atomforschung die Freiheit gegeben hat, alles tun, um die Atomenergie ausschliesslich für friedliche Zwecke zu gebrauchen.

Das Land Baden-Württemberg hat im Hinblick auf den zunehmenden Energiebedarf und in Erkenntnis der technischen Bedürfnisse seiner Industrie Wert darauf gelegt, sich massgeblich an der deutschen Atomforschung zu beteiligen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsministerium und der Stadtverwaltung Karlsruhe sowie die Initiative und ständige Mitwirkung des Ministerpräsidenten haben es erreicht, dass die Entscheidung der Bundesregierung zugunsten von Karlsruhe gefallen ist. Diese Stadt wird der Standort des ersten deutschen Atomforschungsmeilers werden. Gleichzeitig mit dem grossen Forschungsmeiler wird auch ein chemisches Institut errichtet werden, dem zweifellos noch weitere folgen werden, da Karlsruhe als Mittelpunkt der Forschung sich auch entscheidend an der Ausbildung der Studenten, Ingenieure und Forscher auf dem Gebiet der Atonwissenschaft beteiligen muss. Da die Universitäten Freiburg und Heidelberg über die ersten Kräfte auf diesem Gebiet verfügen, wird eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Forschungsmeiler und den genannten Universitäten in erster Linie angestrebt. Die Landesregierung wird auch bei der Weiterbehandlung der Angelegenheit die Interessen des Landes und seiner Wirtschaft wahrnehmen.

Vermerk:  
Am 2.8.55 von der Pressestelle des  
Staatsministeriums der Presse übergeben.

J. J. 9.  
23.8.55

8405.1 / -

Abb. 23 (2):  
Presseerklärung des baden-württembergischen Staatsministeriums zur Entscheidungsfällung über den Reaktorbauplatz vom 2. August 1955. (Aus: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 148).

---

„Staatssekretär Westrick zu sondieren, ob eine nochmalige Besprechung bei dem Herrn Bundeskanzler über die Standortfrage im kleinsten Kreise opportun bzw. möglich sei“ [650]. Doch hierfür war es längst zu spät. Eine wie auch immer geartete Revision der gefaßten Beschlüsse stand für die Bundesregierung längst nicht mehr zur Diskussion und dementsprechend mußte sich ein weiteres Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Werner Heisenberg zu dieser Thematik erübrigen [651]. „Ich habe“, so Staatssekretär Westrick im Schreiben an seinen Kollegen Globke vom Bundeskanzleramt, „Herrn Petersen gesagt, daß nach meiner Meinung die Wiederholung der bisherigen Gespräche nur dann sinnvoll sei, wenn Prof. Heisenberg sich entschließen würde, auch im Falle der Beibehaltung der Entscheidung für Karlsruhe seine wissenschaftliche Mitarbeit zur Verfügung zu stellen“ [652]. Doch dies war genau das Gegenteil dessen, worum es Heisenberg ging, zumal Westrick ganz offen zum Ausdruck gebracht hatte, daß er sich von einem Gespräch zwischen Adenauer und Heisenberg **keine** Änderung der ergangenen Entscheidung erwarte [653]. Im Gegenteil. „Ich glaube jedoch“, so Westrick, „daß Herr Prof. Heisenberg nach einem solchen Gespräch davon überzeugt sein wird, daß die Entscheidung endgültig ist“ [654]. Gleichermäßen urteilte Staatssekretär Globke. „An der Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers zugunsten von Karlsruhe“, so seine Erklärung vom 22. September 1955, „(werde) nicht mehr gerüttelt. Die Entscheidung sei endgültig“ [655] (Vgl. Abb. 24). Daß diese Einschätzung tatsächlich zutraf, konnte Alfred Petersen wenig später der Physikalischen Studiengesellschaft aus erster Hand berichten. In seinem Schreiben an Wilhelm Bötckes gab er diesem folgende Zusammenfassung über den Vorstoß beim Bundeskanzler:

„Wegen der Standortfrage habe ich mit Herrn Staatssekretär Westrick und Herrn Staatssekretär Globke in Beisein des Bundeskanzlers gesprochen. Die Unterredung verlief **negativ, da der Herr Bundeskanzler es ablehnte, in der Standortfrage eine Änderung eintreten zu lassen.**“ (Zit.: IKB, 2, Brief Petersen an Bötckes vom 5. 10. 1955)

## 7. Ausblick

Mit Genugtuung konnte Baden-Württembergs stellvertretender Ministerpräsident Veit auf der Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft vom 10. November 1955 so den Dank seines Landes für die getroffene Standortwahl abstaten [656]. In Anwesenheit des neuernannten Bundesministers für Atomfragen, F.-J. Strauß, kündigte er zudem die „freudige Mitarbeit“ [657] Baden-Württembergs am Reaktorprojekt an und wiederholte die verbindliche Zusage des Landes, sich an der Finanzierung der Reaktorstation mit einem Betrag von zehn Millionen DM zu beteiligen. Ebenso habe man, wie Veit unterstrich, erste organisatorische Infrastrukturen geschaffen, und zwar:

1. eine unter der Leitung von Präsident Seifriz stehende Sonderabteilung für Kernenergie-Fragen im Wirtschaftsministerium;
2. einen 21-köpfigen „Beirat für Kernenergie“, der die Aufgabe habe, das Wirtschaftsministerium über Angelegenheiten der Kernenergie zu beraten sowie bei Maßnahmen auf diesem Gebiet zu unterstützen [658]; und
3. sei dem Ministerrat die Bildung eines interministeriellen Ausschusses beschlossen worden, um auch auf dieser Ebene die anstehenden Aufgaben besser koordinieren zu können [659].

Als nicht weniger erfreulich war anzusehen, daß der Karlsruher Stadtrat sich bereits am 20. September 1955 mit einer deutlichen Mehrheit von dreiundvierzig zu sechs Stimmen formell für die „Errichtung des ersten Atomreaktors der Bundesrepublik innerhalb der Gemarkungsgrenzen von Karlsruhe“ [660] ausgesprochen hatte (vgl. Abb. 23). Von dieser Seite her standen dem Vorhaben mithin auch keine Hindernisse mehr im Wege. Ohnehin schien die Karlsruher Bevölkerung der Errichtung eines Atommeilers keineswegs ablehnend gegenüberzustehen. Eine von der Stadtverwaltung bei EMNID in Auftrag gegebene Meinungsumfrage legte diesen Schluß zumindest nahe. Danach befürworteten 63% der befragten Männer bzw. 27% der Frauen den Bau eines Reaktors, während sich 15% der Männer bzw. 30% der Frauen dagegen aussprachen [661]. Insgesamt votierten 43% der Befragten für und 23% gegen den Atommeiler in ihrer Stadt, während 34% keine Meinung dazu besaßen [662].



Entwurf

55 225 - K/T -

Bonn, den 23. September 1955

1. Aktenvermerk

betr. Errichtung eines Atommeilers in Karlsruhe.

Herr Minister Farny hatte am 22. Sept. eine Besprechung mit Herrn Staatssekretär Globke im Bundeskanzleramt in der oben näher bezeichneten Angelegenheit. Herr Dr. Globke hat eindeutig erklärt, dass an der Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers zugunsten von Karlsruhe nicht mehr gerüttelt werde. Die Entscheidung sei endgültig.

gez. M a y

2. Nachricht hiervon

Herrn Ministerialdirektor  
Prof. Dr.-Ing. E. H o t z  
Wirtschaftsministerium

Herrn Präsident Dr. S e i f r i z  
Landesgewerbeamt  
S t u t t g a r t

mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme.

LAND BADEN-WÜRTTEMBERG  
Vertretung beim Bund  
I.V.

gez. M a y

2.z.d.A.

23/9

Abb. 24:  
Staatssekretär Globke vom Bundeskanzleramt bestätigt die Standortentscheidung. (Aus: HStSt, EA  
1/4, Nr. 1055 vom 23.9.1955).



# AMTSBLATT

FÜR DEN STADTKREIS KARLSRUHE

Herausgeber:  
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe



Verlag:  
Druckerei der Stadt Karlsruhe

Nummer 38

Freitag,

23. September 1955

PREIS 10 Pfg.

## 43:6 für Atommeiler

Stadtratsentscheid am 20. September 1955 nach gewissenhaften Prüfungen

Drei Studienkommissionen in der Schweiz, in Frankreich und England, am 17. September 1955 fast drei Stunden Pressekonferenz über den Atommeiler und am 20. September zwei-stündige Stadtratsdebatte über die Erstellung eines Atomreaktors innerhalb der Gemarkungsgrenze der Stadt — genug Beweise des tiefen Verantwortungsgefühls, mit dem Stadt- und Stadtverwaltung nach verschiedenen Auflagen sich mit der Materie und den Problemen beschäftigt haben. Das Interesse der Bevölkerung bewies sich durch die Besetzung auch des letzten Stabes im Kleinen Stadthausaal während der entscheidenden Stadtratsitzung. Interesse, aber keine Unruhe in der Stadt, wie Oberbürgermeister Klotz eingangs bemerkte, im Bewußtsein, durch die ihn erreichenden Briefe ein echtes Spiegelbild der Bevölkerungslage zu haben. Bei der selbsterhellenden Planung eines Atomhauses im Stadtgarten seien zehn- bis zwanzigmal mehr Briefe bei ihm eingegangen, als vom Institut für Rechenforschung Bielefeld (EMNID) Mitte September durchgeführten Befragung von rund 100 Karlsruher Einwohnern hatten sich 43 Prozent für den Bau des Atommeilers, und 23 Prozent dagegen ausgesprochen, während 34 Prozent der Befragten keine entscheidende Meinung vertraten.

Am 4. August 1955 hat die Bundesregierung die Errichtung eines Atommeilers in Deutschland bekannt gegeben und die Anlegung innerhalb der Gemarkungsgrenzen von Karlsruhe in Aussicht gestellt, erlangte Oberbürgermeister Klotz. Viele Fragen seien vor ihm zu lösen gewesen. Er danke allen, die dabei mitgewirkt haben, besonders auch der baden-württembergischen Regierung für ihre Unterstützung. Die Stadtverwaltung habe Mittel eingesetzt, um eine Untersuchung aller Belangen und damit eine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen zu ermöglichen.

Eine erste Studienkommission reiste während der Genfer Atomkonferenz in diese Stadt, die im Besitze eines Atommeilers ist. Beigeordneter Dr. G u r k berichtete als Delegationsführer wie am Samstag auf der Pressekonferenz. Das ist kurz zusammengefaßt: Ein Atommeiler kann nach dem heutigen Stand und den Erkenntnissen der Atomwissenschaft umöglich explodieren, der Atomstillstand bedeutet kein Problem mehr; er wird zunächst gesammelt, sicher in Beton verwahrt und später zur Verwendung außerhalb in eine wohl noch in Europa einzurichtende Zentrale abtransportiert. Die Abwässer sind nicht mehr radioaktiv. Die Bevölkerung bewegt sich um den Meiler ohne Furcht. Eine von einer Minderheit geforderte Volksabstimmung brachte eine überzeugende Mehrheit für den Bau des dortigen Atommeilers. Die Kommission habe die Überzeugung gewonnen, 1. Der Bau von Atommeilern in Deutschland ist dringend erforderlich, um die knappen wissenschaftlichen Vorräte des Auslandes aufzuheben, 2. Der Bau eines Atommeilers auf dem vorgesehenen Gelände am Rhein kann in vollem Umfang verantwortet werden. Karlsruhe würde mit der sogenannten „heißen Chemie“ nichts zu tun haben, aber evtl. besondere Institute bekommen. Der Bau würde der Genehmigung und Aufsicht durch den Bund unter Hinziehung wissenschaftlicher Experten unterliegen.

Ueber die Beobachtungen der nach Saclay bei Paris gereisten zweiten Studienkommission berichtete Beigeordneter Dr. B a l l. Die 1950 dort Beschäftigten könnten gefährliche Radioaktivität sofort durch einen kleinen Rock-aufschlag angebrachten Filmstreifen feststellen. Die Bevölkerung des nur einen Kilometer entfernten Dorfes kann sich ebenfalls an einem selbstbeschreibenden Geigerzähler kontrollieren. Bisher waren weder Nachteile für die Menschen noch für die Ernte festzustellen. Das Dorf besitzt keine Wasserleitung, vielmehr wird das Trinkwasser aus Brunnen unmittelbar beim Meiler gestempelt. Auch dies erwies sich als ungefährlich. Der jetzige Atommeiler hat 2500 kw. Daneben wird ein 10.000 kw-Meiler aufgebaut. Keine Explosionsgefahr. Wenn der Meiler zu heiß würde, stellt er sich von selbst ab. Ueber den Atomstill berichtete Dr. B a l l wie vordem Dr. G u r k. Wahrscheinlich können die in Betonbehältern ver-

grabenen Abfälle schon bald in einer europäischen Zentrale zur Frischhaltung von Lebensmitteln Verwendung finden. Der 6 bis 7 km vom Meiler entfernte Ort Harwell, 20 km vom Zentrum von Versailles entfernt liegende Atommeiler wäre bedenkenlos näher an Paris herangerückt worden, wenn dort ein geeignetes großes Gelände zur Verfügung gewesen hätte und die Grundstückspreise nicht zu hoch gewesen wären. Nach Ansicht des Leiters des Atommeilers in Saclay, besäße ein Atommeiler heute weniger Gefahren, in sich als jeder auf Kohlenbasis arbeitende Werk.

Als Leiter der dritten Studienkommission berichtete Bürgermeister Dr. G u t e n k u n s t über die britischen Atomerkennnisse und den Atommeiler von Harwell. Auch hier wurde die Überzeugung gewonnen; bei Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen sind nennenswerte Betriebsstörungen unmöglich, die Explosion eines Atommeilers ist ausgeschlossen, die Sicherheit der Beschäftigten ist unter der selbstverständlichen Einhaltung der gebotenen Sicherheitsmaßnahmen größer als in den meisten anderen Industriewerken. Die 4000 Angestellten, darunter 700 Wissenschaftler, wohnen seit Jahren in unmittelbarer Nähe des Meilers, der nur aus psychologischen Gründen etwas abseits von London angelegt wurde. Doch ist die Bevölkerung durch die Tatsache, daß die Bediensteten seit Jahren dort ohne Schäden arbeiten und wohnen, völlig beruhigt worden. Daß auch durch die Abwässer keine Gefahr besteht, geht daraus hervor, daß Abwässer von Harwell in die Themse abge-

leitet werden, aus der unterhalb dieser Einflußstelle Trinkwasser für die 10 Millionenstadt entnommen wird. Es scheint sich bereits eine große Industrieentwicklung im Zusammenhang mit dem Atommeiler ab-

zuzeichnen. Bevor der Stadtrat in die Diskussion eintrat, verwies Oberbürgermeister Klotz auch auf die Stellungnahme von Landrat Groß und Geschäftsführer Dr. G e r r a d s für die Industrie- und Handelskammer, die beide auf der Pressekonferenz am 17. September nach Teilnahme an den Studienkommissionen und reiflicher Überprüfung ein Ja zum Atommeilerbau abgegeben haben. Die Industrie- und Handelskammer stellte u. a. fest: „Die bisherige Entwicklung auf dem Gebiet der Atomenergie in allen großen Ländern der Welt zeigt, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, die Nutzbarmachung dieser Energie für friedliche Zwecke zu fördern und jene heute noch nicht voll überschaubaren Möglichkeiten auszunutzen, die auch für die Wirtschaft eines jeden Landes damit verbunden sind. Es ist zu begrüßen, daß sich auch Deutschland diesen Bemühungen endlich wieder anschließen kann. Was die spezielle Frage des Standortens eines zukünftigen Meilers in Karlsruhe im Hinblick auf die Wirtschaft des Bezirks angeht, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß sich nach den bisherigen Erfahrungen große Möglichkeiten ergeben, und zwar nicht nur für einen Teil der bereits ansässigen Betriebe, sondern auch für die Erweiterung der wirtschaftlichen Basis der Stadt und des besagten Bezirks überhaupt.“

### Die Meinung der Stadträte

Als erster Diskussionsredner sprach Stadtrat Dr. S c h i e l e (SPD). Ein neues Zeitalter habe in der Energiegewinnung und der Technik begonnen, erklärte er. Andere Länder hätten einen Vorsprung in praktischen Erfahrungen von nahezu zehn Jahren. Der jetzige Plan des Baues eines Atommeilers sei von weitreichender Bedeutung für Karlsruhe. Schon lange habe sich die SPD-Fraktion eingehend damit befaßt. Er bezeichnete es als ein lobenswertes demokratisches Bemühen, daß die Stadtverwaltung unter Ausbringung nicht geringer Mittel der Studienkommissionen an wichtige Punkte schickte. Mit großem Ernst sei dort mit Wissenschaftlern und Technikern diskutiert worden. Immer mit dem gleichen Ergebnis: Die Aufstellung eines Atommeilers auf Karlsruhe sei zu verantworten. Man müsse die Möglichkeit der Energiegewinnung über die Atomspaltung als eine Rettung aus dem Dilemma des steigenden Energiebedarfs bei abnehmenden Energiequellen (Kohle und Öl) betrachten. Namens der SPD-Fraktion sagte er Ja zum Atommeilerbau.

Auch Stadtrat G e h a r z (CDU) verwies in knappen Worten auf das weltweite Problem. Nach ausführlichen Besprechungen in der CDU-Fraktion sei weitgehend Einigkeit dahingehend erzielt worden, daß ein Atommeiler hier errichtet werden sollte.

Stadtrat Dr. K e d i e r (FDP) verwies darauf, daß es sich um keine politische, sondern um eine Gewissensfrage handelt. Alle, die in den Studienkommissionen teilgenommen haben, würden Ja sagen. Er dankte auch für die Zushriften, die ihn und seine Partei erreichten und die aus erster Gewissensforschung entsprungen seien. Oft stehen sie in wesentlichen Punkten mit den tatsächlichen Gegebenheiten in Widerspruch. Man müsse bedenken, daß die Atomtechnik für friedliche Zwecke eine Realität sei, was besonders grell während der Atomkonferenz in Genf sichtbar wurde. Wenn ein Land hierbei nicht mithalten könne, sei es zum wirtschaftlichen Tode verurteilt. Deshalb müsse man die Atomenergie auch in Deutschland entwickeln. Da wir hier über keine Wästen verfügen, müsse ein Meiler also immer in der Nähe von bewohnten Stellen unseres engsten Lebenskreises errichtet werden. Für Karlsruhe würde die Errichtung eines Atommeilers eine wesentlich wachsende Bedeutung der Technischen Hochschule, die Errichtung eines biologischen Instituts und wesentliche Fortschritte in der Krankenbehandlung bringen. Die Vorteile könnten also nicht angezweifelt werden. Freilich müsse die Frage der Gefahr

im Vordergrund stehen. Aber in theoretischen und praktischen Überlegungen käme man zu der Überzeugung, daß keine Gefahr bestehe. Dies hätten zahlreiche Wissenschaftler bestätigt und es hiede alle deutschen wissenschaftlichen Leistungen negieren, wenn man diesen Fachmännern nicht glauben wollte, nachdem sie schon zehn Jahre praktisch auf diesem Gebiete arbeiten. Zu sagen, daß diese Leute lügen, wäre schwerlich zu verantworten. In keinem Artikel über Atomgefahren seien tatsächliche Geschehnisse aus der Praxis mit gebührender Atomenergie angeführt. Hier müsse man sehr wohl zwischen Folgen der Atombombenexplosionen und der friedlichen Atomtechnik unterscheiden. Im übrigen begnüge sich nach der Zustimmung des Stadtrates der Bau des Atommeilers nicht sofort, sondern erst durch dazu berufene Organe des Bundes, des Landes, der Wissenschaft und Wirtschaft nach genauen Prüfungen und Unterstellung unter der Bauaufsicht des Bundes. Er plädierte für die Errichtung des Atommeilers auf Karlsruher Gemarkung.

Stadtrat Dr. B u c h t a (WDV) erklärte, daß Argumente über eine größere Gefahr Karlsruhes im Falle eines Krieges nicht stichhaltig seien, weil nach einem Atombombenkrieg nicht nur Städte, sondern ganze Länder ausgelöscht würden, wobei er noch u. a. Thomas Mann zitierte. Nach ärztlichen Stellungnahmen erwachse dem in der Rheinniederung gelegenen Karlsruhe durch den Bau eines Atommeilers keine weitere Ungunst in seiner gesundheitlichen Lage. Dagegen sei ein Gewinn an Energiequelle der Zukunft eindeutig. Die Bemühungen des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters seien unter diesem Gesichtspunkt dankbar zu begrüßen. Es wäre unverständlich, wenn nicht einstimmig Ja zum Bau gesagt würde. Stadtrat Dr. B u c h t a unterstrich diese Meinung noch mit Repliken auf die Entwicklung der Eisenbahn.

Stadtrat Dr. H e z l e r (KPD) verlas eine Erklärung, in der es u. a. heißt, daß das, was heute von den Vertretern der Stadtverwaltung und den Mitgliedern der Studienkommissionen vorgebracht werde, nicht in der kurzen Zeit von zwei bis drei Stunden durchdacht und abgezwungen werden könne. Es bestehe noch keine Klärung über den Träger des Unternehmens und über die Kontrolle. Der Stadtrat sei mit der Entscheidung überfordert. Es bestehe kein Zweifel, daß die Menschheit nach Atomzeitalter eingetreten sei, und daß diese neue, ungeheure Kraft und Hilfsquelle dem derzeitigen Erfordernis entspricht, weil der Energie-

Abb. 25:  
Offizielle Verlautbarung zum Stadtratsbeschluß vom 20.9.1955 im Amtsblatt für den Stadtkreis Karlsruhe. (Aus: StAK, H., Nr. 781.57, H.2, vom 23.9.1955).

Noch in anderer Hinsicht konnte man in Baden-Württemberg mit dem Verlauf, den die Gesamtentwicklung nahm, recht zufrieden sein. Zum einen hatte Karl Wirtz, der nach Ansicht Werner Heisenbergs „einzige“ deutsche Wissenschaftler, „der zur Zeit vom Reaktorbau praktisch irgend etwas verstünde“ [663], Interesse an der Mitarbeit am Karlsruher Projekt signalisiert und in einem Gespräch mit Franz Kirchheimer bereits am 6. August 1955 darum gebeten, „daß die Herren des Max-Planck-Instituts für Physik bei dem Betrieb des Atommeilers in Karlsruhe nicht ausgeschaltet (würden)“ [664].

Zum anderen stand seit dem 9. September 1955 fest, daß nicht etwa der ursprünglich vorgesehene graphitmoderierte Reaktor, sondern einer vom Schwerwassertyp geplant werden sollte [665], für den Karlsruhe im Hinblick auf die Kühlwasserversorgung Standortpräferenzen besaß. Und nicht zuletzt hatte sich auch auf dem 6. Bundesparteitag der CDU, der vom 26.-29. April 1956 in Stuttgart stattfand, wiederum bestätigt, daß der Aufbau des Atommeilers in Karlsruhe erfolgen würde [666]. Von Franz-Joseph Strauß, dem zuständigen Bundesminister für Atomfragen und Gastredner von der Bruderpartei CSU, war sein Referat unter scherzhaft-ironischer Anspielung auf die einleitenden Ausführungen des Parteitagspräsidenten Simpfendorfer [667] nämlich mit den Sätzen eröffnet worden: „Ich hoffe auch, daß ich in dieser Stadt und in diesem Land des Freundes Gebhard Müller wenigstens gnädig geduldet bin, da meine amtliche Aufgabe zur Zeit u. a. auch darin besteht, den badischen Bevölkerungsteil dieses Landes durch den Aufbau eines Atommeilers in Karlsruhe mit der Tatsache zu versöhnen, daß sie den Charakter der Landeshauptstadt verloren hat“ [668] (Abb. 26). Diese scherzhafte Bemerkung bildete später dann jenes Fünkchen Hintergrund, auf dem das Gerücht fußen sollte, die Standortentscheidung Adenauers für Karlsruhe habe tatsächlich etwas mit einer innenpolitischen Ausgleichspolitik im neuformierten deutschen Südweststaat zu tun gehabt. Dies trifft allerdings keineswegs zu.



Abb. 26:  
Besichtigung des Reaktorstandortes Karlsruhe durch den Bundesminister für Atomfragen, Franz-Josef Strauß (Bildmitte), in Begleitung von Oberbürgermeister Günther Klotz (links) und Bürgermeister Dr. Gutenkunst (rechts). (Aus: Stadtarchiv Karlsruhe, Badische Allgemeine Zeitung Nr. 261 vom 11. November 1955).

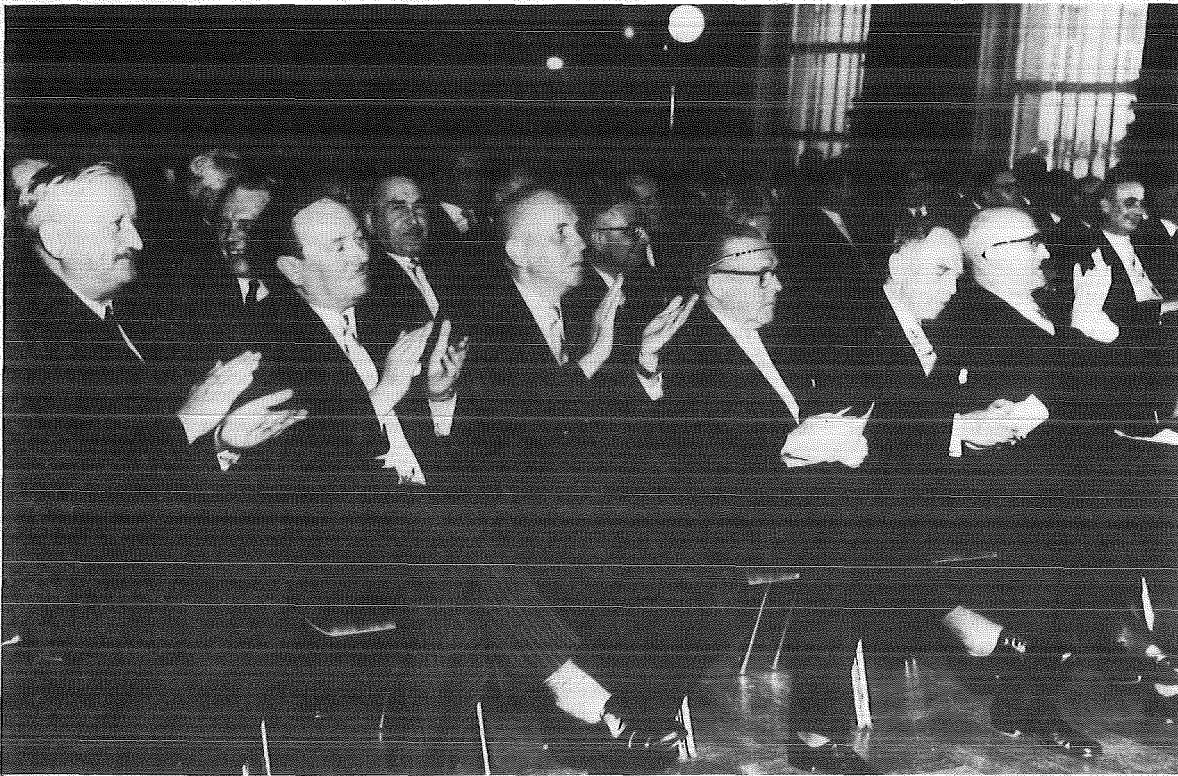


Abb. 27:

Festversammlung zur Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der „Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH“ am 19. Juli 1956 im Kleinen Saal der Stadthalle zu Karlsruhe (von l.n.r.: Kultusminister Simpfendorfer, Oberbürgermeister Klotz, Generaldirektor Prof. Dr. Winnacker, Wirtschaftsminister Dr. Veit, Prof. Dr. Otto Hahn und Ministerpräsident Dr. Müller). (Aus: Stadtarchiv Karlsruhe, Badische Neueste Nachrichten, Nr. 168 vom 20. Juli 1956).

Neuerliche Beunruhigung ist erst im Mai 1956 wieder zu verspüren, als der zunächst für die Errichtung der Reaktorstation vorgesehene Standort am Rhein, etwa sieben Kilometer vom Stadtzentrum Karlsruhes entfernt, überraschend ins Gerede gebracht wurde. Er sei, so die Einwände der Göttinger Fachleute Bornscheuer, Drouven, Müller, Seyd und Bauer [669], zu hoch- und grundwassergefährdet, erfordere zu kostspielige Aufschüttungsmaßnahmen und läge auch zu dicht an bewohntem Gebiet [670]. Von den in Betracht kommenden Alternativen favorisierte man einen Standort im Hardtwald, der dann auch tatsächlich gewählt wurde, allerdings den Nachteil aufwies, auf der Gemarkung Leopoldshafen zu liegen. Die Probleme, die mit der Verlegung der Reaktorstation aus dem Karlsruher Stadtgebiet in den Landkreis verbunden waren, sollten sich in ihrer ganzen Tragweite erst später in aller Deutlichkeit zeigen. Sie führten jedoch nicht, wie möglicherweise Werner Heisenberg noch im stillen gehofft hatte [671], zu einem Scheitern des Karlsruher Projektes. Dieser Themenkomplex, also das Aufbrechen einer heftigen und langjährigen „Standortdiskussion am Standort“, wird an anderer Stelle noch ausführlich zu behandeln sein.

Zunächst jedoch konnte man in Karlsruhe im Frühjahr 1956 davon ausgehen, daß der Errichtung der Reaktorstation nunmehr nichts mehr im Wege stünde. Dies umso weniger, als sich auch die öffentliche Hand und die deutsche Industrie auf ein Finanzierungsmodell für das Reaktorentwicklungszentrum verständigt hatte [672]. Danach sollte die Industrie über eine eigens hierzu gegründete „Kernreaktorfinanzierungs GmbH“ fünfzig Prozent des erforderlichen Stammkapitals von zunächst dreißig Millionen DM und später dann vierzig Millionen DM zeichnen. Die verbleibenden weiteren fünfzig Prozent teilten sich im Verhältnis 3 : 2 der Bund und das Land Baden-Württemberg [673]. Die Stimmrechte in den Aufsichtsorganen des zu gründenden



---

gemischtwirtschaftlichen Unternehmens verteilten sich paritätisch auf die staatlichen und die privatwirtschaftlichen Gesellschafter. Die laufenden Kosten sollten allein von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Auf der Grundlage dieser Konzeption wurde am 19. Juli 1956 im feierlichen Rahmen als Trägergesellschaft des Vorhabens die Kernreaktor Bau- und Betriebs-GmbH gegründet (Vgl. Abb. 27).

Damit fand einerseits ein erstes Kapital bundesdeutscher Kernenergiegeschichte seinen Abschluß, während gleichzeitig in Karlsruhe ein neues aufgeschlagen wurde.

## 8. Anmerkungen

- [1] Vgl.: Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStSt), EA 6/10, Bü 8710, Band (Bd.) III, Nr. 135.
- [2] Zit.: Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), Zentralarchiv des Vorstandes (ZdV); F: I/1, 4., Niederschrift über die erste Sitzung des Technisch-Wissenschaftlichen Beirats (TWB) der Physikalischen Studiengesellschaft (PSG) am 28.6.1955, S. 4.
- [3] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Bd. III, Nr. 150, vom 24.8.1955.
- [4] Vgl. u. a.: Hans-Joachim Bieber, Zur politischen Geschichte der friedlichen Kernenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1977, S. 40-41; Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975, Reinbek b. Hamburg 1983, S. 43-45; oder Karl Winnacker, Karl Wirtz, Das unverstandene Wunder. Kernenergie in Deutschland, Düsseldorf und Wien 1975, S. 120-122.
- [5] Nach: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055. Aktennotiz G. Müller v. 2.2.1954.
- [6] Vgl. hierzu u. a.: F. Sardemann, Die Deckung des künftigen Energiebedarfs, in: Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (Hrsg.), Atomenergie — Wege zur friedlichen Anwendung, Frankfurt 1956, S. 11-16, hier: S. 12.
- [7] Zit. nach: K. Winnacker, K. Wirtz, a.a.O., S. 65.
- [8] Vgl.: Firmenarchiv der Gutehoffnungshütte (GHH), Bestand 400101462/31, Brief H. Reusch an K. Adenauer v. 30.9.1951.
- [9] Vgl.: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, 194. Sitzung, Stenographische Berichte, Bd. 35, Bonn 1957, S. 11053.
- [10] Zit.: Atomplan der SPD. Erarbeitet vom „Ausschuß für Fragen der Atomenergie beim Vorstand der SPD“, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München, Bonn 1956, S. 357-362, hier: S. 357.
- [11] Angaben nach: Peter Hampe, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/82, Bonn 1982, S. 3-18, hier: S. 4.
- [12] Vgl.: ebenda.
- [13] Zit.: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, a.a.O., S. 11053.
- [14] Zit.: Karsten Prüß, Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1974, S. 32f.
- [15] Man setzte auf den „Hoffnungsträger“ Wissenschaft. Eine vergleichbare Grundtendenz beschrieb Armin Hermann bereits für die Zeit nach dem 1. Weltkrieg. Vgl.: Armin Hermann, Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor. Macht und Mißbrauch der Forscher, Stuttgart 1982, S. 116-125.
- [16] Vgl. hierzu: E. Salin, Ökonomik der Atomkraft. Vor einer neuen Etappe der industriellen Revolution, Köln 1955.

- 
- [17] Siehe: Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Nr. 6, Berlin 30. April 1946.
- [18] Zit.: ebenda.
- [19] Vgl.: Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission, Nr. 12, Berlin 1950. 1950, S. 122-132.
- [20] Nach: Thomas Stamm, Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965, Köln 1981, S. 57.
- [21] Dazu: Leo Brandt, Die zweite Industrielle Revolution, München 1957.
- [22] Nach: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München, Bonn 1956, S. 153.
- [23] Vgl.: Angelos Angelopoulos, Atomenergie und die Welt von morgen, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1956. Hier insbesondere: Kapitel VII, 3. „Die Atomenergie im Dienste der unterentwickelten Gebiete“, S. 131 ff.
- [24] Zit. nach: Allgemeine Zeitung, Nr. 2 vom 4. Januar 1955.
- [25] Vgl.: Sam. H. Schurr und Jakob Marschak, Economic Aspect of Atomic Energy, Princeton University Press 1950; bzw. Walter Isard und V. Whitney, Atomic Power, an Economic and Social Analysis, New York 1952.
- [26] Vgl.: Loe Brandt, Staat und friedliche Atomforschung, Köln/Opladen 1956.
- [27] Vgl. dazu: Hans-Joachim Bieber, a.a.O., S. 14 f.
- [28] Nach: Niederschrift über die 2. Sitzung der Kommission für Atomphysik der Deutschen Forschungsgemeinschaft am 19. November 1952 in Göttingen, S. 2. Die Erlaubnis war mit weiteren Auflagen versehen. So sollten jährlich nicht mehr als 500 Gramm Plutonium erzeugt werden dürfen. Zudem sollte der spätere Uranbergbau auf 9 Tonnen Uranelemente pro Jahr beschränkt bleiben.
- [29] Ausführlich hierzu: Thomas Stamm, a.a.O., S 57 f. Es handelt sich um die: Entscheidung Nr. 12 der Alliierten Hohen Kommission betr. Abänderung der Gesetzgebung über die Überwachung der der wissenschaftlichen Forschung beigefügten Verzeichnisse, in: Amtsblatt der AHK, Nr. 53, Berlin 1951.
- [30] Die Tagung fand am 3.10.1952 statt. Vgl.: Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg, 4. Oktober 1952, hier nach: T. Stamm, a.a.O., S. 158.
- [31] Über Vorlesungen zu diesem Themenkomplex, die Heisenberg seit Sommer 1950 und Wirtz seit Winter 1952/53 in Göttingen aufnahmen, unterrichten: K. Winnacker und K. Wirtz, a.a.O., S. 49.
- [32] Vgl. hierzu den Aktenbestand: HStSt, EA 6/10, Bü 8718, Bd. I.
- [33] Zwischen Kirchheimer und Leibbrand kam es bereits im Juli 1951 zu einem tiefen Zerwürfnis, als Kirchheimer seine Verdienste um das Auffinden der Schwarzwälder Uranlagerstätten durch Leibbrand öffentlich nicht hinreichend gewürdigt betrachtete. Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8718, Bd. II vom 31. Juli 1951 ff.
- [34] Nach: HStSt, EA 6/10 Bü 8718, Bd. I v. 16.6.1951 (Nr. 638/51), Badische Geologische Landesanstalt an Badische Landesregierung. Die Studienkommission Wittichen konnte auf geologische Voruntersuchungen zurückgreifen, die zwischen 1934 und 1939 von der Mineralogischen Studiengesellschaft Freiburg i. B. durchgeführt worden waren. Vgl. auch: Franz Kirchheimer, Die Uranerzvorkommen im Mittleren Schwarzwald, in: Direktion der Badischen Geologischen Landesanstalt (Hrsg.), Mitteilungsblatt 1951, Freiburg 1952, S. 2-66. Vgl. zudem: Geologisches Landesamt Baden-Württemberg (GLBW), Bestand: Studienkommission Wittichen (1950-1951); sowie: GLBW, Bestand: Uranprospektion, Uran-Untersuchungen Wittichen bis 31. Juli 1952.
-



- 
- [35] In seinem 9-seitigen Vorschlag zur Neuuntersuchung der Kobalt-Wismut-Silber-Erzgänge von Wittichen und Heubach im mittleren Schwarzwald vom 17. Juli 1950 unterstrich Prof. Schneiderhöhn (Freiburg) die Aussicht, auf ergiebige Uranlagerstätten zu stoßen mit dem Hinweis, „daß auch von ganz anderer Seite Vermutungen dieser Art gehegt wurden . . .“. Er sei nämlich im Herbst 1945 von den besten beiden amerikanischen Uran-Experten aufgesucht und äußerst präzise über die Uranführung der Wittichener Gänge befragt worden. Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, v. 17. Juli 1950, hier: S. 4-5. Amerikanische Experten waren im Hinblick auf die Bewertung der Wittichener Uranlagerstätten wesentlich zurückhaltender und schätzten die ausbeutbaren Vorräte auf „only a few tens of tons“. Zit. aus: United States Atomic Energy Commission, Division of Raw Material (Hrsg.), Uranium Deposits of the Wittichen-Heubach District Black Forest Area, West Germany by Donald L. Everhart, June 1952. Aus: GLBW, Bestand: Uransprospektion, 1. Uran-Untersuchungen Wittichen bis 31. Juli 1952.
- [36] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8718, v. 30.1.1952. Von deutscher Seite waren für die Überwachung der Einhaltung der Genehmigung zuständig: Franz Kirchheimer (Badische Geologische Landesanstalt) und Oberbergat Philipp (Leiter des Badischen Bergamtes).
- [37] Zit.: Akten des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg (WiMi B.-W.), Verschlußsache (VS-Vertraulich), Atom-Energie, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 1 zu Nr. 2. Stellungnahme von W. Heisenberg am 20. November 1952. In seinem Anschreiben an den Geschäftsteil VII des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg stellt Franz Kirchheimer allerdings richtig, daß das Uran nicht die höchsten Kosten bei der Errichtung der Reaktorstation ausmachen würde.
- [38] Nach: ebenda. Vgl. zudem: Christian Deubner, Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom, New York/Frankfurt 1977, S. 2 ff; sowie: Jonathan E. Helmreich, Gathering Rare Ores. The Diplomacy of Uranium Acquisition, 1943 - 1954, Princeton, New Jersey 1986.
- [39] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 56.
- [40] In der Senatskommission für Atomphysik der DFG ging die 1949 beim Deutschen Forschungsrat gegründete Kernphysikalische Kommission auf. Vgl.: Peter Weilemann, Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründung von EURATOM 1955-1957, Baden-Baden 1983, S. 51.
- [41] Vgl.: Sitzungsprotokoll der Senatskommission vom 27.3.1952 bzw. 19.11.1952. DFG A. 721-16, H.1. Für die Möglichkeit der Einsichtnahme in Kopien der genannten DFG-Protokolle hat Verfasser Herrn Prof. Dr. Armin Hermann besonders zu danken.
- [42] Noch 1955 stellte sich für Minister Oskar Farny von der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund die Frage, „. . . wer aus den Kreisen der Wissenschaft das Ohr des Kanzlers in Sachen Atommeiler zu finden Aussicht hätte und damit ein Gegengewicht gegen Herrn Prof. Heisenberg bilden könnte“. Zit.: HStSt, EA 1/4, Bü 1055. Vertrauliche Aktennotiz vom 3.2.1955.
- [43] Vgl.: Niederschrift über die 2. Sitzung der Kommission für Atomphysik der DFG am 19.11.1952 in Göttingen, a.a.O., S. 2. Vgl. zudem: GLBW, Bestand: Uran-Verwertung vom 26.7.1952, Brief W. Heisenberg an F. Kirchheimer. Aus einem Briefwechsel zwischen W. Hanle und F. Kirchheimer wird die spätere Unterrichtung Hanles erkennbar. Es ist in diesem Zusammenhang von „Cliqueswirtschaft“ die Rede. Vgl.: GLBW, Bestand: Uran-Verwertung, vom 27.8.1952, Brief Hanle an Kirchheimer.
- [44] Vgl.: ebenda.
- [45] Vgl.: ebenda, S. 1.
- [46] Zit.: ebenda, S. 2.
- [47] Zit.: ebenda, S. 4.
-

- 
- [48] Zit.: ebenda.
- [49] Zit.: ebenda.
- [50] Vgl. dazu u. a. die Unterstreichungen, die im Karlsruher Exemplar des Heisenbergschen Planungsentwurfes vom Mai 1954 an entsprechender Stelle angebracht worden sind. Vgl.: Stadtarchiv Karlsruhe (StAK), Hauptregistratur (H.), 781.57, Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH. 1952-1955, Heft (H) 1; nach 29.3.1954. Selbst Heisenberg mußte später diesen Sachverhalt einräumen. Vgl.: KfK, Institut für Neutronenphysik und Reaktortechnik (INR), R. 311, FA-Reaktorplanung, Niederschrift der Besprechung des Arbeitsausschusses Planung am 7. Dezember 1953, S. 7: „In Karlsruhe ist der Untergrund des Geländes für eine Belastung bis zu 50 Tonnen pro Quadratmeter wohl als sicherer zu bezeichnen“.
- [51] Zit.: Niederschrift über die 2. Sitzung der Kommission für Atomphysik der DFG am 19.11.1952 in Göttingen, a.a.O., S. 4.
- [52] Zit.: ebenda.
- [53] Zit.: ebenda.
- [54] Vgl.: ebenda, S. 4 f.
- [55] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 11 mit 10 vom 27.2.1953. Niederschrift über die Besprechung im Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn am 23.2.1953.
- [56] Zit.: Firmenarchiv GHH, Bestand 40010146/486, Brief vom 10.3.1955, E. Telschow (PSG) an H. Reusch (GHH). Auch Prof. Schneiderhöhn (Freiburg) scheint danach der Position Kirchheimers zugestimmt zu haben.
- [57] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 1 zu 2 vom 23.11.1952. Niederschrift über eine am 20. November 1952 im Bundesministerium für Wirtschaft stattgefundene Sitzung über die Bildung einer deutschen Kernenergie-Kommission.
- [58] Das Bundeswirtschaftsministerium war vertreten durch: Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard, Ministerialdirigent Schmid, Ministerialrat Hinsch, Regierungsrat Kattenstroth, Dr. Pretsch, Dr. Thieme, Herrn Lüert. Vom Bundeskanzleramt war anwesend: Ministerialrat Dr. Grau und vom Bundesministerium des Inneren Staatssekretär a. D. Wende.
- [59] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 1 zu 2 vom 23.11.1952, S. 2.
- [60] Nach: ebenda, S. 2r. Die Vorschläge für die Zusammensetzung der Kommission wurden von Heisenberg und Kirchheimer gemeinsam erarbeitet. Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 4 zu 5 vom 3.2.1953, W. Heisenberg an L. Erhard.
- [61] Zit.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 5 vom 5.2.1953, Geologisches Landesamt in Baden-Württemberg (Kirchheimer) an Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Geschäftsteil VII).
- [62] Vgl.: ebenda, Nr. 1 zu 2, Niederschrift . . . , S. 2r.
- [63] Dies ist die Gesamtbezeichnung für den Deutschland- und EVG-Vertrag.
- [64] Ein entsprechendes Schreiben hatte K. Adenauer vor der Sitzung vom 23.2.1953 an L. Erhard gerichtet. Vgl.: Niederschrift über die 4. Sitzung der Kommission für Atomphysik der DFG am 28.2.1953, a.a.O., S. 2, Bericht Heisenberg.
- [65] Zit.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 10 zu 11 vom 27.2.1953, Niederschrift über die Besprechung im Bundesministerium für Wirtschaft am 23.2.1953. Die genaue Bezeichnung des erwähnten Gesetzes lautet: Gesetz Nr. 23 der Militärregierung Deutschland, Amerikanisches Kontrollgebiet, betreffend Überwachung der wissenschaftlichen Forschung vom 12.9.1949 und Neufassung der Verzeichnisse nach der Entscheidung der Alliierten Hohen Kommission Nr. 12 vom 12.4.1951.
-

- 
- [66] Über die unterschiedlichen Auffassungen zur Aufgabe und personellen Besetzung der deutschen „Atomenergiekommission“ vgl.: Thomas Stamm, a.a.O., S. 159f und S. 163-171.
- [67] Zit.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 4 zu 5 vom 3.2.1953, W. Heisenberg an L. Erhard.
- [68] Zit.: ebenda.
- [69] Zit.: ebenda.
- [70] Vgl. Anmerkung 54.
- [71] Nach: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 10 zu 11.
- [72] Die Vertreter der Industrie im Moderatoren-Ausschuß waren: a) Herr Oberste-Berghaus von der Bamag-Meguina AG und b) Herr Ulrich von den Graphitwerken Kropfmühl AG/München.
- [73] Vgl. hierzu u. a.: Firmenarchiv GHH, Bestand 400101462/31.
- [74] Vgl.: ebenda, insbesondere die Korrespondenz mit Ludwig Erhard, Hans-Christoph Seebohm oder Karl Albrecht (Bundesminister für den Marshallplan).
- [75] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 1 zu 2 vom 23.11.1952, S. 2r.
- [76] Nach: Firmenarchiv GHH, Bestand 400101462/32 vom 30.10.1952, Brief: Bundeswirtschaftsministerium (Unterabteilung IV A) an H. Reusch, betr. Einladung zur Besprechung am 7.11.1952. „Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn Sie einer Anregung von Herrn Prof. Heisenberg folgend, an dieser Besprechung teilnehmen könnten“. Die Sitzung fand schließlich am 20.11.1952 statt.
- [77] Vgl.: Firmenarchiv GHH, Bestand 400101462/7. Unter anderem hatte H. Reusch einen Sitz im Aufsichtsrat der von Bötckes geführten Industriekreditbank (Düsseldorf).
- [78] Insbesondere wären hier die Professoren Schneiderhöhn und Gentner sowie Bergwerksdirektor Ficke zu nennen.
- [79] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 4 zu 5 vom 18. Mai 1953; sowie: ebenda, Nr. 9 vom 1. Juni 1953.
- [80] Vgl.: KfK, INR, R. 311, Schrank 4, FA-Reaktorplanung, Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses Planung am 30. Mai 1953 in den Räumen der Industriekreditbank.
- [81] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 9 vom 1. Juni 1953, F. Kirchheimer an Geschäftsteil VII des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg.
- [82] Vgl.: ebenda.
- [83] Die übrigen Tagesordnungspunkte betrafen: a) Uranbergbau und verfügbare Uranmengen; b) Moderatoren; c) Aufbau und Ausbildung der Mannschaft; sowie d) Finanzierung.
- [84] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 9 vom 1.7.1953, Bericht F. Kirchheimer an Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Geschäftsteil VII).
- [85] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 10, Protokoll der Sitzung des Planungsausschusses am 30.5.1953, S. 2.
- [86] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1, vom 4.6.1953, Brief E. Telschow (MPG) an Oberbürgermeister Klotz. Die Einbringung des Antrages durch Telschow entsprach dem Instanzenweg, war aber insofern für Karlsruhe recht günstig, als F. Kirchheimer sich als offizieller Initiator und Verfechter dieses Vorschlages nicht gleich zu erkennen geben mußte.
- [87] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1, Aktennotiz OB Klotz vom 15.12.1952. Der Vortrag Heisenbergs wurde Mitte Dezember im Süddeutschen Rundfunk übertragen. Nach: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 2a vom 23.1.1953. Später war in der Badischen Allgemeinen Zeitung vom 1./2.6.1957 davon die Rede, daß OB Klotz nach
-

---

eigener Aussage anlässlich einer Einweihung eines großen Ferienhauses im Hochschwarzwald im Dezember 1952 von einem Jungen Oberregierungsrat (Abt. Energieversorgung beim Wirtschaftsministerium = Dr. Greifeld) auf die Möglichkeiten aufmerksam gemacht worden sei, die die friedliche Kernenergienutzung auch für Kommunen beinhalte. Daraufhin sei er initiativ geworden. Zu den wütenden Protesten Kirchheimers zu dieser Darstellung der Dinge vgl.: Schreiben Nr. 461/57 des Badischen Geologischen Landesamtes an Oberregierungsrat Grunert (WiMi B.-W.) vom 24.6.1957.

- [88] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1, Aktennotiz OB Klotz vom 15.12.1952.
- [89] Vgl.: ebenda.
- [90] Vgl.: ebenda.
- [91] Zit.: ebenda.
- [92] Zit.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Aktenvermerk ORR Dr. Greifeld vom 23.1.1953. Mit Greifelds origineller Wortschöpfung dürfte das die deutsche Kernenergie-Industrie vorbereitende Gremium gemeint gewesen sein.
- [93] Vgl.: ebenda.
- [94] Zit.: ebenda.
- [95] Vgl.: Protokoll der Sitzung der Senatskommission für Atomphysik vom 19.11.1952; sowie: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 1 zu 2 vom 23.11.1952, Niederschrift über die Sitzung zur Bildung einer deutschen Kernenergie-Kommission im Bundesministerium für Wirtschaft am 20.11.1952.
- [96] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Aktenvermerk ORR Dr. Greifeld vom 23.1.1953. Greifeld beruft sich explizit auf seine Informationen.
- [97] Zit.: ebenda, Aktenanmerkung Seifriz vom 24.1.1953.
- [98] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 2 vom 24.11.1952; Nr. 5 vom 5.2.1953; Nr. 8 vom 25.2.1953; Nr. 10 zu 11 vom 6.3.1953 (jeweils Brief Kirchheimer an Geschäftsteil VII im B.-W. WiMi). Zudem: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 5 vom 18.5.1953; Nr. 4 vom 18.5.1953 und Nr. 9 vom 1.7.1953. Kirchheimer selbst gehörte dem Geschäftsteil VII im WiMi B.-W. als Referent (Sachverständiger) an.
- [99] Siehe: Schwarzwälder Bote, Nr. 103 vom 7.5.1953, S. 3. Fortgesetzt am 8.5. und 9.5.1953.
- [100] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 6b vom 12. Mai 1953, ORR Greifeld (WiMi B.-W.) an OB Klotz. Zudem: StAK, Neuere Urkunden Nr. 1. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Herrn Dr. Bräunche, StAK.
- [101] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 26.5.1953, Briefwechsel OB Klotz mit E. Telschow (Generalverwaltung der MPG); Abschriftlich an Prof. Kirchheimer, handschriftliche Anmerkung.
- [102] Vgl.: Geologisches Landesamt Baden-Württemberg, Brief Nr. 976/53 vom 15. Mai 1953, F. Kirchheimer an Geschäftsteil VII.
- [103] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 26.5.1953, Stadt Karlsruhe an Generalverwaltung der MPG.
- [104] Vgl.: ebenda.
- [105] Zit.: ebenda.
- [106] Zit.: ebenda.
- [107] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 9 vom 1. Juni 1953, F. Kirchheimer an Geschäftsteil VII, S. 2.

- 
- [108] Zit.: ebenda. Eine Kostenabschätzung des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg sprach bereits im Februar 1953 von einem erheblich höheren Finanzvolumen, nämlich von 50 Mill. DM. Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh: 11/8405.1, Nr. 6 vom 11.2.1953.
- [109] Zur Auflistung der Aktivposten des Standortes Karlsruhe vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 26.5.1953, Stadt Karlsruhe an Generalverwaltung der MPG.
- [110] Zit.: ebenda.
- [111] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 10 vom 30. Mai 1953, Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses Planung.
- [112] Zit.: ebenda; Vgl. auch: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 4. Juni 1953, E. Telschow (MPG) an OB Klotz. Eine Standortbesichtigung wurde für einen Termin in etwa vier Wochen angekündigt.
- [113] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 9 vom 1. Juni 1953, F. Kirchheimer an Geschäftsteil VII.
- [114] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 19.9.1953.
- [115] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 4.6.1953, E. Telschow (MPG) an OB Klotz.
- [116] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 12 vom 16.6.1953.
- [117] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 12.6.1953.
- [118] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 12 vom 16.6.1953.
- [119] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 12.6.1953.
- [120] Vgl.: ebenda. Als Ansprechpartner wurden für die TH-Karlsruhe die Professoren Henglein und Gerthsen genannt.
- [121] Tatsächlich setzte sich der Dekan der Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften der TH-Karlsruhe, Prof. Henglein, daraufhin in einem Schreiben an den Präsidenten der MPG, Prof. Otto Hahn, für den Standort Karlsruhe ein. Demgegenüber beurteilte Prof. Gerthsen die Angelegenheit wesentlich zurückhaltender. Er ließ erkennen, daß seiner Auffassung nach die Chancen Karlsruhes äußerst gering seien. Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 24.7.1953, Aktennotiz Dr. Gurk; und: ebenda, Briefkopie Henglein an Hahn vom 20.7.1953.
- [122] Vgl. dazu: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 20.10.1954, Aktennotiz Dr. Gurk. Es wird über ein Zusammentreffen von Seifriz, Gurk und Kromer mit Wirtz in Kassel berichtet.
- [123] Die Stadtverwaltung hatte es nicht versäumt, die Übersendung des Fragebogens durch das Wirtschaftsministerium anmahnen zu lassen. Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 18 vom 10.7.1953, Stadtverwaltung Karlsruhe an WiMi B.-W.
- [124] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 19.9.1953, E. Telschow (MPG) an OB Klotz.
- [125] Vgl.: ebenda.
- [126] Mit ihrem erfolgreichen Wasserstoffbombentest vom 12.8.1953 demonstrierte die Sowjetunion, daß sie in dieser Hinsicht mit den USA (Test vom 1.11.1952) zumindest hatte gleichziehen können. Dieses unerwartete Ereignis traf die USA wie ein Schock.
- [127] Bedenken dieser Art werden u. a. daran deutlich, daß auf einer Besprechung zwischen Vertretern des Karlsruher Stadtrates am 6.10. 1953 immer wieder der friedliche Charakter des eigenen Atomprojekts unterstrichen wurde. Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 8.10.1956.
- [128] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 8.10.1953. Protokoll über eine Besprechung mit Vertretern des Stadtrates und des Bürgermeisteramtes am 6.10.1953, S. 2.
- [129] Zit.: ebenda.
- [130] Zit.: ebenda, S. 2.
- [131] Vgl.: ebenda, S. 4.



- 
- [132] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 1.10.1953. Vorsitzende der Stadtratsfraktionen waren: Hermann Walter (SPD), Dr. Siegfried Kühn (CDU) und Prof. Albert Kessler (DVP).
- [133] Zit.: ebenda, S. 2.
- [134] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 1. Oktober 1953, Anlage II. Es handelt sich um einen Teil der von E. Telschow (MPG) der Stadt Karlsruhe per 19.9.1953 übersandten Unterlagen. Heisenbergs Pläne orientierten sich an den Gegebenheiten der kanadischen Reaktorstation Chalk River.
- [135] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 1.10.1953, S. 6.
- [136] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 1.10.1953, Anlage II, S. 1.
- [137] Klotz hatte die Problematik in folgende Worte gekleidet: „Daß die Geschichte nicht ganz harmlos sei, gehe allein daraus hervor, daß die Luft mit Radioaktivität geschwängert werde“. Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 8.10.1953.
- [138] Zit.: ebenda, S. 6. Selbst Stadtrat Berggötz, der später der „Ablehnungsfront“ angehörte, hatte seine Zustimmung nicht versagt.
- [139] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 28.10.1953, Aktenvermerk Dr. Gurk.
- [140] Darauf hatte man sich offensichtlich in München beschränkt.
- [141] Dieser Gedanke ging auf eine Anregung von Ministerialrat Seifriz zurück. Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 28.10.1953, Aktenvermerk Dr. Gurk.
- [142] So konnten etwa die von US-Dienststellen zugesagten „Aufnahmen des für die Reaktorstation vorgesehenen Geländes ... der schlechten Wetter- und Sichtverhältnisse wegen ... nicht angefertigt werden“. Demgegenüber waren die vom Vermessungs- und Liegenschaftsamt angefertigten Lagepläne für die Bewerbungsschrift nicht zu verwenden. Ein Teil der Photographien wurde von der Industrie- und Handelskammer bzw. dem Verkehrsverein zur Verfügung gestellt. Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 13.11.1953.
- [143] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 30.10.1953, Auftrag an Dr. Grolmann.
- [144] Vgl.: KfK, Aktensammlung der Rechtsabteilung (RA), M 27 (3).
- [145] Zur Terminplanung vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 28 vom 9.11. 1953.
- [146] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1. Antwortschreiben Heisenbergs an OB Klotz vom 9.11.1953 und ebensolches von Telschow vom 14.11.1953.
- [147] Zit.: ebenda, Brief vom 9.11.1953.
- [148] Zu nennen wären: Ministerpräsident Müller, Wirtschaftsminister Veit, Ministerialrat Seifriz, Oberregierungsrat Greifeld (alle Baden-Württemberg). Zudem Ministerialdirigent Hinsch (Bundeswirtschaftsministerium), Ministerialdirigent Grau und Staatssekretär Dr. Globke (Bundeskanzleramt).
- [149] Einbezogen wurde hier u. a. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard. Mit dem einflußreichen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Erwin Schoettle (SPD), versuchte man einen „der Schwaben in Bonn“ für sich zu gewinnen. Vgl.: Kurt Gayer, Die Schwaben in Bonn, Stuttgart 1968, S. 113-120.
- [150] So Prof. Bayer (Bayer Werke), Prof. Henglein (TH-Karlsruhe), Curt L. Schmitt als Herausgeber der „Vertraulichen Wirtschaftsbriefe“, sowie Dr. Friedrich Uhde (Dortmund), dessen Ingenieurbüro von Prof. Heisenberg mit Planungsarbeiten für die deutsche Reaktorstation betraut worden war.
- [151] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 20.11.1953, Dr. Gurk an Bundeskanzler Adenauer.
- [152] Zit.: ebenda.
-

- 
- [153] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 5.12.1953, Schreiben von C. L. Schmitt an Dr. Gurk: „Aus meiner jahrzehntelangen Praxis als Werbefachmann darf ich Ihnen zunächst meine Anerkennung und meinen Beifall zu der sehr ansprechenden und geschickten Werbung für Ihre Bemühungen aussprechen“.
- [154] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 30.11.1953, Prof. Joos an Dr. Gurk.
- [155] Zit.: StAK, H., Nr. 781.53, H. 1 vom 30.11.1953, Aktenvermerk Gurk.
- [156] Zit.: ebenda.
- [157] Zit.: ebenda.
- [158] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 3.11.1953, Brief Seifriz (WiMi B.-W.) an Gurk.
- [159] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 13.11.1953, Stellungnahme G. Müller an K. Adenauer.
- [160] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 5. November 1953, Stadtwerke Karlsruhe, Generaldirektor Dr. Möhrle an Stadtverwaltung/Dez. IV. Es fand eine Rücksprache mit den Professoren Henglein und Holluta statt.
- [161] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 13.11.1953. Aktennotiz Gurk über Gespräch mit O. J. Rösch/Wasserwirtschaftsamt.
- [162] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 29 vom 11.11.1953.
- [163] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 13.11.1955, Brief G. Müller an K. Adenauer.
- [164] Zit.: ebenda.
- [165] Nach: ebenda.
- [166] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 34 vom 11.11.1953, Aktenvermerk Greifeld.
- [167] Zu den wertvollen Diensten, die Farny in Sachen Reaktorstation dem Lande Baden-Württemberg leistete, vgl. insbesondere: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055.
- [168] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 65. Protokoll der Besprechung des Arbeitsausschusses Planung am 7.12.1953, Top 3 (Abschrift).
- [169] Zit.: ebenda. Vgl. zudem den Bericht Kirchheimers zu den Ergebnissen der Fachausschußsitzung in: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 44 vom 11.12.1953. Dort heißt es: „Herr Prof. Heisenberg hat nunmehr seine sachlichen Bedenken gegen eine Errichtung des Reaktors auf dem von der Stadt Karlsruhe vorgeschlagenen Gelände aufgegeben“. Dies war ein glattes Fehlurteil.
- [170] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 65.
- [171] Zit.: ebenda.
- [172] Vgl.: ebenda.
- [173] Nach: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung, Niederschrift über die Besprechung des Arbeitsausschusses Planung am 7.12.1953, S. 8.
- [174] Vgl. u. a.: Neue Zeitung/Baden, Nr. 298 vom 22.12.1953; Mannheimer Morgen Nr. 299 vom 24.12.1953 oder Die Neue Zeitung, Berlin, Nr. 302 vom 29.12.1953.
- [175] Vgl. den Bestand: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1. Dazu: Stuttgarter Zeitung Nr. 299 vom 23.12.1953.
- [176] Vgl.: Firmenarchiv GHH, 40010146/486 vom 11.2.1955, Telschow an Reusch.
- [177] Zit.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung, Niederschrift über die Besprechung des Arbeitsausschusses Planung am 7.12.1953, S. 6.
- [178] Zit.: ebenda.
- [179] Zit.: ebenda.
- [180] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 63 vom 26.1.1954, Brief Ludwig Erhard an W. Simpfendörfer.
-

- 
- [181] Zit.: ebenda.
- [182] Zit.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung, Protokoll der Planungsausschußsitzung vom 7.12.1953, S. 6.
- [183] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 44 vom 11.12.1953, Bericht Kirchheimer an Geschäftsteil VII.
- [184] Vgl.: ebenda.
- [185] Vgl.: Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft am 8.11.1954, in: KfK, RA, M 33. Oder: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Bd. III, o. N., Der Gewerkschaftler, Nr. 3 (1956).
- [186] Vgl.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung, Protokoll der Planungsausschußsitzung vom 7.12.1953, S. 8
- [187] Vgl.: ebenda.
- [188] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 65 vom 2.2.1954, Niederschrift der Planungsausschußsitzung vom 7.12.1953, S. 5.
- [189] Vgl.: ebenda, Aktenanmerkung S. 6.
- [190] Nach: ebenda, Aktenbemerkung F. Kirchheimer vom 17.2.1954, S. 6ff.
- [191] Zit.: ebenda, S. 6 unter c).
- [192] Zit.: ebenda, Anlage X. Abschrift eines Briefes vom 7.2.1954, Hermann Reusch an F. Kirchheimer.
- [193] Zit.: ebenda.
- [194] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 43 vom 11.12.1953, Aktennotiz Seifriz.
- [195] Dies waren: Generaldirektor Dr. Möhrle, Vermessungsdirektor Lang, Baudirektor Krieger und Verwaltungs Oberinspektor Kessinger. Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 30.11.1953, Aktenvermerk.
- [196] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 42 und Nr. 43, Einladung der Stadt Karlsruhe an Ministerpräsident Müller bzw. Wirtschaftsminister Veit.
- [197] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 43 vom 11.12.1953, Aktennotiz Seifriz.
- [198] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 30.11.1953, Aktenvermerk Gurk über Telefonat mit Telschow.
- [199] Vgl.: ebenda.
- [200] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 48 vom 21.12.1953, Aktennotiz Seifriz. Der Standort München war durch Mitglieder der Planungskommission bereits Mitte November 1953 aufgesucht worden. Vgl.: Badische Neueste Nachrichten vom 10.12.1953.
- [201] Ursprünglich sollte auf Vorschlag von F. Kirchheimer hin der Bauplatz etwas weiter südlich liegen, und zwar zwischen Maxau und Daxlanden, nicht allzuweit vom damaligen Hafengebiet entfernt. Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 12.6.1953.
- [202] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 43 vom 11.12.1953, Aktennotiz Seifriz.
- [203] Nach: ebenda.
- [204] Vgl.: Badische Neueste Nachrichten, Nr. 289 vom 10.12.1953 im Pressearchiv der Stadt Karlsruhe.
- [205] Vgl.: ebenda, Aktenbemerkung des Presseamtes für die Dezernate I und IV.
- [206] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 9.12.1953, Protokoll der Tischreden „anlässlich des Besuches der Gäste aus Göttingen, Stuttgart, Freiburg usw. in Zusammenhang mit der Besichtigung des Geländes am 8.12.1953, S. 3.
-

- 
- [207] Vgl.: ebenda. Unter anderem die Bemerkungen Bötzkkes zu einem Strafmandat in Höhe von 1,00 DM, welches er in Karlsruhe einmal für unerlaubtes Parken erhalten hatte.
- [208] Zit.: ebenda, S. 4.
- [209] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 43 vom 11.12.1953, Aktennotiz Seifriz.
- [210] Vgl. die Süddeutsche Zeitung vom 18.12.1953, hier nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 48 vom 21.12.1953, Rückseite.
- [211] Zit.: ebenda.
- [212] Zit.: ebenda.
- [213] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 54 vom 21.12.1953, W. Heisenberg an O. Farny.
- [214] Nach: ebenda.
- [215] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 53 vom 22.12.1953, Abschrift des Briefes Gögler (Landesvertretung) an Göler (Staatsministerium).
- [216] Zit.: ebenda.
- [217] Zit.: ebenda.
- [218] Zit.: ebenda.
- [219] Zit.: ebenda.
- [220] Zit.: ebenda.
- [221] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 28.10.1953, Aktenvermerk Gurk.
- [222] Zit.: Karlsruhe bewirbt sich um den Atommeiler, KfK, RA, M 27 (3), S. 20.
- [223] Zit.: ebenda.
- [224] Vgl.: ebenda.
- [225] Vgl. Süddeutsche Zeitung/München vom 28.12.1953, Erich Kuby: „Atommeiler nicht gleich Atombombe“.
- [226] Zit.: ebenda.
- [227] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 57 vom 21.12.1953. Vgl. zudem: ebenda, Nr. 48 vom 21.12.1953, Empfehlung von Seifriz.
- [228] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 47 vom 18.12.1953. Als Ergebnis der Besprechung wurde festgehalten, daß sich Herr Hinsch bei der weiteren Bearbeitung der Angelegenheit mit Nachdruck für Karlsruhe einsetzen würde.
- [229] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 52 vom 23.12.1953, Bericht Seifriz.
- [230] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 56 vom Dezember 1953, Bundeskanzler Adenauer an Staatsminister Seidel.
- [231] Adenauer bezog sich auf den Artikel „Atom-Meiler soll nach München kommen“ in der Süddeutschen Zeitung München vom 18.12.1953.
- [232] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 56 vom Dezember 1953, Bundeskanzler Adenauer an Staatsminister Seidel.
- [233] Zit.: ebenda.
- [234] Nach: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 24.12.1953, Bundeskanzler Adenauer an Staatsminister Seidel.
- [235] Vgl.: Badische Zeitung Freiburg vom 23.12.1953; Frankfurter Allgemeine, Nr. 298 vom 26.12.1953; Badische Nachrichten, Nr. 300 vom 23.12.1953; Durlacher Tagblatt, Nr. 298 vom 23.12.1953; Rhein-Neckar-Zeitung, Nr. 299 vom 23.12.1953; Mannheimer Morgen, Nr. 299 vom 24.12.1953.

- 
- [236] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 18.1.1954, Brief H. Seidel an Bundeskanzler K. Adenauer. Seidel schob alle Verantwortung mit der Begründung auf Baden-Württemberg, daß man ihn von hier zu seiner Handlungsweise provoziert habe. Erst durch die Pressekonferenz von Gebhard Müller sei die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Seidels Presseerklärung gelenkt worden.
- [237] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 56 vom Dezember 1953, Adenauer an Seidel.
- [238] Vgl.: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesrepublik vom 29.12.1953, Nr. 247, S. 2062. „Kein deutsches Atomwerk“. Abschriftlich in: HStSt, EA 1/4 Nr. 1055, vom 23.12.1953.
- [239] Siehe u. a.: Badische Volkszeitung vom 24.11.1953: „Karlsruhe im Endkampf um den Atom-Meiler“.
- [240] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 28.12.1953, Beschluß Dez. IV an Oberfinanzdirektion Karlsruhe.
- [241] Nach: ebenda.
- [242] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 11.1.1954, Regierungsbaudirektor K. Kölmel an Stadtverwaltung Karlsruhe (Gurk).
- [243] Vgl.: ebenda.
- [244] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 20.1.1954, Brief Heisenberg an Rektor der TH-Karlsruhe (Otto Haupt).
- [245] Zit.: ebenda.
- [246] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 60 vom 20.1.1954, Aktennotiz Staatsrat Schlöber (Staatsministerium).
- [247] Nach: ebenda.
- [248] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 2.2.1954, Aktennotiz G. Müller.
- [249] Zit.: ebenda.
- [250] Zit.: ebenda.
- [251] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 44 vom 11.12.1953, Geologisches Landesamt an WiMi B.-W., Geschäftsteil VII. Sitzung des Fachausschusses I vom 7.12.1953. „Die Kommission hat beschlossen, die an der Schaffung einer Reaktorstation unmittelbar interessierten Unternehmen der deutschen Industrie und die Besitzer der Uranvorkommen unverzüglich zur Gründung einer GmbH aufzufordern. Die ‚Forschungsgesellschaft Kernenergie‘ soll unter der wissenschaftlichen Beratung durch den gegenwärtigen Expertenkreis der Träger der Planung sein und die im Bundeshaushalt 1954 eingestellten 1.900.000 DM und sonstigen Zuschüsse für die Entwicklung der deutschen Kernenergie-Industrie entgegennehmen“.
- [252] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 48 vom 26.2.1954. Bericht F. Kirchheimer über die Sitzung der Studienkommission für Kernenergie im Bundeswirtschaftsministerium am 24.2.1954. Ursache für Verzögerung war ein schwerer Autounfall, den W. Bötzkes, der Vorsitzende des Planungsausschusses, erlitten hatte.
- [253] Vgl.: ebenda.
- [254] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 66 vom 15.2.1954, Einladung des Bundeswirtschaftsministeriums. Die erste Sitzung hatte am 23.2.1953 stattgefunden.
- [255] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 68 vom 26.2.1954, Bericht Kirchheimer an Geschäftsteil VII. Zudem: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 76 vom 13.3.1954, Anlage: Niederschrift über die Besprechung im Bundesministerium für Wirtschaft am 24.2.1954.
- [256] Vgl.: ebenda.
- [257] Vgl. u. a.: Süddeutsche Zeitung, Nr. 39 vom 17.2.1954.
-



- 
- [258] Vgl. u. a. die öffentliche Kontroverse, die zu dieser Problematik zwischen Stadtrat Helmut Fischer (Wiederaufbaureferent) und dem Vorsitzenden der Bayernpartei, Dr. Joseph Baumgartner, geführt worden ist. Nach: Pressearchiv KfK, Bd. I, Nr. 1/47. Bereits das Abstimmungsergebnis von 30 : 11 Stimmen hatte eine erhebliche Opposition gegen das Projekt erkennen lassen.
- [259] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402, W. Heisenberg an Rucker, Brief/Gutachten vom 4.6.1955.
- [260] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 68 vom 26.2.1954, Bericht Kirchheimer an Geschäftsteil VII, S. 2.
- [261] Nach: ebenda.
- [262] Vgl.: ebenda.
- [263] Vgl. hierzu die explizite Nennung dieses Vorhabens im Protokoll der Besprechung beim Bundeswirtschaftsministerium am 24.2.1954. HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 76, Anhang.
- [264] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 71 vom 25.2.1954, Stadt Karlsruhe an WiMi B.-W.
- [265] Vgl.: ebenda.
- [266] Hierzu vgl.: A. Hermann, Die Jahrhundertwissenschaft. Werner Heisenberg und die Physik seiner Zeit, Stuttgart 1977, S. 132f.
- [267] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 71 vom 25.2.1954, Stadt Karlsruhe an WiMi B.-W. Der Vorschlag wurde in der darauffolgenden Ministerratssitzung positiv erörtert.
- [268] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 20.3.1954. Kultusministerium Baden-Württemberg an Stadt Karlsruhe (Dr. Gurk). Es wurde zugesagt, Heisenberg durch „eine Professur mit einer oder den beiden Hochschulen im besonderen Maße zu verbinden, falls vorgesehen wird, einen Atommeiler in Karlsruhe zu errichten“.
- [269] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 3.3.1954, Aktennotiz Farny.
- [270] Zit.: ebenda.
- [271] Zit.: ebenda.
- [272] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 29.3.1954. Die Anregung hierzu war von F. Kirchheimer ausgegangen. Zudem vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 15.3.1954, Aktenvermerk Dr. Gurk über Besprechung im WiMi B.-W. mit Dr. Seifriz und Prof. Kirchheimer vom 15.3.1954.
- [273] Vgl.: ebenda.
- [274] Vgl.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 26.2.1954, Telschow an Wirtz (Einladung und Tagesordnung).
- [275] Vgl.: ebenda.
- [276] Zit.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 17.5.1954, E. Telschow an Mitglieder der Planungskommission. Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses am 8.3.1954 in Göttingen, S. 3.
- [277] Zit.: ebenda.
- [278] Vgl. u. a.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 65 vom 2.2.1954, Niederschrift über die Besprechung des Arbeitsausschusses Planung am 7.12.1953, S. 4. Zudem: Protokoll der 2. Sitzung der Kommission für Atomphysik der DFG am 19.11.1952, S. 4.
- [279] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 74 vom 9.3.1954, Bericht Kirchheimer an Geschäftsteil VII.
- [280] Vgl.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 10.5.1954, Wirtz an Telschow.
- [281] Die Entscheidung wird als offen dargestellt. Danach sei für die weitere Planung „grundsätzlich zu klären, ob und wie das MPI für Physik mit der künftigen Reaktorstation zusammenarbeiten solle“. Zit.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 17.5.1954, S. 3.
- [282] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 74 vom 9.3.1954.
-

- 
- [283] Zit.: ebenda.
- [284] Auf der Sitzung des Senates der MPG vom 29.1.1954 hatte „Heisenberg einen Überblick über die gegenwärtige Situation und die Angebote der Städte Karlsruhe und München“ gegeben. Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1, vom 6.2.1954, Telschow (MPG) an Gurk.
- [285] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710 zu Nr. 92. Brief vom 20.4.1954, Prof. Regener an Minister Veit. Dort heißt es u. a.: „Nach der oben ausgedrückten Weisung des Herrn Bundeskanzlers glaube ich vorschlagen zu müssen, eine beabsichtigte Besprechung über diesen Gegenstand erst dann erfolgen zu lassen, nachdem Sie ... mit Herrn Heisenberg darüber gesprochen haben“.
- [286] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, zu Nr. 92, Aktenvermerk vom 28.4.1954.
- [287] Vgl.: ebenda.
- [288] Vgl.: ebenda.
- [289] Nicht erschienen waren Prof. Hans Dölle (Tübingen) sowie Generaldirektor Dr. H. Reusch von der GHH. Von letzterem wußte man allerdings, daß er ohnehin die Karlsruher Position vertrat. Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 84 vom 22.4.1954, H. Reusch an Minister Veit. Insgesamt wies der Senat der MPG zu diesem Zeitpunkt 34 Senatoren auf.
- [290] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 92. Niederschrift über die Besprechung in Ettlingen vom 5. Mai 1954, den künftigen Standort eines deutschen Atommeilers betreffend, S. 2.
- [291] Einschlägige Meinungsäußerungen oder Protokollnotizen ließen sich nicht ausfindig machen.
- [292] An neuen Erkenntnissen ergab sich, daß die aus der Isar zur Verfügung stehende Wassermenge zwar für den geplanten Umfang des Reaktorbetriebes ausreichen würde, den Anforderungen jedoch im Falle einer Leistungserweiterung des Atommeilers nicht gewachsen wäre. Nach: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 7.5.1954, Aktennotiz Farny.
- [293] Vgl.: KfK, Zentralarchiv des Vorstandes (ZdV), F : I/1.
- [294] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 19.9.1953.
- [295] StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 19.9.1953, Brief Telschow an OB Klotz.
- [296] Vgl.: KfK, ZdV, F : I/1, Gutachten Heisenberg vom Mai 1954.
- [297] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 10.12.1953, Brief Prof. Henglein an Dr. Gurk. Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 91 vom 18.5.1954 war die Firma Uhde auf Beschluß des Planungsausschusses vom 8.3.1954 allerdings nur mit der technischen Kalkulation für ein Verfahren zur Herstellung schweren Wassers betraut worden.
- [298] Zit.: KfK, ZdV, F : I/1, Gutachten Heisenberg vom Mai 1954, S. 1.
- [299] Zit.: ebenda.
- [300] Vgl. u. a.: KfK, INR, Zi. W., Vorbereitung dtsch. Reaktorstation (6), Briefentwurf K. Wirtz für W. Heisenberg an K. Adenauer vom 23.6.1954: „Ich persönlich muß darüber hinaus gestehen, daß es für mich ein sehr schwerer Entschluß sein würde, einer Verlegung des MPI für Physik von Göttingen zuzustimmen, wenn als neuer Standort für das Max-Planck-Institut für Physik eine andere Stadt als München gewählt würde ...“.
- [301] Vgl.: KfK, ZdV, F : I/1, Gutachten Heisenberg vom Mai 1954, S. 11. Neben der Atomenergiekommission wird als Alternative noch eine „Forschungsgesellschaft f. Atomenergie, oder dgl.“ genannt. Vgl. zudem: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, Nr. 5 mit 3 und 4 vom 5.2.1953.
- [302] Vgl.: KfK, ZdV, F : I/1, Gutachten Heisenberg vom Mai 1954, S. 11. Die Frage eines „wissenschaftlichen Geschäftsführers“ sollte später bei den Verhandlungen um den Übertritt von K. Wirtz zur Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft noch eine wichtige Rolle spielen.
-

- 
- [303] Zit.: KfK, ZdV, F : I/1, Gutachten Heisenberg vom Mai 1954, S. 14.
- [304] Nach: ebenda, S. 2.
- [305] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H.1, Gutachten Heisenberg.
- [306] Nach: KfK, ZdV, F : I/1, Gutachten Heisenberg vom Mai 1954, S. 15.
- [307] Die Kommentierung bezieht sich auf die prognostische Sicherheit der veranschlagten Baukosten, nicht auf die technische Qualität des Gebäudes.
- [308] Vgl.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 15.6.1954, Stenographische Notizen über den Verlauf einer Sitzung des Planungsausschusses vom 13.6.1954. Danach gab H. Reusch folgende Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses: „Wir einigen uns darauf, daß wir als Schwerpunktprogramm den Graphit-Reaktor jetzt vorwärts treiben, ohne die spätere Errichtung eines Schwerwasser- oder angereicherten Reaktors zu vernachlässigen“.
- [309] Zit.: ebenda.
- [310] Zit.: ebenda, S. 19.
- [311] Zit.: ebenda, S. 17.
- [312] Vgl.: ebenda, S. 17.
- [313] Nach: ebenda.
- [314] Zit.: ebenda.
- [315] Nach: HStSt, EA 6/10, Nr. 101 vom 2.8.1954, Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses am 13.6.1954, S. 9, Top 12.
- [316] Nach: ebenda.
- [317] Vgl.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 15.6.1954, Stenographische Notizen über den Verlauf einer Sitzung des Planungsausschusses vom 13.6.1954, S. 18 und S. 20.
- [318] Nach: ebenda, S. 19.
- [319] Vgl.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 19.5.1954, Einladung und Tagesordnung.
- [320] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 97 vom 16. Juni 1954, S. 2, Bericht Kirchheimer.
- [321] Nach: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 15.5.1954, S. 20.
- [322] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 101 vom 2.8.1954, S. 10, Protokoll.
- [323] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 97 vom 16.6.1954, S. 2, Bericht Kirchheimer.
- [324] Vgl. u. a. Brandts programmatische Rede auf dem Münchner Parteitag von 1956. Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München, Bonn 1956, S. 148-166.
- [325] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 101 vom 2.8.1954, S. 9.
- [326] Zit.: ebenda.
- [327] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 101 vom 2.8.1954, S. 7.
- [328] Nach: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 15.6.1954, S. 13.
- [329] Vgl.: ebenda, S. 15.
- [330] Nach: ebenda.
- [331] Vgl.: ebenda, S. 12.
- [332] Zit.: KfK, ZdV, F : I/1, Physikalische Studiengesellschaft, § 2 der Satzung.
- [333] Zit.: E. Telschow, nach: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 15.6.1954, S. 12.
- [334] Nach: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 101 vom 2.8.1954, S. 8.
- [335] Nach: KfK, INR, Zi. W., Vorbereitung dtsch. Reaktorstation (6), Briefentwurf vom 23.6.1954.
- [336] Zit.: ebenda.
-

- 
- [337] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 3.7.1954, Aktennotiz Klotz.
- [338] Nach ebenda.
- [339] Zit.: ebenda.
- [340] Zit.: ebenda.
- [341] Nach: ebenda.
- [342] Vgl.: ebenda.
- [343] Zit.: ebenda.
- [344] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 28.7.1954, Kirchheimer an Farny.
- [345] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 22.7.1954, Aktenvermerk May.
- [346] Zit.: ebenda, handschriftlicher Vermerk von Minister Farny.
- [347] Heisenberg hatte sich eine derartige Möglichkeit offengehalten. Vgl.: KfK, INR, Z. W., Vorbereitung dtsch. Reaktorstation (6) vom 23.6.1954, Briefentwurf Heisenberg an Adenauer.
- [348] Vgl. hierzu: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 149 vom 13.8.1955.
- [349] Nach: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 27.7.1954, Brief Farny an Kirchheimer.
- [350] Zit.: ebenda.
- [351] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 3.9.1954, Brief Reusch an Kirchheimer. Danach sollten beide Projekte zunächst „durchprojektiert“ werden. In seinem späteren Schreiben beruhigte Reusch Kirchheimer mit dem Hinweis, daß noch keine Entscheidung gefallen sei, sich die Waage jedoch mehr und mehr zugunsten von Karlsruhe neige.
- [352] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055, vom 27.7.1954, Brief Farny an Kirchheimer.
- [353] Formulierung nach: ebenda.
- [354] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 9.9.1954, Brief Kirchheimer an Farny.
- [355] Vgl.: ebenda, beigelegte Abschrift eines Briefes vom 3.9.1954, H. Reusch an F. Kirchheimer.
- [356] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 9.9.1954. Kirchheimer schreibt: „Ich bitte Sie dringend, verehrter Herr Minister, in Ihren höchst nützlichen Bemühungen nicht zu erlahmen und vor allen Dingen nicht der von den am Standort München interessierten Kreisen im In- und Ausland getätigten Propaganda zu erliegen“.
- [357] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 4.8.1954, Brief Telschow (MPG) an OB Klotz.
- [358] Zit. nach: ebenda.
- [359] Der endgültige Termin wurde durch Werner Heisenberg bestimmt. Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 20.8.1954.
- [360] Vgl.: H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer, Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 221-229.
- [361] Es handelte sich um einen Herrn Winter.
- [362] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 9.9.1954, Niederschrift über die Sitzung in Göttingen am 2.9.1954.
- [363] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 von Ende August 1954, Memorandum „Bemerkungen zu den Aufstellungen über Reaktorstation und Max-Planck-Institut für Physik“. Zudem: KfK, ZdV, F: I/1, Heisenberg-Memorandum vom Mai 1954.
- [364] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 9.9.1954, Niederschrift über die Sitzung in Göttingen am 2.9.1954, S. 3.
- [365] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 von Ende August 1954, Memorandum . . . , S. 2, Planskizze.
- [366] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 9.9.1954, Niederschrift . . . , S. 3.
-

- 
- [367] Vgl.: ebenda.
- [368] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 von Ende August 1954, Memorandum . . . , S. 3.
- [369] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 9.9.1954, Niederschrift . . . , S. 3.
- [370] Nach: ebenda.
- [371] Nach: ebenda, S. 4.
- [372] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 18.9.1954, Brief Planungsausschuß (Telschow/Bötzkes) an Stadt Karlsruhe und Stadt München.
- [373] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 13.9.1954, Aktennotiz Gutenkunst.
- [374] Nach: ebenda.
- [375] Vgl. Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.
- [376] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 10.9.1954, Brief Reusch an Kirchheimer.
- [377] Zit.: ebenda.
- [378] StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 18.9.1954, Planungsausschuß (Telschow/Bötzkes) an die Städte Karlsruhe und München.
- [379] StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 4.8.1954, Telschow an Klotz.
- [380] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 5.10.1954, Schelling an Dezernat IV.
- [381] Vgl.: ebenda.
- [382] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 5.10.1954, Brief Schelling an Stadtverwaltung Karlsruhe.
- [383] Vgl.: ebenda.
- [384] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 20.10.1954, gutachterliche Stellungnahme Prof. Merkel an Stadt Karlsruhe (Dr. Gurk).
- [385] Vgl.: ebenda, Gutachten Merkel, S. 4.
- [386] Zit.: ebenda.
- [387] Vgl.: ebenda, S. 2.
- [388] Vgl.: ebenda. Die Stärke der Beben weisen eine Bandbreite von II bis VII auf.
- [389] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 8.11.1954, Aktennotiz Gurk.
- [390] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 16.11.1954, Aktenvermerk Gurk.
- [391] Nach: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 23.11.1954, Brief Farny an Veit.
- [392] Zit.: ebenda.
- [393] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 3.11.1953, Gutachten der Stadtwerke (Generaldirektor Möhrle); zudem: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 13.11.1953, Aktenvermerk Gurk.
- [394] StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 3.11.1953, Brief Seifriz an Gurk; sowie: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 13.11.1953, Brief Müller an Adenauer.
- [395] Vgl.: HStSt, EA, Bü 8710, Nr. 65. Protokoll der Sitzung des Planungsausschusses am 7.12.1953.
- [396] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 25.11.1954, Brief Kirchheimer an Farny.
- [397] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 101 vom 2.8.1954, S. 9.
- [398] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 18 vom 29.11.1954, Geologisches Landesamt an WiMi B.-W./Geschäftsteil VII.
- [399] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 25.11.1954, Aktennotiz Farny.
-



- 
- [400] Zit.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 36 vom 15.12.1954, Aktenbemerkung Veit, S. 2. Die Auflistung der Standortvorteile wird u. a. gesandt an: Generaldirektor Dr. Alex Möller, Generaldirektor H. Reusch, Karl Haus (Teilhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr.) und den Wirtschaftsberater K. Adenauers, den Bankier Robert Pferdmeniges.
- [401] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 15.1.1955. Man kommt dort zu folgendem Ergebnis: „Insgesamt ist somit festzustellen, daß die Lage der Reaktorstation am Rhein bei Karlsruhe als besonders günstig anzusehen ist. Diese für den Standort der Anlage besonders wichtigen Eigenschaften dürften im Raum München nicht gegeben sein. Gerade die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse sind dort weniger günstig ...“.
- [402] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 14.1.1955, Aktennotiz Gurk.
- [403] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 36 vom 15.12.1954. Das Schreiben Pferdmeniges an Adenauer findet sich im BAK, B 136/6107 und datiert vom 13.12.54.
- [404] Zu den Aktivitäten, die Heisenberg in Bonn entwickelte, vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 17.1.1955 und vom 20.1.1955, Aktennotiz Farny.
- [405] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 13.12.1954, Brief R. Pferdmeniges an H. Globke, einschließlich Anlagen.
- [406] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 36 vom 15.12.1954.
- [407] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG vom 15.11.1954, Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates der PSG.
- [408] Zit.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 19 vom 19.12.1954, Brief Reusch an Veit.
- [409] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 9.12.1954, Brief Heisenberg an die Städte Karlsruhe und München.
- [410] Zit.: ebenda.
- [411] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102//40402 vom 7.12.1954, Bötzkkes an Hinsch.
- [412] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 6.12.1954, Heisenberg an Bötzkkes.
- [413] Zit.: KfK, ZdV; F:1/1(5), Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der PSG am 11.1.1955.
- [414] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 23 mit 20-22, Aktennotiz von Regierungsbaurat Hipp über die Besprechung in Göttingen am 18.12.1954.
- [415] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 109 vom 16.12.1954, Brief Schelling an Veit betr. Überlassung der fertigen Planungsunterlagen.
- [416] Vgl. dazu: StAK, H., Nr. 781.57, H.1 vom 21.12.1954, Aktenvermerk Gurk.
- [417] Vgl. Abschnitt 4.2 dieser Arbeit.
- [418] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 21.12.1954, Aktenvermerk Gurk.
- [419] Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Max-Planck-Institut für Physik, Reaktor-Verwaltung und Reaktor-Station in Karlsruhe, o. O., o. J. (Karlsruhe 1954).
- [420] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 23.12.1954.
- [421] Für die Anfertigung der Druckschrift hatte die Kunstdruckerei Künstlerbund GmbH der Stadt Karlsruhe einen Betrag von 6.610 DM abzüglich 2% Skonto in Rechnung gestellt. Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 23.12.1954.
- [422] Vgl. dazu u. a.: Süddeutsche Zeitung/München, Nr. 99 vom 12.1.1955; oder: Badische Neueste Nachrichten vom 13.1.1955.
- [423] Vgl.: ebenda.
-

- 
- [424] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 21.12.1954, Aktenvermerk Gurk.
- [425] Zit.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 23 vom Dezember 1954, Aktenvermerk über eine Besprechung bei der MPG in Göttingen am 18.12.1954, S. 2.
- [426] Nach: ebenda, S. 3.
- [427] Zit.: ebenda.
- [428] Zit.: KfK, INR, Zweitschriften. Rahmengutachten von Werner Heisenberg: „Die Pläne für die erste deutsche Reaktorstation“ vom 20.12.1954, S. 2.
- [429] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 23 vom Dezember 1954, S. 3.
- [430] Nach: KfK, ZdV, F : I/1 vom 20.12.1954, Gutachten von Dipl.-Ing. Karl Weimer.
- [431] Angaben zusammengestellt aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Max-Planck-Institut für Physik, Reaktor-Verwaltung und Reaktor-Station in Karlsruhe, o. O., o. J., (Karlsruhe 1954); und: KfK, ZdV, F : I/1, Gutachten Weimer vom 20.12.1954. In der Position 1b. der Tab. 2 seiner Kostenaufstellung unterlief K. Weimer ein Rechenfehler von 100.000 DM zuungunsten der Stadt Karlsruhe.
- [432] Vgl.: Anmerkung 431.
- [433] Vgl.: ebenda.
- [434] Zit.: KfK, INR, Zweitschriften, Rahmengutachten von Werner Heisenberg vom 20.12.1954.
- [435] Zit.: ebenda.
- [436] Zit.: ebenda.
- [437] Zit.: ebenda.
- [438] Zit.: ebenda, S. 1f.
- [439] Nach: ebenda, S. 5.
- [440] Zit.: ebenda, S. 5f.
- [441] Zit.: Firmenarchiv GHH, 40010146/486 vom 25.1.1955, Standortvergleich durch L. Hermanns.
- [442] Nach: ebenda.
- [443] Zit.: Firmenarchiv GHH, 40010146/486 vom 7.1.1955, Brief Reusch an Telschow.
- [444] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Sitzung des Aufsichtsrates der PSG am 11.1.1955, Teilnehmerliste.
- [445] Vgl.: ebenda, S. 9f.
- [446] Zit.: ebenda, S. 9.
- [447] Vgl. u. a.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung vom 17.5.1954, Niederschrift über die Sitzung des Planungsausschusses am 8.3.1954, S. 3.
- [448] Nach: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Sitzung des Aufsichtsrates der PSG am 11.1.1955, S. 9.
- [449] Dieser Vorschlag war als Kompromiß ursprünglich vom Bundeswirtschaftsministerium in die Debatte eingebracht worden. Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 22.7.1954, handschriftlicher Vermerk von Farny. Heisenberg selbst hatte diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Vgl.: KfK, INR, Zi. W., Vorbereitung dtsh. Reaktorstation (6) vom 23.6.1954, Briefentwurf Heisenberg an Adenauer, S. 2f. Vgl. zudem: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 23 vom Dezember 1954, Aktenvermerk RBR Hipp, S. 5.
- [450] Vgl.: KfK, INR, Zweitschrift vom 20.12.1954, Gutachten Heisenberg, S. 6.
- [451] Vgl.: ebenda.

- 
- [452] Nach: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 23 vom Dez. 1954.
- [453] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 27 zu 28 vom 19.1.1955, Brief Reusch an Kirchheimer.
- [454] Zit.: ebenda.
- [455] Zit.: Firmenarchiv GHH, 40010146/488 vom 25.1.1955, Gutachten L. Hermanns.
- [456] Vgl.: Firmenarchiv GHH, 40010146/488 vom 10.2.1955, Brief Bötzkkes an Reusch.
- [457] Vgl.: ebenda.
- [458] Vgl.: KfK, ZdV, F: I/1 vom 20.12.1954, Gutachten Weimer.
- [459] Nach: Firmenarchiv GHH, 40010146/488 vom 10.2.1955, Brief Bötzkkes an Reusch.
- [460] Telschow konferierte am 8.2.1955 mit Wirtschaftsminister Veit und am 9.2.1955 mit Ministerpräsident Müller sowie Kultusminister Simpfendörfer.
- [461] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 120 vom 10.2.1955, Aktennotiz Seifriz.
- [462] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 27.1.1955, Aktenvermerk Farny über Besprechung mit Seifriz.
- [463] Zit.: Bayerische Staatszeitung vom 15.1.1955.
- [464] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 121 vom 22.2.1955.
- [465] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 17.1.1955, Aktennotiz Farny; ebenda, vom 27.1.1955, Aktennotiz Landesvertretung; ebenda, vom 14.2.1955, Aktennotiz Landesvertretung.
- [466] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 14.2.1955.
- [467] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 27.1.1955, S. 2. Betr.: Bau eines Atommeilers, hier: Besprechung mit Seifriz am 27.1.1955.
- [468] CDU-Mitglieder des Bundeskabinetts waren: Konrad Adenauer, Gerhard Schröder, Ludwig Erhard, Heinrich Lübke, Anton Storch, Jakob Kaiser, Franz-Joseph Würmeling und Robert Tillmanns.
- [469] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 28.2.1955, Staatsministerium (Dr. Schlößer) an Minister Farny.
- [470] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 28.4.1955, Brief Lübke an Farny.
- [471] Zit. nach: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 16.3.1955, Globke an Farny.
- [472] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 28.3.1955, R. Tillmanns an O. Farny.
- [473] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 17.3.1955, von Merkatz an Farny.
- [474] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 15.2.1955, Präsident des Deutschen Bundestages an Bürgermeister Gurk.
- [475] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 12.5.1955, E. Gerstenmaier an L. Erhard. Sowie: ebenda, Brief Bundeswirtschaftsminister (Staatssekretär Westrick) an E. Gerstenmaier.
- [476] Nach: ebenda.
- [477] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 24.3.1955. Schlapper handelte im Auftrage der baden-württembergischen Landesregierung, die einen entsprechenden Beschluß auf der 10. Sitzung des Ministerrates am 14.3. 1955 gefaßt hatte. Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 128.
- [478] Zit.: ebenda.
- [479] Nach: ebenda.
- [480] Zit.: ebenda.
- [481] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 26.3.1955, Aktenvermerk Gurk.
- [482] Zit.: ebenda.
-

- 
- [483] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 17.1.1955, Aktennotiz Farny.
- [484] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 20.1.1955, Aktenvermerk Gögler (?).
- [485] Nach: ebenda.
- [486] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 15.6.1955, Brief: F.-J. Strauß an L. Erhard.
- [487] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 28.6.1955, Aktenvermerk über Telefonat mit Mitarbeiter von F.-J. Strauß.
- [488] Zit.: ebenda, handschriftlicher Zusatz vom 29.6.1955.
- [489] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 20.1.1955, Aktenvermerk Gögler (?).
- [490] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 27.1.1955, Aktenvermerk Seifriz.
- [491] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 17.1.1955, Aktenvermerk Farny; ebenda vom 27.1.1955: Aktenvermerk Seifriz; sowie: StAK, H., Nr. 781.57 vom 25.6.1955, Besprechung Gurk mit Erhard.
- [492] Vgl.: KfK, INR, Zi. W., Vorbereitung dtsh. Reaktorstation (6), Briefentwurf vom 20.1.1955.
- [493] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 20.1.1955, Aktenvermerk Gögler (?).
- [494] Zit.: KfK, INR, Zi. W., Vorbereitung dtsh. Reaktorstation (6), Briefentwurf vom 20.1.1955.
- [495] Zit.: ebenda, „Taktischer Plan, der durch meinen Entwurf vorbereitet bzw. eingeleitet wird“ (Verfasser war Karl Wirtz).
- [496] Nach: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 20.1.1955, Aktenvermerk Gögler (?).
- [497] Nach: ebenda.
- [498] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Brief Bundeskanzleramt an Karl Winnacker vom 16.3.1955. Die Sitzung fand am 24.3.1955 statt. Sie ging auf einen Wunsch der PSG zurück, die hierüber einen Aufsichtsratsbeschuß gefaßt hatte (2.2.1955).
- [499] Zit.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Aktenvermerk vom 26.3.1955.
- [500] Zit.: Konrad Adenauer, nach: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405, Aktenvermerk vom 26.3.1955.
- [501] Zit.: ebenda.
- [502] Nach: KfK, INR, Zi. W., Vorbereitung dtsh. Reaktorstation (6) vom 8.3.1955, Empfehlung für Prof. Heisenberg zum Besuch beim Bundeskanzler.
- [503] Vgl.: ebenda.
- [504] Zit.: Akten des WiMi B.-W., AZ: Geh. 11/8405.1, Nr. 25 vom 17.1.1955, Kirchheimer an Veit.
- [505] Nach: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der PSG am 2.2.1955, S. 8.
- [506] Die Planung eines graphitmoderierten Reaktors geht auf einen mit Heisenberg abgestimmten, einvernehmlichen Beschuß des Planungsausschusses der Studienkommission für Kernenergie vom 13.6.1954 zurück. Vgl.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung: Stenographische Notizen über den Verlauf einer Sitzung des Planungsausschusses am 13.6.1954, S. 9.
- [507] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung am 11.1.1955.
- [508] Vgl.: ebenda, S. 8.
- [509] Vgl.: ebenda, S. 5.
- [510] Zit.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung am 2.2.1955, S. 5.
- [511] Zit.: ebenda.
- [512] Zit.: ebenda.
-

- 
- [513] Zit.: ebenda.
- [514] Nach: ebenda, S. 4.
- [515] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung am 11.1.1955, S. 9.
- [516] Nach: ebenda, S. 8.
- [517] Vgl.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung, Niederschrift betr. die Besprechung über die geplante Reaktorstation am 28.1.1955.
- [518] Tabelle und Erläuterungen sind übernommen aus: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung am 2.2.1955, Anlage 1.
- [519] Zit.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung am 2.2.1955, S. 7.
- [520] Vgl.: KfK, INR, R. 311, FA-Reaktorplanung, Niederschrift der Besprechung der Technischen Kommission am 28.1.1955.
- [521] Zit.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung am 2.2.1955, S. 8.
- [522] Zit.: Firmenarchiv GHH, 40010146 vom 11.2.1955, Brief Telschow an Reusch.
- [523] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 21.3.1955, Kabinettsbeschluß der Regierung von Baden-Württemberg.
- [524] Vgl.: Firmenarchiv GHH, 40010146 vom 10.2.1955, Brief Bötzkkes an Reusch. Das von L. Hermanns erstellte Gutachten findet sich in: Firmenarchiv GHH, 40010146 vom 25.1.1955, L. Hermanns an H. Reusch.
- [525] Nach: Firmenarchiv GHH, 40010146 vom 10.2.1955, Bötzkkes an Reusch.
- [526] Vgl.: Firmenarchiv der Industrie-Kreditbank, Bestand 3.
- [527] Zit.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung vom 28.2.1955, S. 5.
- [528] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Aktenbemerkung F. Kirchheimer vom 21.3.1955.
- [529] Nach: ebenda.
- [530] Zit.: ebenda.
- [531] Zit.: ebenda, S. 3.
- [532] Vgl.: ebenda.
- [533] Siehe: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 21.3.1955, Kabinettsbeschluß der Regierung Baden-Württembergs.
- [534] Vgl.: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Aktenbemerkung F. Kirchheimer vom 21.3.1955.
- [535] Zit.: ebenda, S. 2.
- [536] Zit.: ebenda.
- [537] Vgl.: Firmenarchiv GHH, 40010146/486 vom 8.3.1955, Schreiben Telschow (PSG) an Bötzkkes (IKB), einschließlich Anlagen. Zudem: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom Dezember 1954, Brief Steinlein an L. Erhard.
- [538] Vgl.: Firmenarchiv der GHH, 4001016/486 vom 8.3.1955.
- [539] Nach: ebenda.
- [540] Zit.: ebenda. Vgl. auch: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 12.3.1955, Brief Telschow (PSG) an Ministerialdirigent Hinsch (BWM).
- [541] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 27.4.1955, Schreiben Steinlein an Bundesministerium für Wirtschaft.
- [542] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 27.4.1955, Anlagen (= Fragebogenbeantwortung).
-



- 
- [543] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 25.1.1955, Aktennotiz Heesemann (BWM) für Hinsch (BWM).
- [544] Nach: ebenda, handschriftlicher Aktenvermerk.
- [545] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 8.3.1955, Brief Hinsch (BWM) an PSG und Grau (BKA).
- [546] Zit.: ebenda.
- [547] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40363, Gutachten Weizel vom Februar 1954; sowie: ebenda, Brief L. Brandt an Ministerialdirektor Dr. Michel (BWM) vom 22.5.1954 einschließlich Briefkopie Simon.
- [548] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40363, FOM-Vertragsentwurf vom Februar 1954.
- [549] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40363. Zudem: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 96 vom 11.6.1954.
- [550] Vgl.: ebenda, S. 4.
- [551] Nach: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40363 vom 22.5.1954, Brandt an Michel.
- [552] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40363 vom 29.6.1954, Aktenvermerk betr. Besprechung des Arbeitskreises ‚Vertragsentwurf FOM‘.
- [553] Siehe: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40363 vom 18.1.1955, AEG an Hinsch.
- [554] Zit. aus: KfK, RA, Bestand: PSG, Aktennotiz K. Winnacker vom 3.2.1955.
- [555] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40363 vom 26.4.1955, Protokoll der Besprechung im BWM am 15.4.1955. Die formelle Gründung des niederländischen Reaktorzentrum erfolgte am 20.7.1955.
- [556] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 20.4.1955, Brief Heusch an Arnold.
- [557] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 20.4.1955, Brief Heusch an Globke.
- [558] Zit. nach: ebenda.
- [559] Nach: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 4.6.1955, Brief Heusch an Globke, handschriftlicher Aktenvermerk vom 1.7.1955.
- [560] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 31. Mai 1955, Aktenvermerk des Staatssekretärs des Bundeskanzleramtes.
- [561] Vgl. hierzu die Auflistung der Stadt Karlsruhe in: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 29.3.1955, Brief Klotz an Müller.
- [562] Zit.: Akten des WiMi B.-W, VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Aktenvermerk Kirchheimer vom 28.3.1955 betr. Besprechung Ministerpräsident G. Müller mit W. Heisenberg vom 26.3.1955.
- [563] Zit.: KfK, INR, Zi. W., Vorbereitung dtsh. Reaktorstation vom 28.3.1955, Vertrauliches Schreiben von Heisenberg an Grau. Hervorhebung durch den Verfasser.
- [564] Vgl. dazu die Einschätzung von F. Kirchheimer, in: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 11.6.1955, Vertrauliche Aktenbemerkung zur Vorbereitung der Gespräche bei Konrad Adenauer.
- [565] Zit.: ebenda.
- [566] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 12.4.1955, Brief Farny an Gurk.
- [567] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 24.3.1955, Aktennotiz über den Besuch von OB Schlapper bei K. Adenauer.
- [568] Vgl.: ebenda.
- [569] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG vom 16.3.1955, Brief Bundeskanzleramt an K. Winnacker; Zudem siehe: Akten des WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Aktenvermerk vom 26.3.1955.
-

- 
- [570] Vgl. hierzu: Der smarte General, in: Der Spiegel, 10. Jg. (1956), Nr. 27 vom 4.7.1956, S. 15-26; Zudem: Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv, 25.2.78, Lieferung 8/78-P-3512/10.
- [571] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 20.4.1955. Sowie: BAKB 136/6107 vom 2.4.1955, Streng geheimer Brief Globkes an Heusinger.
- [572] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 5.3.1955, Notiz Lützwow für Heusinger.
- [573] Vgl.: A. M. Gruenther, in: Wehrkunde, 4 Jg. (1955), H. 4, S. 169.
- [574] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 20. April 1955.
- [575] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 23. April 1955.
- [576] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 12. Juni 1955, Brief Adenauer an Müller.
- [577] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 3.5.1955, Hans Speidel an Gebhard Müller.
- [578] Vgl.: ebenda.
- [579] Nach: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 3.5.1955; ebenso: Die Autobiographische Skizze von: Hans Speidel. Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Frankfurt/Wien 1977 (1) und 1977 (2). Das Bundeswirtschaftsministerium war vom Bundeskanzleramt demgegenüber erst am 8.6.1955 über die Stellungnahme der Dienststelle Blank Unterrichtet worden. Vgl. dazu: BAK, B 136/6107 vom 14. Juni 1955, Aktennotiz.
- [580] Nach: KfK, ZdV, F : I/1 (4) vom 4.8.1955, Niederschrift der konstituierenden Sitzung des TWB der PSG am 28.6.1955, S. 3.
- [581] Vgl.: KfK, ZdV, F : I/1 (5) vom 29.6.1955, Niederschrift über die Sitzung des TWB der PSG am 28.6.1955, S. 1.
- [582] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Sitzung des Aufsichtsrates der PSG am 28.2.1955, S. 5.
- [583] Zit.: KfK, ZdV, F : I/1 (4) vom 4.8.1955, Niederschrift der konstituierenden Sitzung des TWB der PSG am 28.6.1955, S. 4.
- [584] Zit.: ebenda.
- [585] Nach: ebenda.
- [586] Vgl.: ebenda.
- [587] Nach: KfK, ZdV, F : I/1 (5) vom 29.6.1955, S. 1.
- [588] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Sitzung des Aufsichtsrates der PSG am 15.7.1955, S. 3-4.
- [589] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 20.6.1955, Aktenbemerkung zur Vorbereitung der Sitzung beim Bundeskanzler am 19.6.1955 von F. Kirchheimer.
- [590] Vgl. das Gespräch zwischen Minister Farny, Präsident Kirchheimer und Ministerialdirigent Grau (Bundeskanzleramt) am 22.6.1955 in der Landesvertretung Baden-Württembergs/Bonn. In: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 21.6.1955, Brief Seifriz an Gögler.
- [591] In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverbandes der CDU Badens hatte Gurk am 25.6.1955 in Sachen Atommeiler mit Bundeswirtschaftsminister Erhard in Augsburg ein letztes vorbereitendes Gespräch. Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 25.6.1955, Aktennotiz.
- [592] Angaben nach: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung der PSG am 15.7.1955, S. 1. Sowie: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 9.7.1955, Vermerk Pretsch (BWM).
- [593] Nach: Firmenarchiv GHH, 40010146/486 vom 15.7.1955, handschriftliche Notizen von H. Reusch.
- [594] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 30.6.1955, Aktenvermerk Pretsch.
- [595] Nach: Firmenarchiv GHH, 40010146/486 vom 15.7.1955, handschriftlicher Vermerk von H. Reusch.
-

- 
- [596] Nach: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 9.7.1955, Aktenvermerk Pretsch (BWM).
- [597] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 30.6.1955, Aktenvermerk Gurk.
- [598] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 30.6.1955, Aktenvermerk Pretsch.
- [599] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 30.6.1955, Aktenvermerk Gurk. Vgl. zudem: Badische Volks Zeitung, Nr. 158 vom 12.7.1955 „Dr. Müller mit Atommeilerkonferenz zufrieden“.
- [600] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 30.6.1955, Aktenvermerk Gurk.
- [601] Zit.: ebenda.
- [602] Zit. nach: KfK, RA, Bestand: PSG, Aktennotiz K. Winnacker vom 16.7. 1955 zur Aufsichtsratssitzung der PSG am 15.7.1955, S. 1.
- [603] Zit.: nach ebenda.
- [604] Zit.: Hamburger Abendblatt, Nr. 160 vom 13.7.1955.
- [605] Zit. nach: Rhein-Neckar-Zeitung, Nr. 158 vom 13.7.1955.
- [606] Zit. nach: Süddeutsche Zeitung München, Nr. 164 vom 13.7.1955.
- [607] Zit. nach: Badische Neueste Nachrichten, Nr. 160 vom 13.7.1955; ebenso: Rhein-Neckar-Zeitung, Nr. 158 vom 13.7.1955.
- [608] Zur Kontroverse um die atomare Aufrüstung und Adenauers Position hierbei vgl.: H.-P. Schwarz, a.a.O., S. 356-363.
- [609] Zit.: WiMi B.-W., VS-Vertraulich, AZ: Geh. 11/8405.1, Aktenvermerk Seifriz vom 19.7.1955 betr.: Besprechung der Angelegenheit Atommeiler im Ministerrat am 18.7.1955.
- [610] Zit.: ebenda.
- [611] Zit.: ebenda.
- [612] Zit.: ebenda.
- [613] Nach: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 20. Juli 1955, Aktenvermerk Seifriz über telefonische Besprechung mit Telschow.
- [614] Nach: ebenda. Die Konferenz sollte schon vom 8.-20.8.1955 stattfinden.
- [615] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der PSG am 15.7.1955.
- [616] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 6.7.1955, Vermerk Dr. Schlößer über Telefonat mit E. Telschow. Für die vom Bundeskanzler vorgeschlagene Lösung sollten Werner Heisenberg und Otto Hahn gewonnen werden.
- [617] Zit.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der PSG am 15.7.1955, S. 2.
- [618] Zit.: ebenda, S. 3.
- [619] Zit.: ebenda, S. 2.
- [620] Vgl.: ebenda.
- [621] Nach: ebenda, S. 3.
- [622] Nach: ebenda.
- [623] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710 vom 2.7.1955, Bericht F. Kirchheimer über die Sitzung des Fachausschusses für Urangeoologie und Bergbau der PSG am 28.6.1955, S. 2.
- [624] Zit. nach: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift über die Sitzung des Aussichtsrates der PSG am 15.7.1955, S. 3.
- [625] Zit.: ebenda, S. 3.
- [626] Zit.: ebenda, S. 2. Diese Darstellung geht auf ein Gespräch zwischen Bötzkes und Erhard zurück.
-

- 
- [627] Zit.: nach ebenda, S. 3.
- [628] Zit.: ebenda, S. 4.
- [629] Nach: KfK, RA, Bestand: PSG, Aktennotiz K. Winnacker vom 16.7.1955, S. 2; HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 20.7.1955; HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 29.7.1955 und HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 29.8.1955.
- [630] Vgl.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 29.8.1955, Gentner an Müller.
- [631] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Aktennotiz K. Winnacker vom 16.7.1955.
- [632] Zit.: ebenda, S. 2.
- [633] Zit.: nach ebenda.
- [634] Vgl.: Handschriftliche Anweisung von Minister Veit vom 22.8.1955 auf: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 149 vom 13.8.1955. Seifriz meldete ebendort per 30.8.1955 den Vollzug der Anordnung.
- [635] Vgl.: Archiv der Universität Karlsruhe, z. H. Herrn Privatdozenten Dr. Hoepke, Protokoll über die Sitzung der Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften am 13.2.1956.
- [636] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 144 vom 22.7.1955, Bötckes an Farny.
- [637] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 148/1 vom 2.8.1955, Bericht Seifriz an Veit über Gespräche in Bonn am 27.7.1955.
- [638] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 148 vom 2.8.1955.
- [639] Vgl.: HStSt, EA 6/10, Bü 8722, Nr. 2 vom 3.8.1955, Brief Hotz an Klotz. Zudem vgl.: Geologisches Landesamt Baden Württemberg, Bestand: Gedenkmünze Kellermann/Gutehoffnungshütte (Juni 1955) vom 6.8.1955, Brief F. Kirchheimer an H. Reusch.
- [640] Zit.: BAK, B 136/6107 vom 15.8.1955, Brief Adenauer an Hoegner.
- [641] Vgl. hierzu: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 27.8.1955, Brief Heisenberg an Erhard.
- [642] Zit.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung der PSG am 9.9.1955, S. 5.
- [643] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 7.9.1955, Aktenvermerk Hinsch.
- [644] Zit.: ebenda, S. 3f.
- [645] Vgl.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 23.9.1955, Brief Erhard an Heisenberg.
- [646] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 10.9.1955, Aktenvermerk Hinsch, S. 1.
- [647] Vgl.: ebenda, S. 3.
- [648] Zit.: ebenda, S. 3f.
- [649] Nach: ebenda, S. 2.
- [650] Zit.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung der PSG am 9.9.1955, S. 5.
- [651] Vgl. die diese Ansicht bestätigende Äußerung Globkes in seinem Brief an Westrick vom 15.11.1955, Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 15.11.1955.
- [652] Zit.: Bundesarchiv Koblenz, B 102/40402 vom 16.9.1955, Brief Westrick an Globke.
- [653] Nach: ebenda.
- [654] Zit.: ebenda.
- [655] Zit.: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 23.9.1955, Aktenvermerk über Besprechung Farny mit Globke am 22.9.1955.
- [656] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Aufsichtsratssitzung der PSG am 10.11.1955, S. 4.
-

- 
- [657] Zit.: ebenda.
- [658] Vgl. dazu: HStSt, EA 6/10, Bü 8713. Die konstituierende Sitzung des Beirates für Kernenergie hatte am 8.11.1955 stattgefunden.
- [659] Nach: KfK, RA, Bestand: PSG, Stenographische Notizen aus der Sitzung des Aufsichtsrats der PSG am 10.11.1955, S. 4.
- [660] Zit.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 2 vom 22.9.1955, Niederschrift über die 27. Sitzung des Stadtrates am 20.9.1955, S. 36.
- [661] Vgl.: StAK, H., Nr. 781.57, H. 2 vom 15.9.1955, EMNID an Stadtverwaltung. Für die Befragung wurden 2.000 DM Honorar in Rechnung gestellt.
- [662] Nach: StAK, H., Nr. 781.57, H. 2 vom 22.9.1955, S. 27.
- [663] Zit.: KfK, RA, Bestand: PSG, Aktennotiz Karl Winnacker vom 16.7.1955, S. 2.
- [664] Zit.: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 149 vom 13.8.1955, Vermerk Greifeld für Wirtschaftsminister Veit.
- [665] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der PSG am 9.9.1955, S. 5.
- [666] Vgl.: Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.), 6. Bundesparteitag CDU Stuttgart 26.-29.4.1956, Hamburg 1956, S. 16.
- [667] Simpfendörfer hatte zunächst auf die nun überwundene innerparteiliche Zerreißprobe bei der Bildung des Bundeslandes Baden-Württemberg hingewiesen und später dann F.-J. Strauß das Wort mit der Bemerkung erteilt, es nicht falsch zu verstehen, wenn dieser „am Schluß der ausländischen Gäste“ zu Wort komme. Vgl.: CDU (Hrsg.), 6. Bundesparteitag, a.a.O., S. 5 und S. 16.
- [668] Zit.: F.-J. Strauß, in: CDU (Hrsg.), 6. Bundesparteitag, a.a.O., S. 16.
- [669] Vgl.: KfK, RA, M28, Nr. 1290 vom 11.5.1956. Bericht über die Reise der Herren DI Bauer, DI Bornscheuer, Dr. Drouven, DI Müller und DI Seyd nach Karlsruhe vom 3.-5. Mai 1956. Zudem: Mündliche Mitteilung von Herr Bauer an den Verfasser. Sowie: A. Bauer, Vor 30 Jahren, Erinnerungen zur Standortwahl des Kernforschungszentrums Karlsruhe, in: Kernforschungszentrum Karlsruhe (Hrsg.), KfK Hausmitteilungen, H. 3/86, Karlsruhe 1986, S. 21-23.
- [670] Vgl.: KfK, RA, M28, Nr. 1290 vom 11.5.1956.
- [671] Vgl. u.a.: KfK, INR, Zi. W., Standort 1.1.1956 - 31.12.1958, Brief Heisenberg an Ministerialrat Dr. Weber (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultur) vom 4.6.1956.
- [672] Vgl.: KfK, RA, Bestand: PSG, Niederschrift der Gesellschafterversammlung der PSG am 17.4.1956.
- [673] Der Beschluß wurde im Rahmen einer Sitzung im Bundesministerium für Atomfragen vom 23.3.1956 verbindlich gefaßt. Vgl.: Geologisches Landesamt Baden-Württemberg, Bestand: Reaktorbau- und Betriebsgesellschaft GmbH, Karlsruhe 1956-1975, hier: Ergebnisprotokoll über die Sitzung am 23.3.1956.

---

## 9. Dokumente und Materialien

Bei der Beschäftigung mit der frühen Kernenergiegeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist es bisher immer noch die Regel, daß zahlreiche der einschlägigen Dokumente nicht ediert worden sind und damit auch nicht in gedruckter Form vorliegen. Dies bedeutet, daß eine Zugangsmöglichkeit meist nur über recht aufwendige Archivrecherchen zu bewerkstelligen ist.

Um hier Abhilfe zu schaffen, und dem interessierten Leser zumindest eine Auswahl relevanter Archivalien zur Kernenergiegeschichte leichter zugänglich zu machen, ist der nachfolgende Dokumentenanhang gedacht. Er repräsentiert einen Ausschnitt all derjenigen Bemühungen, die im Zusammenhang mit der Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation Gewicht erlangten bzw. die Zeitumstände besonders prägnant charakterisieren.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle den zahlreichen Archiven und Institutionen, die durch ihre bereitwillig erteilten Genehmigungen den Abdruck der nachstehenden Archivalien erst ermöglicht haben.

1. Die Stadtverwaltung Karlsruhe richtet am 26.5.1953 an die Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft das Angebot, Standort der geplanten Reaktorstation zu werden (Quelle: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 6a). S. 134 - 135
2. Einladung und Niederschrift über eine Besprechung mit Vertretern des Karlsruher Stadtrates und Bürgermeisteramtes am 6.10.1953 unter Vorsitz des Oberbürgermeisters G. Klotz. Sowie allgemeine Richtlinien bei der Wahl des Ortes für die Reaktorstation der Bundesrepublik von W. Heisenberg (Quelle: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1 vom 1. und 8.10.1953). S. 136 - 149
3. Ministerialrat Dr. Seifriz im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg berichtet an den Karlsruher Bürgermeister Dr. Gurk über Einwände des Bundeskanzlers Adenauer zum Standort Karlsruhe für den künftigen Atommeiler (Quelle: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1, vom 3.11.1953). S. 150
4. Gutachten der Stadtwerke (Generaldirektor Dr. Möhrle) zur Grundwassergefährdung durch einen Atommeiler (Quelle: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1, vom 5.11.1953). S. 151 - 152
5. Tischreden anlässlich des Besuches einer Delegation des Planungsausschusses am 8.12.1953 in Karlsruhe (Quelle: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1. vom 9.12.1953). S. 153 - 159
6. Bundeskanzler Adenauer mahnt die Konkurrenten Karlsruhe und München zur Zurückhaltung (Quelle: HStSt, EA 6/10, Bü 8710 vom Dezember 1953). S. 160 - 161
7. Memorandum Werner Heisenbergs zur Planung der Reaktorstation und zu den technischen Gesichtspunkten bei der Wahl des Standortes vom Mai 1954 (Quelle: KfK, Zdv, F: I/1). S. 162 - 184
8. Die Süddeutsche Zeitung berichtet über den Münchner Stadtratsbeschluß vom 16.2.1954, Standort für einen Kernreaktor zu werden (Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr. 39 vom 17.2.1954). S. 185
9. Historie der bisherigen Bemühungen um den Standort Karlsruhe, der kommenden Reaktor-Station. Verfaßt vom Präsidenten des Geologischen Landesamtes in Baden-Württemberg, Prof. Franz Kirchheimer (Quelle: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 104 vom 9.10.1954). S. 186 - 190
10. Gutachten Werner Heisenbergs über die Auswirkungen eines Reaktors auf die biologischen Prozesse bei der Bierherstellung und auf die Produktionsverhältnisse von Photoplatten vom 4. Juni 1955 (Quelle: Bundesarchiv Koblenz, Bestand: Bundeswirtschaftsministerium, B 102/40402 vom 4.6.1955). S. 191 - 192
11. Gründung und Satzung der Physikalischen Studiengesellschaft vom 8.11.1954 (Quelle: KfK, RA, Bestand: PSG). S. 193 - 202
12. Gutachten des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe zur Erdbebengefährdung des Standortes Karlsruhe (Quelle: StAK, H., Nr. 781.57, H. 1. vom Oktober/November 1954). S. 203 - 210



- 
13. Vergleichendes Rahmengutachten zu den für die deutsche Reaktorstation zur Wahl stehenden Standorten Karlsruhe und München von Werner Heisenberg, Dezember 1954 (Quelle: KfK, INR, Zweitschriften von Niederschriften). S. 211 - 216
  14. Vergleichende Gegenüberstellung der naturgebundenen Eigenschaften und technischen Gegebenheiten der für die deutsche Reaktor-Station zur Wahl stehenden Standorte Karlsruhe und München von Karl Weimer (Quelle: KfK, ZdV, F : I/1). S. 217 - 231
  15. Das Standortgutachten von Herrmann Reusch (Quelle: Industrie-Kreditbank, Bestand 3, fol. 16-19) S. 232 - 235
  16. Die Stadtverwaltung Karlsruhe unterrichtet Minister Farny davon, daß sie Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier für sich zu gewinnen suchte (Quelle: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 1.2.1955). S. 236 - 237
  17. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Otto Hahn, unterrichtet Prinz Max Egon zu Fürstenberg (Quelle: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 10.2.1955). S. 238
  18. Zur Beurteilung der Standortwahl unter militärischen Gesichtspunkten fertigt Dipl. Physiker Lützow am 5. März 1955 eine Stellungnahme für General Heusinger (Quelle: BAK, Bestand: Bundeskanzleramt, B 136/6107 vom 5. März 1955). S. 239 - 240
  19. Oberbürgermeister Schlapper von Baden-Baden setzt sich für die Karlsruher Belange bei Bundeskanzler Adenauer ein (Quelle: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 24.3.1955). S. 241
  20. Die Stadt Aachen versucht sich beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, als Standort für die „Bundes-Reaktorstation“ ins Gespräch zu bringen (Quelle: BAK, Bestand: Bundeskanzleramt, B 136/6107 vom 20. April 1955). S. 242 - 243
  21. Aktenvermerk von ORR Dr. Pretsch aus dem Bundeswirtschaftsministerium vom 9. Juli 1955 über das Ergebnis der Besprechung bei Bundeskanzler Adenauer am 29.6.1955 (Quelle: Bundesarchiv Koblenz, Bestand: Bundeswirtschaftsministerium, B 102/40402 vom 9.7.1955). S. 244 - 246
  22. Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf mbH am 15. Juli 1955 (Quelle: KfK, RA, Bestand: PSG). S. 247 - 254
  23. Die Stuttgarter Nachrichten, Nr. 176 vom 3.8.1955 sowie die Allgemeine Zeitung berichten über die getroffene Standortentscheidung (Quelle: StAK, Presseamt vom 6.8.1955). S. 255
  24. Der baden-württembergische Ministerpräsident Dr. G. Müller sucht Prof. W. Heisenberg doch noch für das Karlsruher Projekt zu gewinnen (Quelle: HStSt, EA 6/10, Bü 8722 vom 7.9.1955). S. 256
  25. Prof. W. Heisenberg lehnt das Ansinnen von Ministerpräsident G. Müller ab (Quelle: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 25.10.1955). S. 257
  26. Ministerialdirigent Dr. Hinsch vom Bundeswirtschaftsministerium nimmt im Rahmen eines Aktenvermerks zu einem Schreiben Prof. Heisenbergs vom 27.8.1955 Stellung (Quelle: Bundesarchiv Koblenz, Bestand: Bundeswirtschaftsministerium, B 102/40402 vom 7.9.1955). S. 258 - 261
  27. Vermerk zum Verlauf der Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft am 9.9.1955 durch Ministerialdirigent Hinsch (BWM) (Quelle: BAK, Bestand: Bundeswirtschaftsministerium, B 102/40402 vom 10.9.1955). S. 262 - 265
  28. Dr. Seifriz vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg unterrichtet Minister Farny über neuerliche Vorstöße Bayerns, doch noch Standort des ersten deutschen Eigenbaureaktors zu werden (Quelle: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 10.9.1955). S. 266
  29. Protokoll der Referentenbesprechung im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg vom 4.10.1955 (Quelle: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 4.10.1955). S. 267 - 280
-

- 
30. Ergebnisprotokoll einer Besprechung über die Gründung einer Gesellschaft für den Bau und Betrieb eines Reaktors in Karlsruhe vom 23.3.1956 (Quelle: KfK, RA, Bestand: PSG). S. 281 - 283
  31. Zur neuerlichen Problematisierung des Reaktorstandortes: Bericht über die Reise der Herren Bauer, Bornscheuer, Dr. Drouven, Müller und Seyd nach Karlsruhe vom 3.-5.5.1956 (Quelle: KfK, RA, M 8). S. 284 - 294

1. Die Stadtverwaltung Karlsruhe richtet am 26.5.1953 an die Generalverwaltung der Max Planck-Gesellschaft das Angebot, Standort der geplanten Reaktorstation zu werden.

Stadtverwaltung  
Karlsruhe



Abt.: .....  
(In der Antwort bitte angeben)

Herrn Oberregierungsrat  
Dr. Rudolf Greinfeld,  
Wirtschaftsministerium  
Baden-Württemberg,  
Stuttgart - II,  
Kienestraße n.r. 18.

166  
Karlsruhe, den 26. Mai 1953.  
Neues Rathaus, Belerthelmer Allee 16  
Fernruf 8280

den 26. 5. 53  
in dem Antw. 87 10 (chronol. zu ordnen!)  
SW  
Atommeiler.

Juri  
28.5.53

- 1.) An die Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen, z. H. v. Herrn Dr. Telschow.

Ich nehme höflichst Bezug auf die fernmündliche Besprechung, die Bürgermeister Dr. Gurk in meinem Auftrag mit Herrn Oberregierungsrat Selig führen durfte. Ich übermittle Ihnen den Wunsch und die dringende Bitte der Stadtverwaltung Karlsruhe, es möchte der Atommeiler, mit dessen Errichtung sich die Max-Planck-Gesellschaft in diesen Tagen befassen wird, seinen Standort im Bereich des Stadtkreises Karlsruhe erhalten. Die Stadtverwaltung Karlsruhe wird gerne in dieser Angelegenheit in jeder möglichen Weise mit-  
helfen, sowohl durch Bereitstellung von Gelände, als auch durch sonstiges Entgegenkommen, auch finanzieller Art. In Karlsruhe finden sich genügend große Flächen, die sofort zur Verfügung gestellt werden können und für die auch die Verkehrsvoraussetzungen und erforderlichen Versorgungsanschlüsse gegeben sind. Karlsruhe liegt, wie Ihnen bekannt ist, in sehr günstiger Lage am Rhein mit eigenen, sehr leistungsfähigen Rheinhäfen, an der Autobahn Köln und Hamburg-Frankfurt-Karlsruhe, deren Fortführung in Richtung Basel z. Z. in Bau ist, ferner an der Autobahn Karlsruhe-München-Salzburg. Die Verbindungen der Bundesbahn nach Norden und Süden sind durch internationale Ferntriebwagen und Fernschnellzüge äußerst günstig sowohl nach Basel-Zürich, als auch nach Frankfurt-Hamburg und über Mannheim nach Köln, Belgien, Holland. Die Nähe des Schwarzwaldes und der Pfalz bietet den Mitarbeitern sehr gute Erholungsmöglichkeiten, im Übrigen bestehen im Stadtbereich hervorragende Schwimm- und Sonnenbäder, ein Rheinstrandbad Rappenswörth; ein weiteres, ganz modernes Schwimm- und Sonnenbad ist im Dammstock im Bau und wird in den nächsten Wochen eröffnet werden. Zu wissenschaftlicher Arbeit wird ausgezeichnete Verbindung mit der Technischen Hochschule in Karlsruhe selbst bestehen. Die Universität Heidelberg liegt in 50 km Entfernung, die Universität Freiburg und die Technische Hochschule Stuttgart sind durch Fernverbindungen in kurzer Zeit erreichbar (je etwa 1 1/2 Stunden Fahrzeit).

Wir können uns, da wir Ihre Wünsche und Bedürfnisse leider noch nicht im einzelnen kennen, zunächst nur in diesem allgemeinen Rahmen äußern, werden Ihnen aber gerne jede weitere Auskunft geben.

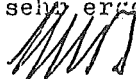
---

Es wird uns eine große Ehre und Freude sein, wenn Sie auf unser Anerbieten eingehen. Wir laden die Herren des Kuratoriums gerne und herzlich ein, unsere Stadt zu besuchen. Die Kosten hierfür übernehmen wir. Wir sind aber auch gerne bereit, zu Ihnen zu kommen und mit Ihnen, an Ihrem Wohn- oder Geschäftssitz, weitere Verhandlungen führen.

Für entsprechende Mitteilungen bin ich Ihnen sehr dankbar.

- 2.) Nachricht hiervon mit dem Ausdrucke herzlichen Dankes für Ihre Zuschrift vom 12.d.M. und für das Interesse, das Sie unserem Anliegen entgegenbringen.

Mit verbindlicher Begrüßung  
Ihr sehr ergebener



(G.Klotz)  
Oberbürgermeister.

---

**2. Einladung und Niederschrift über eine Besprechung mit Vertretern des Karlsruher Stadtrates und Bürgermeisteramtes am 6.10.1953 unter Vorsitz des Oberbürgermeisters G. Klotz. Sowie allgemeine Richtlinien bei der Wahl des Ortes für die Reaktorstation der Bundesrepublik von W. Heisenberg.**

Karlsruhe, den 1. Oktober 1953

Vertraulich!

Errichtung eines Atommeilers.

1). E i n l a d u n g.

In obiger Angelegenheit gestatte ich mir, Sie zu einer Besprechung in den kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses auf

Dienstag, den 6.10.1953, 10.00 Uhr  
einzuladen.

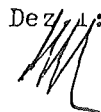
Mit vorzüglicher Hochachtung!

2). Zustellung von Glied 1 an

Herrn Bürgermeister Dr. Gutenkunst,  
Herrn Beigeordneten Dr. Ball,  
Herrn Beigeordneten Dr. Gurk,  
Herrn Stadtsyndikus Gut,  
Herrn Stadtkämmerer Dr. Zimmermann,  
Herrn Baudirektor Pflästerer,  
Herrn Baudirektor Krieger,  
Herrn Vermessungsdirektor Lang,  
Herrn Baudirektor Merz,  
Herrn Generaldirektor Dr. Möhrle,  
Herrn Stadtrat Walter, Vors.d.SPD-Stadtratsfraktion,  
Herrn " Prof. Albert Kessler,  
Vors.d.DVP, Stadtratsfraktion,  
Herrn " Dr. Siegfried Kühn,  
Vors.d.CDU-Stadtratsfraktion.

3). Bestellung des kleinen Saales beim Hauptamt (erl.). G

4). Wv. z. Terkin (Terminmappe)

Dez. 1953  






---

Karlsruhe, den 8. Oktober 1953.

N i e d e r s c h r i f t

Über eine Besprechung mit Vertretern des Stadtrates und des Bürgermeisteramtes am Dienstag, dem 6.X.53, 10 Uhr, im kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters G.Klotz.

Ausser dem Vorsitzenden waren anwesend die Stadträte Konz und A. Kessler, ab 10.45 Uhr auch Stadtrat Berggötz, sowie Bürgermeister Dr. Guttenkunst, Beigeordneter Dr. Ball, Generaldirektor Dr. Möhrle, die Baudirektoren Merz, Pflüsterer, Krieger, Vermessungsdirektor Lang, Stadtsyndikus <sup>v. v. Guttenkunst</sup> Gut und Oberinspektor Kessinger.

Einzigster Tagesordnungspunkt: Errichtung eines Atomkraftwerkes in Karlsruhe.

Der Vorsitzende eröffnet nach einer Wartezeit von 15 Minuten die Sitzung, gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der ebenfalls eingeladenen Vertreter der CDU, Stadtrat Dr. Kühn, nicht anwesend <sup>ist</sup> und stellt fest, daß die Stadtratsarbeit nicht nur aus Reden bei öffentlichen Stadtratssitzungen in Anwesenheit der Presse besteht.

Hierauf führt der Vorsitzende die Anwesenden durch Verlesung von Aktennotizen, Zuschriften usw. kurz in die Materie ein und gibt die Namen der Kommissionsmitglieder bekannt, die im Auftrag der Bundesregierung den Standort des Atommeilers zu erörtern haben. Zusammen mit Beigeordnetem Dr. Gurk habe er mit verschiedenen Wissenschaftlern Fühlung genommen. Bei der Sitzung der Kommission in Düsseldorf habe sich herausgestellt, daß eine Gruppe der wissenschaftlichen Mitglieder dieser Kommission der Standortwahl von Karlsruhe absolut sympathisch gegenüberstehe, während eine andere Gruppe für München eintrete.

Das Ergebnis zahlreicher Telefonate und eines umfangreichen Briefwechsels hätte seinen Niederschlag gefunden in der Zusendung eines umfangreichen Fragebogens bezüglich des Geländes für die Reaktor-Station. Er (der Vorsitzende) habe vor einigen Tagen mit dem Geschäftsführer der Max-Planck-Gesellschaft, Herrn Dr. Telschow, fernmündlich verhandelt. Dr. Telschow wolle mit zwei weiteren Herren zwischen dem 10. und

.//.

15.X.1953 nach vorheriger Anmeldung nach Karlsruhe kommen, den Fragebogen mit Vertretern der Stadtverwaltung besprechen und eine Besichtigung vornehmen. Er (der Vorsitzende) habe in einem Zeitungsartikel mit der Überschrift "Atommeiler in Badens ehemaliger Residenz" einen Versuchsballon gestartet. Die Stuttgarter Nachrichten hätten diesen Artikel in ihrer Ausgabe vom 18.9.53 abgedruckt und er habe erwartet, daß hierauf eine Reaktion erfolge. Es sei aber gar nichts geschahen.

Nun wolle das Bürgermeisteramt den Fragebogen nicht ausfüllen, ohne vorher auf breiter Grundlage in Gegenwart der Fraktionsvorsitzenden diese Frage durchzusprechen. Bevor in dieser Angelegenheit überhaupt Ernst gemacht werde, wolle er die Meinung der Anwesenden hierzu hören. Es sei unzweckmässig, die Sache jetzt schon dem Gesamtstadtrat vorzutragen, da sonst befürchtet werden müsse, daß schon am nächsten Tage die tollsten Gerüchte durch die Stadt gingen. Nach den neuesten Nachrichten hätten sich neben München auch die Städte Stuttgart und Freiburg beworben. Man sollte die Frage, ob Atomkraftwerk in Karlsruhe oder nicht, über die ja letztlich der Gesamtstadtrat zu entscheiden habe, vorerst einmal zurückstellen. Er sei der Auffassung, daß man zunächst einmal "hart-am-Mann" bleiben sollte. Dies sei die richtige Taktik des Verhandeln. Die Anlage solle 30 Mill. DM kosten, diene nicht zur Herstellung von Atombomben und scheine auch nicht im engstem Zusammenhang mit den EVG-Verträgen zu stehen, sondern diene der Forschung der Elektrizitätsgewinnung usw..

Der Vorsitzende läßt eine Skizze vom Kanadischen Atomprojekt umlaufen und verliest die allgemeinen Richtlinien bei der Wahl des Ortes für die Reaktor-Station der Bundesrepublik. Hiernach müsse das Gelände möglichst in unbebautem Terrain am Rande einer größeren Hochschulstadt liegen, die Fahrzeit von den wissenschaftlichen Instituten zur Hochschule dürfe bei Benützung der vorhandenen Verkehrsmittel höchstens 1/2 Stunde betragen; es bestehe bei dem eigentlichen Reaktor eine gewisse Gefahr der Verseuchung der Luft mit radioaktiven und daher giftigen Abfallprodukten. Daher sollte die Reaktorstation in wenig besiedeltem Gelände liegen, und zwar so, daß bei der vorherrschenden Windrichtung alle Abgase von der Stadt weg in freies Gelände getrieben werden. Durch eine ständige sorgfältige Kontrolle der Luftradioaktivität könne dann jede Schädigung der Umgebung vermieden werden. An Gebäuden für die deutsche Station wären zu erstellen ein

././.

Hauptinstitut für Physik, Werkstätten, Batterien, Umformer, Trafo, das Reaktorgebäude, ein Laboratorium, Gebäude zur Aufarbeitung des Urans und Abtrennung der Spaltprodukte, Gebäude für Zentralbetriebe und Heizungsanlage, eine medizinische Station, ein Casino usw. Er (der Vorsitzende) stelle seine Ausführungen zur Diskussion.

Stadtrat Keßler: Nach seinen physikalischen Kenntnissen sei es unmöglich, daß hier Versuche mit militärischen Sprengstoffen gemacht werden, dazu sei der Platz viel zu klein. Ausserdem liege Karlsruhe in einem derart dicht besiedelten Gebiet, daß etwaige militärische Bedenken wegfallen würden. Er betrachte das Atomkraftwerk mehr als eine physikalische Versuchstation. Der Herstellungspreis für eine Atom-bombe betrage immer noch 1 Milliarde DM. Der Atommeiler solle nur einen Bauaufwand von 30 Mill. DM verursachen.

Generaldirektor Dr. Möhrle: Ein Atommeiler habe den Zweck, die Atomenergie in Wärme umzuleiten. Es bestehe seit Jahren die Absicht, von der UNESCO zur Verfügung gestellte Mittel zur Forschung der sogenannten Atomenergie zu verwenden mit der Absicht, einen Atommeiler im südwestlichen Deutschland zu errichten. Die Atomforschung, soweit sie für Kriegszwecke benutzt werde, werde ganz woanders betrieben. Der Sinn und Zweck des Atommeilers sei der, auf Grund von Uran eine Atomspaltung durchzuführen und das Erzeugnis über Wärme- oder Energieträger zu verwenden. Wenn man Geld genug habe, könne man diese Versuche auch mit dem Edelgas Helium machen. Karlsruhe werde deshalb für einen solchen Atommeiler besonders geeignet sein, weil seine Aparatetechnik weit vorgeschritten sei.

Der Vorsitzende: Die Welt entwickle sich nun mal in dieser Richtung. In irgendeiner Form werde Deutschland auch mit solchen Forschungen in Verbindung gebracht werden. Daß die Geschichte nicht ganz harmlos sei, gehe allein daraus hervor, daß die Luft mit Radioaktivität geschwängert werde.

Stadtrat Konz: Er sei mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden, daß man zunächst am Mann bleibe. Vielleicht könne nun ein kürzeres Referat über das ausgewählte Gelände folgen, damit man sich ein genaueres Bild machen könnte. Gewisse Gefahren seien vorhanden. Inwieweit diese Gefahren abgewendet werden können, bedürfe noch gründlichster Untersuchungen. Der Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, end=

././.

gültig, nein zu sagen. Die Verhandlungen sollten inzwischen weitergeführt werden.

Der Vorsitzende: Aus dem Gespräch mit einigen Kommissionsmitgliedern habe er entnommen, daß Karlsruhe absolute Chancen habe, den Atomreaktor zu bekommen.

Bürgermeister Dr. Gutenkunst: Die Bedenken bezüglich der Gefährdung der Bevölkerung hängen wesentlich mit der Frage des in Aussicht genommenen Geländes zusammen.

Vermessungsdirektor Lang: Zusammen mit dem Stadtplanungsamt sei als geeignetes Gelände jenes zwischen dem Rhein und der Alb, etwa 1,5 km nördlich der Zellstoffwerke Maxau ausgewählt worden. Die Knielinger bezeichnen dieses Gelände als solches "über dem Deich". Es bestehe aus Ackerland und aus einem Waldstück und habe einen Umfang von etwa 100 ha. Die Zufahrt könne über die weiteste Brücke erfolgen. Das Gelände sei von der Brücke noch etwa 400 m entfernt. Bezüglich der Hauptwindrichtung liege ~~es~~ es sehr günstig. Die Hauptwindrichtung sei Süd-West. In dieser Richtung schliesse sich mindestens 20 km unbebautes Gelände an. Für Wasser sei gesorgt durch den Rhein, die Abwasser könnten gegebenenfalls durch die Alb abgeführt werden. Das Gelände gehöre zu 50% der Stadt und sei zu 50 % in privatem Besitz. Die Privatgrundstücke könnten erworben werden, wenn das Projekt verwirklicht werde, müsste der "Große Weg" noch verlegt werden. Anschlußmöglichkeit zu den elektrischen Leitungen <sup>bei</sup> in etwa 800 m Entfernung vorhanden bei den Zellstoffwerken, die einen 20 000 Volt-Anschluß besäßen und 500 kW abgeben können.

Der Vorsitzende machte den nunmehr eingetroffenen Stadtrat Berggötz mit dem wesentlichen Inhalt der heutigen Besprechung bekannt und bespricht mit den Anwesenden hierauf die Beantwortung des übersandten Fragebogens.

Frage 1: Das Gelände ist etwa 100 ha groß. Es wird ein Stadtplan beige-fügt, ebenso ein Plan im Detail. (Zustimmung)

Frage 2: Eine räumliche Trennung des Reaktors von der Station ist nicht notwendig. (Zustimmung)

Frage 3: Das Gelände steht im Jahre 1954 für Bauarbeiten zur Verfügung.

.//.

Sollte mit den Bauarbeiten schon früher begonnen werden, könnte dies auch ermöglicht werden. (Zustimmung)

Frage 4: Ja. (Zustimmung)

Frage 5: Ja. (Zustimmung)

Frage 6: Abstand vom nächsten Bahnhof 1,5 km, Schnellzugstation 4 und 8 Kilometer. Straßenbahnlinie 3 Kilometer, Hauptverkehrsstraße 0,5 Kilometer (geeignet für sehr schwere Transporter), Tankstelle 1 Kilometer, Zeitaufwand für den Weg zur Hochschule mit normalen Verkehrsmitteln: 15 bis 30 Minuten. (Zustimmung)

Frage 7: Straße ist vorhanden. (Zustimmung)

Frage 8: Elektrische Kraft ständig verfügbar. Entfernung zum nächsten Anschlußpunkt  $0,5^{1,0}$  Kilometer. (Zustimmung)

Frage 9: Rhein: 1200 cbm/Sekunde.  
Alb: 3 cbm/Sekunde.

Frage 10: Nein. 3 Kilometer.

Frage 11: Bezüglich dieser Frage, die nicht ganz klar ausgeführt ist, kann verhandelt werden. Die Stadtverwaltung ist zu großzügigem Entgegenkommen bereit. (Zustimmung)

Frage 12: Die Stadtverwaltung wird sich bemühen, auf dem privaten Sektor möglichst viele Spazialkräfte wohnungsmäßig unterzubringen. Sollte das nicht in ganzem Umfange möglich sein, wird über das städtische Wohnungsbauprogramm ein weiterer zusätzlicher Bedarf befriedigt. (Zustimmung)

Frage 13: Provisorische Unterkünfte können beschafft werden. (Zustimmung)

Frage 14: Vorteile des Geländes: Liegt am Rhein, am Schwarzwald, in der Hardt, in der Nähe des Bienwaldes und des Hardtwaldes.

Frage 15: Staatstheater, Technische Hochschule, Staatstechnikum, Sportanlagen, Schulen, Heidelberg, Freiburg, <sup>Kunststadt</sup> Kunststadt, internationaler Schnittpunkt der <sup>Verkehrslinien</sup> Verkehrslinien, Autobahn usw. (Zustimmung)

Frage 16: Die Gewährung von Steuerfreiheit ist nicht Sache der Stadtverwaltung. Die Stadt ist aber überzeugt, daß auch das

././.

Finanzamt Entgegenkommen beweist. (Zustimmung)

Frage 17: Ja. (Zustimmung)

Frage 18: Die Stadtverwaltung ist bereit, bei Herstellung der Versorgungsleitungen usw. weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen.

Frage 19: Siemens, Industriewerke Karlsruhe, Merk-Darmstadt, Anilin- und Södawerke, <sup>Kocherwerke / Karlsruhe</sup> u. ähnl.

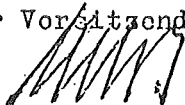
Frage 20: Feinmechaniker, Elektrotechniker, Bauarbeiter usw. sind im ausreichendem Maße vorhanden. Karlsruhe ist Pendelbezirk.  
(Zustimmung)

Der Vorsitzende stellt abschließend die einstimmige Genehmigung der Anwesenden zur Beantwortung des Fragebogens in vorstehendem Sinne nochmals ausdrücklich fest und nimmt den Auftrag der Anwesenden entgegen, unabhängig von einer später zu treffenden endgültigen Entscheidung „hart-an-Mann“ zu bleiben und die Bemühungen um dieses Atomwerk fortzusetzen.

Schluß der Sitzung: 11.00 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:



(G. Klotz)

Oberbürgermeister.

Der Schriftführer:



(Obrciter)

Vorlage an Dez. IV

mit der Bitte um Kenntnisnahme und entsprechende Beantwortung des Fragebogens.





---

(von Prof. Fleischberg)

Abschrift /MG.

Allgemeine Richtlinien bei der Wahl des Ortes für die

Reaktorstation der Bundesrepublik

Bei der Reaktorstation handelt es sich um eine Gruppe von Gebäuden und Anlagen, deren Charakter am besten durch den Vergleich mit den beiliegenden Plänen der Reaktorstation Chalk River in Kanada erklärt werden kann. Die für die deutsche Reaktorstation zunächst geplanten Gebäude sind in einem beiliegenden Verzeichnis angeführt. Im einzelnen ist für die Wahl des Geländes zu beachten:

Das Gelände muss möglichst in unbebautem Terrain am Rande einer grösseren Hochschulstadt liegen. Die Reaktorstation wird nämlich mit grösseren wissenschaftlichen Instituten verbunden sein, die auf die Zusammenarbeit mit der Hochschule und die Mitarbeit jüngerer Wissenschaftler angewiesen sind. Die jüngeren Wissenschaftler müssen Vorlesungen und Kolloquien an der Hochschule besuchen und sollen sich, wenn sie dazu geeignet sind, dort habilitieren und selbst Vorlesungen halten. Aus diesem Grunde darf die Reaktorstation nicht zu weit von der Hochschule entfernt liegen; die Fahrt von den wissenschaftlichen Instituten zur Hochschule darf bei Benutzung der vorhandenen Verkehrsmittel nicht länger als eine halbe Stunde dauern.

Andererseits besteht bei dem eigentlichen Reaktor eine gewisse (in den Zeitungen meist übertriebene) Gefahr der Verseuchung der Luft mit radioaktiven und daher giftigen Abfallprodukten. Daher sollte die Reaktorstation in wenig besiedeltem Gelände liegen, und zwar so, dass bei der vorherrschenden Windrichtung alle Abgase von der Stadt weg in freies Gelände getrieben werden. Durch eine ständige sorgfältige Kontrolle der Luftradioaktivität kann dann jede Schädigung der Umgebung vermieden werden.

Wenn die beiden genannten Bedingungen schwer zu vereinbaren sind, so kann daran gedacht werden, den eigentlichen Reaktor noch einmal etwa um einige Kilometer von der übrigen Station und den Instituten zu trennen, so dass z.B. die Institute und Wohngebäude etwa 10 km, die Reaktorstation aber schon 15 km von der Hochschule entfernt liegen.

Das Gelände sollte etwa 0,8 bis 1 qkm gross sein oder wenigstens im Laufe der Zeit auf diese Grösse ~~xx~~ erweitert werden können. Es sollte möglichst quadratisch sein, in der Nähe eines Flusses oder Sees liegen (Versorgung mit Kühlwasser!) und mit Kraftstrom leicht versorgt werden können.

Gute Verkehrslage, Nähe einer Hauptstrass-e und möglichst auch eine Bahnlinie ist eine wichtige Voraussetzung.

Um einen Einblick in die Art der Verwendung des Geländes zu geben, wird, wie schon erwähnt, als Anhang ein Plan der kanadischen Station Chalk River, beigelegt, ferner ein Verzeichnis der Gebäude in Chalk River und ein Verzeichnis der Gebäude, die zunächst für die deutsche Reaktorstation vorgesehen sind.

---

Fragen betr. das Gelände für die Reaktorstation

1. Welches ist die genaue Begrenzung und die genaue Fläche (in Hektar) des Geländes? Ist es eben oder hügelig?
2. Wenn an eine räumliche Trennung des Reaktors von der Station gedacht wird: Wie gross wird der Abstand Station - Reaktor sein welche Verbindung besteht zwischen beiden.
3. Wann wird das Gelände für Bauarbeiten zur Verfügung stehen ?
4. Kann das Gelände später bei Bedarf durch Zukauf u.U. erweitert werden?
5. Ist der Untergrund geeignet für sehr schwere Strukturen und Gebäude?
6. Welches ist der Abstand vom nächsten Bahnhof, Schnellzugstation, Strassenbahnlinie, Omnibuslinie, Hauptverkehrsstrasse, (geeignet für sehr schwere Transporte), Flugplatz, Tankstelle etc., etwa benachbarte Dörfer, Hotels etc.? Welche Zeit wird für den Weg zur Hochschule bei normalen Verkehrsmitteln gebraucht?
7. Falls keine Strasse vorhanden, kann eine angelegt werden und wäre die Stadt bereit, die Unkosten zu übernehmen.
8. Ist elektrische Kraft ständig und gegebenenfalls mit hohem Anschlusswert (500 kW) verfügbar? Wenn nicht, welche Entfernung zum nächsten Anschlusspunkt ?
9. Welches ist die stündlich fliessende Wassermenge eines eventuell vorhandenen Flusses ?
10. Hat das Gelände Trinkwasserversorgung? Wenn nicht, welche Länge müsste eine zu erstellende Leitung haben ?
11. Würde das Gelände kostenlos überlassen? Würden die laufenden fiskalischen Unkosten (Steuer, Strassenreinigung) etc. erlassen?
12. Wenn Wohnungsprobleme nicht auf privaten oder sonst einfachen Wegen gelöst werden können, welche Lösung würde vorgeschlagen? (Es müsste damit gerechnet werden, dass im Laufe der Zeit einige 100 Spezialkräfte von auswärts untergebracht werden müssen.)
13. Gibt es in der Nähe des Geländes bereits provisorische Unterkünfte für Personal und Büros während der Bau- und Übergangszeit? Wenn nicht, könnten solche beschafft werden?

14. Gibt es bei dem ins Auge gefassten Gelände besondere Vorteile insbesondere im Hinblick darauf, dass es auf lange Sicht auch ein wissenschaftliches Zentrum werden soll, das in- und ausländische Gelehrte anziehen soll? Ist es in landschaftlich angenehmer Umgebung, fern vom Lärm etc.? Ebenso wie für das Gelände gilt dies für eventuelle Wohnviertel.
15. Welche besonderen Vorteile bietet die Stadt für das Vorhaben und für die dort lebenden Wissenschaftler und Techniker? (von dem Gelände aus leicht erreichbare Schulen, Sportanlagen und dergl.)
16. Wären die lokalen Behörden bereit, die üblichen für Hochschul-lehrer geltenden Privilegien, z.B. Gewährung von Steuerfreiheit für einen Teil des Gehaltes als Aufwandschädigung u.ä., auch den Wissenschaftlern der Reaktorstation zu gewähren
17. Falls das angebotene Gelände aus irgendeinem Grund sich als ungeeignet erweisen sollte, wäre die Behörde bereit, ein anderes anzubieten?
18. Wäre die Stadt (oder Gemeinde) bereit, sich auch finanziell an der Erstellung der Station zu beteiligen?
19. Gibt es an dem betr. Ort Industrien aus dem Bereich der Feinmechanik, Chemie, Elektrotechnik, etc.?
20. Kann damit gerechnet werden, dass in dem betr. Ort Feinmechaniker, Elektrotechniker, Bauarbeiter geworben werden können? In welchem Umfang?

---

Für die deutsche Station zunächst zu planende Gebäude

1. Physik: (Hauptinstitut für Physik, theor. Physik, Verwaltung, Bibliothek etc.; entsprechend dem MPI für Physik)
2. noch Physik: (Pforte, Werkstätten, Vervielfältigung, Versand, Batterien, Umformer, Trafo etc. dicht anschliessend an Physik 1)
3. Reaktor
4. Isotopenlaboratorium: (in einem Voranschlag sind ca. 30 Räume vorgesehen)
5. "Heisse Chemie": Aufarbeitung des Urans, Abtrennung der Spaltprodukte. (Dimension bisher nicht zu übersehen)
6. Zentralbetriebe u. Heizungsanlage: (Garagen, Instandhaltung von Gas, Wasser, Gebäuden, Gelände etc.)
7. Medizinische Station, später vielleicht zu einer speziellen Strahlungsklinik auszubauen. Vorerst Gesundheits- und Strahlungskontrolle auf dem Gelände; eventuell zunächst im Gebäude 1.
8. Casino etc.

---

### Gebäude in Chalk River, Canada

(Ausserdem wurde in Canada eine Siedlung für 2500 Leute (Angehörige eingeschlossen) in etwa 10 km Abstand gebaut.)

1. Physik (3 Gebäude)
2. Chemie (2 Gebäude)
3. Theoretische Physik
4. Zentralbetriebe (Instandhaltung)
5. 3 Reaktoren (3 Gebäude)
6. Chemisch-Technologisches Labor (3 Gebäude)
7. Isotopen-Abteilung
8. Medizinische Station; Stationshospital (2 Gebäude)
9. Feuerwehr  
Arbeiter und Fahrbereitschaft  
Garage
10. Electronics Werkstätte
11. Konstruktion und Planung
12. Casino
13. Bücherei
14. Anlage zur Extraktion der Spaltprodukte und des Plutoniums
15. Anlage zur Wiedergewinnung des Urans
16. Kraftstation
17. Wasserstation (Säuberung des Kühlwassers)
18. Verwaltung
19. Porhaus; Empfang, Versand, Abfertigung



**3. Ministerialrat Dr. Seifriz im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg berichtet an den Karlsruher Bürgermeister Dr. Gurk über Einwände des Bundeskanzlers Adenauer zum Standort Karlsruhe für den künftigen Atommeiler.**

Ministerialrat Dr. Seifriz

im **Wirtschaftsministerium**  
Baden-Württemberg

④ Stuttgart N, den 3. November 1953  
Königsplatz 18  
Stuttgart 1, Postschloßbach 440  
Fernruf Ortsverkehr: 99241  
Fernverkehr: 90057-59

W 4. 11. 53

Aktenzeichen:

(Aktenselchen im Schriftverkehr stets angeben)

Herrn  
Bürgermeister Dr. G u r k  
z.Zt. S t u t t g a r t  
Landtag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Herr Ministerpräsident Dr. Müller hat am Samstag mit Bundeskanzler Dr. Adenauer wegen des Standorts des künftigen Atommeilers gesprochen. Der Bundeskanzler hat zum Ausdruck gebracht, Herr Prof. Heisenberg stehe auf dem Standpunkt, dass Karlsruhe voraussichtlich wegen der Wasserverhältnisse nicht in Betracht kommen könne. Sie werden sich erinnern, dass ich Sie kürzlich darauf hingewiesen habe, dass Herr Prof. Heisenberg ein Gewässer sucht, das keine Verbindung zum Grundwasser hat. Ich darf annehmen, dass Sie diese Frage in der Zwischenzeit geprüft haben. Bei der Besprechung mit Herrn Minister Farny am kommenden Samstag werden wir auch auf diese Frage eingehen müssen.

Mit freundlicher Begrüßung

Ihr 

---

#### 4. Gutachten der Stadtwerke (Generaldirektor Dr. Möhrle) zur Grundwassergefährdung durch einen Atommeiler.

Stadtwerke

Karlsruhe, den 5. November 1953

An die

Stadtverwaltung  
-Dezernat IV-

Betr.: Erstellung eines Atombrenners, h.i. Forderung des Vorhandenseins eines vom Grundwasser unabhängigen Gewässers.

Die Forderung des Vorhandenseins eines vom Grundwasser unabhängigen Gewässers hat seinen Grund in der Absicht, die in den bei der Atomenergie-Erzeugung anfallenden Abwässern enthaltenen schädlichen giftigen und radioaktiven Bestandteile in einem Atomsumpf auszuscheiden und unschädlich zu machen, sodaß die so gereinigten Abwässer ohne Gefährdung der Umwelt abgeleitet werden können. Um Stellung zu diesen Fragen nehmen zu können, wurde umgehend (4.11.53) mit den Herren Prof. Dr. Henglein und Prof. Dr. Holluta diesbezüglich Rücksprache genommen.

Über die Notwendigkeit des Atomsumpfes bzw. eines Gewässers, das unabhängig vom Grundwasser ist, konnte Prof. Dr. Henglein keine näheren Angaben machen. Er empfiehlt, bei der zuständigen Stelle dieserhalb anzufragen.

Herr Prof. Dr. Holluta, der z.Zt. mit einer umfassenden Untersuchung der Frage der Säuberung bzw. Sauberhaltung des Rheines im Auftrag von Wasserwerken am Niederrhein und sonstigen Interessenten beschäftigt ist, hatte sich auch bereits Gedanken über die Einflüsse der Atomenergieindustrie auf das Wasservorkommen gemacht. Er hat eine amerikanische Arbeit vorliegen, mit der ins deutsche übersetzten Überschrift "Bedeutung der Radioaktivität für die Überwachung der Wasserwerke". Von diesem Aufsatz liegt ein Auszug, der die auftretenden Verunreinigungsmöglichkeiten und ihre Beseitigung behandelt, als Anlage bei.

Dennach kann ganz allgemein gesagt werden: Bei der Atomenergie-Erzeugung entstehen zweifellos giftige und hochgradig radioaktive Stoffe, die die Abwässer verunreinigen, sodaß diese nicht ohne weiteres direkt oder indirekt in das Grundwasser bzw. in den Vorfluter abgeleitet werden können, ohne damit die Umwelt ~~schwer~~ zu schädigen. Eine Anzahl dieser schädlichen Stoffe kann durch bekannte und verhältnismäßig einfache Mittel unschädlich gemacht oder entfernt werden, während andere Schädlinge vorhanden sind, die nur schwer, d.h. durch kostspielige Maßnahmen oder mit den ~~heute~~ bekannten Mitteln überhaupt noch nicht restlos beseitigt werden können. Es kann m.E. aber damit gerechnet werden, daß inzwischen die Wissenschaft weiter gearbeitet hat und weiter arbeiten wird an der Aufgabe, die auf die Umgebung schädlichen Auswirkungen der Atomenergie-Erzeugung noch weiter einzuschränken und schließlich aufzuheben.

Ob an Stelle des geforderten vom Grundwasser unabhängigen natürlichen Gewässers ein gegen das Grundwasser wasserdicht abgeschirmtes

././.

künstliches Wasserbecken als Atomsumpf verwendet werden kann, läßt sich erst entscheiden, wenn die Menge der anfallenden Abwässer und der besondere Zweck des natürlichen Atomsumpfes bekannt sind.

*V. W. W. W.*

*Anlage*

---

5. **Tischreden anlässlich des Besuches einer Delegation des Planungsausschusses am 8.12.1953 in Karlsruhe.**

Karlsruhe, den 9. Dezember 1953.

**T i s c h r e d e n**

anlässlich des Besuches der Gäste aus Göttingen, Stuttgart, Freiburg usw. im Zusammenhang mit der Besichtigung des Geländes am 8. Dezember 1953.

Haus Solms.

Bundesratsminister Farny-Stuttgart: "Sehr verehrter Herr Professor Heisenberg! Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, Sie im Auftrag des Herrn Ministerpräsidenten im neuen Bundesland Baden-Württemberg herzlich zu begrüßen. Wenn man berücksichtigt, daß Männer wie Daimler und Benz aus unserem Land hervorgegangen sind, wenn man weiter an Max Eyth, Graf Zeppelin, Dornier usw. denkt, glaube ich, daß wir Sie in unserer Heimat auch deshalb ganz besonders herzlich und besonders betont begrüßen dürfen, auch wenn Sie für uns und für die Welt der Vertreter einer Wissenschaft und einer Geisteswissenschaft sind, der wir eigentlich als Laie mit einer gewissen Beklommenheit begegnen. Ich stehe persönlich noch sehr stark unter dem Eindruck Ihrer Vorträge über die Dämonie der Technik, die Sie mit Heidegger und Vardinieri zusammen gehalten haben. Ich muß bekennen, daß man jetzt, wenn man den Vorzug hat, Ihnen zu begegnen, als blutiger Laie in der Atomwissenschaft doch ein leichtes Gruseln nicht unterdrücken kann, wenn man Männern begegnet, die sozusagen in der Werkstatt Gottes stehen und von denen die Welt soviel redet.

Ich bin besonders stolz, daß ich Ihnen den Willkomm des Landes und der Regierung entbieten darf und ich bin auch bevollmächtigt, Herr Professor, Ihnen zu sagen, daß Land und Regierung bereit sind, alle Konsequenzen aus einem solchen Willkomm zu tragen, die in der Zukunft u.U. für uns daraus entstehen mögen oder, wie wir hoffen, entstehen werden. Wir haben eine viel zu hohe Achtung und Ehrfurcht vor der Materie Ihrer Wissenschaft, um Ihnen nicht sagen zu dürfen und sagen zu wollen, daß es für dieses Land und seine Regierung eine ganz selbstverständliche Ehrenpflicht ist und sein wird, wenn die Wahl auf uns fallen sollte, Wohnsitz einer so hohen Institution und eines so großen Werks zu werden, daß wir dieser Ehre uns auch würdig zeigen wollen, und daß wir bereit sind, alle Voraussetzungen sowohl für das

Leben der Wissenschaftlicher wie auch für die technischen Betriebe zu erfüllen. Sie kennen ja das Land Baden und Sie kennen wohl auch die herrliche Umgebung zwischen Rhein und Schwarzwald. Wenn wir uns darum bemühen, Sie bei uns zu haben und Ihr Werk, dann seien Sie überzeugt davon, daß es nicht einen Augenblick geben wird, in dem ein Mißton entstehen könnte. In dieser Absicht und in diesem Bestreben sind wir alle einig, die Stadt und der Staat, die Regierung und das Volk des Landes und sicher nicht zuletzt die Bürger dieser schönen Stadt mit ihrer stolzen Tradition. Herzlich Willkommen, Herr Professor, nochmals und hoffentlich wird uns das große Glück zuteil, Sie und Ihre Mitarbeiter einmal ganz bei uns sehen zu dürfen. Damit darf ich auf Ihr Wohl trinken! (Beifall)"

Professor Heisenberg: "Meine sehr verehrten Herren! Namens der Gäste darf ich für die große Gastfreundschaft der Stadt danken. Wir haben schon vorher über die technische Vergangenheit der Stadt gehört, aber ich freue mich, daß wir jetzt noch mehr gehört haben, insbesondere freut es mich, daß Max Eyth offenbar aus Karlsruhe stammt. Noch mehr als die große Vergangenheit der Stadt bewundern wir den Unternehmungsgeist der Stadt, der sich überall kund tut. Es freut uns auch das überaus große Interesse der Stadt an der Atomphysik und der Atomtechnik. Leider ist es so, daß die meisten Leute das Gruseln bekommen, wenn das Wort Atom gesagt wird, obwohl das zu Unrecht geschieht, denn das, was jetzt geredet wird, hat nur mit friedlicher Atomtechnik zu tun, niemals etwas mit kriegerischem Atom, denn mit letzterem werden wir in den nächsten 100 Jahren nichts zu tun haben. Es freut uns auch, daß wir heute das Gelände kennen lernen, obwohl wir darüber auf Grund der einwandfreien Unterlagen und Pläne schon ausreichend unterrichtet sind. Besonders dankbar bin ich dafür, daß Sie uns in jeder Weise, nicht nur durch große Gastfreundschaft, sondern auch durch zukünftige Beziehungen zur Hochschule, die Wege ebnen wollen. Allerdings muss ich feststellen, daß die Entscheidung natürlich nicht nur bei uns liegt. Unsere Aufgabe ist eine bescheidenere. Wir müssen die Grundlagen erarbeiten, damit wir einen genauen Bericht erstatten können, dann wird die Entscheidung vielleicht höheren Orts getroffen werden. Jedenfalls muß heute diese Entscheidung offengelassen werden. Ich darf noch einmal meinen Dank ausdrücken, daß Sie uns hier alles so ausserordentlich leicht machen. Ich trinke auf das Wohl der Stadt Karlsruhe und ihres Oberbürgermei-

././.

---

sters. (Beifall)"

Schloß-Hotel.

Oberbürgermeister Klofz: "Meine sehr verehrten Herren! Als ich heute morgen die Ehre hatte, Sie zu begrüßen, wies ich darauf hin, daß wir alles Steife abstreifen wollen und uns so geben, wie wir sind. Ich möchte deshalb zum Abschluß auch keine langatmige steife Rede halten, sondern Ihnen nochmals recht herzlich danken, daß Sie gekommen sind. Was wir Ihnen zeigen konnten; war nur ein kleiner Ausschnitt aus unserer Stadt und zugespitzt auf Ihr einmal kommendes Vorhaben. Ich möchte feststellen, daß sich die Stadt Karlsruhe noch aus vielen anderen liebenswerten Dingen zusammensetzt. Wir haben Wert darauf gelegt, nicht auf Sie einzuhämmern und Sie zu beeinflussen, mit allen Mitteln hierher zu kommen, weil wir wissen, daß so etwas nicht wirkt, sondern eher abstößt, und weil die Argumente, die sachlich für uns sprechen, allein sprechen sollten. Wir wollten mit Ihnen persönlich Kontakt bekommen, und wir wollen hoffen, daß Sie bei den kommenden Besprechungen diesen persönlichen Kontakt mit uns halten werden. Eine Sorge war für mich, daß es heute so neblig war. In Karlsruhe scheint eben auch nicht immer die Sonne. Sie wollen daraus entnehmen, daß wir auch als Vertreter der Stadtverwaltung nicht mehr scheinen wollen, als wir in Wirklichkeit sind. Wir sind etwas und hoffen, durch Sie noch mehr zu werden! (Beifall)"

Generaldirektor Dr. Bötzkens: "Sehr geehrte Herren! Ich wurde im Laufe des Abends bei Unterhaltungen mit Tischnachbarn gefragt, ob ich schon früher einmal in Karlsruhe gewesen wäre. Ich habe bejaht, allerdings mit einer schrecklichen Erinnerung. Ich bekam wegen unerlaubten Parkens in der Kaiserstraße ein Protokoll mit der Aufforderung zur Zahlung von 1.-- DM Strafe. Ich habe gegen das Protokoll Einspruch erhoben mit der Begründung, die Stadt Karlsruhe hätte sich einer unerlaubten Verkehrsfeindlichkeit schuldig gemacht. Ergebnis: Ich musste 7 DM bezahlen. Dieser Vorgang lebt nachhaltig in meiner Erinnerung. Es hat nicht furchtbar lange gedauert bis ich meine Voreingenommenheit gegen die Stadt Karlsruhe wegen Verkehrsfeindlichkeit verloren habe. Heute sind wir alle hoch erfreut gewesen über den freundlichen Empfang, den wir von allen Seiten erhalten haben, über die freundlichen Worte und die verschiedenen Zusagen. Wir freuen uns, in Karlsruhe  
././.



ruhe zu sein. Wir haben zur Kenntnis genommen, was Sie uns gezeigt haben; das Gelände lebt nachhaltig in unserer Erinnerung und wird unsere Erinnerung nachhaltig befruchten. Ein Ergebnis zu prophezeien, wage ich nicht. Vielleicht müssen wir dies und jenes noch überprüfen und nacharbeiten. Ganz besonders hat uns interessiert, daß wir an der technischen Hochschule vorbeifahren konnten, wunderbar war die Schifffahrt auf unserem geliebten Vater Rhein. Beeindruckt hat uns der große Wasserreichtum. Das einzig Unangenehme war der Nebel, wofür Sie nichts konnten. Vielleicht kann man mit physikalischen Mitteln den Nebel für die Zukunft beseitigen? Ich trinke auf das Wohl von Karlsruhe und auf die Fülle von Hoffnungen ohne Gewähr." (Beifall)

Oberbürgermeister Klotz: "Damals handelte es sich um eine staatliche Polizei. Heute haben wir die Gemeindepolizei. Diese Polizei hätte mit Scharfblick sofort erkannt, was für uns wichtig ist oder nicht. Welche Zukunft die Kernphysik hat, zeigt uns, daß die Idee kommt, den Nebel zu vertreiben, nachdem wir heute festgestellt haben, daß als Abfallprodukt ein wirksames Haarwuchsmittel dabei herauskommt."

Professor <sup>Dr.</sup>Henglein - TH. Karlsruhe: "Meine Herren! Es ist ja nicht Sitte der Wissenschaft, viele Worte zu machen, ich möchte mich daher als Mitglied des Senats der Technischen Hochschule Karlsruhe ganz kurz fassen. Ich darf Herrn Professor Heisenberg persönlich versichern, daß sich die Technische Hochschule ausserordentlich glücklich schätzen würde, wenn Sie sich entschließen könnten, mit dem Atombrenner bzw. -Reaktor nach Karlsruhe zu kommen. Ich möchte nur eines sagen: Wir werden Sie aufnehmen mit offenen Armen. In diesem Sinne möchte ich hoffen, Herr Heisenberg, daß Sie ihren Entschluß in dieser Richtung fassen. Die Technische Hochschule Karlsruhe wird eine sehr glückliche Zusammenarbeit mit allen Ihren Herren, die Sie hierher mitbringen, und mit Ihnen persönlich finden." (Beifall)

Professor Kirchheimer - Uni. Heilbrunn: "Meine Herren! Es ist mir durchaus nicht angemessen, hier zu den Dingen das Wort zu ergreifen. Aber die Tatsache, daß man seitens der Stadtverwaltung unter ihrem verehrten Oberbürgermeister und seitens der Oberbau- und Baudirektoren sich mit dem Atomprojekt beschäftigt, ist erfreulich und zeigt, daß man an der gesamten Planung interessiert ist. Es ist völlig unnötig, hier noch weiterhin zu erörtern, daß die Stadt Karlsruhe, die Technische Hochschule usw. daran interessiert sind, die kommende Atomenergiestation auf Karlsruher Gelände zu ziehen. Wir sind alle der Meinung,

././.

daß es ein ungeheurer Vorteil für Karlsruhe ist, wenn wir diese Station erringen können. Auch die Technische Hochschule, die seit über 150 Jahren mit Karlsruhe verbunden ist, würde dadurch einen ungeahnten Auftrieb erhalten. Eines ~~von~~<sup>ist</sup> in diesem kleinen Kreise heute jedenfalls zum Ausdruck gekommen, nämlich die Förderung des Projekts mit allen Mitteln. Die deutsche Atomenergiestation muss nach Karlsruhe kommen. Ich darf als Aussenstehender zum Ausdruck bringen, daß die Stadtverwaltung alles getan hat, um dieses Projekt für die Stadt zu erringen. Die Stadtverwaltung hat weiter den Versuch unternommen, auch das Max Planck-Institut, mit dem Professor Heisenberg durch seine Forschungsarbeit aufs engste verbunden ist, hierher zu bekommen. Nach den neuesten Erörterungen ist es so, daß die Atomenergiestation lagemäßig irgendwie gebunden ist an die Lage des Max Planck-Instituts für Physik. Direktor dieses Instituts ist Herr Professor Heisenberg, dessen Vorstellungen über die Atomforschung irgendwie verknüpft sind mit der Arbeit am Max Planck-Institut. Es ist deshalb überaus zu begrüßen, daß sich die Stadt Karlsruhe bereit erklärt hat, der Verlegung des früheren Kaiser Wilhelm-Instituts nach Karlsruhe jede Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Zum Abschluß darf ich noch folgendes sagen: Die heute in unserer Mitte weilenden Gelehrten sind offensichtlich beeindruckt gewesen von dem, was ihnen die Stadtverwaltung, ihr Oberbürgermeister und die Wissenschaftler der Stadt geboten haben. Es gilt nun für uns, diese bescheidene Pflanze zu pflegen und zu erreichen, daß Karlsruhe zu einem künftigen Forschungszentrum wird. Ich bin überzeugt davon, daß wir dazu gelangen können. Wohl werden viele Schwierigkeiten zu überwinden sein, aber auch diese sind zu meistern."

Oberbürgermeister Klotz: "Herr Professor Heisenberg wird übermorgen beim Bundeskanzler sein, und zwar soll dabei irgendeine Stiftung für ausländische Studenten ins Leben gerufen werden, deren Präsidium Professor Heisenberg übertragen wird. Bei dieser Gelegenheit wird Professor Heisenberg ~~hxxx~~ auch über den Stand ~~xxx~~ der uns interessierenden Sache berichten. Endgültige Entscheidungen werden aber nicht zu erwarten sein, wir müssen oben weiter sehen, dürfen aber überzeugt sein, daß wir gegenüber München gut im Rennen liegen, weil wir das Wasser haben."

Professor Kirchheimer - Freiburg: "Sollen Sie überzeugt davon, daß die Verlegung des Atomwerkes für die Stadt Karlsruhe noch Bedeutung hat

///.

wie die Ansiedlung eines Privatbetriebes. Die Max Planck-Gesellschaft wird hervorragende Exponenten nach Karlsruhe bringen und das kostet Geld. Es ist nicht zweckmässig, über gewisse Einzelheiten zu sprechen, wir wollen vom Nutzen sprechen, der von der Verlegung einer solchen Institution für unsere frühere Landeshauptstadt Karlsruhe zu erzielen ist. Wenn man einen Nutzen erzielen will, muss man selbstverständlich zu Konzessionen bereit sein. Andere Städte <sup>haben</sup> ~~haben~~ sich schon in ähnlicher Weise ausgesprochen. Die Stadt Freiburg bzw. ihr Stadtrat hat das Projekt abgelehnt, weil ich entsprechend berichtet und festgestellt habe, daß Freiburg die notwendigen Voraussetzungen nicht mitbringt."

Oberbürgermeister Klotz: "Es ist richtig, daß Professor Kirchheimer bahnbrechende Pionierarbeit geleistet hat."

Professor Kirchheimer: "Es ist unmöglich, daß sich 2 badische Städte um dieses Projekt raufen. Das ist mit der Hauptgrund gegeben, warum ich für Freiburg abgelehnt habe."

Professor <sup>Dr.</sup> Henglein - F.H. Karlsruhe: "Der heutige Vorlauf ist für uns nicht ohne Bedeutung. Es stellt ein Stück Weltgeschichte dar, nicht nur für Karlsruhe allein. Mit dem Entschluß, daß wir in Deutschland einen Atomreaktor errichten, nimmt die deutsche Wissenschaft Anteil an der weiteren Entwicklung. Wir wissen, daß die Grundlagen dazu von deutschen Wissenschaftlern geschaffen wurden, um! daß wir in der Lage sind, weitere Beiträge dazu zu liefern. Wenn wir uns heute abend auch nur in leichteren Ton unterhalten haben, so bedeutet der tiefere Sinn doch Weltgeschichte. Sie mögen das vielleicht übertrieben finden, aber wir werden uns mal später bestimmt an den heutigen Tag zurück-erinnern."

Oberbürgermeister Klotz unterstreicht diese Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß sich kein Mensch träumen ließ, was sich aus den Plänen des Heinrich Hertz entwickelt, als er die epochenmachende Erfindung der elektromagnetischen Wellen machte.

Professor Kirchheimer: "Es gibt innerhalb der Technischen Hochschule nur eine Institution, die ebenso realistisch denkt, das ist das Institut von Professor Henglein."

Direktor Jan Fritz: "Das Werk der Wissenschaftler, neue Energie-

///.

quellen zu erschließen und der Wirtschaft neue Möglichkeiten zu eröffnen, ist an sich nur ein Mittel zum Zweck. Der Zweck ist jener, die Wirtschaft in die Lage zu versetzen, durch die Ergebnisse der Wissenschaft besser, vorteilhafter und zum Wohle der Menschheit zu produzieren, also die Auswertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Wohle aller Menschen. Wenn wir diesen Weg gehen, werden wir in der Wirtschaft dieselbe Position einnehmen, wird vielleicht Karlsruhe einmal der Platz sein, an dem zum ersten Male auf Grund der Erkenntnisse der Wissenschaft neue Wege beschritten wurden."

Oberbürgermeister Klotz: "Man ist leicht geneigt, solche Tage überzubewerten. Gerade weil ich den heutigen Tag hoch bewerte und hoch einschätze, warne ich vor einer Überbewertung. Ich schloße den erfolgreich verlaufenen Tag mit einem alten Segensspruch, der auch für Atomforscher gilt:

"Bemesst den Schritt, bemesst den Schwung,  
die Erde bleibt noch lange jung."

Für die Richtigkeit:  
Der Protokollführer:

*Arciter*

(Obroitor)  
Stadtarztmann.

Vorstehende Niederschrift erhält

Herr Beigeordneter Dr. Gurk

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Gezeichnet  
— — —  
*Arciter*

7. 11. 53

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten initials]*

---

6. **Bundeskanzler Adenauer mahnt die Konkurrenten Karlsruhe und München zur Zurückhaltung.**

Abschrift

L-76

Bundesrepublik Deutschland  
Der Bundeskanzler

Bonn, den 12. Dezember 1953

Abschrift

An den  
Bayerischen Staatsminister  
für Wirtschaft und Verkehr  
Herrn Hans Seidel  
München 22  
Prinzregentenstraße 28

Sehr geehrter Herr Staatsminister !

In der Presse sind in den letzten Tagen Meldungen erschienen, aus denen die Öffentlichkeit entnehmen könnte, daß die Gewinnung von Atomenergie für friedliche Zwecke in der Bundesrepublik Deutschland bereits in Angriff genommen sei und die Errichtung eines Atommeilers unmittelbar bevorstehe.

Nach den Veröffentlichungen haben Sie der Presse bekanntgegeben, daß Verhandlungen zwischen der bayerischen Staatsregierung und dem Max-Planck-Institut für Physik über den Sitz eines solchen Atomwerkes zu einem "positiven Zwischenergebnis" geführt hätten, und zwar dahin, daß die künftige Atomforschungsstätte voraussichtlich in der Nähe von München errichtet werden sollte.

Ich darf Ihnen hierzu mitteilen, daß das alliierte Verbot einer angewandten Atomforschung bis zum Inkrafttreten des Deutschland- und EVG-Vertrages nach wie vor fortbesteht. Erst mit dem Inkrafttreten der Verträge wird somit an den Bau einer Atomreaktorstation herangegangen werden können, die ausschließlich friedlichen Zwecken dienen wird. Vorher kann selbstverständlich auch keine Entscheidung über den Sitz eines solchen Werkes getroffen werden. Wenn das Max-Planck-Institut für Physik Schritte zur Klärung der Standortfrage eines künftigen Atommeilers eingeleitet hat, so kann es sich dabei lediglich um vorbereitende vertrauliche Untersuchungen handeln. Es kann aber vor

*Drift. Brief.*

- 2 -

156

allen nicht im außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik liegen,  
wenn diese Dinge bereits jetzt in die Öffentlichkeit getragen werden.

Ich darf Sie daher bitten, die Frage vertraulich zu behandeln, solange  
das vorerwähnte Verbot fortbesteht.

Dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg habe ich  
Abschrift dieses Schreibens mit derselben Bitte zugehen lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Adenauer

-----

Dem

VERTRAULICH !

Herrn Stellv. Ministerpräsidenten  
und Wirtschaftsminister Dr. V e i t

*Ei 5.1.  
W*

Wirtschaftsministerium

mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme unter Bezugnahme auf die  
Erörterung in der Ministerratsitzung vom 21.12.1953.

Stuttgart, 5.1.1954  
Nr. 33 B  
0 Beil.

Staatsministerium

*W. Göler*  
(Dr. von Göler)

*In Kenntnis 6.1.54*  
~~X~~

~~X~~

*3. J. A. v.  
frei*

*13/1. H.*

*11.1.54.*

Wirtschaftsministerium  
= Baden-Württemberg  
Eing: 6. JAN 1954  
8405.1125



---

7. **Memorandum Werner Heisenbergs vom Mai 1954 zur Planung der Reaktorstation und zu den technischen Gesichtspunkten bei der Wahl des Standortes.**

- 1 -

Im folgenden werden einige Überlegungen und Pläne zur künftigen Reaktorstation zusammengestellt. Unter Reaktorstation wird die Gesamtheit der Einrichtungen verstanden, die für den Reaktor selbst und für die zugehörigen Forschungsinstitute notwendig sind. Die Überlegungen gehen davon aus, daß ein physikalisches Institut für Grundlagenforschung von der Art des Max-Planck-Instituts für Physik, oder dieses selbst, räumlich und organisatorisch mit der Reaktorstation eng zusammenarbeitet. Noch sind die einzelnen Pläne und Überlegungen unzusammenhängend. Sie geben allenfalls einen Eindruck von der Dimension der Anlage und der noch zu leistenden Planungsarbeit.

Insgesamt sollte für die Anlage und den Ort der Reaktorstation der Gesichtspunkt gelten, daß sie auf längere Zeit die Stelle sein muß, an der die Reaktorentwicklung in Deutschland stattfindet, d.h. im Laufe der Zeit noch andere Reaktoren und Reaktortypen errichtet und untersucht werden.

Göttingen. Max-Planck-Institut für Physik

Mai 1954.

*Heisenberg*

## I. Zur Planung der Reaktorstation.

1) Eine Reaktorstation würde, am Ende einer ersten Entwicklungsphase, die jetzt zu planen wäre, aus folgenden "Gruppen" bestehen.

1. Reaktor.
2. Reaktor- und Neutronenphysik.
3. Physik. Grundlagenforschung.
4. Chemie.
5. Radioaktivität und Isotopenforschung.
6. Medizinische Anwendungen.
7. Zentralbetriebe, Verwaltung, etc.

Jede dieser Gruppen wird mindestens ein größeres Gebäude, Nr.4 möglicherweise drei erfordern. Gesamtzahl der Arbeitskräfte in 1 bis 6 wird langsam (im Laufe von 3 bis 5 Jahren) auf etwa 400 Personen anwachsen.

2) Die Planung der Gruppen 1., 2., 3., 4., 5., 7. ist weitgehend unabhängig voneinander. Für 2., 3., 4., 5., 7. sind die Unterlagen beschaffbar, und die Planung könnte begonnen werden. Innerhalb des MPI für Physik werden jetzt schon Vorarbeiten für 3. unternommen. Für 5. wäre vorher zu klären, ob die zuständigen Instanzen (Innen- und Wirtschaftsminister) auch mit der Verteilung der Isotopen durch die Reaktorstation einverstanden sind. Gruppe 4. hängt eng mit 1. zusammen; eine unabhängige Planung ist zum Teil möglich. Nr.1, Reaktor, kann nicht endgültig geplant werden - z.T. auch in Bezug auf Gebäude etc. - ehe nicht die Frage entschieden ist, von welchem Typ der Reaktor sein wird (z.B. ob Graphit- oder Schwerwasserreaktor).

Die Planung der Geländeeinteilung der Reaktorstation muß ferner berücksichtigen, daß im Laufe der Zeit weitere Gruppen, teils durch Teilung der vorhandenen, teils neue, hinzukommen können. (Vgl. z.B. die Canadische Reaktorstation, Teil II).

Bezüglich des Geländes muß verlangt werden, daß Strukturen mit einer Flächenbelastung bis zu 50 t pro Quadratmeter getragen werden.

3) Die Planung des Reaktors hängt von dem zur Verfügung stehenden Moderator ab.

Wäre Schwerwasser (6 bis 10 t) verfügbar, so würde als Erstkonstruktion ein Schwerwasserreaktor mit ca. 3 bis 5 t Uran anderen Reaktortypen vorzuziehen sein, da er bei gegebener Leistung die höchste Neutronendichte liefert.

Wenn kein Schwerwasser zur Verfügung steht (vgl. Berichte Fachausschuß III, Moderatoren), so muß Graphit als Moderator verwandt werden. Dann sind 25-35 t Uran notwendig. Es ist noch nicht sicher, wenn auch wahrscheinlich, daß diese Menge Uran in Westdeutschland wirklich zur Verfügung stehen wird.

Die Entscheidung über Aufbau oder Nichtaufbau einer Schwerwasserproduktion muß möglichst bald getroffen werden. Die Bestellung der Leiter der verschiedenen Gruppen und die Entscheidung über die Art des Reaktors stehen also am Anfang der Reaktorplanung.

4) Reihenfolge der Planung Reaktorstation:

1. Wahl des Geländes; Erschließung.
2. Planung nach 2).
3. Einteilung des Geländes.
4. Der Bau der Gruppen 2., 3., 4., 6. nach Abschnitt 1) kann früher als der Bau von 1., 6. begonnen werden.

5) Reihenfolge der Planung Reaktor.

1. Entscheidung über Schwerwasserprogramme.
2. Planung und Konstruktion des Reaktors. (Schwerwasser- oder Graphittyp).
3. Bau der Gruppe 1., gleichzeitig Ausbildung der Reaktormannschaft, z.T. im Ausland.

6) Für das Tempo der Entwicklung dürfte die Entscheidung über das Schwerwasserprogramm und seine evtl. Durchführung von ausschlaggebender Bedeutung sein;

Ist die Entscheidung positiv, so dürfte die Geschwindigkeit der Durchführung in sehr hohem Maß eine Kostenfrage sein. Vom Start bis zu den für einen Reaktor notwendigen Mengen Schwerwasser werden je nach Aufwand 2 bis 5 oder mehr Jahre vergehen. Es muß mit Veralten der Pläne noch während der Durchführung gerechnet werden.

Wird zunächst ein Graphitreaktor gebaut, so wird die Uranbeschaffung der zeitbestimmende Vorgang sein. Allerdings könnten auch Planung und Lieferung der Kühlanlage für den Graphitreaktor möglicherweise zeitbestimmend werden. Die Lieferzeit für 25-35 t Uran müßte vom Fachausschuß II angegeben werden.

## II. Ausländische Einrichtungen.

### 1. England.

In England gab es bisher eine vom "Ministry of Supply" betreute Organisation für Atomenergie, die "British Atomic Energy Effort", die ein Monopol für alle mit der Gewinnung von Atomenergie zusammenhängenden Dinge besitzt. Diese Organisation besitzt eine "Forschungsstätte" in Harwell (Reaktorstation) und eine "Produktionsstätte" in Risley, Lanc. (Ob es außerdem unabhängige militärische Einrichtungen gibt, ist nicht bekannt.). Seit dem 1. Januar 1954 untersteht die BAEC (British Atomic Energy Corp.) nicht mehr dem M.o.S., sondern bildet eine selbständige, ähnlich wie ein Wirtschaftsunternehmen aufgezugene Gesellschaft, an deren Spitze ein Präsident steht, der zugleich als Minister ohne Portefeuille dem Kabinett angehört.

#### Struktur der Reaktorstation in Harwell.

Die Reaktorstation besteht aus dem Direktor und 1 Direktionssekretär, sowie 15 Gruppen (Divisions). Nach Angaben in dem Buch "Harwell" (New York 1952) hat der Leiter einer Gruppe eine Stellung, die etwa der eines ordentl. Universitätsprofessors entspricht. Eine Gruppe umfaßt im allgemeinen ein Institut vergleichbar einem Universitätsinstitut. Es handelt sich um folgende Gruppen:

Chemische Technologie	Gesundheitsphysik
Chemie	Metallurgie
Electronics	Kernphysik
Ingenieurabteilung	Radiochemie
Extramurale Forschung	Reaktorphysik
Allgemeine Physik	Theoretische Physik
Medizin	Wissenschaftl. Verwaltung
Isotope	

Zusätzlich gibt es eine Reihe von Zentralbetrieben.

### 2. Canada.

In Canada wurde 1946 durch Gesetz (Act of Parliament) das Atomic Energy Control Board (AECB) geschaffen, das für die gesamten Atomenergieangelegenheiten in Canada verantwortlich ist. Es ist eine Regierungsbehörde und besteht aus dem Präsidenten, einem Sekretär (je hauptamtlich) und vier nebenamtlichen Mitgliedern, die meist Wissenschaftler sind.

Ausübend, also die Reaktorstation in Chalk River, die Minen, Metallfabriken etc. betreibend ist eine Gesellschaft: "Atomic Energy of Canada Limited". Ihre Organisation ist:

#### Board of 9 Directors (darunter der Präsident der AECB).

Dem Board unterstehen 4 Gruppen:

1. Organisation (9 Direktoren + Gruppenleiter).
2. Forschung.
3. Medizin.
4. General Manager.

Gruppe 2 umfaßt den Forschungsteil der Reaktorstation in Chalk River, der folgende Untergruppen umfaßt, mit je 1 Direktor:

<u>Physik</u>	<u>Chemie</u>	<u>Strahlungskontrolle</u>
(Kernphysik)		
{allgem. Physik)		
{Theoret. Physik)		
{Elektronios)		

Gruppe 4 ist die technische Gruppe, die u.a. die Reaktoren betreibt.

In der Reaktorstation gibt es u.a. folgende Gebäude:

Gebäude der Reaktorstation in Chalk River, Canada.

(Außerdem wurde in Canada eine Siedlung für 2500 Leute [Angehörige eingeschlossen] in etwa 10 km Abstand gebaut.)

1. Physik (3 Gebäude)
2. Chemie (2 Gebäude)
3. Theoretische Physik
4. Zentralbetriebe (Instandhaltung)
5. 3 Reaktoren (3 Gebäude)
6. Chemisch-Technologisches Labor (3 Gebäude)
7. Isotopen-Abteilung
8. Medizinische Station; Stationshospital (2 Gebäude)
9. { Feuerwehr  
Arbeiter und Fahrbereitschaft  
Garage
10. Electronics Werkstätte
11. Konstruktion und Planung
12. Casino
13. Bücherei
14. Anlage zur Extraktion der Spaltprodukte und des Plutoniums.
15. Anlage zur Wiedergewinnung des Urans
16. Kraftstation
17. Wasserstation (Säuberung des Kühlwassers)
18. Verwaltung
19. Torhaus: Empfang, Versand, Abfertigung.

3. Frankreich.

In Frankreich gibt es eine große Staatliche Organisation für die Betreuung der Atomenergiegewinnung, für deren Struktur keine genaueren Unterlagen vorhanden sind. An der Spitze steht der Präsident (z.Zt. Perrin). Ihm zur Seite steht ein Sekretär und eine größere Verwaltung, die offenbar außer den Reaktorstationen in Fort Chatillon (kleinerer Reaktor) und in Saclay (große Station mit Reaktor, etwa 25 km von Paris), auch die Urangruben und Spezialfabriken betreut.

Die Reaktorstation in Saclay besteht z.Zt. aus folgenden Gebäuden,

verteilt auf rund 100 ha:

- |  |                       |
|--|-----------------------|
| 1. Reaktor   | 8. Werkstätten        |
| 2. Direktion   | 9. Graphitbearbeitung |
| 3. Hochspannungsstation (Teil-<br>chenbeschleuniger) | 10. Magazin           |
| 4. Zyklotron   | 11. Electronics       |
| 5. Beschleuniger (Typ unbekannt)                     | 12. Technologie       |
| 6. Ingenieurabteilung                                | 13. Uranreinigung     |
| 7. Versuchshallen                                    | 14. Physikinstitut    |
|  | 15. Heizzentrale      |
|  | 16. Restaurant.       |

#### 4. Schweden.

Die schwedische Atomenergie-Arbeit verteilt sich auf 2 Organisationen: Atomkommission (Staatl. Atomenergiekommission) und die Atomenergie A.G.

Die Staatliche Atomenergiekommission ist von der Regierung eingerichtet zum Zweck der Ankurbelung und Unterstützung verschiedener Arten von Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Kernenergie und arbeitet als Forschungsrat. Die Kommission vertritt Schweden auch in der europäischen Kernforschungsorganisation, CERN. Der Jahresetat beträgt ungefähr Sw.Kronen 3.500.000.

Die Atomenergie A.G. ist gemeinsames Eigentum des Staates und der privaten Industrie. Das Aktienkapital beträgt Sw.Kronen 3.500.000, von denen der Staat Sw.Kronen 2.000.000 gezeichnet hat und einige wichtige Industrien Sw.Kronen 1.500.000. Die Aufgabe der Atomenergie A.G. ist es, das für die Atomenergie-Produktion notwendige Material zu prospektieren und herzustellen, Reaktoren zu konstruieren und zu bauen, und industrielle und wirtschaftliche Fragen zu behandeln, die das Atomenergie-Programm betreffen.

Es besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen den zwei Organisationen, und viele der Mitglieder der Direktion der Atomenergie A.G. sind auch Mitglieder der Staatl. Atomenergiekommission.

Das Aktienkapital der Atomenergie A.G. wird für Gebäude und andere Dauerinvestierungen benutzt. Seit dem Beginn der Gesellschaft im Jahre 1947 bis zum 30. Juni 1954 hat die Regierung für den Betrieb der Gesellschaft Geldbeihilfen im Betrage von ungefähr Sw.Kronen 32.000.000 gegeben. Die Privatindustrie hat außer dem Aktienkapital zu der Arbeit der Gesellschaft auf verschiedene Weise beigetragen, z.B. durch Stellung von Personal und Laboratorien, durch Berater und durch Gewährung kurzer Lieferungszeiten etc.

Die Atomenergie A.G. ist in zwei Hauptabteilungen eingeteilt, die Abteilung Chemie und die Abteilung Physik.

Mit den beschränkten zur Verfügung stehenden Hilfsquellen kann umfassende Arbeit nur auf einigen der verschiedenen Gebiete des Atomenergie-Programms durchgeführt werden. Die Gesellschaft hat den Ehrgeiz, kleine Gruppen



zu bilden, die den wichtigsten Phasen auf dem Gebiete der Atomenergie folgen können. Diese kleinen Gruppen sollen "Zellen" bilden, um welche später größere Abteilungen aufgebaut werden können.

Die Abteilung Chemie forscht nach Uran und anderen Materialien von Interesse. In dem Gelschiefer von Kvarntorp besitzt Schweden einen beträchtlichen Vorrat von Uran. Der Uran-Gehalt des Erzes ist jedoch klein, ungefähr 175 g pro t. Methoden, um das Uran zu extrahieren, sind ausgearbeitet, und eine Anlage, um das Uran zu gewinnen, ist errichtet worden. Methoden und eine Anlage für die notwendigen Reinigungsprozesse sind entwickelt worden.

Die analytische Abteilung hat drei Laboratorien, eines für die gewöhnliche chemische Routine-Arbeit, eines für die Entwicklung und Erprobung neuer Methoden und schließlich ein Laboratorium für Spektrographie, Photospektrometrie und ähnliche mehr physikalische Methoden. Das metallurgische Laboratorium, das im Augenblick mit Uran-Metallurgie und-Metallographie arbeitet, gehört ebenfalls zu der Abteilung Chemie.

In den Laboratorien der Abteilung Physik sind verschiedene wichtige vorbereitende Untersuchungen für die Reaktor-Planung ausgeführt worden. Diese Abteilung ist in verschiedene Gruppen aufgeteilt, die z.B. Theoretische Physik, Neutronenphysik, Elektronik, Planung und mechanische Konstruktion, Kernchemie, allgemeine Physik und Gesundheitsphysik behandeln. Die Hauptarbeit konzentriert sich auf die Planung und Konstruktion des ersten experimentellen Reaktors und Einrichtungen, die in Verbindung mit ihm gebraucht werden sollen.

Dieser Reaktor wird ein Uranmetall-Reaktor sein, moderiert durch schweres Wasser, und die Leistung wird ungefähr 100 kW betragen. Er wird in einem unterirdischen Laboratorium gebaut werden, nahe bei den schon bestehenden physikalischen Laboratorien. Die Wärme wird abgeführt werden, indem das schwere Wasser durch einen Wärmeaustauscher zirkuliert und Luft als Kühler gebraucht wird.

Der erste Reaktor, welcher planungsgemäß in der Mitte des Jahres 1954 vollendet werden soll, wird von der Atomenergie A.G. sowohl für Untersuchungen in Verbindung mit weiteren Reaktoren, als auch für rein wissenschaftliche Arbeit in Zusammenarbeit mit der Staatl. Atomenergiekommission benutzt werden. Es ist auch eine gewisse Produktion von Isotopen für wissenschaftliche und industrielle Forschung vorgesehen. Die Herstellung dieser Isotopen und die Trennung der Spaltungsprodukte wird von der Gruppe für Kernchemie ausgeführt werden. (Gesundheitskontrolle wird in Zusammenarbeit mit der entsprechenden schwedischen Behörde durchgeführt.)

Als nächsten Schritt plant die Gesellschaft, einen fortgeschritteneren Forschungsreaktor mit einer Leistung von etwa 10.000 kW zu bauen. Dieser Reaktor soll ungefähr 1959 fertiggestellt sein.

Die Gesellschaft hat eine umfassende Bibliothek. Verbindung mit den

entsprechenden Organisationen in anderen Ländern, Teilnahme an Kongressen und Einladungen von Vortragenden aus anderen Ländern sind wichtige Teile in dem Programm der Gesellschaft.

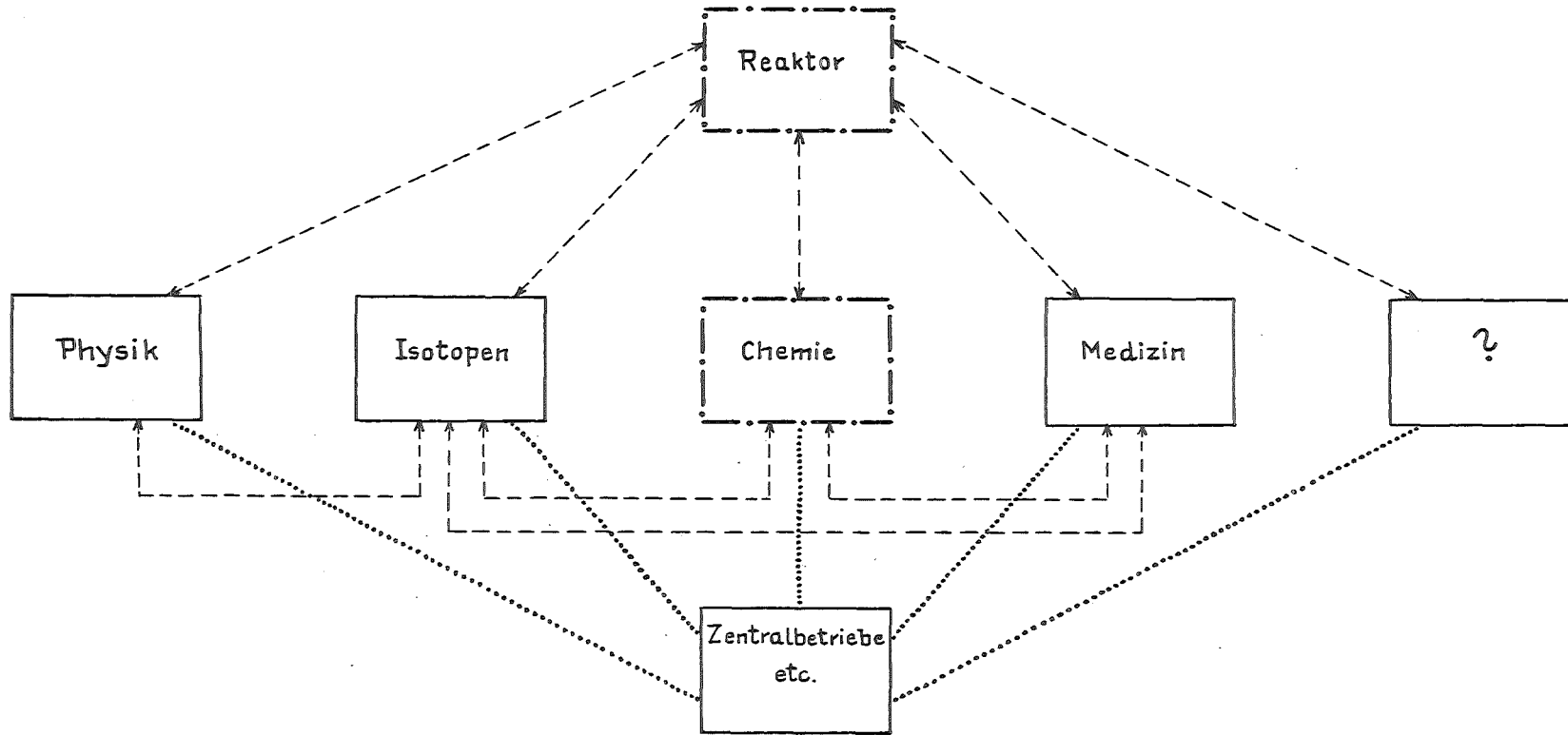
Eine detaillierte Methode der Buchhaltung, um die Kosten der verschiedenen Gruppen und Projekte zu verfolgen, ist entwickelt worden.

(Übersetzung eines schwedischen Berichts.)

Die schwedische Atomenergie A.G., Abt. Physik, beschäftigt z.Zt. etwa 105 Personen einschließlich Schreibkräften etc., darunter etwa 30 Wissenschaftler. Der Jahresetat betrug etwa 3.000.000 Kronen. Der Hauptteil diente zum Bau des unterirdischen Reaktorlabors und des Reaktorgerüsts. Uran- und Schwerwasser sind in den laufenden Kosten nicht enthalten. Der Jahresetat für die ganze Atomenergiegesellschaft, d.h. einschließlich der chemischen Abteilung und der Fabriken für die Aufarbeitung des schwedischen Uranerzes beträgt etwa 10.000.000 Kronen.

III. Vorläufige Unterlagen für die Planung  
einer deutschen Reaktorstation.

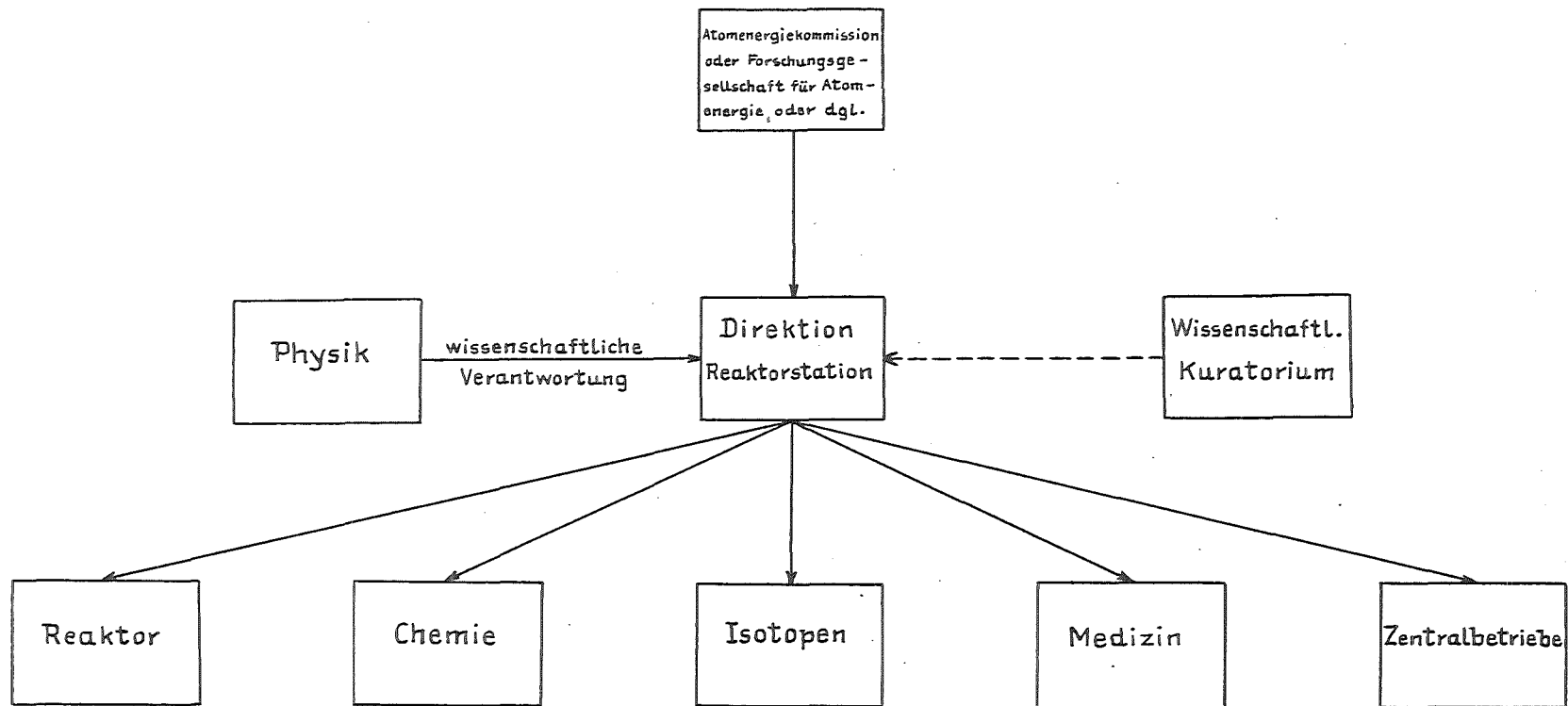
Arbeitsplan - Reaktorstation.



- - - - -: Enge Zusammenarbeit

- · - · - ·: Gebäude sind radioaktiv; Verseuchungsgefahr für Nachbargebäude; Trennung notwendig.

Organisationsplan der Reaktorstation.







Ein aus Grobsand und Kies bestehender Baugrund, wie er im Ablagerungsgebiet von Isar und Rhein (Moränen) häufig vorkommt, kann im allgemeinen je nach Wassergehalt und Lagerung mit  $2 - 4.5 \text{ kg cm}^2$  belastet werden.

Wenn es möglich ist am gewählten Ort einen dem oberen Wert dieser Bodenart entsprechenden Baugrund zu finden, so kann der Reaktor voraussichtlich ohne außergewöhnliche Gründungsmaßnahmen aufgestellt werden.

Um einen Vergleich zu ermöglichen soll kurz gezeigt werden, welche Bodenbelastungen bei normalen größeren Bauten auftreten, z.B. beim Gebäudeteil B des geplanten MPI

Gebäudeblock B	Entwurf 4	Grundfläche	$500 \text{ m}^2$	
Zahl der Stockwerke, deren Lasten auf das Fundament wirken			3	
Gesamte Bodenfläche			$1500 \text{ m}^2$	
Angenommene Verkehrslast			$500 \text{ kg m}^{-2}$	
Größte überhaupt denkbare Bodenlast			750 t	
für eine überschlägige Berechnung eingesetzt				375 t
Gewicht des Mauerwerks				
Länge der Außenmauern			100 m	
" " Mittelmauer			35 "	
Höhe " Mauern			15 "	
Durchschn. Mauerstärke			0.4 m	
Masse $(100 + 35) \cdot 15 \cdot 0.4 =$			$800 \text{ m}^3$	
Raumgewicht von Eisenbeton			2.4	
Eigengewicht des Mauerwerks				2000 t
Gewicht der Decken				
Grundfläche			$500 \text{ m}^2$	
Stärke der Decke			0.3 m	
Masse " "			$150 \text{ m}^3$	
Eigengewicht der Decken			$3 \cdot 150 \text{ m}^3 \cdot 2.4$	1100 t
Gewicht des Daches geschätzt				50 t
Gesamtgewicht				3525 t

Grundfläche der Fundamente bei 1 m Breite

135 m<sup>2</sup>

Spezifische Bodenbelastung

$$\underline{26 \text{ t m}^{-2} = 2.6 \text{ kg cm}^{-2}}$$

Da die angenommene Verkehrslast von 250 kg m<sup>-2</sup> in sämtlichen Stockwerken bei weitem nie eintritt, sind die in der Praxis auftretenden Bodenpressungen sehr viel geringer, d.h. man kann um die Tragfähigkeit des Bodens auszunützen, wesentlich schmalere Fundamente anwenden.

(Die unter Umständen zusätzliche Belastung durch Schneedruck auf das Dach wurde nicht berücksichtigt, dafür aber auch nicht die sich durch Fenster- und Türöffnungen ergebenden Mindergewichte des Mauerwerks.)

Man erkennt aus diesem ganz überschlägigen Vergleich, daß die Bodenbelastung des Reaktors weit über das bei normalen Bauten gewohnte Maß hinausgeht und daß somit die Beschaffenheit des Baugrundes von entscheidender Bedeutung für die endgültige Wahl des Standortes sein wird.

Sofern die Eigenschaften des Baugrundes nicht sehr genau bekannt sind, müssen eingehende Bodenuntersuchungen vorgenommen werden, z.B. Bohrungen, Probebelastungen, bodenmechanische Untersuchungen, Beobachtung des Grundwassers usw.

Gebäudekosten.

1. Physikalisches Forschungsinstitut

3 Gebäudeteile 16 900 m<sup>3</sup> umbauter Raum je DM: 115,-- DM: 1 950 000,--

2. Institut für Reaktor- und Neutronenphysik

2 Gebäudeteile 10 800 m<sup>3</sup> je DM: 115,-- DM: 1 250 000,--

1 Halle 2 900 m<sup>3</sup> je DM: 80,-- DM: 230 000,--

DM: 1 480 000,--

3. Reaktor-Gebäude (sehr unsicher)

Reaktor-Halle 21 000 m<sup>3</sup> je DM: 70,-- DM: 1 500 000,--

Lüfter-Haus 3 000 m<sup>3</sup> je DM: 60,-- DM: 180 000,--

Laborteil 1 000 m<sup>3</sup> je DM: 80,-- DM: 80 000,--

Werkstätten 1 000 m<sup>3</sup> je DM: 80,-- DM: 80 000,--

Lager 800 m<sup>3</sup> je DM: 50,-- DM: 40 000,--

DM: 1 880 000,--

4. Chemisches Institut "Kalte Chemie"

1 Gebäude 6 800 m<sup>3</sup> je DM: 150,--

DM: 1 000 000,--

5. Chemisches Institut "Warme Chemie" (unsicher)

1 Gebäude 3 600 m<sup>3</sup> je DM: 200,-- (unsicher)

DM: 720 000,--

6. Isotopen-Gebäude

1 Gebäude 5 900 m<sup>3</sup> je DM: 110,--

DM: 650 000,--

Die Zahlen umfassen nur die reinen Gebäudekosten ohne den Aufwand für Grunderwerb und Erschließung des Geländes.

Pos. 1-2 und 4-6 verstehen sich bezugsfertig mit allen Installationen, jedoch ausschließlich wissenschaftlichem und Einrichtungsinventar.

Pos. 3 nur Rohbau ohne Reaktor selbst und die erforderlichen Maschinen, Geräte und Installationen, sowie ohne Inventar. Je nach dem gewählten Reaktor-Typ, Kühlsystem usw. kann sich dieser Betrag noch wesentlich ändern.

Zeitfolge: 1, 2, 3, 4 beginnen sofort nach Baubeschluss, gleichzeitig muß auch 7 (technische Betriebe - Strom - Wasser - Heizung) in Angriff genommen werden. Im späteren Ausbau folgen die Zentralbetriebe (Verwaltung, gemeinsame Werkstätten, Garagen usw.) und zuletzt "Heiße Chemie" und evtl. Medizinisches Institut.

# Schematischer Gebäudeplan



Vergleichsgrösse:  
derzeitiges MPI f. Physik Göttingen



1.

Physikal. Forschungsinstitut



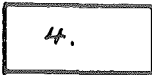
2.

Inst. f. Reaktor- u. Neutronenphysik



3.

Reaktor



4.

Chem. Institut "Kalte" Chemie



5.

Chem. Institut "Warme" Chemie



6.

Isotopen-Gebäude



7.

Technische Betriebe  
(Strom- u. Wasserversorg. Fernheizung)



8.

Chem. Institut "Heisse" Chemie



9.



10.

Zentralbetriebe, Verwaltung, Baubüro,  
Werkstätten, Garagen, Kasino usw

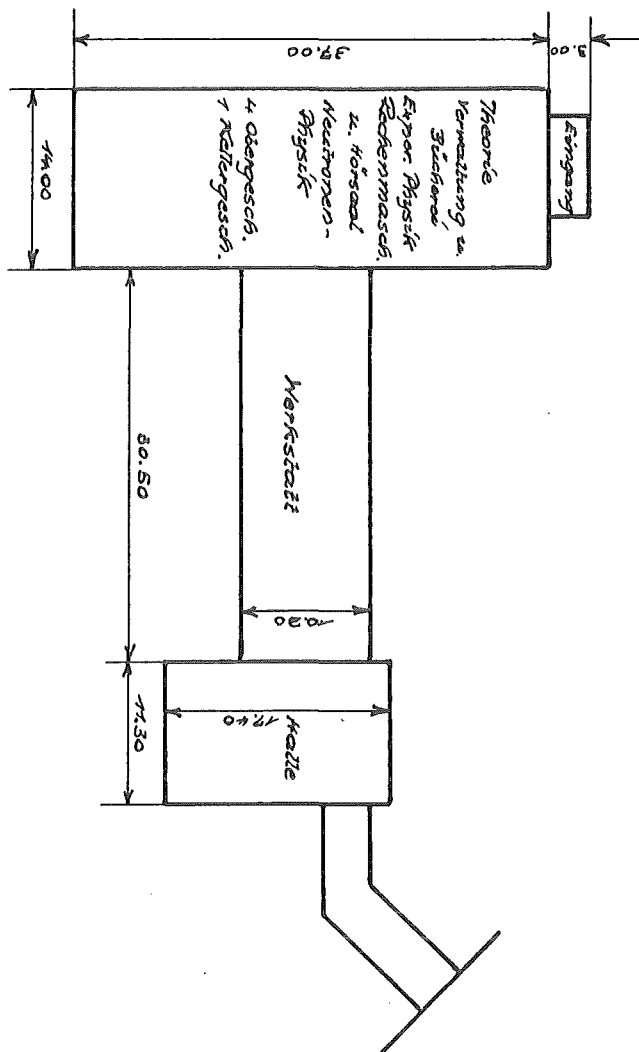
————— technisch u. organisatorisch geklärt, reif für Bauentwurf

----- technisch ungeklärt

○ ○ organisatorisch ungeklärt

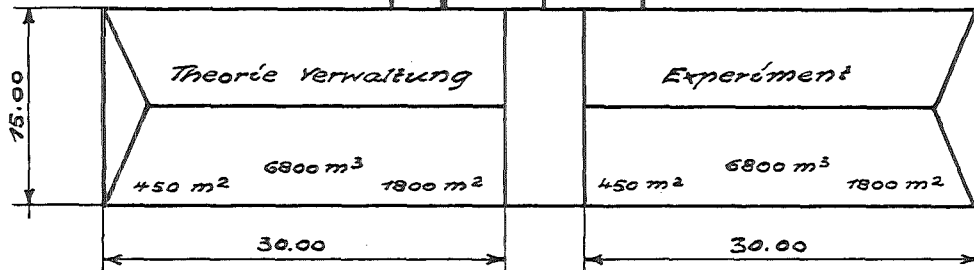
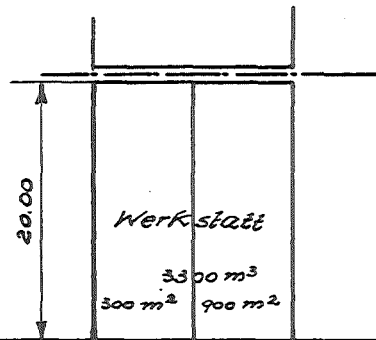
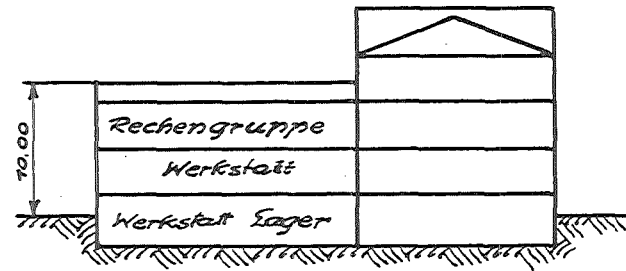
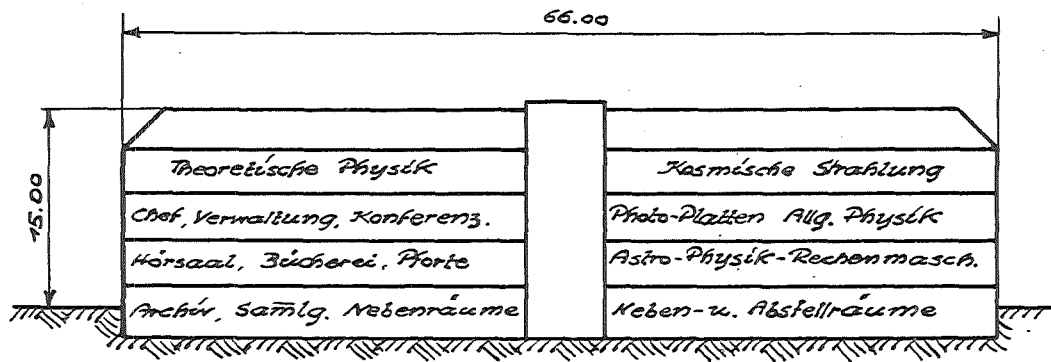
M: 1 mm<sup>2</sup> = 30 m<sup>3</sup> umbauter Raum

7.5.1954	MPI für Physik Göttingen
	Reaktorstation Stand der Planung am 7.5.1954



überbaute Fläche  $\approx 7100 \text{ m}^2$   
 genutzte Fläche  $\approx 5500 \text{ m}^2$   
 umbauter Raum  $\approx 72600 \text{ m}^3$

G.2.1954	MPI für Physik Sitzungen
Nr. 1500	derselbiges Gebäude des MPI für Physik Sitzg.



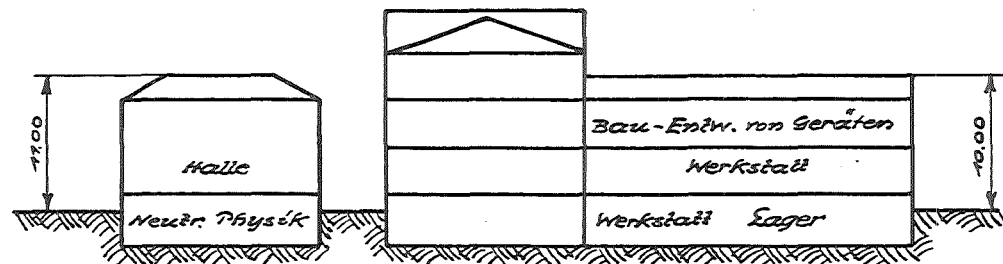
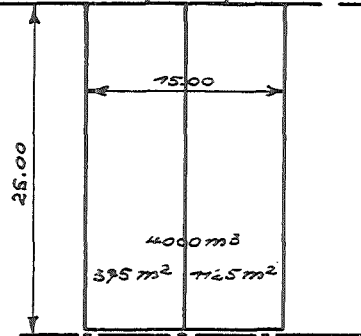
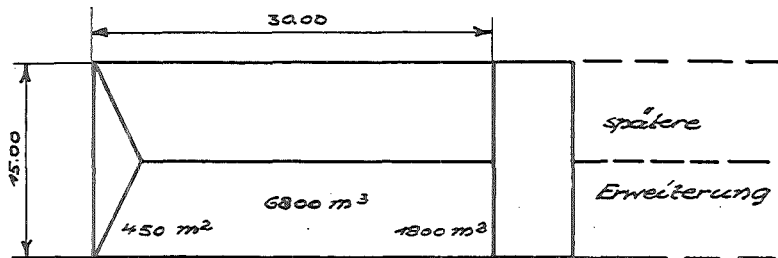
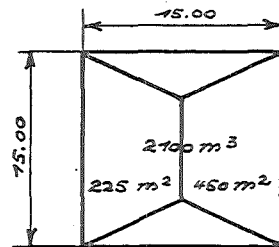
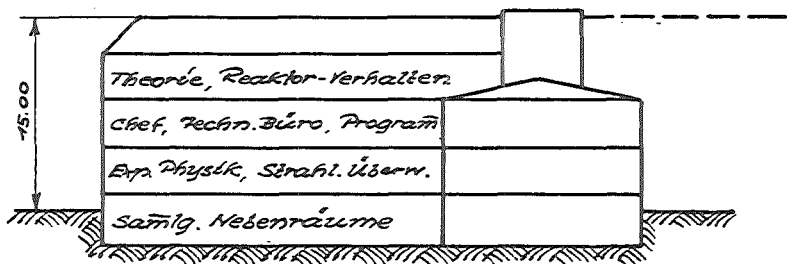
geschätzte Baukosten  
ohne Inventar  $\approx$  DM 1 960 000.-

überbaute Fläche  $\approx$  1 200 m<sup>2</sup>

genützte Fläche  $\approx$  4 530 m<sup>2</sup>

umbauter Raum  $\approx$  16 900 m<sup>3</sup>

6.2.54	MDJ für Physik Göttingen
M=1:500 Bau 1	Physikal.-Forschungs- Institut



geschätzte Baukosten  
ohne Inventar ≈ DM 1 480 000.-

überbaute Fläche ≈ 1050 m<sup>2</sup>

genützte Fläche ≈ 3375 m<sup>2</sup>

umbauter Raum ≈ 13700 m<sup>3</sup>

G. 2.54	MPZ für Physik Göttingen
M=1:500 Bau 2	Institut für Reaktor- u. Neutronenphysik



Personal

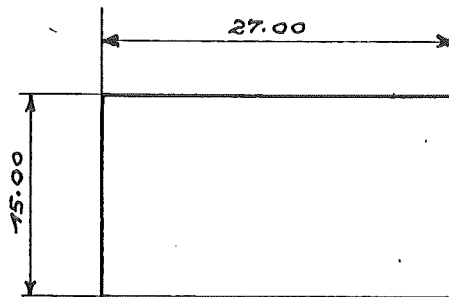
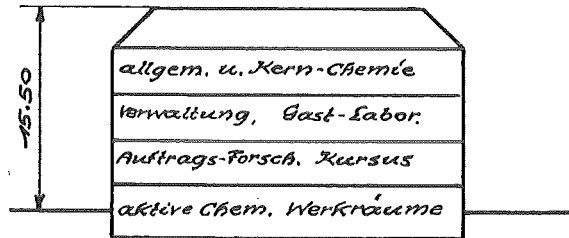
4-5 Schichten je 5 Mann ~ 25

Tagesbelegschaft:

Pforte	2	
Techn. Leitung	3	
Str. Überwachg.	2	
Lager	2	
Technik	3	
Exp. Überw.	2	14
ges.	~	40

Strahlungsüberwachung Personal	Strahlungsüberwachung Kühlluft-Räume	Lager Uran Kalt	Lager Moderator	Bearbeitung Moderator
Chef, Techn. Leitung, Büro, Schicht Aufenthalt.	Betriebs- Kontrolle	<u>Reaktor</u>	Kühlung	lokale technisch. Werkstatt
Pforte Eingang Umkleidg.	Lager Instrument. Geräte	Lager Uran heiss	Experiment. Vorbereitung	Maschinen f. Steuerung Notstrom

3. Nr. 108 27.2.54	MPJ für Physik Göttingen
ohne Massstab Bau 3	<u>Reaktor-Gebäude</u> Schematische Einteilung in Raum- u. Arbeitsgruppen



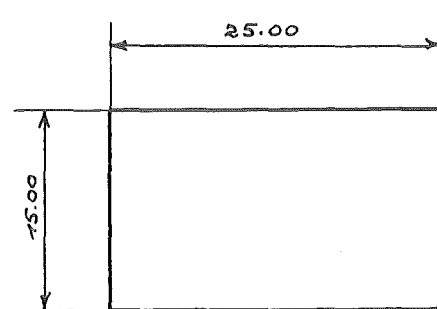
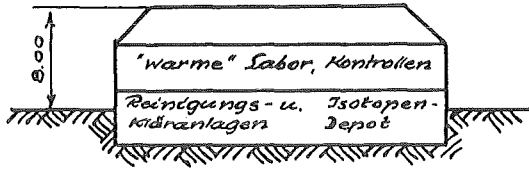
geschätzte Baukosten  
ohne Inventar ~ DM 1 000 000,-

Grundfläche ~ 400 m<sup>2</sup>

genützte Fläche ~ 1500 m<sup>2</sup>

umbauter Raum ~ 6800 m<sup>3</sup>

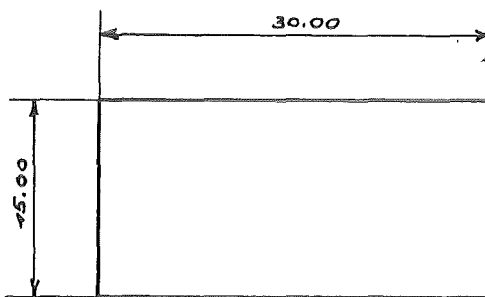
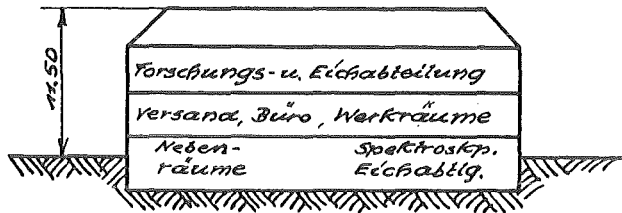
29.4.54	MPJ für Physik Göttingen
M=1500 Bau 4	Chemisches Institut "Kalle" Chemie



geschätzte Baukosten  
ohne Inventar ~ DM 720 000.-

überbaute Fläche ~ 375 m<sup>2</sup>  
genügte Fläche ~ 750 m<sup>2</sup>  
umbauter Raum ~ 3600 m<sup>3</sup>

4.5.1954	MPJ für Physik Göttingen
M=1500 Bau 5	Chemisches Institut "Warme" Chemie



geschätzte Baukosten  
ohne Inventar ~ DM 650 000.-

überbaute Fläche ~ 450 m<sup>2</sup>  
genügte Fläche ~ 1350 m<sup>2</sup>  
umbauter Raum ~ 5900 m<sup>3</sup>

7.5.1954	MPJ für Physik Göttingen
M=1.500 Bau 6	Isotopen - Gebäude

8. Die Süddeutsche Zeitung berichtet über den Münchner Stadtratsbeschuß vom 16.2.1954, Standort für einen Kernreaktor zu werden.

100

Ausschnitt aus "Süddeutsche Zeitung"  
vom 17.2.1954 Nr. 39

# Atom-Meiler vor den Toren

Stadtrats-Beschluß: Förderung des „Uranbrenner“-Baues außerhalb des Stadtkreises / Große Forschungsstätte

(SZ) Gestern war eine Art historischer Tag des Stadtrats. Er beschloß — die Tribünen waren teilweise überfüllt —, einem Antrag des Leiters des Referats 12, Stadtrat Fischer, entsprechend, die Errichtung einer Atommeiler-Station „im Raume München“ zu fördern. Das Referat 12 hat als zuständiges Referat für Luftschutzangelegenheiten die Frage einer etwaigen Gefährdung Münchens zu prüfen. Es wurde hervorgehoben, daß es sich bei dem Münchner Atommeiler, verglichen mit der Leistung ausländischer Meiler, um eine Lilliput-Anlage handle.

Stadtrat Fischer ging von dem Antrag der kommunistischen Fraktion aus, der den folgenden Beschluß herbeiführen wollte: „Der Stadtrat München beschließt, gegen die Errichtung eines Atommeilers in München und seiner Umgebung zu protestieren und lehnt die Errichtung ab.“ Alle Besprechungen über Grundstücksverhandlungen seien, nach dem Antrag der KPD, sofort einzustellen. In der Begründung des kommunistischen Antrags heißt es: Die Errichtung eines Atommeilers in der Stadtnähe bedeute eine ungeheure Gefahr für die 800 000 Einwohner Münchens.

„Friedliche Atom-Technik“

„Wenn man heute von Atomtechnik oder -wissenschaft hört“, so führte Stadtrat Fischer aus, „denkt man unwillkürlich leider zunächst an Atombomben.“ Die Herstellung dieses furchtbaren Kampfmittels, das allerdings durch die H- oder Wasserstoffbombe schon weit in den Schatten gestellt sei — die Sprengwirkung einer Wasserstoffbombe ist etwa 25mal so groß wie die einer Atombombe — habe den für die Zukunft der Menschheit so entscheidenden Wissenschaftszweig der Kernphysik derart diffamiert, daß jede einfache Forschungsstätte für Atomphysik als eine gefährliche Munitionsfabrik angesehen werde, wie sie Amerika und Sowjetrußland auch tatsächlich in reichem Maße besäßen.

In der Praxis aber liegen die Dinge ganz anders, meinte Stadtrat Fischer. Deutschland gewinne nun eine beschränkte Freiheit zur Entwicklung der friedlichen Atomtechnik, das heißt, es dürfe einen Kern-Reaktor oder Uranbrenner (Atommeiler) bis zur maximalen Energieleistung von 1500 kW aufstellen, ihn zur Produktion radioaktiver Substanzen — die in der Medizin und Technik eine immer größere Rolle spielen — einsetzen, und die Möglichkeit untersuchen, durch die bei der Uranspaltung auftretende Wärme auch elektrische Energie zu erzeugen. Jede Ausnützung zu Rüstungszwecken bleibt uns erfreulicherweise verboten!

„Vorteil für Wissenschaft und Wirtschaft“

Die Verwendbarkeit der radioaktiven Stoffe, erklärte der Referent, die bei der Uranspaltung anfallen, nehme von Jahr zu Jahr zu. Mit Nachdruck sagte er: „Die deutschen Forschungsstätten der Industrie und Medizin werden dort errichtet, wo sich der Atommeiler befindet.“

München sei nach der Zahl der Studenten die größte Hochschulstadt Deutschlands. Es sei auch wegen der Inhaber vieler Lehrstühle bekannt. Nun komme Professor Butenandt mit seinem Max-Planck-Institut für Biochemie nach München. Die Verlegung des Kernphysik-Instituts der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter Leitung des Professors Dr. Helsenberg, eines Münchners, und die Errichtung der ersten und auf lange Zeit wohl auch einzigen deutschen Atommeiler-Anlage würde München — nach der Meinung Fischers — auch qualitativ zur ersten Hochschulstadt Deutschlands machen. Weitere wichtige Berufungen würden folgen und angenommen werden. Aus diesem Grunde förderten sowohl die Technische Hochschule München (die selbst ein Institut für Kernphysik hat), wie auch Rektor und Senat der Universität die Errichtung der Atommeiler-Station in München und die Berufung des Nobelpreisträgers Dr. Helsenberg in seine Heimatstadt München. Auch die bayerische Staatsregierung habe einen gleichartigen Beschluß gefaßt.

Der Antrag der Kommunisten spreche, wie der Referent weiter mitteilte, leider nur von der angeblichen ungeheuren Gefahr, nicht aber

von den Vorteilen eines Atommeilers. Es sei sicher, daß das Forschungsinstitut nicht für Rüstungszwecke als Atombombenfabrik mißbraucht werde. Der Münchner Atommeiler solle eine Leistung bis zu 1500 Kilowatt erhalten, während die Atombombenfabriken in Amerika 800 000 kW Energieleistung — und mehr — hätten. Auch die russischen Anlagen stünden den amerikanischen in ihrer Leistung nicht nach.

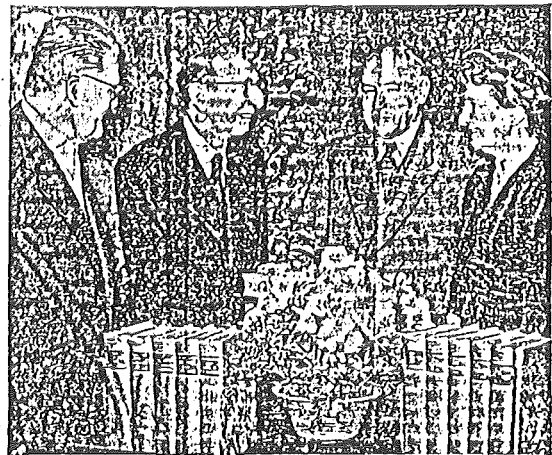
Der Atommeiler bei München werde, gemessen an amerikanischen und anderen, eine Lilliput-Anlage sein. Er würde daher auch im Kriegsfall kein wichtigeres Angriffsziel sein als es auch andere Fabriken gewesen seien. Eine Beeinflussung der Zusammensetzung des Grundwassers sei nicht zu befürchten. Durch eine ständige, sorgfältige Kontrolle der Luft-radioaktivität und der Abgase könne jede Schädigung der Umgebung vermieden werden.

Stadtrat Fischer hob hervor, man werde dessenungeachtet den Meiler in einem freien, möglichst wenig besiedelten Gelände errichten, das nicht in den Hauptwindrichtungen nach München liege. Die städtischen Güter im Osten (also Zengermoos) und im Süden kämen als Standorte nicht in Frage. Die Explosionsgefahr sei gering. Eine besondere Angst hätten viele Leute vor den radioaktiven Abfallprodukten. Bei einer Forschungsanlage sei die Menge sehr gering, und es sei gerade das Ziel der Wissenschaft, sie produktiv aufzuarbeiten.

Die Station bestehe neben dem Meiler noch aus einem physikalischen, einem chemischen und medizinischen Forschungsinstitut, das mit Technischen Hochschulen auf engste zusammenarbeite und auch den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilde. Einige hundert Wissen-

schaftler und Techniker würden hier tätig sein. Ferner müßten in nächster Nähe leistungsfähige Industrien der Feinmechanik und Optik, der Chemie, der Elektrotechnik und der Bauwirtschaft vorhanden sein, ebenso ein medizinisches Zentrum mit großen Kliniken. Das sei in München der Fall. Mit der Atommeilerstation könnte die bayerische Hauptstadt das wirtschaftliche Gewicht ihrer Veredelungsindustrie wesentlich stärken und auch ein Zentrum neuer medizinischer Forschung werden.

München müsse sich, so erklärte Stadtrat Fischer zum Schluß, schon wegen der Wahrung seines Rufes als eine der anerkanntesten Forschungsstätten der Welt positiv zu dem Projekt einstellen. Der Ausbau unserer industriellen Lebensgrundlagen sei untrennbar mit der Atomtechnik verknüpft. Der Referent beantragte



Herzliche Glückwünsche zum 60. Geburtstag empfing Bürgermeister Dr. Watter von Müller in der gestrigen Stadtratsitzung. Von rechts: Frau von Müller, Oberbürgermeister Wimmer, Bürgermeister Dr. von Müller, Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. Mang (siehe auch „Ehrung des Bürgermeisters“), SZ-Photos: Poehlmann

die Ablehnung des kommunistischen Antrags. Außerdem beantragte er: „Die Stadtverwaltung fördert im Einklang mit den Beschlüssen der Staatsregierung, der Universität und der Technischen Hochschule die Errichtung der Atommeilerstation mit den notwendigen Nebenanlagen im Raume München.“ Das Referat 12 sei zu beauftragen, die Verhandlungen zu führen.

3.1.9 ✓  
Juri  
30.3.54  
8405.1

1) Gern Konflikt & Konflikte  
zu jll. K...  
2) ...  
18.2.54

**9. Historie der bisherigen Bemühungen um den Standort Karlsruhe, der kommenden Reaktor-Station. Verfaßt vom Präsidenten des Geologischen Landesamtes in Baden-Württemberg, Prof. Franz Kirchheimer.**

GEOLOGISCHES LANDESAMT  
IN BADEN-WÜRTTEMBERG  
Kr. 2E14/54

FREIBURG I.B.R., den 5. Oktober 1954  
Elsässerstr. 2  
Fernruf 6509

104

An das

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg  
Geschäftsteil VII

S t u t t g a r t

Kienestr. 16

Betreff: Vorbereitung der deutschen Kernenergie-Industrie.  
Anlagen: 2.

*Handwritten notes:*  
...  
...  
2/5.10.54  
...

*Handwritten initials:* **AK**

Unter Hinweis auf meine Besprechung mit Herrn Ministerialrat Dr. Seifriz überreiche ich beigeschlossen zwei Exemplare des für den Herrn Wirtschaftsminister bestimmten Berichtes über die Historie der bisherigen Bemühungen um den Standort Karlsruhe der kommenden Reaktor-Station.

Wirtschaftsministerium  
= Baden-Württemberg  
Eing: 11. OKT. 1954  
8405.1/57

10.10.54  
Wieder vorgelegt frei  
am 19. Okt 1954  
13.10.54  
*Handwritten signature:* **F. Kirchheimer**  
(Präsident)

Aktenbemerkung

Betreff: Historie der bisherigen Bemühungen um den Standort Karlsruhe der kommenden Reaktor-Station.

Die Beteiligung des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg an der Vorbereitung der deutschen Kernenergie-Industrie und der für sie grundlegenden Errichtung einer Reaktor-Station hat ihre Wurzeln in der Beschäftigung mit den Uranerzlagernstätten des Schwarzwaldes. Mit Erlaß des ehemaligen Bad. Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit Nr. I/15722 vom 9. April 1951 wurde der damaligen Badischen Geologischen Landesanstalt der Auftrag erteilt, das Auftreten nutzbarer Uranlagerstätten im Schwarzwald zu erkunden. Im Verlauf der Erhebungen hat der Berichtersteller auch im Gebiet des ehemaligen Landes Südwürttemberg-Hohenzollern das Vorkommen von Uranerzen festgestellt; diese Funde sind dem Innenministerium Tübingen als der Obersten Bergbehörde amtlich angezeigt worden und führten zu einer Änderung des Württembergischen Berggesetzes zum Jahre 1874.

Die erste wissenschaftliche Veröffentlichung des Berichterstatters über die "Uranerzvorkommen des mittleren Schwarzwaldes" erfolgte auf Veranlassung des ehemaligen Badischen Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit, besitzt also amtlichen Charakter (vgl. Erlaß Nr. I/24231/3a vom 7. März 1952); auf Seite 13 dieser Schrift ist demgemäß u.a. auch dem Initiator der Dank der Badischen Geologischen Landesanstalt ausgesprochen worden.

Die im Jahre 1952 für das Gebiet der Bundesrepublik ungewöhnliche Beschäftigung der Wirtschaftsverwaltung mit dem als Rohstoff der Kernenergie-Industrie unentbehrlichen Uran veranlaßte maßgebliche Kreise der Industrie und Wissenschaft, den Berichtersteller für die Mitgliedschaft in der auf Veranlassung des Herrn Bundeskanzler durch das Bundeswirtschaftsministerium einzuberufenden Kommission mit der Aufgabe der Vorbereitung einer deutschen Kernenergie-Industrie in Vorschlag zu bringen. Auf Antrag vom 7. November 1952 hat der Herr Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg dem Berichtersteller die Teilnahme an der auf den 20. November 1952 nach Bonn einberufenen Sitzung gestattet. Über die wiederholten Verhand-

./.



lungen und die alsbald Gestalt annehmenden Pläne zur Errichtung einer Reaktor-Station ist der Herr Wirtschaftsminister durch die Vorlage der Protokolle dieser Kommission und besonderer Aktenbemerkungen über die für das Land wichtigen Einzelheiten laufend unterrichtet worden.

In der Sitzung vom 23. Februar 1953 wurde der Berichterstatter zum Vorsitzenden des mit der Uranversorgung, also der Grundlage der Wirksamkeit der Reaktor-Station befaßten Fachausschusses bestellt. Mehrere Verfügungen des Herrn Wirtschaftsministers haben ihm die Teilnahme an den erforderlichen Sitzungen seines und der beiden anderen Ausschüsse ermöglicht. Nach vorbereitenden Besprechungen, insbesondere mit dem Herrn Hauptberichterstatler des Geschäftsteils VII, hat der Berichterstatter dem Wirtschaftsministerium mit Schreiben Nr.976/53 vom 15. Mai 1953 mitgeteilt, daß er in der für den 30. Mai 1953 vorgesehenen ersten Sitzung des mit der Erkundung des Standortes der künftigen Reaktor-Station beauftragten Planungsausschusses die Erstellung in Karlsruhe zu vertreten gedenkt. Auf Veranlassung des Wirtschaftsministeriums richtete die Stadt Karlsruhe am 26. Mai 1953 ein Schreiben an Herrn Dr. Telschow, das im Planungsausschuß vertretene Geschäftsführende Vorstandsmitglied der Max-Planck-Gesellschaft, um das Interesse an dem Projekt zu bekunden; dieser Zusammenhang ist nach dem Zusatz zu einer dem Berichterstatter übermittelten Abschrift aktenkundig.

In der Sitzung des Planungsausschusses vom 30. Mai 1953 hat der Berichterstatter in seiner Eigenschaft als Angehöriger des Wirtschaftsministeriums die Stadt Karlsruhe offiziell als den geeigneten Standort für die künftige Reaktor-Station in Vorschlag gebracht und gegenüber den für München eintretenden Teilnehmern hervorgehoben (vgl. den Bericht Nr.1086/53 vom 1. Juni 1953). Auf seinen Antrag wurde beschlossen, auch der Stadt Karlsruhe den zu näheren Erhebungen über die Möglichkeiten der Erstellung des Reaktors vorgesehenen Fragebogen zu übermitteln und eine Besichtigung des dortigen Geländes in die Wege zu leiten. Das amtliche Protokoll über die Sitzung des Planungsausschusses vom 30. Mai 1953 enthält eine entsprechende Niederschrift.

Mit dem im Geschäftsteil VII des Wirtschaftsministeriums besprochenen, vertraulichen Schreiben vom 30. Juni 1953 konnte der Berichterstatter die Stadt über die Situation unterrichten und die Unterstützung des Wirtschaftsministeriums in der heiklen Materie zusagen.

./.

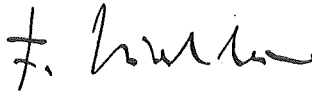
Die Stadt Karlsruhe hat unter Hinweis auf eine vom Geschäftsteil VII veranlaßte Besprechung vom 12. Juni 1953 mit einem am 16. Juli 1953 verfaßten Schreiben die Mitwirkung des Wirtschaftsministeriums bestätigt; die dem Berichterstatter zugegangene Abschrift enthält einen Zusatz, mit dem um Weisungen über fernere Schritte der Stadtverwaltung gebeten wird.

Die Zusendung des Fragebogens erfolgte zunächst nur an die Stadt München und ist erst nach dem Drängen des Berichterstatters auch an Karlsruhe erfolgt; sonst hat ihn lediglich die Stadt Aachen erhalten. Mit Schreiben Nr.1556/53 vom 17. September 1953 hat er die Stadtverwaltung aufgefordert, die Bearbeitung im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium vornehmen zu wollen (vgl. auch das an das Wirtschaftsministerium gerichtete Schreiben Nr.1555/53 vom gleichen Datum). Am 25. September 1953 hat die Stadt Karlsruhe ihm mitgeteilt, daß der inzwischen eingegangene Fragebogen mit dem Geschäftsteil VII des Wirtschaftsministeriums besprochen werden soll. Die Antworten in der Schrift "Karlsruhe bewirbt sich um den Atommeiler" sind weitgehend vom Wirtschaftsministerium auf Grund der besonderen Kenntnis der Voraussetzungen für den Bau der Reaktor-Station bestimmt worden; auch die Korrespondenz des Berichterstatters ist geeignet, diese Sachlage unter Beweis zu stellen.

In der Sitzung des Planungsausschusses vom 7. Dezember 1953 hat der Berichterstatter erneut den Standort Karlsruhe in den Vordergrund geschoben. Die Besichtigung des dortigen Geländes am 8. Dezember 1953 war geeignet, die günstige Beurteilung dieses Projektes zu vertiefen. Auch haben die Zusicherungen der Landesregierung hinsichtlich der Unterstützung des Bauvorhabens und die Hilfsbereitschaft der Stadt ihre Wirkung selbst auf die von München eingenommenen Mitglieder des Ausschusses nicht verfehlt. Schließlich waren die Bemühungen der Landesregierung, insbesondere des Herrn Minister Farny und von Angehörigen der Wirtschaftsverwaltung in Bonn geeignet, eine gegenüber der Standortwahl Karlsruhe freundliche Haltung im Bundeswirtschaftsministerium und bei anderen höchsten Dienststellen zu erzeugen.

Diese der Aktenlage entsprechende Übersicht liefert den Beweis, daß das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg den Anstoß zu der Bewerbung der Stadt Karlsruhe um die Reaktor-Station gegeben hat. Ohne seine führende Mitwirkung hätten die einflußreichen Befür-

worter des Standortes München die Stadt und mit ihr das Land Baden-Württemberg schon längst aus der Konkurrenz gedrängt. Am 5. Mai 1954, auf einem ersten Höhepunkt der hinter den Kulissen und ohne die Möglichkeit einer Steuerung durch die Stadt Karlsruhe erfolgenden Machenschaften um den Standort der Reaktor-Station, hat der Herr Wirtschaftsminister die wissenschaftliche Elite des Landes von der Notwendigkeit der Erstellung der Anlage in Karlsruhe zu überzeugen vermocht, sodaß nunmehr auch einflußreiche Angehörige der Max Planck-Gesellschaft bei künftigen Entscheidungen für Karlsruhe plädieren werden. Die Sorge um den weiteren günstigen Verlauf der Bemühungen um das nicht nur im Interesse der Stadt Karlsruhe liegende, sondern auch für das Land Baden-Württemberg wissenschaftlich, wirtschaftlich und in politischer Hinsicht beispiellos bedeutsame Projekt verbleibt dem Wirtschaftsministerium.



(Präsident)

---

**10. Gutachten Werner Heisenbergs über die Auswirkungen eines Reaktors auf die biologischen Prozesse bei der Bierherstellung und auf die Produktionsverhältnisse von Photoplatten vom 4. Juni 1955.**

Prof. W. Heisenberg  
Göttingen

4. Juni 1955

An den  
Bayerischen Staatsminister  
für Unterricht und Kultus  
Herrn Professor R u c k e r

M ü n c h e n  
Salvatorplatz 2

Betr.: Auswirkung eines Reaktors auf die biologischen Prozesse bei der Bierherstellung und auf die Produktionsverhältnisse von Photoplatten

Sehr verehrter Herr Staatsminister!

Haben Sie den verbindlichsten Dank für Ihren Brief vom 16.5. Die beiden Schreiben des Vereins der Münchener Brauereien und der Firma Perutz sende ich Ihnen beiliegend wieder zurück. Zunächst möchte ich allgemein antworten, daß ich vor Abfassung meines Gutachtens über die vorgeschlagenen Standorte für die Reaktorstation mich durch Besichtigung ausländischer Reaktorstationen und durch Besprechungen mit den zuständigen Fachleuten, insbesondere mit dem Leiter der britischen Atomstation Harwell, Sir John Cockcroft, ausführlich über die Gefahren informiert habe, die durch radioaktive Verunreinigungen in solchen Stationen entstehen können, und über die Methoden zu ihrer Vermeidung. Das Ergebnis dieser Ermittlungen war, daß gegen die Errichtung einer Reaktorstation des vorgeschlagenen Umfangs in der Nähe einer Großstadt keinerlei Bedenken bestehen, wenn die in solchen Fällen üblichen und im Ausland bewährten Vorsichtsmaßnahmen eingehalten werden.

Im einzelnen kann man als Antwort auf die beiden Schreiben noch folgendes hinzufügen:

- 1) Es ist unseres Erachtens völlig ausgeschlossen, daß die Errichtung eines Reaktors in der Nähe von München irgendeinen Einfluß, jetzt oder in Zukunft, auf die Herstellung des Bieres haben kann. Abgesehen davon, daß das Grundwasser des nördlich von München gelegenen Geländes München gar nicht mehr erreicht, ist - selbst wenn dies nicht der Fall wäre - keinerlei Gefahr vorhanden, da selbstverständlich Vorsorge getroffen werden wird, daß das Grundwasser überhaupt nicht verunreinigt wird. Aber auch sonst sehe ich keinerlei Möglichkeit für eine Schädigung gerade des Brauereigewerbes durch den Atommeiler. Die von dem Herrn Vorsitzenden

---

des Vereins Münchener Brauereien geforderte Garantie kann man deshalb ohne jedes Bedenken übernehmen.

- 2) Zu dem Memorandum der Firma Perutz darf ich bemerken, daß wir bereits persönlichen Kontakt mit Herrn Dr. S o c h e r von dieser Firma aufgenommen haben. Hier liegt in der Tat die Notwendigkeit vor, den Betrieb der Fa. Perutz von allen radioaktiven Abgasen eines Reaktors freizuhalten, da Photoplatten auch gegen verhältnismäßig geringe Spuren von Radioaktivität empfindlich sind, die weder Mensch noch Tier gefährden. Es ist jedoch zu bedenken, daß die Fa. Perutz von dem geplanten Standort des Reaktors um mehr als 20 km entfernt liegt. Da die Luftradioaktivität auf jeden Fall so niedrig gehalten werden muß, daß auch für die unmittelbar im Raum der Station arbeitenden Menschen nicht die geringste Gefährdung eintritt, wird es ein Leichtes sein zu erreichen, daß in 20 km Abstand die Luftradioaktivität so geringfügig wird, daß sie keinerlei Schädigung der Photoplatteproduktion mehr bewirken kann. Die Vermeidung schädlicher Luftradioaktivität ist also sicher möglich, hängt aber in der Durchführung etwas von dem Typ des künftigen Reaktors ab. Damit der Fa. Perutz jede Garantie in dieser Hinsicht geboten wird, wurde ihr vorgeschlagen, in die zuständige Arbeitsgruppe (Strahlungsschutz) des künftigen Reaktors einen ihrer Mitarbeiter als Delegierten zu entsenden, falls München als Standort gewählt wird.

Die Fa. Perutz bezieht sich in ihrem Gutachten z.T. auf Verunreinigungen, die als Folge von Atomexplosionen auftreten. Solche werden auf dem Münchener Gelände natürlich niemals stattfinden, und ich könnte mir in Mitteleuropa keinen Ort denken, wo derartige Versuche je angestellt werden könnten.

Eine ernstere Sorge bereitet die unkontrollierte Verbreitung radioaktiver Stoffe (Punkt 2 des Gutachtens der Fa. Perutz), jedoch betrifft dieser Punkt nicht den Standort oder die Existenz der künftigen Reaktorstation, da schon jetzt aus dem Ausland dauernd radioaktives Material nach Deutschland importiert wird. Es wird die Aufgabe der Gesetzgebung sein, hier ganz unabhängig von der Existenz der Reaktorstation für den notwendigen Schutz zu sorgen.

Mit den besten Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener

Herrn  
Bundeswirtschaftsminister Erhard  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

gez. W. Heisenberg

---

11. Gründung und Satzung der Physikalischen Studiengesellschaft vom 8.11.1954.

III. A u s f e r t i g u n g

77.7.54 G.

U.Mr. 2729 für 1954

Streng vertraulich

Verhandelt

zu Düsseldorf, den 8. November 1954

in den Geschäftsräumen der Industriekreditbank, Karl Theodor Str.  
6 - 8.

Vor mir,

Karl R ö m e r , Notar im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf,  
mit dem Amtssitze in Düsseldorf,  
erschiene:

- 1.) Herr Direktor Dr. Otto K o e h n , handelnd als Bevollmächtigter der AEG Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Frankfurt a.M., auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 28.10.1954,
- 2.) Herr Dr. Ulrich H o f f m a n n , Chemiker, handelnd als Bevollmächtigter der DEGUSSA Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt vormals Koesler in Frankfurt a.M., auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 2.11.1954,
- 3.) Herr Professor Dr. Dr. Karl W i n n a c k e r , handelnd als Bevollmächtigter der Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft in Frankfurt (H)-Hoechst,
- 4.) Herr Direktor Dr. Hugo O m b e c k , handelnd als Bevollmächtigter der Gesellschaft für Linde's Dumaschinen Aktiengesellschaft in Wiesbaden, auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 5.11.1954,
- 5.) Herr Dr. Ing. Alfred P e t e r s e n , handelnd als Bevollmächtigter der Metallgesellschaft Aktiengesellschaft in Frankfurt a.M., auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 30.10.1954,

- 
- 6.) Herr Professor Dr. Ulrich H a b e r l a n d , handelnd als Bevollmächtigter der Farbenfabriken Bayer Aktiengesellschaft in Leverkusen, auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 4.11.1954,
- 7.) Herr Dr. Ing. Heinrich S c h u l t , handelnd als Bevollmächtigter der Steinkohlen-Elektrizität Aktiengesellschaft in Essen, auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 2.11.1954,
- 8.) Herr Direktor Dr. Hermann H o b r e c k e r , handelnd als Bevollmächtigter der Firma: Friedr. Krupp, in Essen, auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom heutigen Tage
- 9.) Herr Dr. Manfred D u n k e l , handelnd als persönlich haftender Gesellschafter der Kommanditgesellschaft in Firma E. Leybold's Nachfolger in Köln-Bayental,
- 10.) Herr Dr. Robert J a n t s c h a , handelnd als alleinvertretungsberechtigter Vorstand der Deutsche Babcock- & Wilcox-Dampfkesselwerke Aktiengesellschaft in Oberhausen,
- 11.) a) Herr Dr. Eberhard R i t t e r ,  
b) Herr Adressor Hans S c h ö l l ,  
beide handelnd als rechtliche Vertreter der DEMAG Aktiengesellschaft in Duisburg,
- 12.) Herr Dr. Hans J o h n s e , handelnd als Bevollmächtigter der Th. Goldschmidt Aktiengesellschaft in Essen, auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 3.11.1954,
- 13.) Herr Generaldirektor Dr. Hermann R e u s c h , handelnd als Bevollmächtigter der Gutehoffnungshütte Sterkrade, Aktiengesellschaft in Oberhausen, auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 8.11.1954,



- 
- 14.) Herr Dr. Wilhelm H e r a e u s , handelnd als Bevollmächtigter der W.C. Heraeus G.m.b.H. in Hanau, auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 3.11.1954,
- 15.) Herr Dr. Karl K n o t t , handelnd als Bevollmächtigter der Siemens-Schuckertwerke Aktiengesellschaft in Erlangen, auf Grund der vorgelegten Vollmacht vom 4.11.1954,
- 16.) Herr Dr. Alexander M e n n e , handelnd als Bevollmächtigter der Wacker-Chemie G.m.b.H. in München,

sich über ihre Persönlichkeit ausweisend durch das Zeugnis des miter erschienenen, dem Notar von Person bekannten Herrn Bankdirektor Dr. Wilhelm B ö t z k e s in Düsseldorf.

Die Erschienenen überreichten anliegende Schrift und erklärten:

Die Schrift enthält einen von dritter Seite angefertigten Entwurf eines Gesellschaftsvertrages; auf dessen Wortlaut wir uns geeinigt haben:

Wir erkennen die Schrift ihrem Inhalte nach an und schliessen den in ihr enthaltenen Gesellschaftsvertrag.

Die überreichte Schrift wurde dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Durch Beschluss wurden sodann:

- 1.) Herr Dr. Ernst T e l s c h o w in Göttingen zum Geschäftsführer bestellt;
- 2.) nachfolgende Herren zu Mitgliedern des Aufsichtsrats gewählt:
  - a) Prof. Dr. Ulrich H a b e r l a n d , Leverkusen
  - b) Dr. Karl K n o t t , Erlangen,
  - c) Dr. Otto K o e h n , Frankfurt/K.
  - d) Dr. Ing. Alfred P e t e r s e n , Frankfurt/M.



---

§ 2

Zweck der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft verfolgt ausschliesslich und unmittelbar den Zweck, die wissenschaftlichen Arbeiten für die friedliche Anwendung der Kernphysik zu fördern. Sie kann sich hierzu eigene Einrichtungen schaffen und andere an der Entwicklung der Kernphysik interessierte Stellen heranziehen.

(2) Die Gesellschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke. Sie erstrebt keinen Gewinn. Die Mittel der Gesellschaft sind ausschliesslich zur Erreichung des Gesellschaftszweckes zu verwenden. Insbesondere darf keine Person durch zweckfremde Verwaltungsausgaben oder durch unverhältnismässig hohe Vergütungen begünstigt werden. Ausschüttungen auf die Geschäftsanteile sind ausgeschlossen.

§ 3

Dauer und Geschäftsjahr

(1) Die Gesellschaft ist an eine bestimmte Zeitdauer nicht gebunden.

(2) Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis zum 31. März.

(3) Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Errichtung der Gesellschaft und endet am 31. März 1955.

§ 4

Stammkapital

(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt  
1.600.000,-- DM.

(2) Hiervon übernimmt jeder  
Gesellschafter eine Stammeinlage

von 100.000,-- DM = 1.600.000,-- DM  
1.600.000,-- DM      1.600.000,-- DM

---

(3) Auf jede Stammeinlage sind vor Anmeldung der Gesellschaft zur Eintragung in das Handelsregister 50 % bar einzuzahlen.

(4) Die Verfügung über Geschäftsanteile oder Teile von solchen bedarf der Zustimmung der Gesellschafter durch Stimmenmehrheit.

## § 5

### Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. die Gesellschafterversammlung,
2. der Aufsichtsrat,
3. die Geschäftsführung.

## § 6

### Gesellschafterversammlung

(1) Alljährlich findet innerhalb von fünf Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt. Ihr ist der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss und Geschäftsbericht vorzulegen.

(2) Die Gesellschafterversammlung wird von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder - im Falle seiner Verhinderung - von einem stellvertretenden Vorsitzenden einberufen und geleitet.

(3) Die Einladungen zur Gesellschafterversammlung erfolgen durch eingeschriebenen Brief. Die Tagesordnung ist rechtzeitig - mindestens zwei Wochen vor der Sitzung - mitzuteilen.

(4) Der Aufsichtsrat bestimmt den Ort der Gesellschaf-

---

terversammlung.

§ 7

Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 5 höchstens 9 Mitgliedern, die ihr Amt ehrenamtlich versehen. Auslagen werden von der Gesellschaft erstattet.
- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Gesellschafterversammlung zu für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Sinkt die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder unter 5, so finden Ersatzwahlen für den Rest der Amtszeit der ausgeschiedenen Mitglieder in einer zu diesem Zweck einzuberufenden ausserordentlichen Gesellschafterversammlung statt. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende.
- (3) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder geladen und wenigstens die Hälfte, darunter der Vorsitzende oder ein stellvertretender Vorsitzender anwesend sind.
- (4) Der Aufsichtsrat beschliesst mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Der Vorsitzende kann in dringenden Fällen schriftliche Zustimmung herbeiführen.
- (5) Über die Beschlüsse des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift zu fertigen; sie ist durch den Vorsitzenden oder einen stellvertretenden Vorsitzenden zu unterzeichnen.
- (6) Die entsprechende Anwendung des § 91 Aktiengesetz wird ausgeschlossen. Die Bestimmungen des § 86 Aktiengesetz

---

sind mit Ausnahme der Vorschrift des Abs. 2 Satz 1 nicht  
anwendbar.

## § 8

### Aufgaben und Rechte des Aufsichtsrats.

- (1) Dem Aufsichtsrat obliegt die Beaufichtigung der  
Geschäftsführung. Er hat ferner den von der Geschäftsführung  
aufgestellten Jahresabschluss und Geschäftsbericht zu prü-  
fen und der Gesellschafterversammlung hierüber zu berich-  
ten.
- (2) Die Geschäftsführung bedarf der Zustimmung des  
Aufsichtsrats:
- a) zur Aufnahme und Gewährung von Darlehen und zur Über-  
nahme von Bürgschaften;
  - b) zum Abschluss von Verträgen, durch die die Gesellschaft  
auf länger als zwei Jahre oder für einen Betrag von mehr  
als DM 50.000,-- verpflichtet wird;
  - c) zur Bestellung von Prokuristen und von Handlungsbevoll-  
mächtigten, soweit letztere zum gesamten Geschäftsbe-  
trieb bevollmächtigt werden;
  - d) zur Führung von Prozessen;
  - e) zu Massnahmen, die ausserhalb der normalen Geschäfts-  
tätigkeit liegen.
- (3) Der Aufsichtsrat bildet aus seiner Mitte einen  
Ausschuss; ihm obliegt die Behandlung von Personal-, orga-  
nisatorischen und Finanzierungsfragen sowie die Beschluss-  
fassung in eiligen Fragen. Ferner ist der Ausschuss zustän-  
dig für die Erteilung der Genehmigung nach § 8 Abs. 2 Buch-  
stg. a), b), c) sowie für den Abschluss der Anstellungsver-  
träge mit den Geschäftsführern.
- (4) Der Aufsichtsrat beruft zu seiner Beratung mit  
Zustimmung der Gesellschafter technisch-wissenschaftliche

---

Beiräte.

§ 9

Geschäftsführung

(1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ihre Bestellung oder Abberufung erfolgt durch den Aufsichtsrat; jedoch erfolgt die Bestellung des oder der ersten Geschäftsführer durch Beschluss der Gründungs-Gesellschafterversammlung.

(2) Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten.

§ 10

Jahresabschluss und Geschäftsbericht

(1) Die Geschäftsführer sind verpflichtet, für jedes Geschäftsjahr innerhalb von drei Monaten nach dessen Ablauf den Jahresabschluss und Geschäftsbericht aufzustellen und dem Aufsichtsrat vorzulegen.

(2) Der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht sowie der Bericht des Aufsichtsrats sind innerhalb weiterer zwei Monate der Gesellschafterversammlung vorzulegen.

(3) Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss und der Geschäftsbericht, soweit er diemen erläutert, bedürfen der Prüfung durch einen Abschlussprüfer, der von der Gesellschafterversammlung alljährlich gewählt wird.

§ 11

Auflösung der Gesellschaft

Ein bei Auflösung der Gesellschaft nach Bichtigung



---

aller Gesellschaftsschulden verbleibenden Gesellschafts-  
vermögen ist im Einvernehmen mit der Bundesregierung ge-  
meinnützigen Zwecken zur Förderung der wissenschaftlichen  
Erkenntnisse auf dem Gebiete der Kernphysik zuzuführen.

§ 12

Bekanntmachungen und Gerichtsstand

- (1) Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen  
im Bundesanzeiger.
- (2) Erfüllungsort und Gerichtsstand sind Düsseldorf.

-----

Für gleichlautende

III. A u s f e r t i g u n g ,

welche der Farowerke Hoechst Aktiengesellschaft in Frankfurt (M) -  
Hoechst hiermit erteilt wird.

Düsseldorf, den 20. November 1954

  
Notar

---

12. Gutachten des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe zur Erdbebengefährdung des Standortes Karlsruhe.

Karlsruhe, den 8. November 1954.

Karlsruhe bewirbt sich um den Atommeiler

Das Gutachten des Geodätischen Instituts der Techn. Hochschule Karlsruhe erscheint zur Weiterleitung an das Max-Blank-Institut bzw. an die Planungskommission ungeeignet. Nach Sachlage wäre durch eine Rücksprache mit Herrn Prof. Schelling zu prüfen, ob er gegenteiliger Meinung ist.  
Es ergeht daher

Beschluss:

1. Fernmündliche Vereinbarung eines Besprechungstermins mit Herrn Prof. Schelling. (Freitag, 15. 11. 54, 9 Uhr) . n. l. 2.
2. Wvl. in 8 Tagen. n. l. H.

Dez. IV:



---

Karlsruhe, den 16. November 1954.

Karlsruhe bewirbt sich um den  
Atommeiler.

Aktenvermerk:

Die Angelegenheit wurde mit Herrn Prof. Schelling besprochen. Das Gutachten des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe wurde ihm zur Kenntnis gegeben. Er vertrat anschließend die Meinung, daß es z. Zt. nicht zweckmäßig sei, dieses Gutachten weiterzugeben. Man nimmt es zweckmäßigerweise z. d. Akten

Dez. IV

Beschl.

1. An das Geodätische Institut der Techn. Hochschule Karlsruhe,  
z. Hd. v. Herrn Prof. Dr. Merkel, Karlsruhe.

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich beehre mich, Ihnen für das freundlichst überreichte Gutachten herzlich zu danken.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

.//.

- 
- 2. Aktenvorlage an Herrn Oberbürgermeister  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
  - 3. Wv. in 4 Monaten.

*M*

~~16.3~~  
19. März 1955

Dez. IV:

*y*

1 16.11.54 *K*  
1 18.11.54 *K*

Geodätisches Institut  
der  
Techn. Hochschule Karlsruhe

Zuschriften, Rechnungen, Post- und  
Bahnsendungen mit obiger Adresse

Karlsruhe i. B., den 20. Oktober 1954  
Telefon 26841

Herrn  
Abgeordneten Dr. Franz Gurk  
Beigeordneter der Stadt Karlsruhe  
K a r l s r u h e  
=====  
Rathaus

Ke  
P  
21.10

Betr.: Karlsruhe bewirbt sich um den Atommeiler.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Mit Bezug auf Ihre gefl. Zuschrift vom 8.10.1954 Zeichen: Dez. IV,  
erlaube ich mir, in der Anlage die gewünschte Stellungnahme  
in doppelter Fertigung ergebnis vorzulegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Merkel*

(o. Prof. Dr. Merkel)

Gutachtliche Stellungnahme  
=====

Betr.: Karlsruhe bewirbt sich um den Atommeiler.

Nach einer Mitteilung der Stadt Karlsruhe vom 8.10.1954 wird von einem Mitglied der Planungskommission für die Erstellung eines Atommeilers die Auffassung vertreten, daß sich Karlsruhe als Sitz des Instituts deshalb weniger eigne als München, weil es mehrfach von Erdbeben heimgesucht worden sei. Hierzu folgende Stellungnahme:

In der nachfolgenden Zusammenstellung sind zunächst die bedeutenderen Erdbeben aufgeführt, die im süddeutschen Raum in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben. In dieser Zusammenstellung wird außer dem Herd oder Epizentrum des Beben und der Stärke im Zentrum selbst noch besonders angegeben, ob und in welcher Stärke die Erschütterungen in Karlsruhe, gegebenenfalls auch in München von Personen wahrgenommen werden konnten und welche Schäden in Karlsruhe entstanden sind. Hierbei wird die in der wissenschaftlichen Seismik allgemein gebräuchliche Stärkeskala für Erdbeben mit den Graden I - XII verwendet. Während bei Stärke V nur leichter Sachschaden (Herabfallen von Gegenständen) erwartet werden kann, treten erst bei Stärke VI Erschütterungen auf, die leichtere Beschädigungen an Gebäuden zur Folge haben können. Mit der Stärke XII werden die schwersten Erdbeben bezeichnet, die zur vollständigen Zerstörung aller menschlichen Bauwerke führen.

Zusammenstellung von Erdbeben im süddeutschen Raum  
=====

Oa.	Datum	Zeit M.E.Z.	Lage des Erd- bebenherdes und Stärke	Wahrgenommene Stärke		Schäden in Karlsruhe
				in Karlsruhe	in München	
1	16.11.1911	22.26	Ebingen VIII	V	V	ganz gering- fügig
2	8.10.1930	0.26	Lechtaler Alpen VII-VIII	II-III	IV-V	keine
3	8.2.1933	8.07	4 km südöstl. von Kastatt VII	III-IV	unbekannt	keine
4	1.7.1934	19.17	Herd bei Kastatt V	IV	unbekannt	keine
5	27.6.1935	18.19	Saulgau VII-VIII	V-VI	V	leichte Ein- zelschäden
6	30.12.1935	4.08	Hornisgrinden- gebiet VI	V	V	keine
7	7.6.1948	8.15	10 km südöstl. von Karlsruhe VII	VI-VII	unbekannt	leichtere Be- schädigungen von Gebäuden
8	24.2.1952	22.25	Gegend von Mann- heim VI	nicht wahrge- nommen	nicht wahrge- nommen	keine
9	5.4.1954	8.52	südwestl. von Kastatt V	nicht wahrge- nommen	nicht wahrge- nommen	keine



---

Ein erster Blick auf die Zusammenstellung zeigt zunächst, daß in Karlsruhe in der Zeit nach 1910 und mit großer Wahrscheinlichkeit auch schon früher keine Erdbeben gefühlt worden sind, die wesentlich über die Stärke VI hinausgingen. So sind auch im Verlaufe der letzten 40 Jahre nur wenige Erdbeben zu verzeichnen, die leichte und unbedeutende Sach- und Gebäudeschäden in Karlsruhe hervorgerufen haben; von einer Gefährdung solider Bauwerke kann zu keiner Zeit gesprochen werden.

Wenn in der Rheinebene und somit auch in Karlsruhe Erdbeben häufiger wahrgenommen werden, als an anderen Orten Süddeutschlands, so hängt dies mit dem tektonischen Aufbau der Erdkruste zusammen. Das oberrheinische Gebirgssystem mit dem großen Grabenbruch des Rheintals zwischen Basel und Bingen ist ein Gebiet bekannter tektonischer Störungen, und die Beben im badischen Rheintal können ohne Ausnahme mit der Entstehung des Rheintalgrabens in Zusammenhang gebracht werden.

Aus dieser Tatsache kann jedoch nicht gefolgert werden, daß Karlsruhe durch Erdbeben mehr gefährdet sei, als z.B. München. Wie aus allen Berichten hervorgeht, richten diese Rheintalbeben nur selten einmal geringfügige Gebäudeschäden an. Man ist nach allem zu der Annahme berechtigt, daß die Beben im Rheintal deshalb keine größere zerstörende Wirkung ausüben können, weil die aus Sand und Kies bestehenden mächtigen diluvialen Ablagerungen die Erdstöße stark dämpfen. Dies dürfte sich vor allem bemerkbar machen bei größeren tektonischen Beben, deren Herd nicht im Rheintalgraben oder in der Nähe des Gebirgsrandes liegt. In der Tat läßt sich die dämpfende Wirkung des Karlsruher Untergrundes aus einigen Beben der obigen Zusammenstellung nachweisen. Für das unter OZ.1 angeführte große süddeutsche Beben im November 1911 wurde aus zahlreichen Messungen der Herd des Bebens in der schwäbischen Alb bei Ebingen ermittelt. Obwohl Ebingen von Karlsruhe nur 100 km, von München aber nahezu 200 km entfernt ist, wurde in beiden Städten das Beben mit der gleichen Stärke wahrgenommen. Ähnlich liegen die Verhältnisse, wenn auch nicht so scharf ausgeprägt bei dem unter OZ.5 genannten Beben mit dem Zentrum in der Gegend von Saalgau. Deutlicher zeigt sich wieder der Einfluß des Untergrundes, wenn wir das unter OZ.6 aufgeführte Beben im Hornisgrindegebiet

---

betrachten. Obwohl der Entfernungsunterschied nahezu 200 km beträgt, wurde sowohl in München wie in Karlsruhe die gleiche Stärke V festgestellt.

Wenn auch eine gewisse Unsicherheit in der Feststellung von Bebenstärken an den einzelnen Orten mit in Kauf genommen werden muß, so dürfte doch nach allem an der dämpfenden Wirkung der Auffüllung des Rheingrabens auf Erdbebenstöße kein Zweifel bestehen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß Karlsruhe wohl häufiger von Erderschütterungen betroffen wird als München, aber die bisher aufgetretenen Gebäudeschäden sind durchweg geringfügiger Natur und eine Gefährdung solider Bauwerke kommt infolge des dämpfenden Untergrundes kaum in Frage. Sollte sich aber wirklich einmal ein größeres tektonisches Erdbeben mit zerstörender Wirkung im Alpen-Voralpenraum oder der Schwäbischen Alb ereignen, wo bekanntlich die größeren Bebenherde liegen, so dürfte München mindestens ebenso stark, wenn nicht mehr, gefährdet sein als Karlsruhe. Die Auffassung, daß sich Karlsruhe als Sitz einer Reaktor-Station aus seismischen Gründen weniger eigne als München, ist daher nicht vertretbar.

Der Direktor des Geodätischen Instituts  
und der Erdbebenwarte

*Merkel.*

(o. Prof. Dr. H. Merkel)

---

**13. Vergleichendes Rahmengutachten zu den für die deutsche Reaktorstation zur Wahl stehenden Standorten Karlsruhe und München von Werner Heisenberg, Dezember 1954.**

Die Pläne für die erste deutsche Reaktorstation

Die Städte Karlsruhe und München, die sich um die Aufstellung der Reaktorstation in ihrem Gebiet bewerben, haben nach Rücksprache mit den zuständigen Herren des Planungsausschusses durch ihre Architekten Entwürfe für die Station und die mit ihr verbundenen Forschungseinrichtungen ausarbeiten lassen, die in der Sitzung am 18.12.1954 in Göttingen den leitenden Herren des Max-Planck-Instituts für Physik und dem Geschäftsführer der Physikalischen Studiengesellschaft, Herrn Dr. Telschow, vorgelegt worden sind. Ferner hat im Auftrag des Planungsausschusses Herr Dipl.-Ing. Weimer nach ausführlichen und sorgfältigen Erkundigungen bei den zuständigen Behörden beider Städte und in enger Zusammenarbeit mit Prof. Wirtz und dem Unterzeichneten alle für den Bau der Station wichtigen technischen Daten ermittelt und in einem vergleichenden Gutachten zusammengefasst (Anlage ). Die gesamte in den Entwürfen und in der Anlage niedergelegte umfangreiche Vorarbeit ergibt etwa das folgende Bild:

Die Planung geht nach den früheren Beschlüssen des Planungsausschusses davon aus, dass es sich bei der zu errichtenden Reaktorstation um eine Einrichtung handelt, die für die Entwicklung der Reaktortechnik unter Ausnützung aller verfügbaren ausländischen Erfahrungen den ganzen Übergang vom Laboratoriumsversuch zum technischen Reaktor zu vollziehen hat, die aber selbst nur in beschränktem Umfang technisch-wirtschaftlichen Zielen dient (Produktion radioaktiver Isotope ist vorgesehen). Es soll sich also in erster Linie um eine Versuchstation für Entwicklungsarbeiten, zur Sammlung technischer Erfahrungen und zur Ausbildung von Fachleuten handeln. Großreaktoren für die Erzeugung wirtschaftlich genutzter Energie oder für die Produktion von Plutonium sollen nicht in der Station aufgestellt werden. Um eine enge Zusammenarbeit mit der Hochschule zu ermöglichen, wurde das zur Reaktorstation gehörende physikalische Forschungsinstitut nicht auf das Gelände der Station sondern näher an die Hochschule verlegt.

Für die Errichtung einer solchen Station bieten die beiden Stellen, Karlsruhe und München, günstige äussere Voraussetzungen. Vorzüge

---

und Nachteile sind in den beiden Projekten etwas verschieden verteilt, halten sich aber im ganzen ungefähr die Waage.

Hinsichtlich des Baugeländes bestehen, sowohl was Festigkeit des Bodens als auch Ausdehnung und Erweiterungsmöglichkeit des Geländes betrifft, an keiner der beiden Stellen Bedenken. Auf dem Karlsruher Gelände würde man wegen des hohen Grundwasserstandes und wegen des Auftretens von Schwimmsand beim Bau einige Vorsichtsmaßregeln anzuwenden haben, die in München unnötig sind. Andererseits wäre eine spätere Erweiterung des (schon sehr reichlich bemessenen) Geländes in Karlsruhe leichter möglich als bei München, wo sich die unmittelbare Umgebung des Geländes in Privatbesitz befindet.

Die Versorgung des Geländes mit Gas, Elektrizität und einer ausreichenden Menge von Wasser bietet an keiner der beiden Stellen Schwierigkeiten. Der Wasserpreis ist in München etwas billiger, die Sicherheit des elektrischen Netzes in Karlsruhe wohl noch etwas höher als in München. Eine Versorgung mit großen Wassermengen für Kühlzwecke und dergleichen wäre praktisch nur bei Karlsruhe möglich, erscheint aber für die geplanten Versuchsanlagen unnötig.

Bei der Aufstellung einer Reaktorstation muß darauf geachtet werden, daß die Bevölkerung der umliegenden Siedlungen nicht durch radioaktive Abgase geschädigt werden kann. Diese Gefahr ist bei dem vorliegenden Projekt, bei dem es sich nur um verhältnismäßig kleine Reaktoren handelt, an und für sich gering. In beiden Fällen ist der Standort überdies so günstig gewählt, daß der Wind von der Reaktorstation auf die Stadt zu nur in etwa 5 - 10 % der Zeit (je nach den Gebieten, die zur "Stadt" gerechnet werden) bläst. Bei stärkerem Wind verteilt die Luftturbulenz die radioaktiven Stoffe schnell über ein so weites Gebiet, daß sie bei der dann eingetretenen Verdünnung keine Gefahr mehr darstellen. Die für die Frage der Luftverunreinigung ungünstigsten windstillen Wetterlagen scheinen in München etwas häufiger als in Karlsruhe; dafür ist die Entfernung von der Station zur Stadtmitte in München erheblich höher (17 km) als in dem Karlsruher Projekt (7,5 km), so daß die Radioaktivität gerade bei sehr schwachem Wind schon weitgehend abgeklungen ist, wenn sie die Stadt erreicht. Trotzdem wird man auch hier in beiden Fällen alle die Sicherheitsmaßnahmen treffen, die sich bei den großen amerikanischen Reaktoren bewährt haben.

---

Der Gefahr bei windstillem Wetter wird man dadurch vorbeugen, daß man (nach dem Vorbild der amerikanischen Stationen) die Abgase durch einen hohen Kamin entläßt, und außerdem wird man, ebenfalls nach amerikanischem Vorbild, die Luftradioaktivität in der Umgebung dauernd kontrollieren, so daß bei auftretenden größeren Aktivitäten sofort Gegenmaßnahmen (Abstellen des Reaktors) ergriffen werden können. Die Beseitigung radioaktiver Abfallprodukte in der Station wird in beiden Fällen nach den im Ausland bewährten Methoden ohne Verunreinigung des Abwassers erfolgen.

Verkehrstechnisch verlegt das Karlsruher Projekt die Station an den Rhein, also an eine große Wasserstrasse, das Münchner Projekt setzt sie an die nördliche Autobahn. Der Weg in die Stadt wird in beiden Fällen mit dem Kraftwagen in etwa 15 - 20 Minuten zurückgelegt werden können. Da für das mit der Station verbundene physikalische Forschungsinstitut (für das einstweilen das Max-Planck-Institut für Physik vorgesehen ist) die enge Verbindung mit der Hochschule lebensnotwendig erscheint, wurde der Standort dieses Instituts und der Stationsverwaltung nicht auf das Gelände der Station selbst sondern näher an die Hochschulen verlegt. In Karlsruhe ist ein Platz unmittelbar neben der Technischen Hochschule, in München eine verkehrstechnisch günstige Stelle am nördlichen Stadtrand (am Endpunkt der nördlichen Autobahn) gewählt worden. Im ersteren Falle ist die Verbindung vom Physikalischen Institut zur Technischen Hochschule näher, im zweiten kann der Weg vom Institut zur Station schneller zurückgelegt werden. Bei dem Münchner Projekt sind Reaktorstation und Institut durch die Autobahn verbunden. Die Belegschaft müßte mit Autobussen zur Station transportiert und von dort nach Dienstschluß zurückgeholt werden; in Karlsruhe würde ein Teil der Belegschaft die Station auch mit Fahrrädern oder den städtischen Verkehrsmitteln erreichen können.

In beiden Fällen wird es möglich sein, einen Teil der technischen Arbeitskräfte für die Station in der Stadt selbst zu rekrutieren.

Wohnraum für die Arbeitskräfte der Station kann in beiden Fällen in den der Station nächstgelegenen Vorstädten beschafft werden. In München handelt es sich um neue, in schneller Entwicklung begriffene Stadtteile am nordwestlichen Ende des Englischen Gartens, in denen schon jetzt Wohnhausbau in großem Stile betrieben wird. Die Stadt München hat die Unterbringung der Belegschaft zum Zeitpunkt des Umzuges

---

nach München zugesagt. In Karlsruhe kann die Belegschaft in einer im Entstehen begriffenen neuen Siedlung nördlich der medizinischen Klinik oder in anderen Wohnvierteln der Stadt untergebracht werden. Auch hier hat die Stadt jede Unterstützung zugesagt.

Die Entwürfe selbst sind in beiden Fällen sehr ähnlich ausgefallen, da sie durch die sachlichen Notwendigkeiten weitgehend festgelegt sind. Bei dem Münchner Projekt ist neben dem Max-Planck-Institut für Physik noch eine Kantine mit Gästezimmern geplant, die bei dem Karlsruher Projekt fehlt, da dort die Einrichtungen der Technischen Hochschule mitbenutzt werden können. Auch sonst sind im Münchner Projekt etwas grössere Raumreserven vorgesehen, doch ist der Unterschied im ganzen gering. Die Aufschliessungskosten für das Reaktorgelände erscheinen in Karlsruhe etwas höher als in München, da dort eine Fernheizleitung vorgesehen ist, während in München die Beheizung von der Gasleitung aus erfolgen soll (was natürlich auch in Karlsruhe möglich wäre). Genauere Angaben über die Ausmasse der Gebäude und die entstehenden Kosten sind in dem Weimerschen Gutachten (Anlage) enthalten. Für das Gelände selbst hat die Stadt Karlsruhe einen Vorzugspreis von DM 0.10 pro Quadratmeter eingeräumt, von der Stadt München liegt noch keine endgültige Preisangabe vor. In beiden Fällen handelt es sich bei der Station um städtisches Gelände. Die Gesamtkosten für die erste Baustufe (Kauf und Erschliessung des Geländes, Errichtung von Reaktor-Institut (ohne apparative Ausrüstung), Max-Planck-Institut für Physik, Reaktor-Verwaltung) betragen im Endergebnis etwa 7,5 Millionen Mark.

Vom Standpunkt des wissenschaftlichen Forschungsinstituts aus hat die Stadt München einen entscheidenden Vorteil gegenüber der Stadt Karlsruhe dadurch, daß sie eine Universität und eine Technische Hochschule besitzt. Das Reservoir an Studenten und Assistenten ist in München also viel grösser als in Karlsruhe. Dieser Umstand würde das Heranziehen hochqualifizierter wissenschaftlicher Kräfte an die Station erheblich erleichtern und damit die wissenschaftliche Ausbeute der Arbeit an der Station und am Institut erhöhen. Das Max-Planck-Institut für Physik, das bisher in enger Verbindung mit der Universität Göttingen gearbeitet und von ihr wissenschaftliche Anregungen und tüchtige Mitarbeiter bezogen hat, könnte daher ohne Beeinträchtigung seiner Wirksamkeit von Göttingen nach München verlagert werden. Zu einer Verlagerung von Göttingen nach Karlsruhe würde sich der unterzeichnete

---

Leiter dieses Instituts jedoch nicht entschließen können.

Da der Bau der Station und der mit ihr verbundenen wissenschaftlichen Institute mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, und da mit der Konstruktion vieler Einzelheiten des Reaktors erst begonnen werden kann, wenn die für die Konstruktion verantwortliche Mannschaft auf dem Gelände selbst arbeiten kann, muß mit dem Bau noch im Frühjahr 1955 begonnen werden, wenn Aussicht bestehen soll, den Reaktor bis zum Herbst 1958 fertigzustellen. Der Baubeginn im Frühjahr 1955 ist aber nach Ansicht der Architekten der beiden Städte nur möglich, wenn die Entscheidung über die Wahl des Standortes bis Ende Januar 1955 gefallen ist. Die Entscheidung über den Standort sollte daher den Vorrang vor allen anderen Entscheidungen auf diesem Gebiet erhalten. Vielleicht kann die Wahl des Standortes durch folgende Überlegung erleichtert werden:

Am Anfang muß eine Entscheidung über eine grundsätzliche Frage stehen: Will man in Deutschland an der Atomtechnik in einem solchen Ausmaß teilnehmen, daß die deutsche Industrie später in der Lage sein wird, Reaktoren aller Art selbständig zu bauen, auch neue Wege auf diesem Gebiet zu beschreiten und mit den großen Atomenergie-Ländern in Konkurrenz zu treten; oder will man nur an der wirtschaftlichen Ausnutzung der Atomenergie selbst teilhaben? Im ersten Fall, der bisher allen Plänen zugrunde gelegen hat, muß man mit einer Versuchsstation beginnen, in der der ganze Übergang vom Laboratoriumsversuch zum technischen Reaktorbau vollzogen und das technisch-wissenschaftliche Personal für die spätere Entwicklung geschult wird. Im zweiten Fall kann man daran denken, sich über kurz oder lang einfach einen Reaktor bei einer amerikanischen Firma zu bestellen und hier installieren zu lassen. Im ersteren Fall muß die technisch-wissenschaftliche Forschung im Anfangsstadium eine entscheidende Rolle spielen; im zweiten Fall könnte der Bau der Reaktoren und ihr Betrieb von der Wirtschaft allein, vielleicht ohne Beteiligung der Forschung, getragen werden.

Entscheidet man sich für die erste Alternative, die auch der Unterzeichnete für die richtige hält, so ist München als Standort vorzuziehen, da für die Verbindung mit der wissenschaftlichen Forschung München durch die beiden Hochschulen günstigere Voraussetzungen bietet als Karlsruhe. Entscheidet man sich für die zweite Alternative, so kann



---

man Karlsruhe wählen, weil man eine Erweiterung zu Groß-Reaktoren für die Energieerzeugung oder zur Plutoniumfabrikation im Rahmen der durch die Verträge zugelassenen Grenzen eher an der Westgrenze Deutschlands vornehmen kann. Schließlich kann man auch in Erwägung ziehen, die Versuchsstation in München zu bauen, wo die Voraussetzungen für die Verbindung von Forschung und Technik besonders günstig sind, und später den Bau großer technischer Reaktoren im Raum von Karlsruhe vorzunehmen. Man muß daran denken, daß in den anderen großen Atomindustrie-Ländern schon jetzt verschiedene Reaktoren in verschiedenen Teilen des betreffenden Landes stehen, daß eine ähnliche Entwicklung also auch bei uns in Deutschland erwartet werden kann. Daher ist eine Entscheidung für den einen Standort der Versuchsstation noch keine Entscheidung gegen Reaktoren auch an anderen Stellen. Auf jeden Fall aber muß die Entscheidung so bald wie irgend möglich getroffen werden, wenn sich der Vorsprung der anderen Industrieländer auf diesem Gebiet nicht noch weiter vergrößern soll.

Göttingen, den 20. Dez. 1954

gez. W. Heisenberg

---

**14. Vergleichende Gegenüberstellung der naturgebundenen Eigenschaften und technischen Gegebenheiten der für die deutsche Reaktor-Station zur Wahl stehenden Standorte Karlsruhe und München von Karl Weimer.**

Vergleichende Gegenüberstellung

der naturgebundenen Eigenschaften und technischen Gegebenheiten  
der für die deutsche Reaktor-Station zur Wahl stehenden Standorte  
Karlsruhe und München.

Standort I !

Die Ausarbeitung stützt sich zum Teil auf Unterlagen, die durch  
Beobachtungen und Verhandlungen an Ort und Stelle beschafft wur-  
den, zum Teil auf die Beantwortung von Fragebogen, die den Städten  
vorgelegt worden waren.

Max-Planck-Institut für Physik, Göttingen 20.12.1954.

*K. Weimer*

Karlsruhe

Stromversorgung

München

Anschluß an das Städt.EW, das über das Baden-Werk in Verbundbetrieb mit dem großen Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen steht.

Speisung über 2 getrennte Kabel von einer verkabelten Ringleitung aus, so daß eine von 2 Seiten gespeiste Netzmasche entsteht.

Speisespannung 20 kV.

Entfernung zu den nächstgelegenen Stützpunkten in der Ringleitung

Maxau ~ 2.5 km  
Knielingen ~ 3.5 "

Entfernung zu den nächstgelegenen Speisepunkten bzw. Kraftwerken

Städt.EW ~ 6 km , 32 MVA  
Baden-Werk ~ 9 " , 50 " (im Bau)

-----

Die Stromversorgung erscheint bezüglich Leistungsfähigkeit, Erweiterungsmöglichkeit und Netzsicherheit als sehr günstig.

Das EW ist bereit, der Reaktor-Station durch besondere betriebliche Maßnahmen eine möglichst ununterbrochene Stromlieferung zu gewährleisten.

Anschluß an die Amper-Werke, die im Verbundbetrieb mit "Mittlere Isar" und damit Bayern-Werk stehen.

Speisung über 2 getrennte Kabel, die von einer bestehenden Freileitung abzweigen, die das Amper-Kraftwerk Unterbruck mit dem 60/20 kV-Punkt Isarau am nördlichen Stadtrand verbindet.

Speisespannung 20 kV.

Entfernung zu den nächstgelegenen Stützpunkten

Kraftwerk Unterbruck ~ 12 km , 6 MVA  
60/20 kV Punkt Isarau ~ 10 " , 20 "

An der in Unterbruck zur Verfügung stehenden Speiseleistung ist eine Wasserturbine mit 1.4 MVA beteiligt, die im Falle eines großräumigen Netzzusammenbruches sofort und ausschließlich für die Reaktor-Station zur Verfügung stehen würde.

-----

Die Stromversorgung erscheint bezüglich Leistungsfähigkeit und Erweiterungsmöglichkeit als sehr günstig; die Sicherheit des Netzes ist nicht ganz so hoch zu bewerten, wie im Fall Karlsruhe, da die Speiseleitung nicht verkabelt ist, sondern auf einfachen Holzmasten steht, die nur an den Abspannpunkten mit Betonfüßen versehen sind.

Karlsruhe

Gasversorgung

München

Die Gasversorgung erfolgt über das Netz der Städt.Werke, die über 3 Systeme mit Hoch-Mittel-Niederdruck verfügen. Die Reaktor-Station würde aus dem Hochdruck-Netz mit 300 mm WS gespeist.

Länge der Anschlußleitung etwa 3 km

Heizwert nach DIN 4200 Kal H<sub>u</sub>

Tarife DM: 0.26 für Kleinstabnehmer je m<sup>3</sup>  
DM: 0.16 + Grundgebühr für Haushalt  
Sondertarif für Großabnehmer

Es ist der Bau einer Ferngasleitung nach Freising geplant, parallel und ostwärts der Bundesstraße 11. Die Reaktor-Station kann mit einer etwa 1.5 km langen Leitung angeschlossen werden.

Der Druck in der Ferngasleitung wird 2 atü betragen; eine Druck-Reduzierstation ist nötig.

Heizwert nach DIN 4200 Kal H<sub>u</sub>

Tarif: Sondertarif DM: 0.12 je m<sup>3</sup>

-----  
Die Verhältnisse sind günstig.

-----  
Die Verhältnisse sind sehr günstig,  
wobei aber vorausgesetzt werden muß, daß die geplante Ferngasleitung zumindest bis zur Gemeinde Dietersheim bis zum Jahr 1956 fertiggestellt wird.

Die Möglichkeit einer günstigen Gasversorgung würde in beiden Fällen erlauben, die Heizungsanlagen der ersten, in der Baustufe 1 vorgesehenen Gebäude, mit Gas zu betreiben. Der Wärmebedarf der gesamten Station wird später recht beträchtlich sein, er läßt sich aber heute unmöglich übersehen. Aus diesem Grund bietet die anpassungsfähige Gasheizung vorerst große Vorteile.

Karlsruhe

Wasserversorgung

München

Trinkwasser kann in jeder benötigten Menge aus dem Leitungsnetz der Städt. Werke entnommen werden.

Länge der Anschlußleitung vom Stadtteil Knielingen her  
~ 3.5 km , Wasserdruck 4-5 atü.

Enteisung des Wassers erfolgt bereits im Wasserwerk, Mangan ist nur in unschädlichen Spuren vorhanden, die Karbonat-Härte beträgt 10.5° d.H. (1° deutsche Härte = 10 mg/l; Göttingen z.B. 25° d.H.)

Preis je m<sup>3</sup> zur Zeit DM: 0.24, für Großverbraucher Sonder-tarif.

Gebrauchswasser kann in größerer Menge und guter Beschaffenheit dem Grundwasser auf dem Gelände entnommen werden.

Kühlwasser für Reaktorkühlung oder Spülwasser zur Verdünnung von Abfallstoffen kann in jeder beliebigen Menge auf kürzestem Weg und billig aus dem Rhein geholt werden.

-----  
Die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser ist günstig.

Wenn es sich um die Beschaffung sehr großer Mengen Kühl- oder Spülwassers handelt, ist der Standort Karlsruhe hervorragend geeignet.

Trinkwasser: Anschluß an das städt. Netz wäre möglich; billiger und bequemer ist der Anschluß an die Gruppenwasser-Versorgung Schleissheim - Eching. Entnahme bis zu 80 l/s möglich.

Länge der Anschlußleitung ~ 4 km.

Eisen-Mangan-Schwermetall-Härte = 0, Karbonathärte ~ 15° d.H.

Preis je m<sup>3</sup> gestaffelt nach Verbrauch DM: 0.18 - 0.14.

Gebrauchswasser kann in größeren Mengen und in guter Beschaffenheit dem Grundwasser auf dem Gelände entnommen werden.

Kühl- oder Spülwasser in sehr großen Mengen zu beschaffen würde sehr schwierig sein. Das natürliche Isarbett ist in Trockenzeiten fast leer. Die Entnahme aus dem System "Mittlere Isar" dürfte aus elektrizitätswirtschaftlichen Gründen unmöglich sein; sie wäre nur denkbar, wenn Entnahme und Rückgabe in ein- und denselben Oberwasserkanal erfolgen würden; dies aber bedeutete zweimalige Unterdrückung des Isarbettes und mehrmalige Kreuzung von Straßen.

-----  
Die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser ist günstig.

Die Wassermenge reicht für die als Forschungs- und Entwicklungszentrum geplante Station auch bei späterer Vergrößerung völlig aus. (Vergleich Station Brookhaven USA 30 MW)

Die Heranführung sehr großer Wassermengen, wie sie z.B. für Großreaktoren zur Plutonium-Produktion gebraucht werden, wäre nur unter Aufwand riesiger Kosten möglich.

Karlsruhe

Grundstücks-Eigentum

München

Das vorgeschlagene Gelände ist Eigentum der Stadt; ebenso weite Gebiete nördlich und östlich, so daß bei etwa notwendigen Erweiterungen noch große Flächen zur Verfügung stehen, die mit einbezogen werden können.

Das aus dem Stadtplan 1:15 000 mit dem Planimeter ausgemessene freie Gelände umfaßt:

$$0.778 \text{ km}^2 = 77.8 \text{ ha}$$

Ostwärts schließt sich ein Streifen Au-Wald an, der seinerseits wieder von dem das Alb-Flüßchen begleitenden Hochwasserdamm begrenzt wird. Unter Einbeziehung dieses Au-Waldstreifens ergibt sich eine natürliche, vorteilhafte Abgrenzung und Einfriedigung nach Osten hin. In diesem Fall umfaßt das Gelände

$$1 \text{ km}^2 = 100 \text{ ha}$$

Nach Westen hin bildet der Rheindamm eine natürliche Abgrenzung.

-----

Das Gelände besitzt im Westen und Osten günstige natürliche Abgrenzungen, trotzdem sind spätere Erweiterungen leicht möglich.

Im Besitz der Stadt befindet sich das auf dem Meßtischblatt 1:25 000 (Topogr. Atlas von Bayern) grün gekennzeichnete Gelände; die westlich der Autobahn liegenden Grundstücke brauchen zunächst nicht in Betracht gezogen zu werden.

Die aus der Karte mit dem Planimeter bestimmte Fläche beträgt

$$0.60 \text{ km}^2 = 60 \text{ ha}$$

Das von Norden her in das Gelände einspringende Grundstück in fremdem Besitz, soll auf dem Weg der Flurbereinigung ausgetauscht werden.

Das auf dem Gelände befindliche Hofgut ist Eigentum der Stadt und wird aufgelassen. Die Gebäude können voraussichtlich in der 1. Baustufe als Baubüro, Lager usw. verwendet werden.

Wenn im Zug späterer Erweiterungen weiteres Gelände benötigt würde, so müßte es durch Kauf von den angrenzenden privaten Eigentümern erworben oder das städt. Gelände westlich der Autobahn mitverwendet werden.

Der Ortsverbindungsweg Eching-Dietersheim muß voraussichtlich umgelegt werden.

-----

Das Gelände liegt frei ohne natürliche Grenzen. Bei Erweiterungen muß fremder Grund und Boden aufgekauft oder umgetauscht oder auf das städt. Gelände auf der anderen Seite der Autobahn zurückgegriffen werden.

Karlsruhe

Verkehrslage

München

Entfernungen zwischen den einzelnen Arbeitsstätten und wichtigen Verkehrspunkten:

			Autobahn	Straße
			11.0	12.0
		km	km	km
Reaktor - MPI *)	10.5	km		
" - Universität	-			15.5
" - T.H. *)	10.5	"		16.5
" - Autobahnauffahrt	13.5	"		0.0
" - Hauptbahnhof	8.5	"		18.0
" - nächster Verladebahnhof	1.5	"		4.5
MPI - Universität	-			4.5
" - T.H.	0.0	"		5.5
" - Autobahnauffahrt	3.0	"		0.0
" - Hauptbahnhof	3.0	"		7.0

\*) über die geplante Entlastungsstraße durch die Anlagen hinter dem Schloß.

o) unter der Annahme, daß die geplante Verlängerung der Autobahn bis an den nördlichen Stadtrand (Endhaltestelle Linie 6) durchgeführt ist.

Durch Verlängerung eines vorhandenen Industrie-Gleises um ca. 600 m kann Gleisanschluß hergestellt werden.

Für Schwerlast- und Massentransporte bieten Rheinschiffahrtsweg und die Hafenanlage hervorragend günstige Verhältnisse.

-----

Abgesehen von Gleisanschluß und Schiffahrtsweg, die aber nur für den Bau von Leistungs- und Produktions-Reaktoren interessant und von Vorteil sind, können die Verkehrslagen beider Städte als gleichermaßen günstig angesehen werden.

Die Verbindung MPI - Techn. Hochschule ist hier günstiger, die Verbindung MPI - Reaktorstation ungünstiger als bei dem Münchener Projekt.

Die Tatsache, daß Reaktorstation und MPI direkt an der Autobahn geplant sind, gewährleistet eine sehr schnelle Verbindung der beiden Einrichtungen untereinander und zum Nordteil der Stadt, in der die Hochschulen liegen.

Das Reaktor-Gelände kann mit Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel, mit Fahrrad, Moped erreicht werden. Die Stadt ist bereit, die bestehende Straßenbahnlinie so zu verlängern oder durch Omnibusbetrieb zu ergänzen, daß nur mehr ein geringer Fußweg verbleibt.

Für den Verkehr zwischen Station und Max-Planck-Institut für Physik bzw. Stadt muß ein werkseigener Pendelverkehr über die Autobahn eingerichtet werden.

Karlsruhe

Geologische Verhältnisse

München

Der Baugrund befindet sich in beiden Fällen in diluvialen und alluvialen Schichten mit hauptsächlich Kies und Sand; d.h. die wichtigsten Baustoffe können an Ort und Stelle gewonnen werden. Die Gleichwertigkeit des Baugrundes geht auch aus der Tatsache hervor, daß die zulässige Bodenpressung in beiden Fällen zu  $4 \text{ kg/cm}^2$  angegeben sind.

In einigen Geländepunkten, Bohrloch 2352 und 2346 tritt in der Tiefe, am Bohrloch 2353 im Bereich der Fundamente Schwimmsand auf. Der vorgesehene Bauplatz für den Reaktor muß an Hand sehr sorgfältiger Probebohrungen erkundet werden.

Spezielle Gründungsarten werden Bodenpressungen bis  $8 \text{ kg/cm}^2$  und mehr erlauben.

Zur Frage der Bodenunruhe wird angegeben, daß sie in den letzten 40 Jahren nur unbedeutende Schäden verursacht habe. Von einer Gefährdung solider Gebäude kann in keinem Fall gesprochen werden.

An Hand einer Tabelle wird gezeigt, daß die bemerkenswerten Erdbeben im süddeutschen Raum seit 1911 in Karlsruhe und München mit annähernd gleicher Stärke registriert wurden.

Die Untersuchungen beim Bau der Autobahn haben gezeigt, daß es sich um sehr guten Baugrund handelt. An dem für den Reaktor vorgesehenen Platz sind noch spezielle Untersuchungen über die Beschaffenheit des Bodens anzustellen.

Bezüglich Bodenunruhe und Erdbeben wird das Gebiet als ruhig bezeichnet.

-----

Die bezüglich Baugrund, Bodenunruhe und Erdbeben mitgeteilten Unterlagen lassen für keinen der beiden in Frage kommenden Standorte eine Gefahr erkennen.



Karlsruhe

Hydrologische Verhältnisse

Das vorgeschlagene Gelände liegt unmittelbar am rechten Rheinufer, von ihm getrennt durch den Hochwasserdamm.

Der höchste seit 1824 bekannte Grundwasserstand ist -1.5 m bezogen auf die vorgesehene Strafen- und Geländehöhe von 104.50 m + NN. Der durchschnittliche Rheinwasserstand liegt bei 103.0 m + NN, der höchste seit 1824 bekannte Wasserstand war in der Nähe des Reaktorgeländes 105.20 m + NN.

Da das regulierte Rheinbett eine sehr hohe Abflußgeschwindigkeit erlaubt, ist die Dauer von Hochwasserwellen so kurz, daß keine Rückwirkung auf den Grundwasserstand festzustellen ist. Das natürliche Einzugsgebiet des Oberrheins von Karlsruhe bis Basel ist durch Schwarzwald und Vogesen so eingeengt, daß die Zubringer auf dieser Strecke zu einem katastrophalen Hochwasser nicht beitragen können. Die Mündung der Aare mit Reuß und Limmat, Zuflüsse, welche bei Hochwasser große Wassermengen führen, liegen über 200 km stromauf.

Eine Vorstellung von der Aufnahmefähigkeit des Rheinbettes gibt die Tabelle der Wassermengen:

seit 1921	{	Höchstes, bekanntes Hochwasser	4 330 m <sup>3</sup> /s	Abflußverhältnis 12.7:1
		Mittelwert der Hochwasser	2 740 "	
		Mittelwasser	1 200 "	
		Mittelwert der Niedrigwasser	542 "	
		geringstes, bekanntes Niedrigwasser	340 "	

In gleicher Lage zum Strom befinden sich einige große Industrie-Anlagen, Karlsruher Rheinhafen, Zellstoffwerk Maxau, Großkraftwerk Badenwerk, die sicherlich nicht entstanden wären, wenn das Gebiet um Karlsruhe hochwassergefährdet wäre.

-----

Die bekanntgegebenen Umstände bezügl. Hochwasser und Grundwasserstand lassen keine Schwierigkeiten erkennen, denen nicht durch übliche Baugründung begegnet werden könnte. Keller und begehbare Kanäle müssen wasserdicht betoniert und vielleicht zur Sicherheit mit Entwässerungspumpen versehen werden.

## München

## Hydrologische Verhältnisse

Das vorgeschlagene Gelände befindet sich am Rand des Dachauer Moooses, das sich nördlich der Stadt zwischen Amper und Isar erstreckt. Der Begriff "Moos" bedeutet im dortigen Sprachgebrauch soviel wie Heide, und das Gebiet trägt auch die hierfür typische Vegetation. (Es ist Naturschutzgebiet)

Das Gelände ist ausgesprochen trocken, der Grundwasserspiegel steht auf -3.2 m.

("Moos" ist zu unterscheiden von "Moor", welches hohe Bodenfeuchtigkeit hat und gekennzeichnet ist durch Torfstich und das Fehlen von Siedlungen)

Die beim Bau der Autobahn München-Nürnberg und die anlässlich von Probeuntersuchungen zum geplanten Bau eines Flugplatzes im Krieg gewonnenen Aufschlüsse erbringen den Nachweis, daß es sich um einen sehr guten Baugrund handelt. (Stadtrat Fischer hat während seiner früheren Tätigkeit beim Landesplanungsamt die Gebiete nördlich der Stadt bearbeitet und genau kennengelernt.)

Eine allgemeine Überschwemmungsgefahr besteht offenbar nicht. Der höchste, seit Bestehen des Systems "Mittlere Isar" bekannte Hochwasserstand der Isar betrug 487.04 m gemessen bei der Ufergelände-Kote 499.0 m; der niedrigste Stand betrug 484.13 m, was einem Hub von rund 3 m entspricht. Zwischen der dem Gelände am nächsten liegenden Flußkote 469 und dem Gelände selbst liegt eine Bodenschwelle von etwa 7 m Höhe, so daß ein ausreichender Schutz vorhanden wäre, wenn die Isar über die Ufer ihres alten natürlichen Bettes treten würde. Außerdem bietet der Kanal "Mittlere Isar" als Entlastungsflußbett eine denkbar hohe zusätzliche Sicherheit.

Tatsächlich wurde auch das Gelände beim katastrophalen Hochwasser im Sommer 1954 nicht überschwemmt.

Der Grundwasserstrom zieht in annähernd nördlicher Richtung fast parallel zum Fluß; eine Abhängigkeit des Grundwasserspiegels vom Wasserstand von Amper und Isar ist kaum zu erkennen.

-----

Die hydrologischen Verhältnisse schließen keine erkennbaren Gefahren ein; es sind keine Tatsachen bekannt, die den Bau und Betrieb des Reaktors erschweren würden.

Die graphische Darstellung der prozentualen Windhäufigkeit bezogen auf die Himmelerichtungen zeigt eine überraschende Übereinstimmung mit den Verhältnissen in München. Es herrschen zwei ausgeprägte Richtungen, nämlich SW und NE vor. Bei der vorgesehenen Lage der Station zur Stadt bestreichen, von der Station aus gesehen, nur die aus dem Sektor NNW - N kommenden Winde dicht besiedeltes Stadtgebiet, deren Anteil an der Gesamtheit 10.2% beträgt. Der Anteil der Windstille mit 7% kann als günstig bezeichnet werden. Die durchschnittliche Dauer der Bodennebel beträgt an insgesamt 35 Tagen.

Die graphische Darstellung der prozentualen Windhäufigkeit bezogen auf die Himmelerichtungen zeigt zwei deutlich ausgeprägte Vorzugsrichtungen, nämlich WSW und ENE. Beide Richtungen bestreichen das geschlossene, dicht besiedelte Stadtgebiet nicht. Die eine zwischen NE und E liegende Vorzugsrichtung zeigt in den freien Raum zwischen dem nördlichen Stadtrand und Dachau. Die Großstadt selbst liegt ziemlich genau in dem von den N- und NE-Winden gebildeten Sektor, in dem nur 10.4% aller im Jahresdurchschnitt auftretenden Winde vorkommen.

Diese beiden vorherrschenden Windrichtungen kommen offenbar dadurch zustande, daß sich der regionalen Windrichtung ein lokales, für die Ebene nördlich Münchens typisches Windsystem überlagert, bei dem tagsüber nord- bis nordöstliche, nachts süd- bis südwestliche Winde sich ausbilden. Beachtlich ist ferner eine gewisse Häufigkeit der Windstille, die im Jahresdurchschnitt 12.7% beträgt, im Herbst und Winter aber bis zu 19.2% ansteigt. Es kommt hierbei nicht selten zur Ausbildung von Bodennebeln. Die durchschnittliche Dauer der Bodennebel im Jahr beträgt 373 Std. an insgesamt 60 Tagen.

#### Sonstige klimatische Werte

127 m + NN	Meereshöhe	470 m + NN
768.2 mm	mittl. Luftdruck	720.9 mm
720.0 "	Minimum des Luftdrucks	691.5 "
774.0 "	Maximum " "	742.6 "
78 %	mittl. relative Feuchtigkeit	80 %
8.9°	mittl. Tagestemperatur	7.4°
19.1°	mittl. max. Tagestemperatur (Juli)	16.9°
0.9°	" min. " (Jan.)	-2.3°
756 mm	mittl. Niederschlagshöhe	747 mm
4.5 h	mittl. Sonnenscheindauer je Tag	4.7 h
75	mittl. Zahl der Frosttage im Jahr	127
35	" " " Nebeltage " "	60
	mittl. Anzahl d. Stunden mit Nebel im Jahr	373

Die am häufigsten auftretende mittlere Windgeschwindigkeit beträgt an beiden Orten 3.5 m/s, so daß die Luftmassen mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von etwa 12 km/h wandern. Bei solchen Geschwindigkeiten ist aber bereits eine starke Turbulenz zu erkennen, die zu einer intensiven Durchmischung der Luftmassen und damit zu einer Verdünnung der in der Luft etwa enthaltenen radioaktiven Gase oder Staubteilchen führt. Erst bei Geschwindigkeiten unter 1-2 m/s kann von einer nennenswerten Turbulenz nicht mehr gesprochen werden. Dafür dauert aber der Transport der Luftkörper eine entsprechend längere Zeit, in der sich die Verringerung der Aktivität infolge der verhältnismäßig kurzen Halbwertszeit des an der Aktivität am meisten beteiligten Argon <sup>41</sup> auswirkt.

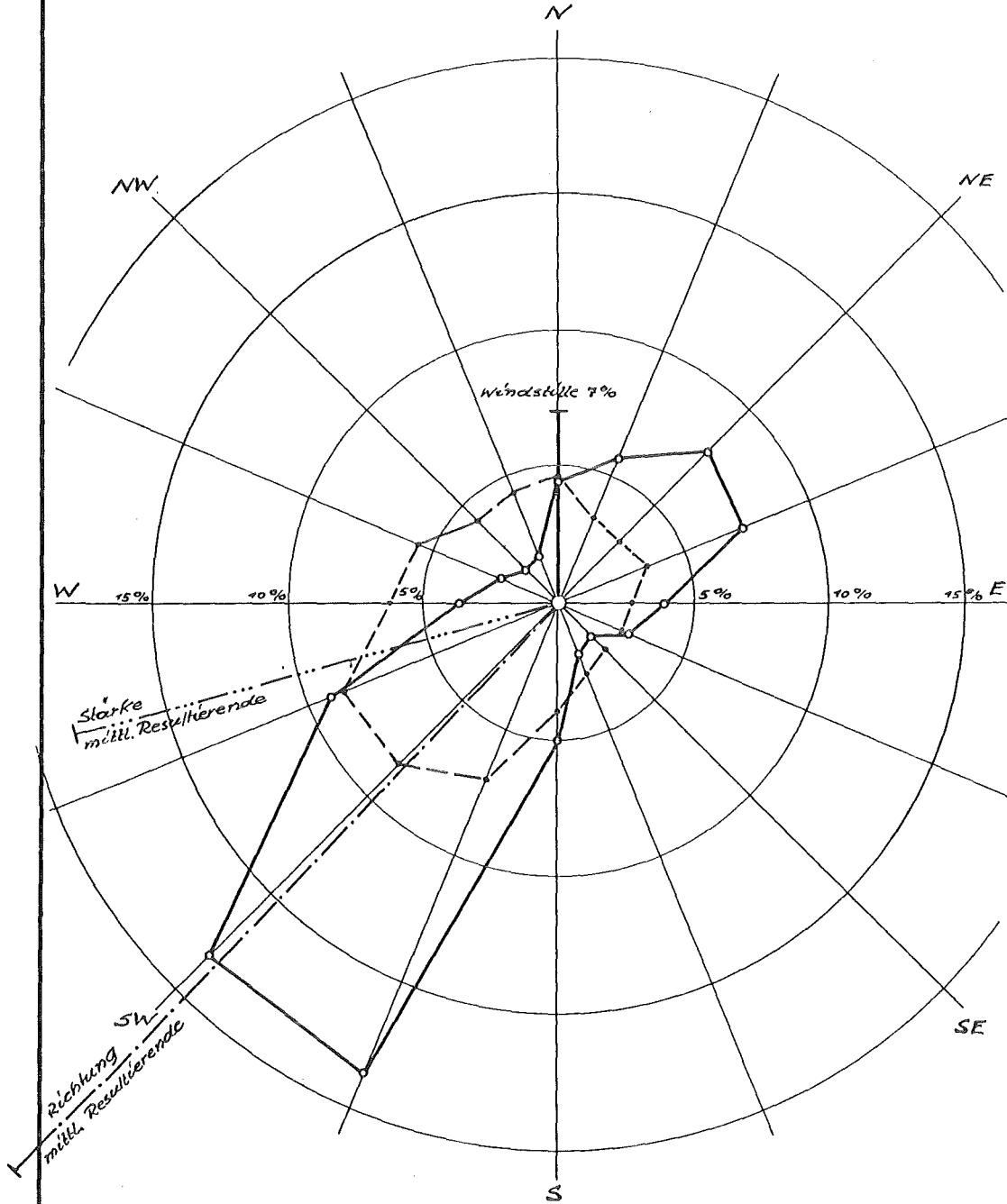
Bei einer Windgeschwindigkeit von beispielweise 1 m/s würde dies bedeuten:

7.5 km	Entfernung Reaktor - Stadtmitte	17 km
2.1 Std.	Reisezeit eines Luftteilchens	4.7 Std.
0.44 ~ 1/2	Verringerung der Aktivität von A <sup>41</sup> auf	0.165 ~ 1/6

In beiden Fällen müssen nach endgültiger Wahl des Standortes sorgfältige Untersuchungen über das lokale Klima angestellt werden, damit eine Gefährdung der Bevölkerung im Nachbarbereich mit Sicherheit vermieden wird.

# Karlsruhe

%-Häufigkeit der Windrichtungen im Jahresdurchschnitt

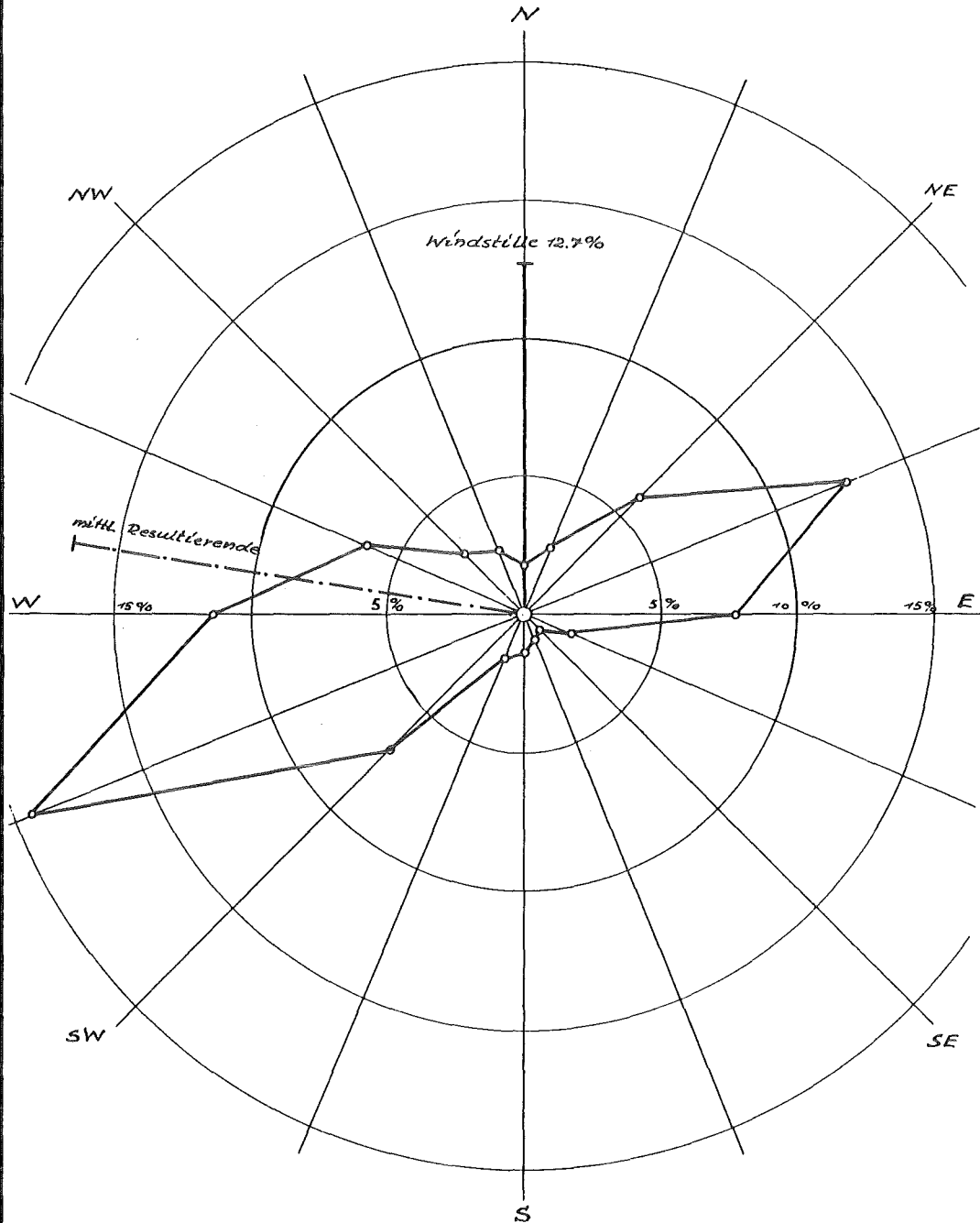


Masstab: 1 cm = 2% Häufigkeit  
1 cm = 1 m/s Windstärke

9.12.54 KW	MPJ für Physik Göttingen
---------------	-----------------------------

# München

%-Häufigkeit der Windrichtungen im Jahresdurchschnitt

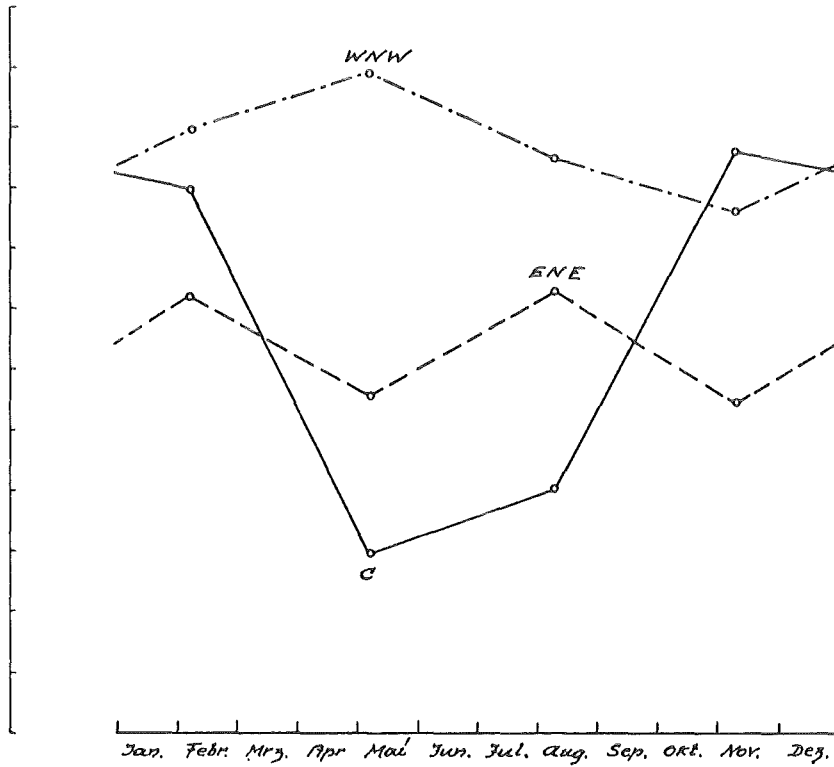


Masstab: 1cm = 2% Häufigkeit

9.12.54 KV	MPJ für Physik Söllingen
---------------	-----------------------------

## München

jahreszeitlicher Wechsel in der Häufigkeit der beiden  
hauptsächlichen Windrichtungen u. der Windstärke



Maßstab: 1 cm = 2% Häufigkeit

3.12.54

KV

MPJ für Physik  
Söllingen

### Bauentwürfe und Baukosten

Die von den Architekten vorgelegten Entwürfe vermitteln einen ersten Überblick über die Gesamt-Situation und die ungefähren Kosten für den Bauabschnitt I.

Vorgesehen ist jeweils die Bebauung von 2 Geländeflächen, die ungefähr 10 km voneinander entfernt sind, nämlich

- Bauvorhaben a) Max-Planck-Institut für Physik und Reaktor-Verwaltung
- " b) Reaktor-Station.

Über das Bauvorhaben a) lagen einigermaßen genaue Angaben über Raumbedarf, Raumeinteilung und Verwendungszweck der Räume vor, so daß die Entwürfe dieses Teils in ihrem äußeren Bild sich von der endgültigen Ausführung nicht mehr grundsätzlich unterscheiden werden. Die Tatsache, daß die Entwürfe zweier bedeutender Architekten in wesentlichen Punkten, wie Gestaltung der Baukörper, ihre gegenseitige Verbindung, Bauweise, übereinstimmen, kann als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die Lösung der gestellten Aufgabe richtig ist.

*Anlage laut ?*

Vom Bauvorhaben b) konnten lediglich über das Institut für Reaktor- und Neutronenphysik Angaben gemacht werden, die einen Architektur-Entwurf und eine Baukosten-Berechnung erlaubten. Über den Reaktor selbst, seine Größe, seinen Typ und über die zugehörigen chemischen Institute liegen noch keine Unterlagen vor, die einen Entwurf ähnlich a) ermöglichen würden.

*Prof. Juelmann - E.*

Die vorliegenden Pläne und Berechnungen umfassen den technisch geklärten Bauabschnitt I, mit dem sofort nach Wahl des Standortes begonnen und der in etwa 2 Jahren fertiggestellt werden kann.

In der Zwischenzeit wäre aber auch die Planung des Bauabschnittes II, umfassend Reaktor-Station, Hilfsbetriebe und einen Teil der chemischen Institute, soweit vorgeschritten, daß mit ihm sicher schon vor Ablauf des Abschnitts I begonnen werden kann.

Karlsruhe

Baukosten

München

1. Grunderwerb, Aufschließen, Herrichten  
des Geländes für:

DM: 250.000,--

DM: 1 431.000,--

DM: 1 681.000,--

MPI und Reaktor-Verwaltung  
Reaktor-Station

DM: 532.000,--

DM: 753.000,--

DM: 1 285.000,--

Im Projekt Karlsruhe ist eine Heizdampf-Fernleitung mit  
DM: 350.000,-- eingerechnet, so daß der Bau eines eigenen  
Heizhauses entfällt. //

Die Stadt München erklärt sich bereit, über den Kaufpreis  
für 100 ha-Reaktor-Gelände zu verhandeln. (Eingesetzt mit  
DM: 350.000,--)

Die Stadt Karlsruhe erklärt sich bereit, über die Über-  
nahme der Kosten Pos.1) zu verhandeln

2. Gebäudekosten

DM: 3 800.000,--

DM: 1 351.000,--

DM: 5 151.000,--

MPI und Reaktor-Verwaltung  
Institut f.Reaktor-u.Neutronenphysik

DM: 4 600.000,--

DM: 1 784.000,--

DM: 6 384.000,--

Die höheren Preise beim Projekt München erklären sich daraus,  
daß der gesamte umbaute Raum um etwa 10 000 m<sup>2</sup> größer ist als  
beim Projekt Karlsruhe, d.h. es ist bereits eine gewisse  
Raum-Reserve eingerechnet.

Die Zahlen beider Projekte dürfen nicht unmittelbar verglichen oder zu einer Bewertung herangezogen werden, da es sich um einen  
ersten Vorentwurf handelt, der den Architekten weiten Spielraum ließ. Unter Berücksichtigung der Mehr- oder Minderleistungen ist  
jedoch eine weitgehende Übereinstimmung festzustellen.

Bei den heute gültigen Preisen muß für den Bauabschnitt I mit einem Betrag von

DM: 7 500.000,--

bei einer Bauzeit von 2 Jahren gerechnet werden.



---

15. Das Standortgutachten von Hermann Reusch.

H. REUSCH

OBERHAUSEN/RHLD., DEN 6. Februar 1955  
GUTEHOFFNUNGSHÜTTE D.

Persönlich!

Herrn

Dr. W. B ö t z k e s  
Industriekreditbank A.G.

(22a) D ü s s e l d o r f  
-----  
Karl-Theodor-Str. 6-8

Sehr verehrter, lieber Herr Bötzkess!

Betrifft: Reaktorstation / Standortfrage

Ich habe die Projekte München und Karlsruhe von unserer Abteilung Industriebau überprüfen lassen und übersende Ihnen beigeschlossen die Stellungnahme dieser Stelle.

Durchdruck dieses Schreibens und der Anlage leite ich mit gleicher Post Herrn Dr. Telschow zu.

Mit hochachtungsvollen Grüßen und Glückauf bin ich

Ihr Ihnen sehr ergebener

✓ 

Anlage

---

Sterkrade, den 25. Januar 1955

Betrifft: Reaktorstation / Kritischer Vergleich der  
Projekte München und Karlsruhe

### E r g e b n i s

Der kritische Vergleich der beiden vorgenannten Projekte fällt bei aller Sachlichkeit in Bezug auf die Standortfrage eindeutig zugunsten Karlsruhe aus.

### B e g r ü n d u n g

Hinsichtlich des Standortes sprechen für Karlsruhe folgende Vorteile:

Stromversorgung: Die Netzsicherheit ist in Karlsruhe grosser, da die Speisung über zwei getrennte Kabel von einer verkabelten Ringleitung aus erfolgt. Die Entfernung von den nächstgelegenen Anschlusspunkten der Ringleitung beträgt nur etwa 25 % gegenüber den Verhältnissen in München.

Gasversorgung: Das Gas kann in genügender Menge und genügendem Druck dem vorhandenen Städtetz bei nur 3 km neuer Anschlussleitung entnommen werden. In München könnte die Gasversorgung nur über eine noch neu zu verlegende Ferngasleitung erfolgen.

Wasserversorgung: Kühlwasser und Spülwasser zur Verdünnung von Abfallstoffen kann in beliebigen Mengen dem Rhein entnommen werden. Die Beschaffung grösserer Wassermengen ist in München schwierig und nur unter Aufwand riesiger Kosten möglich.

Geländebeziehungen: Das in Frage kommende Gelände einschliesslich des Geländes für spätere Erweiterungen ist jetzt bereits städtisches Eigentum und zeichnet sich durch eine günstige Lage am Rhein mit vorteilhaften natürlichen Abgrenzungen und Einfriedigungen im Osten durch einen Hochwasserdamm und im Westen durch den Rhein aus. Das Münchener Gelände erfordert dagegen jetzt bereits Flurbereinigungen, Auflösung des Hofgutes, Umlegung eines Ortsverbindungsweges und bei späteren Erweiterungen den Kauf des benötigten Geländes von Privateigentümern. Gegebenenfalls müsste ein städtisches Gelände an der anderen Autobahnseite herangezogen werden. Das Münchener Gelände liegt frei und ist ohne natürliche Abgrenzungen.

Verkehrslage: Vorteilhaft sind Gleisanschluss und Schifffahrtsweg, ferner kurze Verbindungen zwischen den Arbeitsstätten und den wichtigen Verkehrspunkten.

Das Max-Planck-Institut kann unmittelbar bei der Technischen Hochschule innerhalb des Stadtgebietes errichtet werden.

Das Reaktorgelände ist mit den vorhandenen städtischen Verkehrsmitteln zu erreichen, während in München ein werkseigener Pendelverkehr eingerichtet werden müsste.

Meteorologische Verhältnisse: Der Anteil der Windstille beträgt nur 7 % in Karlsruhe gegenüber 12,5 % im Mittel und 19,2 % im Winter in München.

Durchschnittliche Dauer des Bodennebels in Karlsruhe 35 Tage gegenüber 60 Tagen in München.

Für München lassen sich gegenüber Karlsruhe folgende unwesentliche V-orteile anführen:

Gasversorgung: Späterer Anschluss an die Ferngasleitung.

Verkehrslage: Grössere Nähe zur Autobahn, wenn die notwendige Verlängerung durchgeführt ist.

Meteorologische Verhältnisse: Die grössere Entfernung zum Stadtzentrum erscheint günstiger für das Abklingen der Radioaktivität der Abgase bei schwachem Wind.

Die geologischen und hydrologischen Verhältnisse sind für beide Standorte praktisch gleich.

Für die Wahl von Karlsruhe sprechen vor allem die sehr günstigen Geländebedingungen, die bei vorteilhafter Lage und natürlichen Abgrenzungen unbehinderte Erweiterungsmöglichkeiten bieten. Weil es sich um ein Arbeitsgebiet handelt, über das in Deutschland noch keine Erfahrungen vorliegen und bei dem mit überraschenden und heute kaum übersehbaren Entwicklungen gerechnet werden muss, sollte man einen Standort wählen, der allen zukünftigen Entwicklungen gerecht wird. Nicht nur das jegliche Erweiterung zulassende Gelände selbst sondern auch seine verkehrstechnisch günstige Lage am Rhein, der mögliche Eisenbahnanschluss sowie vor allem die unbegrenzte Möglichkeit der Kühl- und Spülwasser-Entnahme aus dem Rhein sind in diesem Zusammenhang von eminenter Bedeutung. Die Verhältnisse in München zwingen dagegen von vornherein zu einer gewissen Beschränkung.

Übergeordnete Gesichtspunkte, insbesondere die westlichere Lage, sprechen ebenfalls für Karlsruhe.

Der Hinweis von Prof. Heisenberg auf das nach seiner Ansicht günstigere wissenschaftliche Klima in München dürfte einer sachlichen Kritik kaum standhalten. Das mit der TH Karlsruhe unmittelbar verbundene MPI dürfte zweifellos die ~~erforderliche~~ erforderliche Anziehungskraft auf die in Betracht kommenden hochqualifizierten, wissenschaftlichen Kräfte ausüben. Auch sollte man die wissenschaftliche Ausbeute eines Forschungsinstitutes nicht abhängig machen von der Grösse des Universitäts- und Hochschulbetriebes.

Der lebensnotwendige enge Kontakt zwischen MPI und TH würde durch die besseren örtlichen Verhältnisse in Karlsruhe ebenfalls begünstigt.

Zu den von beiden Städten vorgelegten Bauvorschlägen kann mit gutem Recht gesagt werden, dass der Entwurf Karlsruhe gegenüber München ruhiger, klarer und architektonisch ansprechender ist. Hinsichtlich der Zuordnung der einzelnen Gebäude zueinander und der Gliederung der Baukörper ist der Karlsruher Vorschlag in den Einzelheiten besser durchdacht, wie überhaupt der ganze Vorschlag sorgfältiger und gründlicher durchgearbeitet ist als der von München. Für die Wahl des Standortes dürften die Bauentwürfe jedoch im Augenblick ebenso wie die ermittelten Baukosten, die angemessen erscheinen, nicht von besonderer Bedeutung sein.

---

16. Die Stadtverwaltung Karlsruhe unterrichtet Minister Farny davon, daß sie Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier für sich zu gewinnen suchte.



STADT KARLSRUHE

KARLSRUHE 1. 2. 1955

Herrn Minister  
F a r n y  
-Minister für Bundes-  
angelegenheiten des  
Landes Baden-Württemberg

(22) B o n n / Rhein  
Welckestraße 2

1. Herrn Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier, Bonn.

Herr Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller hat mir empfohlen, Sie, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, über die Bemühungen der Stadt Karlsruhe, Sitz des im Bundesgebiet geplanten Atommeilers zu werden, zu unterrichten. Sehr gerne komme ich dieser Anregung nach und erlaube mir, Sie um Ihre tatkräftige Unterstützung zu bitten.

Soweit uns bekannt wurde, sollen für dieses Projekt die Städte München und Karlsruhe in die engste Wahl gezogen sein.

Herr Professor Dr. Heisenberg neigt nach den uns zuteil gewordenen Informationen aus wohl überwiegend persönlichen Gründen dazu, München den Vorzug zu geben. Wir sind aber davon überzeugt, daß Karlsruhe als Standort einer solchen Reaktorstation gute Möglichkeiten bietet und gegenüber München sogar ganz entscheidende Vorteile aufzuweisen hat.

Ich erlaube mir, nachstehend einige mir wesentlich erscheinende, für Karlsruhe sprechende Faktoren anzuführen:

1. An der ältesten Technischen Hochschule "Fridericiana" auf reichsdeutschem Boden, der Städte großer Entdeckungen und Erfindungen, besteht ein Institut für die chem. Technik. Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat Lehrstühle für Herrn Professor Dr. Heisenberg und weitere Wissenschaftler an der Technischen Hochschule Karlsruhe, und der nahegelegenen Universität Heidelberg in Aussicht gestellt. Bei beiden Instituten sind Erweiterungsmöglichkeiten gegeben.
2. Das für die Ansiedlung dieses Forschungszentrums vorgesehene Gelände im Ausmaß von 100 ha befindet sich in verkehrsgünstiger Lage am Rheinstrand und bietet die etwa notwendigen Erweiterungsmöglichkeiten. Der Untergrund ist für sehr schwere Strukturen und Gebäude geeignet.
3. Karlsruhe hat eine großzügige, moderne Hafenanlage mit 6 Becken und einem Vorhafen. Ein Hafenbecken in unmittelbarer Nähe der geplanten Station ist vorhanden.
4. Elektrische Kraft ist ständig verfügbar, sowohl durch das Städtische Elektrizitätswerk, als auch durch die im Bau

befindliche in nächster Nähe der Reaktorstation liegende Großkraftanlage "Badenwerk", die schon in der ersten Ausbaustufe 50 MW erzeugt.

5. Die fließende Wassermenge des Rheines beträgt 1.200 cbm/Secunde; das Abwasserproblem kann bewältigt werden.

Unter den ganz wenigen deutschen Betrieben, die auf dem Gebiete der Abwasserprobleme Pionierarbeit geleistet haben, steht die in Karlsruhe ansässige Maschinenfabrik Dr. Hellmut Geiger obenan. Neben dem Klüranlagenbau, in dem Dr. Geiger führend ist, befaßt sich dieses Unternehmen auch mit der Herstellung maschineller Einrichtungen zur Kühlwasserreinigung bei Dampfkraftwerken.

6. Die aufstrebende Großstadt Karlsruhe mit z. Zt. 217.000 Einwohnern liegt am Rhein und westlich des Schwarzwaldes, was für das Vorhaben von Wichtigkeit sein dürfte.

7. Der Großbetrieb der elektro-technischen Industrie - Firma Siemens & Halske Karlsruhe - beschäftigt z. Zt. rd. 5000 Arbeitskräfte. Die Fertigung richtet sich vornehmlich auf Rundfunkgeräte und Zubehör, elektroakustische Übertragungsanlagen und -geräte, elektrische Meß- und Prüfgeräte, Experimentier- und Demonstrationsanlagen, Wärme- und verfahrenstechnische Meß- und Regleranlagen, sowie Strahlungsmeßgeräte.

Als weitere produktionstechnisch interessante Unternehmen etwa der chemischen Branche wären u. a. die Deutsch-Koloniale Gerbstoffgesellschaft sowie die Fluor-Chemie zu nennen.

Bei der Fluor-Chemie handelt es sich um das modernste Flußspat-Aufbereitungswerk Europas. Bezüglich der chemischen Industrie ist zu bemerken, daß sich in einer Entfernung von weniger als 60 km das Zentrum chemischer Fertigungen aller Art am Rhein-Neckar-Zusammenfluß befindet (Badische Anilin- und Sodafabrik).

Südlich von Karlsruhe hat die führende Spezialfabrik für Strahlenschutzplatten ihren Sitz.

8. Die in mittleren Schwarzwald festgestellten Uranvorkommen sind von Karlsruhe aus außerordentlich verkehrsgünstig durch Bahn, Straße und Wasserweg zu erreichen.

Es sind außerdem Schwerepatvorkommen vorhanden.

Ich hoffe, Ihnen, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, mit diesen Zeilen einige Hinweise gegeben zu haben, die den Wunsch der Stadt Karlsruhe begründen, Standort des Atommeilers und Sitz des Max-Planck-Instituts zu werden.

Ich erlaube mir, Sie nochmals höflichst zu bitten, das Streben unserer Stadt zu unterstützen. Für Ihre freundlichen Bemühungen danke ich im voraus bestens.

2. Nachricht hiervon.



(Dr. Gurk)  
Bürgermeister

---

**17. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Otto Hahn, unterrichtet Prinz Max Egon zu Fürstenberg.**

Anschrift

Der Präsident  
der Max-Planck-Gesellschaft  
zur Förderung der Wissenschaften

(20b) Göttingen, den 10. II. 55  
Bunsenstr. 10  
Tel. 3653

-----  
Seiner Durchlaucht  
Prinz Max Egon zu Fürstenberg,  
Donaueschingen/Baden  
Schloss.

Euer Durchlaucht

danke ich vielmals für Ihren liebenswürdigen Brief vom 5. Febr., in dem Sie mich bitten, auf Herrn Prof. HEISENBERG wegen des Standorts für den für Deutschland geplanten Kernreaktor Einfluss zu nehmen.

Ich darf dazu sagen, dass die Verhandlungen, ob Karlsruhe oder München, ja seit langer Zeit hin- und hergegangen sind, dass jetzt aber doch insofern eine Entscheidung getroffen ist, als Herr HEISENBERG sich endgültig für München entschlossen hat, hauptsächlich aus den Gründen, weil München eine Universität und technische Hochschule hat, also sehr viel mehr Studenten, und damit auch die Möglichkeit einer grösseren Auswahl der Mitarbeiter.

Die endgültige Entscheidung liegt zwar nicht bei Professor HEISENBERG, aber ich glaube, auch im Ministerium wird man an dem Entschluss von Prof. Heisenberg nicht vorbeigehen.

Da mir aber auch bekannt ist, dass Karlsruhe durch seine Lage und vieles andere ebenfalls ein geeigneter Ort für einen Kernreaktor ist, habe ich neulich einen Vertreter im Bundeskanzleramt die Anregung gegeben, man möge doch, nachdem die ersten Erfahrungen mit einem bescheidenen Kernreaktor in München gemacht worden sind, einen grösseren Reaktor für Karlsruhe in Aussicht nehmen. Dieser grössere würde dann zur Gewinnung von Strom eingerichtet werden, während es sich bei dem Münchener kleinen Reaktor ja hauptsächlich um die Gewinnung radioaktiver Isotope handelt. Ich glaube tatsächlich, dass eine solche Trennung - Versuchsreaktor in München/elektrischer Strom in Karlsruhe - eine gewisse Aussicht hätte, realisiert zu werden, und damit wäre auch den Wünschen von Baden-Württemberg gedient.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich  
Ihr Ihnen sehr ergebener

gez: Otto Hahn.

18. Zur Beurteilung der Standortwahl unter militärischen Gesichtspunkten fertigt Dipl. Physiker Lützwow am 5. März 1955 eine Stellungnahme für General Heusinger.

L u t z o w  
Dipl. Physiker  
V C Q 1

Bonn, den 5. März 1955

H. Lützwow  
Dr. Heusinger  
Königsplatz 5/3

N o t i z

für Herrn General Heusinger .

Betr.: Bau eines deutschen Atommeilers.

Der für Deutschland erlaubte und geplante Atommeiler, welcher für eine atomenergetische Leistung von 1000 - 1500 KW gebaut werden soll, wird für Deutschland in folgender Weise von erheblicher Bedeutung sein :

- a) Für die Herstellung von Isotopen für Verwendung in der Medizin, Industrie und in der wissenschaftlichen Forschung;
- b) für die experimentelle Forschung auf dem atomphysikalischen Gebiet;
- c) für die Nachwuchsausbildung von Physikern für dieses Gebiet.

Bei der Auswahl des Ortes ist deshalb die Erhaltung und der Schutz folgender Werte zu bedenken :

etwaige bedeutungsvolle Forschungsergebnisse  
Vorräte an wertvollen Isotopen, die der wissenschaftlichen Forschung eines Gegners Vorteile bringen würden;  
die Wissenschaftler selbst, die, wenn sie in die Hand des Feindes fallen, sofort in ihrer Rüstungsforschung eingesetzt werden;  
die wertvollen Geräte und das Material, welches im Atommeiler und den darum befindlichen Laboratorien eingebaut sind.



Der grösste und wertvollste Anteil dieses  
Geräts ist davon ortsfest, d.h. es kann nicht  
*oder schwer* abtransportiert werden.

Wenn bei der Ortswahl zwischen Göttingen, München und Karlsruhe zu entscheiden <sup>ist</sup> wäre, so kann aus der Beurteilung obiger Werte heraus die Wahl nur auf Karlsruhe fallen. Dieser Ort bietet die grösste Wahrscheinlichkeit, nicht in die Hand des Gegners zu fallen bzw. das noch ~~die~~ <sup>die</sup> oben aufgeführten Werte sämtlichst nach Westen abtransportiert werden könnten - bis auf die ortsfesten baulichen Anteile.

Es darf hinzugefügt werden, dass Karlsruhe <sup>gründlich ist</sup> auch hinsichtlich einer beabsichtigten und bereits in seinen Anfängen in Gang befindlichen wissenschaftlichen Teambildung an der Universität Freiburg, welche gewisse Forschungen durchführen soll, die in behördlichen Interesse liegen (BMI, BMV, BMWo und Dienststelle Blank) und die einen wissenschaftlichen Kontakt mit dem Atommeiler brauchen würde.

Weiterhin sollte bei der örtlichen Lageauswahl bedacht werden dass der Atommeiler und die dazugehörigen Laboratorien möglichst weit ausserhalb der Stadt gebaut würden, da der Atommeiler im gegebenen Fall ein wichtiges Ziel für die gegnerischen Bombenabwürfe sein kann.

*Witten*

---

**19. Oberbürgermeister Schlapper von Baden-Baden setzt sich für die Karlsruher Belange bei Bundeskanzler Adenauer ein.**

Abschrift

Aktennotiz:

Oberbürgermeister Schlapper von Baden-Baden hat mir am 24. März 1955 vormittags telefonisch mitgeteilt, dass er bei seiner Besprechung mit dem Bundeskanzler in Bonn alle Argumente vorgetragen habe, die für die Wahl von Karlsruhe sprächen. Der Kanzler habe ihm erklärt, dass er eine endgültige Antwort nicht erteilen könne, Schlapper könne aber zu seiner Beruhigung registrieren, dass er (Adenauer) alle Argumente zur Kenntnis genommen habe. Adenauer habe darauf hingewiesen, dass von ihm ein Gutachten von den höchsten militärischen Stellen über den Standort des Atommeilers angefordert worden sei, von diesem Gutachten werde er in erster Linie seine Entscheidung abhängig machen, auch wenn andere Momente mit berücksichtigt werden müssten. Der Bundeskanzler habe um streng vertrauliche Behandlung gebeten.

Staatssekretär Dr. Globke habe sich sehr zurückhaltend ausgesprochen; immerhin habe er zu erkennen gegeben, dass die Chancen für Karlsruhe etwas günstiger zu werten seien, und zugesagt, er werde sich für Karlsruhe einsetzen.

Stuttgart, den 24. März 1955

*Trüner*

Herrn  
Minister F a r n y  
S t u t t g a r t

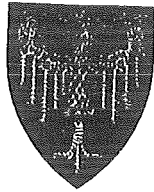
zur gefl. Kenntnisnahme.  
Stuttgart, den 24. März 1955

*Trüner*

---

20. Die Stadt Aachen versucht sich beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, als Standort für die „Bundes-Reaktorstation“ ins Gespräch zu bringen.

A b s c h r i f t



Aachen, den 20. April 1955.

Rathaus

Herrn Ministerpräsidenten Karl A r n o l d, Düsseldorf

Landesregierung

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Nach den neuesten Informationen scheint die Errichtung eines Atommeilers in der Bundesrepublik mit dem bevorstehenden Austausch der Ratifizierungsurkunden über die Pariser Verträge in ein entscheidendes Stadium zu treten. Bisheran sind in der Erörterung dieser Dinge mehrere Städte, die eine Technische Hochschule besitzen, als möglicher künftiger Standort benannt worden. Der Name Aachens, als Sitz der Technischen Hochschule des industriereichsten Landes der Bundesrepublik, ist jedoch nicht in Erscheinung getreten. Wir vermögen nicht zu beurteilen, welche Gesichtspunkte im einzelnen für die Bestimmung des Standortes ausschlaggebend sind. Immerhin erscheint es uns doch erwägenswert, auf Aachen als eines der wichtigsten Zentren von Lehre und Forschung in der Bundesrepublik in diesem Zusammenhang hinzuweisen, zumal auch gerade die Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen grösstes Interesse an einer lebendigen Verbindung mit dieser Einrichtung im Hinblick auf alle Arten der künftigen wirtschaftlichen Ausnutzung der Erkenntnisse der Kernphysik haben dürfte.

Wir wenden uns daher mit diesem Hinweis an Sie, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, mit der Bitte, zu erwägen, ob es nicht angebracht ist, gegenüber der Bundesregierung, die bei der Bestimmung des Standortes entscheidend mitwirken wird, auf die Vorteile, die Aachen als Standort bieten würde und das Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, seiner Wissenschaft und seiner Wirtschaft hinzuweisen. Falls die Bundesregierung und Herr

Professor

---

Professor H e i s e n b e r g sich diesen Überlegungen zugänglich erweisen sollten, würde die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule von sich aus alles, was in ihren Kräften steht, tun, um ein optimales Ergebnis eines solchen Beschlusses zu gewährleisten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. (Heusch)  
Oberbürgermeister

gez. (Dr. Kurze)  
Oberstadtdirektor

21. Aktenvermerk von ORR Dr. Pretsch aus dem Bundeswirtschaftsministerium vom 9. Juli 1955 über das Ergebnis der Besprechung bei Bundeskanzler Adenauer am 29.6.1955.

- II D 2 -

Bonn, den 9. Juli 1955

1.) V e r m e r k  
=====

*ORR*  
*(S2)*  
*11/17*

Kanzlei der H. A. / E	
Eing. am:	.....
Tgb. Nr.:	.....
g-f. am	12.7. von <i>Hein.</i>
gel. am	" von <i>H. A. / E.</i>
abges. am	4. von <i>H. A. / E.</i>

*in 2)*  
*m. H. A. / E.*

Betr.: Besprechung beim Herrn Bundeskanzler am 29. 6. 1955  
über den Standort des deutschen Atommeilers

Am 7. 7. 1955, unterrichtete Herr Ministerialdirigent Dr. Grau im Bundeskanzleramt Herrn Ministerialrat Dr. Schneider vom Bundesministerium der Finanzen und den Unterzeichneten über den Verlauf und das Ergebnis der oben angegebenen Besprechung beim Herrn Bundeskanzler.

Ausser Herrn Minister waren bei der Besprechung anwesend die Herren Bundesminister Schäffer, Blank, Balke und Strauss, Herr Kultusminister Professor Rucker und Staatssekretär Dr. Guthsmuths, Bayern, Herr Ministerpräsident Dr. Müller, Herr Wirtschaftsminister Dr. Veit und Minister für Bundesangelegenheiten Farny, Baden-Württemberg, ferner Herr Staatssekretär Hallstein, Herr Botschafter Krekeler, Washington, Professor Dr. Raiser, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, von der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf die Herren Dr. Bötzkes und Dr. Telschow sowie Herr Dr. Pferdenges.

Auf der Besprechung wurden behandelt:

- 1) Staatliche Betreuung der Atomforschung,
- 2) Standort des deutschen Atommeilers.

Während des ersten Teils der Besprechung berichtete zunächst Herr Botschafter Krekeler, der selbst physikalischer Chemiker ist, über die Organisation der amerikanischen Atomenergiekommission. In seinem Referat betonte er, dass die rasche Entwicklung der Fortschritte in Amerika es notwendig mache, auch in Deutschland eine staatliche Form für die Betreuung der mit der Atomenergie zusammenhängenden Fragen zu finden, zumal nicht an die Lieferung von spaltbarem Material aus dem Ausland gedacht werden könne, wenn eine solche staatliche Organisation nicht vorhanden ist.

Es herrschte die allgemeine Ansicht, dass es wünschenswert sei, dem Vorbild des Auslandes entsprechend auch im Bundesgebiet eine staatliche Stelle mit der Betreuung der Arbeiten auf dem Gebiete der Atomenergie zu beauftragen. (Zusatz des Unterzeichneten: Es muss darauf hingewiesen werden, dass in der Schweiz eine solche staatliche Stelle nicht eingerichtet wird.) Der Herr Bundeskanzler und Herr Minister waren übereinstimmend der Ansicht, dass alle beteiligten Ressorts neue Pläne ausarbeiten müssten, welche den deutschen Belangen gerecht werden.

Im zweiten Teil der Besprechung teilte Herr Minister Blank mit, dass aus militärischen Erwägungen als Standort für den Versuchsreaktor, dessen Bau mit 30 bis 40 Mio RM veranschlagt wird, nur Karlsruhe in Frage kommt. Die Vertreter der Landesregierung Baden-Württemberg brachten zum Ausdruck, dass sie für Herrn Professor Heisenberg einen Lehrstuhl in Heidelberg zur Verfügung stellen bzw. ihm in Baden-Baden einen geeigneten Wohnsitz einräumen würden. Es wurde Einigung darüber erzielt, dass der Versuchsreaktor in Karlsruhe errichtet werden soll. Herr Professor Heisenberg soll von den Herren Dr. Bötzel und Dr. Telschow um Entscheidung gebeten werden, ob er nach Karlsruhe oder München gehen will. Im Falle seiner Übersiedlung nach München würde ein zusätzlicher kleinerer Reaktor (Baukosten etwa 3 bis 5 Mio RM) in München gebaut werden, welcher als Einrichtung der Max-Planck-Gesellschaft <sup>enger Zusammenhänge</sup> rechen ~~rechen~~ <sup>rechen</sup> dienen würde.

Für den Fall, dass Herr Professor Heisenberg sich für München entscheiden sollte, wurde als Kandidat für den Leiter des Karlsruher Reaktors Herr Professor Gentner, Freiburg, genannt.

Herr Ministerialdirigent Dr. Grau wies nach dieser Unterrichtung darauf hin, dass über die Finanzierung des Karlsruher Reaktors nicht gesprochen worden ist. Herr Ministerialrat Dr. Schneider schlug für den Karlsruher Reaktor folgende Verteilung der Kosten vor:

50 % Industrie,  
 12 - 25 % Baden-Württemberg,  
 25 - 38 % Bund.

Eine entsprechende Vorlage will Herr Dr. Schneider Herrn Minister Schäffer unterbreiten, um für die Aufsichtsrats-sitzung der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf, die am 15. Juli 1955 stattfinden soll, eine Weisung zu erhalten, falls dort die Finanzierung zur Sprache kommt.

*Pretsch*  
 (Dr. Pretsch)

Abteilung II  
 II D 2

Bonn, den 12. Juli 1955

2.) ✓ An

✓Z, ✓Z V, ✓I, ✓III, ✓IV  
 im Hause

E.

Betr.: wie zu 1.)

Bezug: Mein Schreiben vom 30. Juni 1955

In der Anlage übersende ich zu Ihrer Unterrichtung einen Vermerk von ORR, Dr. Pretsch, in welchem über das Ergebnis der Besprechung beim Herrn Bundeskanzler berichtet wird.

*Michel*  
 (Dr. Michel)

3.) ✓ Reinschrift *12/7*

4.) Herrn Min.Dgt. Hinsch nach Rückkehr vorlegen

5.) Wv. II D 2

6.) *ORR* *12/7*  
*(Bsp. Ann. y. Br. G.!) P. 29 f*

II D	II D 2
<i>R. 12.7.</i>	<i>12/7</i>

---

**22. Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf mbH am 15. Juli 1955.**

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung  
des Aufsichtsrats

der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf m.b.H., Düsseldorf  
am 15. Juli 1955, 16 Uhr

im Hause der Industriekreditbank AG., Düsseldorf, Karl. Theodor-Strasse 6-8

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Vom Aufsichtsrat:

Dr. Bötzkes, Vorsitzter  
Dr. Petersen, stellvertr. Vorsitzter  
Dr. Reusch, stellvertr. Vorsitzter  
Prof. Dr. Haberland  
Dr.-Ing. Knott  
Dr. Reuter  
Prof. Dr.-Ing. Winnacker

Als Gäste:

Dr. Prentzel, als Stellvertreter von Herrn Schlosser  
Dr. Kalkner, für den verstorbenen Dr. Koehn  
Prof. Heisenberg  
Min.Dgt. Dr. Grau, Bundeskanzleramt, Bonn  
Min.Dgt. Hinsch, Bundeswirtschaftsministerium, Bonn

Von der Verwaltung:

Dr. Telschow  
Dipl.Ing. Weimer  
Frl. Bollmann

An der Teilnahme verhindert:

Ministerialrat Dr. Schneider, Bundesfinanzministerium,  
Bonn



---

Herr Dr. B ö t z k e s eröffnet die Sitzung um 16.10 Uhr begrüßt die Teilnehmer und gedenkt in ehrenden Worten des in der Zwischenzeit verstorbenen Aufsichtsratsmitgliedes, Herrn Dr. KOEHN.

Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung des Punktes 3) der Tagesordnung wird mit "Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der Bundesregierung" begonnen.

Herr B ö t z k e s kommt zunächst auf die am 24. März d.J. abgchaltene Besprechung beim Herrn Bundeskanzler zurück, an der für die Physikalische Studiengesellschaft die Herren BÖTZKES, PETERSEN, WINNACKER und TELSCHOW teilnahmen, und zu der auch die Herren Professor HAHN und Professor HEISENBERG von der Max-Planck-Gesellschaft eingeladen waren. Die Standortfrage konnte damals nicht behandelt werden. Als wesentliches Ergebnis war aber die Zusage des Bundesfinanzministers festzustellen, für die Arbeiten und Aufwendungen der Physikalischen Studiengesellschaft einen Betrag von jährlich DM 2 Millionen für die Dauer von 3 Jahren, also insgesamt DM 6 Millionen, zur Verfügung zu stellen.

An einer zweiten Besprechung beim Herrn Bundeskanzler am 29. Juni d.J. nahmen auf Einladung für die Physikalische Studiengesellschaft die Herren BÖTZKES und TELSCHOW teil, seitens der Bundesregierung waren 5 Bundesminister, der Staatspräsident und der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, der Bayerische Kultusminister in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten, mehrere Staatsssekretäre, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professor RAISER und der Deutsche Botschafter in U.S.A., KREKELER, erschienen. Das wesentlichste Ergebnis dieser Besprechung ist die Entscheidung der Bundesregierung, daß die große Versuchsreaktorstation mit einem Reaktor von etwa 6.000 KW Leistung in Karlsruhe gebaut werden soll. Das Max-Planck-Institut für Physik, das unter der Leitung von Herrn Professor HEISENBERG steht, soll bei zustimmender Entschliebung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft nach München verlagert und durch

---

Errichtung eines kleineren Reaktors für rein wissenschaftliche Zwecke ergänzt werden. Es wurde vorgesehen, daß die wissenschaftliche Oberleitung für die Errichtung und die Versuchsarbeiten des Karlsruher Reaktors in die Hand von Professor HEISENBERG gelegt werden, auch wenn sein Institut seinen Sitz in München erhält. Die grundsätzliche Frage, ob unabhängig von diesen Projekten an anderen Stellen der Bundesrepublik kleine wissenschaftliche Experimentier-Reaktoren, etwa in der Art eines Swimming-Pool, aufgestellt werden könnten, fand die Zustimmung der Bundesregierung. In einer Besprechung, die Herr BÖTZKES vor einigen Tagen mit Herrn Bundeswirtschaftsminister ERHARD hatte, betonte der Minister nachdrücklich, daß die Bundesregierung an ihrer Konzeption festzuhalten wünsche. Er warnte davor, durch eine erneute Aufrollung der Standortfrage die Dinge auf unabsehbare Zeit zu verzögern.

Herr Ministerialdirigent Dr. G r a u bestätigt die Ausführungen von Herrn BÖTZKES als übereinstimmend mit der Auffassung des Bundeskanzleramtes.

Hierauf bittet Herr BÖTZKES Herrn HEISENBERG um seine Stellungnahme. Herr H e i s e n b e r g beginnt mit der Feststellung, daß die Reaktorphysik vom rein wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht mehr besonders interessant sei. Nachdem aber das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik während des Krieges in Haigerloch gewisse Erfahrungen auf dem Gebiet des Baues von Reaktoren sammeln konnte, habe er bisher immer die Ansicht vertreten, daß eine Zusammenarbeit zwischen der rein wissenschaftlichen und der angewandten Forschung durchaus nützlich sei, und daß deshalb sein Institut zum mindesten im Anfangsstadium der Reaktorentwicklung wertvolle Hilfe leisten könne. Aus diesem Grunde halte er eine örtliche Trennung von wissenschaftlicher und angewandt-technischer Entwicklung in diesem Anfangsstadium für falsch. Was die Frage der Errichtung eines kleineren Reaktors überhaupt betreffe, so wäre dazu folgendes zu sagen:

Falls man nicht einen Reaktor mit angereichertem Material baut, was für die Bundesrepublik z.Zt. nicht aktuell ist, würde ein Reaktor mit natürlichem Uran und Graphit, gleichgültig für

welche Leistung er ausgelegt wird, eine Mindestmenge von 25 t Uran benötigen, so daß die Kosten für einen solchen Reaktor fast ebenso hoch sein würden wie diejenigen des Reaktors in Karlsruhe. Der Begriff des "Kleinen Reaktors" schiene ihm also auf technischen Missverständnissen zu beruhen. Zum Schluß seiner Ausführungen stellte Herr HEISENBERG fest, daß er seine Arbeit und die seines Institutes wieder auf reine Grundlagenforschung konzentrieren würde, falls die Reaktorentwicklung in Karlsruhe durchgeführt werden soll.

In einer eingehenden Aussprache, an der sich insbesondere die Herren Prof.Dr. HABERLAND, Prof.Dr. WINNACKER, Dr. KNOTT, Dr. PETERSEN und Dr. REUSCH beteiligen, richten die Herren wiederholt die eindringliche Bitte an Herrn Prof. HEISENBERG, seine Bedenken zurückzustellen und sich dieser großen Aufgabe nicht zu entziehen. Herr BÖTZKES bringt nachhaltig zum Ausdruck, daß man in der heutigen Sitzung zu einer klaren Entscheidung kommen müsse, ob das Projekt Karlsruhe von der Physikalischen Studiengesellschaft angenommen und durchgeführt werden soll. Herr GRAU unterstrich diese Ausführungen mit der Bemerkung, daß es nach Auffassung der Bundesregierung nunmehr Sache der Physikalischen Studiengesellschaft sei, zu handeln.

Herr Winnacker schlägt vor, das Projekt Karlsruhe zu akzeptieren, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich Herr HEISENBERG nicht ganz zurückziehen werde. Seinem Vorschlage treten alle Mitglieder des Aufsichtsrats bei. Herr HEISENBERG erklärt sich alsdann bereit, sich beratend, soweit dies seine anderen Pflichten erlauben, auch für das Projekt Karlsruhe zur Verfügung zu stellen; er glaubt aber, keine Verantwortung übernehmen zu können. In welcher Art und Weise diese Mitarbeit praktisch durchzuführen ist, wird sich im einzelnen erst nach der Entscheidung über die zukünftige Struktur und Organisation der Reaktor-Station überschaen lassen. Herr HEISENBERG erklärt sich auch bereit, die an

seinem Institut arbeitende Reaktor-Gruppe unter Leitung von Herrn Prof. Dr. WIRTZ für die Reaktor-Station in Karlsruhe zur Verfügung zu stellen.

Es kommt zu folgendem einstimmigen Beschluß:

Die Physikalische Studiengesellschaft nimmt die Entscheidung der Bundesregierung, daß Karlsruhe als Standort für den 6 000 KW Reaktor gewählt werden soll, an und beschließt, sofort mit den Vorarbeiten zur Errichtung der Station an diesem Ort zu beginnen.

Die Zusage von Herrn HEISENBERG über seine beratende Mitarbeit wird festgestellt und mit Dank zur Kenntnis genommen.

Im Verlaufe der Aussprache werden noch Einzelfragen, die die Finanzierung, die Gründung einer Reaktorbau- und -betriebsgesellschaft und die Einsetzung weiterer Fachausschüsse betreffen, behandelt.

Zur Frage der Gründung der Reaktorbau- und -betriebsgesellschaft und ihrer Finanzierung greift Herr B ö t z k e s auf die Beschlußfassung des Aufsichtsrats in seiner Sitzung vom 28.2.1955 zurück. Danach sollte eine Bau- und Betriebsgesellschaft aus den Kreisen interessierter Firmen mit einem Kapital von DM 10 Millionen gegründet werden, das in ungleichmäßigen Anteilen von verschiedenen Firmen übernommen werden sollte. Wichtig erschien, daß die Kapitalbereitstellung der Firmen eine besondere Vergünstigung hinsichtlich der Abschreibung genießt. Der weiter notwendige Betrag von etwa DM 30 Millionen sollte von der Bundesregierung gestellt werden, wobei die Frage einer Beteiligung der Länder (Baden-Württemberg) weiteren Vorbesprechungen vorzubehalten ist. Gedacht wurde ferner daran, daß diese Öffentlichen Mittel nicht von Regierungsstellen unmittelbar in die Betriebsgesellschaft überführt werden, sondern durch Zwischenschaltung der Physikalischen Studiengesellschaft, die die Verwirklichung der mit der Geldhergabe verbundenen Auflagen als Treuhänderin gewährleistet.

Die mit der Errichtung und Finanzierung der Bau- und Betriebsgesellschaft verbundenen Fragen werden in allernächster Zeit Gegenstand von Besprechungen zwischen den Firmen sowie von seiten der Studiengesellschaft mit der Bundesregierung und der Regierung von

Baden-Württemberg bilden müssen. Für diese Verhandlungen und zur Vorbereitung einer endgültigen Stellungnahme beschließt der Aufsichtsrat, den Rat und die Vorschläge folgender Herren einzuholen:

SPIEKER, Siemens-Schuckertwerke AG.

SILCHER, Farbenfabriken Bayer AG.

KAUFFMANN, Farbwerke Hoechst AG.

Herr B ö t z k e s bringt noch in Erinnerung, daß gemäß dem gedachten Schema die laufenden Mittel für den Betrieb vom Bunde gestellt werden sollten, wogegen dem Bunde das Eigentumsrecht und die Veräußerungsmöglichkeit für gewisse Erzeugnisse des Reaktorbetriebes belassen würden. Auch diese Fragen werden Gegenstand der Überlegungen der Beratungskommission zu bilden haben.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung "Stellungnahme des Aufsichtsrats zur Aufnahme neuer Gesellschafter" unterbreitet der Vorsitzende die Anregung, eine Kapitalerhöhung bis zu DM 3 Millionen durch die Aufnahme von bis zu 14 neuen Gesellschaftern herbeizuführen. Der Aufsichtsrat beschließt, der nächsten Gesellschafterversammlung diese Erweiterung der Gesellschaft zur Beschlußfassung vorzulegen. Anträge zur Aufnahme haben bis jetzt gestellt:

M A N  
Klöckner-Werke  
Brown, Boveri & Cie. AG.  
Kugel-Fischer

Der Aufsichtsrat stimmt seinerseits der Aufnahme dieser Firmen zu. Ein weiterer Antrag liegt vor von der

Verbund-Gesellschaft

Hierzu wiederholt der Aufsichtsrat seinen schon früher festgelegten Standpunkt, daß nur Firmen und nicht auch Verbände oder Interessengemeinschaften zur Mitgliedschaft bei der Physikalischen Studiengesellschaft zugelassen werden sollten. Er beauftragt demgemäß die Geschäftsführung, mit der Verbundgesellschaft dahin zu verhandeln, daß diese aus ihren Reihen

3 Firmen bezeichnet, die statt des Verbandes die Mitgliedschaft erwerben sollen.

Herr P e t e r s e n berichtet über die letzten Sitzungen des Technisch-Wissenschaftlichen Beirats und verschiedener Fachausschüsse. Er regt an, daß der Fachausschuß "Uran" durch Zuwahl von Herrn Professor SCHUMACHER, Bonn, und der Fachausschuss "Erzaufbereitung und Metallurgie" durch Herrn Professor CLEMENT ergänzt werden soll. Man ist sich darüber einig, daß später vielleicht noch mehrere Fachausschüsse notwendig sein werden. Zunächst erscheint die Bildung eines Fachausschusses für Strahlungsschutz und Biologie unter Leitung von Herrn Professor RAJEWSKY, Frankfurt/M., notwendig und wird beschlossen. Herr Ministerialdirigent H i n s c h regt im Auftrag seines Ministeriums die Bildung eines weiteren Fachausschusses für Fragen der Abwässer und der öffentlichen Sicherheit an, wobei er die Mitarbeit seines Ministeriums zusagt. Eine Beschlußfassung hierüber erfolgt noch nicht.

Punkt 4) der Tagesordnung "Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Jahresabschlusses".

Herr T e l s c h o w gibt einen Bericht über den Zeitraum von der Gründung, 8.11.1954, bis zum Ablauf des Geschäftsjahres, 31.3.1955, der den Aufsichtsratsmitgliedern schriftlich vorliegt. Geschäftsbericht und Jahresabschluß werden zur Vorlage an die Gesellschafterversammlung genehmigt.

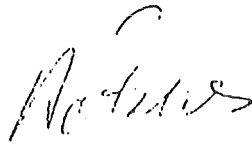
Herr Telschow weist darauf hin, daß die vom Bund gegebenen Mittel nicht durchweg als Verlorener Zuschuß zu betrachten sind, und daß deshalb bei ihrer Verwendung zur Beschaffung von Geräten und Einrichtungen die besonderen Bedingungen des Bundeswirtschaftsministeriums zur Anwendung kommen, nach denen solche Anschaffungen aus Öffentlichen Mitteln als Eigentum des Bundes, also als Treuhandvermögen, auszuweisen sind.

---

- 7 -

Als Termin für die nächste Aufsichtsratssitzung wird Freitag, der 9. September d.J., in Aussicht genommen und für die Gesellschafterversammlung etwa Ende September d.J.

Schluß der Sitzung 19.15 Uhr.

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Bötzel', is centered on the page.

(Bötzel)

23. Die Stuttgarter Nachrichten, Nr. 176 vom 3.8.1955 sowie die Allgemeine Zeitung berichten über die getroffene Standortentscheidung.

**Bonn entschied:**

**Atommeiler kommt nach Karlsruhe**

◆ Gestern ist in Bonn eine Vorentscheidung über den zukünftigen Standort des ersten Atommeilers in der Bundesrepublik gefallen: Wie im politischen Teil unserer Zeitung berichtet wird, haben die zuständigen Bonner Instanzen beschlossen, daß die Stadt Karlsruhe Sitz des Industrie-Atommeilers werden soll. Der Streit der beteiligten Länder Bayern und Baden-Württemberg, zwischen denen ein heftiges Tauziehen seit Wochen in dieser Angelegenheit stattgefunden hat, ist damit beendet.

◆ Nun wird die weitere Entwicklung dieses großen Projektes, des wohl überhaupt größten in der Karlsruher Geschichte, davon abhängen, welchen Standpunkt der Karlsruher Stadtrat als entscheidende letzte Instanz einnehmen wird. Erst vor wenigen Tagen hat Oberbürgermeister Klotz in einer Pressebesprechung darauf hingewiesen, daß vorher noch, ehe sich der Stadtrat mit dieser Frage beschäftigen wird, ein Ausschuß die mannigfachen technischen und andere Probleme untersuchen soll, die bei einer Errichtung des Atommeilers in Karlsruhe akut werden. Auch Studienfahrten zu ausländischen Forschungsstätten und Meilern, die bereits in Tätigkeit sind, sollen unternommen werden. Dann erst wird der Stadtrat das letzte Wort sprechen . . .

**Der Atommeiler dient friedlicher Forschung**

**Bonner Verlautbarung über die Errichtung des Meilers in Karlsruhe**

Von unserem Bonner Büro

(StN) BONN, 2. August

Am Dienstag wurde in Bonn offiziell mitgeteilt, daß der erste Atommeiler der Bundesrepublik bei Karlsruhe errichtet werden wird. Die Reaktorstation soll auf gemeinnütziger Grundlage der Forschung und der Entwicklung der friedlichen Atomtechnik sowie der Heranbildung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses dienen. Die Verhandlungen über den Bau und den Betrieb der Reaktorstation werden nun zwischen den beteiligten Kreisen der Wissenschaft und Wirtschaft, dem Bund, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe geführt werden. Die Reaktorstation wird unter der Leitung des Freiburger Physikers Prof. Gentner stehen.

Noch nicht abgeschlossen sind Verhandlungen über die Frage, wie eine Mitarbeit des Max-Planck-Institutes für Physik in Göttingen gesichert werden kann. Das Institut steht unter Leitung von Prof. Heisenberg und ist in Westdeutschland führend auf dem Gebiet der kernphysikalischen Forschung. Prof. Heisenberg verhandelt gegenwärtig mit der bayerischen Regierung und Vertretern der Stadt

München, die den Wunsch haben, das Göttinger Institut nach München zu verlegen.

Von selten Baden-Württembergs hatte man immer danach gestrebt, da das Land vom Kohlenrevier weit entfernt ist, die Energieversorgung sicherzustellen; zudem erfordert es die hochentwickelte und spezialisierte Industrie des Landes, mit den neuesten Erkenntnissen der Technik und den modernsten Fertigungsmethoden Schritt zu halten.

Gleichzeitig mit dem Forschungsmeiler soll in Karlsruhe auch ein chemisches Institut errichtet werden, dem noch weitere folgen dürften. Da die Universitäten in Freiburg und Heidelberg über erste Kräfte auf dem Gebiet der Atomforschung verfügen, wird eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Atommeiler und den genannten Universitäten angestrebt.

Von zuständiger Stelle wurde in Stuttgart am Dienstagabend erklärt, die Entscheidung der Bundesregierung zur Verlegung des Atommeilers nach Karlsruhe sei einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsministerium und der Stadtverwaltung Karlsruhe sowie der Initiative und ständigen Mitwirkung des Ministerpräsidenten zu verdanken.

**Atommeiler für Karlsruhe**

BONN (dpa) — Der erste Atommeiler für wissenschaftliche Zwecke in der Bundesrepublik soll in der Nähe von Karlsruhe errichtet werden. Dieses Ergebnis einer Besprechung von Atomwissenschaftlern und anderen Sachverständigen unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer wurde am Dienstag vom Bundespresseamt bekanntgegeben. Die Reaktorstation soll auf gemeinnütziger Grundlage der Forschung und der Entwicklung der friedlichen Atomtechnik sowie der Heranbildung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses dienen.

Das Land Baden-Württemberg hat im Hinblick auf den zunehmenden Energiebedarf und Erkenntnis der technischen Bedürfnisse seiner Industrie wert darauf gelegt, sich maßgeblich an der deutschen Atomforschung zu beteiligen. Von zuständiger Stelle in Stuttgart wurde am Dienstagabend erklärt, die Entscheidung der Bundesregierung zugunsten von Karlsruhe sei durch eine enge Zusammenarbeit zwischen dem baden-württembergischen Wirtschaftsministerium und der Stadtverwaltung Karlsruhe sowie durch die Initiative und ständige Mitwirkung des Ministerpräsidenten erreicht worden. Gleichzeitig mit dem ersten großen deutschen Atomforschungsmeiler werde in Karlsruhe auch ein chemisches Institut errichtet werden, dem zweifellos noch andere folgen.



---

**24. Der baden-württembergische Ministerpräsident Dr. G. Müller sucht Prof. W. Heisenberg doch noch für das Karlsruher Projekt zu gewinnen.**

Abschrift

Staatsministerium  
Ministerpräsident

Stuttgart, den 7. September 1955

Herrn  
Professor  
Dr. Werner Heisenberg  
G ö t t i n g e n

Sehr geehrter Herr Professor!

Nach einer Verlautbarung der Bundesregierung ist die Entscheidung über den Sitz des ersten Atommeilers in der Bundesrepublik getroffen. Die Landesregierung wird nun mit raschen sachlichen und personellen Entscheidungen nicht länger zuwarten können. Zuvor ist es mir aber ein aufrichtiges Bedürfnis, mit Ihnen über die Zukunft dieses Meilers einen persönlichen Gedankenaustausch zu pflegen.

Ich weiss, dass die Entscheidung Ihren Wünschen nicht entspricht und habe für die Gründe, die zu Ihren Überlegungen geführt haben, durchaus Verständnis.

Nachdem die Landesregierung von Baden-Württemberg Sie bereits anlässlich Ihres ersten Besuches in Karlsruhe durch Herrn Minister Farny wissen liess, dass sie alles daran setzen werde, um die Arbeitsbedingungen und Umweltfaktoren für Sie und Ihre Mitarbeiter in Karlsruhe möglichst günstig zu gestalten, möchte ich diese Versicherung Ihnen gegenüber heute wiederholen. Ich verbinde mit dieser Versicherung die Bitte, dass Sie sich trotz aller bisherigen Bedenken dazu entschliessen möchten, sich möglichst stark in die Führung des Atommeilers einzuschalten und uns Ihren erfahrenen Rat und freundschaftlichen Beistand nicht zu versagen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie meine Anregungen einer wohlwollenden Überlegung unterziehen würden und mich zu gegebener Zeit über Ihre Auffassung unterrichten wollten.

Genehmigen Sie, sehr verehrter Herr Professor, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

ges. Dr. Gebhard Müller

**25. Prof. W. Heisenberg lehnt das Ansinnen von Ministerpräsident G. Müller ab.**

Abschrift

Professor Dr. Werner Heisenberg  
z.Zt. St. Andrews Universität

*Handwritten notes:*  
25.10.55  
1) Prof. i. a. gl. 10/11  
2) gl. 10/11  
3) gl. 10/11

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Haben Sie den verbindlichsten Dank für Ihren Brief vom 7. September und entschuldigen Sie, dass ich ihn erst jetzt beantworte. Durch die Verlagerung meines Instituts nach München wird es mir, wie Sie wohl verstehen werden, schwer sein, mich an den Einzelheiten der Arbeiten für den Karlsruher Atommeiler zu beteiligen, insbesondere werde ich dort keine Verantwortung übernehmen können. Aber ich hoffe, dass Ihr Projekt Fortschritte macht, und ich werde, soweit ich mit den organisatorischen Vorarbeiten befasst werde, mich dafür einsetzen, dass es gefördert wird.

Die grösste Schwierigkeit für alle Atommeilerpläne in Deutschland wird zweifellos der Mangel an geschulten Arbeitskräften sein. Ich hoffe, dass es dem neugeschaffenen Bundesministerium für Atomangelegenheiten gelingen wird, durch eine von Länderinteressen unabhängige Planung die Anfangsarbeiten so zu leiten, dass wir möglichst rasch zu einer grösseren Zahl von geschulten Arbeitskräften kommen.

Für die Unterstützung, die Sie den Atommeilerplänen zugesagt haben, möchte ich Ihnen nochmals den verbindlichsten Dank aussprechen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener

(gez.) Werner Heisenberg

Herrn Stellv. Ministerpräsident  
und Wirtschaftsminister Dr. Veit

Herrn Minister für Bundesangelegenheiten Farny

Herrn Kultusminister Simpfendorfer

Herrn Finanzminister Dr. Frank

- je besonders -

mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme übermittelt.

Stuttgart, 29. Oktober 1955

Nr. 5019 B  
Anl.: 0

Staatsministerium  
*Handwritten signature*

---

26. **Ministerialdirigent Dr. Hinsch vom Bundeswirtschaftsministerium nimmt im Rahmen eines Aktenvermerks zu einem Schreiben Prof. Heisenbergs vom 27.8.1955 Stellung.**

II D

Bonn, den 7. September 1955

RE

Sofort vorzulegen!

Herrn Minister

über Herrn Staatssekretär

Über den Herrn Leiter der Abteilung II

Betr.: Schreiben des Herrn Professor Dr. Heisenberg, Göttingen, vom 27. 8. 1955 über die mit Herrn Minister in Bayern stattgefundenen Besprechungen über den Reaktorbau

Mit dem beiliegenden Schreiben vom 27. 8. 1955 bestätigt Herr Professor Heisenberg die Besprechungen, die mit Herrn Minister, Herrn Ministerpräsident Hoegner und Herrn Kultusminister Rucker stattgefunden haben, damit "evtl. Ungenauigkeiten in seinem Bericht noch verbessert werden können".

Das Schreiben enthält verschiedene zu Zweifeln Veranlassung gebende Formulierungen:

1. Herr Professor Heisenber schreibt, daß von seiten der Bundesregierung keine Bedenken mehr dagegen bestehen, daß in München "eine für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Technik bestimmte Versuchsstation für Reaktorbau" errichtet wird.

Soweit mir aus dem Bundeskanzleramt bekanntgeworden ist ist in der zweiten Besprechung bei dem Herrn Bundeskanzler dahingehend entschieden worden, daß die große Versuchsstation des Reaktors, der für die Wissenschaft und Technik interessant ist, in Karlsruhe gebaut werden soll, daß aber nichts dagegen einzuwenden ist, wenn außerdem für die wissenschaftlichen Arbeiten von Professor Heisenberg ein Meiler in München errichtet wird, sofern dessen Max-Planck-Institut nach dort verlegt wird.

2. Professor Heisenberg weist auf das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an Herrn Ministerpräsidenten Hoegner hin, in dem keine Begrenzung für die Größe des Münchener Versuchsreaktors erwähnt sei. Herr Professor Heisenberg schreibt

-2-

weiter, daß in dem Schreiben "nur vorausgesetzt werde, daß nach Karlsruhe eine größere Reaktoranlage kommen wird".

In dem genannten Schreiben des Herrn Bundeskanzlers, das mir bis jetzt nicht vorliegt, wohl aber dem Wortlaut nach bekannt ist, hat der Herr Bundeskanzler Herrn Ministerpräsident Hoegner geschrieben, daß "der große Reaktor" nach Karlsruhe kommen soll, daß aber nichts dagegen einzuwenden sei, wenn "bei München ein kleinerer Reaktor" errichtet wird, damit "in vollem Umfange die nötigen wissenschaftlichen Arbeiten" durchgeführt werden können.

3. Herr Professor Heisenberg schreibt, daß die Kosten für den Reaktor in München bisher auf etwa 15 Mio DM geschätzt worden seien. Bisher hat Herr Professor Heisenberg die Reaktorstation, die nach der Entscheidung in der Besprechung bei dem Herrn Bundeskanzler nach Karlsruhe kommen soll, auf 30 bis 40 Mio DM geschätzt. Allerdings sind in dieser Summe die Kosten für die Errichtung der Institute, die nach den bisherigen Angaben von Herrn Professor Heisenberg notgedrungen mit der Reaktorstation verbunden sein müssen, mit enthalten. Es ist nicht erkennbar, von welchem Reaktor Herr Professor Heisenberg ausgeht, wenn er von 15 Mio DM Kosten spricht.

4. Im vorletzten Absatz schreibt Herr Professor Heisenberg, daß nicht zu übersehen sei, wie sich die Physikalische Studiengesellschaft Düsseldorf zu den von ihm selbst erwähnten Änderungen in den Voraussetzungen für ihre Beschlüsse vom 15. 7. 1955 stellt. In der Sitzung vom 15. 7. 1955 hat die Physikalische Studiengesellschaft nur Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Karlsruher Objekt gefasst. Beratungen über die Pläne von Herrn Professor Heisenberg in München sind zurückgestellt worden, da hierfür die Max-Planck-Gesellschaft in erster Linie zuständig ist. Darüber hinaus hat Herr Professor Heisenberg in dieser Sitzung es abgelehnt, daß bei seinem Max-Planck-Institut ein Reaktor nur für wissenschaftliche Zwecke errichtet wird.

Heute höre ich von Herrn Weimer, Mitglied der Geschäftsführung der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf, daß er vor wenigen Tagen mit Herrn Professor Heisenberg zusammen war. Herr Professor Heisenberg habe erklärt, daß auf Grund der in seinem Brief erwähnten Besprechung und nach dem erwähnten Schreiben des Herrn Bundeskanzlers keine Bedenken mehr dagegen beständen, den Versuchsreaktor bei München zu errichten. In Karlsruhe könne dann später der erste Leistungsreaktor, d. h. also der erste Reaktor, der zur Stromerzeugung dient, errichtet werden.

Eine solche Entscheidung würde nicht im Widerspruch zu dem beiliegenden Brief von Herrn Professor Heisenberg, wohl aber im direkten Gegensatz zu der m.W. in der Besprechung bei dem Herrn Bundeskanzler gefällten Entscheidung stehen.

Am Freitag, dem 9. 9. 1955, findet in Düsseldorf die nächste Sitzung des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft statt, in der unter dem Eindruck der Ergebnisse der Genfer Konferenz über die praktische Verwendung der Atomenergie endgültige Beschlüsse bezüglich des Karlsruher Reaktors gefasst werden sollen. Ich bin von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Dr. Petersen (Metallgesellschaft A.G., Frankfurt a.Main), gebeten worden, zu Beginn der Sitzung eine Erklärung darüber abzugeben, daß sich an der Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers über den Standort Karlsruhe nichts geändert hat. An der Sitzung wird auch Herr Ministerialdirigent Dr. Grau vom Bundeskanzleramt teilnehmen, der mir heute bereits bestätigte, daß im Bundeskanzleramt über eine Änderung der in der Besprechung bei dem Herrn Bundeskanzler gefällten Entscheidung nichts bekannt sei.

Ich darf um Ermächtigung bitten, daß ich in der Sitzung erforderlichenfalls die Erklärung abgebe, daß auch in der von Herrn Professor Heisenberg erwähnten Besprechung mit Herrn Minister die erwähnte Entscheidung als endgültig vorausgesetzt worden ist und die Unterhaltung sich auf Möglichkeiten bezogen hat, wie Herrn Professor Heisenberg die notwendigen Einrichtungen - einschließlich eines Meilers - für seine wissenschaft-

---

- 4 -

liche Arbeit beschafft werden können.

Einen Entwurf für eine Antwort an Herrn Professor  
Heisenberg darf ich nach der Sitzung am 9. 9. 1955 vorlegen.

(Hinsch)

---

**27. Vermerk zum Verlauf der Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft am 9.9.1955 durch Ministerialdirigent Hinsch (BWM).**

Bonn, den 10. September 1955

V e r m e r k  
=====

Betr.: Deutscher Atommeiler in München oder in Karlsruhe

In der gestern stattgefundenen Sitzung der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf mbH, an der vom Bundeskanzleramt Herr Ministerialdirigent Dr. Grau und aus dem Hause der Unterzeichnete teilnahmen, wurde die Frage gestellt, ob nun endgültig entschieden sei, dass der deutsche Meiler nach Karlsruhe käme. Herr Professor Dr. Heisenberg erklärte dazu, dass er mit Herrn Minister Professor Dr. Erhard und Herrn Kultusminister Rucker kürzlich eine Besprechung gehabt habe, dass ein Meiler in der Grössenordnung, wie er bisher immer diskutiert worden ist, über dessen Standort also in den Besprechungen bei dem Herrn Bundeskanzler beraten worden ist, in München errichtet werden könne.

Ich habe von der Über Herrn Ministerialrat Dr. Seibt erbetenen Ermächtigung des Herrn Ministers Gebrauch gemacht und habe erklärt, dass Herr Minister bei der von Herrn Professor Heisenberg erwähnten Besprechung davon ausgegangen sei, dass über den Karlsruher Meiler zugunsten der Errichtung bei Karlsruhe entschieden sei. Es sei vielmehr darüber gesprochen, wie die berechtigten Wünsche von Herrn Professor Heisenberg für seine wissenschaftliche Arbeit in München erfüllt werden können.

Herr Dr. Grau hat daraufhin die Briefe verlesen, die Herr Bundeskanzler an Herrn Ministerpräsident Koegner gerichtet hat, in denen der Herr Bundeskanzler zum Ausdruck bringt, dass der grössere Meiler nach Karlsruhe kommen soll, dass aber nichts dagegen einzuwenden sei, wenn ein kleinerer Meiler für Herrn Professor Heisenberg in München errichtet werde.

- 2 -

Dazu sagte Herr Professor Heisenberg, dass unter einem kleineren Meiler nur ein Objekt verstanden werden könne in der Grösse, wie es für Karlsruhe vorgesehen sei. Es sei das kleinste Aggregat, an dem er interessiert sei und das als erstes in der Bundesrepublik gebaut werden müsse. Unter grösserem Objekt könne er sich nur einen Meiler vorstellen, wie er in Amerika und in England in Betrieb sei, der etwa 100 Mio und mehr koste und nach seiner Meinung auch später in Deutschland errichtet werden müsse.

Obwohl Herr Dr. Bötzkes und Herr Dr. Reusch wiederholt darauf hinwiesen, dass die Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers in der Anfang Juli stattgefundenen Besprechung völlig eindeutig gewesen sei und Herr Bundesminister Professor Erhard Herrn Dr. Bötzkes in einer späteren Besprechung gesagt habe, dass mit einer wesentlichen Verzögerung der ganzen Angelegenheit gerechnet werden müsse, wenn die Standortfrage noch einmal zur Diskussion gestellt würde, erklärte die Mehrheit der Anwesenden (Winnacker, Haberland u.a.), dass Herr Bundeskanzler noch einmal um eine Bestätigung der damaligen Entscheidung gebeten werden soll. Schliesslich hat es Herr Dr. Petersen auf Wunsch der Anwesenden übernommen, Herrn Staatssekretär Dr. Westrick wegen der Frage anzusprechen.

Ich habe den Eindruck, dass Herr Professor Heisenberg mit allen Mitteln sein Ziel zu erreichen versucht, dass der erste Meiler unter seiner Leitung in München errichtet wird. Bei den Gesprächen verwendet Herr Professor Heisenberg - sicherlich unabsichtlich - verschiedene Ausdrücke und dadurch entsteht Verwirrung. So schreibt Herr Professor Heisenberg, dass in der Besprechung mit Herrn Minister für München von einem Reaktor gesprochen sei, der etwa 15 Mio  $\text{M}$  kostet. Ich habe Herrn Professor Heisenberg gefragt, ob er damit den für Karlsruhe vorgesehenen Meiler meint, obwohl das Karlsruher Objekt mit 40 Mio  $\text{M}$  bewertet wird. Diese Frage hat Herr Professor Heisenberg bejaht. Die grosse Differenz in den Kosten kommt daher, dass in dem Voranschlag für Karlsruhe



der eigentliche Meiler zwar nur mit 15 - 17 Mio M kalkuliert ist, dass nach den Voranschlägen von Herrn Professor Heisenberg, um diesen Meiler zu bauen und zu betreiben, Institute und für die Anlage erforderliche Nebenanlagen auf dem Meiler-gelände errichtet werden müssen, die etwa 23 Mio M kosten.

Ich habe Herrn Professor Heisenberg ferner gefragt, ob er an einem Meiler interessiert sei, wenn diese 15 - 17 Mio M bzw. 40 Mio M kostende Station nicht seinem Wunsche entsprechend bei seinem Max-Planck-Institut in München errichtet wird. Herr Professor Heisenberg hat diese Frage eindeutig verneint. Herr Professor Heisenberg hat schon in der letzten Aufsichtsratssitzung der Studiengesellschaft erklärt, dass seine eigentliche Aufgabe und sein wissenschaftliches Interesse dahin gehen, sich wieder der theoretischen Forschung auf dem Gebiete der Atomphysik zuzuwenden, dass er sich den Reaktorbau nur zugewandt habe, weil er als einziger Erfahrungen habe und sich daher verpflichtet fühle.

Ich bin der Meinung, dass es im Interesse der Fortentwicklung der Atomenergie in der Bundesrepublik ausserordentlich bedauerlich ist, wenn die Entscheidung bezüglich des Standortes für den ersten Reaktor durch einen Beschluss der Studiengesellschaft über eine Rückfrage an den Herrn Bundeskanzler in der Schwebe bleibt. Darunter leidet der Fortschritt bei den Vorarbeiten für diesen Meiler und ausserdem wird ein so ausgezeichnete Wissenschaftler wie Herr Professor Heisenberg immer wieder beunruhigt und dadurch behindert, seine für die Bundesrepublik so überaus wichtigen Forschungsarbeiten fortzusetzen. Ich mache in diesem Zusammenhang auch auf die in der Presse in letzter Zeit auftauchenden Vorwürfe aufmerksam, dass der Herr Bundeskanzler bzw. die Bundesregierung hier eine wichtige Entscheidung verschleppe.

Herr Dr. Grau und ich waren in der Sitzung der Meinung, dass eine Änderung der Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers nicht zu erwarten ist. Ich kann mir auch eine solche Meinungsänderung schon deswegen nicht vorstellen, weil die

Entscheidung in einem grösseren Kreise gefällt worden ist: Anwesenheit von mehreren Bundesministern und der Ministerpräsidenten der beteiligten Länder bzw. deren Vertreter. Hinzu kommt, dass die Entscheidung basiert auf einer Stellungnahme von General Grünther.

Da m.E. die Gefahr besteht, dass Herr Minister in den Verdacht gerät, eine von der Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers abweichende Meinung geäussert zu haben, halte ich eine sofortige eindeutige Antwort auf das Schreiben von Herrn Professor Heisenberg für erforderlich.

(Hinsch)

**28. Dr. Seifriz vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg unterrichtet Minister Farny über neuerliche Vorstöße Bayerns, doch noch Standort des ersten deutschen Eigenbaureaktors zu werden.**

1/ jüngst. Besprechung des Herrn  
Ministers mit Bnd. von  
der Vertretung in der Karlsruher  
Anmeldung nehmen.

Streng vertraulich !

A k t e n n o t i z

9.13.9

2/ Bnd. 2 d. H.

14/9

für Herrn Minister Farny

betr. Atommeiler Karlsruhe; Anruf von Herrn Präsident Dr. Seifriz.

Herr Dr. Seifriz teilte fernmündlich streng vertraulich mit, dass er von neuen Versuchen der Bayern um Aushöhlung des Kanzlerbeschlusses zugunsten von Karlsruhe Mitteilung erhalten habe. Danach würden die bayerischen Bundeskabinettsmitglieder beim Kanzler zu erreichen versuchen, dass der in München aufzustellende Atommeiler nur um ein Geringfügiges kleiner sein soll als der in Karlsruhe, was u.U. eine Zurückstellung der Karlsruher Projekte zur Folge hätte. Da diese Bemühungen auf höchster Ebene vor sich gehen, müssten auch wir auf Ministeriebene Gegenanstrengungen unternehmen. Herr Dr. Seifriz denkt hier besonders an Besprechungen mit Herrn Staatssekretär Dr. Globke oder mit dem Bundeskanzler persönlich. Auch könnte sofort mit Herrn Min.Dgt. Dr. Grau erneut Fühlung aufgenommen werden. Es dürfe jedoch bei den Besprechungen auf keinen Fall bemerkt werden, dass wir von den Bemühungen der Bayern Kenntnis erhalten haben.

Herr Dr. Seifriz wird versuchen, Herrn Minister noch vor seiner am Montag, den 12. erfolgenden Abreise nach England zu erreichen. Die Angelegenheit sei jedoch so eilig, dass man sie nicht bis zu seiner erst am Wochenende erfolgenden Rückkehr aus England auf sich beruhen lassen könne. Er bittet daher den Herrn Minister, die Angelegenheit in Bonn selbst in die Hand zu nehmen.

Bonn, den 10.9.55

Ich habe heute sowohl dem  
Herrn Min. hier als dem Bundeskanzleramt  
den Bescheid des Bad. Wirtschaft. Ministeriums vom 12.9.  
10 Millionen für den Bau des Karlsruhe Meiler

29. Protokoll der Referentenbesprechung im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg vom 4.10.1955.

Gekürztes Protokoll

über die

Referentenbesprechung am 4. Oktober 1955

— hi) 1/2 S. 1/2  
Zuständig!  
J. H.  
11/11  
11/11  
29/1

Präsident Dr. Seifriz berichtete über die Bemühungen und Vorbereitungen des Landes Baden-Württemberg, die zu dem Beschluß der Bundesregierung geführt haben, den ersten deutschen Reaktor in Karlsruhe zu errichten.

Die Erwägungen, die die Landesregierung veranlassten, sich so stark und nachhaltig für den Atommeiler in Karlsruhe einzusetzen, haben ihre Wurzel in den Uranvorkommen im Schwarzwald. Das ehemalige Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Freiburg hat am 9. April 1951 die damalige Geologische Landesanstalt beauftragt, das Auftreten von Uran im Schwarzwald zu erkunden. Prof. Dr. Kirchheimer hat auf diesem Gebiet bahnbrechend gewirkt. Im weiteren Verlauf wurden die Erhebungen auf das Gebiet von Südwürtt.-Hohenzollern ausgedehnt. Die dabei erzielten Ergebnisse führten dazu, daß Herr Prof. Dr. Kirchheimer zum wissenschaftlichen Berater in Kernenergiefragen bestellt wurde.

Der Herr Bundeskanzler hat sich in Verbindung mit Herrn Prof. Heisenberg seit Jahren mit diesem Problem befasst und schon frühzeitig eine Kommission zur Vorbereitung von Kernenergiefragen geschaffen. Prof. Dr. Kirchheimer wurde zum 1. mal am 20. November 1952 zu einer Sitzung dieser Kommission berufen. Es gelang ihm, sich in der Kommission einen breiten Einfluß zu beschaffen. Am 23. Febr. 1953 wurde er zum Vorsitzenden des mit der Uranversorgung beauftragten Fachausschusses dieser Kommission bestellt. Als Vertreter des Wirtschaftsministeriums Baden-Württ. im Planungsausschuß schlug er erstmals am 30. Mai 1953 Karlsruhe als geeigneten Standort für den künftigen Reaktor vor. Bis dahin war es für Prof. Heisenberg selbstverständlich, daß dafür nur München in Frage kommen könne. Er stützte sich dabei auf seine Beziehungen zum Bundeskanzler. Es lag sehr nahe, daß mit der Wahl Münchens ein *Fait Accompli* geschaffen wurde. Deshalb ging in den nächsten Monaten der entscheidende Kampf darum, zu erreichen, daß weitere Orte

vorgeschlagen wurden. Prof. Dr. Kirchheimer gelang es schließlich, im Ausschuß zu erreichen, daß von München und Karlsruhe die Beantwortung von Fragebogen verlangt wurde. Während es sich München im Glauben an seinen Sieg bei der Fragebogenbeantwortung leicht machte, wurde von Karlsruhe in Verbindung mit dem Wirtschaftsministerium eine ausgezeichnete Denkschrift ausgearbeitet, die ihren Eindruck auf den Planungsausschuß nicht verfehlte. Damit war erstmalig eine sachliche Basis geschaffen worden auch für Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler und Prof. Heisenberg. Das Wirtschaftsministerium hat daraufhin dem Geologischen Landesamt eine namhafte Summe für weitere Erhebungen zur Verfügung gestellt.

Weshalb hat sich Baden-Württemberg so nachhaltig um den Reaktor bemüht? Weil es unserem Lande an der entscheidenden Grundlage der Energie, <sup>an Kohle</sup> an Kohlevorkommen, mangelt. Wie soll aber der ständig wachsende Energiebedarf gedeckt werden? - Schon seit längerer Zeit sind in der Bundesrepublik Erwägungen im Gange, wie diese Zukunftsfrage gelöst werden kann. Auch England kann schon ausrechnen, daß in naher Zukunft die Kohlenförderung nicht mehr ausreichen wird, um die Zuwachsrate an Energie zu decken. Da die Wasserkraft in England ausgebeutet ist und die Umstellung auf Öl zu große Abhängigkeit von der Öllieferung in Krisenzeiten zur Folge hätte, sieht man dort in der Kernenergieerzeugung die beste Abhilfe. Der Leiter der Versuchsstation Harwell, Sir John Cockcroft, errechnete vor kurzem in einem Vortrag in Düsseldorf, daß England in 20 Jahren 40 % seines Energiebedarfs aus Reaktorstationen decken will, weil kein anderer Weg übrig bleibt. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so rasch, werden sich die Verhältnisse bei uns entwickeln. Die Refierferne unseres Landes bedingt die Schaffung neuer Energiequellen. Hinzu kommt, daß Baden-Württ. eine hochentwickelte und spezialisierte Industrie hat, die nur dann konkurrenzfähig bleiben kann, wenn wir mit der Entwicklung der Technik Schritt halten können. Über die Gewinnung neuer Energiequellen hinaus bahnt sich hier eine neue, umwälzende Technik an. Das amerikanische U-Boot ist ein Vorläufer des Antriebs von Fahrzeugen mit der neuen Energiequelle. Für unsere Motorenindustrie ist diese Entwicklung von lebenswichtiger Be-

deutung. Auch in der Textilindustrie und in der chemischen Industrie wird mit umwälzenden Änderungen gerechnet. Ein Artikel der AZ erörterte die starke Einwirkung auf die Architektur. Die Konservenindustrie wird maßgeblich beeinflusst werden und ebenso die Ärztliche Wissenschaft.

Die Genfer Atomausstellung hat auf die zahlreichen Besucher aus Deutschland geradezu schockartig gewirkt. Man erkannte, daß 10 Jahre verloren gingen und alles getan werden muß, um den Vorsprung der Entwicklung einzuholen, wenn wir nicht eines Tages in eine Lizenzabhängigkeit von England und Amerika geraten wollen. Aus diesen Erkenntnissen und Überlegungen heraus hat sich Baden-Württ. so nachhaltig um den Atommeiler bemüht.

Die sachlichen Gründe für den Standort des Reaktors sprachen von Anfang an für Karlsruhe. Aber durch die Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler und Prof. Heisenberg waren die Dinge schon so weit gediehen, daß man den Kampf für Karlsruhe schon für aussichtslos ansehen mußte. Prof. Heisenberg hat zunächst versucht, den Standort des Reaktors mit dem künftigen Standort des Münchner Max-Planck-Instituts für Physik zu koppeln, das unter allen Umständen nach München verlegt werden sollte. Von uns wurde einer Vereinigung von Reaktor und Max-Planck-Institut an einem Ort widersprochen. Am 27. Juni fiel in einer Besprechung beim Herrn Bundeskanzler die Entscheidung: Der erste deutsche Reaktor kommt nach Karlsruhe. Bayern zweifelte den Sachverhalt an und behauptete, es habe sich nur um eine vorbereitende Besprechung gehandelt, aber Anfang August kam eine Verlautbarung der Bundesregierung, in der die Entscheidung für Karlsruhe bestätigt wurde. Bayern behauptete dann, diese Erklärung der Bundesregierung sei ohne Wissen des Bundeskanzlers veröffentlicht worden, aber auch das wurde widerlegt; die Entscheidung war vom Bundeskanzler, der damals in Murren war, gegengezeichnet worden.

Zunächst ist die Physikalische Studiengesellschaft Träger des Reaktors. Sie hat bereits ein Büro in Karlsruhe errichtet. Wer wird Rechtsträger sein? Es ist beabsichtigt, einen der Sonderminister in Bonn, möglicherweise Herrn Bundesminister Strauß für die Atomforschung in der Bundesrepublik verantwortlich zu machen. Wenn es dazu kommen sollte, wäre dies für Baden-Württ.

nicht gerade vorteilhaft, weil befürchtet werden muß, daß wir von Herrn Minister Strauß als Bayer vielleicht nicht immer in der wünschenswerten Weise unterstützt werden. Unser Ziel ist, daß der Reaktor in Karlsruhe in der Art und in dem Umfang aufgebaut wird, wie dies bei der Entscheidung des Bundeskanzlers am 26. Juni vorgeesehen war.

Die zweite Aufgabe ist, Karlsruhe zum wissenschaftlichen Zentrum der Kernenergieforschung zu machen und möglichst alle Wissenschaftler dieses Zweiges in unserem Lande zu konzentrieren. Wenn das gelingt, wird es aus Mangel an Fachkräften kaum möglich sein, später in München einen zweiten, ähnlich großen Reaktor zu entwickeln.

Das Wirtschaftsministerium hat eine Sonderabteilung Kernenergie geschaffen und der Herr Wirtschaftsminister wird einen Beirat für Kernenergie bilden, dem Vertreter der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik angehören werden. Dem Wirtschaftsministerium und Landesgewerbeamt wird es obliegen, sich den Fragen der Atomtechnik zuzuwenden. Das wird durch die Nähe des Reaktors und die große Zahl der dort tätigen Techniker und Wissenschaftler möglich, die unserer Technik in Lehrgängen neue Impulse und Anregungen geben werden. Wir sind deshalb bemüht, zu erreichen, daß der Reaktor rasch in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang erstellt wird.

Prof. Heisenberg hat den Plan noch nicht aufgegeben, einen zweiten Reaktor in München zu errichten.

In Zukunft wird wohl an jeder technischen Hochschule und an jeder Universität ein kleiner Reaktor für wissenschaftliche Zwecke vorhanden sein. Der Reaktor in Karlsruhe ist auf 6000 kW Leistung zugeschnitten. Im Verlauf der Verhandlungen hat der Bundeskanzler dem bayr. Ministerpräsidenten Dr. Högner brieflich mitgeteilt, daß es bei der Entscheidung für Karlsruhe bleibt, aber Prof. Heisenberg werde einen kleineren Reaktor bekommen, der nach bayerischen Wünschen nicht viel kleiner sein sollte. Die Bundesrepublik wird aber nicht in der Lage sein, zwei gleichwertige Reaktoren gleichzeitig zu errichten, da schon der erste Bauabschnitt und die erste Planung 40 Mio. DM erfordern.

Wie die Trägerschaft des Reaktors in Karlsruhe gestaltet wird,

ist noch nicht zu übersehen. Es herrschen darüber drei Meinungen. Der Gewerkschaftsbund schlug den Staat als alleinigen Träger vor. Die Industrie will selbst ausschließlich Träger sein und von Bund und Land verlorene Zuschüsse haben. Bund und Land sollen als Beirat fungieren. Die Überlegungen von Bund und Land gehen dahin, daß beide die Rechtsträger sein sollen. Die Erwägungen, in welchem Verhältnis und in welcher Rechtsform dies geschehen soll, sind noch im Gange. Bisher war für diese Fragen das Bundeswirtschaftsministerium zuständig. Es soll aber eine selbständige Bundesatombehörde errichtet werden.

Min.Dir.Prof. Dr. Hotz: Der Kampf geht nicht um den Atommeiler, sondern <sup>um</sup> das Geld. Der Bund kann und will nicht zwei mal 40 Mio. DM geben. Es geht darum, wer den Löwenanteil des Bundeszuschusses von 15 Mio. DM bekommt. Eine positive Zusage wurde überhaupt noch nicht gegeben. Auch für die 10 Mio. Landesmittel steht die rechtsverbindliche Zusage noch aus. Bezüglich der 15 Mio. des Bundes liegt ebenfalls noch kein rechtsverbindlicher Akt vor.

Von einem Verbot, wonach andere Länder keine Reaktoren einrichten <sup>könnten</sup> können, ist nichts bekannt. Es wird auch davon gesprochen, daß Hamburg einen Reaktor erstellen will.

Jetzt schon von Kernenergieerzeugung zu sprechen, ist insofern irreführend, als zunächst eine unmittelbare Verwertung noch nicht möglich ist. Das Hauptziel ist die Verwendung der bei dem Atomzerfall entstehenden Wärme zur Energiegewinnung als Ersatz für Kohle. An der Art der Stromerzeugung ändert sich nichts. Unabhängig davon bleibt die Verwertung der radioaktiven Kräfte für chemische, physikalische und medizinische Zwecke,

- - -

Präsident Prof. Dr. Kirchheimer gedenkt einleitend des Wissenschaftlers Karl Engler (geb. 1842), der bis 1925 Prof. in Karlsruhe war. Karl Engler hat sich sogleich nach der Entdeckung des Radiums mit diesem beschäftigt und sein Chemisches Institut in Karlsruhe zum anerkannten Forschungszentrum über radioaktive Substanzen gemacht. Er entwickelte ein besonderes Verfahren, um die Kräfte in radioaktiven Quellen zu messen. Der Bau der Kurmittelanstalten



in Baden-Baden und anderen Orten geht auf Karl Engler zurück. Inwiefern kann der Name dieses Mannes mit dem ersten in Karlsruhe zu erwartenden Atommeiler verknüpft werden. Karl Engler hat auch die ersten Uranschürfungen vor dem Kriege durchgeführt.

Zu den Grundlagen der Nutzbarmachung: Daß es überhaupt möglich ist, aus einer solchen Anlage Energie zu beziehen, beruht darauf, daß im natürlichen Uran zwei Isotope vorhanden sind. Das sind Modifikationen von Elementen, die sich nicht in den chemischen Eigenschaften unterscheiden, wohl aber im Atomgewicht. Das Uran enthält zwei Isotope, und zwar Isotop U 238 mit 99,3 % und Isotop U 235 mit 0,7 %. Nur U 235 ist an den Reaktionen in den Atommeilern beteiligt. Dieses Isotop wird durch langsame Neutronen in zwei Bruchstücke gespalten. Dieser Zerfall von U 235 ist exotherm, d.h. es wird Wärme freigesetzt. Auf diese Weise entsteht die Wärme im Atommeiler. Es werden außerdem Neutronen frei, die den Vorgang des Zerfalls von U 235 als Kettenreaktion fortsetzen. Es entstehen dabei zwei bis drei, durchschnittlich 2,5 schnelle Neutronen. Im natürlichen Uran werden diese schnellen Neutronen durch U 238 eingefangen und gelangen nicht zur Reaktion. Demgemäß muß man den Neutronenfluß im Meiler aufrecht erhalten, in dem die Neutronen durch Substanzen (Moderator) gebremst werden, die die Eigenschaften haben, die Neutronen nicht aufzunehmen, aber in ihrer Geschwindigkeit herabzusetzen. Solche Substanzen sind schweres Wasser und reiner Graphit. Wenn die schnellen Neutronen abgebremst, verlangsamt werden, gelangen sie in das Uran hinein und können weitere Atome von U 235 spalten und halten die Kettenreaktion in Gang. Die in immer größerem Maße durch Fortsetzung des Kernzerfalls entstehende Wärme muß abgeführt werden. Bei einer bestimmten Temperatur pflegt sich die Kettenreaktion im Meiler zu stabilisieren. Eine bestimmte Anzahl des U 235 zerfällt und dadurch wird der Neutronenfluß in Gang gehalten. Diese Anlagen haben eine sog. kritische Größe, von der viel die Rede ist. Es muß ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Menge des Urans und der Moderation bestehen, die so beschaffen ist, daß die Kernreaktion im Gange bleibt.

Der Uranmeiler besteht aus drei Elementen: Uran in Stäben, Moderatoren und Kühlmedium (Luft, Gas, Wasser, geschmolzenes Metall).

Man kann in den Meilern auch Uran verwenden, das mehr als 0,7 % von U 235 (bis 20 %) enthält. In diesem Falle spricht man von angereichertem Uran. In diesem Meiler verläuft die Kettenreaktion mit schnellen Neutronen. Die Zahl der aus dem Zerfall anfallenden Neutronen ist ausreichend, auch ohne Bremssubstanz die Kettenreaktion in Gang zu halten. Diese Reaktoren können kleinere Dimensionen haben, aber man braucht ein Kühlmedium, weil höhere Temperaturen entstehen.

Was geht im Atommeiler, abgesehen von der Wärmeentstehung, vor sich ? Es entstehen radioaktive Spaltprodukte, durch das Auftreten von Isotopen. Die Radioaktivität ist erheblich größer und rechnet nach Millionen von Curie. Das ist die Strahlungsmenge, die von 1 g Radium ausgeht. Auf dem Erdball gibt es 1 kg Radium mit insgesamt 1000 Curie. In Atommeilern entstehen Millionen Curie, deren Austreten verhindert werden muß. Zu diesem Zwecke werden die Uranstäbe in Folien gehüllt, damit das Kühlwasser von radioaktiven Kräften frei bleibt.

Welche Wärme kann im Reaktor entstehen ? Die Wärme ist der Ausgangspunkt für die Energieerzeugung. Wenn 1,5 kg Uran 235 innerhalb von zwei Jahren verbraucht und durch Spaltung verbrannt wird, entstehen 1000 kW, die zwei Jahre lang dem Reaktor entzogen werden können. Diese 1000 kW entsprechen einer Menge von 2500 t Kohle. Bei einer Erzeugung von 6000 kW, wie sie bei dem Reaktor in Karlsruhe vorgesehen ist, entsteht also eine Wärmemenge, die dem 6-fachen von 2500 t Kohle entspricht.

Außer den zwei Reaktorentypen, die mit natürlichem oder angereichertem Uran arbeiten, gibt es noch einen dritten Typus, den sog. Brutreaktor mit einem Kern aus reinem Uran 235. Dieser Kern wird mit reinem Uran 238 umhüllt. Dieser Mantel resorbiert sämtliche Neutronen, die aus dem atomatischen Zerfall hervorgehen, und wandelt sich in das gleiche, im Uran gespaltete künstliche Element Plutonium um, das genau wie Uran 235 verwendet werden kann. Man kann also natürliches Uran damit anreichern oder unmittelbar Reaktoren betreiben. Verwendet man Thorium als Mantel, so wird das Thorium ebenfalls in U 235 umgewandelt. Diese Vorgänge in den Brutreaktoren erzeugen wesentlich höhere Temperaturen als in den beiden Reaktoren der anderen Art. Die Wärme wird durch geschmolzenes Leichtmetall abgeführt.

Die Versuchsreaktoren, die die Hochschulinstitute begehren, werden mit angereichertem Uran oder als Brutreaktoren mit einem Kern von Uran 235 betrieben. Solches Uran, das in komplizierten Entmischungsvorgängen gewonnen werden kann, will uns die USA in der Höchstmenge von 2,6 kg zur Verfügung stellen. Diese Versuchsreaktoren haben eine wesentlich geringere Leistung als der für Karlsruhe geplante, der mit 6,5 kg U 235 betrieben werden soll und eine Leistung von 6000 kW aufweist, während die an Hochschulinstituten geplanten Versuchsreaktoren einige 100 Watt leisten.

Die physikalischen Grundlagen der Atommeiler sind allgemein bekannt und veröffentlicht. Die USA haben ein 13bändiges Werk mit den Erfahrungen über den Bau und die physikalischen Grundlagen von Atommeilern herausgegeben. Die Physiker bestimmen in erster Linie die Struktur eines Reaktors. Sie müssen den Ablauf einer stabilen, steuerbaren Kettenreaktion berechnen. Alles andere gehört überwiegend in den Bereich der Chemiker und Ingenieure, deren Aufgabe es ist, metallurgische und konstruktive Probleme zu lösen. Dazu gehören z.B. die Metallhülsen der Uranstäbe, die verhindern sollen, daß radioaktive Substanzen in das Kühlmedium gelangen. Aluminium verträgt nur eine Höchsttemperatur von 250 Grad, andere Legierungen bis 400 Grad C. Man ist bestrebt, die Betriebstemperatur möglichst hoch zu halten, da in England schon <sup>in</sup> Dampfkeßeln 400 Grad Wärme erzeugt werden.

Die Bedeutung eines Atommeilers in unserer Sicht: In dem Meiler werden radioaktive Isotope erzeugt, die in der Medizin, bei der Werkstoffprüfung, in der Landwirtschaft und zur Lebensmittel-frischhaltung verwendet werden können. Der wirtschaftliche Ertrag ist nicht groß, aber es kann mit einem weiteren Ausbau der Prüfungsverfahren gerechnet werden. Weit bedeutender ist der Meiler für die Vorbereitung der Energieerzeugung. Er dient als Studienobjekt, wenn er auch keine Energie erzeugen wird. Vielleicht läßt sich die im Karlsruher Meiler erzeugte Wärme in Heizanlagen verwenden. Eine Auswertung für die Erzeugung elektrischer Energie ist nicht möglich.

In England besteht eine Musteranlage für 16 Kraftwerke in Harwell.

Bisher arbeiten zwei Reaktoren mit insges. 50 000 kW. Im November wird der Herzog von Edinbourgh den ersten Reaktor in Gang setzen. Man baut schon jetzt eine zweite Anlage in der Nähe der ersten. Innerhalb von 10 Jahren wird England 4 Mia. DM in den Bau von Atomkraftwerken investieren. In Südfrankreich sind seit 1953 zwei große Meiler mit 40 - 50 000 kW im Bau.

Die USA will 10 % der Kraftwerke auf Atombasis errichten, obwohl es über reiche Wasserkräfte und unerschöpfliche Kohlenvorräte verfügt. Bis 1965 sollen in den USA 40 000 Wissenschaftler und Techniker für das Atomenergieprogramm tätig sein. Man will 30 Mia. für das Kernenergieprogramm ausgeben und im Jahr 8000 t natürliches Uran bereitstellen. Die Schwerindustrie will in den nächsten vier Jahren 1,5 Mia. für die Forschung zur Verfügung stellen.

Die Einzelheiten der Konstruktion in Karlsruhe stehen noch nicht fest, jedoch ist keine Energieerzeugung geplant. Wahrscheinlich wird es sich um einen Graphit-Meiler handeln, in dem 3,5 t natürliches Uran in Funktion treten. Dazu benötigt man das 10fache Quantum Graphit.

Die Uranvorkommen in Deutschland reichen nicht aus, den Bedarf des Atommeilers zu decken und es ist noch nicht klar, ob man die erforderliche Menge im Ausland kaufen kann.

Ein Meilerbetrieb mit weniger Uran ist nur mit schwerem Wasser, dessen industrielle Erzeugung in 2 - 3 Jahren möglich sein wird, möglich. Die spezielle Bedeutung des Karlsruher Atommeilers wird nicht mit den kleinen Versuchs- und Forschungsreaktoren vergleichbar sein, die man ohne weiteres mit der notwendigen Ausstattung an angereichertem Uran oder U 235 aus den USA fertig beziehen kann. Der Karlsruher Meiler hat größere Dimensionen. Selbstverständlich wird an ihm überwiegend geforscht werden mit dem Ziel, Erfahrungen für den Bau von großen Kernenergieanlagen zu sammeln. Außerdem werden in Karlsruhe metallurgische und chemische Probleme studiert.

Die Karlsruher Anlage entspricht den Dimensionen der englischen Anlage in Harwell, die als Keimzelle der englischen Kernenergieanlagen anzusehen ist.

Wie hat sich Harwell entwickelt ? 1945, in den letzten Monaten des Krieges, zogen die ersten Gelehrten in Harwell ein. Heute stehen vier Reaktoren auf dem Gelände, zwei weitere sind im Bau. Die Station beschäftigt 4000 Mitarbeiter, darunter 700 Wissenschaftler.

Die Bedeutung eines solchen Kernenergieprogramms für die gesamte Wirtschaft lässt sich daraus ermessen, daß in England bereits an 150 Firmen aller Sparten Aufträge im Rahmen des Kernenergieprogramms vergeben worden sind. Die Entwicklung in Karlsruhe wird sich von der in Harwell wenig unterscheiden.

Zu den Gefahren: Die Zunahme der Radioaktivität in der Erdatmosphäre kann nicht ernst genug genommen werden. Aber die Zunahme erfolgte nicht durch die Reaktoren, sondern durch die Atombombenexplosionen. Es lässt sich nicht verschweigen, daß die allgemeine Radioaktivität der Atmosphäre bereits überhöht ist. Diese Steigerung ist vielleicht geeignet, die Erbanlagen der Menschheit, vielleicht sogar aller Lebewesen, nachteilig zu beeinflussen. Die spezielle Gefährdung durch eine Explosion der Anlage ist aus physikalischen Gründen völlig ausgeschlossen. Die Menge spaltbarer Substanzen kann sich aus physikalischen Gründen nicht so anreichern, daß durch Explosionen Betriebsstörungen eintreten können. Das ist bisher auch noch nicht der Fall gewesen. In Kanada entstand während des Krieges an einem Reaktor ein Riss, der ausgebessert werden konnte, ohne Gesundheitsschädigungen für das Personal. Im übrigen können in einem Atommeiler nur normale Betriebsunfälle, wie in jedem andern Industriebetrieb, auftreten.

Was geschieht mit den festen Abfallstoffen der Meiler ?

Es handelt sich dabei um ungemein radioaktive Substanzen, die keine Abfallstoffe, sondern ausgesprochene Nutzstoffe sind. Sie werden nicht mehr ins Meer versenkt, sondern innerhalb des Atommeilergeländes vergraben, um sie später wieder zur Hand zu haben. Irgend welche Gefahren durch die Wasserversorgung und bei der Abwasserbeseitigung sind damit nicht verbunden. Die radioaktiven Substanzen gehen sehr bald zugrunde. Ihre Wirksamkeit lässt sehr rasch bis zur Ungefährlichkeit nach. Sollten radioaktive Stoffe in das Grundwasser gelangen, so werden sie bald

absorbtiv an die Tonkomponenten im Boden gebunden. In Harwell wird das Gebrauchswasser unmittelbar dem Boden entnommen und die Abwasser der Themse zugeführt, obwohl London zum großen Teil mit Themsewasser versorgt wird.

Für den Strahlenschutz wird gesorgt. Mit Hilfe von Meßapparaturen kann sich jeder davon überzeugen, ob er selbst oder andere Menschen, oder Gegenstände, oder die Luft radioaktiv sind.

Wenn die ersten Atomkraftwerke nicht am Rande großer Städte errichtet wurden, dann nur deshalb, weil dort die Grundstückspreise zu hoch waren. Gewiß haben auch psychologische Gründe mitgesprochen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das friedliche Atomprogramm durch die Freisetzung von radioaktiven Kräften bei den Atombombenexplosionen ungeheuer vorbelastet wurde.

#### D i s k u s s i o n

Min.Dir. Prof. Dr. Hotz: In dem Atommeiler Karlsruhe werden 6000 kW pro Tag Energie oder stündlich rund 5 Mio Wärmeeinheiten gewonnen, aber nicht verwertet. Man könnte damit im Winter 2000 Wohnungen heizen. Ist keine Verwertung möglich ?

Prof.Dr. Kirchheimer: Auch der Atommeiler in Harwell ist luftgekühlt. Die Wärme wird in die Luft abgeführt.

Die Amerikaner haben in der ersten Zeit die Flüsse damit geheizt und aufgetaut. Das Wasser hat sich um 6 Grad erwärmt. Die in Karlsruhe erzeugten 6000 kW müssen durchgeblasen werden. Die Wärme wird restlos abgeführt, soweit sie nicht für Versuchszwecke verwendet wird. Darüber wurde in Karlsruhe noch nicht befunden. Bei der abzublasenden Luft handelt es sich um den Luftbedarf eines großen Bergwerks. Der Atommeiler ist aber kein Erwerbsunternehmen, sonst würde man einen solchen Unsinn nicht betreiben.

Min.Rat Dr. Grosser: Es geht bei der Energieerzeugung um die Wirtschaftlichkeit. Die Kohlevorkommen in Deutschland reichen zwar für 100 Jahre aus, aber die Förderungskosten steigen und die dadurch entstehenden Kohlenpreiserhöhungen können unser ganzes

wirtschaftliches Kostengefüge erschüttern.

Für den Atommeiler werden zur Erzeugung von 6000 kW 35 t Uran benötigt. Wenn wir nun wirklich nach englischem Vorbild an den Bau von Kraftwerken herangehen, werden wir dann in der Lage sein, das erforderliche Uran zu beziehen? Es sind doch Anzeichen vorhanden, daß inzwischen schon ein weltweiter Kampf um diese wertvolle Mangelsubstanz Uran entbrannt ist. Oder gibt es hier ein weiteres Feld, daß man ohne Sorge an die weitere Entwicklung dieser Energiequellen herangehen kann? Wenn dem nicht so wäre, stünden wir doch eines Tages vor der Frage, wo nehmen wir das Uran her?

Prof. Dr. Kirchheimer: Die Kohlenförderung ist nicht nur ein Preisproblem, sondern die Menschen wollen nicht mehr in die Gruben einfahren. Das ist sowohl in England als auch bei uns trotz der Modernisierung der Fall. Nur noch in den unterentwickelten Ländern finden sich genügend Bergarbeiter. Es nützt deshalb nicht, neue Bergwerke zu erschließen und dann keine ausreichende Belegschaft zu finden. Der Kohlenbergbau wird immer bestehen bleiben, aber man wird die Kohle nicht mehr in die Kessel werfen, sondern für andere Zwecke benutzen. Allerdings wird die Kohle teurer werden, weil für Bergarbeiterlöhne wesentlich mehr aufzuwenden sein wird.

Zur Deckung des Uranbedarfs: Im natürlichen Uran sind nur 0,7 % der Spaltung zugänglich. Durch die Verwendung der Brutreaktoren ist eine 100%ige Ausnützung möglich, das heißt den gegenwärtigen Nutzeffekt ver Hundertfachen. Da wir 20 Mill. t Metallinhalt in dem abgeschätzten Uranvorkommen haben, bedeutet das eine Energiereserve, die den gesamten Kohle- und Ölvorräten um das Tausenfache überlegen ist.

Zur Frage, ob wir aus dem Ausland genug Uran bekommen können: Es ist zu hoffen, daß eine Übersättigung an Uran eintreten wird, und daß noch andere Möglichkeiten zur Energiegewinnung in Erscheinung treten. Schon heute spricht man von der Vereinigung von Atom mit Wasserstoff. Es handelt sich dabei um extrem exothermische Vorgänge, die weitaus größere Energie liefern werden. Durch die Spaltung des Urans 235 ist anzunehmen, daß man für die kommenden Energieanlagen die Deckung erhält. In Deutschland ist das Problem

nicht so brennend wie in England. Wir haben noch einige ungenutzte Wasserkräfte und unsere Kohlenförderung ist nicht in dem Maße rückläufig wie in England. Für England handelt es sich um eine Existenzfrage. Es muß innerhalb von 10 Jahren Ersatz suchen für 40 Mio. t Kohle, das ist die Hälfte der bisher der englischen Industrie zugeführten Kohle. Für England handelt es sich also um das Nationalproblem Nr.1.

Präsident Dr. Seifriz: Ein Mitglied der amerikanischen Atomkommission hat in Stuttgart vor einigen Tagen in einem Vortrag erwähnt, daß man die Vereinigten Staaten in 9 Gebiete eingeteilt und jedes Gebiet unter Berücksichtigung der natürlichen Wasserkräfte daraufhin untersucht habe, wann der Zeitpunkt für die wirtschaftliche Uranverwertung gekommen sein wird. Dabei ergaben sich Unterschiede in den einzelnen Gebieten. In England liegen die Verhältnisse wesentlich anders, weil der Kohlenpreis durch riesige Investitionen, die der Mangel an Arbeitskräften erfordert, beeinflußt wird.

Min. Dir. Prof. Dr. Hotz: In Deutschland rechnet man in etwa drei Jahren mit Kostengleichheit für Energieerzeugung mit Kohle oder Kernenergie.

ORR. Dr. Greifeld: Die Berechnungen in der Bundesrepublik haben ergeben: Wenn die Elektrizitätswerke die Möglichkeiten der Wasserkraft voll ausbauen, wenn auch die Braunkohlegewinnung voll ausgenutzt wird und wenn die Steinkohlegewinnung weiter im bisherigen Umfange anhält, dann wird es trotzdem bereits im Jahre 1970 zur Deckung des Strombedarfs notwendig sein, durch Kernenergie allein soviel Strom zu erzeugen, wie 1954 in Deutschland verbraucht wurde.

Min. Rat Dr. Rieber: Nach einer Pressemeldung wandern monatlich 2100 Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet ab. Im letzten Jahr waren es 17000 meist jüngere Bergarbeiter, die kurze Zeit nach ihrer Gewinnung für den Bergbau wieder abgewandert sind.



Min.Dir. Prof. Dr. Hotz: Es steht fest, daß die mechanische Verbesserung der Bergwerke das Ausscheiden der Arbeiter nicht ausgleicht.

Das Thema Kernenergie wird in absehbarer Zeit nochmals in der Referentenbesprechung erörtert werden.

Den 7. Oktober 1955  
Ni/Mz.

---

**30. Ergebnisprotokoll einer Besprechung über die Gründung einer Gesellschaft für den Bau und Betrieb eines Reaktors in Karlsruhe vom 23.3.1956.**

Abschrift

Der Bundesminister für Atomfragen

V e r t r a u l i c h

E r g e b n i s p r o t o k o l l

Am 23.3.1956, 14.30 Uhr, trafen sich im Bundesministerium für Atomfragen in Bad Godesberg auf Einladung von Bundesminister Strauß folgende Herren zu einer Besprechung über die Gründung einer Gesellschaft für den Bau und Betrieb eines Reaktors in Karlsruhe:

1.) als Vertreter des Landes Baden Württemberg:

Herr Minister V e i t

2.) als Vertreter des Bundesfinanzministeriums:

Herr Ministerialdirektor Prof. Oefftering

3.) vom Aufsichtsrat der Physikalischen Studiengesellschaft m.b.H.,

Düsseldorf:

Herr Dr. Wilhelm Bötzkes, Düsseldorf,

Herr Dr. Alfred Petersen, Frankfurt,

Herr Dr. F.A. Prentzel, Frankfurt,

Herr Dr. Hermann Reusch, Oberhausen,

Herr Dr. Hans Reuter, Duisburg,

! Herr Prof. Dr. Winnacker, Frankfurt/M.-Höchst,

4.) der Geschäftsführer der Physikalischen Studiengesellschaft m.b.H.,

Düsseldorf:

Herr Dr. E. Telschow,

5.) vom Bundesministerium für Atomfragen:

Herr Bundesminister Strauß,

Herr Ministerialdirigent Dr. Grau,

Herr Regierungsdirektor Dr. Engelhardt,

Herr Oberregierungsrat Dr. Pretsch.

Als Ergebnis der Besprechung wurden folgende Punkte festgehalten, über die eine Einigung erzielt wurde:

1. Die Gesellschaft soll mit einem Kapital von DM 30.000.000.-- und einer Nachschußpflicht bis zu DM 10.000.000.-- gegründet werden. Die Aufbringung des Kapitals soll in Verhältnis 50 % (öffentliche Hand) zu 50 % (Industrie) erfolgen. "Öffentliche Hand" in diesem Sinne ist ein Konsortium des bürgerlichen Rechts, das sich aus Industriefirmen und der Physikalischen Studiengesellschaft mbH., Düsseldorf, zusammensetzt und für das erforderlichenfalls die Rechtsform einer G.m.b.H. vorgesehen wird. Die erste Einzahlung auf das Kapital beträgt DM 10.000.000.--. Vorgesehen sind weitere Einzahlungen innerhalb 2 Jahre, entsprechend dem Baufortschritt, nämlich im Jahre 1957 DM 10.000.000.--, im Jahre 1958 der Rest.
2. Die Unterhaltungskosten der fertigen Gesamtanlage gehen zu Lasten der öffentlichen Hand. Unterhaltungskosten in diesem Sinne sind die durch Einnahmen der G.m.b.H. nicht gedeckten laufenden Ausgaben. Als Einnahmen in diesem Sinne sind insbesondere Einnahmen aus eingeräumten Arbeitsplätzen und Lizenzen aus Patenten und sonstigen Schutzrechten ins Auge gefaßt. Dazu kommen Einnahmen aus dem Verkauf von radioaktiven Isotopen.
3. Es soll sofort geprüft werden, wie ein Maximum von Steuerbegünstigungen für die G.m.b.H. wie für die Zeichner der G.m.b.H.-Anteile erzielt werden kann. Dabei wird von der Industrie zur Bedingung ihrer Beteiligung gemacht, daß der Anschaffungspreis für die gezeichneten Anteile in längstens 3 Jahren abgeschrieben werden kann.
4. An Organen der Gesellschaft ist neben der Gesellschafterversammlung ein Aufsichtsrat vorgesehen. Wegen der wissenschaftlichen Zielsetzung der G.m.b.H. wird davon ausgegangen, daß auf die G.m.b.H. § 77 BetrVG Anwendung findet. Der Aufsichtsrat soll sich demzufolge zusammensetzen aus:
  - 5 Vertretern der öffentlichen Hand, die ihrerseits in Verhältnis 3 : 2 (Bund/Land) an den 5 Sitzen beteiligt ist,

5 Vertretern der Industrie und

2 Mitgliedern, die im Einvernehmen der  
öffentlichen Hand und der Industrie zu  
bestellen sind.

Beschlüsse des Aufsichtsrats, die eine Kapitalerhöhung bzw.  
eine Nachschußpflicht im Rahmen der DM 40.000.000.-- auslösen,  
bedürfen einer 2/3-Mehrheit.

5. In der Gesellschafterversammlung soll ein Anteil von DM 100.000.--  
eine Stimme repräsentieren.

6. Es ist vorgesehen, eine Geschäftsführung aus zunächst 3 Personen  
(1 Techniker, 1 Wissenschaftler, 1 Kaufmann) zu bilden. Die Bau-  
durchführung der gesamten Anlage soll durch diese Geschäftsführung  
nach Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft besonders leistungs-  
fähiger und erfahrener Firmen übertragen werden.

7. An weiteren Terminen werden ins Auge gefaßt:

a. bis 20,4,56 die Gründung eines Industrie-Konsortiums

b. bis 15,5,56 die Gründung der Reaktor-G.m.b.H.

Um das Vertragswerk zu skizzieren, werden sofort die folgenden  
Herren zusammentreten:

Ministerialrat Dr. Schneider, DMF,

Regierungsdirektor Dr. Engelhardt, BMAt,

Oberregierungsrat Dr. Greifeld, WiM Baden-Württemberg,

Rechtsanwalt H. Kaufmann, Direktor, Farbwerke Hoechst AG,

Rechtsanwalt F. Silcher, Direktor, Farbenfabriken Bayer AG,  
Leverkusen

Direktor Dr. Spiecker, Siemens-Schuckert-Werke AG, München.

8. Das Land Baden-Württemberg übernimmt es, für Rechnung und im vorweg-  
genommenen Auftrag der Reaktor-G.m.b.H. in Zusammenarbeit mit der  
Reaktorgruppe Prof. Wirtz in Göttingen die ersten vorbereitenden  
Bearbeiten in die Wege zu leiten.

gez. Strauß

Beglaubigt:

gez. Dr. Engelhardt

Stempel: der Bundesminister für Atomfragen

---

**31. Zur neuerlichen Problematisierung des Reaktorstandortes: Bericht über die Reise der Herren Bauer, Bornscheuer, Dr. Drouven, Müller und Seyd nach Karlsruhe vom 3.-5.5.1956.**

A b s c h r i f t

11. Mai 1956/Ca.

Bericht über die Reise der Herren DI. Bauer,  
DI. Bornscheuer, Dr. Drouven, DI. Müller und  
DI. Seyd nach Karlsruhe vom

- 3. bis 5. Mai 1956 -  
-----

I. Besichtigung der in Frage kommenden Reaktor Standorte.  
=====

Neben den bereits zur Wahl stehenden Standorten am Rhein nördlich Maxau (Standort 1) und dem Gelände im Hardtwald am Pfinz-Entlastungskanal - Großer Saufang - (Standort 2) wurde aufgrund des Kartenstudiums und unter Berücksichtigung des in Göttingen intern festgelegten Sicherheitsabstandes von 3 km zur nächsten stationären Siedlung ein Standort 3 ausgewählt. Dieser liegt ebenfalls im Hardtwald nördlich Standort 2, und zwar im Bereich der Kreuzung Hirsch-Kanal mit der Straße Blankenloch und Leopoldshafen.

Zu diesen 3 Standorten ist folgendes festzustellen:

1. Zur Sicherheit

Standort 1:

Kürzeste Entfernung 2 km zur Zellstoff-Fabrik; 2,5 km zum Stadtrand Karlsruhe (Knielingen); 500 m bis zum Rhein. Die Lage zum Rhein muß u.E. besondere Berücksichtigung finden, da es sich um eine internationale Binnenwasser-Straße mit außerordentlich hoher Verkehrsdichte handelt, was dazu zwingt, den Rhein als stationäre Siedlung zu betrachten. (Sperrung der Wasserstraße für den Schiffsverkehr ausgeschlossen, Gefahr des Transports radioaktiver Substanzen).

Standort 2:

2,5 km kürzester Abstand zum Westrand Blankenloch;  
6 km Abstand Nordrand Karlsruhe (Schloß); 6 km bis zum Rhein.

Da das Grundwasser in größeren Tiefen ansteht als in der Nähe des Rheins, ist allerdings eine höhere Pumpleistung erforderlich. Außerdem sind u.U. die Belange der Land- und Forstwirtschaft zu berücksichtigen. Der am Standort zufällig anwesende Forst-Assessor war der Meinung, daß sich der Waldbestand im wesentlichen aus dem Oberflächenwasser ernähre, also eine Grundwasser-Absenkung ohne Einfluß sei.

Bevor eine endgültige Entscheidung über die Brauchbarkeit der einzelnen Standorte bezüglich der Kühlwasser-Versorgung getroffen werden kann, müssen folgende Angaben vorliegen:

Jährlicher Temperaturverlauf, chemische Zusammensetzungen, mechanische Verunreinigungen, Grundwasser-Pegel und jährliche Schwankungen, Durchlässigkeitsbeiwert  $k$ .

Unabhängig von vorgenannten Überlegungen besteht an allen 3 Standorten die Möglichkeit, einen Rückkühlbetrieb durchzuführen, wobei man sich aber darüber klar sein muß, daß man sich des Vorteils der tiefen Moderator-Temperaturen von vornherein begibt. Ebenso sinkt die zulässige spezifische Wärmebelastung in den Uran-Elementen, was für die gesamte Konzeption nachteilig ist. Für die Standorte 2 und 3 besteht bei erwiesener Verwendbarkeit des Rheinwassers auch die Möglichkeit des Baues einer Kühlwasserleitung.

### 3. Kühlwasser-Ablauf und Gründungsfragen

#### Standort 1:

Das aufgewärmte Kühlwasser wird unmittelbar in den Rhein abgeleitet, wobei die Frage des Rückstauens besonders zu untersuchen ist.

Was das Baugelände betrifft, so muß der zwischen den beiden Deichen befindliche Raum aufgeschüttet werden, und zwar möglichst vor Baubeginn in einem Zuge. Da das Grundwasser in seinen jährlichen Schwankungen bis zur jetzigen Geländehöhe ansteht, muß jedes Bauwerk absolut wasserdicht gegründet werden.

Standort 2 und 3:

Das aufgewärmte Kühlwasser wird über den Pfinz-Entlastungskanal dem Rhein zugeführt, wobei bei der Wahl des Standortes 3 ein ca. 2 km langer Stichkanal oder eine Rohrleitung zum Pfinz-Entlastungskanal gebaut werden muß. Die Gründungsverhältnisse erscheinen sehr günstig, da das Grundwasser voraussichtlich erst im ungünstigsten Falle in ca. 6 - 7 m Tiefe zu erwarten ist. Die Tragfähigkeit des Bodens (Sand, Kies) scheint sehr günstig zu sein.

II. Besprechung bei der Stadtverwaltung Karlsruhe am Freitag, 4.5.56  
=====

Teilnehmer von der Stadtverwaltung Karlsruhe:

Oberbürgermeister Klotz (zeitweise)  
Oberbau-Direktor Mertz (Planungsamt)  
Bau-Direktor Füger (Energie-Versorgung)  
Vermessungs-Direktor Lang (Vermessungs-Amt)  
Oberbau-Rat Kirsch (Tiefbau-Amt)  
Baurat Könninger (Wasser-Versorgung)  
Baurat Krepp (Wasser-Versorgung)

Teilnehmer vom Land Baden-Württemberg:

Oberreg.-Rat Dr. Greifeld (Wirtschaftsministerium)  
Oberbau-Rat Widmer (Wasserwirtschaftsamt)

Teilnehmer vom Badenwerk A.G.:

Ober-Ingenieur Mössinger (zeitweise)

1. Zur Einleitung wurden die anwesenden Behördenvertreter von einem Angehörigen der Göttinger Gruppe, in die, die Standortwahl beeinflussenden Überlegungen eingeführt, und zwar so, wie sie unter Punkt I dieses Berichtes niedergelegt sind.

Der neuerdings von uns geforderte Sicherheitsabstand von 3 km wurde damit begründet, daß man sich eine gewisse Ausbaufähigkeit der geplanten Reaktorstation vorbehalten müßte, deswegen also nicht nur von dem derzeit geplanten Reaktor von 10 MW ausgehen dürfe. Dieser Gesichtspunkt war allein für die Auswahl des Standortes 3 maßgebend.

Die Erwähnung der Standorte 2 und 3 war für die Vertreter der Stadtverwaltung ein neuer Gesichtspunkt, da bisher bei allen Erwägungen kommunal-politischer Art stets nur der Standort 1 am Rhein berücksichtigt worden war. Besonders die Tatsache, daß der Standort 3 außerhalb der Gemarkungsgrenze von Karlsruhe liegt, dürfte die verwaltungstechnischen Maßnahmen erschweren. Herr Oberbürgermeister Klotz wies indessen darauf hin, daß die Sicherheitsabstände, die bei einer zukünftigen Erweiterung gefordert werden müssen, jetzt schon berücksichtigt werden sollten, und daß deshalb die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten überwunden werden müßten.

2. Unter Heranziehung der jeweils zuständigen Referenten wurden die durch die verschiedenen Standorte bedingten Fragen diskutiert. Über das Ergebnis wird nachstehend wie folgt berichtet:

a) Wasserversorgung

Sowohl für das Rheinwasser als auch für das Grundwasser, das u.U. an den Standorten 1,2 und 3 entnommen werden muß, wurde uns von dem zuständigen Referenten der Stadtverwaltung die Lieferung der von uns angeforderten Unterlagen zugesagt. Diese sind: Chemische Zusammensetzung, jährlicher Temperaturverlauf, Grundwassertiefe, Schwankungen des Grundwasserspiegels, Durchlässigkeitsbeiwerte  $k$ ; nach vorläufigen Angaben soll der  $k$ -Wert \* (bei einem Brunnenabstand)

\* von 80 m s.Seite 6



in der betreffenden Gegend etwa 0,02 m/s, die Schwankung des Grundwasserspiegels ca. 2 m, die Temperatur des Grundwassers nahezu konstant 10°C betragen. Bezüglich des Grundwassers machte man uns auf die große Eisenhaltigkeit des Grundwassers im Raum Karlsruhe aufmerksam, die bis zu 0,6 mg/ betragen soll. Dies ist auch der Grund dafür, daß bei den städtigen Wasserwerken nur Flachbrunnen mit ca. 2 m Absenkung \* zur Anwendung kommen, da der Eisengehalt mit zunehmender Tiefe ansteigt. Die städtische Wasserversorgung besitzt eine Enteisungs-Anlage, die erst in den letzten Jahren gebaut wurde unter einem Kostenaufwand von DM 1,5 Mill

Für den Standort 3 stehen bereits besonders gute Unterlagen zur Verfügung, da die Stadt Stuttgart - in der Absicht, hier ihr Trinkwasser zu entnehmen - einen Versuchsbrunnen betriebe hatte. Aus diesem Grund sind in Kürze zumindest über den Standort 3 ausführliche Unterlagen zu erhalten. Das Wasserwirtschaftsamt wird über Herrn Weimer uns diese Unterlagen zukommen lassen.

Es wurde uns mitgeteilt, daß die westlich und ostwärts des Hardtwaldes liegenden Dörfer ihr Trinkwasser ebenfalls aus dem Waldgelände erpumpen. Durch den großen Wasserbedarf der Reaktorstation könnte die Wasserversorgung dieser Ortschaften u.U. gefährdet werden, insbesondere könnte die neu zu bauende Brunnenanlage des Zweckverbandes Blankenloch betroffen werden. Der Bedarf, der im Zweckverband Blankenloch zusammengefassten Gemeinden beträgt allerdings nur 10 l/s, sie können also von der Reaktorstation mitversorgt werden.

b) Kühlwasser-Ablauf

Die gemäß I/3 vorgetragenen Forderungen wurden gut geheißen. Dabei war zu erfahren, daß der Pfinz-Entlastungskanal und der Hirschgraben vor dem Krieg aus strategischen Gründen angelegt worden waren, um gegebenenfalls das Rheinufer-Gelände zu überfluten. Der Pfinz-Entlastungskanal

besitzt ein gut ausgebautes Profil und ist in der Lage ca. 50 - 60 m<sup>3</sup> Wasser/s abzuführen. Die vom Reaktor zusätzlich maximal anfallenden 2 m<sup>3</sup>/s fallen also nicht mehr ins Gewicht.

c) Gründungsfragen

Am Standort 1 (Rhein-Gelände) ist aus Hochwassergründen eine Gelände-Aufschüttung um ca. 1,5 m erforderlich. Bei einem Preis von DM 4.--/m<sup>3</sup> Aufschüttung ergeben sich - wenn man zunächst nur 1/4 des vorgesehenen Geländes aufschüttet - Unkosten in Höhe von ca. DM 2 Mill., für das gesamte Gelände also ca. DM 8 Mill.,

Wegen des im Jahre 1955 aufgetretenen neuen höchsten Hochwassers werden die Rheinufer-Dämme ohnehin um 1,50 m erhöht. Da aber auch dadurch immer noch keine absolute Sicherheit gegen Dambruch, die mit Rücksicht auf den Reaktor-Betrieb gefordert werden muß, gewährleistet ist, muß nach Ansicht des zuständigen Referenten der Damm auch auf das Doppelte verbreitert werden.

Aus dem gleichen Grund muß der am Ostrand des Geländes bestehende Damm, der zur Sicherheit gegen der Rückstau im Flußbett der Alb angelegt ist, ebenfalls erhöht werden. Unabhängig von den Aufschüttungen müssen selbstverständlich alle Baulichkeiten grundwassersicher gegründet werden, was sehr hohe Kosten verursachen wird.

Alle diese Schwierigkeiten entfallen an den Standorten 2 und 3, da hier das Grundwasser erst in 6 - 8 m zu erwarten ist und Überschwemmungsgefahr nicht besteht.

Das Reaktorgebäude kann mit etwa 2 Stockwerken unter Gelände gebaut werden, so daß der Reaktor selbst zu ebener Erde steht, was erhebliche Vorteile mit sich bringt.

Der Baugrund ist offensichtlich sehr tragfähig; bei Bodenuntersuchungen vor dem Aufbau des Siemens-Werkes wurden unter ähnlichen Verhältnissen zulässige Bodendrucke von ca. 12 kg/cm<sup>2</sup> ermittelt.

d) Stromversorgung

Dem zuständigen Referenten wurde mitgeteilt, daß für die Versorgung der kompletten Reaktoranlage eine Anschlußleistung von 2500 - 3000 KVA erforderlich sei. Für die Baustromversorgung werden zunächst 500 KVA gefordert.

Für den Standort 1 würde die Stadt Karlsruhe über die Zellstoff-Fabrik Maxau 2 x 20 KV-Einspeisungen zur Verfügung stellen. Die 20 KV-Versorgung des Stadtnetzes geschieht zur Zeit von der 100/20 KV-Umspannstation Scheibenhardt. Später ist eine Direkt-Einspeisung von dem neuen Kraftwerk der Badenwerk A.G. im Rheinhafen vorgesehen.

Für die Versorgung der Reaktoranlage in den Standorten 2 und 3 wären nicht die Stadtwerke Karlsruhe zuständig, da für beide Standorte über 9 km lange Kabeltrassen neu erstellt werden müßten.

Es bieten sich hier, nämlich östwärts und westlich des Hardtwaldes 2 von Süden nach Norden verlaufende 20 KV-Freileitungen an, die dem Badenwerk gehören und die nördlich Karlsruhe liegenden Ortschaften versorgen. Außerdem ist zwischen den Ortschaften Hagsfeld und Eggenstein eine Kabelverbindung geplant, die man zur Einspeisung der Reaktoranlage ausnützen könnte. Da später vorgesehen ist, die westlich des Hardtwaldes verlaufende Freileitung direkt vom Rheinhafen-Kraftwerk zu speisen und die ostwärts des Hardtwaldes liegende Leitung, sowohl von Scheibenhardt als auch von der 100 KV-Station Bruchsal zu versorgen, sind für die Reaktorstation 3 Einspeisepunkte, die 100 kV-seitig zusammenhängen, vorhanden. Nach Aussage des Leiters der Stadtwerke Karlsruhe ist im vergangenen Jahr das Karlsruher Versorgungsnetz 3 mal total ausgefallen, was die bisherige Planung, die Reaktorstation mit einem Notstrom-Aggregat auszurüsten, erhärtet. Von seiten des Badenwerks wurde angegeben, daß in dem 20 KV-Netz eine Kurzschlußleistung von 400 MVA vorhanden ist.

e) Verkehrsverhältnisse

Während im Rheingelände nur unbefestigte Wege vorhanden sind, kann man den Standort 3 von der Straße Blankenloch - Leopoldshafen, die in sehr gutem Zustand und für den Transport schwerster Lasten geeignet ist, erreichen. Außerdem ist auch die Lage des Standortes 3 zur Autobahn sehr günstig; hierfür kommt die Autoausfahrt Bruchsal infrage. Der dem Standort 3 benachbarte Bahnhof Blankenloch, durch den die Hauptstrecke Karlsruhe - Mannheim führt, ist bei Stationierung entsprechender Ladegeräte für die Entladung schwerer Lasten besonders günstig.

III. Besprechung mit Herrn Professor Schelling über die Planung eines  
Bürohauses in Karlsruhe.

Unter der Voraussetzung, daß der Karlsruher Reaktor zwar durch die Göttinger Gruppe gebaut wird, diese aber in Göttingen stationiert bleibt, genügen für die Unterbringung einer Arbeitsgruppe die 4 freigehaltenen Räume in der Weberstraße 5. Sollte jedoch bei Erfüllung entsprechender Voraussetzungen die gesamte Reaktorgruppe nach Karlsruhe verlegt werden, müssen in entsprechend großzügiger Weise Räume zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck hat Herr Professor Schelling am 9.4.1956 die Planung eines Gebäudekomplexes vorgelegt. Hierbei handelt es sich um 2 miteinander verbundene einstöckige Dauer-Behelfsbauten, die - da sie aus Fertigteilen nach dem Baukastenprinzip konstruiert sind - jederzeit demontiert und an anderer Stelle auch in veränderter Form wieder aufgestellt werden können. Es wurde Herrn Professor Schelling mitgeteilt, daß die im Plan aufgezzeichneten Gebäude sowohl nach Größe als auch nach Raumaufteilung unseren Anforderungen nicht genügen. So reichen die beiden Gebäude, wenn die Raumaufteilung entsprechend abgeändert wird, nur zur Unterbringung der Ingenieur-Gruppe aus. Es wurde festgestellt, daß der von der Stadt zur Verfügung gestellte Bauplatz die Erweiterung des Komplexes um ein weiteres Gebäude zuläßt,

so daß dann insgesamt etwa 1200 - 1300 m<sup>2</sup> Nutzfläche zur Verfügung stünden, was voraussichtlich zur Unterbringung der gesamten Gruppe ausreicht. Für diesen gesamten Komplex wurden die Baukosten auf ca. DM 500.000 gegenüber ca. DM 300.000 für die bisher vorgeschlagene Ausführung geschätzt. Die Gebäude sollen nach Angabe von Herrn Professor Schelling 5 Monate nach Auftragserteilung an den Architekten bezugsfertig sein. Alternativ schlug Herr Professor Schelling vor, doch bei der kleinen Lösung mit den 2 Dauer-Behelfsbauten zu bleiben (allerdings mit etwas verringerter Gebäudebreite) und dazu 3 Stockwerke mit insgesamt ca. 600 m<sup>2</sup> Nutzfläche in dem zur Zeit in Bau befindlichen Wohnhaus Riefstahlstrasse 8, dessen Bauherr Herr Professor Schelling selbst ist, für eine entsprechende Zeit zu mieten. (Eine Grundrißzeichnung wurde uns übergeben). Das vorgesehene Grundstück für den Dauerbehelfsbau und das besagte Wohnhaus sind unmittelbar benachbart. Die Miete soll etwa DM 3.--/m<sup>2</sup> pro Monat betragen, so daß sich die Gesamtmiete unter Zugrundelegung einer Mietzeit von 3 Jahren auf ca. DM 60.000.- beläuft. Rechnet man dazu die Baukosten für die kleine Lösung in Höhe von DM 250.000, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von ca. DM 310.000 gegenüber den Baukosten von ca. DM 500.00 für die große Lösung.

Unsere Frage nach der Möglichkeit, ein Gebäude mit ca. 1200 - 1300 m<sup>2</sup> Nutzfläche zu mieten, wurde sowohl von Herrn Professor Schelling als auch von Herrn Weimer eindeutig verneint. Das bei einer anderen Gelegenheit von Herrn Dr. Greifeld genannte Gebäude in der Akademiestraße sei einmal erheblich zu klein und zum anderen müßten größere Umbauten vorgenommen werden, die sich auch auf über DM 100.000 belaufen dürften. Wenn man unterstellt, daß die Herstellung eines massiven Bürogebäudes aus Zeitgründen aus den Erwägungen ausscheiden muß und die Mietung eines entsprechenden Gebäudes, wie oben erwähnt, nicht möglich ist, so bleibt nur die Ausführung als Dauerbehelfsbau in der Art des Vorschlages von Herrn Professor Schelling wobei man noch die Wahl hat zwischen der großen und der kleinen Lösung bei Hinzumietung der besagten 3 Stockwerke.

Die an der Besprechung teilnehmenden Herren waren einstimmig dieser Meinung. Herr Professor Schelling legte einige Konstruktionszeichnungen für den Dauer-Behelfsbau vor, die bei der nur möglichen flüchtigen Betrachtung einen durchaus positiven Eindruck machten. Der uns sehr hoch erscheinende Preis von DM 110.-/m<sup>3</sup> umbauten Raumes wurde von Herrn Professor Schelling damit begründet, daß das Haus so solid konstruiert sei, daß es beliebig oft abgebrochen und an anderer Stelle und in veränderter Form wieder aufgebaut werden könne ohne nennenswerten Materialverlust und Reparaturarbeiten. In Anbetracht der Tatsache, daß die primitivste Bauform in Gestalt einer Art Wehrmachtsbaracke nach Angabe von Herrn Prof. Schelling ca. DM 55.--/m<sup>3</sup> kostet \* erschien uns der genannte Preis von DM 110.-/m<sup>3</sup> nicht zu hoch zu liegen. Im übrigen war man allgemein der Meinung, daß die Reaktorgruppe aufgrund ihrer Bedeutung in einem entsprechend repräsentativen Gebäude untergebracht werden müßte, die Stadtverwaltung außerdem auch den Bau einer gewöhnlichen Baracke an der vorgesehenen Stelle nicht zulassen würde. Herr Prof. Schelling bat uns, ihn bezüglich einer Neubearbeitung der Pläne für die Bürogebäude dadurch zu unterstützen, daß wir ihm eine detaillierte Aufstellung über Anzahl und Größe der Räume, Lage der Räume zueinander und Beziehungen der Raumbenutzer untereinander, sowie die Wünsche für spezielle Forderungen zur Verfügung stellen. Herr Dr. Drouven erklärte sich bereit, diese geforderten Unterlagen so schnell wie möglich zu liefern.

\* Ein Massivbau kostet ca. DM 90/m<sup>3</sup>.

#### IV. Sonstiges =====

##### 1) Wohnverhältnisse in Karlsruhe

Herr Professor Schelling, der aufgrund seiner Beziehungen zur Stadtverwaltung einen guten Einblick in die Wohnungsverhältnisse der Stadt Karlsruhe hat, teilte uns mit, daß zur Zeit größere Wohnungsbauvorhaben in den Stadtteilen Rintheim und Mühlburg durchgeführt würden. Die Stadtverwaltung würde stets eine Anzahl von Wohnungen für besondere Fälle reservieren und kurzfristig zur Verfügung stellen können.

Er empfahl uns, alsbald einen gewissen Bedarf prophylaktisch anzumelden. Die Wohnungen (3 Zimmer-Wohnungen im Preis von ca. DM 110.- DM 1,20/m<sup>2</sup>) würden etwa im Juli bezugsfertig, wenn sie dann von der Reaktorgruppe nicht gebraucht würden, könnten sie immer noch von der Stadtverwaltung anderweitig vermietet werden. Auch für Junggesellen gibt es Wohnheime, in denen u.U. entsprechend Platz reserviert werden kann.

2. Halle für Durchführung von Versuchen.

Herr Weimer zeigte uns an der Neureuter Straße eine Industriehalle, die u.U. von uns für die Durchführung von Versuchen gemietet werden könnte. Der Bau der Halle wurde vor der endgültigen Fertigstellung eingestellt und müßte unter einem Aufwand erheblicher Mittel für unseren Bedarf ausgebaut werden, wobei diese Mittel bei Aufkündigung des Mietvertrages verloren gingen. Besitzer der Halle ist der Ziegelverband. Wir teilten Herrn Weimer mit, daß u.E. kein Interesse an der Halle besteht, zumal die ersten Versuche in Göttingen installiert und durchgeführt werden, und über weitere Versuche noch nichts gesagt werden kann.

gez. Bornscheuer  
Seyd  
Drouven  
Müller  
Bauer

---

## **10. Auswahlbibliographie**

### **10.1 Ungedruckte Quellen**

Für die vorgelegte Studie konnten insbesondere Archivalien der nachfolgend aufgeführten Institutionen herangezogen werden. Die im einzelnen genutzten Bestände sind an entsprechender Stelle des Anmerkungsapparates vermerkt. Den Mitarbeitern der genannten Institutionen dankt Verfasser besonders für die ihm gewährte Unterstützung.

- [1] Akten des Bundesarchivs, Koblenz/St. Augustin (BA);
- [2] Akten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn (DFG);
- [3] Akten des Firmenarchivs der Gutehoffnungshütte, Oberhausen (GHH);
- [4] Akten des General Landesarchivs, Karlsruhe (GLA);
- [5] Akten des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg, Freiburg (GLBW);
- [6] Akten des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, Stuttgart (HStSt);
- [7] Akten der Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH, Karlsruhe (KfK);
- [8] Akten des Landratsamtes Karlsruhe, Karlsruhe (LRA);
- [9] Akten des Ministeriums für Mittelstand und Technologie/Baden-Württemberg, Stuttgart (WiMi B.-W.);
- [10] Akten des Stadtarchivs Karlsruhe, Karlsruhe (StAK);
- [11] Akten des Archivs der Universität Karlsruhe;
- [12] Akten des Stadtarchivs, München;
- [13] Akten des Bundesarchivs, Abteilung Militärarchiv Freiburg;
- [14] Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, Bonn.
- [15] Akten der Industrie-Kreditbank AG-Deutsche Industriebank, Düsseldorf (IKB).
- [16] Akten der Stadtverwaltung Karlsruhe.
- [17] Privataarchiv Toni Menzinger, Karlsruhe.

### **10.2 Pressearchive und Dokumentationen**

- [1] Pressearchiv des Kernforschungszentrums Karlsruhe GmbH.
- [2] Pressearchiv des Staatsministeriums Baden-Württemberg.
- [3] Pressearchiv des Stadtarchivs Karlsruhe.
- [4] Archiv und Dokumentation der Badischen Neuesten Nachrichten, Karlsruhe.
- [5] Dokumentation des Süd-Westfunks Baden-Baden.

### **10.3 Interviews und mündliche Mitteilungen**

Für die freundliche Bereitschaft, ihre Sicht der Dinge darzulegen und so manch hilfreiche Anregung zu geben, dankt Verfasser insbesondere:

- [1] Herrn Prokuristen Alfred Bauer, Karlsruhe.
- [2] Herrn Landrat a. D. Joseph Groß, Karlsruhe.
- [3] Herrn Prof. Dr. Otto Haxel, Heidelberg.
- [4] Frau Dr. Lini Kirchheimer, Freiburg.
- [5] Frau Stadträtin a. D. Toni Menzinger, Karlsruhe.
- [6] Herrn Prof. Dr. Heinrich Schultz, Hannover.
- [7] Herrn Prof. Dr. Karl Wirtz, Karlsruhe.



---

## 10.4 Gedruckte Quellen (Auswahlbibliographie)

Aus der Fülle von Arbeiten, die für den Themenkomplex „Kernenergiegeschichte“ von Bedeutung sind, soll nachfolgend nur eine Auswahl angeführt werden. Ziel ist es, dem interessierten Leser hierdurch eine Orientierungshilfe an die Hand zu geben. Besonders hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf Sammelrezensionen, die J. Radkau in den Zeitschriften „Neue politische Literatur“ sowie „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ publiziert hat (vgl. die folgende Literaturliste).

W. Abelshauer, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Frankfurt 1983 (3).

K. Adenauer, Erinnerungen 1955 - 1959, Stuttgart 1967.

A. Angelopoulos, Atomenergie und die Welt von morgen, Göttingen 1956.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker (Hrsg.), Weltmacht Atom. Die atomaren Kräfte und ihre Auswirkungen auf das geistige, wirtschaftliche, militärische und politische Leben, Frankfurt 1955.

Arbeitsgruppe „Wiederaufarbeitung“ (WAA), Atommüll oder der Abschied von einem teuren Traum, Reinbek bei Hamburg 1977.

Atomkernenergie. Zeitschrift für die Anwendung der Kernenergie in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, hrsg. unter Beratung von E. Bagge, K. Diebner, W. Kliefoth, München 1956 ff.

Atompraxis. Monatszeitschrift für angewandte Atomenergie in Technik, Industrie, Naturwissenschaften, Medizin, Landwirtschaft und Grenzgebieten, Karlsruhe 1955/56 ff.

Die Atomwirtschaft, Jahrgang 1ff, Düsseldorf 1956 ff.

F. Baade, Weltenergiewirtschaft. Atomenergie -Sofortprogramm oder Zukunftsplanung?, Hamburg 1958.

E. Bagge, K. Diebner und K. Jay, Von der Uranspaltung bis Calder Hall, Hamburg 1957.

S. Balke, Die Nutzung der Kernenergie in geschichtlicher Darstellung, in: Deutsches Museum, Abhandlungen und Berichte, 28. Jahrgang, Heft 3, München 1960.

Bankside, Lord H. of, Atomic Energy, in: Trevor I. Williams (Hrsg.), A History of Technology, Vol. VI., Part I., Oxford 1978, S. 223 - 283.

A. Bauer, Vor 30 Jahren ... Erinnerungen zur Standortwahl des Kernforschungszentrums Karlsruhe, in: Kernforschungszentrum Karlsruhe (Hrsg.), Hausmitteilungen, Nr. 3 (1986), Karlsruhe 1986, S. 21 - 23.

K. H. Beckurts, Kernenergie in Deutschland. Bilanz und Ausblick, in: Atomwirtschaft, Atomtechnik, 30. Jg., H.1, Düsseldorf 1985, S. 20 - 24.

W. Berger, Die Genfer Atomkonferenz in technischer Sicht, in: Naturwissenschaftliche Rundschau, 9. Jg., H.1, Stuttgart 1956, S. 1 - 8.

H.-J. Bieber, Zur politischen Geschichte der friedlichen Kernenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1977.

R. Blank, Der Entwicklungsprozeß der Atomwirtschaft — ein Beispiel für die Rolle der öffentlichen Hand bei der Förderung eines neuen Wirtschaftszweiges, Diss. Köln 1966.

D. I. Blochinzew, Die Geburt des friedlichen Atoms, dtsh., Leipzig 1985.

K. D. Bracher, Th. Eschenburg, J. C. Fst, E. Jäckel (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in 5 Bänden, Stuttgart/Wiesbaden 1981-1985.

L. Brandt (Hrsg.), Aufgaben deutscher Forschung auf dem Gebiet der Natur-, Ingenieur- und Gesellschaftswissenschaften, Köln/Opladen 1952.

Leo Brandt, Staat und friedliche Atomforschung, Köln/Opladen 1956.

Leo Brandt, Forschen und Gestalten, Köln/Opladen 1962.

- 
- J. Braumeier, Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen 1945 - 1961, Düsseldorf 1983.
- G. Büscher, Menschen — Maschinen — Atome. Ein Buch von der Energie, München 1952.
- H. Bufe und J. Grumbach, Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979.
- Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Eine Dokumentation der Bundesregierung, Bonn 1977.
- I. C. Bupp und J.-C. Derian, Light Water. How the Nuclear Dream Dissolved, New York 1978.
- C. Burdick, Werner Heisenberg und die Politik, in: Denken und Umdenken. Zum Werk und Wirken von Werner Heisenberg, hrsg. v. Pfeiffer, München 1977.
- W. Cartellieri, Die Großforschung und der Staat. Gutachten über die zweckmäßige rechtliche und organisatorische Ausgestaltung der Institutionen für die Großforschung, 2 Bände, München 1968.
- W. Cartellieri, A. Hocker, W. Schnurr, Taschenbuch für Atomfragen 1959ff. Bonn 1959ff.
- H. M. Davis, Energie und Atom, Wien 1952.
- H. M. Davis, Energy Unlimited, New York o. J.
- R. Demoll, Ketten für Prometheus, München 1954.
- F. Dessauer, Atomenergie und Atombombe, Frankfurt 1948.
- F. Dessauer, Das Atomzeitalter, in: Atomkernenergie, 1. Jg., H.1, München 1956, S. 50 - 55.
- C. Deubner, Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom. Zur Rolle des westdeutschen Kapitals im westeuropäischen Integrationsprozeß, Frankfurt 1977.
- E. Deuerlein, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1955, Band IV b in: Brand-Meyer-Just (Hrsg.), Handbuch der deutschen Geschichte, Konstanz 1965.
- Deutsche Bank AG West (Hrsg.), Ein neuer Wirtschaftsfaktor. Atom, o. O. 1956.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (Hrsg.), Kern-Energie im Dienste der Menschheit, Düsseldorf 1958.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Das friedliche Atom für Europa. Die Europäische Atomgemeinschaft, Düsseldorf 1962.
- A. Doering-Manteifel, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949-1963, Darmstadt 1983.
- H. Drück, Die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie innerhalb Europas, Frankfurt 1959.
- C. W. Ebel, Die Einsatzmöglichkeiten von Kernkraftwerken in der Elektrizitätswirtschaft der BRD bis 1958, Berlin/München 1968.
- L. Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf/Wien 1962 (2).
- L. v. Erichson, Friedliche Nutzung der Kernenergie, ihre Vorteile und Gefahren, Berlin u. a. 1962.
- Fakultät für Physik der Technischen Universität München (Hrsg.), 25 Jahre FRM Forschungsreaktor München in Garching, o. O. 1982.
- L. Fermi, Atoms for the World, Chicago 1957.
- W. Fucks und H. Mandel, Atomenergie und Elektrizitätserzeugung, hrsg. v. Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln, München 1956.
- E. Gaul, Atomenergie oder Ein Weg aus der Krise? Von der lebensbedrohenden Leichtfertigkeit der Energieplaner, Wissenschaftliche Warnungen gegen die „friedliche“ Nutzung der Kernenergie, Reinbek 1974.
- W. Gerlach, Wesen und Bedeutung der Atomkraftwerke, München 1955.
-

- 
- R. Gerwin, Atomenergie in Deutschland. Ein Bericht über Stand und Entwicklung der Kernforschung und Kerntechnik in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Düsseldorf/Wien 1964.
- R. Gerwin, Die Welt-Energieperspektive, Stuttgart 1980.
- R.-J. Gleitsmann, Die Anfänge der Atomenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland, in: A. Hermann, R. Schumacher (Hrsg.), Das Ende des Atomzeitalters, München 1986, S. 23 - 44.
- B. Goldschmidt, The atomic complex: a worldwide political history of nuclear energy, La Grange Park 1982.
- M. Gowing, Independence and Deterrence: Britain and Atomic Energy 1945 - 1952, London 1974.
- R. Greifeld, Die Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft Karlsruhe, in: Die Atomwirtschaft, 1. Jahrgang, Düsseldorf 1956, S. 293 - 294.
- N. Grosse, Ökonomik der Kernenergie, Basel/Tübingen 1963.
- S. Groueff, Projekt ohne Gnade. Das Abenteuer der amerikanischen Atomindustrie, Gütersloh 1968.
- K. Haager, Energiewirtschaftliche und energietechnische Fragen der Stromerzeugung aus Atomenergie, in: Atomkernenergie, 1. Jg., H.5, München 1956, S. 174 - 182.
- O. v. Habsburg, Probleme des Atomzeitalters, Innsbruck, Wien, München 1955.
- W. Häfele, Die historische Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, in: K. Kaiser und B. Lindemann (Hrsg.), Kernenergie und internationale Politik, München/Wien 1975, S. 43 - 63.
- O. Hahn, Die Nutzbarmachung der Energie der Atomkerne, in: Deutsches Museum (Hrsg.), Abhandlungen und Berichte, 18. Jg., H.2, München 1950.
- O. Hahn, Cobalt 60. Gefahr oder Segen für die Menschheit, Göttingen 1955.
- J. A. Hall, Atoms for Peace or War, in: Foreign Affairs, Vol 43, 1965, No. 4, S. 602 - 615.
- P. Hampe, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 4.9.1982, Bonn 1982, S. 3 - 18.
- O. Haxel, Energiegewinnung aus Kernprozessen, in: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Bd. 5, H. 25, Köln/Opladen 1953, S. 7 - 19 und 20 - 37.
- W. Heisenberg, Einführung, in: Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (Hrsg.), Atomenergie. Wege zur friedlichen Anwendung, Frankfurt 1956, S. 7 - 10.
- W. Heisenberg, Atomtechnik in Deutschland, in: Leistung und Fortschritt, Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung vom 19.12.1953, Nr. 101, S. 21 - 23.
- W. Heisenberg, Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1969.
- J. E. Helmreich, Gathering Rare Ores. The Diplomacy of Uranium Acquisition, 1943 - 1954, Princeton, New Jersey 1986.
- A. Hermann, Die Jahrhundertwissenschaft. Werner Heisenberg und die Physik seiner Zeit, Stuttgart 1977.
- A. Hermann, Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor. Macht und Mißbrauch der Forscher, Stuttgart 1982.
- A. Hermann, R. Schumacher (Hrsg.), Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation, München 1986.
- S. Hladky, Kernenergie. Atombau, Kernspaltung, Atombombe, Kernreaktor, München 1985.
- W. G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Industriewirtschaft 1950 - 1968, in: Derselbe (Hrsg.), Untersuchungen zum Wachstum der deutschen Wirtschaft, Tübingen 1971, S. 297 - 302.
- G. L. Jepskoposow, Die „Atom-Soziologie“ als ideologische Waffe des amerikanischen Imperialismus, Berlin 1955.

---

U. Jetter und W. Hanle, Atomwaffen. Anwendung — Wirkungsweise — Schutzmaßnahmen, Mosbach/Baden 1952 (= Physikalische Schriften, H.2).

P. Jordan, Atomkraft. Drohung und Versprechung, München 1954.

M. Joshi, Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO): Entwicklung, Aufgaben und Bewertung, Göttingen 1964.

R. Jungk, Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher, Reinbek bei Hamburg 1977 (zuerst: 1956).

R. Jungk, Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977 (2).

K. Kaiser und B. Lindemann (Hrsg.), Kernenergie und internationale Politik, München/Wien/Olenbourg 1975).

O. Keck, Policymaking in a Nuclear Program. The Case of the West German Fast Breeder Reactor, Lexington 1981.

Die Kernenergie in der Zukünftigen Energiebildung der Welt, zusammengestellt von der Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 21.8.1955, Bonn 1955, S. 569 - 576.

Kernforschungsanlage Jülich des Landes Nordrhein-Westfalen e.V. (Hrsg.), Zehn Jahre Kernforschungsanlage Jülich, o. O. 1966.

Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH (Hrsg.), 25 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe 1956 - 1981, Karlsruhe 1981.

F. Kirchheimer, Das Uran und seine Geschichte, Stuttgart 1963.

F. Kirchheimer, Die Uranerzvorkommen im mittleren Schwarzwald, in: Mitteilungsblatt der badischen geologischen Landesanstalt 1951, Freiburg i. B. 1952, S. 1 - 74.

H. Kitschelt, Kernenergie und politischer Konflikt. Gesellschaftliche Folgen kapitalistischer Technologieentwicklung, in: Leviathan, Nr. 7 (4), Düsseldorf 1979, S. 598 - 628.

H. Kitschelt, Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts, Frankfurt/New York 1980.

H. Kitschelt, Der ökologische Diskurs. Eine Analyse von Gesellschaftskonzeptionen in der Energiedebatte, Frankfurt/New York 1984.

W. Kliefoth, Sind wir bedroht? Ein sachliches Wort zur Atomfrage, Mosbach 1956.

K. Koch und R. Krengel, Der Kostenfaktor Energie in der westdeutschen Industrie, Berlin 1962.

H. Köhn, Der westdeutsche Energiebedarf bis 1975 und seine Deckung, in: Erdöl und Kohle 10, Hamburg 1957, S. 406 - 411.

H. Kramer, Nuklearpolitik in Westeuropa und die Forschungspolitik der Euratom, Köln/Berlin 1976.

H. Krönke, M. Plochg, P. Wissel (Energie-Enquete 1952), Gutachten über die Kosten- und Ertragslage der Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet, Frankfurt 1952.

Th. S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt 1967.

K. Kurz, Wege zur Atomenergie und ihrer Verwendung, Bremen 1955.

R. E. Lapp, Atoms and People, New York 1956.

E. Larsen, Erfindungen und keine Ende, Frankfurt 1956.

D. E. Lillenthal, Change, Hope and the Bomb, Princeton (N. J.) 1963.

O. Löbl, Streitfragen bei der Kostenberechnung des Atomstroms, in: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, H.93, Köln und Opladen 1961, S. 7 - 19.

G. Löwenthal, J. Hausen, Wir werden durch Atome leben, Berlin 1956.

---

- 
- A. J. Lovin, Sanfte Energie. Das Programm für die energie- und industrie-politische Umrüstung unserer Gesellschaft, Reinbek 1978.
- A. MacKay, The making of the atomic age, Oxford 1984.
- T. Magnusson und J. A. Hedvall, Atom-Bombe, -Staub, -Energie, Aachen 1955.
- D. Mahnke, Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der Atlantischen Allianz 1954 - 1970, Berlin 1972.
- H. Maier-Leibnitz, Die Rolle der Wissenschaft bei den Anfängen der Kerntechnik. Festrede gehalten in der öffentlichen Sitzung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München am 1. Dezember 1956, München 1957.
- H. Mandel, Die Entwicklung der Stromerzeugungsmöglichkeiten und das unternehmerische Wagnis der Elektrizitätswirtschaft, Köln/Opladen 1964.
- R. Margulies, Atome für den Frieden, Köln/Opladen 1965.
- W. Marth, Zur Geschichte des Projekts Schneller Brüter, Karlsruhe 1981.
- J. Meinert, Strukturwandlung der westdeutschen Energiewirtschaft. Die Energiepolitik der Bundesregierung von 1950 bis 1977 unter Berücksichtigung internationaler Abhängigkeiten, Frankfurt 1980.
- W. A. Menne, Atomnutzung im Blickfeld der Wirtschaftspolitik, in: Die Atomwirtschaft, 1. Jg., Düsseldorf 1956, S. 6 - 8.
- H. Michaelis, Handbuch der Kernenergie, 2 Bde., Düsseldorf/Wien 1986.
- B. Moldenhauer, Die Atomindustrie in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 20. Jg., Nr. 10, 1975, S. 1087 - 1104.
- B. Moldenhauer, Politische und ökonomische Entstehungsbedingungen der zivilen Atomindustrie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 20. Jg., Nr. 7, 1975, S. 741 - 754.
- B. T. Moore, Euratom, the American Interest in the European Atomic Energy Community, New York 1958.
- H. F. Mueller, Wirtschaftlichkeitsaussichten der Atomenergie, in: Atompraxis, 1./2. Jg. (1956), Karlsruhe 1956, S. 189 - 201.
- W. D. Müller, Die Welt sieht anders aus. Unser Weg ins Atomzeitalter, München 1954.
- F. Münzinger, Atomkraft. Der Bau ortsfester und beweglicher Atomantriebe und seine technischen und wirtschaftlichen Probleme, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1960 (3) (1. Aufl. = 1955).
- Ph. Mullenbach, Civilian Nuclear Power. Economic Issues and Policy Formation, New York 1963.
- T. Nipperday und L. Schmutge, 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriss der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920 - 1970, Berlin 1970.
- Ch. Noel-Marín, Atom — Zukunft der Welt? Frankfurt 1957.
- J. P. Pesch, Staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik im Spannungsfeld zwischen Regierung, Parlament und privaten Experten, untersucht am Beispiel der deutschen Atompolitik, Diss. Freiburg 1975.
- F. Pollock, Sozialökonomische Auswirkungen der Automation und der Atomtechnik, in: Politische Studien, 8. Jg., H.82, München 1957, S. 1 - 15.
- P. Pringel, J. Spigelman, The Nuclear Barons, New York 1981
- Proceedings of the International Conference on the Peaceful Uses of Atomic Energy (Geneva 8. August - 20. August 1955), 17 Bände, New York 1956 - 1958.
- Proceedings of the Second United Nations International Conference on the Peaceful Uses of Atomic Energy (Geneva 1. Sept. - 13. Sept. 1958), 33 Bde., New York 1958.
- K. Prüß, Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1974.
-

- 
- H. Rademacher, Ich bin der Tod, der alles raubt. Vor vierzig Jahren wurde in Neu Mexiko die erste Atombombe gezündet — Ein neues Zeitalter brach an, in: Die Zeit, Nr. 29 vom 12.7.1985, S. 25 - 26.
- J. Radkau, Atompolitik ohne Alternative ? (I) und (II), in: Neue politische Literatur, XXII. Jg. (1977), Nr. 1, Wiesbaden 1977, S. 309 - 345 und S. 443 - 483.
- J. Radkau, Die Anfänge der Kerntechnik in der Bundesrepublik, in: Kultur & Technik, 3. Jg., H. 2, München 1979, S. 6 - 12.
- J. Radkau, Geschichte der Kerntechnik, in: J. Varchmin und J. Radkau, Kraft, Energie und Arbeit. Energietechnik und Gesellschaft im Wechsel der Zeiten, München 1980.
- J. Radkau, Historische Zugänge zur Kernenergie-Problematik: Streiflichter durch die Literatur, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 31. Jg. (1980), Stuttgart 1980, S. 486 - 502.
- J. Radkau, Szenenwechsel in der Kernkraft-Kontroverse, in: Neue politische Literatur, XXVIII. Jg. (1983), Wiesbaden 1983, S. 5 - 56.
- J. Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 - 1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek bei Hamburg 1983.
- H. Römer, Ein neuer Wirtschaftsfaktor. Atom, o.O. 1956.
- K.-J. Ruhl (Hrsg.), „Mein Gott, was soll aus Deutschland werden?“, Die Adenauer-Ära 1949 - 1963, München 1985.
- E. Salin, Ökonomik der Atomkraft. Vor einer neuen Etappe der industriellen Revolution, Köln 1955.
- S. H. Shurr und J. Marschak, Economic Aspects of Atomic Power, Princeton 1950.
- R. P. Sieferle, Fortschrittsfeinde ? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984.
- W. Z. Slany (Hrsg.), Foreign Relations of the United States 1952 - 1954, 2 Bde., Washington 1984.
- U. Specht, Die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1948 - 1967. Versuch einer Ziel-Mittel Analyse, Diss. Freiburg 1969.
- C. Schmid, Die zweite industrielle Revolution, in: Bergbau und Wirtschaft, Nr. 8, Bochum 9. 8. 1956, S. 406 - 410.
- C. Schmid, Mensch und Technik, Bonn 1956.
- C. Schmid, Erinnerungen, Berlin, München, Wien 1980.
- H. Schöller, Kernenergie für die Elektrizitätswirtschaft — aber wann ?, in: Die Atomwirtschaft, 1. Jg., Düsseldorf 1956, S. 331 - 332.
- H. Schultz, Atomkraft und deutsche Energiewirtschaft, Essen 1955.
- E. H. Schulz, Vorkommnisse, Unfälle, Schäden in kerntechnischen Anlagen — 20 Jahre internationaler Erfahrungen, München 1966.
- S. H. Schurr und J. Marschak (Hrsg.), Economic Aspects of Atomic Power, An Exploratory Study, Princeton 1950.
- H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949 - 1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981.
- H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876 - 1952, Stuttgart 1986
- Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Max-Planck-Institut für Physik, Reaktor-Verwaltung und Reaktor-Station in Karlsruhe, o.O., o.J. (Karlsruhe 1954).
- Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Karlsruhe bewirbt sich um den Atommeiler, Karlsruhe o.J. (1953).
- Th. Stamm, Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945 - 1965, Köln 1981.
-

- 
- J. Steffens, F. Gutberlet und H. Arnold, Standortwahl, in: Die Atomwirtschaft, 2. Jg., Nr. 12, Düsseldorf 1957, S. 398 - 401
- H. Steinert, Goldsucher unseres Jahrhunderts. Die Jagd nach den Metallen unserer Zeit, Düsseldorf 1957.
- H. Steinert, The Atom Rush, London 1958.
- F.-J. Strauß, Die Entwicklung der Atomenergiewirtschaft in Deutschland. Vortrag vor dem Übersee-Club am 23. April 1956, Hamburg 1956.
- Studienausschuß des Westeuropäischen Kohlenbergbaus (Hrsg.), Die Anwendung der Kernenergie zur Kraft- und Stromerzeugung und ihr Einfluß auf den Kohlenbergbau, 2 Bde., o.O. 1956.
- W. Ternäben, Handbuch der Atomwirtschaft, Hagen 1956 f.
- United States Atomic Energy Commission, Division of Raw Material (Hrsg.), Uranium Deposits of the Wittichen-Heubach District Black Forest Area, West Germany by Donald L. Everhart, June 1952.
- Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (Hrsg.), Atomenergie — Wege zur friedlichen Anwendung, Frankfurt 1956.
- W. Vogel, Die amerikanische Atomenergie-Kommission, Göttingen 1971.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München, Bonn 1956.
- F. Wagner, Die Wissenschaft und die gefährdete Welt. Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik, München 1964.
- P. Weilemann, Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955 - 1957, Baden-Baden 1983.
- W. Weizel, Forschung und künftiger Lebensstandard, in: Physikalische Blätter, 3. Jg., H.12, Karlsruhe 1947, S. 409 - 411.
- C. F. v. Weizsäcker, Atomenergie und Atomzeitalter, 12 Vorlesungen, Frankfurt 1957.
- C. F. v. Weizsäcker, Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, Göttingen 1957.
- R. C. Williams, Ph. L. Cantelon (Hrsg.), The American Atom. A Documentary History of Nuclear Policies from the Discovery of Fission to the Present 1939 - 1984, Philadelphia 1974.
- Th. Winkler, Kernenergie und Außenpolitik, Berlin 1981.
- K. Winnacker und K. Wirtz, Das unverstandene Wunder. Kernenergie in Deutschland, Düsseldorf/Wien 1975.
- K. Winnacker, Schicksalsfrage Kernenergie, Düsseldorf/Wien 1978.
- R. Wissel, Atomkraftwerke in der öffentlichen Wirtschaft, Berlin 1957.
- H. W. Zimmermann (Hrsg.), Zur Ökonomie und Technik der Atomzeit, Tübingen 1956.
- M. Zipfel, Die Entwicklung der Produktivkraft Kernenergie in den Fesseln des westdeutschen Monopolkapitals, Berlin 1961.

---

## 11. Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:

Zu den zahlreichen Hoffnungen, die man in den 1950er Jahren in geradezu euphorischer Weise auf all das setzte, was mit der friedlichen Nutzung des Atoms zusammenhing, rechnete keineswegs nur die Kernenergie allein. Ebenso wurde an den Einsatz von Radioisotopen bzw. Strahlung in der Medizin (links oben), der Veränderung des Erbgutes von Nutzpflanzen (rechts oben) oder an den Bau atomgetriebener Schiffe gedacht (links mitte). Selbst Eisenbahnen, Flugzeuge und Autos — so die heute geradezu abenteuerlich anmutenden Projekte — sollten Energie aus bordeigenen Atomreaktoren beziehen.

Abb. 2:

„Bötzkes für Karlsruhe, Heisenberg Bayern“. Auf diese prägnante Formel brachte der Karlsruher Oberbürgermeister Günther Klotz in einer erfreulicherweise erhalten gebliebenen Telefonnotiz vom 12. Mai 1953 jene kontroversen Positionen, die in der Frage der Standortwahl für das erste bundesdeutsche Reaktorzentrum noch lange für Sprengstoff sorgen sollten. In dem Telefonat zwischen Klotz und Oberregierungsrat Dr. Greifeld vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg war es insbesondere um die Absicht der Stadt Karlsruhe gegangen, sich um die Ansiedlung der Reaktorstation zu bewerben. Greifeld unterrichtete Klotz bei dieser Gelegenheit darüber, daß der Planungsausschuß der Studienkommission für Kernenergie unter Vorsitz von Generaldirektor Wilhelm Bötzkes in Düsseldorf am 30. Mai 1953 seine konstituierende Sitzung abhalten würde. Hier kam es dann auch zu einer ersten Präsentation des Karlsruher Angebotes (Vorlage und Aufnahme: Stadtarchiv Karlsruhe).

Abb. 3:

Titelblatt und Einführung zur Karlsruher Bewerbungsschrift vom November 1953. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler, o.O., o.J.).

Abb. 4:

Als Baugelände für die Reaktorstation wurde von der Stadt Karlsruhe eine Fläche von 100 Hektar in unmittelbarer Nähe des Rheins angeboten. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Karlsruhe bewirbt sich um den Atom-Meiler, o.O., o.J.).

Abb. 5:

Presseecho auf die Standortbesichtigung durch eine Delegation des Planungsausschusses in den Badischen Neuesten Nachrichten und Kommentierung dieser Publikation durch die Karlsruher Stadtverwaltung. (Aus: Stadtarchiv Karlsruhe, B.N.N., Nr. 289 vom 10.12.1953).

Abb. 6:

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung dementiert Meldungen, nach denen die Gewinnung von Atomenergie für friedliche Zwecke in der Bundesrepublik bereits in Angriff genommen worden sei. (Aus: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, EA 1/4, Nr. 1055 vom 29.12.1953).

Abb. 7:

Organisationsplan für die geplante Reaktorstation, vorgelegt von Werner Heisenberg im Mai 1954. (Aus: Kernforschungszentrum Karlsruhe, ZdV, F:1/1 vom Mai 1954).

Abb. 8:

Hermann Reusch nimmt zur Standortfrage Stellung und spielt mit dem Gedanken, auf Werner Heisenbergs Mitwirkung beim Aufbau einer deutschen Reaktorstation ggf. zu verzichten. (Aus: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, EA 1/4, Nr. 1055 vom 10.9.1954).



---

Abb. 8/I:

Im Innenblatt seiner Bewerbungsschrift empfiehlt sich München als kultureller Mittelpunkt und damit als Stadt, die das angemessene Niveau zur Beherbergung der Zukunftstechnologie „Reaktorstation“ besitzt. Von der Gesamtkonzeption her lehnte sich die Münchner Bewerbungsschrift deutlich an das Karlsruher Vorbild an. (Quelle: Bewerbungsschrift München).

Abb. 8/II:

Der Übersichtsplan weist die vorgesehenen Bauplätze des Max-Planck-Instituts mit der Reaktorverwaltung sowie des Reaktors mit dem Institut für Neutronenphysik aus. Dabei sollte das Max-Planck-Institut/Reaktorverwaltung am Nordwest-Ende des Englischen Gartens errichtet werden, von wo aus die Universität mit der Straßenbahn in etwa 10 bis 15 Minuten zu erreichen war. Für den eigentlichen Reaktor und die zugehörigen Institute war an ein außerhalb des Stadtkreises München an der Grenze der Landkreise München und Freising gelegenes Baugelände gedacht worden. Dieser Platz, in unmittelbarer Nähe des Örtchens Dietersheim gelegen, war ca. 11 km vom Standort des Max-Planck-Instituts sowie der Reaktorverwaltung entfernt. Bei seiner Wahl kam auch zum tragen, daß es innerhalb Münchens zunächst eine heftige öffentliche Diskussion über die von einem Reaktor ausgehende Gefährdung der Bevölkerung eines Ballungsraumes gegeben hatte. (Quelle: Bewerbungsschrift München).

Abb. 8/III:

Modellaufnahme der Südwestansicht des Max-Planck-Instituts für Physik und der Hauptverwaltung des Reaktors. Im Zentrum ist der langgestreckte Bau des Max-Planck-Instituts postiert. Links davon liegen die zugehörigen Hörsäle. Rechts gegenüber die Reaktorverwaltung. Etwas abseits sind Gästehaus und Hausmeisterwohnung zu finden. (Quelle: ebenda).

Abb. 8/IV:

Grundriß des Max-Planck-Institutes für Physik und der Reaktorhauptverwaltung am Münchner Dieselplatz. (Aus: ebenda).

Abb. 8/V:

Südwestansicht von Reaktorstation und zugehörigen Instituten. Im oberen Bildteil vorn links befinden sich das Institut für Reaktor- und Neutronenphysik. Etwas abgesetzt davon, als Kopf des Ensembles, steht der Reaktor. Daran schließen sich nach unten hin fünf Institutsbauten an. Dem Reaktor in etwa gegenüber sind die Infrastrukturanlagen zu finden, und zwar der Werkstättenzentralbetrieb sowie Garagen, Feuerwache und Kantine. (Aus: ebenda).

Abb. 8/VI:

Grundriß der Reaktorstation und des Instituts für Neutronenphysik (Aus: ebenda).

Abb. 9:

Bürgermeister Dr. Gurk (Karlsruhe) übersendet Bundeskanzler Konrad Adenauer die zweite Denkschrift der Stadt und bittet um Unterstützung des Karlsruher Anliegens. (Aus: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 12.1.1955).

Abb. 10:

Übersicht über die Standorte für die Reaktorstation, das Max-Planck-Institut für Physik, die Reaktorverwaltung sowie die Wohnregion in Karlsruhe. Die Pläne hierzu hatte Architekt Prof. Erich Schelling erstellt. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Max-Planck-Institut für Physik, Reaktorverwaltung und Reaktor-Station in Karlsruhe, Karlsruhe, o.J.).

---

Abb. 11

Das Max-Planck-Institut für Physik und die Reaktorverwaltung sollten in unmittelbarer Nähe der Technischen Hochschule errichtet werden. Auf der Abbildung bezeichnet:

- a. Eingang und großen Hörsaal;
- b. das Gebäude der Reaktorverwaltung;
- c. das Max-Planck-Institut;
- d. die dazugehörigen Werkstätten und
- e. Garagen bzw. Hausmeisterwohnungen. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).

Abb. 12

Südansicht des geplanten Max-Planck-Instituts für Physik und der Reaktorverwaltung. Die zum Max-Planck-Institut gehörenden Gebäudekomplexe sind im linken Bildteil zu finden. Eingangshalle und Vorlesungssaal sind in der Mitte postiert, während sich die Reaktorverwaltung rechts davon anschließt. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).

Abb. 13:

Grundriß der Reaktorstation. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).

Abb. 14:

Grundriß des Reaktorinstituts (I) und der Betriebsgebäude (II) in Höhe des Erd-, Unter- und Obergeschoßes. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).

Abb. 15:

Westansicht der Reaktorstation vom Rhein her. Im rechten Bildteil sind die Betriebsgebäude vor dem dahinter angesiedelten Reaktorinstitut zu erkennen. Nach links hin schließen sich fünf Auswertungsinstitute an. Das Gelände wird im östlichen Teil durch das mit einem Schornstein versehene Reaktorgebäude begrenzt. (Aus: Stadt Karlsruhe, Dezernat für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), a.a.O.).

Abb. 16:

Der baden-württembergische Minister für Bundesangelegenheiten, Oskar Farny, resümiert den Stand der Dinge und rät zur Entfaltung neuer Aktivitäten. (Aus: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 17.1.1955).

Abb. 17:

Tabellarische Übersicht von Wilhelm Bötzkens: Die Aufsichtsratsmitglieder der Physikalischen Studiengesellschaft geben ihr gutachterlich begründetes Votum zur Standortfrage ab. (Aus: Firmenarchiv der Industriekreditbank, Bestand 3, fol. 1).

Abb. 18:

Der Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, Hans Globke, erbittet vom Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen, z. H. General Heusinger, eine Stellungnahme zur Frage des Standortes der Reaktorstation unter militärischen Gesichtspunkten. (Aus: Bundesarchiv Koblenz, B 136/6107 vom 2.4.1955).

Abb. 19:

Der Oberbefehlshaber der NATO in Europa, General Alfred Gruenther, äußert sich auf Anfrage der Bundesregierung zur Frage des Standortes für eine deutsche Reaktorstation. (Aus: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 23.4.1955).

---

Abb. 20:

Nobelpreisträger Werner Heisenberg zieht dem Auswärtigen Amt gegenüber die Zusage zurück, die Bundesrepublik Deutschland als Deligierter auf der ersten Genfer Atomkonferenz zu vertreten (Aus: IKB, Bestand 15, Brief vom 18.7.1955).

Abb. 21:

Aus dem Presseecho auf Heisenbergs Lindauer Referat vom 12. Juli 1955. (Aus: KfK, Pressearchiv).

Abb. 22:

Die Entscheidung der Physikalischen Studiengesellschaft wird bekannt. (Aus: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 18.7.1955).

Abb. 23:

Presseerklärung des baden-württembergischen Staatsministeriums und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zur Entscheidungsfällung über den Reaktorbauplatz vom 2. August 1955. (Aus: HStSt, EA 6/10, Bü 8710, Nr. 148 sowie: BAK, B 136/6107 Nr. 825/55).

Abb. 24:

Staatssekretär Globke vom Bundeskanzleramt bestätigt die Standortentscheidung. (Aus: HStSt, EA 1/4, Nr. 1055 vom 23.9.1955).

Abb. 25:

Offizielle Verlautbarung zum Stadtratsbeschluß vom 20.9.1955 im Amtsblatt für den Stadtkreis Karlsruhe. (Aus: StAK, H., Nr. 781.57, H.2, vom 23.9.1955).

Abb. 26:

Besichtigung des Reaktorstandortes Karlsruhe durch den Bundesminister für Atomfragen, Franz-Josef Strauß (Bildmitte), in Begleitung von Oberbürgermeister Günther Klotz (links) und Bürgermeister Dr. Gutenkunst (rechts). (Aus: Stadtarchiv Karlsruhe, Badische Allgemeine Zeitung Nr. 261 vom 11. November 1955).

Abb. 27:

Festversammlung zur Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der „Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH“ am 19. Juli 1956 im Kleinen Saal der Stadthalle zu Karlsruhe (von l.n.r.: Kultusminister Simpfendorfer, Oberbürgermeister Klotz, Generaldirektor Prof. Dr. Winnacker, Wirtschaftsminister Dr. Veit, Prof. Dr. Otto Hahn und Ministerpräsident Dr. Müller). (Aus: Stadtarchiv Karlsruhe, Badische Neueste Nachrichten, Nr. 168 vom 20. Juli 1956).

---

## 12. Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:

Kosten der Gebäude für die zu errichtende Reaktorstation nach dem Mai-Gutachten von Werner Heisenberg. (S. 39)

Tabelle 2:

Vergleichende Gegenüberstellung der von den Städten Karlsruhe und München veranschlagten Baukosten für das Max-Planck-Institut, die Reaktorverwaltung und die Reaktorstation. (S. 56)

Tabelle 3:

Abschätzung der Kosten für die geplante deutsche Reaktorstation. (S. 73/74)

---

## 13. Personenregister

**Adenauer, Konrad;** geb. 05.01.1876, gest. 19.04.1967. 1917 - 1933 Oberbürgermeister von Köln, 1946 - 1950 Vorsitzender der CDU in der Britischen Zone, 1948/49 Präsident des Parlamentarischen Rates, 15.09.1949 - 15.10.1963 Bundeskanzler, 1950 - 1966 Vorsitzender der CDU.

**Arnold, Karl;** geb. 21.03.1901, gest. 29.06.1958. CDU-Politiker, 1947 - 1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

**Balke, Siegfried;** geb. 01.06.1902, gest. 11.06.1984. CSU-Politiker, 1952 Direktor der Wacker-Chemie GmbH, 1953 - 1956 Bundespostminister, 1956 - 1962 Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft.

**Ball, Hermann Otto;** geb. 14.08.1895, gest. 27.06.1983. FDP-Politiker, Bürgermeister und Beigeordneter der Stadt Karlsruhe.

**Bayer, Otto;** geb. 04.11.1902, gest. 01.08.1982. 1951 Vorstandsmitglied und Forschungsleiter der Farbenfabriken Bayer AG. Seit 1963 Mitglied des Aufsichtsrates und von 1964 - 1974 dessen Vorsitzender.

**Biermann, Ludwig;** geb. 13.03.1907, gest. 1987. Astrophysiker.

**Bilfinger, Carl;** geb. 21.01.1879, gest. 02.12.1958. Völker-, Staats- und Verfassungsrechtler.

**Blank, Theodor;** geb. 19.09.1905, gest. 14.05.1972. CDU-Politiker, 1950 Beauftragter der Bundesregierung für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen, 1955 - 1956 Bundesverteidigungsminister, 1957 - 1965 Bundesarbeitsminister.

**Bötzkes, Wilhelm;** geb. 19.07.1883, gest. 25.04.1958. Finanzmanager. Seit 1924 in der Leitung der Industriekreditbank Düsseldorf tätig. Später deren Generaldirektor.

**Bonhoeffer, Karl Friedrich;** geb. 13.01.1899, gest. 15.05.1957. Professor für Physikalische Chemie.

**Bopp, Fritz;** geb. 27.12.1909. Theoretischer Physiker.

**Bothe, Walter;** geb. 08.01.1891, gest. 08.02.1957. Physiker, 1954 Nobelpreisträger.

**Brandt, Leo;** geb. 17.11.1908, gest. 26.04.1971. SPD-Politiker, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, 1956 stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Atomkommission.

**Butenandt, Adolf Friedrich;** geb. 24.03.1903. Chemiker, 1939 Nobelpreisträger. Nach dem 2. Weltkrieg zunächst Lehrtätigkeit in Tübingen, seit 1956 in München, 1960 - 1972 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.

**Drescher-Kaden, Friedrich Karl;** Geologe, Direktor des Mineralogisch-Petrologischen Instituts der Universität Hamburg.

**Drouven, Gustav;** geb. 15.05.1924. Ingenieur, tätig im Bereich Forschung, Entwicklung und Konstruktion nuklearer Anlagen.

**Eisenhower, Dwight David;** geb. 14.10.1890, gest. 28.03.1969. 1943 - 1945 Oberkommandierender der Invasionsstreitkräfte in Europa (SHAEP), 1950 - 1952 Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte, 1953 - 1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

**Erhard, Ludwig;** geb. 04.02.1897, gest. 05.05.1977. CDU-Politiker, 1948/1949 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949 - 1963 Bundeswirtschaftsminister, 1963 Bundeskanzler.

**Farny, Oskar;** geb. 09.04.1891, gest. 19.06.1983. CDU-Politiker, 1930 als Abgeordneter der Zentrumspartei im Reichstag, 1953 - 1960 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

**Finkelnburg, Wolfgang;** geb. 05.06.1905, gest. 07.11.1967. Physiker, Direktor der Abteilung Reaktorentwicklung bei den Siemens-Schuckertwerken AG, Mitglied der Deutschen Atomkommission.

**Fischer Helmut;** Wiederaufbaureferent der Stadt München.

**Frank, Karl Ludwig;** geb. 09.08.1900. FDP/DVP-Politiker, 1951 Ernennung zum Finanzminister von Württemberg-Baden bzw. später Baden-Württemberg.

**Füger, Felix;** geb. 01.09.1904, gest. 07.03.1966. Oberbaudirektor und Leiter der Stadtwerke Karlsruhe.

**Fürstenberg, Prinz Max Egon von;** geb. 1896, gest. 1959. Großgrundbesitzer und Unternehmer.

---

**Gentner, Wolfgang;** geb. 23.07.1901, gest. 04.09.1980. Kernphysiker, 1946 Ordinarius und Institutsleiter in Freiburg/Br., seit 1958 Institutsdirektor des Max-Planck-Instituts für Kernphysik in Heidelberg, 1955 - 1959 Direktor bei CERN in Genf.

**Gerlach, Walter;** geb. 01.08.1889, gest. 10.08.1979. Physiker, seit 1929 Ordinarius für Experimentalphysik an der Universität München, 1949 - 1961 Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

**Gerstenmaier, Eugen;** geb. 25.08.1906, gest. 13.03.1986. CDU-Politiker, 1954 - 1969 Präsident des Deutschen Bundestages.

**Gerthsen, Christian;** geb. 21.11.1894, gest. 08.12.1956. Atomphysiker.

**Globke, Hans Maria;** geb. 10.09.1898, gest. 13.02.1973. 1950 Ministerialdirektor, 1953 - 1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

**Grau;** Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium.

**Greifeld, Rudolf;** geb. 06.11.1911, gest. 21.04.1984. Oberregierungsrat im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, seit 1956 Geschäftsführer der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH/Karlsruhe.

**Grolmann, Adolf Karl Friedrich Wilhelm Maximilian von;** geb. 06.10.1888, gest. 17.08.1973. Karlsruher Schriftsteller.

**Groth, Wilhelm;** geb. 09.01.1904, gest. 20.02.1977. Professor für Physikalische Chemie.

**Gruenther, Alfred Maximilian;** geb. 03.03.1899, gest. 30.05.1983. US-amerikanischer General, 1953 - 1956 Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, 1957 - 1964 Präsident des amerikanischen Roten Kreuzes.

**Gurk Franz;** geb. 09.02.1898, gest. 12.07.1984. CDU-Politiker, 1945 - 1952 Stadtkämmerer in Karlsruhe, 1951 - 1968 Landesvorsitzender der nordbadischen CDU, 1953 - 1963 Bürgermeister und Wirtschaftsdezernent der Stadt Karlsruhe, 1960 - 1968 Präsident des Baden-Württembergischen Landtages.

**Gut, Fritz;** geb. 24.07.1900. Jurist, Stadtsyndikus von Karlsruhe.

**Gutenkunst, Emil;** geb. 04.12.1903. Jurist, Beigeordneter und Bürgermeister von Karlsruhe.

**Guthsmuths, Willi;** geb. 13.11.1901. Bis 1945 Direktor der Bergbau-Aktiengesellschaft im Brück. Seit 1950 Staatssekretär für Wirtschaft in München, 1957 Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtdeutschen Blocks.

**Haberland, Ulrich;** Vorstandsmitglied der Bayer AG.

**Hahn, Otto;** geb. 08.03.1879, gest. 28.07.1968. Chemiker, 1928 - 1945 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 1944 Nobelpreisträger, 1946 - 1960 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.

**Hallstein, Walter;** geb. 17.11.1901, gest. 29.03.1982. Jurist, 1950 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1951 - 1958 im Auswärtigen Amt, 1958 Präsident der EG-Kommission.

**Hanle, Wilhelm;** geb. 13.01.1901. Physiker.

**Haupt, Otto;** geb. 04.07.1891, gest. 02.01.1966. Mathematiker, 1952 - 1954 Rektor der Universität Karlsruhe.

**Haußmann, Wolfgang Conrad;** geb. 03.06.1903. FPD-Politiker, 1945 - 1946 Oberbürgermeister von Stuttgart, Stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, 1953 Justizminister.

**Haxel, Otto;** geb. 02.04.1909. Physiker. 1970 - 1974 wissenschaftlich technischer Geschäftsführer der Gesellschaft für Kernforschung mbH.

**Heisenberg, Werner;** geb. 05.12.1901, gest. 01.02.1976. Atomphysiker, 1941 Direktor am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin, 1932 Nobelpreisträger, nach dem 2. Weltkrieg Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik in Göttingen, seit 1955 in München.

**Hellwege, Heinrich Peter;** geb. 18.08.1908. National-konservativer Politiker, 1949 - 1955 Mitglied des Bundestages und Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats, 1955 - 1959 Ministerpräsident von Niedersachsen, Vorsitzender der Deutschen Partei, 1961 Übertritt zur CDU.

**Henglein, Friedrich August;** geb. 11.04.1893, gest. 24.06.1968. Chemiker, Direktor des Instituts für Chemische Technik an der Universität Karlsruhe.

**Heusch, Hermann;** geb. 23.06.1906. 1952 Oberbürgermeister von Aachen.

---

**Heusinger, Adolf;** geb. 04.08.1897. 1931 - 1944 im Generalstab des Heeres, seit 1950 militärischer Berater des Bundeskanzlers, 1952 Leiter der Militär-Abteilung der Dienststelle Blank, 1955 Vorsitzender des militärischen Führungsrates im Verteidigungsministerium, 1957 - 1961 Generalinspekteur der Bundeswehr.

**Hinsch;** Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium.

**Hoegner, Wilhelm;** geb. 23.09.1887, gest. 05.03.1980. SPD-Politiker, 1945/1946 und 1954 - 1957 Bayerischer Ministerpräsident, 1950 - 1954 Bayerischer Innenminister, 1957 - 1962 Fraktionsvorsitzender der SPD im Bayerischen Landtag.

**Hotz, Edgar;** geb. 04.08.1898. 1955 Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, 1951 Präsident des Landesgewerbeamtes Baden-Württemberg.

**Joos, Hans;** geb. 31.12.1926. Physiker, wissenschaftlicher Leiter des Deutschen Elektronen-Synchrotrons (DESY).

**Kirchheimer, Franz Waldemar;** geb. 01.07.1911, gest. 17.06.1984. Geologe, Paläontologe, Bergbauhistoriker und - numismatiker, 1947 Direktor der Badischen geologischen Landesanstalt, 1952 Kommissarischer Leiter des neugeschaffenen Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg, Referent für Landesgeologie, Bergbau und Hüttenwesen im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, 1954 - 1975 Präsident des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg.

**Klotz, Günther;** geb. 21.03.1911, gest. 13.04.1972. SPD-Politiker, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe.

**Knott, Carl;** Industriemanager, Vorstand der Siemens-Schuckertwerke.

**Kopfermann, Hans;** geb. 1895, gest. 1963. Experimentalphysiker.

**Krekeler, Heinz L.;** geb. 20.07.1906. 1947 - 1950 Landtagsabgeordneter der FDP in Nordrhein-Westfalen, 1950/1951 Generalkonsul in New York, 1951 - 1953 Chargé d'affaires in Washington, 1953 - 1955 Botschafter in den USA.

**Kromer, Carl Theodor;** geb. 10.08.1901, Ingenieur, Vorsitzender des Vorstandes der Badenwerke AG.

**Kuby, Erich;** geb. 28.06.1910. Journalist und Schriftsteller.

**Küchler, Leopold;** geb. 06.10.1910. Abteilungsdirektor bei den Farbwerken Hoechst AG, Mitglied der Deutschen Atomkommission.

**Lübke, Heinrich;** geb. 14.10.1894, gest. 06.04.1972. CDU-Politiker, 1947 - 1952 Minister für Ernährung und Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, 1953 - 1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959 - 1969 Bundespräsident.

**Maier-Leibnitz, Heinz;** geb. 28.03.1911. Physiker, 1973 - 1979 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

**Mattauch, Joseph Heinrich Elisabeth;** geb. 21.11.1895, gest. 10.08.1976. Physiker, Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz.

**Menne, Alexander W.;** geb. 20.06.1904. Industriemanager, Vorstand der Farbwerke Hoechst AG, Mitglied der Deutschen Atomkommission.

**Merkatz, Hans-Joachim von;** geb. 07.07.1905, gest. 25.02.1982. Seit 1960 CDU Politiker, vordem Deutsche Partei, (DP), 1955 - 1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats und der Länder, 1956/1957 zugleich Bundesjustizminister, 1960/1961 auch Bundesvertriebenenminister.

**Merkel, Heinrich;** geb. 28.10.1889, gest. 12.09.1965. Professor für Geodäsie, Photogrammetrie und sphärische Astronomie, Direktor des Geodätischen Instituts und der Erdbebenwarte der Technischen Hochschule Karlsruhe.

**Miller, Walther von;** geb. 17.02.1894, gest. 16.09.1978. CSU-Politiker, 1949 - 1956 Stellvertretender Oberbürgermeister von München.

**Möhrle, Karl;** geb. 25.05.1965, gest. 30.03.1973. Stadtbaudirektor, Generaldirektor der Karlsruher Stadtwerke.

**Möller, Alex;** SPD-Politiker, Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung, Bundesfinanzminister.

**Müller, Gebhard;** geb. 17.04.1900. CDU-Politiker, 1948 - 1952 Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, 1953 - 1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

**Petersen, Alfred;** Industriemanager, Vorstand der Metallgesellschaft.

**Pferdmenges, Robert;** geb. 27.03.1880, gest. 28.09.1962. Bankier, Finanz- und Wirtschaftsberater Konrad Adenauers. 1949 - 1962 Mitglied des Bundestages.

---

**Prentzel, Felix Alexander;** geb. 19.03.1905. Industriemanager, Vorsitzender des Vorstandes der DEGUSSA, Ministerialdirektor a. D. (Bundeswirtschaftsministerium).

**Pretsch;** Oberregierungsrat im Bundeswirtschaftsministerium.

**Raiser, Ludwig;** geb. 27.10.1904, gest. 13.06.1980. Jurist, 1952 - 1955 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 1955 - 1973 Lehrtätigkeit in Tübingen, 1961 - 1965 Vorsitzender des Deutschen Wissenschaftsrats.

**Regener, Erich;** geb. 12.11.1881, gest. 27.02.1955. Physiker.

**Reusch, Hermann;** geb. 02.08.1896. Industriemanager, Vorsitzender des Vorstandes der Gutehoffnungshütte Aktienverein, Mitglied der Deutschen Atomkommission.

**Reuter, Hans;** geb. 23.01.1895. Industriemanager, Generaldirektor der Demag AG, Mitglied der Deutschen Atomkommission.

**Riezler, Wolfgang;** geb. 14.11.1905, gest. 1962. Strahlen- und Kernphysiker.

**Rucker, August;** geb. 14.02.1900, gest. 17.05.1978. Seit 1947 Lehrstuhl für städtisches Ingenieurbauwesen und Städtebau in München, 1951 - 1954 Rektor der TH-München, 1954 Bayerischer Kultusminister.

**Schäffer, Fritz;** geb. 12.05.1888, gest. 29.03.1967. CSU-Politiker, 1949 - 1957 Bundesfinanzminister, 1957 - 1961 Bundesjustizminister.

**Schelling;** Karlsruher Architekt.

**Schimmelbusch, Heinz;** geb. 06.09.1902. Industriemanager, Geschäftsführer der NUKEM, Direktor der DEGUSSA.

**Schlapper, Ernst;** CDU-Politiker, Oberbürgermeister von Baden-Baden.

**Schneiderhöhn, Hans;** geb. 02.06.1887, gest. 06.08.1962. Mineraloge, seit 1948 ständiger Mitarbeiter der Badischen Geologischen Landesanstalt in Freiburg.

**Seebohm, Hans-Christoph;** geb. 04.08.1903, gest. 17.09.1967. Seit 1960 CDU-Politiker, vordem DP, 1949 - 1966 Bundesverkehrsminister.

**Seelmann-Eggebert, Walter;** geb. 17.04.1915. Chemiker, Leiter des Instituts für Radiochemie der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH.

**Seidel, Hans;** geb. 12.10.1901, gest. 05.08.1961. CSU-Politiker, 1947 - 1954 Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, 1957 - 1960 Bayerischer Ministerpräsident, 1955 - 1961 Vorsitzender der CSU.

**Seifriz, Adalbert;** geb. 1907. Ministerialrat im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, 1955 Hauptberichterstatter der Sonderabteilung für Kernenergie im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, 1955 Präsident des Landesgewerbeamtes, 1966 Leiter der Landesvertretung Baden-Württembergs beim Bund.

**Simpfendörfer, Wilhelm;** geb. 25.05.1888, gest. 1968. CDU-Politiker, 1953 - 1958 Kultusminister von Baden-Württemberg.

**Sommerfeld, Arnold;** geb. 05.12.1868, gest. 26.04.1951. Physiker, Lehrer u. a. von Werner Heisenberg.

**Speidel, Hans;** geb. 28.10.1897, gest. 28.11.1984. General, militärischer Berater Adenauers, 1951 - 1954 militärischer Chefdelegierter bei den Konferenzen für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, 1955 - 1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte im Bundesverteidigungsministerium, 1957 - 1963 Oberbefehlshaber der Verbündeten Landstreitkräfte in Mitteleuropa.

**Strauß, Franz-Josef;** geb. 06.09.1915. CSU-Politiker, 1953 - 1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/1956 Bundesminister für Atomfragen, 1956 - 1962 Bundesverteidigungsminister.

**Telschow, Ernst;** geb. 31.10.1889. 1930 - 1945 Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1945 - 1960 Geschäftsführer der Max-Planck-Gesellschaft.

**Tillmanns, Robert;** geb. 05.04.1896, gest. 12.11.1955. CDU-Politiker, Vorsitzender der CDU in West-Berlin, seit 1953 Bundesminister für besondere Aufgaben.

**Trendelenburg, Ferdinand;** geb. 25.06.1896, gest. 19.11.1973. Physiker, Direktor der Siemens-Schuckertwerke AG, Aufgabenbereich Reaktorentwicklung.



---

**Veit, Hermann;** geb. 13.04.1897, gest. 15.03.1973. SPD-Politiker, 1945 - 1946 Oberbürgermeister von Karlsruhe, 1946 - 1960 Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, seit 1951 stellvertretender Ministerpräsident, 1953 - 1960 Mitglied des Bundesrates.

**Vieweg, Richard;** geb. 25.04.1896. Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt.

**Weimer, Karl;** Dipl.-Ing., Geschäftsführer der Physikalischen Studiengesellschaft.

**Weizel, Walter;** geb. 01.08.1901. Physiker, Direktor des Instituts für Theoretische Physik der Universität Bonn.

**Weizsäcker, Carl Friedrich Freiherr von;** geb. 28.06.1912. Physiker und Philosoph, 1946 - 1957 Abteilungsleiter im Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen.

**Westrick, Ludger;** geb. 23.10.1894. 1951 - 1963 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, danach als Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1964 Bundesminister für besondere Aufgaben.

**Winnacker, Karl;** geb. 21.09.1903. Industriemanager, Vorsitzender des Vorstandes der Farbwerke Hoechst AG, Mitglied der Atomkommission.

**Wirtz, Karl;** geb. 24.04.1910. Physiker, Direktor des Instituts für Neutronenphysik und Reaktortechnik der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft, Planer des ersten deutschen Eigenbaureaktors FR 2 in Karlsruhe.

**Zimmer, August;** geb. 02.12.1900, gest. 18.04.1974. Stadtkämmerer von Karlsruhe.

---

## 14. Schlagwortregister

<b>Alliierte Hohe Kommission</b>	S. 7, 8, 11
<b>Amt Blank</b> (Amt des Bevollmächtigten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen)	S. 83 ff
<b>Atomtrieb</b>	
— Autos	S. 9
— Eisenbahnen	S. 8, 9
— Flugzeuge	S. 8
— Schiffe	S. 8, 9
<b>Atomei</b>	S. 6
<b>Atomenergie</b>	
— friedliche	S. 67
— Nutzbarmachung	S. 67
<b>Atomenergie-Industrie</b>	S. 5, 67
<b>Atomenergiekommission</b>	
— amerikanische (AEC)	S. 10
— deutsche	S. 15, 36
<b>Atomic power for peace</b>	S. 10, 27
<b>Atomkommission</b>	S. 12, 30
— deutsche	S. 12, 30
<b>Atomkraft</b>	S. 7
<b>Atommeiler</b>	S. 11, 27, 66, 70, 82
<b>Atomreaktoren</b>	S. 9
<b>Atomwerkpläne</b>	
— deutsche	S. 10 f
<b>Atomwirtschaft</b>	S. 10
— zivile	S. 7, 82
<b>Atomzeitalter</b>	S. 8
<b>Badische Geologische Landesanstalt</b>	S. 11
<b>Baugelände</b>	S. 20, 24, 27, 39, 62
<b>Baupläne</b>	
— Gesamtbebauungsplan	S. 44, 47, 50 f
<b>Bayerische Koalitionsregierung</b>	S. 66
<b>Bayerische Staatsregierung</b>	S. 28, 66
<b>Beirat für Kernenergie</b>	S. 99
<b>Bewerbungsschriften</b>	S. 22, 26, 30, 5 ff, 66
<b>Bundeskanzleramt</b>	S. 28, 41 f, 47, 90, 96
<b>Bundes-Kernenergie-Station (= Bundes-Reaktorstation) vgl. Reaktorstation</b>	
<b>Bundesminister für Atomfragen</b>	S. 12
<b>Bundesparteitag der CDU</b>	S. 99, 102
<b>Bundesverband der Deutschen Industrie</b>	S. 67
<b>Bundeswirtschaftsministerium</b>	S. 14, 41 f, 68, 96
<b>Bundesregierung/-kabinett</b>	S. 65, 79

<b>Deutschlandvertrag</b>	S. 11, 12, 30
<b>EMNID-Meinungsumfrage</b>	S. 99
<b>Energielücke</b>	S. 7
<b>Erdöl</b>	S. 7
<b>Ettlinger Tagung</b>	S. 35
<b>Europäische Organisation für kernphysikalische Forschung</b>	S. 86
<b>Europäische Verteidigungsgemeinschaft</b>	
— Verträge	S. 11, 12, 30, 41, 43, 64
<b>Finanzierungsfragen (vgl. unter Standort)</b>	S. 40, 88, 99
<b>Finanzkommission des Landtages Baden-Württemberg</b>	S. 75
<b>Forschungsgesellschaft Kernenergie GmbH</b>	S. 26, 33
<b>Fragebogen vgl. Standortfindung</b>	
<b>Französische Nationalversammlung</b>	S. 43
<b>Fundamental Onderzoek van de Materie (FOM)</b>	S. 81
<b>Generalvertrag; vgl. Deutschland- und EVG-Vertrag</b>	S. 15
<b>Genfer Atomkonferenz</b>	S. 90
<b>Geologisches Landesamt in Baden-Württemberg</b>	S. 24
<b>Göttinger Treffen/-Besprechung</b>	S. 50, 59
<b>Graphit</b>	S. 72
<b>Gremium zur Vorbereitung der deutschen Kernenergie</b>	S. 14
<b>Gutachten vgl. auch unter Standortfindung</b>	
— Gegengutachten „Hermann Reusch“	S. 64 f, 75, 78
— Gutachten des Geodätischen Instituts der TH Karlsruhe	S. 46
— Gutachten der Abteilung für Wasserbau im Regierungspräsidium Nordbaden	S. 47
— Amt Blank	S. 83 ff
— EMNID	S. 99
— Nato	S. 83 ff
— Physikalische Studiengesellschaft	S. 75 ff, 86
— strategisches	S. 68
<b>Haigerloch</b>	S. 37, 90
<b>Industrielle Revolution</b>	
— Zweite	S. 8, 10
<b>Industriemeiler</b>	S. 67
<b>Interministerieller Ausschuß</b>	S. 99
<b>Joint Establishment of Nuclear Energy Research (= JENER)</b>	S. 81
<b>Kalter Krieg</b>	S. 7
<b>Kernenergie</b>	S. 7, 8, 14
<b>Kernenergie</b>	
— deutsche Kommission	S. 14
— Forschung	S. 64
— Industrie	S. 10, 11, 40, 47, 82
— Nutzung	S. 8, 10, 43
<b>Kernenergiegeschichte</b>	S. 3
<b>Kernforschung</b>	
— angewandte	S. 14
<b>Kernforschungszentrum Karlsruhe</b>	S. 3, 5
— Gründungsgeschichte	S. 5

<b>Kernkraft</b>	S. 10
<b>Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH</b>	S. 12, 104
<b>Kernreaktor Finanzierungsgesellschaft mbH</b>	S. 12, 103
<b>Kernreaktorstation vgl. Reaktorstation</b>	S. 5
<b>Königsteiner Abkommen</b>	S. 40
<b>Kommission für Atomphysik der Deutschen Forschungsgemeinschaft</b>	S. 13 f
<b>Kontrollratsgesetzgebung</b>	S. 7, 8
<b>Leopoldshafen vgl. Standortfindung</b>	S. 103
<b>Londoner Neun-Mächte-Konferenz</b>	S. 65
<b>Max-Planck-Gesellschaft</b>	S. 16, 18, 25, 48, 63
<b>Max-Planck-Institut für Physik (Göttingen)</b>	S. 11, 13, 35 f, 41, 43, 70
— Finanzierung einer Verlegung	S. 25, 63, 72
<b>Max-Planck-Institut für Biochemie (Tübingen)</b>	S. 25
<b>Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO)</b>	S. 65, 82, 83
— Supreme Allied Commander Europe (SACEUR)	S. 83
— Supreme Headquarter Allied Powers Europe (SHAPE)	S. 83, 96
<b>Pariser Verträge</b>	S. 12, 65, 70, 78
<b>Physikalische Studiengesellschaft mbH (PSG)</b>	S. 5, 10, 26, 40, 47, 63, 71, 79
— Standortvotum	S. 65, 71, 77 ff
<b>Physikalische Studiengesellschaft</b>	
— Aufsichtsrat	S. 5, 48, 49, 63, 71, 86, 90, 96, 99
— Fachausschüsse allgemein	S. 48, 72, 81
— Gesellschafterversammlung	S. 76, 86
— Planungsausschuß	S. 47
— Technische Kommission	S. 72, 76
— Technisch-wissenschaftlicher Beirat	S. 5, 86
<b>Planungskommission; -auschuß vgl.: Studienkommission für Kernenergie bzw. Physikalische Studiengesellschaft</b>	S. 21
<b>Plutonium-Gewinnung</b>	S. 8, 89
<b>Primärenergieverbrauch</b>	S. 7
<b>Radioaktive Abfälle</b>	S. 24, 47
<b>Radioaktive Abgase</b>	
— Bevölkerungsgefährdung	S. 62
<b>Radioaktive Rückstände</b>	S. 44
<b>Reaktor-Konstruktionsgruppe</b>	S. 94
<b>Reaktorstation/Kernreaktorstation</b>	S. 6, 12, 17, 18, 36, 41, 56, 79
— Harwell (Großbritannien)	S. 88
— militärische Aufgaben	S. 88, 90
— Oakridge (Kanada)	S. 43 f
— Organisationsplan	S. 38
— Kostenabschätzung/Finanzierung	S. 39, 72, 73
— Institute/Abteilungen	
— Chemisches Institut für Heiße Chemie	S. 39, 44
— Isotopen-Gebäude	S. 39, 44
— Institut für Kalte Chemie	S. 39, 44
— Institut für Reaktor- und Neutronenphysik	S. 39, 43
— Institut für Warme Chemie	S. 39, 44
— Kantine, Gästehaus, Kasino	S. 44
— Reaktor	S. 44
— Technische Betriebe	S. 39, 44
— Verwaltung	S. 44

— Erdbebengefährdung	S. 45 f
— Gefährdung der Bevölkerung	S. 62
— Gesamtleitung	S. 37, 38, 39, 49, 64, 78, 89
<b>Reaktorprojekt</b>	S. 18, 65
— Finanzierung	S. 18, 40, 41, 49, 56, 72
— trilaterale Zusammenarbeit	S. 81
— Kostenbeteiligung der Industrie	S. 40
<b>Reaktortypen</b>	S. 36, 37
— graphitmoderierter Reaktor	S. 37, 71 f, 102
— schwerwassermoderierter Reaktor	S. 37, 81, 102
<b>Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft</b>	S. 14
— Fachkommissionen für	
— Moderatoren	S. 13
— Planung	S. 13
— Uranerzbergbau, Erzaufbereitung und Uranherstellung	S. 13
<b>Sonderabteilung für Kernenergie-Fragen im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg</b>	S. 99
<b>Stadtratsbeschlüsse</b>	
— Karlsruhe	S. 99, 101
— München	S. 33, 50
<b>Stadtverwaltung Karlsruhe</b>	S. 17, 18, 20, 43
<b>Stadtverwaltung München</b>	S. 20, 51 ff
<b>Standort</b>	
— geostrategische Lage	S. 30, 68, 71, 83
— Sicherheitsaspekte	S. 62, 83
<b>Standortbesichtigung</b>	S. 26 f
<b>Standortempfehlung</b>	
— Amt Blank	S. 83 ff, 88
— NATO	S. 83 ff, 88
<b>Standortfindung</b>	
— Fragebogen	S. 21, 30, 36, 43
— Finanzierung	S. 26, 31, 40, 70 f, 88, 99
— Gutachten	S. 36, 43, 62, 63, 64
— Kostenbeteiligung der Industrie	S. 5, 40, 71 f
— Kostenvergleich	S. 26, 56
— Sitzung im Bundeskanzleramt	S. 47, 89, 90
— Verlegung	S. 103
<b>Standortfindung / Region</b>	
— Aachen	S. 81 f
— Eifelgebiet (Kreis Mayen)	S. 80
— Karlsruhe	S. 5, 20
— Köln	S. 40
— Leopoldshafen	S. 103
— München	S. 5, 33, 41
— Westerwald	S. 81
<b>Standortfrage</b>	S. 12, 44, 65, 70
<b>Standortkommission</b>	S. 40, 42
<b>Standortvoraussetzungen</b>	S. 17, 41, 56, 62 f
<b>Steinkohle</b>	S. 6, 7, 10
<b>Steinkohleversorgung</b>	S. 6, 7
<b>Studiengesellschaft Wittichen</b>	S. 11
<b>Studienkommission für Kernenergie</b>	S. 13, 15 f, 33

---

<b>Studienkommission für Kernenergie</b>	
— Planungsausschuß	S. 17, 20, 24 f, 27, 40, 42, 45, 48
— Planungskommission	S. 18, 22, 31, 34, 40
— Fachkommissionen	
(I) Planung	S. 15, 16
(II) Uranerzbergbau etc.	S. 15
(III) Moderatoren	S. 15
(IV) Reaktortechnik	S. 25
— Standortkommission, vgl. dort	S. 40, 42
<b>Tagung der Nobelpreisträger in Lindau</b>	S. 89
<b>Technikgeschichte</b>	S. 3
<b>Technische Hochschule Karlsruhe</b>	S. 31, 56
<b>Technische Kommission</b>	S. 58
<b>Tegernseer Gesprächsrunde</b>	S. 96
<b>Universität München</b>	S. 34
<b>Uran</b>	S. 11, 66, 72, 90
— Brenner	S. 11
— Lagerstätten	S. 11
— Prospektion	S. 11
— Angereichertes	S. 89
— Versorgung	S. 90
<b>Verein der Münchner Brauereien</b>	S. 33
<b>Wasserstoffbombe</b>	S. 21
<b>Westeuropäische Union (WEU)</b>	S. 65
<b>Westintegration</b>	S. 65
<b>Wehrbeitrag</b>	S. 65
<b>Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg</b>	S. 17, 28, 35
<b>Wissenschaftliches Potential</b>	
— Karlsruhe	S. 63
— München	S. 41, 63, 79

---

---

**Angaben zum Autor:**

Dr. Phil, Dipl.-Pol. Rolf-Jürgen Gleitsmann, Jhrg. 1950, studierte Technik-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Politologie und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Kiel und Hamburg. 1984 promovierte er zum Dr. Phil. mit einer technikhistorischen Arbeit bei Prof. Dr. Ulrich Troitzsch (Hamburg). Von 1978 an war R.-J. Gleitsmann zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Hamburg tätig und ist seit 1985 in der Abteilung für die Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik in Stuttgart (Leitung: Prof. Dr. Armin Hermann) beschäftigt. Zudem hatte ihn das Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Hamburg mit Lehraufträgen betraut. Gegenwärtig vertritt er im Rahmen eines Dauerlehrauftrages das Fach Technikgeschichte am Institut für Geschichte der Universität Karlsruhe (Leitung: Prof. Dr. Rudolph Lill) sowie am Historischen Institut der Universität Stuttgart. Forschungsschwerpunkte sind die Technik- und Wissenschaftsgeschichte des 17.-20. Jahrhunderts. Zur Zeit liegt sein Hauptinteresse auf dem Gebiet der deutschen Kernenergiegeschichte unter besonderer Berücksichtigung Baden-Württembergs und hierbei insbesondere der Geschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe. R.-J. Gleitsmann ist unter anderem durch eine Reihe von Fachpublikationen und Vorträgen wissenschaftlich ausgewiesen.